Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

Im Auftrag der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von

Dieter Langewiesche, Wolfram Pyta
und Andreas Wirsching

Band 12

Bernhard Falk (1867–1944)
Erinnerungen eines liberalen Politikers

Droste Verlag Düsseldorf

Bernhard Falk (1867–1944)
Erinnerungen eines liberalen Politikers

Eingeleitet und bearbeitet von
Volker Stalmann

Droste Verlag Düsseldorf

Die Edition »Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers« wurde von der Fritz Thyssen Stiftung gefördert.
Die Edition wurde 2011 mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis ausgezeichnet.

Copyright © 2012
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2012
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5310-0

Vorwort

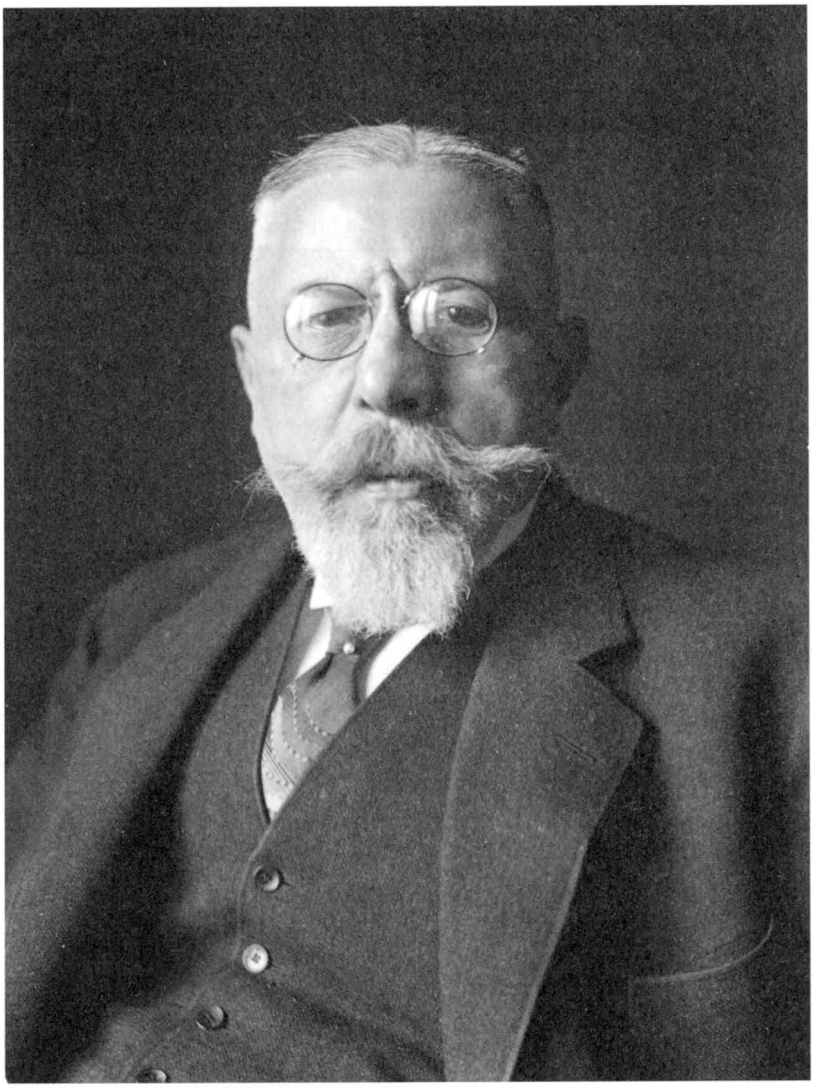
Diese Edition macht eine erstklassige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus und des Linksliberalismus der Weimarer Republik zugänglich. Ihre Bedeutung erwächst aus der herausragenden Stellung Bernhard Falks als langjähriger Fraktionsvorsitzender im Preußischen Landtag sowie aus dem politischen Gewicht der DDP bzw. DStP, die in sämtlichen preußischen Kabinetten vertreten war und damit unbeschadet ihres relativ geringen Mandatsanteils über einen beachtlichen Einfluss im größten deutschen Land verfügte. Der Stellenwert des Bestandes resultiert aber auch aus der Stellung Falks als Jude und Emigrant. Anhand seiner biographischen Aufzeichnungen kann exemplarisch die Geschichte akkulturierter Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sowie das facettenreiche Verhältnis der deutschen Juden zum politischen Liberalismus nachgezeichnet und konkretisiert werden.

Die durch die Biographie des Politikers ergänzte Edition der Lebenserinnerungen ist Bestandteil der seit 1970 von der Parlamentarismus-Kommission herausgegebenen dritten Reihe der »Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« zur Weimarer Republik. Sie knüpft an die bereits 1980 von Lothar Albertin und Konstanze Wegner veröffentlichten Sitzungsprotokolle der Führungsgremien der Parteiorganisation der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei sowie an die vom Verfasser herausgegebene Edition der Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der Partei an.

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen, die dieses Projekt unterstützt haben. Ein besonderer Dank gilt der Fritz Thyssen Stiftung, ohne deren finanzielle Förderung diese Edition nicht zustande gekommen wäre.

Editionen sind ein wichtiges Markenzeichen der Parlamentarismus-Kommission, deren Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Das Forschungsinstitut der Kommission mit Sitz in Berlin verdankt seine Existenz der institutionellen Förderung durch den Deutschen Bundestag. Diese ist Voraussetzung dafür, dass die Kommission auch künftig ihren spezifischen Beitrag zur Erforschung der Parlaments- und Parteiengeschichte und damit auch zur politischen Bildung zu leisten vermag.

Berlin, im Januar 2012 — Andreas Wirsching



Bernhard Falk, Aufnahme 1928
Bundesarchiv, Bild 183-2008-0911-500 / Fotograf: unbekannt

Inhalt

Vorwort 5

Einleitung 9

1. Die frühen Jahre 11
2. Die Nationalliberale Partei – die Jungliberale Bewegung 18
3. In der Kölner Stadtverordnetenversammlung 31
4. Der Erste Weltkrieg 42
5. Die Revolution von 1918/19 in Köln 51
6. Die Rheinlandbewegung von 1918/19 57
7. Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung 1919/20 75
8. Kölner Stadtverordneter, Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags und des Preußischen Staatsrats 96
9. Der Ruhrkampf 1923 101
10. Lebensmuster 124

10.1 Die Familie 124

10.2 Ein deutscher Jude in der Weimarer Republik 126

11. Im Preußischen Landtag 132

11.1 Die demokratische Fraktion 132

11.2 Das preußische Staatsministerium unter Ministerpräsident Otto Braun 1924–1932 135

11.2.1 1924–1928 135

11.2.2 1928–1932 139

11.3 Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Juli 1930 144

11.4 Themen der preußischen Landespolitik 148

11.4.1 Die Vermögensauseinandersetzungen mit dem Haus Hohenzollern 148

11.4.2 Die Demokratisierung der Verwaltung 152

11.4.3 Die Verwaltungsreform 154

11.4.4 Die Bildungs- und Kirchenpolitik 158

11.4.5 Die Finanzpolitik 163

11.4.6 Die Wirtschaftskrise und der Aufstieg des Nationalsozialismus 166

11.5 Die innenpolitische Radikalisierung nach 1929 und die preußischen Landtagswahlen vom April 1932 171

12. Die letzten Jahre 179

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition 183
B. Verzeichnis der Archivalien 187
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur 188
D. Verzeichnis der Abkürzungen 196

Edition

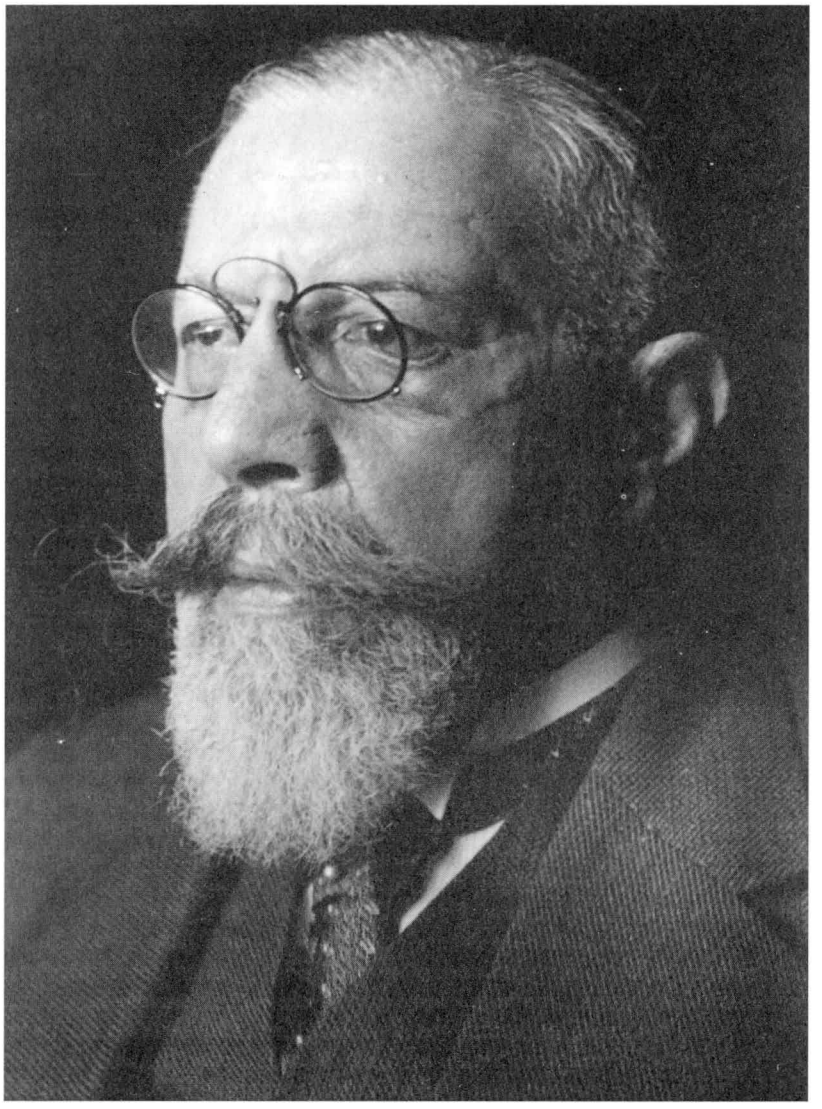
Lebenserinnerungen von Bernhard Falk 199

Personenregister 359

Bernhard Falk (1867–1944)
Erinnerungen eines liberalen Politikers

Einleitung

von Volker Stalmann



Bernhard Falk, Aufnahme 1931
Bundesarchiv, Bild 183-2008-0911-501 / Fotograf: unbekannt

Bernhard *Falk* zählt zu den interessantesten Politikern des frühen 20. Jahrhunderts. Als langjähriger Fraktionsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, seit 1930 der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag hatte er nicht unwesentlichen Anteil an der Gestaltung der Politik im größten deutschen Land. Auch spielte er in der Kölner Politik und in der Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 eine zentrale Rolle. Aber nicht nur als führenden liberalen Politiker, sondern auch als Juden und Emigranten gebührt ihn das Interesse der Forschung.

Bernhard *Falk* wurde 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft geboren. Nach dem Studium der Rechte wurde er 1893 Rechtsanwalt am Amts- und Landgericht Elberfeld und 1898 am Oberlandesgericht Köln. Früh begann er sich in der Nationalliberalen Partei im Kreise der Jungliberalen zu engagieren und stieg bald zu hohen Ämtern auf, wurde stellvertretender Vorsitzender des nationalliberalen Vereins in Köln und des nationalliberalen Provinzialverbandes für die Rheinprovinz. In der Kölner Kommunalpolitik eröffnete sich ihm als Abgeordneten der Kölner Stadtverordnetenversammlung von 1908 bis 1930 und seit 1915 als Vorsitzenden der liberalen Fraktion ein wichtiges Wirkungsfeld. 1918 trat er der DDP bei und wurde im darauffolgenden Jahr in die Nationalversammlung gewählt. Von 1925 bis 1932 gehörte er dem Preußischen Landtag an. Unmittelbar nach seiner Wahl wurde er zum dritten, 1928 zum ersten Fraktionsvorsitzenden gewählt; de facto stand er aber bereits 1925 der Fraktion vor. 1939 emigrierte *Falk* nach Brüssel, wo er 1944 verstarb.

Falk gilt gleichsam als Zeuge einer vergangenen Epoche, die unter dem Zeichen des deutschen Liberalismus stand. Die 1936 verfassten Lebenserinnerungen *Falks* stellen eine instruktive und höchst interessante Quelle für die Geschichte des deutschen und preußischen Liberalismus dar. Beispielhaft vermögen sie die Handlungszwänge und -spielräume einer Partei zu erhellen, deren Niedergang die Abwendung breiter Schichten des liberalen Bürgertums von der republikanischen Staatsform und den Untergang der in Weimar errichteten parlamentarischen Demokratie reflektiert.

Die Bedeutung der Edition resultiert allerdings nicht nur aus der herausgehobenen politischen Position Bernhard *Falks*, sondern auch aus seiner Stellung als jüdischer Deutscher, der 1939 in die Emigration gezwungen wurde. Anhand seiner biographischen Aufzeichnungen kann exemplarisch die Geschichte akkulturierter Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sowie das facettenreiche Verhältnis der deutschen Juden zum politischen Liberalismus nachgezeichnet und konkretisiert werden.

1. Die frühen Jahre

Bernhard *Falk* entstammte dem jüdischen Bürgertum des Rheinlands. Die Zugehörigkeit zum Bürgertum, die Verwurzelung im Rheinischen und vor allem seine jüdische Konfession prägten sein Selbstverständnis, seine Dispositionen und seinen Habitus und bildeten Orientierungspunkte und Wegmarken in seinem Leben. Sie begründeten Verpflichtungen und Verflechtungen, Loyalitäten und Bindungen, die seinem Leben gleichsam als Strukturen eingezogen zu sein schienen. Seine bürgerliche Sozialisation vermittelte ihm teilweise im konfrontativen Reflex und in Abgrenzung zu Adel und Arbeiterschaft formulierte Wertüberzeugungen, Einstellungen und Verhaltensformen, die Grundlinien und Grundzüge seiner Persönlichkeit bestimmen sollten. Den ihm vermittelten kulturellen Leitbildern, die nicht zuletzt um die Begriffe Arbeit, Leistung und Bildung oszillierten, räumte *Falk* zeit seines Lebens einen hohen Stellenwert ein.

Prägekraft kam darüber hinaus auch seiner Boden- und Heimatbindung zu. Sie sollten vor allem nach dem Ersten Weltkrieg und der Besetzung des Rheinlands durch die Alliierten sein politisches Handeln und Wirken als Abgeordneter der Nationalversammlung und des Preußischen Landtags wie auch als Führer der Kölner und rheinischen Demokraten in der sog. Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 prägen.

Schließlich bildete die jüdische Konfessionszugehörigkeit einen weiteren, mit Blick auf sein Lebensende den wohl wirkungsmächtigsten und verhängnisvollsten Fluchtpunkt seiner Biographie. Sein Leben ließ sich letztlich nicht aus dem damaligen Gesamtzusammenhang extrapolieren. Mochte *Falk* auch immer betonen, dass er sich als Deutscher fühle, für den die Konfessionszugehörigkeit zweitrangig war, mochte er auch als typisches Beispiel eines akkulturierten Juden gelten, für den die jüdischen Religionsgesetze ihre handlungsleitende Rolle eingebüßt hatten, so wurde er doch immer wieder durch die nicht zuletzt nach dem Ersten Weltkrieg an Vehemenz gewinnenden antisemitischen Angriffe und Anfechtungen auf sein Anderssein hingewiesen. Diese Differenzerfahrungen führten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und zu einem offensiveren Eintreten zugunsten der eigenen Religionsgemeinschaft. Die Fallhöhe, die *Falk* 1933 durchleben und durchleiden musste, war enorm. Die täglichen Schikanen, Zurücksetzungen und Diskriminierungen unter der Diktatur und die 1939 erzwungene Emigration nach Brüssel waren für den deutschen Patrioten, der im Ersten Weltkrieg seinen ältesten Sohn verloren hatte und selber für seine Verdienste im Krieg ausgezeichnet worden war, eine unglaublich bittere und qualvolle Erfahrung.

Diese konfessionelle Linie ist sicherlich eine der auffälligsten und markantesten in *Falks* Biographie, zumal sie, wenn auch in unterschiedlicher Stärke und Ausprägung, sein gesamtes Leben durchzieht, seine Sozialisation, seine Verkehrs- und Heiratskreise, in gewisser Weise auch seine Berufswahl, sein politisches Handeln und schließlich auch seinen Lebensweg nach 1933 bestimmte.

Bernhard *Falk* wurde am 26. März 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft geboren, in einem nahe Köln gelegenen Ort, in dem sich seine Vorfahren im 18. Jahrhundert niedergelassen hatten. Die jüdische Gemeinde Bergheims zählte zu den ältesten des Rheinlands, dessen Wurzeln sich bis ins Jahr 1239 zurückverfolgen lassen.[1] Aus Köln waren die Juden bereits 1424 »auf ewige Zeiten« ausgeschlossen worden. Fast 400 Jahre lang existierte deshalb keine jüdische Gemeinde in der Stadt. Nach ihrer Vertreibung siedelten sich die Juden in der Kölner Umgebung an, so dass es nicht überraschen mag, dass die Wurzeln zahlreicher bedeutender Kölner Familien, unter ihnen auch die der Familie *Falk*, in kleinen rheinischen Gemeinden in der unmittelbaren Umgebung der Stadt zu finden sind.[2]

Noch im 18. Jahrhundert waren Juden zahlreichen bedrückenden Einschränkungen und Sonderregelungen unterworfen, die ihnen den Erwerb von Grundbesitz und Landwirtschaft sowie die Ausübung eines Handwerksbetriebs untersagten. Ihre wirtschaftliche Grundlage wurden das den Christen verbotene Geldgeschäft, der Hausier- und Viehhandel sowie damit verbunden die Schlachterei.[3] Auch Bernhards Vorfahren, sein Urgroßvater Seligmann, sein Großvater Samuel und sein Vater Salomon *Falk*, verdienten ihren Lebensunterhalt als Kleinhändler, Hausierer und Metzger.[4]

1 Vgl. FRIEDT/ESSER, S. 13–16.

2 Vgl. SERUP-BILFELDT, S. 13–45.

3 Vgl. SCHUBERT, Jüdische Geschichte, S. 58–63; RÜRUP, Jüdische Geschichte in Deutschland, S. 82.

4 Vgl. FRIEDT/ESSER, S. 46 f., 57.

Hatte bereits die Aufklärungsbewegung des späten 18. Jahrhunderts die Emanzipation der Juden auf ihre Fahnen geschrieben und die gleichberechtigte Eingliederung der Juden in die Gesamtgesellschaft gefordert, so brachte erst die Französische Revolution 1791 mit der rechtlichen Gleichstellung der Juden die Wende. Da die revolutionären Grundsätze überall dort, wo die französischen Revolutionsheere einmarschierten, durchgesetzt wurden, begegneten die Juden dem Einmarsch der französischen Truppen in Köln im Oktober 1794 mit gemischten Gefühlen. Für sie waren die Franzosen nicht allein die brandschatzenden und plündernden Landesfeinde, sondern eben auch die Befreier, die ihnen die Jahrhunderte lang ersehnte rechtliche Gleichheit brachten.[5] Es mag deshalb nicht überraschen, dass Bernhards Urgroßvater Seligmann *Falk* die Franzosen nach der Besetzung Bergheims wie viele seiner Glaubensbrüder begrüßte und Anhänger der 1797 aus den linksrheinischen Gebieten gebildeten Cisrhenanischen[6] Republik wurde.[7] Diese von Frankreich abhängige Republik hatte allerdings nur kurze Zeit Bestand, da Frankreich die direkte Integration der Gründung einer deutschen Tochterrepublik vorzog. Für die im Rheinland lebenden Juden schien damals eine neue Zeit anzubrechen. Mit dem Code Napoléon erhielten sie ihre lang ersehnte rechtliche Gleichstellung, auch wurden die jüdischen Gemeinden erstmals staatlich anerkannt. Die Juden wurden gleichzeitig aufgefordert, bürgerliche Namen anzunehmen. Aus Seligmann *Falk* wurde so Sigismund *Falk*.[8] Für die Reformer war es eine Selbstverständlichkeit, dass die rechtliche Gleichstellung der Juden mit ihrer soziokulturellen Angleichung einhergehen sollte.[9] Damals fielen auch die den Juden auferlegten Aufenthaltsbeschränkungen. Erstmals nach fast vierhundert Jahren konnten sich Juden wieder in Köln niederlassen. Bereits 1801 schlossen sich siebzehn Familienväter zu einer kleinen jüdischen Gemeinde zusammen, die fünf Jahre später bereits 2012 Seelen zählte.[10]

Bernhards Vater Salomon, in Oberaussem, einem Nachbarort Bergheims, geboren, gehörte als Metzger zu den wohlhabenden jüdischen Bürgern in Bergheim. Er sei, so schreibt Bernhard *Falk*, ein rechtschaffener und »deshalb überall geachteter, fleißiger und ernster Mann« gewesen. Die gehobene soziale Stellung, das Ansehen und der Respekt, der ihm zuteil wurde, kam darin zum Ausdruck, dass er, wie bereits sein Vater Samuel *Falk* von 1852 bis 1857, mit kurzen Unterbrechungen von 1857 bis 1870 der jüdischen Gemeinde Bergheims vorstand.[11] Bernhards Mutter Rosa geb. *Berend* kam aus dem östlich von Hannover gelegenen Bad Nennstadt im Königreich Hannover, wo ihre Familie seit 1680 nachzuweisen ist. Mütterlicherseits stammte Rosa *Falk* von der in der Stadt Oldendorf beheimateten Familie *Rothschild* ab, als deren Urahn der Rabbiner Isaac Halevy *Aschkenasy* († 1628) figurierte.

Zu den prägenden Momenten seiner Kindheit und Jugend zählte Bernhard *Falk* die tiefe Religiosität seiner Eltern. Sein Elternhaus sei ein »streng religiöses jüdisches Haus«[12] gewesen, seine Mutter eine »wirkliche fromme Frau«[13], die bei aller Fürsorge und Mil-

5 Vgl. SERUP-BILFELDT, S. 59–61.

6 Der Name der Republik leitet sich von den lateinischen Wörtern »cis« für diesseits« und »rhenanus« für »rheinisch« ab.

7 Vgl. FRIEDT/ESSER, S. 41.

8 Vgl. ebd., S. 43.

9 Vgl. RÜRUP, S. 85–88; Shulamit VOLKOV, Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland als Paradigma, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code, 2. Aufl., München 2000, S. 111–130.

10 Vgl. SERUP-BILFELDT, S. 62.

11 Vgl. FRIEDT/ESSER, S. 13–59, 244.

12 Edition, S. 202.

13 Ebd., S. 201.

de von ihrem Sohn die gleiche tiefe Religiosität erwartete, die für sie nach Erziehung und Werdegang Selbstverständlichkeit und Bedürfnis war. Der im Zuge der allgemeinen Säkularisierung einhergehende Bedeutungsverlust der Religion führte auch im Hause *Falk* zu »ernsten Auseinandersetzungen mit erregten Gefühlsausbrüchen«[14], da die Einhaltung der jüdischen Feiertage oder der mosaischen Speisegesetze für Bernhard nicht mehr jenen unverwechselbaren Stellenwert besaß wie für seine Eltern, insbesondere für seine Mutter. Das Schwinden jüdisch-religiöser Werte und Normen war nicht nur Folge des allgemeinen Säkularisierungstrends, sondern resultierte auch aus dem fortschreitenden Verbürgerlichungsprozess, der zur Adaption neuer Verhaltensmuster, Umgangsformen und Sitten führte und das Trennende und Spezifische der Konfession und des Ethnisch-Kulturellen zurückdrängte. Die deutschen Juden verstanden sich letztlich nicht mehr als in Deutschland lebende Juden, sondern als Deutsche, die einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehörten.[15]

Mit der rechtlichen Gleichstellung der Juden 1869/71 wurde der Prozess der soziokulturellen Angleichung wesentlich verstärkt. Die jüdische Bildungsmotivation, getragen auch von der traditionellen jüdischen Hochschätzung der Bildung, der Aufstiegswille und die Assimilationsbereitschaft waren wesentliche Voraussetzungen der Verbürgerlichung. Überkommene Identitätsbindungen, traditionell orthodox-religiöse zumal, verloren an Bedeutung. Die Speisegesetze und die Sabbatregeln büßten an Verbindlichkeit ein, Religion wurde Privatsache. Darüber hinaus verloren jüdische Traditionen mit dem Eintritt in die deutsche Kultur an Bedeutung. Dies betraf sowohl die Kleidung, die Umgangsformen, die Esssitten, die Sprache, aber auch die Moralvorstellungen. Das Bildungsideal und der Bildungskanon des deutschen Bildungsbürgertums wurden übernommen und erfreuten sich großer Wertschätzung. Der Erfolg dieses auf die soziale Integration und kulturelle Anpassung der Juden abzielenden Assimilationsprozesses[16] fand schließlich seinen Niederschlag im sozialen Aufstieg und der gehobenen beruflich-sozialen Stellung der Juden. Dabei zeigt ein Blick auf die beruflich-soziale Gliederung der jüdischen Bevölkerung noch deutlich das Fortwirken der überkommenen Sonderstellung der Juden in der Gesellschaft, die im marginalen Anteil in der Landwirtschaft und in der jüdischen Überrepräsentation in Handel und Bankwesen zum Ausdruck kam. Die bedeutende Rolle, die die Juden im Geld- und Immobilien- sowie im ländlichen Produkten- und Viehhandel spielten, illustriert letztlich auch die berufliche Position der Vorfahren Bernhard *Falks*. Andererseits reflektiert der ökonomische und soziale Status der Juden doch auch ihren Aufstieg ins Mittel- und Großbürgertum. So überstieg die durchschnittliche Steuerleistung der Juden die der Katholiken um das Siebenfache und die der Protestanten um das Dreieinhalbfache. Auch *Falks* zählten zu den wohlhabenden Familien.[17]

---

14 Ebd., S. 202.

15 Vgl. RÜRUP, S. 87–89; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 405–408.

16 Der Terminus Assimilation umschreibt in erster Linie einen eindimensionalen Prozess der soziokulturellen Anpassung einer Minderheit an die Mehrheit. Demgegenüber betont der Begriff Akkulturation schärfer die Wechselseitigkeit der kulturellen Beeinflussung. Zu den Begriffen Assimilation und Akkulturation vgl. VOLKOV, Antisemitismus, S. 132 f.; ILSAR, Zum Problem der Symbiose; HOFFMANN, Zum Begriff der Akkulturation. Vgl. auch Simone LÄSSIG: Jüdische Wege ins Bürgertum: kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004, S. 13–39, 657–673.

17 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 396–413; VOLKOV, Antisemitismus als kultureller Code, S. 131–145; RÜRUP, Jüdische Geschichte in Deutschland; ferner HAMBURGER, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, S. 27–119; Arthur PRINZ: Juden im deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850–1914. Bearbeitet und herausgegeben von Avraham Barkai, Tübingen 1984.

Ein wichtiges identitätsstiftendes Moment der Erziehung und Sozialisation Bernhards, auch dies kennzeichnend für die Assimilation der Juden, stellte die in seinem Elternhaus gepflegte Vaterlandsliebe dar. Der Patriotismus zählte seit dem 18. Jahrhundert zu den vornehmsten und wichtigsten bürgerlichen Tugenden und nahm daher im Verbürgerlichungsprozess der Juden einen herausragenden Platz ein. Für das Selbstverständnis der deutschen Bürger und eben auch der sich verbürgerlichenden Juden gewann somit der Nationalismus, die nationale und patriotische Gesinnung im Laufe des 19. Jahrhunderts eine immer größere Bedeutung. Seine Eltern seien, so meinte Bernhard *Falk*, »bewußt deutsche Patrioten«[18] gewesen. Die sich Ende des 19. Jahrhunderts formierende zionistische Bewegung, die, entstanden in Reaktion auf den europäischen Antisemitismus und die russischen Pogrome, den Emanzipationsprozess als gescheitert ansah und eine jüdische Heimstatt in Palästina forderte, sei in seinem Elternhaus auf ostentative Ablehnung gestoßen. Überhaupt fristete die Zionistische Vereinigung in Deutschland ein Schattendasein. Zählte sie doch vor dem Krieg gerade einmal 10000 Mitglieder.[19] Nichts beschreibt vielleicht besser die Anhänglichkeit und Treue, die die Eltern Bernhard *Falks* dem 1871 gegründeten Kaiserreich und ihrem Vaterland bewahrten, als die letzten Worte, die Bernhard von seiner sterbenden Mutter am Tag vor ihrem Tode vernahm: »Was macht unser guter Kaiser?«[20]

Zu den Bezugs- und Orientierungspunkten seiner Kindheit und Jugend gehörte schließlich auch die liberale Gesinnung und Orientierung seiner Eltern, die für das jüdische Bürgertum im Kaiserreich insgesamt charakteristisch und kennzeichnend war. Die Affinität zum Liberalismus war von einer gewissen Folgerichtigkeit, da die Emanzipation der Juden ein zentrales Anliegen der liberalen Bewegung gewesen war und das Bürgertum, dem sich auch das Gros der deutschen Juden zurechnete, zur wichtigsten Trägerschicht dieser Bewegung zählte. Nach Schätzungen Jacob *Tourys* wählten zwischen 1867 und 1878 über 90 Prozent der deutschen Juden liberal, in der überwiegenden Mehrheit nationalliberal (70–73 %).[21] Auch Bernhards Vater, Salomon *Falk*, fand seine politische Heimat in der 1867 gegründeten Nationalliberalen Partei, die den rechten Flügel des politischen Liberalismus repräsentierte. In Bernhards Elternhaus wurde deshalb auch die der Partei zuzurechnende »Kölnische Zeitung« gelesen und nicht die ebenfalls von Juden geschätzte »Berliner Zeitung« oder die »Frankfurter Zeitung«, die eher den Linksliberalen zuzuordnen waren.[22]

Dem friedlichen deutsch-jüdischen Zusammenleben standen zahlreiche Hindernisse im Wege. Dazu zählte das Fortwirken religiöser und traditioneller antijüdischer Stereotype, die noch in der restriktiven Personalpolitik im Reich und in den Einzelstaaten ihren Niederschlag fanden. Dazu gehörte schließlich der mit der Wirtschaftskrise Ende der 1870er Jahre auftretende, rassisch unterfütterte Antisemitismus und die latent antisemitische Stimmung in großen Teilen der Gesellschaft. Dies stärkte die jüdischen Identitätsbindungen und führte zur Beschränkung der Gesellschafts- und Heiratskreise. Im geselligen Umgang und im Konnubium blieben Juden weitgehend unter sich, letzteres findet am Beispiel der Familie *Falk* auch seine Bestätigung.[23] Angesichts der zahlreichen Hindernisse, Barrieren und Gegenkräfte konnte deshalb einer deutsch-jüdischen

18 Edition, S. 202.

19 Vgl. ZIMMERMANN, S. 32–34; SCHUBERT, S. 122–132.

20 Edition, S. 202.

21 Jacob TOURY: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland, Tübingen 1966, S. 138.

22 Vgl. Edition, S. 202.

23 NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 404–407; VOLKOV, Die Juden in Deutschland, S. 56 f.

Symbiose, verstanden als Koexistenz in steter Wechselwirkung und als soziokultureller Austausch unter Wahrung der eigenen Identität, kein Erfolg beschieden sein.[24]

Bernhard *Falk* wuchs in einem »deutschen gebildeten und liberalen Bürgerhaus« auf.[25] In diesem Geiste wurde er erzogen. Doch wie prekär und problematisch die Stellung der Juden in der Gesellschaft war, wurde ihm schon während seiner Kindheit bewusst, wenn seine Eltern ihn zur Bescheidenheit und Zurückhaltung ermahnten. Als Juden seien sie »doppelt verpflichtet im Tun und Lassen. Fehler und Ungehörigkeit des Einzelnen fielen auf die Gesamtheit zurück.«[26] Auch die antisemitischen Anfeindungen in Stadtolderndorf, in das seine Eltern 1876 gezogen waren, um Ephraim *Rothschild* bei seinen wirtschaftlichen Unternehmungen zu unterstützen, wirkten ernüchternd. Dies sei, so Bernhard *Falk*, »der erste Mehltau [gewesen], der sich auf meine hochfliegende Phantasie und meine weitspannenden Träume« gesenkt habe.[27] Seine Eltern kehrten schließlich 1878 wieder nach Köln zurück, in der sie sich bereits 1870 niedergelassen hatten. Köln wurde somit zu Bernhards Heimat, seiner Vaterstadt.

In Köln besuchte Bernhard das Königlich katholische Gymnasium an der Kirche St. Aposteln, auf dem ihm das klassische Bildungsgut der Antike vermittelt wurde. Nach den Erfahrungen in Stadtolderndorf war er angenehm berührt von der an der katholischen Anstalt herrschenden »echte[n] und ernste[n] Toleranz gegenüber Andersgläubigen«.[28] An der Schule lernte er auch katholisches Empfinden und Denken kennen. Er begann ein Verständnis für die Anliegen und Interessen des katholischen Bevölkerungsteils zu entwickeln, das ihm später in den politischen Auseinandersetzungen mit dem Zentrum helfen sollte. Gleichwohl bezeichnete er in seinen Erinnerungen den »Klerikalismus und übersteigerte[n] Konfessionalismus«[29] der 1870 gegründeten Zentrumspartei und des katholischen Vereinswesens sowie die damit verbundene Absonderung des katholischen Bevölkerungsteils, des katholischen »Milieus« als ein »Unglück für Deutschland«.[30]

Dem Abitur folgte 1885 ein dreijähriges Jurastudium an der Bonner Universität, das er kurzzeitig für seinen Militärdienst unterbrechen musste. 1888 bestand er sein Referendarexamen in Köln und trat anschließend sein Referendariat an, das er in Lindlar, in Mülheim am Rhein und in Köln absolvierte. Da er die Große Staatsprüfung 1893 nicht mit Prädikat bestand, blieb ihm eine Laufbahn im Staatsdienst verschlossen, so dass er sich als Anwalt niederlassen musste, zuerst vier Jahre lang am Landgericht in Elberfeld, später am Oberlandesgericht in Köln. Angesichts der für Juden geltenden informellen Zugangsbeschränkungen zur höheren Verwaltung im Reich und in Preußen wäre ihm eine Karriere im Staatsdienst ohnedies nicht vergönnt gewesen. Infolge dieser Diskriminierungspraktiken waren Juden überproportional in den freien Berufen vertreten. So lag der jüdische Anteil an den preußischen Rechtsanwälten 1893 bei 25,4 Prozent.[31] Dass Bernhard seine Große Staatsprüfung in den Sand setzte, mochte daran gelegen

---

24 Vgl. ILSAR. Vgl. dazu auch den Forschungsüberblick, in: ZIMMERMANN, Die deutschen Juden, S. 84–89.

25 Edition, S. 202.

26 Ebd., S. 203.

27 Ebd.

28 Ebd.

29 Ebd., S. 204.

30 Ebd.

31 Vgl. Barbara STRENGE: Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München u.a. 1996, S. 151–342, hier S. 250; vgl. auch NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 400.

haben, dass er sich im April 1893 mit der 21-jährigen Else *Wahl* verlobte und andere, schönere Dinge als Paragraphen im Kopf hatte. Die Heirat fand ein Jahr nach der Verlobung am 3. April 1894 in Bergheim statt.[32]

Elses Eltern zählten zu den wohlhabendsten und angesehensten Bürgern Barmens. Ihr Vater, Hermann *Wahl*, war Geschäftsführer des Barmer Textilhauses »S. & R. Wahl«. Das Ansehen, das Hermann *Wahl* als Unternehmer, Kunstmäzen und ehrenamtliches Mitglied zahlreicher Organisationen genoss, fand seinen Ausdruck in der Verleihung des Kommerzienratstitels und in der Wahl zum ersten Vorsitzenden der Synagogengemeinde Barmens 1894, ein Amt, das er bis zu seinem Tod im Jahr 1915 bekleiden sollte.[33] Seine Familie glaubte er auf den polnischen Eintagskönig Saul *Wahl* (ca. 1545–1617), der aus juristischen Gründen für einen Tag die polnische Königswürde getragen haben soll, zurückführen zu können. Die Familie *Wahl*, die erst Anfang des 19. Jahrhunderts nach Barmen gezogen war, stammte ursprünglich aus Zweibrücken, wo interessanterweise der älteste nachweisbare Vorfahre als Hoffaktor des Zweibrücker Herzogs als einziger Jude noch Wohnrecht besessen hatte.[34]

Die Ehe mit Else *Wahl* zeigt, wie groß auch im Falle Bernhard *Falks* die Kontaktbarrieren zur nichtjüdischen Gesellschaft und wie eng begrenzt nicht zuletzt infolge der aus religiösen Motiven resultierenden Selbstbeschränkung die Heiratskreise der deutschen Juden vor der Jahrhundertwende waren. Denn Else *Wahl* gehörte zur Verwandtschaft der Familie, ihre Mutter war eine Cousine Rosa *Falks*, Bernhards Mutter. Sie stammte mütterlicherseits aus dem Stadtolderndorfer Zweig der Familie *Rothschild*.

32 Meldeformular von Bernhard und Else *Falk*, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else *Falk*.

33 Vgl. FÖHSE.

34 Vgl. Edition, S. 208.

2. Die Nationalliberale Partei – die Jungliberale Bewegung

Bereits in Elberfeld wurde Bernhard *Falk* Mitglied der Nationalliberalen Partei und trat damit in die Fußstapfen seines Vaters. Die »große Vergangenheit der Partei«, ihre Verdienste um die Gründung und die innere Ausgestaltung des Reichs, ihre Zusammenarbeit mit dem auch von *Falk* hochverehrten Reichsgründer, Otto *von Bismarck*, waren die entscheidenden Gründe für seinen Schritt. »Ihr Programm«, so *Falk*, »war freiheitlich und fortschrittlich, erkannte das Recht des Einzelnen an, ordnete es aber der Notwendigkeit der Allgemeinheit, den Bedürfnissen des Staates und den Aufgaben der Nation unter.« Anstoß nahm er allerdings an der Dominanz der Großindustrie in der Partei, die zu einer betont antisozialistischen und antigewerkschaftlichen Haltung geführt und sozialpolitische und sozialreformerische Überlegungen ausgeschlossen habe. Aber auch die »unzulängliche Ablehnung des Antisemitismus« oder das »verschämte Werben um antisemitische Stimmen« bereitete *Falk* Bauchschmerzen. Ein Beitritt zur Freisinnigen Volkspartei oder zur Freisinnigen Vereinigung, die sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei vereinigen sollten, stand für *Falk* allerdings nicht zur Diskussion, da sie ihm als lebensfremd und doktrinär erschienen und sich durch ihre erbitterte Gegnerschaft gegen den Reichsgründer Fürst *Bismarck* diskreditiert hätten.[1]

Nach dem Rückzug des langjährigen Parteivorsitzenden Rudolf *von Bennigsen* aus der Parteiführung in den neunziger Jahren stand die Nationalliberale Partei noch im Zeichen einer Linkswendung, der 1897 mit der Wahl des badischen Juristen Ernst *Bassermann* (1854–1917) zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion teilweise Rechnung getragen wurde. *Bassermann* stammte aus Süddeutschland, aus Baden und verdiente seit 1880 als Rechtsanwalt in Mannheim sein Brot. Mit neununddreißig ließ er sich in den Reichstag wählen und gewann aufgrund seiner integrativen Begabung rasch eine zentrale Position innerhalb der Partei. Er hatte sich als Gegner der Umsturzvorlage von 1894/95, einer Neuauflage des 1890 gefallenen Sozialistengesetzes, einen Namen gemacht und war gegenüber innenpolitischen Reformen aufgeschlossen. Er befürwortete auch eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts und stand als selbstbewusster Angehöriger des süddeutschen Bürgertums der traditionellen feudalen Führungsschicht Preußens skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Doch lehnte er die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und damit eine vollständige Demokratisierung in Deutschland ab. Auch waren seine Reserven gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu groß und seine Verbindung zur Wirtschaftswelt aufgrund der Mitgliedschaft in zahlreichen Unternehmensvorständen zu eng, als dass er einem grundlegenden innen- und sozialpolitischen Politikwandel das Wort geredet hätte. Er war in vielem ein Mann der Mitte, dem man zutrauen konnte, die zentrifugalen Kräfte in der Partei auszutarieren und auszubalancieren. Die Anerkennung, die ihm in der Partei allgemein zuteilwurde, fand 1904 seinen Niederschlag in seiner Wahl zum Parteivorsitzenden.[2]

Der Linkskurs, den die Partei in den neunziger Jahren eingeschlagen hatte, war nicht von Dauer. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag, mehr noch im Preußischen Abgeordnetenhaus ließen die Gefahr eines Bündnisses von Zentrum und Konservativen bedrohlich erscheinen, so dass der Versuch nahe lag, das nationalliberal-konservative Bünd-

1 Vgl. Edition, S. 209 f.

2 Zu Ernst *Bassermann* vgl. Lothar GALL: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989, S. 403–442. Zur Nationalliberalen Partei vgl. LANGEWIESCHE, S. 128–232; NIPPERDEY, Organisation, S. 86–175; SCHWAB; Ansgar LAUTERBACH: Im Vorhof der Macht: die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866–1880), Frankfurt a. M. 2000.

nis unter *Bismarck*, das sogenannte Kartell von 1887 bis 1890, zu erneuern. Anknüpfungspunkte zwischen Nationalliberalen und Konservativen gab es in der Tat zuhauf, zumal der großindustrielle Flügel um Friedrich *Hammacher* in der Schutzzollpolitik, im Wunsch nach einem Stopp in der Sozialpolitik und einem härteren Kurs gegenüber den Gewerkschaften sich ohnehin mit den Konservativen einig wusste. Ein engeres Einvernehmen zwischen den Konservativen, den Nationalliberalen und den Linksliberalen sollte schließlich auch 1907 unter Reichskanzler Fürst Bernhard *von Bülow* im sog. *Bülow*-Block Gestalt annehmen, der angesichts der offenkundigen Brüche und Interessendivergenzen zwischen agrarischem und industriellem Lager allerdings nur zwei Jahre Bestand hatte.

Die Verwurzelung der Nationalliberalen Partei in ländlichen und städtisch-industriellen Wahlkreisen machte die Vermittlung und den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und Flügel zu einer vordringlichen Aufgabe des Parteivorsitzenden. Vor diesem Hintergrund gewannen nationale Themen wie Heeres- und Flottenrüstung sowie koloniale Fragen für die Partei eine wichtige, integrative Bedeutung, da sie halfen, die Interessengegensätze und Meinungsunterschiede in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Innenpolitik zu überwölben und die Politik der Partei an übergreifenden, identitätsstiftenden Leitwerten zu orientieren. Der Stellenwert dieser die Interessengegensätze auflösenden Leitbilder gewann in dem Maße an Gewicht, in dem die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme und die Schwierigkeiten, die eigene Politik dem Wähler zu vermitteln, zunahmen. Die politischen Akzeptanzprobleme der Partei lassen sich eindrucksvoll anhand der Mandatsentwicklung nachzeichnen. Hatte die Partei noch 1877 27,2 Prozent der Stimmen und 32,2 Prozent der Mandate auf sich vereinigen können, so kam sie seit 1893 sowohl in ihren Stimmen- als auch in ihren Mandatsanteilen nicht mehr über fünfzehn Prozent hinaus.[3] Ähnlich, wenngleich wegen des ungleichen Dreiklassenwahlrechts etwas vorteilhafter nahm sich die Situation im Preußischen Abgeordnetenhaus aus, wo der nationalliberale Mandatsanteil etwas über dem des Reichstags lag (1894: 20,8 – 1904: 17,8 – 1913: 16,5%). In der preußischen Körperschaft verfügten Konservative und Zentrum wegen des ungleichen Rekrutierungssystems seit den achtziger Jahren über eine absolute Mehrheit.[4]

Gegen diese Entwicklung stemmte sich die seit der Jahrhundertwende entfaltende jungliberale Bewegung, die die Hoffnung auf eine innere Erneuerung der Partei zu bieten schien. Ansatzpunkt und Movens war die Kritik an der politischen Zusammenarbeit mit den Konservativen, ein dezidierter Antiklerikalismus sowie der Protest gegen das Zurückstellen genuin liberaler Forderungen. Die programmatischen Grundpositionen des Nationalliberalismus sollten stärker akzentuiert und betont werden. In der Welt- und Wehrpolitik traten die Jungliberalen deshalb betont national, ja imperialistisch auf, während sie in der inneren Politik, in der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik die liberalen Grundvorstellungen stärker zur Geltung gebracht sehen wollten.[5] Mit der Forderung nach Stärkung des liberalen, freiheitlichen Gedankenguts verband sich der Wunsch nach einer Kooperation mit den Linksliberalen in innenpolitischen Fragen. An Brisanz gewann die Bewegung durch ihre sozialpolitischen Anliegen, mit denen sie scharf gegen den großindustriellen Flügel der Partei Position bezog. Die Forderung

3 Vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 38–42.

4 Vgl. ebd., S. 140; Thomas KÜHNE: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.

5 Vgl. auch die Ausführungen *Falkes* zur Kolonialpolitik, Edition, S. 248 f., hier S. 248. Er sei, so *Falk*, ein »entschiedener Anhänger der Kolonialpolitik« gewesen. »Der Deutschen Kolonialgesellschaft gehörte ich ununterbrochen seit 1888 an.«

nach Anerkennung der Gewerkschaften und der Wunsch nach einer Fortführung der Sozialreform schloss selbst ein punktuelles Arrangement mit der Sozialdemokratie nicht aus, wie es sich bereits im Süden des Reiches unter betont antiklerikalem Vorzeichen anzubahnen begann. Diese unverkrampftere Einstellung zur Arbeiterbewegung fand seinen Ausdruck in der Parole »Von *Bassermann* bis *Bebel*!«, die in der jungliberalen Bewegung besonderen Anklang fand und die Möglichkeit einer innenpolitischen Reformkoalition von den Nationalliberalen bis zur SPD suggerierte, die es so tatsächlich im Reich nicht gab.[6]

Die jungliberale Bewegung breitete sich seit 1899 von Köln aus über das ganze Reichsgebiet aus und schloss sich im Oktober 1900 zu einem der Partei angegliederten selbständigen Reichsverband unter Vorsitz des 26-jährigen Kölner Rechtsanwalts Hermann *Fischer* zusammen.[7] Der Zusammenschluss war möglich geworden, nachdem 1899 das Vereinigungsverbot für politische Vereine aufgehoben und damit das letzte Hindernis auf dem Weg zu einer reichsweiten Organisation gefallen war. *Fischer* sollte dem Jungliberalen Reichsverband zwölf Jahre vorstehen, ehe er 1913 in den Vorstand des Schaffhausenschen Bankvereins aufrücken und von anderen Aufgaben absorbiert werden sollte. Als Präsident des liberalen Hansabundes, Direktionsmitglied der Discontogesellschaft und zahlreicher anderer Aktiengesellschaften, aber auch als Vorstandsmitglied und Schatzmeister der Deutschen Demokratischen Partei sollte er vor allem in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle spielen.[8]

Falk zählte zu den Gründern des »Vereins der nationalliberalen Jugend in Köln«[9] und wurde gleich zu Beginn in den Vorstand des Vereins gewählt. Wenige Jahre später sollte er Nachfolger Hermann *Fischers* werden, der seinen Posten mit dem Vorsitz im Jungliberalen Reichsverband nicht mehr vereinbaren zu können glaubte. Die Jungliberalen verstanden sich, um das Bonmot des Parteifreundes *Falks*, Emil *Bau*, zu zitieren, als »Juckpulver der nationalliberalen Partei«[10] und sahen ihre Aufgabe darin, die Partei mit ihren Ideen und Vorstellungen zu erfüllen und sie vorwärts zu treiben. »Der Reichsverband«, so meinte *Falk* rückblickend, »beeinflußte sehr bald und nachhaltig die Politik der nationalliberalen Partei in liberalem und sozialem Geist und wurde die Kerntruppe, auf die Ernst *Bassermann* sich [in] sein[em] Kampf gegen die Rechtszieher in der Partei unbedingt verlassen und stützen konnte.«[11]

---

6 Das Programm der Jungliberalen ist abgedruckt in: Felix SALOMON: Deutsche Parteiprogramme, 3 Bde., 2. Aufl., Berlin/Leipzig 1931–1932, hier Bd. 2, S. 54 f. Ferner »Unser Programm. Ansprache des Rechtsanwalts Dr. *Fischer* an die gründende Versammlung des Reichsverbandes, Köln, 21. Oktober 1900«, in: NATIONALLIBERALE JUGEND, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 2 f. Zu den Jungliberalen vgl. auch Paul ZIMMERMANN, Die nationalliberale Jugendbewegung. Ursprung, Wesen und Ziele, Frankfurt a.M. 1905; Paul HARMS: Die Nationalliberale Partei. Ein Gedenkblatt zu ihrer geschichtlichen Entwicklung, Berlin 1907, S. 46 f.; Wilhelm KULEMANN: Politische Erinnerungen: Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte, Berlin 1911, S. 194–197; Alexander BURGER: Geschichte der Parteien des deutschen Reichstags. II. Die nationalliberale Partei, Gautzsch b. Leipzig 1913, S. 14–16. Vgl. auch SCHULTHESS 1903, S. 128, zum Delegiertentag der nationalliberalen Jugendvereine in Mannheim vom 31. August 1903.

7 Vgl. »Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend«, in: NATIONALLIBERALE JUGEND, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

8 Zu Hermann *Fischer*: STEPHAN, Aufstieg, S. 167.

9 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. »Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend«, in: NATIONALLIBERALE JUGEND, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9, hier S. 7.

10 Edition, S. 212.

11 Ebd., S. 213.

Die jungliberale Bewegung konnte bereits 1906 auf 64 jungliberale Ortsverbände mit insgesamt über 10000 Mitgliedern blicken und 1914 wohl etwa 16000 bis 18000 Mitglieder organisieren. 1907 stellte die Bewegung in den nationalliberalen Hochburgen, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, der Pfalz, Württemberg und Baden, allein 100 jungliberale Vereine gegenüber 531 allgemeinen Parteivereinen.[12] Ihr Gewicht versuchte die jungliberale Bewegung dadurch zu stärken, dass sie eine relativ hohe Altersgrenze von 40 Jahren festschrieb und damit ihren Einzugsbereich extensiv interpretierte. Dennoch blieb ihr Einfluss in der Partei vor dem Krieg begrenzt. Berücksichtigt man, dass die Partei 1914/15 über 280000 Mitglieder zählte, so gehörten den Jungliberalen gerade einmal sechs Prozent der nationalliberalen Mitglieder an.[13]

In der Partei fand die Bewegung immerhin mit ihrer Forderung nach einer Erneuerung und Demokratisierung der Parteistrukturen Gehör. Zwar verlor die Partei nicht vollständig die Exklusivität eines Honoratiorenvereins, doch setzte mit der Satzung von 1905 ein allmählicher Prozess der Demokratisierung ein. Fortan konnten alle Parteianhänger Mitglieder eines örtlichen Parteivereins werden, während der Vorstand eines der Partei angeschlossenen Vereins ebenso wie die Parteitagsdelegierten zum größten Teil aus Wahlen hervorgegangen sein mussten.[14]

Die Jungliberalen stiegen zwar nicht zu einer tonangebenden Kraft innerhalb der Partei auf, doch vermochten sie als »intellektuelle Vorhut«[15] die Partei mit den innen- und sozialpolitischen Reformanliegen zu versöhnen, sie gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu öffnen und ihr neue, junge Wählerschichten zuzuführen. Die Jungliberalen verhinderten zumindest, dass sich die städtisch-bürgerliche Jugend den Freisinnigen zuwandte und der Partei verloren ging. Die jungen Liberalen blieben letztlich in der Partei ein beständiger Unruhefaktor, der in den Auseinandersetzungen mit dem rechten Flügel für fortdauernde Spannungen sorgen, gleichzeitig aber auch die Partei gegenüber neuen Themen und Wählerschichten zu öffnen vermochte.

Wenn die Jungliberalen auch keine eigenen Abgeordneten in den Reichstag oder ins Preußische Abgeordnetenhaus entsenden konnten, so wurden ihre führenden Vertreter, Hermann *Fischer*, aber auch Bernhard *Falk* früh in den Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei gewählt, wo sie die jungen reformbereiten Kräfte um den Parteivorsitzenden Ernst *Bassermann* verstärkten.[16] Zu diesen zählte auch Gustav *Stresemann* (1878–1929), seit 1901 Geschäftsführer und Syndikus des »Bundes der Industriellen« (BDI) für den Bezirk Dresden-Bautzen, seit 1902 des »Verbandes Sächsischer Industrieller« (im BDI) und seit 1912 des BDI. *Stresemann* wurde 1907 in den Reichstag gewählt, wo er zur rechten Hand des Parteivorsitzenden aufsteigen und nach dessen Tod zum Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Parteivorsitzenden avancieren sollte.[17]

Neben *Bassermann* und *Stresemann* spielte damals Robert *Friedberg* eine herausgehobene Rolle in der Partei. Der 1851 geborene *Friedberg* lehrte Staatsrecht zuerst in Halle/Saale, seit 1904 in Berlin. Sein Lehramt wusste er bereits früh mit einer parlamentarischen Tätigkeit zu verbinden. Seit 1886 gehörte er dem Preußischen Abgeordnetenhaus

12 Vgl. SCHULTHESS 1906, S. 161; NIPPERDEY, Organisation, S. 97, 100 (zu den Ortsvereinen 1907 und den Mitgliedszahlen 1914).

13 Vgl. NIPPERDEY, Organisation, S. 98, 100.

14 Vgl. ebd., S. 99 f.

15 Ebd., S. 99.

16 Vgl. VON BASSERMANN ZU STRESEMANN, S. 66–80, hier S. 66, 69.

17 Zu Gustav *Stresemann* vgl. KOLB, Stresemann; dort die weiterführende Literatur.

an und rückte als steuer- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Partei rasch in die Führungsriege auf, so dass er bereits 1906 als anerkannter Führer der Fraktion gelten konnte, ehe er schließlich 1913 auch offiziell zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Obwohl er auch kurzzeitig dem Reichstag (1893–1898) angehörte, blieb Preußen sein eigentliches Aktionsfeld. Es war von einer gewissen Folgerichtigkeit, dass *Friedberg* als starker Mann Preußens nach dem Tode *Bassermanns* im Frühjahr 1917 zum Parteivorsitzenden aufsteigen sollte. Den Höhepunkt seiner Karriere stellte schließlich seine Ernennung zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums im November jenes Jahres dar. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, die Verbindung zur nationalliberalen Fraktion unter der Regierung des dem Zentrum angehörenden Kanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Graf *Hertling* zu halten. Gleichzeitig sollte den Parteien des 1917 im Reichstag gegründeten »Interfraktionellen Ausschusses«, SPD, Zentrum, Linksliberalen und Nationalliberalen, ein stärkeres politisches Gewicht eingeräumt werden. Zudem sollte die Ernennung *Friedbergs* eine ausgeglichene parteipolitische Besetzung der Regierung garantieren und die Ernennung eines Zentrumspolitikers zum Kanzler austarieren.[18]

Zu *Friedberg* fand *Falk* schnell »ein recht gutes Verhältnis«. *Friedberg*, so *Falk*, habe sich »zwar ungern zu entscheidenden Schritten entschließen« können, sei »aber vielleicht der klügste Mann in der Partei, jedenfalls ein Parlamentarier und Parteiführer« gewesen, »der seinesgleichen suchte.«[19] An anderer Stelle beschreibt *Falk* den späteren nationalliberalen Fraktionsführer Preußens als einen »durchaus liberale[n] Mann mit klarem Blick und starkem Willen«, der jedoch Mühe gehabt hätte, sich gegenüber dem rechten, schwerindustriellen Flügel durchzusetzen.[20]

Falk verband mit *Friedberg* und *Stresemann* neben der Zugehörigkeit zur selben Partei cum grano salis auch der konfessionelle Hintergrund. Denn *Friedberg* war ein gebürtiger Jude, der erst 1884 zum protestantischen Glauben übergetreten war, während *Stresemann* durch die Heirat mit Käthe *Kleefeld*, einer Tochter aus einer angesehenen Berliner Kaufmannsfamilie jüdischer Herkunft und evangelischer Konfession, ebenfalls über jüdische Bindungen und Konnexionen verfügte.[21]

Den Jungliberalen wehte in der Partei schnell der Wind ins Gesicht. In Köln und im rheinischen Landesverband begegneten der Vorsitzende Oskar *Jäger* (1830–1910) und seine engsten Mitarbeiter Franz *Moldenhauer* und Josef *Neven DuMont* den Jungen mit »unverhohlene[m] Mißtrauen«[22]. Zur offenen Konfrontation kam es schließlich auf dem Reichsparteitag der Nationalliberalen in Goslar im Oktober 1906. Zahlreiche Streitfragen hatten sich in der Zwischenzeit angesammelt. So hatten die Jungliberalen zwei Jahre zuvor forsch die Simultanschule in Preußen und 1906 die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und damit die Ersetzung des preußischen Dreiklas-

18 Zu Robert *Friedberg* vgl. Otto Graf zu STOLBERG-WERNIGERODE, Friedberg, Robert, in: NDB, Bd. 5, S. 445 f.; Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 26, 166. Ferner: Robert FRIEDBERG: Zur inneren Lage, Berlin 1898; DERS.: Zur inneren politischen Lage Preußens, Berlin 1908; Etats-Rede des Abgeordneten Dr. [Robert] Friedberg in der Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses am 15. Januar 1910, Berlin 1910; Robert FRIEDBERG: Die Neuorientierung in Preußen, Berlin 1917; DERS.: Wahlrecht und Zukunft der nationalliberalen Partei, Berlin 1918; zur Wahlreform in Preußen: Rede des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Berlin 1918.

19 Edition, S. 213.

20 Ebd., S. 245, insgesamt S. 245 f.

21 Zu *Stresemann* vgl. KOLB, Stresemann, S. 26 f.

22 Edition, S. 213.

senwahlrechts durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht gefordert.[23] Zudem wurde in jenem Jahr scharfe Kritik am preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz geübt. Das Gesetz übertrug die Finanzierung der Volksschulen den Gemeinden und Gutsbezirken und sorgte durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden für eine verbesserte Schuldotierung. Andererseits, und dies war der Stein des Anstoßes, erklärte es die Konfessionsschule zur Regelschule.[24] Darüber hinaus stand auch die von der Partei mitverabschiedete Reichsfinanzreform in der Kritik, gegen die sich der Jungliberale Verein in Leipzig in einer Resolution entschieden ausgesprochen hatte. Mit dieser Reform sollten der durch den Flottenbau ständig wachsenden Staatsverschuldung entgegengewirkt und dem Reich neue Einnahmequellen erschlossen werden. Doch das Ergebnis der Reform von 1906 war insgesamt gesehen enttäuschend.[25]

Die Kritik der Leipziger Jungliberalen bezog sich nicht nur auf das Ungenügende der Finanzreform, sondern auch auf das Ausmaß des Entgegenkommens der Nationalliberalen gegenüber Konservativen und Zentrum und gipfelte letztlich in dem an die Reichstagsfraktion gerichteten Vorwurf, »den Reichseinheitsgedanken gegenüber den partikularistischen Tendenzen« und damit genuin nationalliberale Prinzipien nicht genügend zum Ausdruck gebracht zu haben. Doch es war letztlich nicht die Kritik an der Sache, sondern der Ton, der den Parteivorstand und die Delegierten in Rage bringen sollte. So wurde die Reichstagsfraktion in der Resolution aufgefordert, Aufschluss darüber zu geben, »warum sie [...] die Führung bei der sogenannten Reform sich angeeignet hat und zwar in einer Weise, die es durchaus zweifelhaft erscheinen läßt, ob sie noch auf die nationalliberalen Grundsätze, die im Lande die Parteifreunde zusammenhält [sic], irgendwelchen Wert legt.«[26]

Einen derart unverschämten Ton hatte man bislang nicht vernommen. Man muss sich das Denkwürdige vor Augen halten: Politisch weitgehend unerfahrene Jungpolitiker pinkelten altgedienten Abgeordneten frech ans Bein. Der nationalliberale Parteivorstand hatte es deshalb auch abgelehnt, die Resolution auf dem Goslaer Parteitag zu behandeln. Doch Paul *Krause*, neben *Friedberg* der starke Mann der Nationalliberalen im Preußischen Abgeordnetenhaus, hielt es für geboten, mit dem respektlosen Verhalten der Jungliberalen scharf ins Gericht zu gehen. »Abgesehen von der außerordentlich erfrischenden Sachunkenntnis« der Leipziger, so Krause auf dem Parteitag, sei die Form der Resolution, die Art und Weise, »wie ein einzelner Verein angesehenen Abgeordneten, die immer die Fahne des Liberalismus hochgehalten haben, entgegentritt«, unerhört. »Das Wort ›ungehörig‹ ist viel zu milde (Sehr wahr!); als alter Parlamentarier finde ich keinen parlamentarischen Ausdruck dafür. (Beifall)«. Auch die Forderung der Jungliberalen nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen lehnte er unumwunden ab. Für das Reich, das die allgemeine Wehrpflicht habe und auf indirekten Steuern aufgebaut sei, mache ein gleiches Wahlrecht Sinn. Doch für die Einzelstaaten, Preußen zumal, die Kulturinteressen dienen und deren Steuersystem wesentlich auf direkten Steuern gründen würden, »also auf Steuern für die Besitzenden, da ist es poli-

---

23 Vgl. THIEME, Nationaler Liberalismus, S. 44.

24 Karl Erich BORN: Preußen im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Führungsmacht des Reiches und Aufgehen im Reich, in: Handbuch der preußischen Geschichte. Hrsg. v. Wolfgang Neugebauer, Berlin/New York 2000, S. 15–148, hier S. 126.

25 Vgl. Hans Peter ULLMANN: Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen, München 2005, S. 77; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 728.

26 NEUNTER ALLGEMEINER VERTRETERTAG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI am 6. und 7. Oktober 1906 in Goslar a./H. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1906, S. 74f., hier S. 74.

tisch, theoretisch wie praktisch, zu vertreten, wenn hier als Gegengewicht gegen die Geltung der Zahlen, die berechtigt sein mag im Reich, die Geltung auf andere Elemente sich stützt, auf Besitz, wenn möglich auf Bildung, wenn möglich auf höheres und reiferes Alter (lebhafter, wiederholter Beifall)«. Der von den Jungliberalen erhobene Vorwurf, das Preußische Abgeordnetenhaus sei im Grunde »eine reaktionäre Masse«, wies *Krause* denn auch entschieden zurück.[27]

Für *Falk* war es nach dieser Rede – das Protokoll verzeichnete langanhaltenden, lebhaften Beifall – kein Leichtes, als Vertreter der Jungliberalen vor die Delegierten zu treten. Er bemühte sich deshalb, möglichst sachlich zu bleiben und persönliche Angriffe zu vermeiden. Die Jungliberalen, so *Falk*, seien selbstverständlich von der Notwendigkeit der Nationalliberalen Partei überzeugt. »Wir sind aber« auch »der Meinung, daß infolge der bekannten Geschehnisse«, womit er sich auf die Finanzreform bezog, zahlreiche Anhänger der Partei den Rücken kehren könnten. Dies wollten die Jungliberalen selbstverständlich nach Kräften verhindern und würden es überdies als ihre Aufgabe ansehen, dafür Sorge zu tragen, »daß die großen Scharen von liberal und national gesinnten Männern, die heute mißmutig beiseite stehen, sich uns anschließen (sehr richtig!)«. Eine politische Partei werde »nur dann auf die Dauer hoffen können, bestimmenden Einfluß auszuüben«, werde »nur dann in der Lage sein, mit den Zielen des Staates zugleich auch ihre ureigensten Ziele zu verfolgen, wenn sie von ihrer Idee auch kein Titelchen aufgibt.« Von diesem Standpunkt aus könne er nicht umhin, die Politik der Fraktionen des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses als »nicht glücklich für unsere Partei« zu bezeichnen. Die Kritik bezog sich nicht nur auf die Reichsfinanzreform, deren neue Steuern er wegen ihrer einseitigen Belastung von Handel und Gewerbe als »ungerecht« bezeichnete, sondern auch auf das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906. *Falk* hielt das Gesetz, »für nicht glücklich«, weil es »grundsätzlich den Confessionalismus eingeführt hat in unsere Gesetzgebung.« Unberührt von den sich häufenden Zurufen fuhr *Falk* fort. »Sie werden mir kein anderes Gesetz zeigen können, das, wie das Volksschullastengesetz, sich aufbaut auf dem Grundsatz des Confessionalismus.« Das Protokoll vermerkte an dieser Stelle große Unruhe unter den Delegierten. Man habe, so *Falk* weiter, »vielfach in der Partei die Ueberzeugung, als ob beide Fraktionen, sowohl die Reichstagsfraktion als auch die Landtagsfraktion, sich haben leiten lassen von der Absicht, von der Tendenz, Anschluß nach rechts bei den Konservativen zu suchen. (Lebhafter Widerspruch. Große Unruhe und Zurufe.)« Seine Rede schloss *Falk* mit der Forderung nach einem engeren Zusammenwirken von Freisinnigen und Nationalliberalen und einem gemeinsamen Vorgehen bei den Preußischen Abgeordnetenhauswahlen von 1908. Es mag nach all der Kritik nicht überraschen, dass am Ende seiner Rede nicht nur lebhafter Beifall, sondern auch lautes Zischen zu hören war.[28]

Dass die Parteioberen den Auftritt des Neununddreißigjährigen als Zumutung empfanden, bekam *Falk* umgehend zu spüren, als ihn der Vorsitzende des Parteitags, Robert *Friedberg*, offen in die Schranken wies und den Vorwurf, die Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses seien bemüht, den Anschluss nach rechts zu suchen, entschieden zurückwies.[29] Aber *Falk* war nicht der einzige Jungliberale, der auf diesem Parteitag das Wort ergreifen sollte. Am selben Tag meldete sich noch Rechtsanwalt *Zöphel* vom jungliberalen Verein Leipzig zu Wort und goss

27 Ebd., S. 73–81, hier S. 75, 80.
28 Ebd., S. 83–90.
29 Ebd., S. 90 f.

weiteres Öl ins Feuer, als er dem Parteivorstand schlicht und einfach das Recht absprach, »irgend welche sittliche[n] Urteile« über die Leipziger Resolution fällen zu können. Der Saal tobte.[30]

Nach diesen scharfen Attacken der Jungen auf die Parteiführung sah sich Robert *Friedberg* genötigt, am folgenden Tag erneut das Wort zu ergreifen. Scharf kritisierte er die »rücksichtslose Opposition« der nationalliberalen Jugend, die »weit über das Ziel hinausgeschossen« sei und der Partei schweren Schaden zugefügt habe. Um eine Partei führen und zu einer einheitlichen Aktion zusammenfassen zu können, sei ein gewisses Maß an Parteidisziplin unerlässlich. Deshalb könne er die Ausführungen *Falks*, der den Vorwurf der Disziplinlosigkeit entschieden zurückgewiesen hatte (»Ich lasse mir nicht sagen, worüber ich zu sprechen habe.«[31]), nicht akzeptieren. Die Jungliberalen sollten einmal die Vergangenheit ruhen lassen und versuchen, konstruktiv mitzuarbeiten, »damit wir auch in Zukunft eine mächtige und starke Partei in unserem Vaterlande bilden.«[32]

Dieser Aufruf zur Geschlossenheit und Einigkeit fand stürmischen Beifall, was zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Delegierten der heftigen Auseinandersetzungen leid war und letztlich auch die Kritik der Jungliberalen als überzogen und unangemessen empfand, da diese auf die realen Machtverhältnisse in den parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens keine Rücksicht nahmen. Eine Partei, die im Reichstag gerade einmal dreizehn Prozent und im Preußischen Abgeordnetenhaus achtzehn Prozent der Mandate innehatte, war angesichts des im konstitutionellen Verfassungssystems vorherrschenden Prinzips der wechselnden Mehrheiten gezwungen, Kompromisse einzugehen. Liberale Maximalpositionen ließen sich unter diesen Bedingungen nicht durchsetzen. Der Appell an die Geschlossenheit der Partei traf letztlich die allgemeine Stimmung und das Friedens- und Harmoniebedürfnis der meisten Delegierten, selbst der Jungliberalen.[33] Mit der Annahme einer Resolution billigte der Parteitag schließlich die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der Reichsfinanzreform und betrachtete die in der Partei zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten als ausgeglichen, um schließlich der Erwartung Ausdruck zu geben, dass »alt und jung« gemeinsam und unter Hochhaltung der nationalen und liberalen Grundsätze in die Vorberatung der künftigen Reichstagswahlen gehen würden.[34]

Die Frage, die sich beim Lesen der Parteitagsprotokolle unweigerlich aufdrängt, ist, wie eine derart zerstrittene und in sich zerrissene Partei zu geschlossenem Auftreten finden und eine einheitliche Linie verfolgen konnte. Es ist sicherlich als Verdienst des Parteivorsitzenden Ernst *Bassermann* anzusehen, dass er es verstand, die offensichtlichen Interessengegensätze und Antagonismen in der Partei durch Kompromisse zu überbrücken und die auseinanderstrebenden, zentrifugalen Kräfte in die Parteipolitik einzubinden. Seine auf Ausgleich und Versöhnung ausgerichtete Linie kam auch in seiner Parteitagsrede, die nach sachlichen, humorvollen Ausführungen zur Politik der Reichstagsfraktion in einem Appell an die Geschlossenheit gipfelte, deutlich zum Ausdruck.[35]

---

30 Ebd., S. 103–105, Zitat S. 104.

31 Ebd., S. 88.

32 Ebd., S. 119–123, hier S. 120 f., 123.

33 Vgl. die Rede des jungliberalen Krefelder Chefredakteurs *Brües*, in: ebd., S. 116–119.

34 Ebd., S. 132.

35 Ebd., S. 54–66.

Mit dem Parteitag von Goslar 1906 hatte sich *Falk* erstmals vor einer größeren Öffentlichkeit politisch positioniert. Er galt seitdem als Parteilinker, als ein selbstbewusster Jungpolitiker, der ungeachtet seines betont nationalen Standpunkts für einen dezidierten Reformkurs in der Innenpolitik stand, der neben einer antiklerikalen Bildungs- und Kulturpolitik die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen umschloss. Die sich hieraus ergebenden zahlreichen Berührungspunkte zur Programmatik der Freisinnigen ließen den Wunsch nach einer Einigung der liberalen Parteien, nach der einen liberalen Partei erkennen, der bereits in der Forderung nach einem Zusammenwirken der Liberalen bei den nächsten Wahlen seinen Niederschlag fand. Eine betont nationale, ja imperialistische Politik, innenpolitische Reformen, kulminierend in der Forderung nach Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den Einzelstaaten, und der Wunsch nach Einigung des parteipolitisch gespaltenen Liberalismus waren mithin die wesentlichen Koordinaten und Bezugspunkte im Weltbild *Falks*, der hier letztlich stellvertretend für zahlreiche Jungliberale stand.

Trotz seiner prononcierten Kritik an der Politik der Parteiführung lieh *Bassermann* dem Kölner Jungliberalen bei seinen Versuchen, ein Mandat für das Reichsparlament zu erlangen, seine Unterstützung. Als sich *Falk* 1910 bei der nach dem Tode des Zentrumsabgeordneten notwendig gewordenen Ersatzwahl im Wahlkreis Köln 6 (Mülheim am Rhein – Wipperfürth – Gummersbach) für die Nationalliberalen um ein Mandat bewarb, setzte sich *Bassermann* engagiert für ihn ein. So lobte er den Kölner Rechtsanwalt in einer Wählerversammlung in Mülheim am Rhein in den höchsten Tönen. Er schätze, so *Bassermann*, diesen »außerordentlich hoch«. *Falk* habe »als zielbewusster, ehrlicher Liberaler seit Jahren seine Tätigkeit in den Dienst des Vaterlandes, der Politik und der Partei gestellt.« Er sei »kein Demagoge, kein Mann, der auf einseitigem Klassenstandpunkt stehend Versprechungen macht, die unerfüllbar sind. Er ist ein Mann der sogenannten mittlern Linie mit der Erkenntnis, daß der Fortschritt der Welt nur erzielt werden kann auf der Diagonale, die ihn hindurchführt durch die einzelnen Interessen der Klassen und Stände. Er huldigt einem vernünftigen Fortschritt und ist ein warmer Freund gesunder sozialer Weiterentwicklung.« Die letzten Bemerkungen stellten den Versuch dar, den »jungen Wilden«, der *Falk* allerdings mit seinen damals einundvierzig Jahren nur noch bedingt war, auch rechten Nationalliberalen und konservativer disponierten Wählern schmackhaft zu machen. Mochte das Lob auch taktisch bedingt und dem Bemühen des Parteivorsitzenden um ein geschlossenes Erscheinungsbild der Partei in der Öffentlichkeit entsprungen sein, so reflektierte der Auftritt des Parteiführers, dieser Eindruck lässt sich nicht verhehlen, doch auch die Sympathien und die Wertschätzung, die dieser dem engagiert auftretenden linken Flügel und *Falk* im Besonderen entgegenbrachte.[36]

Die Frage, ob sich die Jungliberalen angesichts des heftigen Widerstands des rechten Flügels, der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses zumal, in der Partei behaupten konnten, blieb offen.[37] Zu einem ersten Showdown sollte es nach den Reichs-

---

36 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 110, 31.1.1910: »Ernst *Bassermann* in Mülheim am Rhein«.

37 Auf dem zwölften allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei am 1. und 2. Oktober 1910 in Kassel kam es zu keiner erneuten Auseinandersetzung mit den Jungliberalen. *Falk*, der sich anfangs auf die Rednerliste hatte setzen lassen, verzichtete schließlich darauf, das Wort zu ergreifen, da den vorgemerkten Rednern am Schluss des zweiten Verhandlungstages nur noch eine Redezeit von fünf Minuten eingeräumt wurde. Vgl. ZWÖLFTER ALLGEMEINER VERTRETERTAG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI am 1. und 2. Oktober 1910 in Cassel. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1910, S. 144.

tagswahlen von 1912 kommen, als *Bassermanns* Stellung wegen seiner Zustimmung zur Wahl des Sozialdemokraten *Scheidemann* zum Vizepräsidenten des Reichstags offen infrage gestellt wurde. Bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden im März lehnte der Zentralvorstand es ab, ihn durch Zuruf in seinem Amt zu bestätigen. Bei der anschließenden Zettelwahl gab ein Drittel der Vorstandsmitglieder weiße Zettel ab. Die Verärgerung über die Parteiführung kam auch dadurch zum Ausdruck, dass der *Bassermann* nahestehende *Stresemann* bei der Neuwahl des Geschäftsführenden Ausschusses nicht wieder berücksichtigt wurde. Die Opposition des rechten Flügels gipfelte schließlich in dem Antrag der Provinzialorganisationen Westfalens und Schleswig-Holsteins, den Reichsverband der Jungliberalen aufzulösen und die einzelnen jungliberalen Vereine in die Provinzialorganisationen einzugliedern, ein Antrag, der trotz des Widerstands *Bassermanns* letztlich angenommen wurde.[38]

Die auf diesen Beschluss folgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen konnten auf dem Parteitag im Mai 1912 durch einen Kompromiss etwas entschärft werden. Danach war zwar von einer Auflösung des Reichsverbands keine Rede mehr, doch sollte dieser fortan außerhalb der Parteiorganisation stehen. Die Vertretung der Jungliberalen in den Parteigremien hatte über die Provinzialorganisationen zu erfolgen. Auf die Fortexistenz des Reichsverbands antwortete der rechte Flügel mit der Gründung einer weiteren Sonderorganisation, des Altnationalliberalen Reichsverbands, dessen Führung dem bisherigen zweiten Generalsekretär der Partei, Paul *Fuhrmann*, übertragen wurde. Da die Altnationalliberalen sich auf die finanziellen Mittel der der Partei nahestehenden Schwerindustrie mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller an der Spitze stützen konnten, war ihr Einfluss in der Partei und ihre Schlagkraft von Anfang an beachtlich.[39] Die Nationalliberale Partei blieb letztlich vor 1918 eine in sich tief zerklüftete Partei, die immer wieder vor innerparteilichen Zerreißproben stand, aber diese Spannungen und Gegensätze auch als produktive Unruhe, als etwas Positives, die Partei Vorantreibendes und Bewegendes zu verstehen begann.

Falks Plädoyer für ein gemeinsames Vorgehen der liberalen Parteien bei den anstehenden Wahlen hatte bereits deutlich gemacht, dass er die Zersplitterung des politischen Liberalismus für ein Unglück hielt. Der Wunsch nach einem Zusammenschluss der liberalen Parteien war besonders im katholischen Köln ausgeprägt, wo ein einheitliches Vorgehen der Liberalen gegen die dominante Stellung des Zentrums bei den Wahlen eine zwingende Notwendigkeit war. »Trotz aller Widerstände«, so erinnerte sich *Falk*, »setzten wir es durch, daß bei den Kommunalwahlen in Köln und in mehreren andern Städten, auch bei den politischen Wahlen, die liberalen Parteien geschlossen in den Wahlkampf gingen, und zwar nicht nur in Form eines Wahlbündnisses, vielmehr wurden gemeinschaftliche Kandidaten aufgestellt, gemeinschaftliche Versammlungen abgehalten, gemeinschaftliche Aufrufe verbreitet, eine gemeinschaftliche Organisation für die Vorbereitung der Wahlen geschaffen, kurz es wurde trotz aller Verschiedenheit der Auffassung in vielen, auch wichtigen Fragen, so gearbeitet, als ob die große liberale Einheitspartei, das Ziel unseres Strebens, bereits in Sicht stehe.«[40] Die Forderung nach einer liberalen Einheitspartei ergab sich letztlich aus der engen Zusammenarbeit der Liberalen auf lokaler Ebene, die Folge der dominanten Position des Zentrums im katholischen Rheinland war und ihren Ausdruck in Wahlbündnissen der beiden liberalen

38 Zur Sitzung des Zentralvorstands am 24. März 1912 vgl. VON BASSERMANN ZU STRESEMANN, Nr. Ia–Ie, S. 89–104; THIEME, Nationaler Liberalismus in der Krise, S. 46 f.

39 Vgl. NIPPERDEY, Organisation, S. 128–130; THIEME, Nationaler Liberalismus, S. 47 f.

40 Edition, S. 215.

Parteien und der auch Konservative umschließenden gemeinsamen Fraktion in der Kölner Stadtverordnetenversammlung fand.

Ein wichtiges Thema vor dem Krieg war die Gleichberechtigung der Frauen, ein Thema, das in den Parteien, gerade auch in der Nationalliberalen Partei, verstärkt problematisiert und diskutiert wurde.[41] Nachdem das Reichsvereinsgesetz von 1908 Frauen die Möglichkeit eröffnet hatte, in politische Parteien einzutreten und an politischen Versammlungen teilzunehmen, versuchten die Parteien den Forderungen des weiblichen Bevölkerungsteils Rechnung zu tragen. In dieser Frage engagierten sich auch Bernhard und Else *Falk*, die »mutig, entschlossen und wirkungsvoll schon zu einer Zeit« für die Frauenrechte eintraten, »als man sich in der Partei noch scheute, sich an die Frage heranzuwagen.«[42] Doch die Widerstände gegen den Versuch der Frauen, im Männerreservat Politik Fuß zu fassen, waren allenthalben groß. Die »Herren des Erdkreises«, wie Heinrich *von Treitschke* es einmal formuliert hatte, konnten der rechtlichen und politischen Gleichberechtigung der Frauen nichts Positives abgewinnen. »Unter uns aber versteht sich von selbst, daß religiöse Aufklärung für den gebildeten Mann eine Pflicht, für den Pöbel und die Frauen ein Verderben sei, und wie viele finden eine Frau ganz absonderlich »poetisch«, wenn sie den plumpsten Aberglauben zur Schau trägt. Nun gar »politisierende Weiber« sind ein Greuel, darüber verlieren wir kein Wort mehr.«[43]

Aber die Politik der Rechtsversagung erschien um die Jahrhundertwende doch einigermaßen unzeitgemäß und antiquiert. Selbst der konservative, spätere Reichskanzler Georg *Michaelis* bezeichnete 1910 diese bei vielen Männern anzutreffende Einstellung als »unwürdig« und mochte den Grund dafür nur im »schlechte[n] Gewissen« der Männer sehen. »Die Männer wissen's oder ahnen es, daß, wenn die Kenntnisse der Frauen über Vorgänge und Zustände im öffentlichen Leben [...] erwachen und sich klären, – daß dann peinigende Fragen offen oder im angstvollen Auge der Frau auftauchen werden, die der Mann nicht beantworten kann, ohne sich preiszugeben.«[44]

Dem Drängen seiner Frau, aber auch eigener Einsicht und Überzeugung folgend begann sich *Falk* für die gleichberechtigte Mitsprache der Frauen in der Politik einzusetzen. Einen ersten Erfolg erreichte er, als Frauen der Zutritt zu den städtischen Ausschüssen gewährt wurde und Frauen sich in den kommunalen Gremien engagieren konnten.[45] Auch die Parteien erkannten schnell, dass sie den Frauen ein Betätigungsfeld eröffnen mussten und sich ihr Engagement nutzbar machen konnten. So kam es im Dezember 1911 in Köln zur Gründung einer Frauengruppe des nationalliberalen Vereins, der im Reich bald andere folgen sollten.[46] Offen unterstützte die Parteiführung

---

41 LANGEWIESCHE, S. 155: »Soweit sich Frauen bürgerlichen Parteien anschlossen, gehörten sie vornehmlich linksliberalen Organisationen an.« Vgl. auch Angelika SCHASER: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933), in: HZ 263 (1996), S. 641–680, hier bes. S. 645–669. Ferner Ute GERHARD: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789, München 2009, bes. S. 49–81; Barbara GREVEN-ASCHOFF: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981, S. 125–147.

42 Edition, S. 250.

43 Heinrich von TREITSCHKE, Die Freiheit, Leipzig 1861, Nachdruck Berlin 1927, S. 50 f.

44 Georg MICHAELIS: Das Christentum und der Christ im Staate, in: Die Furche, 1. Jg., Nr. 1, Oktober 1910, S. 5–10, hier S. 8.

45 Vgl. Edition, S. 250 f.

46 Zur Gründung des Kölner Frauenvereins vgl. auch den Bericht über den ersten rheinischen Frauentag der Nationalliberalen Partei, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 425, 14.4.1913.

diese Entwicklung.[47] Zwei Jahre später fand in Köln der erste rheinische Frauentag der Nationalliberalen Partei statt, an der 132 Delegierte meist vorgerückten Alters teilnahmen. Auf dieser Tagung ergriff auch Else *Falk* für die Kölner Frauengruppe das Wort. »Von der gesteigerten Anteilnahme der Frau an den politischen Vorgängen ausgehend«, so schrieb die »Kölnische Zeitung«, »würde sie es für einen sich rächenden Fehler bezeichnen, wollte man diese Bewegung aufhalten oder ihre Bedeutung unterschätzen. Die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau in der Nationalliberalen Partei begründete sie mit der Frauenbetätigung in den andern Parteien, die längst vorausgegangen sind, und mit der Tatsache, daß wirtschaftliche und politische Fragen eng miteinander verknüpft sind.« Die nationalliberalen Frauen traten jedoch bescheiden auf. Von der Gewährung des Reichstagswahlrechts war keine Rede. In ihrer Entschließung beschränkte sich der Frauentag vielmehr darauf, das Wahlrecht für die im Erwerbsleben stehenden Frauen zu den Berufsvertretungen, den Handelskammern oder Kaufmannsgerichten, zu fordern. Auch im Zuständigkeitsbereich der Rheinischen Landgemeindeordnung sollte Frauen das Wahlrecht eingeräumt werden. Darüber hinaus wurde die Zulassung der Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu den städtischen Kommissionen und als Schöffen zu den Jugendgerichten reklamiert. Auch sollte ein gemeinsamer Unterricht für Knaben und Mädchen in den Orten eingeführt werden, in denen Mädchen die Möglichkeit, die Reifeprüfung abzulegen, nicht gegeben war.[48]

Die Parteiführung konnte beruhigt sein. Die nationalliberalen Frauen waren keine Suffragetten, die in das sozialdemokratische Horn gestoßen und das allgemeine Frauenwahlrecht zu sämtlichen parlamentarischen Körperschaften gefordert hätten. Ihre Forderung nach Gewährung des Wahlrechts beschränkte sich auf die Berufsvertretungen und Landgemeinden. Von einer Demokratisierung des Wahlsystems sprach keiner. Zufrieden betonte denn auch die nationalliberale »Kölnische Zeitung«: »Immer wurde es wieder betont: Die politische Betätigung darf keine Vernachlässigung der Hausfrauen- und Mutterpflichten zur Folge haben; denn die Frauen wissen selbst am besten, wie sehr sie ihrer Sache schaden würden, wenn dies einträte. Dem entsprach ganz das weise Maßhalten und die kluge Beschränkung, die in allen Erörterungen zutage trat und auch in der Entschließung zum Ausdruck kam.«[49] Allein die Forderung, den Frauen auch in den Führungsgremien der Partei Sitz und Stimme einzuräumen, mochte manchen Parteioberen Sorgenfalten ins Gesicht treiben.

Auch wenn der Parteivorsitzende *Bassermann* auf dem Parteitag in Neuwied 1914 das politische Engagement der Frauen begrüßte[50], war die Parteiführung doch nicht bereit, Vertreterinnen der nationalliberalen Frauenorganisationen in den Zentralvorstand wählen zu lassen. Das zu dieser Frage auf Verlangen des Zentralvorstands von *Falk* im Februar 1918 erstellte Gutachten, in der er dieser Forderung Nachdruck zu verleihen versuchte, kam zu spät, um noch etwas bewirken zu können.[51] Die Kriegsniederlage und die Revolution sollten schließlich die Grundgegebenheiten der deutschen Politik grundlegend ändern.

---

47 Vgl. die Sitzung des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei vom 13. März 1910, in: NATIONALLIBERALE BLÄTTER. DEUTSCHE STIMMEN, 22. Jg., Nr. 13, 27. 3. 1910, S. 146 f.: »Nachklänge von der Zentralvorstandssitzung.« Vgl. auch NATIONALLIBERALE BLÄTTER. DEUTSCHE STIMMEN, 23. Jg., Nr. 34, 20. 8. 1911, S. 403 f.: »Nationalliberale Partei und Frauenfrage.«

48 KÖLNISCHE ZEITUNG, 425, 14. 4. 1913: »Erster rheinischer Frauentag der Nationalliberalen Partei.«

49 KÖLNISCHE ZEITUNG, 426, 14. 4. 1913: »Vom rheinischen nationalliberalen Frauentag.«

50 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 688, 15. 6. 1914: »Die Nationalliberale Partei in der Rheinprovinz.«

51 Vgl. Edition, S. 251–255.

Falks Bemühungen, ein Mandat für den Reichstag zu erhalten, war vor dem Krieg kein Erfolg beschieden.[52] 1907 ließ er sich im Wahlkreis Köln 1 (Stadt Köln) als gemeinschaftlicher Reichstagskandidat von Nationalliberalen und Freisinniger Volkspartei aufstellen[53], erhielt jedoch in der Hauptwahl nur 24,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und Karl *Trimborn* vom Zentrum entschied letzterer für sich.[54] Einen zweiten Anlauf nahm *Falk*, wie bereits erwähnt, 1910 im Wahlkreis Köln 6 (Mülheim am Rhein – Wipperfürth – Gummersbach).[55] *Falk* kam jedoch mit gut zwanzig Prozent der abgegebenen Stimmen erneut nur auf den dritten Platz hinter Zentrum und Sozialdemokratie. Die Stichwahl gewann interessanterweise der spätere Reichskanzler Wilhelm *Marx*, der *Falks* Wege in der Weimarer Republik wiederholt kreuzen sollte.[56] Die Nationalliberalen hatten im Grunde in den sechs Kölner Wahlkreisen nichts zu bestellen. Diese blieben Domänen des politischen Aktionsausschusses des katholischen Deutschlands. Selbst die langsam an Stärke gewinnenden Sozialdemokraten vermochten es nur einmal, bei den Reichstagswahlen von 1912, den Wahlkreis Köln 1 zu erobern.[57]

52 Für das Preußische Abgeordnetenhaus kandidierte *Falk* nicht. Vgl. Thomas KÜHNE: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.

53 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 75, 21.1.1907: »Liberale Wählerversammlung.«

54 Vgl. REIBEL, Bd. 1, S. 828–832. 1907 wurde *Falk* als zweiter Kandidat der Nationalliberalen auch in Köln 2 aufgestellt, konnte jedoch nur 36 Stimmen (0,1 %) auf sich vereinigen. Ebd., S. 832–835.

55 Vgl. auch KÖLNISCHE ZEITUNG, 110, 31.1.1910, zu einer nationalliberalen Wählerversammlung in Mülheim am Rhein, auf der Ernst *Bassermann* den Kandidaten Bernhard *Falk* den Wählern als »zielbewußte[n], ehrliche[n] Liberale[n]« empfahl.

56 Vgl. REIBEL, Bd. 1, S. 844–849.

57 Vgl. ebd., S. 828–849. Bei der Ersatzwahl 1917 im Wahlkreis Köln 1 wurde auf einen Wahlkampf verzichtet und der sozialdemokratische Kandidat ohne Gegenkandidat gewählt. Ebd., S. 830 f.

3. In der Kölner Stadtverordnetenversammlung

Falks politischer Aktionsraum sollte vor dem Krieg die Kölner Kommunalpolitik werden. 1908 wurde er in die Kölner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dort schloss er sich der liberalen Fraktion an, in der Männer wie Eduard *Lent*, Theodor *Kyll* oder Josef *Neven DuMont* das Sagen hatten. Fraktionsvorsitzender war damals der siebenundsiebzigjährige Geheime Sanitätsrat Eduard *Lent*. Er zählte zu den führenden deutschen Hygienikern und gehörte als Vorsitzender der rheinischen Ärztekammer zu den herausragenden Kölner Honoratioren. Er hatte sich vielfach um seine Heimatstadt verdient gemacht und führend an der Einrichtung der Kanalisation mitgewirkt. Dem Kölner Parlament gehörte er seit 1874 an, der Fraktion stand er seit 1907 vor. »Er war«, so beschrieb ihn *Falk*, »ein freiheitlich gesonnener Mann, in dem das alte liberale Gedankengut wie ein heiliges Feuer glühte, grundsatztreu, von fester unerschütterlicher Überzeugung. Er stand, als ich kam, schon in weit vorgeschrittenem Alter. Infolgedessen nahm er in der Vollversammlung nur selten das Wort und führte die Polemik gegen die Gegenseite so gut wie überhaupt nicht. Aber in den Ausschüssen wurden sein kluger Rat und seine besonnene Rede gerne gehört und [er] beeinflußte alle wichtigen Entscheidungen durch seine große Autorität.«[1]

Als *Lent* 1911 starb, wählte die liberale Fraktion den vierundsiebzigjährigen Chemiker Theodor *Kyll* zu seinem Nachfolger. *Kyll* war seit 1869 Kölner Stadtverordneter und stand *Lent* seit 1907 als zweiter Fraktionsvorsitzender zur Seite. Von 1903 bis 1906 und von 1912 bis 1918 saß er auch im Rheinischen Provinziallandtag. Der einer wohlhabenden Kölner Familie entstammende Politiker war, so *Falk*, »ein geistvoller, gemütreicher, kämpferischer Fortschrittsmann, der gegen das Zentrum in der ersten Linie focht.«[2] Was *Lent* an rhetorischer Begabung und politischem Kampfgeist fehlte, wusste *Kyll* wieder wettzumachen, wenngleich er durch seinen Kölner Humor auch politischen Auseinandersetzungen ihre Schärfe zu nehmen verstand. Sein Mutterwitz war sehr ausgeprägt. Als er einmal mit seinen Kollegen und dem damaligen Oberbürgermeister *Becker* nach London reiste und man dort zu Hof gehen wollte, bemängelte *Becker* den Anzug und den Zylinder *Kylls*. »Et gibt nit vill schöne Höt«, so *Kyll*, »äver der minge, dat wor einer. Un als de *Becker* mir säht: ›nun sehen Sie sich doch nur einmal das Band um den Zylinder an, das starrt ja von Schmutz‹, da hann ich dat Band einfach abgemacht, do kunnt he nix mie sage.«[3] *Kyll* starb 1916. Sein Nachfolger wurde *Falk*.

Der starke Mann neben *Kyll*, Josef *Neven DuMont*, war zuvor 1915 gestorben. Der umtriebige Unternehmer und Verleger der »Kölnischen Zeitung«, hatte seine beruflichen Verpflichtungen mit dem Vorsitz der Kölner Handelskammer und seinem politischen Engagement in der Kölner Stadtverordnetenversammlung (1892–1915) sowie im Rheinischen Provinziallandtag (1900–1912) zu verbinden vermocht. Seine starke Stellung in der liberalen Fraktion der Kölner Stadtverordnetenversammlung fand 1907 ihren Niederschlag in seiner Wahl zum Fraktionsgeschäftsführer und 1912 zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Mochten seine Reden auch etwas trocken sein, so wusste er doch durch seine Sach- und Detailkenntnis zu beeindrucken. Er gehörte anfangs dem äußersten rechten Flügel an, entwickelte gleichwohl mit den Jahren auch ein Verständnis für die Bedürfnisse seiner Zeit und stand schließlich auch den sozialpoliti-

1 Edition, S. 219.

2 Ebd.

3 WALLRAF, S. 91.

schen Forderungen sehr aufgeschlossen gegenüber. »Dem Jungliberalismus«, so *Falk*, »hat er anfänglich ein unverhohlenes Mißtrauen entgegengebracht. Auch mir stand er anfänglich, vielleicht nicht ablehnend, sicher aber sehr kalt und abwartend gegenüber. In den späteren Jahren bestand aber ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen uns.«[4]

Zu den Mitgliedern der liberalen Fraktion gehörte seit 1909 auch der Bankier Louis *Hagen* (1855–1932), der 1919 zur Zentrumsfraktion übertreten und in der Rheinlandbewegung während der Weimarer Republik eine wichtige Rolle spielen sollte. Zu nennen ist ferner der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Louis *Eliel*, der zusammen mit den Justizräten Emil *Schmitz*, Eugen *Bock* und Max *Callmann* den freisinnigen Flügel der liberalen Stadtverordnetenfraktion repräsentierte.[5]

Ein Jahr vor *Falks* Wahl zum Stadtverordneten hatte Köln einen neuen Oberbürgermeister erhalten. Die Liberalen hatten damals die Gunst der Stunde genutzt. Denn im Herbst 1906 hatte das Berliner Oberverwaltungsgericht die Stadtverordnetenwahl in der II. Klasse vom Herbst 1905 für ungültig erklärt. Die Stadtverordneten wurden seit der Einführung der Rheinischen Gemeindeordnung von 1845 nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt, das die Teilnahme an den Gemeindewahlen von einem jährlichen Mindesteinkommen von 900 Mark (seit 1892)[6] oder von Hausbesitz abhängig machte. Die Wahlberechtigten wurden nach der Höhe der von ihnen entrichteten direkten Steuern in drei Klassen eingeteilt, auf die jeweils ein Drittel der Gesamtsumme des Steuerbetrages entfiel. Jede Klasse oder Abteilung bestimmte in öffentlicher Wahl die gleiche Zahl von Wahlmännern, die wiederum die Abgeordneten zu wählen hatten. 1891 verfügten somit von 286000 Einwohnern nur 16683 männliche Bürger das Wahlrecht, von denen 567 in der ersten, 2858 in der zweiten und 13258 in der dritten Klasse wählten.[7] Dieses Wahlsystem führte letztlich dazu, dass die Stimme eines in der ersten Klasse Wählenden ein Vielfaches der Stimme eines Wählers der dritten Abteilung wert war, dass, anders formuliert, wenige oder sogar nur ein einziger Wahlberechtigter ebenso viele Wahlmänner bestimmen konnte wie in der dritten Klasse mehrere Hundert. Es sicherte dadurch den besitzenden Schichten ein Übergewicht in den parlamentarischen Körperschaften der Kommunen und der Einzelstaaten. Anstoß erregte auch die Öffentlichkeit der Wahl, die politischen und sozialen Druck auf Beamte, Gemeindeangestellte und von Arbeitgebern oder Kunden abhängigen Personen begünstigte. Es mag deshalb nicht überraschen, dass bei der Masse der Wähler das Interesse an diesen Wahlen gering und die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse meist sehr niedrig war.[8]

Das Rekrutierungssystem führte in Köln dazu, dass die wohlhabenden Wähler der ersten Klasse liberale Abgeordnete in das Stadtparlament entsandten, während die in die dritte Klasse fallende Masse der Wähler dem Zentrum zum Sieg verhalf. Umstritten waren in der Regel immer die Wahlen in der zweiten Klasse, die über die Mehrheit im Stadtparlament entschieden. Und hier, so *Falk*, »wurde gekämpft, geredet, agitiert und geschleppt. Ich habe als braver Wahlschlepper einen Wähler von seiner Hochzeit weggeholt, was als Großtat gefeiert wurde. Die Mehrheit des Zentrums in der zweiten Ab-

4 Edition, S. 219.

5 Vgl. ebd., S. 220; vgl. auch SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 142 f.

6 Das 1845 vorgeschriebene jährliche Mindesteinkommen von 400 Talern schloss das Gros der Steuerpflichtigen vom Wahlrecht aus. So verdiente beispielweise ein Hafenarbeiter 1848 nur 120–130 Taler im Jahr. Vgl. KLEINERTZ, Grundzüge der Geschichte Kölns im 19. Jahrhundert, S. 60.

7 Vgl. ebd., S. 59.

8 Zum Dreiklassenwahlrecht vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 132–139; ferner Helmuth CROON: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960.

teilung war schwach. Mehrfach bis zuletzt sind liberale Kandidaten auch in der zweiten Abteilung durchgedrungen.«[9]

Das Dreiklassenwahlrecht garantierte den Liberalen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die absolute Mehrheit in der Kölner Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtparlamente waren im Grunde die letzten Bastionen des liberalen Bürgertums.[10] Das katholische Zentrum, das 1873 ihren ersten Stadtverordnetensitz in der dritten Klasse gewinnen konnte, vermochte sich erst 1887 in der zweiten Klasse durchzusetzen und 1905 die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung auf sich zu vereinigen. Die Sozialdemokraten wiederum, die durch das Dreiklassenwahlrecht entscheidend benachteiligt wurden, boykottierten mit der Ausnahme des Jahres 1895 die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung.[11]

Bei den Neuwahlen im November 1906 sollte schließlich das Zentrum seine eben erst errungene Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung wieder an die Liberalen verlieren. Da die Liberalen damit rechnen mussten, dass ihr knappes Übergewicht von einer Stimme bei der nächsten Wahl wieder verloren gehen könnte, versuchten sie die Gelegenheit zu nutzen und den liberalen Einfluss in der Kölner Stadtverwaltung nachhaltig zu stärken. So wurde der damals einundsiebzigjährige Oberbürgermeister Wilhelm *Becker*, der seit 1886 die Stadt verwaltete, veranlasst, zwei Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit zurückzutreten, um der Wahl eines jüngeren Liberalen zum Sieg zu verhelfen. Wunschkandidat der Liberalen war der Bonner Oberbürgermeister Wilhelm *Spiritus*, der von 1887 bis 1891 Beigeordneter in Köln gewesen und mit den Verhältnissen in der Rheinstadt vertraut war. Daneben waren noch der frühere Beigeordnete und Erbauer der Ringstraße, Hermann Joseph *Stübben*, und der parteilose Max *Wallraf*, ein preußischer Verwaltungsbeamter, in der Diskussion. Das Zentrum brachte dagegen den Ersten Beigeordneten Kölns und früheren zweiten Bürgermeister von Münster i.W., Wilhelm *Farwick*, in Vorschlag. Entscheidend war nun, dass sich in der liberalen Fraktion der Gutsbesitzer Joseph *Pauli* für einen katholischen Bewerber einsetzte. Die Stadt Köln, so *Pauli*, könne nach zwei protestantischen Oberbürgermeistern wieder Anspruch auf einen Katholiken erheben. Damit sprach er sich für keinen Geringeren als seinen eigenen Schwiegersohn, den Katholiken Max *Wallraf*, aus. Und sein Wort hatte Gewicht, da die Liberalen nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügten. *Wallraf*, der zwar nicht den Liberalen angehörte, aber auch kein Parteigänger des Zentrums war, wurde schließlich im Juli 1907 einstimmig gewählt. Auch das Zentrum hatte sich für den Katholiken erwärmen können.[12]

Der damals siebenundvierzigjährige *Wallraf* war bei der Oberbürgermeisterwahl zwar als Außenseiter ins Rennen gegangen, doch wies er einige Vorzüge auf, die letztlich die Entscheidung zu seinen Gunsten beeinflussten. Denn er war ein erfahrener Verwaltungsbeamter, der sich vom Landrat in Malmedy und St. Goar zum Polizeipräsidenten in Aachen und zum Oberpräsidialrat in Koblenz hochgearbeitet hatte. Er entstammte zudem einer bedeutenden, alteingesessenen Kölner Familie. Auch war er Katholik, was im katholischen Köln keine unwesentliche Rolle spielte und für das Zentrum auch wahldeterminierend gewesen sein dürfte. Zwar gehörte *Wallraf* keiner Partei an, doch verfügte er über seinen Schwiegervater Joseph *Pauli* über nicht unbedeutenden Einfluss

9 Edition, S. 216.

10 Vgl. LANGEWIESCHE, S. 200–211.

11 Vgl. KLEINERTZ, Grundzüge der Geschichte Kölns im 19. Jahrhundert, S. 59 f., S. 59 irrtümlicherweise 1906 statt 1905.

12 Vgl. KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 33–78, hier S. 36f.; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 138f.

in der liberalen Fraktion. Auch besaß er entsprechende Konnexionen zur Zentrumsfraktion über seinen angeheirateten Neffen Konrad *Adenauer*, der 1906 zum Beigeordneten gewählt worden war. *Wallraf* war der Onkel von *Adenauers* erster Ehefrau, Emma *Weyer*, d.h. der jüngere Bruder ihrer Mutter Emilie *Wallraf*.[13]

Der Stadt Köln sollte *Wallraf* zehn Jahre vorstehen. Auf Dauer Kölner Oberbürgermeister zu bleiben, entsprach offensichtlich nicht seiner Lebensplanung. »In der Kommunalverwaltung«, meinte er einmal gegenüber *Falk*, »darf man nicht alt werden«.[14] Im August 1917 wurde er schließlich zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern unter Reichskanzler Graf *Hertling* ernannt. Dieses Amt, das er allerdings nur bis Oktober 1918 ausüben sollte, stellte die Krönung seiner Karriere dar. Seiner Verwaltungserfahrung und seiner Reputation hatte er es schließlich zu verdanken, dass er 1921 für die Deutschnationale Volkspartei in den Preußischen Landtag und 1924 in den Reichstag und dort zum Reichstagspräsidenten gewählt wurde. Als er 1930 die parlamentarische Bühne verließ, konnte er als Einundsiebzigjähriger auf eine beeindruckende Laufbahn zurückblicken. Er war vielleicht »kein großer politischer Kopf« und in vielem auch nur »ein Mann von nicht mehr als durchschnittlichen Fähigkeiten«[15], aber er wusste Köln zu regieren und zu repräsentieren. Auch verstand er es, sich aus den parteipolitischen Konfrontationen und Auseinandersetzungen herauszuhalten und sich die Sympathien und das Wohlwollen der politischen Lager in der Stadt zu erhalten.

Wallraf, so *Falk*, »war ein ausgezeichneter Verwaltungsbeamter mit vielen Beziehungen und ausgedehnten Kenntnissen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Kluge Augen, eine stattliche Erscheinung, gewandte und elegante Umgangsformen, große Liebenswürdigkeit und eine ganz große Rednergabe nahmen für ihn ein. Er war ein Schönredner ersten Ranges, der seine sorgsam vorbereiteten und bis zum letzten gefeilten Ausführungen mit seltenen und daher oft überraschenden Zitaten auszuschmücken und interessant zu machen wußte. Kölner von Geburt besaß er ein gut Teil des rheinischen Humors, vor allem aber die sprichwörtliche Liebe des Kölners zu seiner Vaterstadt und bedeutende Kenntnis und großes Verständnis für deren fast zweitausend Jahre alte Geschichte, der er auch in Äußerlichkeiten gerecht wurde. So schmückte er den großen Gürzenichsaal mit Abbildungen alter stadtkölnischer Fahnen aus, ließ die Säle des Rathauses mit historischen Fundstücken ausschmücken und am Turm des unter seiner Verwaltung umgebauten Stapelhauses die Wappen der Kölner Geschlechter anbringen.« Die großen Aufgaben jener Jahre, wie die Eingemeindung von Mülheim und Kalk, den Bau der Hängebrücke und den Ausbau der Infrastruktur, habe er verständnisvoll und mit Bedacht gefördert. »Nur in einem«, so *Falk*, »hätte ich ihn gerne anders gesehen. Er war bisweilen zu behutsam und faßte nicht gerne fest zu. Das war wohl ein Ergebnis der Laufbahn, die hinter ihm lag. In seinen früheren Ämtern war Fortschritt mit der Gefahr des Aneckens verbunden und daher nicht angebracht. Aber das war nur ein Schönheitsfehler, der sein Bild nicht trübt.«[16]

Die liberale Mehrheit in der Kölner Stadtverordnetenversammlung war nur von kurzer Dauer. Bereits 1908 ging das Zentrum wieder siegreich aus den Wahlen hervor und konnte die Mehrheit im Stadtparlament stellen. Die Zentrumsfraktion wurde damals

---

13 Zu *Wallraf* vgl. ebd.; ferner WALLRAF; M.D.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Herausgegeben und eingeleitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991, S. 609.

14 Edition, S. 222.

15 SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 140.

16 Edition, S. 221 f.

vom siebenundfünfzigjährigen Rechtsanwalt Hermann *Kausen* geführt, ein Mitarbeiter der »Kölnischen Volkszeitung«, der seit 1891 der Stadtverordnetenversammlung angehörte und auch von 1900 bis 1909 im Rheinischen Provinziallandtag saß. Er sei, so *Falk*, »ein ebenso hervorragender Jurist wie vielseitig gebildeter Mann, ein bedeutender Redner und schlagfertiger Debatter, dabei ein liebenswerter Mensch von vorzüglichem Charakter« gewesen.[17] Die Verständigung mit ihm gestaltete sich allerdings wegen seiner Schwerhörigkeit immer schwieriger.[18] Es kostete *Kausen* deshalb auch einige Mühe, »die Heißsporne unter seinen Freunden in den Schranken zu halten.«[19] Zu ihnen zählte vor allem der nur fünf Jahre jüngere Johann *Rings*, der Chefredakteur der »Rheinischen Volkswacht« und des »Kölner Lokalanzeigers« war. Er gehörte seit 1900 dem Stadtparlament an und war auch von 1912 bis 1918 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags.[20] »Im Hauptberuf und in der politischen Tagesarbeit«, so Oberbürgermeister *Wallraf*, »war er mit beispielloser Pflichttreue tätig, und oft war ich erstaunt, wie sich der schlichte Mann auch in schwierigsten Verwaltungsfragen leicht und sicher zurechtfand.«[21] *Kausens* Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden wurde 1909 der Rechtsanwalt Hugo *Mönnig*, der seit 1901 der Stadtverordnetenversammlung und seit 1906 auch dem Rheinischen Provinziallandtag angehörte. 1920 wurde er Geschäftsführer der »Kölnischen Volkszeitung GmbH«, 1925 deren Mitverleger.[22]

Eine wachsende Bedeutung im Zentrum und in der Kölner Stadtpolitik vor 1914 spielte ein Mann, der später in der Weimarer Republik als Kölner Oberbürgermeister und nach 1945 als deutscher Bundeskanzler von sich reden machen sollte: Konrad *Adenauer*. Nach seinem Jurastudium hatte er als Vertreter des Kölner Rechtsanwalts Hermann *Kausen* erste berufliche Erfahrungen zu sammeln und auch wichtige Verbindungen zum Zentrum zu knüpfen vermocht. Als *Adenauer* sich 1906 auf den durch den vorzeitigen Rücktritt des städtischen Tiefbaudezernenten freigewordenen Posten eines Beigeordneten der Stadt Köln bewarb, hatte er aufgrund seiner guten Beziehungen zum Fraktionsvorsitzenden des Zentrums gute Karten. Seine Wahl machte den Dreißigjährigen zum jüngsten Beigeordneten der Stadt. Übertragen wurden ihm das Steuerdezernat, die Zuständigkeit für den Verwaltungsbericht und die Marktverwaltung. Das Beigeordnetengremium zählte damals zwölf Personen. Es war in den vergangenen Jahren infolge der zahlreichen Eingemeindungen stark angewachsen. Bis 1887 hatte sich die Zahl der Beigeordneten noch auf vier beschränkt.[23] Die Beigeordneten, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Volljuristen waren, waren direkte weisungsgebundene Untergebene des Kölner Oberbürgermeisters. Während der Bürgermeister nach der vor allem in den preußischen Kernprovinzen geltenden Magistratsverfassung nur primus

17 Edition, S. 217.

18 Vgl. WALLRAF, S. 92.

19 Edition, S. 217.

20 Zu Johann *Rings* vgl. WALLRAF, S. 93. – Zum Kölner Zentrum vgl. Heinrich WIRTZ: Vierzig Jahre Kampf ums Kölner Rathaus. Ein Beitrag zur Geschichte der Kölner Zentrumspartei, Köln 1913. Zu Köln vgl. Georg NEUHAUS: Die Entwicklung der Stadt Köln im ersten Jahrhundert unter preußischer Herrschaft, Bd. I, 2, Köln 1916, S. 362–365.

21 WALLRAF, S. 93. – Zu den Mitgliedern der Zentrumsfraktion gehörte kurzzeitig auch Karl *Trimborn* (1854–1921), der dem Preußischen Landtag und dem Reichstag angehörte und im November 1919 zum Fraktionsvorsitzenden der Reichstagsfraktion und im Januar 1920 zum Parteivorsitzenden des Zentrums avancieren sollte. Zu Karl *Trimborn* vgl. Rudolf MORSEY: Karl Trimborn (1854–1921), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Rudolf Morsey, Mainz 1973, S. 81–93.

22 Zu Hugo *Mönnig* vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 158.

23 Zu den Kölner Beigeordneten vgl. KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, hier S. 34 f.

inter pares unter den Stadträten war, die eigenverantwortlich ihre Dezernate leiteten, verfügte er im Rheinland aufgrund der Bürgermeisterverfassung als Leiter der Verwaltung über eine starke Stellung und hatte auch den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung inne.[24] Als im Frühjahr 1909 der Erste Beigeordnete Kölns und Spitzenmann des Zentrums, Wilhelm *Farwick*, in den Vorstand des Schaaffhausenschen Bankvereins wechselte, nominierte die Zentrumsfraktion *Adenauer* als Kandidaten für die Nachfolge. *Adenauers* gute Beziehungen zu *Kausen*, aber auch zu Oberbürgermeister *Wallraf* mochten hier ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Anerkennung, die seine Arbeit in der Verwaltung in den vergangenen Jahren im Zentrum gefunden hatte. Hatten die Liberalen *Adenauer* 1906 noch mitgewählt, so verweigerten sie diesmal mehrheitlich ihre Zustimmung. Zwar hatte sich ein liberaler Abgeordneter offen für ihn ausgesprochen, weil dieser »tolerant und nicht von der schlimmsten Sorte der Ultramontanen«[25] sei, doch lehnten die Liberalen, obschon sie die Eignung *Adenauers* nicht in Frage stellten, nicht zuletzt aus Rücksicht auf die ihnen nahestehenden Beigeordneten, die dem Dreiunddreißigjährigen den rasanten Aufstieg nicht gönnten, ab. Ihrem Einspruch war jedoch kein Erfolg beschieden. Gegen die Stimmen der Liberalen wurde *Adenauer* im Juli 1909 zum Ersten Beigeordneten und damit zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewählt. Er war fortan zuständig für das Steuerdezernat, das Finanzwesen und die Personalangelegenheiten der Beamten und Angestellten.[26]

Falk hatte *Adenauer* sehr früh schätzen gelernt. »Von Beginn unserer Bekanntschaft an bis auf den heutigen Tag habe ich *Adenauer* für einen toleranten, freimütigen und fortschrittlich eingestellten Menschen mit einem starken sozialen und demokratischen Einschlag gehalten. Seinem Charakter gab seine unbeugsame Energie, die sich bis zur Eigensinnigkeit steigern konnte, die bestimmende Note.«[27]

Köln erlebte im Kaiserreich einen beeindruckenden Wachstumsprozess. Hatte die Stadt 1875 nur 135 000 Einwohner gezählt, so stieg die Zahl bis 1890 auf 281 000 und überschritt vor dem Ersten Weltkrieg sogar die halbe Million. Dies entsprach einer Bevölkerungszunahme von 281 Prozent. Mit 516 000 Einwohnern lag Köln damit 1910 auf dem sechsten Platz hinter Berlin, Hamburg, München, Leipzig und Dresden.[28] Köln war im Gegensatz zu den nahegelegenen Städten des Ruhrgebiets keine eigentliche Industriestadt. Erst mit den Eingemeindungen der industrialisierten Vororte änderte sich die Situation. Arbeiteten noch 1882 nur 37,3 % der Kölner Erwerbstätigen im sekundären Sektor, lag der Anteil vor dem Krieg bei fast fünfzig Prozent (1907: 49,4 %).[29] Das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt bildeten lange Zeit Handel, Banken und Versicherungsgesellschaften. Als Nachteil erwies sich, dass die Stadt nur über wenige bedeutende Provinzbehörden verfügte. Während Koblenz das Oberpräsidium und das Generalkommando besaß, Bonn die Universität, Düsseldorf die Provinzialverwaltung, den Provinziallandtag und die Kunstakademie und Aachen die Technische Hochschule,

---

24 Zur Bürgermeister- und Magistratsverfassung vgl. Kurt G. A. JESERICH: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Kurt G. A. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 487–524, hier S. 492 f.

25 Zitiert nach KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 52. Die im Nachlass des liberalen Stadtverordneten Gustav von *Mallinckrodt* überlieferten Sitzungsprotokolle der liberalen Stadtverordnetenfraktion sind nach dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs im Jahre 2009 vorerst nicht zugänglich.

26 Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 142f.; KÖHLER, Adenauer, Bd. 1, S. 58–60; KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 51–53.

27 Edition, S. 230.

28 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 37.

29 HENNING, Stadterweiterung, S. 285.

hatte Köln nur das Regierungspräsidium, den Appellationsgerichtshof, die Provinzialsteuerdirektion und die Provinzialhebammenanstalt.[30]

Zum Wachstum der Stadt hatten wesentlich die seit Ende des 19. Jahrhunderts forciert betriebene Politik der Stadterweiterung über den inneren Festungsring hinaus sowie die Eingemeindung der links und rechts des Rheins gelegenen Vororte Kölns beigetragen. Der seit 1180 bestehende innere Festungsring hatte lange Zeit die Entwicklung der Stadt behindert, da der sogenannte Rayon, d.h. das Gelände unmittelbar vor den Festungsanlagen, der Bebauung entzogen war. Dies änderte sich 1881, als mit dem Erwerb der Festungsanlagen und einiger anderer Militärgrundstücke sowie dem Bau des äußeren Festungsrings der bisher vor den Wällen gelegene Rayon zur Bebauung freigegeben und die sog. Neustadt ab 1882 errichtet werden konnte. Mit der Besiedlung der Neustadt konnte die Verbindung zu den schnell wachsenden Umlandgemeinden hergestellt und die Voraussetzung für deren Eingemeindungen geschaffen werden. Die linksrheinischen Eingemeindungen 1883 hatten die Stadtfläche bereits auf über 1 000 ha vergrößert. Nach den Eingemeindungen von Deutz, Ehrenfeld, Nippes, Müngersdorf u.a. 1888, der rechtsrheinischen Vororte Kalk und Vingst 1910 und der Orte Mülheim und Merheim rechts des Rheins 1914 wuchs die Stadt auf fast 20 000 ha an. Als 1922 noch die auf dem linken Rheinufer gelegene Gemeinde Worringen dazu kam, war Köln nach dem Zusammenschluss von Groß-Berlin die zweitgrößte Stadt des Deutschen Reichs.[31]

Der Festungscharakter erwies sich, so *Falk*, selbst im Bebauungskern »als überaus hemmend. Der Wohnraum war eingeengt, für die Freiplätze oder gar für Parkanlagen war überhaupt kein Raum. Straßendurchbrüche in großem Ausmaße, die das Gewinkel der engen, schmalen Straßen hätten verbessern können, waren aus demselben Grunde unmöglich. Aber gleichwohl wuchs der Wohlstand der Stadt nicht zum mindesten dank der Tüchtigkeit seiner Bürger.«[32]

Mit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde *Falk* in zahlreiche Ausschüsse gewählt, zu denen auch die Deputation für das Grundstückswesen zählte, der er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kölner Stadtparlament im Jahre 1930 angehören sollte. *Falk* erkannte früh die »Notwendigkeit der Bodenvorratswirtschaft«[33] und setzte sich dafür ein, den außerhalb der Stadtgrenzen liegenden Grundbesitz zu verkaufen und dafür neues, durch die Eingemeindungen, die Beseitigung der Rayonbeschränkungen und den unbebauten Raum zwischen der Kernsiedlung und den Vororten zur Verfügung stehendes, städtisches Baugelände zu erwerben. Die Stadt nahm auf dem Grundstücksmarkt bald eine beherrschende Rolle ein, sie regulierte den Bodenpreis oder bestimmte Richtung, Ausmaß und Zeitpunkt der Erschließung neuer Baugebiete und konnte dadurch die Bodenspekulation auf ein Mindestmaß zurückführen. *Falk* wurde zudem zusammen mit zwei Zentrumsabgeordneten in den sogenannten Vertrauensausschuss der Deputation gewählt, der für Straßendurchbrüche, die Anlegung von Parks und Häfen sowie den geplanten Bau einer Untergrundbahn zuständig war. Diese Projekte wurden streng vertraulich behandelt, da ein vorzeitiges Bekanntwerden den Bodenpreis in die Höhe treiben und zu einer unverantwortlichen Bodenspekulation führen musste.

Während seiner Zeit als Stadtverordneter gehörte *Falk* auch dem Finanzausschuss an, wo er mit den Problemen der Finanzverwaltung, den Finanz-, Kassen-, Etat- und

30 Vgl. Edition, S. 224; ferner KLEINERTZ, Grundzüge der Geschichte Kölns im 19. Jahrhundert, S. 51.

31 Zur Stadtgeschichte Kölns vgl. Carl DIETMAR: Die Chronik Kölns, Dortmund 1991.

32 Edition, S. 224.

33 Ebd., S. 225 f.

Rechnungssachen und der Schuldenverwaltung vertraut wurde. Hier hatte er auch unmittelbar mit Konrad *Adenauer*, der mit seiner Wahl zum Ersten Beigeordneten 1909 auch Finanzdezernent geworden war, zu tun.

Angesichts der wachsenden Aufgaben und der damit verbundenen steigenden Ausgaben bemühte sich *Adenauer*, der Stadt neue Einnahmequellen zu erschließen. Dies erwies sich jedoch als keine leichte Aufgabe. Zwar konnten die Einkommenssteuerzuschläge erhöht, einige indirekte Steuern, wie die Karten- und Lustbarkeitssteuer, etwas ausgebaut und verschiedene Gebührenarten erhöht werden, doch scheiterte die Einführung neuer Steuern an der ablehnenden Haltung der Stadtverordneten.[34]

Adenauers Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt und eine Erhöhung der städtischen Einnahmen trafen gleichwohl bei *Falk*, der *Adenauers* steuerpolitische Vorstellungen einmal als »lichtvoll und klar« bezeichnete[35], auf Zustimmung. Die Finanzen der Stadt hätten sich, so *Falk*, »zur Zeit meines Eintrittes in die Stadtverordnetenversammlung in ausgezeichneter Verfassung« befunden. »Es war immer sparsam und weitsichtig gearbeitet worden.«[36] Auf sein Wirken in der Kölner Stadtpolitik zurückblickend konnte *Falk* nicht umhin, seine eigene zentrale Stellung herauszustreichen. »Ich darf behaupten, daß im Verfassungsausschuß wie in der Finanzkommission Beschlüsse von großer Tragweite wohl kaum gegen meinen Widerspruch gefaßt worden sind, soweit es sich nicht um Fragen politischer Art handelte, bei denen die Mehrheit des Zentrums uns majorisierte. Ebenso hatte ich das Ohr der Vollversammlung. Auch auf die Gegner blieben meine Ausführungen selten ohne Eindruck. Sie wirkten umso besser, weil ich vollkommen frei, ohne Konzept, meist ohne irgendwelche Notizen sprach. Ich konnte mir das infolge meiner Kenntnis des Etats leisten. Meine Reden, insbesondere zum Etat, wurden auch in den gegnerischen Zeitungen ausführlich wiedergegeben. Die Berichterstatter waren allerdings anfangs sehr enttäuscht, weil ich ihre Bitten um Überlassung des Konzepts nicht erfüllen konnte. Sie gewöhnten sich aber daran, und konnten meinen Ausführungen gut folgen, weil ich langsam sprach und Perioden oder sonstige lange Sätze vermied.«[37]

Zu den zentralen Fragen der Kölner Kommunalpolitik gehörte vor dem Krieg die Forderung nach einer Reform des Gemeindewahlrechts, die nicht zuletzt von den Sozialdemokraten wiederholt und mit Nachdruck erhoben wurde. Ihre Forderung blieb nicht unbeachtet. So wurde 1907 mit den Stimmen der Liberalen das Kommunalwahlrecht auf alle Einwohner mit einem Einkommen von 660–900 Mark ausgedehnt.[38] Die Kölner Stadtverordneten, auch die Liberalen, konnten sich letztlich den immer lauter werdenden Rufen nach einer Demokratisierung des kommunalen Rekrutierungssystems nicht verschließen, wollten sie nicht als konservative Reaktionäre verschrien und ihre Sympathien bei ihren Wählern verlieren. In einer Zeit, in der in Süddeutschland das Wahlrecht zu den Zweiten Kammern demokratisiert und selbst in Preußen über

---

34 So fand weder die Schankkonzessionssteuer noch die Filialsteuer, die Zweiggeschäfte auswärtiger Inhaber besteuern sollte, 1906 bzw. 1907 eine Mehrheit. 1910 wurde zudem die Umsatzsteuer um einen halben Punkt auf 1,5 Prozent ermäßigt, so dass sich ihr Aufkommen 1914 nur mehr auf ein Drittel des Jahres 1906 belief. Vgl. NEUHAUS; KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 44–51, 652–654. Vgl. auch das STATISTISCHE JAHRBUCH DER STADT KÖLN, 5, Köln 1917, S. 114 f. Vgl. auch die Rede *Falks* in der 6. Sitzung vom 15.2.1910, in: VStVK 1910, S. 64–66, zum liberalen Antrag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer.

35 VStVK 1910, S. 64. Vgl. Edition, S. 225.

36 Edition, S. 225.

37 Ebd., S. 226 f.

38 Vgl. KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 39 f.

eine Reform des Dreiklassenwahlrechts offen nachgedacht wurde, konnten die Kölner Liberalen sich nicht als Blockierer und ewig Gestrige gerieren.

Im April 1909 machte der sozialdemokratische Verein Kölns mit seiner Forderung nach Einführung von Abstimmungsbezirken auf einen allgemein als ärgerlich empfundenen Missstand aufmerksam. Denn das gesamte Stadtgebiet stellte damals nur einen Abstimmungsbezirk dar, dessen Wahllokale allesamt in der Innenstadt lagen. Für die Einwohner der Vororte, von Deutz, Ehrenfeld und Nippes, die ihr Wahlrecht ausüben wollten, war dies sehr hinderlich, da sie bis zu ihrem Wahllokal einen längeren Weg zurücklegen mussten. Deshalb forderte die SPD, das Stadtgebiet für die kommende Stadtverordnetenwahl in Abstimmungsbezirke einzuteilen und auch die Wahlzeiten für die dritte Klasse zu verlängern. Dieser Antrag traf jedoch sowohl bei Oberbürgermeister *Wallraf* als auch bei dem für Wahlangelegenheiten zuständigen Beigeordneten *Adenauer* aus wahlorganisatorischen Gründen auf Bedenken. Auch die Zentrumsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung unter Hermann *Kausen* lehnte eine Änderung des Wahlmodus ab, da Abstimmungsbezirke die »Kirchturmpolitik« fördern würden.[39]

Doch die Liberalen machten sich das sozialdemokratische Anliegen zu eigen, da es auch ihr eigenes Elektorat betraf. So beklagte *Falk* am 30. September 1909 die Behinderung der Wahlausübung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Einbußen bei Arbeitern und Handwerkern und forderte das Zentrum auf, seine bisherige Position zu überdenken und dem liberalen Antrag auf Einführung mehrerer Abstimmungsbezirke beizutreten.[40] Auch wenn sich das Zentrum von den Argumenten *Falks* nicht überzeugen ließ[41], lenkte nun die Kölner Verwaltung ein. Die Einführung von 20, sich an den Polizeibezirken anlehnenden Abstimmungsbezirken stellte nicht nur einen Erfolg für die Politik der SPD dar, sondern auch für die Liberalen mit *Falk* an der Spitze.[42]

Neben der Steuerpolitik und der Wahlrechtsreformfrage stand die Bildungspolitik wiederholt auf der Tagesordnung der Stadtverordneten. Auch wenn der allgemeine Rahmen durch die preußische Gesetzgebung vorgegeben war, barg die Umsetzung der legislativen Bestimmungen noch genügend Konfliktstoff. Dies betraf beispielsweise die Zusammensetzung der für die Volksschulen zuständigen Schuldeputationen ebenso wie die der Kuratorien der höheren Schulen. Heftige Auseinandersetzungen entspannten sich schließlich an der Frage der Mädchenbildung, die entsprechend den überkommenen Vorstellungen von der Rolle der Geschlechter etwas Besonderes, Spezifisches darstellte. Die Ausbildung der »höheren Töchter« erfolgte im 19. Jahrhundert in der Regel in privaten, in katholischen Regionen wie dem Rheinland auch in klösterlichen Einrichtungen. Öffentliche kommunale Mädchenschulen entstanden nur langsam. Sie machten noch 1900/01 nur ein Viertel aller Mädchen vorbehaltenen Bildungsinstitutionen aus. Da Frauen nicht studieren konnten und sollten, differierten auch die Bildungsinhalte der Schülerinnen von denen der Schüler, da die praktische haushaltsbezogene, sprachlich-musische Ausbildung vor einer umfassenden Wissensvermittlung Vorzug genoss. Deshalb war auch die Schulzeit kürzer. So boten um die Jahrhundertwende nur fünf

---

39 Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 829, 1.10.1909, zur Kölner Stadtverordnetenversammlung vom 30. September 1909, den Zentrumsabgeordneten *Mönnig* zitierend.

40 Die Rede *Falks* in der 28. Sitzung der Kölner Stadtverordnetenversammlung vom 30. September 1909, in: VStVK 1909, S. 369, ferner S. 371 und 376 f.

41 Vgl. die Rede *Mönnigs*, in: ebd., S. 369–371.

42 Vgl. KLEINERTZ, Adenauer als Beigeordneter, S. 38–41, 650 f. Vgl. auch *Falks* Rede in der 31. Sitzung am 13. Oktober 1911, in: VStVK 1911, S. 370 f.; Georg NEUHAUS: Die Entwicklung der Stadt Köln von der Errichtung des Deutschen Reiches bis zum Weltkrieg, in: Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter preußischer Herrschaft, Bd. 1, 2, Köln 1916, S. 362–365.

Prozent der öffentlichen und fünfzehn Prozent der privaten Mädchenschulen eine neunjährige Ausbildung. Dieser Ausbildungsweg führte letztlich dazu, dass die Töchter aus bürgerlichem Hause entsprechend dem traditionellen Frauenbild in einem »pubertären und nachpubertären Moratorium«[43] gehalten wurden.

Die Forderung nach Gleichstellung der Bildungsinhalte und Abschlüsse sowie nach einer Hebung der Lehrerinnenausbildung gewann im späten 19. Jahrhundert an Nachdruck. Insbesondere die Frauenbewegung nahm sich dieses Themas an. So rief Helene *Lange* 1889 Kurse ins Leben, in denen Mädchen das für das Abitur notwendige Wissen vermittelt werden sollte. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Reform wuchs in dem Maße, in dem Frauen im benachbarten Ausland, wie der deutschsprachigen Schweiz, studieren durften und Deutschland damit bildungspolitisch ins Hintertreffen zu geraten drohte. Zudem wurden weibliche Ärzte zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Krankheiten benötigt. 1893 wurde in Karlsruhe das erste Mädchengymnasium gegründet und 1900 Frauen in Baden zum Studium zugelassen. Preußen sollte wenige Jahre später mit der Gründung des Kölner Gymnasiums, damals noch auf privater Basis, und der Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium 1908 folgen.[44]

In Köln nahm sich der 1899 gegründete »Verein Mädchengymnasium« der Mädchenbildung an. Dem Verein stand seit 1904 Mathilde von *Mevissen* (1848–1924), die Tochter des bedeutenden Großindustriellen und liberalen Politikers Gustav von *Mevissen*, vor.[45] Sie übernahm die Mietkosten des 1903 in Köln gegründeten humanistischen Gymnasiums für Mädchen und kam auch für die Unterhaltung des Unterrichtsbetriebs mit auf. Das Kölner Gymnasium war das erste in Preußen und nach Karlsruhe das zweite in Deutschland. »Mathilde von *Mevissens* Schöpfung«, so *Falk*, »war eine Tat. Sie war die Krönung ihres Lebenswerkes, das den Frauen den Weg zu gleicher Bildung wie den Männern und dadurch zu gleichem Recht mit ihnen bereiten wollte.«[46] Erst 1909 übernahm die Stadt Köln das bis dahin private Unternehmen, das 1923 mit dem Merlo-Lyzeum zusammengelegt wurde und den Namen »Merlo-Mevissen-Schule« erhielt.[47]

»Öffentlich, nicht konfessionell höhere Schulen für Mädchen und für Knaben«, so erinnerte sich *Falk*, »war ein fester und bedeutsamer Programmpunkt, ein Grundsatz für den Liberalismus aller Schattierungen.« In der Stadtverordnetenversammlung trat *Falk* wiederholt für diesen Grundsatz ein. So kritisierte er im Januar 1911 die Versäumnisse der Stadt auf diesem Gebiet und führte zum Beleg die Ungleichverteilung der Schülerinnen auf private und städtische Anstalten an, seien doch von den 6062 Kindern der mittlern und höheren Mädchenschulen Kölns nur 1687 auf den drei städtischen Anstalten untergebracht. Auch bezuschusse die Stadt die höheren Knabenschulen mit 848000 M, die höheren Mädchenschulen jedoch nur mit 209000 M, d.h. mit nicht einmal einem Viertel. »Die Stadt Cöln muß den Mädchen dieselbe Bildungsmöglichkeit bieten, die sie den Knaben schon in vollem Maße und in voller Würdigung ihrer Pflicht seit langer Zeit geboten hat.«[48]

---

43 NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 561.

44 Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 561–563. Zur Mädchenbildung vgl. auch Ute FREVERT: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt am Main 1986, S. 118–123.

45 Vgl. Elisabeth AMLING: Mathilde von Mevissen 1848–1924, in: »10 Uhr pünktlich Gürzenich«: Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine. Hrsg. vom Kölner Frauengeschichtsverein, Münster 1995, S. 49–51.

46 Edition, S. 228.

47 Vgl. ebd.

48 *Falk* in der 3. Sitzung am 13. Januar 1911 anlässlich der Debatte über die Gewährung von Zuschüssen an private höhere Mädchenschulen, in: VStVK 1911, S. 26–29, hier S. 27.

Gegen die Gründung »höherer Töchterschulen« stemmte sich allerdings das Zentrum, da es den privaten, auf rein konfessioneller Grundlage errichteten Mädchenschulen den Vorzug gab. Es sei, so *Falk*, deshalb den Liberalen nur möglich gewesen, eine einzige ins Leben zu rufen. »Der Sieg des Zentrums auf diesem Gebiet ist unstreitbar. Bis heute [1936] hat sich wohl nicht viel daran geändert. Ich habe meine Grundsätze, die ich in jahrelangen Kämpfen auch in dieser Frage zu verteidigen hatte, auch nicht [um] ein Jota geändert, sehe aber heute manches anders, als das vor 20 Jahren der Fall war.«[49]

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der damals 46-jährige *Falk* ein angesehener und erfolgreicher Rechtsanwalt und Politiker, kurz ein gemachter Mann. Seine Anwaltspraxis lief gut. Die Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung erhöhte seinen Bekanntheitsgrad, verschaffte ihm Ansehen und Respekt und führte ihm neue Mandanten zu. 1912 wurde ihm auch der Titel Justizrat verliehen. Wegen Arbeitsüberlastung konnte er bald seine Praxis nicht mehr alleine bewältigen, so dass er sich einen Kollegen, Dr. Fritz *Fuchs*, den Mitherausgeber der »Kölner Rundschau«, mit ins Boot holen musste. Die Wahl sollte er nicht bereuen. *Fuchs* war ein ausgezeichneter Jurist und guter Redner, der bald in den Vorstand der Anwaltskammer und in die Prüfungskommission für Referendare gewählt wurde. Die Zusammenarbeit mit ihm verlief zudem harmonisch und problemlos. Später in den zwanziger Jahren, genauer im Jahre 1926, als *Falk* als Abgeordneter des Preußischen Landtags immer weniger Zeit für seinen eigentlichen Beruf hatte und auch immer seltener in Köln weilte, wurden sein Sohn Ernst und dessen Freund Wilhelm *Koll*, der Sohn des früheren Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts, als weitere Sozien in die Kanzlei aufgenommen.[50]

Falk hatte 1914 seinen Platz in der Gesellschaft des Kaiserreiches gefunden, ohne seine Konfession, sein Milieu und seine Herkunft verleugnen zu müssen. *Falks* Lebensweg ist letztlich exemplarisch für die erfolgreiche berufliche und gesellschaftliche Integration der deutschen Juden im Kaiserreich, die durch ihre Assimilationsbereitschaft, ihre Bildungsmotivation und ihren Aufstiegswillen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelangten. Die Integration und Assimilation der Juden, und dies zeigt auch das Beispiel *Falks*, war allerdings teilweise mit der Aufgabe der jüdischen Identität, der Sitten und Gebräuche verbunden war. Auch im Haus Bernhard *Falks* verloren die jüdischen Religionsgesetze an Verbindlichkeit und Wertschätzung. Die allgemeine Säkularisierung des Lebens und der damit verbundene Bedeutungsverlust der Religion, des Religiösen waren auch hier greifbar. Andererseits zeigte der im Kaiserreich latent vorhandene und sich wiederholt offen artikulierende Antisemitismus offen die Grenzen des deutsch-jüdischen Dialogs auf. Dies mochte in Köln vor dem Krieg noch kein zentrales Thema darstellen und nur vereinzelt problematisiert worden sein. Auch *Falk* gab sich damals noch der Hoffnung auf ein friedliches Miteinander hin. Erst im Laufe der zwanziger Jahre wuchs auch bei ihm die Erkenntnis, dass der schlagartig an Bedeutung gewinnende Antisemitismus diesen Prozess in Frage stellen konnte und die Emanzipation der Juden dadurch zu scheitern drohte.[51]

---

49 Edition, S. 228 f., Zitat S. 229.

50 Vgl. ebd., S. 217.

51 Vgl. VOLKOV, Jüdische Assimilation; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 396–413, hier S. 403–413.

4. Der Erste Weltkrieg

Als am 28. Juni 1914 der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog *Franz Ferdinand* in Sarajewo erschossen wurde, mochte *Falk* noch nicht so recht an die Möglichkeit eines Krieges glauben. Aber die Situation spitzte sich schnell zu. Am 23. Juli erfolgte das österreichische Ultimatum an Serbien, sechs Tage später die russische Generalmobilmachung, so dass sich angesichts der internationalen Verpflichtungen und Verbindungen ein großer europäischer Krieg am Horizont abzuzeichnen begann. Am 1. August erklärte Deutschland Russland den Krieg. »Wie ein Mann«, so *Falk*, »fühlte das ganze Volk. Alles stand geschlossen und entschlossen in der Einheitsfront deutscher Patrioten. Alle waren nur von dem einen Gedanken erfüllt, dem Vaterlande zu dienen, für das Vaterland zu opfern und es gegen den Krieg zu verteidigen, der ihm freventlich von mißgünstigen Feinden aufgezwungen war.«[1] Wie alle Deutschen hielt *Falk* damals Russland und Frankreich für die eigentlichen Schuldigen am Ausbruch des Krieges. Auch der Kriegseintritt Großbritanniens am 4. Juli wurde als ein »freventliche[r] Friedensbruch« empfunden, wobei man gerne vergaß und geflissentlich verdrängte, dass erst die Verletzung der belgischen Neutralität durch den deutschen Einmarsch London zu diesem Schritt veranlasst hatte. »Überall auf den Straßen«, so *Falk* über jene Augusttage in Köln, »erklang die Wacht am Rhein. Durchmarschierende Truppen wurden mit hellem Jubel begrüßt.«[2] Keiner traf damals die zwischen nationaler Begeisterung und hysterischer Ekstase oszillierende Stimmung so gut wie Kaiser *Wilhelm II.*, der anlässlich der Eröffnung des Reichstags in seiner Thronrede am 4. August das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Worten »Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche!« auf den Punkt brachte.[3]

In der ersten Sitzung der Kölner Stadtverordneten nach der deutschen Kriegserklärung, in der die für die Zeit des Kriegs erforderlichen Maßnahmen beschlossen wurden, erschien *Falk* als Hauptmann der Landwehr bereits in seiner feldgrauen Uniform.[4] Am nächsten Morgen verließ er Köln, um sich seinem Truppenteil in Zweibrücken, dem Ersatzbataillon des Reserve-Infanterie-Regiments 8, anzuschließen.

Falks Aufgabe in Zweibrücken war es, sein Bataillon aus Reservisten und alten Landwehrmännern auf den Kriegseinsatz vorzubereiten. Da der Militärdienst der Soldaten lange zurücklag, hatten nicht wenige anfangs Probleme, sich an den Drill und den Dienst an der Waffe wieder zu gewöhnen, auch fehlte es zeitweise an Gewehren. Doch diese Schwierigkeiten konnten rasch behoben werden. »Ein bedeutungsvoller Tag war es, als ich den ersten Transport zur Front entließ. Es waren etwa 200 Mann, die stolz und stark, mit der Musik an der Spitze auszogen. Ich hatte ihnen eine Abschiedsrede gehalten, die sichtlich eine große Wirkung auf sie ausübte. Das haben mir auch mehrere Leute gesagt, die später aus dem Felde in die Kompagnie zurückkehrten.«[5]

Von Zweibrücken war es *Falk* auch möglich, seinen verwundeten Sohn Alfred in Landau zu besuchen. Alfred hatte nach seinem Abitur ein Semester in Freiburg studiert, ehe er im Oktober 1913 seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger beim Infanterieleibregiment in München antrat. Von dort kam er im August 1914 sofort an die Front

---

1 Edition, S. 233.

2 Ebd.

3 SBR 1912/18, XIII. Lp., II. Sess., Bd. 306, S. 1 f., hier S. 2. Im Auszug auch in: HUBER, Dokumente, Bd. 2, Nr. 313, S. 455.

4 20. (außerordentliche) Sitzung vom 2. August 1914, in: VStVK 1914, S. 245–247.

5 Edition, S. 234 f.

und wurde gleich in der ersten Schlacht bei Bouconville-sur-Madt im französischen Teil Lothringens schwer verwundet. Nach seiner Genesung kam er erneut an die Front und wurde nach nur wenigen Wochen wieder schwer, ja lebensgefährlich verletzt. Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde er nach seiner Wiederherstellung dem Ersatzbataillon in München zugewiesen, wo er es allerdings nicht lange aushielt. Im Sommer 1916 meldete er sich, nachdem sein Kommandant ihm eine glänzende militärische Karriere vorausgesagt hatte, zur Luftwaffe. »Ich habe ihn seitdem nicht mehr wiedergesehen«, erinnerte sich *Falk*. »Am 30. Januar 1917 ist er bei [Houplines] in der Nähe von Lille den Fliegertod gestorben. Was ihm das Leben an Anerkennung und Ehren nicht voll gehalten hatte, wurde ihm nach seinem Heldentod zuteil. In feierlichster Weise wurde er zu Grabe getragen. Vorgesetzte, Kameraden und Freunde und Untergebene rühmten ihn oft in rührenden Briefen.«[6]

Auch der zweite Sohn *Falks*, Fritz, stand an der Front. Nach seiner Reifeprüfung hatte er sich mit 16 ½ Jahren als Kriegsfreiwilliger gemeldet und war dem preußischen Fuß-Artillerie-Regiment 7 zugeteilt worden. Gleich beim ersten Gefecht seiner Einheit zeichnete er sich durch besondere Tapferkeit aus, wurde dafür mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und auch bald zum Leutnant befördert. Doch der Krieg warf ihn letztlich aus der Bahn. Durch seine Kriegsverletzungen in seinem Gesundheitszustand nachhaltig zerrüttet, fasste er nach dem Krieg nur schwer Fuß. In Düsseldorf ließ er sich als Rechtsanwalt nieder und heiratete 1932 Grete *Oevel*, die Geschäftsführerin des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine. Nach der so genannten Machtergreifung der Nationalsozialisten nahm er sich, kaum ein Jahr verheiratet, schließlich das Leben.[7]

Falk hielt den Militärdienst in Zweibrücken und Pirmasens, wohin sein Bataillon später verlegt worden war, nicht lange aus. Durch Vermittlung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und früheren preußischen Finanzministers, Georg *Frhr. v. Rheinbaben*, wurde er in Belgien dem Kreischef von Bastogne als Adjutant zugeteilt. Bastogne, zu deutsch Bastnach, eine in den Ardennen gelegene Kleinstadt an der Grenze zum Großherzogtum Luxemburg, war weniger durch sein bischöfliches Seminar oder durch seine in der Umgebung gelegenen Klöster als vor allem durch seine Lage als Verkehrsknotenpunkt von Bedeutung. Bekannt wurde der Ort später vor allem durch die Ardennenoffensive der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg.

In Bastogne war *Falk* Teil des Stabs des deutschen Kreischefs, der neben dem Adjutanten aus dem Ordonnanzoffizier, einem für das Meldeamt zuständigen Major und seinem Adjutanten, einem als Forstschutzbeamten fungierenden Hauptmann sowie einem für die Zivilverwaltung zuständigen Regierungsassessor bestand. Im Kreis waren zwei Bataillone Landsturm-Infanterie, ein Eisenbahn-Bataillon und eine Schwadron Landsturm-Kavallerie stationiert. *Falk* hatte das Glück, mit dem späteren Kreischef, General Philipp Albert *Aufschläger*, nicht nur einen vornehmen und gebildeten, sondern auch einen umgänglichen und ihm gewogenen Vorgesetzten zu finden. Dem Kreischef oblagen das Militärkommando und die Verwaltungstätigkeit mit der unteren Gerichtsbarkeit im Kreis. Die Aufgabe der deutschen Einheit beschränkte sich weitgehend auf die Sicherung der Straßen und Eisenbahnen und die Bekämpfung der Spionage und des Schmuggels. Während Spionagefälle nicht bekannt wurden, stellte der Schmuggel, insbesondere von Pferden über die deutsche Grenze, ein größeres Problem dar. Dennoch war die Arbeit insgesamt wenig abwechslungsreich. *Falk* fühlte sich rasch unterfordert.

6 Edition, S. 233.

7 Vgl. ebd., S. 237 f.

Auch wiederholte Ordensauszeichnungen – im Oktober 1915 erhielt *Falk* das Eiserne Kreuz zweiter Klasse[8] – konnten daran nichts ändern. Eine hartnäckige Lungen- und Rippenfellentzündung, die ihn mehrere Monate dienstunfähig machte, bot Gelegenheit, den unbefriedigenden Posten aufzugeben.

Im August 1916 kehrte *Falk* wieder zu seinem Truppenteil in Zweibrücken zurück. Doch die Situation hatte sich inzwischen grundlegend geändert. Während 1914/15 Unteroffiziere und Mannschaften, die im Frieden bereits ihren Militärdienst geleistet hatten, für den Einsatz an der Front ausgebildet worden waren, mussten nun gerade aus der Schule entlassene Rekruten das Soldatenhandwerk erlernen. Auch hatte sich die Stimmung fundamental geändert. Von der Begeisterung der ersten Kriegstage war nichts mehr zu spüren. Erste Verfallserscheinungen machten sich bemerkbar. Vor dem Kriegsgericht, dem der Jurist *Falk* zugeordnet war, kamen wiederholt Fälle von Fahnenflucht, Ungehorsam vor dem Feind oder tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte zur Verhandlung.

Der Krieg ging auch an *Falk* nicht spurlos vorüber. Der Fliegertod seines Sohnes Alfred im Januar 1917 erschütterte ihn derart, dass er seinen Dienst nicht mehr weiter auszuüben vermochte. Bei seiner Entscheidungsfindung dürfte aber auch die Zunahme des Antisemitismus während des Krieges, die ihren prägnanten Ausdruck in der sog. Judenzählung des preußischen Kriegsministeriums fand, eine Rolle gespielt haben. Der preußische Kriegsminister hatte im Oktober 1916 eine statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der Juden im Krieg angeordnet, die dem Vorwurf der »jüdischen Drückebergerei« nachgehen sollte. Die Geheimhaltung der Ergebnisse der Zählung, die die Unsinnigkeit der stereotypen Vorwürfe offenbarte, förderte noch die antisemitische Hetze, da sie zu den wildesten Gerüchten Anlass bot. Die Erhebung empfanden die deutschen Juden als unglaubliche Demütigung und Erniedrigung.[9] Auch auf *Falk* muss diese »Judenzählung« einen verheerenden Eindruck gemacht haben, zumal just in jenem Winter sein ältester Sohn für das Vaterland fiel. Zwar geht *Falk* in seinen Erinnerungen auf die Zählung explizit nicht ein, doch kann man zwischen den Zeilen die Enttäuschung, Ernüchterung und Verbitterung herauslesen, die er damals verspürt haben musste.

Falk warf das Handtuch. Bereits in den Jahren zuvor hatte er eine Versetzung in die Kölner Verwaltung angestrebt und war auch 1916 auf Drängen *Wallrafs* für drei Monate beurlaubt worden, um sich der Stadt Köln zur Verfügung zu stellen. Auch während des Krieges hatte *Falk* wiederholt an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen und war auch nach dem Tode Theodor *Kylls* 1916 zum Vorsitzenden der liberalen Fraktion gewählt worden.[10] Im darauffolgenden Jahr übernahm *Falk* nach dem Tode Franz *Moldenhauers* auch die Leitung des Nationalliberalen Vereins in Köln

8 Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744, Bl. 1.

9 Vgl. ZIMMERMANN, S. 2–4; NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 413; BERDING, Moderner Antisemitismus, S. 168 f.

10 Edition, S. 219, zur Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der liberalen Stadtverordnetenfraktion. Ferner: Telegramm des stellvertretenden Generalkommandos an den Kölner Oberbürgermeister vom 9.6.1916, in: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte Falk), Bl. 6; sowie das Schreiben von Oberbürgermeister *Wallraf* an das stellvertretende Generalkommando, in: ebd., Bl. 4: »Als Führer der liberalen Fraktion des Stadtv. Kollegiums ist er – zumal in den jetzigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen, in denen sich die Gemeindeverwaltungen hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung befinden – nicht zu entbehren.«

und rückte zum stellvertretenden Vorsitzenden des rheinischen Landesverbandes der Partei auf.[11]

Vermutlich auf eine Bitte *Falks* hin bemühte sich Oberbürgermeister *Wallraf* im Februar 1917 beim stellvertretenden II. bayrischen Armeekorps in Würzburg um eine Versetzung des bisherigen Stadtverordneten nach Köln. »Die Rückkehr des Hauptmann *Falk* nach Cöln«, so *Wallraf*, »wäre im Interesse der Stadt Cöln von größtem Wert.« *Falk* sei Führer der liberalen Fraktion des Kölner Stadtparlaments und habe bereits, hier übertrieb *Wallraf* etwas, »vor seiner Einberufung all den vielen Kriegsorganisationen der Stadt seine hervorragende Kraft dienstbar gemacht. Bei der Ausdehnung«, die die zahlreichen Kriegsorganisationen der Stadt fänden, so *Wallraf* weiter, »würde es von größter Bedeutung sein, daß Herr *Falk* wieder sich ihnen widmen könnte. Zu diesen Aufgaben tritt neuerdings die Durchführung des Zivildienstgesetzes, die gleichfalls den Gemeinden neue und schwierige Pflichten auferlegt. Bei seiner umfassenden Kenntnis des hiesigen Lebens würde Justizrat *Falk* auch in diesem Zweige die wertvollsten Dienste leisten können.«[12]

Dem Gesuch *Wallrafs* wollte das stellvertretende Generalkommando jedoch nicht entsprechen, da das deutsche Heer in der damaligen Situation auf keinen Mann verzichten wollte. *Falk* ließ sich jedoch nicht entmutigen. »Dieser kurzsichtige und von einem höheren Standpunkt durchaus zu mißbilligende Ressort-Egoismus der Behörde«, so *Falk*, »hat sich auch früher schon in gleicher Weise geäußert; nach meiner Auffassung bin ich hier durchaus entbehrlich und kann durch jeden einigermaßen arbeitswilligen Offizier ersetzt werden.« Es gebe also keinen Grund, sich diesem »Bequemlichkeitsstandpunkt« zu beugen. Deshalb empfahl er, ein neues Gesuch einzureichen, das allerdings diesmal an das bayerische Kriegsministerium in München gesandt werden sollte. Das neue Gesuch müsste möglichst rasch eingereicht werden. Auch wäre es ratsam, den bisherigen Gründen neue hinzuzufügen. »In dieser Hinsicht bitte ich zu erwägen: a) ob nicht gesagt werden kann, daß ich nötig bin, nicht nur daß meine Rückkehr wünschenswert« sei, »b) ob nicht mit starker Betonung mein Einfluß auf erhebliche Teile der Bevölkerung angeführt werden kann. Das Wohlverhalten der Kölner Bürgerschaft braucht dabei auch für die Zukunft nicht angezweifelt zu werden. Es könnte aber vielleicht angedeutet werden, daß für die Zeit der bevorstehenden Lebensmittelkrise die Anwesenheit und Mitarbeit des Parteiführers geboten erscheint.« Es wäre ihm letztlich »eine große Freude, wenn das erneute Gesuch Erfolg haben sollte und ich infolgedessen die Möglichkeit hätte, an einer mir lieb gewordenen Stelle wieder arbeiten zu können, an der ich – ich bin unbescheiden genug, das zu glauben und zu sagen – viel mehr für das Vaterland leisten kann, als hier.«[13]

Wallraf war mit *Falks* Schreiben und seinen Argumentationshilfen völlig »einverstanden«. Eine Rückkehr *Falks* nach Köln hielt er damals in der Tat für dringend geboten. Denn neben den aus dem Krieg resultierenden Versorgungsproblemen der Stadt und der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung spielte die Tatsache eine Rolle, dass eine Berufung *Wallrafs* nach Berlin immer wahrscheinlicher wurde und die Nachfolgefrage noch nicht eindeutig geklärt war. Zwar galt der Erste Beigeordnete und Zentrumspolitiker, Konrad *Adenauer*, als heißester Kandidat auf den Posten, doch dieser hatte im März einen schweren Verkehrsunfall erlitten und war für mehrere Monate ans Kran-

11 Vgl. Edition, S. 250.

12 Schreiben von Oberbürgermeister *Wallraf* an das stellvertretende II. bayrische Armeekorps in Würzburg, Köln, 20.2.1917, in: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte *Falk*), Bl. 9 (Entwurf) und Bl. 10f. (Schreiben).

13 *Falk* an *Wallraf*, Zweibrücken, 16.3.1917, in: ebd., Bl. 15–18.

kenbett gefesselt. »*Adenauer*«, so schrieb *Wallraf* damals, »geht es heute leidlich, aber sicher ist er auf lange Zeit dem Dienst entzogen.«[14] Köln musste damals auf seinen wichtigsten Mann verzichten. All dies ließ die Versetzung des liberalen Parteiführers nach Köln geboten erscheinen.

In seinem an das bayerische Kriegsministerium in München gerichteten Schreiben mahnte *Wallraf* deshalb erneut die Freistellung *Falks* an. Die Verhältnisse in Köln, so *Wallraf*, hätten sich in der Zwischenzeit »derartig gestaltet, daß ich gezwungen bin, meinen Antrag in dringlicher Form zu wiederholen«. »Die Ernährungsschwierigkeiten haben in der hiesigen Großstadt einen Umfang erreicht, daß in der Bevölkerung eine lebhafte Unruhe herrscht und eine starke Einwirkung der einflussreichsten Parteiführer« auf die Bevölkerung »dringend not[wendig]« sei. Hinzu trete noch ein weiterer Grund. »Der hiesige Dezernent für Nahrungsfürsorge« sei »bei einem Automobilunfall schwer verletzt worden, und damit – voraussichtlich für mehrere Monate – seine[m] Dienst entzogen. Ich bin daher in die Notwendigkeit versetzt, eine neue Organisation für diese Fürsorge zu schaffen, bei der ich der vielseitigen Kraft des Herrn *Falk* nicht entbehren kann.«[15]

Dem Gesuch wurde nun stattgegeben. *Falk* konnte in seine Heimatstadt zurückkehren. Seine Militärzeit war damit zu Ende. In Köln wurde er zum Leiter des städtischen Kohlenamtes ernannt. Rasch wurde er mit den Versorgungsproblemen der Stadt konfrontiert. Er musste die Zwangsbewirtschaftung des Kohlenhandels einführen. Auch sah er sich gezwungen, gegen einige Briketthändler, die die Kohle aus dem linksrheinischen Braunkohlenrevier zu Wucherpreisen verkauften, vorzugehen. Die Maßnahmen zeitigten rasch Wirkung, so dass der Heizstoffmangel wenn auch nicht gänzlich beseitigt, so doch besser verwaltet werden konnte.[16]

Im August 1917 wurde schließlich der Oberbürgermeisterposten frei. Max *Wallraf* wurde zum Staatssekretär des Innern und preußischen Staatsminister ernannt. Reichskanzler Theobald *von Bethmann-Hollweg* war am 13. Juli 1917 zurückgetreten. Sein Nachfolger war der bisherige Unterstaatssekretär und Leiter der Reichsgetreidestelle, Georg *Michaelis*, geworden, ein konservativer Karrierebeamter, der im Reichstag über keine Hausmacht verfügte und sich nur wenige Monate an der Spitze des Reichs halten sollte.[17] *Wallraf*, der schon seit geraumer Zeit mit einer Berufung nach Berlin rechnete und auf eine Karriere im Reichsdienst hoffte, griff bereitwillig das ihm angebotene Reichsamt auf, ohne zu ahnen, dass er nur kurze Zeit in Berlin verweilen sollte. Dieses Risiko schien er jedoch eingehen zu wollen, zumal seine Amtszeit 1919 auslief und nach dem Krieg eine Wahlrechtsreform zu erwarten war, die eine Neuwahl wenig wahrscheinlich erscheinen ließ.[18]

Als am 8. August die Ernennung *Wallrafs* amtlich wurde, befand sich der Nachfolgekandidat, der Erste Beigeordnete und Zentrumspolitiker Konrad *Adenauer*, zur Nachkur in St. Blasien. Obwohl er durch den Verkehrsunfall gesundheitlich noch etwas angeschlagen war, schien seine Wahl jedoch sicher. Noch im Vorjahr hatte er den Posten des Aachener Oberbürgermeisters, den ihm die Aachener Stadtverordneten offeriert

14 *Wallraf* an *Falk*, Entwurf, ohne Datum, in: ebd., Bl. 19. Zu *Adenauer* vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 168 f.; KÖHLER, Adenauer, Bd. 1, S. 72–74.

15 Schreiben *Wallrafs* an das Kgl. Bayerische Kriegsministerium, Köln, 21.3.1917, in: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte *Falk*), Bl. 14.

16 Vgl. Edition, S. 239.

17 Zu *Michaelis* vgl. Bert BECKER: Georg Michaelis. Preußischer Beamter, Reichskanzler, christlicher Reformer 1857–1936. Eine Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2007.

18 Vgl. WALLRAF, S. 118 f.; WEGENER, S. 79–84.

hatten, abgelehnt, obwohl er mit einem Jahresgehalt von 40000 Mark das Doppelte der Kölner Bezüge erhalten hätte. Er wollte in seiner Heimatstadt bleiben und hatte ganz auf die Nachfolge *Wallrafs* spekuliert, der ihm damals schon angedeutet hatte, dass er in Köln »nicht alt zu werden« gedenke.[19] Das Zentrum stand im August 1917 geschlossen hinter ihrem Ersten Beigeordneten. Der einzige mögliche Konkurrent, Wilhelm *Farwick*, der zwischenzeitlich beim Schaafhausenschen Bankverein untergekommen war, war mit seiner Wahl zum Aachener Oberbürgermeister im November 1916 aus dem Rennen. Allerdings zeigte sich die liberale Stadtverordnetenfraktion in der Nachfolgefrage noch uneins. Da man während des Krieges und auch wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse eine Kampfabstimmung vermeiden wollte, bemühte sich das Zentrum um die Zustimmung der Liberalen. Diese hatten zwar im Vorjahr *Adenauer*, auf die Frage, ob sie ihn bei einem Rücktritt *Wallrafs* zum Nachfolger wählen würden, ihre Unterstützung durchblicken lassen, aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass sie damit keine Bindung für die Zukunft eingehen wollten. Im August 1917 machten sich in der liberalen Fraktion vor allem Bernhard *Falk* und Louis *Hagen* für *Adenauer* stark.[20]

Der damals zweiundsechzigjährige *Hagen* hieß eigentlich Louis Heymann *Levy* und entstammte einer erfolgreichen jüdischen Bankiersfamilie. Mit 18 Jahren trat er bereits in das väterliche Bankhaus und wurde vier Jahre später mitverantwortlicher Teilhaber. 1886 heiratete er Emma *Hagen*, die Tochter eines christlichen Industriellen, und konvertierte zur katholischen Konfession. Die Heirat und der Übertritt zum katholischen Glauben förderten letztlich seinen beruflichen Aufstieg und ebneten ihm den Weg in die Kölner Gesellschaft. Seit 1893 nahm er auch den Namen seines Schwiegervaters an und nannte sich seitdem Louis *Hagen*. In der Folgezeit beteiligte er sich an zahlreichen Unternehmen und spezialisierte sich vor allem auf Firmenzusammenschlüsse. Durch seine guten Beziehungen und Kontakte zur Wirtschaft avancierte er rasch zu einem gefragten Ansprechpartner in Finanzfragen und zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsführer Kölns. 1915 wurde er zudem zum Vorsitzenden der Kölner Handelskammer gewählt. *Hagen* war gleichwohl nicht nur Bankier und Wirtschaftsfachmann, sondern auch ein kultureller Förderer und angesehener Politiker seiner Heimatstadt. So engagierte er sich seit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1909 als Mitglied der liberalen Fraktion in der Kommunalpolitik und versuchte seinen Einfluss auch in der Politik geltend zu machen. 1919 sollte er zur Zentrumspartei wechseln.[21]

Falk hatte *Adenauer* in den vergangenen Jahren kennen und schätzen gelernt. Als die Nachfolge *Wallrafs* im August 1917 anstand, war ihm klar, dass angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament ein Zentrumspolitiker den Zuschlag erhalten würde und *Adenauer* die beste Wahl war. Sollte er nicht zum Zuge kommen, dies hatte *Adenauer Falk* gegenüber deutlich gemacht, würde ein Oberbürgermeister einer mittleren rheinischen Stadt gewählt werden, der zwar über große kommunalpolitische Erfahrung verfügen, aber eben auch ein enragierter Zentrumspolitiker sein würde. *Falk* setzte sich deshalb zusammen mit Louis *Hagen* in seiner Fraktion engagiert für die Wahl des Ersten Beigeordneten ein. »*Adenauer*«, so brachte *Falk* Jahre später seine Wertschätzung, die er *Adenauer* gegenüber empfand, zum Ausdruck, »war nicht nur ein hervorragender Verwaltungsbeamter, ein unermüdlicher Arbeiter, ein kenntnisrei-

19 Max *Wallraf* an Konrad *Adenauer*, 22. Juli 1916, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 17 f., Zitat Bl. 18.

20 Vgl. WEGENER, S. 79–86.

21 Vgl. MOSSE, Zwei Präsidenten der Kölner Industrie- und Handelskammer, S. 308–315, 327–330.

cher Kommunalpolitiker, ein ausgezeichneter Redner, sondern kannte darüber hinaus die stadtkölnische Verwaltung bis zum letzten. Er hatte maßgeblich die Entwicklung der letzten Jahre gefördert, in den bis dahin abgelaufenen Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit großem Erfolge geleitet. Er kannte die schwebenden Fragen, insbesondere die finanziellen ebenso gut wie die Persönlichkeiten der leitenden Beamten. Von Beginn unserer Bekanntschaft an bis auf den heutigen Tag habe ich *Adenauer* für einen toleranten, freimütigen und fortschrittlich eingestellten Menschen mit einem starken sozialen und demokratischen Einschlag gehalten. Seinem Charakter gab seine unbeugsame Energie, die sich bis zur Eigensinnigkeit steigern konnte, die bestimmende Note. Im Gegensatz zu *Wallraf*, der sehr behutsam, bisweilen vielleicht nicht ohne Zagen vorging, ist *Adenauer* ein Mann der Initiative, die vor keinem Hindernis zurückschr[eckt] und sich an die größten und schwierigsten Aufgaben heranwagt. Ein guter Preuße ist *Adenauer* wohl nie gewesen. Aber seine Gegner haben ihm großes Unrecht zugefügt, wenn sie ihm deutsches Nationalgefühl und die Treue zum deutschen Vaterlande absprachen, die aus seiner Liebe zum rheinischen Boden und [zur] Kölner Heimat erwuchs.«[22]

Falk kam es bei der Wahl des Oberbürgermeisters vor allem darauf an, zu verhindern, dass durch die Abgabe weißer Zettel durch liberale Abgeordnete das Bild der Einmütigkeit und Geschlossenheit während des Krieges getrübt würde. In der liberalen Fraktion stieß die Kandidatur *Adenauers* jedoch auf Kritik. Viele hielten ihn für einen »eingefleischte[n] Parteimann«.[23] Der »tüchtigste Beigeordnete«, so brachte der »Kölner Stadt-Anzeiger« das liberale Unbehagen auf den Punkt, könne »nur zu oft als Bürgermeister völlig versagen«, deshalb sei die öffentliche Ausschreibung der Stelle der einzig gangbare Weg.[24] Doch *Falk* hielt *Adenauer* die Stange. Er solle sich, so schrieb *Falk* wenige Tage später dem Genesenden, von dem Artikel des Stadtanzeigers nicht beeindrucken lassen. »Ich hoffe Sie so bald wie möglich frisch und wohl wiederzusehen.«[25] Die Bearbeitung der Fraktion durch *Falk* und *Hagen* zeitigte zudem Wirkung. So sprach sich die Fraktion am 4. August dafür aus, *Adenauer* wählen zu wollen, forderte jedoch als Gegenleistung die Besetzung der Stelle des Ersten Beigeordneten mit einem Liberalen.[26] *Hagen*, der *Adenauer* über die Beratungen der liberalen Fraktion unterrichtete, meinte, dass *Falk* der Ansicht sei, »daß auch der letzte Widerstand zu beseitigen sein wird.« *Adenauer* könne sich auf *Falk* »durchaus verlassen und ich bin der Meinung, daß gegenwärtig auch sein Einfluss bei der anderen Partei nicht zu unterschätzen ist.«[27] Am 5. September stimmten die Liberalen schließlich bei drei Gegenstimmen für den Ersten Beigeordneten. »*Falk*«, so schrieb *Hagen* an *Adenauer*, »hat gestern sehr geschickt operiert und ist mit aller Offenheit, Klarheit und Energie nicht nur für Sie, sondern auch für eine sofortige Wahl eingetreten.«[28]

In den von *Falk* geführten Verhandlungen erklärte sich das Zentrum schließlich mit der liberalen Forderung unter der Bedingung einverstanden, dass die Wahl aus den vor-

22 Edition, S. 230.

23 Ebd., S. 231. Vgl. auch WEGENER, S. 84–86.

24 KÖLNER STADT-ANZEIGER, 370, 13. 8. 1917: »Die Nachfolge *Wallrafs*.«

25 Bernhard *Falk* an Konrad *Adenauer*, 16. August 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 26 f., hier Bl. 27.

26 Vgl. WEGENER, S. 85.

27 Louis *Hagen* an Konrad *Adenauer*, 11. August 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 14–16, hier Bl. 15.

28 Louis *Hagen* an Konrad *Adenauer*, 6. September 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 44 f.; sowie Louis *Hagen* an Konrad *Adenauer*, 13. September 1917, Telegramm, in: AStBKAH, I 01.01, spricht von 3 Gegenstimmen, »die nicht mehr zu bekehren« seien.

handenen Beigeordneten erfolgen solle.[29] Die Liberalen, die anfangs gegen diese Einschränkung protestierten, gaben letztendlich nach. Als Kandidaten für den Posten des Ersten Beigeordneten einigte man sich auf den liberalen Beigeordneten Bruno *Matzerath*.[30]

Am 18. September 1917 wurde schließlich *Adenauer* mit 52 von 54 Stimmen zum Oberbürgermeister Kölns gewählt. Zwei liberale Abgeordnete hatten leere Stimmzettel abgegeben. *Falk* war es mit Unterstützung *Hagens* gelungen, die liberale Fraktion, auf Linie zu trimmen und für seine Politik zu gewinnen. Dass der liberale Widerstand nicht gänzlich ausgeräumt werden konnte, mochte letztlich auch mit *Adenauers* keineswegs bescheidenen Gehaltsvorstellungen zusammenhängen, die auch bei *Falk* auf Bedenken stießen.[31] Denn mit dem von *Adenauer* geforderten und letztlich auch bewilligten Jahresgehalt von 42000 Mark übertraf dieser das Salär seines Vorgängers um 12000 Mark und erhielt sogar 2000 Mark mehr als der Berliner Oberbürgermeister. *Adenauer* zur Seite trat im November als Erster Beigeordneter der Liberale Bruno *Matzerath*, der seit 1900 als Beigeordneter für die Grundstücksverwaltung und Bodenpolitik, seit 1917 auch für die Lebensmittelversorgung zuständig war.[32] Die Dezernate für Personalangelegenheiten und Finanzen, die *Adenauer* dem neuen Ersten Beigeordneten übertragen wollte, lehnte dieser jedoch, vermutlich aus Angst vor Arbeitsüberlastung, ab. Der liberale Einfluss auf die Geschicke der Stadt blieb dadurch sehr beschränkt.[33]

Obwohl *Falk Adenauer* sehr schätzte und ihm auch freundschaftlich verbunden war, mochte er doch seine Kritik an der Personalpolitik des Oberbürgermeisters in seinen Erinnerungen nicht verbergen. »Was ihm fehlte«, so *Falk*, »war Menschenkenntnis. Er ging zwar mit einem gesunden Mißtrauen an fremde Persönlichkeiten heran, bildete sich aber dann sein Urteil wohl zu schnell. Nicht wenige haben es verstanden, ihm zu imponieren und sich dadurch zu bedeutsamen Stellungen aufzuschwingen. Aber schnellem Aufstieg [folgte] sehr häufig jäher Absturz. Er verbrauchte die Menschen in sehr kurzer Zeit. Unter verfehlter Beurteilung seitens des Chefs haben verdiente Beigeordnete und Oberbeamte der Stadt Köln leiden müssen. Dabei war er [*Adenauer*] von Haus aus wohlwollend und gerecht gegen seine Mitarbeiter.«[34] Diese Kritik mochte das insgesamt wohlwollende Urteil *Falks* über *Adenauers* Politik allerdings nicht zu trüben.

Um den Burgfrieden nicht zu gefährden, fanden während des Krieges keine Wahlen statt. Doch je länger der Krieg dauerte und je deutlicher wurde, wie sehr man auf die Zusammenarbeit und Unterstützung der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Vertretung angewiesen war, desto offensichtlicher wurde die Erkenntnis, dass man auch in Köln die Sozialdemokraten einbinden und an den Geschicken der Stadt teilhaben lassen musste. Da die SPD in der Kölner Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten war, beschlossen Zentrum und Liberale 1917, der Partei drei Mandate abzutreten. Das Zentrum verzichtete auf zwei, die Liberalen auf einen Sitz. Den Vorsitz der im Januar 1918

---

29 Vgl. WEGENER, S. 91. – Hugo *Mönnig* an Konrad *Adenauer*, 1. und 6. September 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 37 f. und 46 f.

30 Vgl. WEGENER, S. 92. – Hugo *Mönnig* an Konrad *Adenauer*, 6. September 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 48 f.; Fritz *Bollig* an Konrad *Adenauer*, 15. September 1917, in: ebd., Bl. 51; Johann Baptist *Rings* an Konrad *Adenauer*, o.D. (vor 18.9.1917), ebd., Bl. 56 f.

31 Vgl. Hugo *Mönnig* an Konrad *Adenauer*, 6. September 1917, in: AStBKAH, I 01.01, Bl. 48 f., hier Bl. 49: »*Falk* äußerte mir nachher Bedenken, ob nicht das Gehalt zu hoch sei.«

32 Zu *Matzerath* vgl. KLEINERTZ/PABST, Die Kölner Beigeordneten, S. 633 f.

33 Vgl. Edition, S. 231.

34 Ebd., S. 231 f.

in der Stadtverordnetenversammlung eingeführten drei Sozialdemokraten übernahm Wilhelm *Sollmann*.[35] »Unter den neuen Stadtverordneten«, so erinnerte sich *Falk*, »befanden sich zwei sehr tüchtige Männer, von denen einer, der Redakteur *Sollmann*, sich einen Namen weit über Kölns Mauern hinaus gemacht hat. Die Zusammenarbeit mit ihnen gestaltete sich durchaus zufriedenstellend.« Zwar hätten sie im Plenum überaus lange Reden gehalten, in denen sie meist ihre Partei und ihr Programm verherrlichten, doch hätten sie sich andererseits auch durch »regen Arbeitseifer«, durch »manche Kenntnisse und Erfahrungen«, die ihnen bei ihrer neuen Aufgabe von Nutzen gewesen seien, ausgezeichnet. »Ihre Mitarbeit in den Ausschüssen erwies sich als fruchtbar. Sie vermochten auch wertvolle Anregungen zu geben, die ihrer Lebenssphäre entstammten.«[36]

Wilhelm *Sollmann*, vierzehn Jahre jünger als *Falk*, war ohne Frage der bedeutendste Kölner Sozialdemokrat. Eigentlich stammte er aus Thüringen, hatte sich jedoch mit Antritt seiner kaufmännischen Lehre in Köln niedergelassen und war 1903 der SPD beigetreten. 1907 gründete er dort die »Freie Jugend« und engagierte sich als mobilisierender Organisator und leidenschaftlicher Redner in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Da er das Gymnasium vorzeitig verlassen hatte, versuchte er sich durch aufopferndes Selbststudium das fehlende Wissen anzueignen. Seinen erlernten Beruf als Handlungsgehilfen hängte er 1911 an den Nagel und wechselte als Lokalredakteur zur »Rheinischen Zeitung«. Er vermochte sich rasch einen Namen durch seine Enthüllungen über korrupte Polizeibeamte im Kölner »Backschisch-Prozeß« von 1914 zu machen und avancierte bald zum Chefredakteur. In der Kölner SPD gehörte er seit 1914, damals war er dreiunddreißig Jahre alt, dem Parteivorstand an und zählte zu den kommenden Männern, mit denen man auch im Reich rechnen musste. Er war ein Intellektueller, der entschieden für seine Sache zu streiten wusste, ein Anti-Alkoholiker, dessen hagere Gestalt schon den Asketen verriet. Da er wegen eines Herzklappenfehlers frontdienstunfähig war, setzte er während des Krieges seine Arbeit für die »Rheinische« fort und bemühte sich seine Genossen bei der Stange zu halten. Er sei, so schilderte ihn der spätere Reichskanzler und Zentrumspolitiker Wilhelm *Marx*, »etwas leidenschaftlich, aber ein ideal angelegter und sehr anständiger Mann.«[37] Der spätere Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Arnold *Brecht* bezeichnete ihn gar als einen »der prächtigsten Menschen, die ich kennengelernt habe, mannhaft, mutig und direkt.«[38]

Seine eigentliche Karriere begann erst nach dem Krieg, als *Sollmann* sich 1919 in die Weimarer Nationalversammlung wählen ließ. Seine parlamentarische Tätigkeit im Reichstag bis 1933 und in der Kölner Stadtverordnetenversammlung bis 1924 begleitete er weiterhin journalistisch seit 1921 als Mitbegründer und Mitgesellschafter des »Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes«, seit 1924 des »Sozialdemokratischen Pressedienstes«. Den Höhepunkt seiner Karriere stellte schließlich seine viermonatige Amtszeit als Reichsminister des Innern in der von Gustav *Stresemann* geführten Großen Koalition von August bis November 1923 dar.[39]

---

35 Die beiden anderen sozialdemokratischen Stadtverordneten waren Heinrich *Erkes* und August *Haas*. Vgl. WILHELM SOLLMANN, Bd. 1, S. 86.

36 Edition, S. 256. Mit dem zweiten »tüchtigen« Sozialdemokraten meinte *Falk* vermutlich August *Haas*, der von 1930 bis 1932 Oberpräsident von Hessen-Nassau war.

37 Nach Felix HIRSCH: Wilhelm Sollmann (1881–1915), in: Rheinische Lebensbilder Bd. 6, Köln 1975, S. 257–286, hier S. 267.

38 Arnold BRECHT: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 409.

39 Vgl. Felix HIRSCH: Wilhelm Sollmann (1881–1915), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 6, Köln 1975, S. 257–286; WILHELM SOLLMANN; Wilhelm Heinz SCHRÖDER: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S. 708; CHRISTOV, bes. S. 16–78.

5. Die Revolution von 1918/19 in Köln

Ob *Falk* 1918 wirklich glaubte, dass Deutschland noch den Krieg gewinnen könne, ist schwer zu beantworten. Anfang des Jahres mochte dies sicherlich der Fall gewesen sein, als das durch die Revolution geschwächte Russland kapituliert hatte und die Oberste Heeresleitung die Truppen von der Ostfront für die Frühjahrsoffensive im Westen zusammenzog, ein Sieg über Frankreich mithin nicht mehr außerhalb jeglicher Wahrscheinlichkeit lag. Selbst im Herbst, als sich die Situation gewendet hatte und sich die deutschen Truppen in der Defensive befanden, klammerte sich *Falk* noch an die Hoffnung einer glücklichen Wendung, die durch die Heeresberichte, die täglich von den Misserfolgen und Niederlagen der Alliierten kündeten, ja bestärkt wurde. Das deutsche Waffenstillstandsgesuch vom 3. Oktober 1918 wirkte deshalb auf *Falk*, wie überhaupt auf die psychologisch völlig unvorbereitete Bevölkerung, wie ein Hammerschlag. Gleichsam »über Nacht«, so *Falk*, sei »der furchtbare Zusammenbruch« gekommen. »Das namenlose Elend, das über uns hereingebrochen war, von dessen wirklicher Größe man sich nicht einmal eine rechte Vorstellung machen konnte, stand mir jäh vor Augen. Ich dachte an die Hunderttausenden, die für Deutschland gestorben waren, ohne ihm den Sieg bereiten zu können, ich dachte an den Heldentod meines eigenen lieben Sohnes. Ich sah die Not, die in die Familien der Kriegsopfer eingezogen war, denen der Dank des Vaterlandes gewiß sein sollte, denen man aber jetzt wohl kaum noch helfen können würde.«[1]

Die Oberste Heeresleitung unter General *Ludendorff* hatte Ende September erstmals die militärische Niederlage eingestanden und die sofortige Absendung eines Waffenstillstands- und Friedensangebots an den amerikanischen Präsidenten sowie die Parlamentarisierung der Reichsregierung in der Hoffnung auf günstige Friedensbedingungen gefordert. Die noch am selben Tag unter maßgeblicher Mitwirkung der Reichstagsparteien gebildete Regierung unter *Prinz Max von Baden* vollzog dann den entscheidenden Schritt auf dem Weg vom konstitutionellen zum parlamentarischen Regierungssystem, vom »Obrigkeitsstaat zum Volksstaat«.[2]

Als indes deutlich wurde, dass der amerikanische Präsident nicht mit den alten Machthabern zu verhandeln gewillt war, versuchten diese den von *Prinz Max von Baden* eingeschlagenen Kurs offen zu konterkarieren. So versuchte sich der Kaiser durch seine Reise ins Große Hauptquartier nach Spa dem Einfluss der zivilen Gewalt zu entziehen, während die Marineführung ohne Wissen der Reichsregierung einen Flottenvorstoß in die Nordsee anordnete. Auf den sinnlosen Befehl der Seekriegsleitung reagierten die Mannschaften mit offener Auflehnung. Nachdem es am 28. Oktober bereits in Wilhelmshaven zu ersten Befehlsverweigerungen gekommen war, erfasste die Revolte am 3. November Kiel, um sich binnen weniger Tage über das gesamte Reichsgebiet auszubreiten. Die durch das Eingeständnis der militärischen Niederlage vollkommen demoralisierte Staatsgewalt kapitulierte nahezu widerstandslos vor den Aufständischen. Überall übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte die politische Gewalt. Am 7. November stand München in Flammen, am 9. November siegte die Revolution auch in Berlin.[3] »Die größte aller Revolutionen«, so schrieb damals der Chefredakteur des libera-

---

1 Edition, S. 257.

2 So der Aufruf des SPD-Vorstands vom 17. Oktober 1918, in: VORWÄRTS, 287, 18.10.1918: »An Deutschlands Männer und Frauen!«; vgl. ferner KOLB, Die Weimarer Republik, S. 2–4.

3 Zur Revolution von 1918/19 vgl. Reinhard RÜRUP, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968; Ulrich KLUGE, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft

len »Berliner Tageblatts«, Theodor *Wolff*, voller Enthusiasmus, »hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazu gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.«[4]

Die Kriegsmoral hatte bereits in den letzten Kriegsjahren deutlich zu wünschen übrig gelassen. Die Kriminalität hatte zugenommen, Einbrüche gehörten geradezu zum Alltag. Die Zahl der Deserteure, die sich im Kölner Bezirk aufhielten, lag im Frühherbst bereits zwischen 16000 und 18000. Die wegen der schlechten Lebensmittelversorgung ohnehin gesundheitlich geschwächten Kölner traf im Oktober zu allem Überdruss noch die Spanische Grippe, die in zehn Tagen allein über 300 Menschen das Leben nahm. Die Krankenstände in der Verwaltung und in den Betrieben waren groß. Es bedurfte letztlich nur eines Tropfens, um das Fass zum Überlaufen zu bringen.[5]

Als am 6. November Hamburg und Hannover von der Revolution erfasst wurden, erhob Wilhelm *Sollmann* auf einer Versammlung der SPD in Köln-Mülheim die Forderung nach der »großdeutschen sozialistischen Republik«. »Wir sind gewillt, alles zu tun, damit in Köln die unaufhaltsame revolutionäre Bewegung unblutig in geordneten Bahnen verläuft.« In der auf der Versammlung verabschiedeten Resolution wurde dann die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Abdankung der Hohenzollerndynastie und die schnelle Einberufung einer Nationalversammlung reklamiert.[6]

Im Rathaus beratschlagten sich am folgenden Tag die Vertreter der politischen Parteien mit dem Kölner Oberbürgermeister über das weitere Vorgehen, alle einigermaßen nervös und aufgekratzt. Als die Nachricht eintraf, dass ein Trupp Kieler Matrosen, man schätzte ihre Zahl auf etwa 150, sich auf dem Weg nach Köln befände, war die Aufregung groß. »Dieses Häuflein«, so erinnerte sich *Falk*, hätte auch in jenen Tagen des Zusammenbruchs nichts bedeutet, wenn man ihm entschieden entgegengetreten wäre. »Wir waren im Rathause, als die Meldung eintraf, der Zug der Matrosen sei be[reits] in Hannover oder Osnabrück angelangt. Ich äußerte die Meinung, [man] solle den Zug irgendwo auf ein totes Gleis fahren und die Lokomotiven davon dampfen lassen. Dann werde sich das Weitere schon finden.«[7] Auch *Adenauer* forderte, den Zug mit den Anführern nicht nach Köln einfahren zu lassen und die Aufständischen auf offener Strecke zu verhaften.[8] Zwar marschierte dann auch eine mit Maschinengewehren bestückte Kompanie zum Bahnhof, rückte jedoch auf Drängen der Sozialdemokraten, die ein Blutbad verhindern wollten, wenig später wieder ab.[9] Der SPD unter Wilhelm *Sollmann* gelang es zudem, sich in einer großen Massenkundgebung auf dem Kölner

zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985, hier S. 39–137; KOLB, Die Weimarer Republik, S. 1–23, 166–178; RIBHEGGE, S. 297–304.

4 Theodor *Wolff*: Der Erfolg der Revolution, in: BERLINER TAGEBLATT, 576, 10.11.1918.

5 Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 186. Zur Grippeepidemie vgl. auch KÖLNISCHE ZEITUNG, 959, 14.10.1918: Städtische Nachrichten. »Die Zahl der Erkrankungen an Grippe ist auch in Köln noch im Steigen begriffen, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat sich die Krankenziffer auf 51 v.H. der Mitgliederzahl erhöht. Unter den Krankmeldungen nehmen diejenigen an Grippe einen großen Teil ein. Auch an Todesfällen fehlt es bei der schlechten Ernährung nicht.«

6 Zitiert nach WILHELM SOLLMANN, Bd. 1, S. 37; vgl. auch SCHÄFER, S. 8 f., zur Revolution in Köln insgesamt S. 7–58; dazu auch SOLLMANN, Die Revolution in Köln; HÄUSSERMANN, S. 232f.

7 Edition, S. 259.

8 Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 187 f.

9 Vgl. Edition, S. 259; ferner SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 188.

Hauptbahnhof an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Entwicklung in ruhigere Bahnen zu lenken.[10]

Am 8. November war Köln schon fest in der Hand der Aufständischen. Lastwagen mit roten Fahnen fuhren durch die Stadt, während die tags zuvor aus den Strafanstalten befreiten Gefangenen in ihrer Häftlingskleidung und ihren Holzschuhen das Bild der Stadt belebten.[11] Am andern Morgen gegen 9 Uhr bezogen mehrere Kompagnien und eine bespannte Batterie Feldartillerie in der Nähe des Militärgouvernements Position. Bald darauf sah das Militär sich von einer tobenden Menge umringt, die die Herausgabe der Waffen verlangte. Zu entschlossenem Handeln war der Militärgouverneur Generalleutnant *von Kruge* nicht mehr in der Lage. Geradezu apathisch und teilnahmslos antwortete er auf die Frage des Batterieführers, ob er das Feuer eröffnen solle, dass ein preußischer Offizier in der Lage sein müsse, dies selbst zu entscheiden. Auf Drängen der Sozialdemokraten ließ *von Kruge* schließlich den von Truppen abgesperrten Neumarkt räumen. Der Autoritätsverfall der obrigkeitlichen Gewalten war enorm. Baumlange Soldaten ließen sich von Halbwüchsigen ihre Gewehre wegnehmen, einige Offiziere sogar ihre Achselstücke abreißen. *Von Kruge* wiederum ließ sich bald darauf von den neuen revolutionären Machthabern einen Passierschein ausstellen, einen Kraftwagen geben und verschwand aus Köln.[12]

Noch am 8. November wurde in einer Versammlung auf dem Neumarkt ein Arbeiter- und Soldatenrat aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie gebildet, der im Laufe des Tages durch mehrere, in Versammlungen im Gürzenich und in der Bürgergesellschaft gewählte Soldatenvertreter ergänzt wurde. *Adenauer*, der von *Sollmann* vom Verlauf der Ereignisse auf dem Laufenden gehalten wurde, erkannte die revolutionäre Institution sofort an und stellte, nicht zuletzt zur besseren Einbindung und Kontrolle des Gremiums, auch Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung.[13] *Adenauer*, so schrieb *Sollmann* später, sei »der erste Vertreter einer Kölner Behörde« gewesen, »der sich ohne Zögern auf den Boden der gegebenen Tatsache stellte.«[14]

---

10 Vgl. Edition, S. 259.; SOLLMANN, Die Revolution in Köln, S. 7 f.; RHEINISCHE ZEITUNG, 261, 8.11.1918: »Revolution! Die Volksbewegung in Köln.« Die Ansammlung am Hauptbahnhof, so schrieb das Blatt, sei gegen 11 Uhr nachts »derart stark geworden, daß der Verkehr am Hauptbahnhof nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Stadtverordneter *Sollmann*, ergriff in der Bahnhofsvorhalle vor einer tausendköpfigen Menge das Wort und ersuchte die Versammelten eindringlich, Ruhe und Ordnung zu bewahren und ruhig auseinanderzugehen. Jubelnden Beifall fand *Sollmann*, als er das Ultimatum der sozialdemokratischen Parteileitung, in dem die Abdankung des deutschen Kaisers und des Kronprinzen gefordert wird, bekannt gab.«

11 KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 882, 8.11.1918: »Kundgebungen in Köln«; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 884, 9.11.1918: »Köln in den Abendstunden.« Zur damaligen Situation in Köln schreibt der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich *Schäfer*: »Die Stadt wimmelte von entlassenen und entsprungenen Soldaten, die befreiten Verbrecher und Dirnen, zumeist ohne Obdach, machten die Straßen unsicher, und ein Teil des zermürbten und ausgehungerten Lumpenproletariats lauerte auf Gelegenheiten zum Stehlen und Plündern. Die Polizei war hinweggefegt, die Garnison so gut wie aufgelöst. Übel beleumundete Elemente hatten sich mit Waffen versehen. Der Sicherheitsausschuß raffte alle sich ihm bietenden Kräfte zusammen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.« SCHÄFER, S. 16 f.

12 Vgl. Edition, S. 260; SOLLMANN, Die Revolution in Köln, S. 9–11.

13 KÖLNISCHE ZEITUNG, 1045, 8.11.1918: »Unruhen in Köln«; SCHÄFER, S. 12–22; zum Kölner Arbeiter- und Soldatenrat vgl. Bernhard NEIDIGER: »Von Köln aus kann der Sozialismus nicht proklamiert werden!« Der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat im November/Dezember 1918. Darstellung und Edition neu aufgefundener Quellen, Köln 1985.

14 SOLLMANN, Die Revolution in Köln, S. 11.

Eine der ersten Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats stellte die Einrichtung eines durch besondere Armbinden gekennzeichneten Sicherheitsdienstes dar, der Plünderungen unterbinden sollte. »Unsere erste Sorge«, so erinnerte sich Wilhelm *Sollmann* später, »galt, wie es echten Deutschen auch in einer großen Revolution geziemt, der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung.«[15] Dies war insofern von großer Bedeutung, als Köln das Nadelöhr war, durch das die aus dem Westen zurückflutenden deutschen Truppen ziehen mussten. Köln war das Zentrum des Eisenbahnsystems hinter der Westfront.

Es war ohne Frage ein großes Verdienst der Kölner Sozialdemokratie unter Wilhelm *Sollmann*, dass Köln in jenen Tagen und Wochen nicht im Chaos versank und die Demobilisierung des Heeres keine größeren Probleme aufwarf. Gleichwohl vermochte auch der revolutionäre Sicherheitsdienst Plünderungen nicht zu verhindern. So musste *Falk* vom Amtszimmer *Adenauers* aus mit ansehen, wie ein am Alten Markt in der Nähe des Rathauses gelegenes Depot geplündert wurde und die Horde mit ihrer Beute ungestört in Richtung Hafengasse wieder verschwinden konnte. »Ich habe«, so *Falk*, »die Empörung über dieses schmachvolle Treiben, dem ich machtlos zusehen mußte, jahrelang nicht verwunden.«[16]

Der Versuch des Arbeiter- und Soldatenrats, die Kontrolle über die Verwaltung zu übernehmen und zum eigentlichen Entscheidungszentrum der Stadt zu avancieren, misslang. Dies lag an mehreren Gründen. Zum einen vermochten die den einzelnen Behördenleitern an die Seite gestellten Beigeordneten in der Regel keinen Einfluss zu erlangen. *Falk* wertete die Entsendung von Beigeordneten rückblickend als eine »unnötige wie wirkungslose Maßnahme«, da keiner an Gegenrevolution gedacht habe und die abgestellten Beobachter »von der ihnen zugewiesenen Aufgabe wohl ohne Ausnahme so gut wie nichts« verstanden hätten.[17]

Zum anderen gelang es dem Kölner Oberbürgermeister, die revolutionäre Bewegung einzubinden und zu neutralisieren. »Das feine Fingerspitzengefühl *Adenauers*«, so *Falk*, »schuf den Wohlfahrtsausschuß der Stadt Köln, in dem wir bürgerlichen Führer zusammen mit Sozialdemokraten und Unabhängigen Tag für Tag in Zimmer 29 des Rathauses zusammenkamen. Hier und nicht im Arbeiter- und Soldatenrat oder sonstwo fielen die Entscheidungen, die für die Ernährung und Bekleidung der Bevölkerung, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung, für das Gesundheitswesen, für den Verkehr und den Transport maßgebend waren.«[18] Der Wohlfahrtsausschuss, der durch Verwaltungsbeamte, Unternehmer und Gewerkschaftsführer verstärkt wurde, avancierte zu einem Koordinationsorgan mit weitreichenden legislativen und exekutiven Kompetenzen. Sein Wirkungsfeld erstreckte sich auf Fragen der Demobilmachung, der inneren Sicherheit und der Lebensmittelversorgung ebenso wie auf gesundheitspolitische Probleme wie die Schließung der Bordelle oder die Entlausungsfrage. Der Ausschuss rief zudem eine Bürgerwehr ins Leben, die an Stelle des revolutionären Sicherheitsdienstes trat und bis zum Einmarsch der alliierten Besatzungstruppen in der rheinischen Metropole für Ordnung sorgen sollte.[19]

---

15 Ebd., H.i.O.

16 Edition, S. 260.

17 Ebd., S. 261.

18 Ebd.

19 Zum Wohlfahrtsausschuss vgl. auch KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 892, 12.11.1918: »Bildung eines Wohlfahrtsausschusses«; SCHÄFER, S. 19 f., 30–36.

Die radikal gesinnten Vertreter von USPD oder MSPD hatten im Wohlfahrtsausschuss wenig zu melden, da die mehrheitssozialdemokratische Parteiführung unter *Sollmann* zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen suchte und gemäßigte Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale im Gremium die Mehrheit hatten. *Falk* ließ es sich denn auch nicht nehmen, den Revolutionären entschieden Paroli zu bieten. »Ich bin dort sehr oft und sehr scharf den Sozialisten beider Richtungen entgegengetreten, unterstützt von meinem Freund Generaldirektor *Becker* aus Kalk und dem Christlichen Gewerkschaftler Jakob *Kaiser*.«[20]

»Zum Politisieren kamen wir nie,« so beschrieb der Mehrheitssozialdemokrat Heinrich *Schäfer* die damalige Situation im Wohlfahrtsausschuss, »außer in einem Fall, wo wir uns mit den bürgerlichen Herren einmal recht gründlich über die politische Seite der Revolution aussprachen. Mich interessierte hierbei besonders Herr Justizrat *Falk*, der Führer der Kölner Liberalen, dem man anmerkte, wie sehr der Umsturz der Dinge sein Innerstes getroffen hat. Zerschlugen doch die Novemberereignisse das politische Glaubensbekenntnis des Liberalismus in tausend Scherben. Und Herr *Falk* hatte sein ganzes Leben diesem Bekenntnis gewidmet. Es schien, als ob er als alter ergrauter Mann diesen Zusammenbruch der alten Welt nicht verwinden könne. Um so erfreulicher war es für mich, daß er sich an die Spitze der neuen demokratischen Partei stellte. Er, der Alte, den Jungen voran. Herr *Falk* wird sich darüber im Klaren sein, daß die neue demokratische Partei um so längeren Bestand haben wird, je mehr sie sich von den Überlieferungen der wilhelminischen Zeit entfernt hält. In wirtschaftlichen Fragen, das sahen wir voraus, werden Herr *Falk* und seine demokratischen Freunde der neuen Zeit nur der Not gehorchend Zugeständnisse zu machen bereit sein.«[21]

Wie gering der Einfluss der Radikalen war, zeigte sich in der Frage der Beflaggung beim Durchzug der zurückkehrenden Truppen. So traf die von einigen Sozialisten vorgebrachte Forderung, zur Begrüßung der Truppen die rote Flagge zu hissen, bei den bürgerlichen Parteien im Wohlfahrtsausschuss auf entschiedenen Widerstand. »Der Verhandlungskunst *Adenauers*«, so erinnerte sich *Falk* in einer Mischung aus Respekt und Bewunderung, »gelang es, die Forderung der Linken auf ein Mindestmaß zurückzudrängen. Triumphbogen und öffentliche Gebäude zeigten die alten und die neuen Reichsfarben, die Landesflagge und Farben der Stadt Köln. Die rote Fahne war daneben an [we]nig[en] Stellen gehißt.«[22] Der mehrere Tage dauernde Durchzug der heimkehrenden Truppen mit insgesamt über einer halben Million Soldaten und etwa 300000 Pferden geriet zu einem beeindruckenden Spektakel. Jedes durchziehende Bataillon wurde von der Menge, die die Straßen und Plätze füllte, begeistert begrüßt. Die Häuser waren in ein prächtiges Fahnenkleid gehüllt. Ab und zu sah man rote Fahnen, aber schwarz-weiß-rot überwog.[23]

Die enge Zusammenarbeit zwischen den gemäßigten Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien war auch eine Reaktion auf die harten Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918. Danach sollten alle besetzten Gebiete im Westen und das gesamte linke Rheinufer mit den drei Brückenköpfen bei Köln, Mainz und Koblenz innerhalb von drei Wochen geräumt werden. In kürzester Zeit musste deshalb der Rückzug des deutschen Westheers organisiert und durchgeführt werden, dessen 6. und 7. Armee seitdem Tag und Nacht durch Köln fluteten. Auf die Räumung folgte die Beset-

20 Edition, S. 261.

21 SCHÄFER, S. 30 f.

22 Edition, S. 262.

23 Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 925, 24.11.1918: »Der Durchmarsch der zwei Armeen«.

zung des linksrheinischen Gebiets durch die Alliierten. Belgische Truppen rückten in das nördliche Rheingebiet ein, die Franzosen in die Rheinpfalz und das Saargebiet, während die Amerikaner die mittlere, bis Koblenz und Trier reichende Zone okkupierten. Nach dem wenig später erfolgenden Abzug der Amerikaner übernahmen die Franzosen das Regiment. Die Großstädte Köln, Bonn und Aachen mit den dazugehörigen Landkreisen fielen dagegen an Großbritannien.[24]

Die britische Besatzung begann am 6. Dezember 1918, als ein britisches Vorkommando mit mehreren Panzerautos Einzug in der Rheinmetropole hielt. Wenige Tage später traf auch der Oberbefehlshaber, General Sir Charles *Fergusson*, ein, der seitdem als Inhaber der politischen Macht die Oberhoheit über die örtliche Verwaltung ausübte. Keiner wusste, wie lange die Besetzung dauern würde und ob sie letztlich nicht die endgültige Trennung vom Reich bedeutete. Die Ungewissheit über das Kommende war groß.

Die Besatzung hatte für die Kölner unmittelbare Folgen. So mussten für die Unterbringung der britischen Truppen nicht weniger als 52 Hotels, 88 Schulen, über 2000 Privatwohnungen und einige Fabrikhallen bereitgestellt werden. Auch wurde der Bewegungsspielraum der Kölner mit der Verhängung einer nächtlichen Ausgangssperre von 19 bis 5 Uhr anfangs spürbar eingeengt. Ohne Personalausweis konnte man seitdem nicht mehr aus dem Haus, auch war für die Fahrt ins unbesetzte Gebiet ein Passierschein erforderlich. Besonders schikanös wirkte darüber hinaus eine Verordnung, die es jedem erwachsenen Kölner zur Pflicht machte, britische Offiziere zu grüßen. In wirtschaftlicher Hinsicht war vor allem die Abschnürung der Kölner Zone vom unbesetzten Rheinland verheerend, weil es Köln vom Ruhrgebiet trennte und ein bisher zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet zerriss. Die Arbeitslosigkeit stieg in Folge dessen auch rasch an. Der Kohlenmangel führte zu drastischen Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs. Besonders prekär gestaltete sich die Ernährungssituation, da die alliierte Blockade aufrechterhalten wurde und erst nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags im Juni 1919 aufgehoben werden sollte. Die ohnehin schon schwierige Versorgung der Bevölkerung verschlechterte sich mit dem Dahinschmelzen der Lebensmittelvorräte von Tag zu Tag.[25]

Der Einmarsch der britischen Besatzungstruppen sorgte zumindest im Verhältnis zwischen dem Oberbürgermeister und dem Arbeiter- und Soldatenrat für Klarheit. Denn der britische Gouverneur, General *Fergusson*, ließ in seiner ersten Unterredung mit *Adenauer* am 12. Dezember keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er nur mit der rechtmäßigen Behörde und das hieß mit dem Oberbürgermeister zu verhandeln gewillt war. Damit war der Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrats die Grundlage entzogen. *Adenauer* bezeichnete in dieser Unterredung, bei der auch *Falk* zugegen war, das Verhalten der Revolutionäre zwar als »durchschnittlich gut«, vergaß jedoch nicht darauf hinzuweisen, dass dem Rat eine bewaffnete Truppe von ungefähr hundert Mann zur Seite stand, deren »Führer [...] der Polizei gut bekannt« seien. Mit diesem Verweis auf das bestehende Sicherheitsproblem unterstrich *Adenauer* die Notwendigkeit, in Köln für klare Verhältnisse zu sorgen, und betonte damit die Richtigkeit der Entscheidung des britischen Gouverneurs, dem Arbeiter- und Soldatenrat die Anerkennung zu versagen.[26]

---

24 Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 8 f.; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 196 f.

25 Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 196–199; RECKER, S. 99–104; CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 170: danach dauerte die nächtliche Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr.

26 Zitiert nach SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 201; die Unterredung *Adenauers* mit *Fergusson* vom 12. Dezember 1918, S. 200 f.

6. Die Rheinlandbewegung von 1918/19

Das Ende des Krieges und der Ausbruch der Revolution im November 1918 schufen eine Unsicherheit und Ungewissheit, die Raum für vielfältige Spekulationen und Überlegungen ließen. Diese bezogen sich sowohl auf die innenpolitische Situation im Reich als auch auf die Ziele und Absichten der Alliierten.[1]

So war unklar, wie sich die Situation in Berlin gestalten würde. Die Entscheidung über die Frage parlamentarische Demokratie oder Rätesystem wurde erst Mitte Dezember auf dem Rätekongress entschieden, der den Weg zur Wahl einer Nationalversammlung im Januar 1919 frei machte. Die Niederschlagung der Weihnachtsunruhen 1918 besiegelte schließlich die Niederlage der Revolutionäre, wenngleich sich die Auseinandersetzung zwischen dem radikalisierten Teil der Arbeiterschaft und den neuen Machthabern noch bis zum Frühsommer 1919 hinziehen sollte.

Die Revolution und die politische Entwicklung in der Hauptstadt verstärkten die traditionellen, Antiberliner und antipreußischen Ressentiments der Rheinländer. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Kontext der antiklerikale Kurs des preußischen Kultusministers Adolph *Hoffmann* (USPD) und seine Forderung nach Trennung von Staat und Kirche. Die Parole »Los von Berlin« gewann dadurch im Rheinland an Resonanz und Durchschlagskraft. Seit der Annexion von 1815 spielte im Rheinland ein sich gegen das preußische Kernland und speziell gegen Berlin richtendes regionales Sonderbewusstsein eine große Rolle. »Preußen«, so befand *Falk* in seinen Erinnerungen, »hatte es leider nicht immer verstanden, moralische Eroberungen am Rhein zu machen.«[2] Die Überheblichkeit mancher an den Rhein versetzter Beamten, der im Kulturkampf der 1870er Jahre kulminierende Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten sowie manche, als nachteilig empfundenen wirtschaftlichen Interventionen oder administrativen Maßnahmen steigerten die Abneigung gegen Berlin und bereiteten letztlich den Boden für jene Bewegung, die nach 1918 ihr Heil in der Loslösung des Rheinlands von Preußen sahen.

Hinzu kam, dass nach dem Krieg und dem Sturz der Monarchien die Ungewissheit über die zukünftige Gestaltung des Reichs groß war. Da sich der hegemoniale Föderalismus des Kaiserreichs mit einem übermächtigen Preußen, das drei Fünftel des Reichsgebiets und der Bevölkerung umfasste, in der Vergangenheit als ein problematisches Ordnungsprinzip erwiesen hatte, kursierten nach dem Umsturz 1918 die unterschiedlichsten Neugliederungsvorstellungen. So sprach sich beispielsweise der vom Staatssekretär des Reichsamts des Innern Hugo *Preuß* erarbeitete erste Verfassungsentwurf vom 3. Januar 1919 für das Konzept eines dezentralisierten Einheitsstaates aus. Danach sollte Preußen in sieben Gebiete, zu denen auch das Rheinland zählte, aufgelöst wer-

---

1 Zu den Ursachen der Rheinlandbewegung und den Ereignissen der Jahre 1918/19 vgl. MORSEY, Die Rheinlande, Preußen und das Reich, in: Rheinische Vierteljahresblätter 30 (1965), S. 180–195. Vgl. auch Rudolf VIERHAUS: Preußen und die Rheinlande 1815–1915, in: ebd., S. 152–175. Zur These von den Rheinstaatsbestrebungen als ein von außen, d.h. von Frankreich, in das Rheinland hineingetragenes Phänomen vgl. Henning KÖHLER: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/19, Berlin 1974; kritisch resümierend dazu SCHLEMMER, S. 94–103. Zur Rheinlandbewegung vgl. BISCHOF; ERDMANN, Adenauer; DERS., Adenauer in der Rheinlandpolitik; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik; KRUSE-JARRES, S. 115–136; REIMER; SCHLEMMER; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 202–229, 258–290.

2 Edition, S. 271.

den.[3] Mit der Einschaltung der Länder in die Beratungen über die zukünftige Verfassung wurde dieses Konzept jedoch wieder zugunsten des überkommenen bundesstaatlichen Modells fallengelassen. Nicht zuletzt Preußen und Bayern hatten sich gegen den von *Preuß* intendierten Einheitsstaat und für eine Reföderalisierung ausgesprochen. So sah auch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919, das die Regierungsverhältnisse im Reich bis zur Verabschiedung der Reichsverfassung regeln sollte, einen Staatenausschuss als Ländervertretung vor und schuf damit ein wichtiges Präjudiz für die weiteren Beratungen.[4] Eine Neuordnung des Reichs, so hatte bereits Reichsministerpräsident *Scheidemann* in seiner Regierungserklärung am 13. März 1919 betont, könne »erst nach Friedensschluß und nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen.«[5] Das sollte ein einseitiges Vorgehen der Betroffenen unter Umgehung der rechtmäßigen Verfassungsinstitutionen ausschließen.

Neben der lange Zeit diffusen Situation in der Reichshauptstadt, der traditionellen Abneigung gegen Berlin und der Unbestimmtheit über die zukünftige Ordnung des Reichs spielte für das Aufkommen der Rheinlandbewegung ein weiterer Aspekt eine Rolle, nämlich die Ungewissheit über die Ziele und Friedensbedingungen der Ententemächte. Keiner wusste so recht, was aus dem Rheinland werden würde. Keiner konnte sagen, wie lange die im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 vorgesehene alliierte Besetzung der linksrheinischen Gebiete und der Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Köln dauern würde.[6] Die Hoffnung, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dass der amerikanische Präsident *Wilson* in seinen Vierzehn Punkten vom 8. Januar 1918[7] zum Grundprinzip einer künftigen Neuordnung Europas erhoben hatte, auch Grundlage des Friedensvertrags mit Deutschland werden würde, war weit verbreitet. Andererseits konnte man sich über die Kriegsziele Frankreichs, das auf eine nachhaltige Schwächung seines östlichen Nachbarn zielte, nicht im Unklaren sein. Dazu zählten neben einschneidenden Rüstungsbeschränkungen, weitreichenden Reparationsverpflichtungen und dem Aufbau eines Bündnissystems in Ostmitteleuropa auch umfangreiche Gebietsabtretungen im Osten und Westen. In diesem Kontext spielte das Rheinland für Frankreich eine herausgehobene Rolle. Bereits im 17. Jahrhundert hatte die Rheingrenze zu den Zielen französischer Außenpolitik gezählt. 1795 wurde es auch tatsächlich annektiert und gehörte bis zum Sturz *Napoleons* zum französischen Staat. Im 19. Jahrhundert war die Annexion des linken Rheinufers eine in Frankreich wiederholt erhobene Forderung, galt doch der Rhein als die natürliche Grenze im Osten. Das Rheinland wurde denn auch in den zwischen den Außenministern Frankreichs und Russlands Anfang 1917 abgeschlossenen und noch vor Ende des Krieges veröffentlichten Geheimabsprachen als französisches Kriegsziel anerkannt.[8] Insofern war Ende 1918 die Angst der Rheinländer, von Frankreich annektiert zu werden, groß.

---

[3] Vgl. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1179 f.; zum Folgenden S. 1178–1205, besonders S. 1178–1184 und 1196 f.; ferner PORTNER, S. 93–106; BOLDT, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2, S. 224–242, hier S. 225–231.

[4] Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 76, S. 69 f. (hier § 2–4, 6).

[5] Erklärung der Reichsregierung *Scheidemann* gegen den Separatismus vom 13. März 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 139, S. 118.

[6] Zum Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918, in: HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 760–764, hier S. 762.

[7] *Wilsons* Kongressbotschaft »Die Vierzehn Punkte« vom 8. Januar 1918, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1990, Nr. 160, S. 222 f.

[8] Vgl. Paul TIRARD: La France sur le Rhin, Paris 1930, S. 9–68; Jacques BARIÉTY: Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. 10 novembre 1918 – 10 janvier 1925 de l'exéution à la

Diese innen- und außenpolitische Unsicherheit bildete den Hintergrund für die Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19. Die Forderung nach Abtrennung des Rheinlands von Preußen stellte nicht nur einen Reflex auf die Situation in Berlin dar, sondern auch den Versuch, durch eine Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen zu erlangen. Daneben agierte eine kleine Gruppe um den früheren Staatsanwalt Hans Adam *Dorten*, die auf einen eigenständigen, Frankreich eng verbundenen rheinischen Staat außerhalb des Reichsverbandes reflektierte. Diese Gruppe gab der Rheinlandbewegung ein irrlichterndes Gepräge und rückte diese in die Nähe von Landesverrätern.[9]

Die Frage einer Loslösung des Rheinlandes von Preußen wurde bereits während des Umsturzes Ende 1918 offen erörtert. So suchte am 9. November 1918 eine Gruppe Kölner Zentrumspolitiker um den Chefredakteur der »Kölnischen Volkszeitung«, Karl *Hoeber*, den Redakteur Joseph *Froberger* und Oberpfarrer Bertram *Kastert* Oberbürgermeister *Adenauer* im Kölner Rathaus auf. Um eine mögliche Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich zu verhindern, schlugen sie die staatsrechtliche Verselbständigung des Rheinlands vor und baten den Oberbürgermeister, sie mit den Führern der anderen Parteien in Verbindung zu bringen. *Adenauer* lehnte dieses Ansinnen ab, da ihm das Ganze, wie er später festhielt, zu »absurd« vorkam. Gleichwohl unterrichtete er bald darauf die Führer der anderen Kölner Stadtverordnetenfraktionen, unter ihnen auch *Falk*, und brachte diese in persönliche Verbindung mit *Froberger*, dem eigentlichen Initiator des Plans. »In mehrfachen gemeinschaftlichen Erörterungen und Besprechungen«, so *Adenauer* rückblickend, »kamen wir zu der Überzeugung, daß die Verantwortung, die Rheinprovinz von Preußen loszutrennen, so groß sei, daß man sich dazu erst würde entschließen können, wenn es feststehe, daß auf andere Weise das Rheinland nicht vor der Einverleibung in Frankreich geschützt werden könne.«[10]

Der gebürtige Elsässer Dr. Josef *Froberger* war eine schillernde Persönlichkeit. Als Oberer der deutschen Provinz des 1868 gegründeten französischen Weltpriesterordens »Die Missionäre Unserer Lieben Frau von Afrika oder die Weißen Väter des Kardinals Lavigerie« verfügte er über gute Verbindungen in die Schweiz und nach Frankreich. Seit 1911 gehörte er zum Mitarbeiterkreis der »Kölnischen Volkszeitung«.[11] *Falk* charakterisiert ihn in seinen Erinnerungen als einen »gefährliche[n] Schrittmacher für die Loslösungsbestrebungen.« Der bis dahin weithin unbekannte Redakteur »behauptete, in nahen Beziehungen zu Schweizer Regierungskreisen zu stehen und von dort aus ausgezeichnet unterrichtet zu werden. Von dort habe er erfahren, daß Frankreich beabsichtige, das linke Rheingebiet vom Austritt des Stroms aus der Schweiz angefangen bis nach Belgien über Holland unter Kleinstaaten aufzuteilen, die einen Wall für Frankreich gegenüber deutschen Angriffen bilden sollten. Auch Elsaß solle zu einem selbständigen, allerdings unter französischem Einfluß stehenden Staate gestaltet werden. *Frobergers* Darlegungen wurden stets mit großem Ernst vorgetragen und fanden viel-

négociation, Paris 1977, S. 1–51; Georges SOUTOU: La France et les Marches de l'Est 1914–1919, in: Revue historique 260 (1978), S. 341–388; Pierre RENOUVIN: Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914–1918, in: GWU 17 (1966), S. 129–158; WEIN, S. 15–24; Gitta STEINMEYER: Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979.

9 Zu *Dorten* vgl. BISCHOF.

10 Denkschrift *Adenauers* über sein Verhältnis zu den Rheinstaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 4, S. 238–253, hier S. 238. Vgl. auch ebd., S. 29–32; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 210–212; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 31–33.

11 Zu *Froberger* vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 204.

fach Glauben, wie ja jedes Gerücht auf die rheinischen Menschen, die unter der Herrschaft der fremden Bajonette von der Außenwelt abgeschnitten waren, des Eindrucks nicht entbehrte. Seine Persönlichkeit war sehr umstritten. Für die einen war er ein deutscher Patriot, anderen galt er als Spion und französischer Agent. Von ernsthafter Seite ist mir später einmal gesagt worden, daß es sich für ihn allein darum gehandelt habe, seine elsässische Heimat vor der Annexion durch Frankreich zu bewahren und daß seine gesamte Tätigkeit auf dieses Ziel gerichtet gewesen sei. Ob er aber überhaupt Verbindungen in Bern hatte, ob an den Gerüchten, die er als von dort kommend weitertrug, überhaupt etwas Wahres [war], entzieht sich völlig meiner Kenntnis.«[12]

Die Vorstellungen jener Zentrumspolitiker fanden bereits am 11. November ihren Niederschlag in der »Kölnischen Volkszeitung«, die offen für die Gründung einer »Rheinischen Republik« agitierte. Es sei zu erwarten, so das Blatt, dass Frankreich »jenen Teilen Deutschlands, die sich selbständig machen sollten, sehr entgegenkommen würde, weil nur in diesem Falle die Sicherheit Europas gewährleistet sei«.[13] Nachdem die »Kölnische Volkszeitung« den Boden für die Gründung eines rheinischen Staates bereitet hatte, trat am 4. Dezember 1918 das Zentrum mit seinen Plänen offensiv an die Öffentlichkeit. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, denn die letzten deutschen Truppen hatten Köln verlassen und der Einmarsch der britischen Besatzungstruppen sollte nach den Waffenstillstandsbedingungen am nächsten Tag, tatsächlich zwei Tage später, erfolgen. Es bestand mithin die Möglichkeit, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen die weitere politische Entwicklung zu beeinflussen und zu präjudizieren. Auf der Versammlung in der Kölner Bürgerversammlung, an der mehr als 5000 Personen teilnahmen, sprach sich der Vorsitzende des rheinischen Zentrums, Karl *Trimborn*, für eine Neugestaltung des Reichs aus. »Mit der Dynastie der Hohenzollern, der wir durch Eid verpflichtet waren,« so *Trimborn*, »ist für uns jede rechtliche Verpflichtung, an Preußen festzuhalten, verschwunden; am wenigsten aber haben die gegenwärtigen Machthaber, die sich auf die Gewalt stützen, Recht, von uns zu verlangen, daß wir bei Preußen bleiben (Beifall); ihnen gegenüber sind wir vollständig frei.« Mit der Annahme einer von *Hoeber* verlesenen Resolution wurde schließlich die »Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik« gefordert.[14]

Diese Idee war allerdings im Zentrum nicht unumstritten. Während *Trimborn*, der 1919 zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums und im darauffolgenden Jahr zum Parteivorsitzenden gewählt werden sollte, einer föderalen Neuordnung des Deutschen Reichs, offen gegenüberstand[15], zählte der stellvertretende Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei, Wilhelm *Marx*, zu den Gegnern jener projektierten Rheinstaatsgründung. »Die Kölner«, so *Marx*, »hätten ja alle mehr oder weniger einen

12 Edition, S. 271 f.

13 KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 891, 11.11.1918: »Französische Auffassungen über die Behandlung Deutschlands.«

14 KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 957, 5.12.1918: »Das rheinische Bürgertum zu den Forderungen der Zeit.« H.i.O. Die Entschließung auch abgedruckt in: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 3, Nr. 625, S. 145. Vgl. auch die Erinnerungsberichte von Wilhelm *Marx* aus dem Jahr 1933, in: Hugo STEHKÄMPER (Bearb.): Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Teil 2, Köln 1968, Nr. 94, S. 84–90.

15 »Wenn etwas geeignet ist,« so *Trimborn*, »die Rheinlande zu veranlassen, dem großen Bundesstaate die Gefolgschaft aufzukündigen, dann ist es das Treiben des Berliner Soldaten- und Vollzugrats und des Herostraten Adolph *Hoffmann*.« KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 957, 5.12.1918: »Das rheinische Bürgertum zu den Forderungen der Zeit.«

›Vogel‹.«[16] Auch *Adenauer*, der an der Versammlung nicht teilgenommen hatte, ging umgehend auf Distanz.[17]

Stieß die Forderung nach Trennung des Rheinlands von Preußen schon im Zentrum auf Widerstand, so ließ die Reaktion der übrigen Parteien, der im November 1918 gegründeten linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Sozialdemokratie nicht lange auf sich warten. Zwei Tage nach der Zentrumsversammlung veranstalteten die Demokraten »zusammen mit den Sozialdemokraten eine gewaltige Gegenkundgebung im Gürzenich. Der große Saal«, so der zum Vorsitzenden der Kölner DDP gewählte *Falk*, »faßte die Massen nicht. Auch eine Parallelversammlung im Börsensaal genügte nicht für die leidenschaftlich erregten Gegner einer rheinischen Republik. Die Straßen standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen.«[18] Der Widerstand der Liberalen wurzelte letztlich in einem tief sitzenden antikatholischen Affekt und dem damit verbundenen Wunsch, eine »klerikale Zentrumsrepublik« zu verhindern.[19]

Man muss an dieser Stelle kurz innehalten und sich der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zuwenden, der Partei, die nach 1918 zur neuen politischen Heimat Bernhard *Falks* werden sollte. Mit der Gründung der DDP war nach Ende des Weltkrieges der Versuch unternommen worden, das in sich zerstrittene liberale Lager zu einen und dem protestantischen Bürgertum eine einflussreiche politische und parlamentarische Interessenvertretung zu verschaffen. Die Resonanz auf den von Links- und Nationalliberalen unterzeichneten Berliner Aufruf vom 16. November 1918, eine »große demokratische Partei für das einige Reich« zu gründen, war denn auch groß.[20] Dennoch sollte dieses ambitionierte Vorhaben letztlich an persönlichen und politischen Gegensätzen, an den Antinomien, Widersprüchen und Spannungen der beiden liberalen Parteien und ihrer Vertreter scheitern. So lehnte der Gründerkreis einen Beitritt des stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei und Vorsitzenden ihrer Reichstagsfraktion, Gustav *Stresemann*, wegen dessen annexionistischen Kriegszielkundgebungen ab. Rasch bildete *Stresemann* den Sammlungs- und Fluchtpunkt für all jene Liberale, die den in der DDP artikulierten Linksschwenk nicht nachvollziehen konnten und eine schärfere Abgrenzung gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sowie eine stärkere Betonung nationaler Fragen wünschten. Am 15. Dezember 1918 wurde schließlich die Deutsche Volkspartei (DVP) konstituiert, die weitgehend an der Nationalliberalen Partei anzuknüpfen vermochte. Zwar konnte die bereits am 20. November 1918 ins Leben gerufene DDP auch einige prominente Nationalliberale wie deren Parteivorsitzenden Robert *Friedberg* gewinnen, doch blieb sie im wesentlichen

16 Hugo STEHKÄMPER (Bearb.): Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Teil 2, Köln 1968, Nr. 94, S. 84–90, hier S. 84.

17 Denkschrift *Adenauers* über sein Verhältnis zu den Rheinstaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 4, S. 238–253, hier S. 239. Vgl. auch ebd., S. 32–35; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 36–42; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 207 f.; REIMER, S. 80–84; SCHLEMMER, S. 87 f. Zum Zentrum vgl. auch MORSEY, Zentrumspartei, S. 125–128.

18 Edition, S. 264. Vgl. auch KÖLNISCHE ZEITUNG, 1128, 7.12.1918: »Die Neuordnung im Reich. Die Demokratische Partei gegen eine rheinisch-westfälische Republik.« Ferner auch 1126, 7.12.1918: »Städtische Nachrichten.« Die Versammlung fand am 6. Dezember und nicht, wie *Falk* in seinen Erinnerungen schrieb, am darauffolgenden Tag statt.

19 Vgl. auch SCHLEMMER, S. 385–388.

20 Der Aufruf ist abgedruckt in: ERKELENZ, Zehn Jahre, S. 25 f., hier S. 25.

auf das linksliberale Spektrum beschränkt und stellte somit im Grunde nur eine unter einem anderen Etikett laufende Nachfolgeorganisation der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung dar.[21]

Um eine Sammlung des Liberalismus bemühte man sich auch in Köln. »Der nationalliberale Verein«, so *Falk*, »löste sich auf. Die Stunde schien gekommen, in der sich der ersehnte Zusammenschluß des Gesamtliberalismus vollziehen sollte. Wir verhandelten darüber mit den Freisinnigen und der Demokratischen Vereinigung. Wir wußten, daß in Berlin die Vorarbeiten für den Zusammenschluß eingesetzt hatten. Über das Was und Wie waren wir aber ohne jede Kenntnis. Aus Mitteilungen, die an die Redaktion der ›Kölnischen Zeitung‹ gelangt waren, ergab sich nur das eine, daß eine völlige Einigung nicht zustande kommen wollte, daß vielmehr mit der Gründung von zwei selbständigen Parteien gerechnet werden müsse. Dringende telegraphische Bitten an *Stresemann* um Aufklärung blieben unbeantwortet. Wir waren daher zu einer Entscheidung genötigt, ohne zu wissen, wie sich unsere bisherigen Führer und Fraktionen einstellten.«[22] Nach langwierigen und nicht ganz leichten Verhandlungen konnte schließlich auch in Köln die DDP gegründet werden. Sie wurde durch die »alte Kampfgemeinschaft«[23], d.h. die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen in Köln, erleichtert. »Der Zustrom zu dieser Partei war gewaltig. Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten.«[24]

Der Zuspruch, den die Partei in jener Umbruchszeit erfuhr, war letztlich einer Ausnahmesituation geschuldet, in der die Partei die Hoffnungen breiter bürgerlicher Schichten auf einen politischen Neuanfang zu bündeln, gleichzeitig auch die Rolle eines bürgerlichen Bollwerks gegen eine sozialdemokratische Alleinherrschaft zu spielen vermochte. Die »Angst- und Gelegenheitsdemokraten«[25] der Jahre 1918/19 hielt es indes nicht lange in der Partei. Erschwerend kam hinzu, dass die Mitglieder der ehemaligen linksliberalen Demokratischen Vereinigung die Arbeit der Parteiführung oftmals erschwerten. So charakterisierte *Falk* zwar den früheren Führer der Demokratischen Vereinigung, Sanitätsrat Ludwig *Pohlschröder*, als einen »tatkräftige[n] und weitschauende[n] Realpolitiker, dessen vaterländisches Pflichtgefühl alle persönlichen Zu- und Abneigungen zurückdrängte«, fand für dessen Gefolgschaft aber keine großen Worte der Sympathie. So habe es »leider eine erhebliche Zahl destruktiv gerichteter Schwarmgeister und Besserwisser [gegeben], leider auch nicht nur vereinzelte Stimmbegabte und Redeeifrig[e,] voll Mißgunst und hämischer Gesinnung, die von Anfang an eine schwere Belastung für uns bildeten und den schnellen Rückgang der Partei in erster Linie verschuldeten. Mir haben diese Herren das Leben außerordentlich schwer gemacht. Ihre

---

21 Die Demokratische Vereinigung (DV) wurde 1908 von ehemaligen Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung aus Protest gegen die Zusammenarbeit ihrer Partei mit Konservativen und Nationalliberalen im sog. *Bülow*-Block gegründet. Zu den führenden Mitgliedern der DV zählten Theodor *Barth*, Rudolf *Breitscheid* und Hellmut von *Gerlach*. Vgl. Ludwig ELM: Demokratische Vereinigung (DV) 1908–1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. v. Dieter Fricke u.a., 4 Bde., hier Bd. 1, Leipzig 1983, S. 496–503. – Zur Gründung von DDP und DVP vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, bes. S. 25–88; FRYE, Liberal Democrats, S. 38–54; JONES, S. 15–29; LANGEWIESCHE, S. 241.

22 Edition, S. 265.

23 Ebd., S. 267.

24 Ebd., S. 265.

25 Marie-Elisabeth LÜDERS: Was uns gefehlt hat, in: Das Demokratische Deutschland 3 (1921), Nr. 10, 13.3.1921, S. 221–224, hier S. 221.

geheimen Konventikel entwickelten eine Blüte von Freiheitsphrasen und von wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinplätzen, die dann in unseren Versammlungen mit großer Lungenkraft vorgetragen wurde, um urteilslose Zuhörer zu begeistern, aber auch um kenntnisreiche und wohlwollende Freunde zu verletzen und abzustoßen.«[26]

Nach dem 4. Dezember 1918 bemühte sich *Falk* zusammen mit *Sollmann* und *Adenauer*, die wesentlich vom Zentrum getragene Rheinlandbewegung institutionell einzubinden und zu neutralisieren. Auf Vorschlag *Adenauers* wurde deshalb ein »Rheinischer Ausschuss für die Errichtung einer Westdeutschen Republik« gegründet, dem je drei Politiker des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Liberalen, unter ihnen *Falk*, angehören sollten. Der Ausschuss vereinte sowohl Anhänger der Rheinstaatsgründung wie *Froberger* und *Trimborn* als auch deren dezidierte Gegner wie *Falk* und *Sollmann*. *Adenauer* wiederum, der den Vorsitz dieses Komitees übernahm, machte früh deutlich, dass die Gründung einer Westdeutschen Republik nur und erst dann eine Option darstellen könne, »wenn das Deutschtum am Rhein sonst nicht zu retten sei«.[27]

Unterstützung erhielten *Falk*, *Adenauer* und *Sollmann* schließlich auch aus Berlin, wo das preußische Staatsministerium und der Rat der Volksbeauftragten am 10. bzw. 11. Dezember 1918 eindeutig gegen den Separatismus Stellung bezogen.[28] Um direkten Einfluss auf die Entwicklung am Rhein zu nehmen, fand am 13. Dezember im unbesetzten Teil der Rheinprovinz in Elberfeld eine Besprechung von preußischen Regierungsvertretern und rheinischen Politikern statt. Neben dem preußischen Innenminister *Breitscheid* (USPD), Unterstaatssekretär *Freund* und dem Kölner Regierungspräsidenten *v. Starck* nahmen an der Konferenz als Repräsentanten des Rheinlands auch *Adenauer*, *Mönnig*, *Froberger*, *Meerfeld*, *Sollmann* und *Falk* teil. Auf der Versammlung distanzierte sich zwar *Adenauer* von der Zentrums-Resolution vom 4. Dezember, ließ jedoch durchblicken, dass er die Gründung einer dem Deutschen Reich angehörenden Westdeutschen Republik befürworte und als geeignetes Mittel betrachte, um den französischen Annexionsgelüsten einen Riegel vorzuschieben. Gegen die Gründung eines Rheinstaates bezog *Falk* dagegen offen Position und sprach sich dabei »scharf gegen alle separatistischen Bestrebungen, welche Deutschland sehr gefährdeten«, aus. »Er würde nur dann im äußersten Notfalle an die Schaffung einer Republik denken, wenn sie notwendig wäre, um Rheinland vor der Verwelschung zu retten. Die Versammlung in Köln war jedoch höchst unnötig«, auch wenn er bereit sei, anzuerkennen, dass der Unwille über die Berliner Zustände, insbesondere über das preußische Kultusministerium unter dem Unabhängigen Sozialdemokraten Adolph *Hoffmann*, groß sei. Um in Berlin wieder geordnete Zustände zu bekommen und die Aktivisten im Zentrum auszubremsen, hielt er »den baldigen Zusammentritt der Nationalversammlung für notwendig.«[29]

---

26 Edition, S. 267.

27 Denkschrift *Adenauers* über sein Verhältnis zu den Rheinstaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 4, S. 238–253, hier S. 239 f.

28 Bekanntmachung des preußischen Staatsministeriums vom 10. Dezember 1918, in: SCHULTHESS 1918/I, S. 559; Aufruf des Rats der Volksbeauftragten zur Abwehr des Separatismus im Rheinland vom 11. Dezember 1918, in: SCHULTHESS, 1918/I, S. 560; HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 136, S. 116 f.

29 Protokoll der Elberfelder Tagung über den rheinischen Separatismus vom 13. 12. 1918, in: Gerhard A. RITTER/Susanne MILLER (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Frankfurt a.M. 1983, S. 425–430, hier S. 426 (*Falk*) und 428 f. (*Adenauer*). Vgl. auch MORSEY, Zentrumspartei, S. 126 f.; ERDMANN, Adenauer, S. 33–35; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 36–46.

Die Elberfelder Tagung bot *Falk* Gelegenheit, den Wortführern einer Rheinischen Republik offen entgegenzutreten und ihnen direkt das Unverantwortliche ihres Handelns vorzuwerfen. Gleichzeitig konnte er den Berliner Regierungsvertretern, ungeachtet der Kritik an einzelnen Berliner Maßnahmen, der Loyalität des liberalen rheinischen Bürgertums versichern und deutlich machen, dass die rheinischen Separationsbestrebungen eine weitgehend parteigebundene und in der Bevölkerung höchst umstrittene Bewegung sei.

Da sich in der Folgezeit der Eindruck verdichtete, dass das Rheinufer zu den französischen Kriegszielen gehöre und die Angliederung des Rheinlandes an Frankreich unmittelbar bevorstehe, hofften *Adenauer* und mit ihm die Wortführer der Rheinlandbewegung, die Friedensverhandlungen durch die Errichtung eines westdeutschen Staates positiv beeinflussen zu können. Zudem lag Anfang Januar der erste Verfassungsentwurf von *Preuß* vor, der einen dezentralisierten Einheitsstaat unter Auflösung Preußens anvisierte, das in sieben Gebiete, unter ihnen auch das Rheinland, aufgeteilt werden sollte, erstrebte. Auch der am 20. Januar veröffentlichte zweite Entwurf hielt an der Aufteilung Preußens fest, wenngleich er auch auf das starre Schema der Neugliederungsgebiete verzichtete. Zudem wurde den Kommunalverbänden das Recht zur Herbeiführung einer Volksabstimmung über das Ausscheiden aus dem bisherigen Bundesstaat eingeräumt.[30] Somit bestand die Chance, dem Ziel einer Westdeutschen Republik im Rahmen der Verfassungsberatungen der am 19. Januar gewählten und am 6. Februar zusammentretenden Nationalversammlung näher zu kommen. *Adenauer* lud deshalb am 28. Januar die zur deutschen Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten für den 1. Februar zu einer Sitzung nach Köln ein. Zu dieser im Kölner Rathaus stattfindenden Versammlung wurden auch die Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte und der Vorsitzende des Provinzialausschusses der Rheinprovinz gebeten.[31]

Als sich *Falk* an jenem 1. Februar auf den Weg ins Kölner Rathaus machte, begegnete ihm »in der Bürgerstraße Robert *Bachem*, einer der Verleger der ›Kölnischen Volkszeitung‹, ein Mann, der über weitreichende Verbindungen und gute Informationen verfügte. Er begrüßte mich mit den Worten: ›Aha, Sie sind auf dem Wege zur historischen Sitzung‹. Damit wußte ich, woran ich war. Offenbar hatte der Gedanke der rheinischen Republik in den Kreisen des Zentrums schon so weit Boden gefaßt, dass man glauben konnte, jetzt werde die rheinische Republik ausgerufen werden.«[32] Dafür machte *Bachems* Zeitung an jenem Samstag unter dem Titel »Rheinland am Scheidewege« auch kräftig Stimmung. »Das Verlangen des weit überwiegenden Teiles der rheinischen Bevölkerung nach einer bundesstaatlichen Selbständigkeit in einem neuen Deutschland«, so konnte man in der »Kölnischen Volkszeitung« lesen, »ist seit dem 9. November 1918 in wachsender Stärke mit solchem Nachdruck zum Ausdruck gelangt, daß über die Tiefe dieser Bewegung nicht mehr der geringste Zweifel bestehen kann.«[33]

Auf der Sitzung sprach sich *Adenauer* dezidiert für die Errichtung eines westdeutschen Bundesstaates im Verbande des Deutschen Reiches aus. Dabei stellte er vor allem das französische Sicherheitsbedürfnis und die Größe der Annexionsgefahr in den Vorder-

30 HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1178–1181; Denkschrift *Adenauers* über sein Verhältnis zu den Rheinstaatsbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 4, S. 238–253, hier S. 244.

31 Vgl. ebd., hier S. 241–244; KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 89, 1.2.1919: »Zur Rheinisch-Westfälischen Republik.«

32 Edition, S. 272.

33 KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 88, 1.2.1919: »Rheinland am Scheidewege.«

grund. »Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich, oder wir werden eine Westdeutsche Republik; ein Drittes gibt es nicht.« Neben den außenpolitischen Motiven trat als weitere Argumentationslinie der Verweis auf die Notwendigkeit einer innenpolitischen Neuordnung des Reichs. Den Versammelten schlug *Adenauer* daraufhin eine Entschließung vor, die im ersten Teil unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker »lauten und feierlichen Einspruch gegen die in der französischen Presse zutage tretenden Bestrebungen auf Loslösung des linken Rheinufers oder einzelner seiner Teile von Deutschland« erhob. Der zweite Teil bezog sich auf die Forderung nach der Errichtung einer Westdeutschen Republik: »Für den Fall, daß die Reichsverfassung einer Aufteilung Preußens die gesetzliche Grundlage schafft, ist unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen die Vereinigung der Länder am Rhein zu einem Freistaate im Verbande des Deutschen Reiches herbeizuführen.«[34]

Anschließend zogen sich die Vertreter der einzelnen Parteien zurück, um über den Wortlaut der Resolution zu befinden. »Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Deutsch-Demokraten«, so erinnerte sich *Falk*, »tagten zusammen und zwar unter meinem Vorsitz, der mir auf *Moldenhauers* Vorschlag einstimmig übertragen wurde.« Paul *Moldenhauer*, Professor für Versicherungswesen an der Kölner Universität, war für die DVP in die Preußische Landesversammlung gewählt worden. »In der Ablehnung der rheinischen Republik waren wir uns von vornherein einig. Über die Form der von uns abzugebenden Erklärung bestanden zunächst geringfügige Meinungsverschiedenheiten, die aber schnell ausgeglichen wurden.«[35]

Während die Fraktionen den ersten Teil der von *Adenauer* vorgeschlagenen Entschließung bis auf eine kleine Änderung annahmen, lehnten sie den zweiten Teil ab und schlugen stattdessen folgenden Passus vor: »Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuß die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.«[36] Dieser Wortlaut traf allerdings in den Reihen des Zentrums noch auf Kritik. So monierte der Aachener Oberbürgermeister *Farwick*, dass der Verweis auf die zu schaffende Reichsverfassung eine unnötige Beschränkung darstellen und die Gründung einer Westdeutschen Republik letztlich illusorisch machen würde. »Der sozialdemokratische Abgeordnete *Meerfeld*, Kölner Beigeordnete,« so *Falk*, »trat ihm mit großer Schärfe entgegen. Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns

---

34 *Adenauers* Rede vom 1. Februar 1919, in: Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sowie der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte in Köln am 1. Februar 1919. Niederschrift o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 1, S. 212–234, hier S. 213–227; Zitate S. 224, 226. *Adenauer* schrieb später: »Ich hatte bei der Einberufung und Leitung [der Versammlung vom 1. Februar 1919] keinen anderen Wunsch als den, einen Boden zu finden, auf dem alle Parteien vereinigt werden könnten, weil mir in der kritischen Situation, in der sich das Rheinland befand, es vor allem nötig erschien, die Bevölkerung zusammenzuhalten, damit besondere, etwa eintretende Ereignisse, sie nicht durch Zwistigkeiten gespalten und uneins vorfänden. Ich habe in keiner Weise daran gedacht, daß etwa an diesem Tage die Westdeutsche Republik ausgerufen werden sollte.« Denkschrift *Adenauers* über sein Verhältnis zu den Rheinstaatbestrebungen. 9. November 1918 bis 17. März 1919. o.D., in: ebd., Nr. 4, S. 238–253, hier 244.

35 Edition, S. 272 f.

36 Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sowie der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte in Köln am 1. Februar 1919. Niederschrift o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 1, S. 212–234, hier S. 229.

und das Reich. [...] Schließlich siegte die Stimme der Vernunft. Man erkannte von allen Seiten an, daß wir nicht legitimiert seien, entscheidende Entschlüsse zu fassen, daß auch unsere Kenntnisse über die politische Lage und die politischen Möglichkeiten nicht ausreichten. Man wählte daher aus den Mitgliedern der Nationalversammlung einen Ausschuß, der sich der Reichsregierung in Weimar zur Verfügung stellen sollte. Als ich, von wem weiß ich nicht mehr, als Mitglied dieses Ausschusses vorgeschlagen wurde, rief Professor *Schmittmann*, Köln, Mitglied der Preußischen Landesversammlung [für das Zentrum]: ›Sollen denn auch Herren gewählt werden, die so scharfe Gegner der rheinischen Republik sind?‹ Ich wurde aber nicht nur Mitglied, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses.«[37] Den Vorsitz dieses »Westdeutschen Politischen Ausschusses«, in den Vertreter aller großen Parteien gewählt wurden, übernahm *Adenauer*.[38]

Mit der institutionellen Einbindung der Rheinlandbewegung und der Übertragung der Entscheidung über die Frage der Weststaatsgründung auf die Nationalversammlung schien dieses Thema, das in den vergangenen Monaten für erhebliche Unruhe in der deutschen Politik gesorgt hatte, erledigt zu sein. Die rheinischen Aktivisten im Zentrum waren allem Anschein nach ebenso wie die Separatisten vom Schlage *Dortens*, die einen vom Deutschen Reich unabhängigen rheinischen Staat anstrebten, ausgebremst. Dies war nicht nur ein Verdienst *Adenauers*, sondern auch und vor allem das der anderen Parteivertreter mit *Falk* und *Sollmann* an der Spitze. *Adenauer* hatte zwar vermocht, die in seinen Augen außen- und innenpolitisch notwendige Gründung eines Westdeutschen Staates im Verband des Deutschen Reiches einem größeren politischen Kreis zu erläutern und eine wenn auch sehr schmale, gemeinsame Basis für das weitere Vorgehen der rheinischen Parteien zu finden. Der gemeinsame Nenner bildete in diesem Kontext die Protesterklärung gegen die in der französischen Presse diskutierten Annexionspläne, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der besetzten Rheinländer noch einmal beschwor. Doch *Adenauer* hatte auf dieser Versammlung auch einen deutlichen Dämpfer erhalten. So ging seine Forderung, auf verfassungsmäßigen Wege die Gründung eines westdeutschen Staates »herbeizuführen«, eine Forderung, die im zweiten Teil seiner Resolution Eingang gefunden hatte, den übrigen Parteien, SPD und DDP zumal, zu weit. Ihrem Druck war es geschuldet, dass schließlich eine weit unverfänglichere Fassung zur Annahme kam, nach der der auf der Versammlung gewählte Ausschuss sich lediglich der »Bearbeitung« entsprechender Pläne widmen sollte. Liberale und Sozialdemokraten hatten zwar die Vorstellungen und Überlegungen des Zentrums zur Kenntnis genommen, waren gleichwohl nicht bereit, diese zur Grundlage ihres Handelns, gleichsam zur Grundformel der weiteren Erörterungen zu machen. Für klare Verhältnisse sorgte auch das am 10. Februar von der Nationalversammlung verab-

---

37 Edition, S. 273. Der Separatist Hans *Dorten* schrieb später, dass die »preussische Abwehrfront [...] plötzlich Zuwachs« erhalten habe »durch den Führer der ›Demokraten‹, Justizrat *Falk*, der persönlich zu den Gegnern überschwenkte, trotzdem die Partei nebst ihrem Organ, dem ›Kölner Tageblatt‹, unter der Führung *Ahn's* bei der Stange blieb. *Falks* Umfallen war *Adenauer* besonders peinlich, weil es die erste Bresche in sein System legte, die Entscheidung dem Zusammenwirken der ›Ordnungsparteien‹ anzuvertrauen.« Dr. jur. H. A. *Dorten*, Staatsanwalt a. D., ehemals Führer der Rheinischen Bewegung: Mein Verrat. Das rheinische Drama 1918–1924. Dem Andenken des Generals Charles Mangin, gestorben für die Rheinische Sache. Masch. 1937 (im Druck nicht erschienen), in: BA Koblenz, ZSg 105/4, S. 51.

38 Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 91, 2.2.1919: »Zur Westdeutschen Republik.« Ferner auch KÖLNISCHE ZEITUNG, 89, 1.2.1919: »Die Neuordnung im Reich. Der Plan eines rheinischen Freistaates.« Zur Versammlung vom 1. Februar 1919 vgl. auch ERDMANN, Adenauer, S. 41–48; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 219–221; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 54–61.

schiedete Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, dass eine neue Staatenbildung im Rahmen des Reiches ohne Zustimmung des davon betroffenen Landes, eben Preußens, untersagte. Damit war zumindest auf legalem Weg die Bildung eines rheinischen Landes nicht mehr möglich.[39]

Die Aktivisten um *Froberger*, *Hoeber* und *Kastert* ließen jedoch nicht locker und forderten erneut auf einer Versammlung im Kölner Zivilcasino am 10. März 1919 die sofortige Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verband des Reiches auf dem Weg einer Volksabstimmung. Auf einer Besprechung der Reichsregierung mit rheinischen Politikern vier Tage später verurteilten die Demokraten und die Sozialdemokraten die Casino-Resolution auf das Schärfste.[40] Auch Reichsministerpräsident *Scheidemann* sprach sich am 13. März 1919 vor der Nationalversammlung entschieden gegen derartige Bestrebungen aus.[41]

Da sich im nicht besetzten Deutschland und insbesondere unter den in Weimar versammelten Abgeordneten der Nationalversammlung ganz unterschiedliche Meinungen über die im Rheinland herrschenden Strömungen und Stimmungen fest gesetzt hatten, hielt es *Falk* für erforderlich und angebracht, am 19. Februar 1919 vor der Nationalversammlung ein Bekenntnis zum Reich abzulegen. *Falk* war am 19. Januar für die Deutsche Demokratische Partei in die Verfassunggebende Nationalversammlung gewählt worden. »Wir Rheinländer«, so führte *Falk* vor dem Plenum aus, »lieben unser engeres schönes Vaterland mit unserem ganzen Herzen. [...] Wir sind stolz auf den grünen Rhein, den der Zauber der Romantik mit seinen goldenen Fäden umsponnen hat, und der das Lebensmark und die Lebensstraße für uns und darüber hinaus für ganz Deutschland geworden ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)« Wenn es auch sein möge, dass es im Rheinland Personen gebe, die sich mit separatistischen Gedanken abgeben würden, »die heute geradezu sündhaft sind«, so könne er doch mit allem Nachdruck versichern, »daß wir Rheinländer mit Gut und Blut an unserem Vaterlande hängen. (Beifall.)«[42]

Mit diesem Treueschwur versuchte er deutlich zu machen, dass die rheinischen Absonderungsbestrebungen von der überwiegenden Mehrheit der Rheinländer nicht gebilligt würden und letztlich nur eine Angelegenheit einer unbedeutenden, kleinen Minderheit seien.[43] Auf die einzelnen Vorgänge im Rheinland, wie auf die Versammlung vom 1. Februar, ging *Falk* selbst nicht ein. Gleichwohl bemühte er sich ein aussagekräftiges Bild der Situation im besetzten rheinischen Gebiet zu zeichnen, indem er die Verkehrsbehinderungen, die Einquartierungslasten und die materiellen Opfer hervorhob und

---

39 Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 76, S. 69 f. (§ 4).

40 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 191, 14.3.1919: »Gegen die Rheinbündler«: »Die Abgeordneten *Meerfeld*, *Falk*, *Sollmann* und andre legten ihren bekannten Standpunkt gegen die Lostrennungsbestrebungen von Preußen und gegen übereilte Aktionen vor. Sie verurteilten scharf die jüngsten Vorgänge auf diesem Gebiet in Köln.« Ferner KÖLNISCHE ZEITUNG, 194, 15.3.1919: »Die Zukunft der Rheinlande.« Vgl. auch REIMER, Rheinlandfrage, S. 119–122, 421; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1138 f.

41 Rede des Präsidenten des Reichsministeriums Philipp *Scheidemann* in der 27. Sitzung der Nationalversammlung am 13. März 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 776.

42 Bernhard *Falk* in der 11. Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190–196, hier S. 190 f.

43 Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 144, 20.2.1919: »Die Rheinländer und die Nationalversammlung.« Das Blatt betonte, dass *Falk*, »als er die Anschauungen und Interessen der Rheinlande vertrat, nicht als Parteimann, sondern als deutscher Rheinländer gesprochen« habe.

damit Verständnis für die schwierige Situation unter der alliierten Besatzung zu wecken versuchte.

Eine neue Situation in der Rheinlandfrage schuf die Bekanntgabe der alliierten Friedensbedingungen am 7. Mai 1919. Sie zeigte, dass Frankreich sich mit seinen Maximalpositionen, die auf eine Angliederung des Rheinlands an Frankreich oder auf die Bildung eines von Frankreich abhängigen rheinischen Pufferstaates abzielten, nicht hatte durchsetzen können. Die Rheinlande verblieben beim Reich und bei Preußen. Dennoch sollten die linksrheinischen Gebiete sowie die rechtsrheinischen Brückenköpfe bis zu fünfzehn Jahre lang besetzt und zusammen mit einem fünfzig Kilometer breiten rechtsrheinischen Gürtel auf Dauer entmilitarisiert bleiben.[44]

Diese relativ lange Besatzungszeit ließ die Befürchtung, dass das Rheinland mit den Jahren vom Reich entfremdet und zu einem französischen Satellitenstaat mutieren könnte, nicht grundlos erscheinen. *Adenauer* hielt bei Annahme der Friedensbedingungen das Rheinland für verloren und brachte deshalb erneut sein Weststaatskonzept ins Spiel in der Hoffnung, Erleichterungen in den Friedensbedingungen erreichen zu können.[45] Dieser Ansicht waren auch die rheinischen Aktivisten des Zentrums, *Froberger*, *Kastert* und *Kuckhoff*, sowie die Separatisten *Dorten* (Wiesbaden) und *Dahlen* (Aachen), die am 17. Mai Gespräche über die Gründung einer Westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reichs mit dem Befehlshaber der französischen Truppen im Rheinland, General *Mangin*, in Mainz führten. Die Gespräche der Zentrumspolitiker verliefen allerdings ergebnislos, da ihr Angebot *Mangin* nicht weit genug ging. Frankreich, so *Mangin*, wolle die »Lostrennung des besetzten Gebietes von Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen [...] und habe an einer Rheinischen Republik, die deutscher Bundesstaat sei, kein Interesse.«[46] Die Veröffentlichung der Gespräche in der »Rheinischen Zeitung«, dem Organ der Kölner Mehrheitssozialdemokraten, führte schließlich am 24. Mai zur offenen Diskreditierung der Politiker, die sich durch ihre Zusammenarbeit mit den Separatisten um *Dorten* und die nicht autorisierten Verhandlungen mit dem französischen Militärbefehlshaber ins Abseits manövriert hatten.[47] Die Enthüllungen in der »Rheinischen« mündeten zudem in einen halbtägigen Generalstreik der Arbeiterschaft in Köln und Koblenz. Am 28. Mai verurteilten die Regierungen in Berlin, das preußische Staatsministerium und die Reichsregierung, die Vorgänge vom 17. Mai auf das Schärfste.[48] Als auch die Preußische Landesversammlung entschieden

---

44 Vgl. DIE FRIEDENSBEDINGUNGEN VON DEUTSCHLANDS GEGNERN. Auswärtiges Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin 1919.

45 Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 221–223; KÖHLER, Adenauer, Bd. 1, S. 104 f.; ERDMANN, Adenauer, S. 56–58.

46 Hauptmann *Schwink* zum Bericht vom 15. Mai 1919, Köln, 19. Mai 1919, in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 5 c, S. 284–286, Zitate S. 284 f. Zu den Verhandlungen vom 17. Mai 1919 vgl. ferner die Berichte des deutschen Generalstabsoffiziers im Brückenkopf Köln, Hauptmann *Schwink*, vom 15., 19. und 26. Mai 1919, die undatierte Niederschrift *Kuckhoffs* über eine Unterredung in Bonn am 27. Mai 1919, eine vermutlich von *Froberger* stammende Aufzeichnung über die Vorbedingungen zur Errichtung einer Rheinischen Republik sowie der Bericht *Frobergers* vom 31. Mai 1919 über die Unterredung mit General *Mangin* in Mainz am 17. Mai 1919, in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 5 a–f und Nr. 6, S. 279–293. Vgl. auch ebd., S. 54–56; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 80–89; BISCHOF, S. 67–81; SCHLEMMER, S. 90.

47 RHEINISCHE ZEITUNG, 117, 24.5.1919: »Alarm«; ferner RHEINISCHE ZEITUNG, 120, 30.5.1919: »Treu zur deutschen Republik. Die entlarvten ›Geheimdiplomaten‹. – Als Hochverräter gezeichnet!«

48 Vgl. die Rede des preußischen Ministerpräsidenten *Hirsch* in der 25. Sitzung der Preußischen Landesversammlung am 28. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1902–1907; die Warnung der Reichsregierung *Scheidemann* vor separatistischen Bestrebungen im Rheinland vom 28. Mai 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 142, S. 120.

Stellung gegen das Vorgehen der beiden Abgeordneten bezog, legten *Kastert* und *Kuckhoff* ihre Mandate nieder, *Froberger* schied am 2. Juni aus der Redaktion der »Kölnischen Volkszeitung« aus.[49]

Da das Zentrum durch diese Vorgänge insgesamt Schaden zu nehmen drohte, berief *Adenauer* den am 1. Februar eingesetzten »Westdeutschen politischen Ausschuss« für den 30. Mai zu seiner ersten und letztlich auch einzigen Sitzung ein. Wenn es auch *Adenauer* vor allem darauf ankam, sich von den beiden inkriminierten Abgeordneten zu distanzieren, nutzte er doch auch die Gelegenheit, um für seine Vorstellungen und Ziele zu werben. Das Rheinland, so *Adenauer*, sei für Deutschland verloren, wenn der Friedensvertrag unterschrieben würde und die Alliierten dadurch das Recht erhielten, das Rheinland fünfzehn Jahre oder darüber hinaus auf unbestimmte Zeit zu besetzen, in die Verwaltung einzugreifen und am Rhein eine Zollgrenze zu errichten. Die Alliierten hätten ihm zudem zu verstehen gegeben, dass Deutschland bei Gründung einer Westdeutschen Republik wesentliche Konzessionen im Friedensvertrag erwarten könne.

Falk wollte *Adenauers* Einschätzung nicht ohne weiteres folgen. Zwar betonte er, dass *Adenauer* sich bereits in der Kölner Stadtverordnetenversammlung dezidiert gegen das Vorgehen der Zentrumsabgeordneten ausgesprochen und klar Position bezogen habe, doch hielt er dessen Lagebeurteilung für verfehlt. Er sehe nicht ein, »daß die Rheinlande für Deutschland verloren sind. Nach meiner Auffassung hängt das wesentlich ab von dem Verhalten der rheinischen Bevölkerung, und es wird namentlich beeinflusst werden können durch das, was die führenden Leute am Rheine tun.«

Der Kritik *Falks* schloss sich auch *Sollmann* an, so dass der unter Beschuss geratene *Adenauer* mit der Niederlegung des Ausschussvorsitzes drohen musste, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Die Tagung schloss schließlich mit der an den Vertreter der Versailler Friedensdelegation *v. Becker* gerichteten Bitte, Reichsaußenminister *Graf Brockdorff-Rantzau* von den diskutierten Vorstellungen in Kenntnis zu setzen und um deren Prüfung nachzusuchen.[50]

Deutlicher wurde man am folgenden Tag, als eine von der Reichsregierung einberufene Sitzung der rheinischen Abgeordneten der National- bzw. der Preußischen Landesversammlung in Berlin sich darauf verständigte, »daß alle Bestrebungen, welche auf eine Lostrennung von linksrheinischen Landen vom preußischen Staate gerichtet sind, von jetzt ab bis zu einem bestätigten Frieden zu schweigen haben.« Erstmals sprach sich auch *Trimborn*, der bisher Anhänger der Rheinstaatspläne gewesen war, in diesem Sinne aus. Für *Adenauer* wiederum wurden Ehrenerklärungen abgegeben, auch *Falk* versicherte, dass der Kölner Oberbürgermeister »mit dem Vorgehen der rheinischen Herren in Mainz nichts zu tun gehabt« habe. *Falk* sah allerdings recht trübe in die Zukunft und gestand ein, dass ein großer Teil der rheinischen Bevölkerung eine Loslösung von Preußen anstrebe. »Wenn bei einem ungünstigen Frieden eine langandauernde Beset-

---

49 Vgl. die 25. Sitzung der Preußischen Landesversammlung am 28. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1875–1952, hier Sp. 1877–1946; auch die Rede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Zentrums Karl *Herold* in der 24. Sitzung am 27. Mai 1919, in: ebd., Sp. 1850 f., wonach die Fraktion bereits am 23. Mai *Kuckhoff* und *Kastert* ihre Missbilligung ausgesprochen habe. Zur Mandatsniederlegung ebd., Sp. 2101. Ferner MORSEY, Zentrumspartei 1917–1923, S. 252–257; REIMER, S. 154 f.

50 Sitzung des »Westdeutschen politischen Ausschusses«. Köln, 30. Mai 1919, in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 5, S. 253–279, Zitat S. 265. Vgl. auch ebd., S. 58 f.; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 89–94; KÖHLER, Adenauer, Bd. 1, S. 105; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 223 f.; REIMER, S. 156 f.

zung erfolgen würde, so dürfe man sich keiner Täuschung hingeben, daß das Rheinland für Deutschland verloren sei.«[51]

Am 1. Juni spitzte sich die Situation überraschend zu, als *Dorten* in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamierte. Dieser Schritt war in Absprache mit General *Mangin* erfolgt, der den Separatisten am 19. Mai im Falle einer Rheinstaatsgründung Konzessionen in bezug auf das Saargebiet und Eupen-Malmedy zugesagt hatte. Um die Verantwortlichkeit Frankreichs für dieses Unternehmen zu verschleiern, hatte man anfangs geplant, die Proklamation in Aachen, dem Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen, später in Koblenz, dem Hauptort der belgischen Besatzungszone, stattfinden zu lassen. Doch das Vorhaben wurde vorzeitig publik. Da die Durchführung der Aktion außerhalb der französischen Besatzungszone nicht realisierbar war, gleichzeitig auch eine Unterstützung von Seiten des Zentrums nach der Sitzung des »Westdeutschen politischen Ausschusses« nicht mehr zu erwarten stand, wurde am 1. Juni die Rheinische Republik in der französischen Zone in Wiesbaden proklamiert. Da die Beamtenschaft und die Bevölkerung sie jedoch mit Nichtachtung straften, nahm sie ein rasches und klägliches Ende. Die Reichsregierung wiederum reagierte prompt, indem sie den Oberreichsanwalt veranlasste, gegen *Dorten* und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der Rheinischen Republik das Hochverratsverfahren zu eröffnen. Wenn auch der Schutz der französischen Besatzungsmacht eine Strafverfolgung *Dortens* verhinderte, so war dieser doch seitdem vollständig diskreditiert.[52]

Die Erwartungen, die *Adenauer* in den Reichsaußenminister und Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, *Graf Brockdorff-Rantzau*, setzte, sollten sich nicht erfüllen. Dieser machte vielmehr am 5. und 6. Juni der von *Adenauer* angeführten rheinischen Delegation, der auch der Regierungspräsident *v. Starck*, die Abgeordneten *Kaas*, *Loenartz* (Z) und *Sollmann* (SPD) angehörten, das Gefährliche ihrer Pläne deutlich. Die Forderung nach rheinischer Autonomie werde von der Entente für ihre eigenen Ziele, die auf die Zertrümmerung Deutschlands hinausliefen, instrumentalisiert. Die in diesem Zusammenhang erfolgten Zugeständnisse der Franzosen könnten dabei nur als Lockmittel angesehen werden, denen keine Ernsthaftigkeit zugesprochen werden könne. Nach diesen deutlichen Worten des Reichsaußenministers schien sich eine Weiterverfolgung der auf die Errichtung einer Westdeutschen Republik zielenden Pläne erledigt zu haben.[53]

Kurz zuvor, am 4. Juni, war auf einer gemeinsamen Sitzung der rheinischen Abgeordneten der National- bzw. Preußischen Landesversammlung ein »Beirat für die besetzten linksrheinischen Gebiete« gewählt worden, dem 20 Mitglieder der rheinischen Parteien angehörten. Die DDP war mit zwei Mitgliedern, unter ihnen *Falk*, in diesem Gremium vertreten. Der Beirat sollte alle das besetzte Gebiet betreffenden Fragen beraten und zugleich allen Separationsbestrebungen entgegenwirken. Er übernahm auch die

---

51 Vgl. das Protokoll über die Besprechung mit den rheinischen Abgeordneten am 31. Mai 1919, nachmittags 5 Uhr, im Reichskanzlerhaus, in: BA Berlin, R 43 I/1837, Bl. 231–237, Zitate Bl. 231, 237.

52 Vgl. die Proklamation der Rheinischen Republik am 1. Juni 1919, Telegramm des Separatistenführers Dr. *Dorten* an den Reichsministerpräsidenten *Scheidemann* vom 2. Juni 1919, Erklärung der Reichsregierung gegen den rheinischen Separatismus vom 2. Juni 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 143–145, S. 120–122; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1143 f.; ERDMANN, Adenauer, S. 61–63; BISCHOF, S. 81–93.

53 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1144 f.; ERDMANN, Adenauer, S. 61–63; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 104; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 224 f.

Aufgaben und Befugnisse des »Westdeutschen Politischen Ausschusses« der sich am darauffolgenden Tag auflöste.[54]

Wenn sich auch die Entwicklung allmählich zu beruhigen schien, so konnte *Falk* doch seine Bestürzung über den Putsch der Separatisten nicht verbergen. Wenige Tage nach dem Operettencoup von Wiesbaden, am 8. Juni 1919, veröffentlichte er einen Artikel im »Kölner Tageblatt«, in dem er unter der Überschrift »Verfluchtes Bilsenkraut« scharf gegen die Rheinlandbewegung zu Felde zog. »Wichtigmacher und Wirrköpfe«, so *Falk*, »sind am Werke, um die gefährliche Hohlheit ihrer eigenen armen Gedankengänge in das rheinische Volk zu ergießen. In all dem Jammer, der uns erfaßt hat, wird der unglückselige Plan der rheinischen Republik als Panacee angepriesen.« Nach der Kriegsniederlage und dem Sturz der Monarchie hätten »wirre und ungegorene Gedanken aller Art« Hochkonjunktur. Nur das Neue erwecke Hoffnung und Zuversicht. Der Gedanke der rheinischen Republik sei in diesem Zusammenhang »nur eine Einzelerscheinung«. Er knüpfe an die alte Abneigung der Rheinländer »gegen das stammesfremde, östlich-herrische und nordisch-kalte Borussentum« an, die durch die administrativ-rechtliche Integrationspolitik, durch »Mißgriffe der vormaligen preußischen Regierung in der Verwaltung und teilweise auch in der Gesetzgebung« wie auch durch die »Bevorzugung des armen Ostens auf Kosten des leistungsfähigen Westens« verstärkt wurde. »Dazu kommen die bekannten *Hoffmannschen* Kulturerlasse, berechtigte und unberechtigte wirtschaftliche Erwägungen und auch, das kann und darf nicht geleugnet werden, deutsch-vaterländische Überlegungen, die den Rittern von der traurigen Gestalt, die mit ihrem burleskenhaften Plan der rheinischen Republik eine Welt aus den Angeln heben zu können vorgaben, das Geschäft erleichterten.« Man glaube, mit der Gründung einer rheinischen Republik im Verband des Deutschen Reiches bessere Friedensbedingungen erreichen zu können. Die Zugeständnisse, die General *Mangin* den Separatisten gegenüber gemacht habe, könne man jedoch nicht ernst nehmen. Nur »Narren oder Tröpfe mögen das glauben.« Unverständlich bleibe es deshalb, wie Politiker vom Range eines *Kastert* und *Kuckhoff* und ein Redakteur wie *Froberger* sich eine derartige Auffassung zu eigen machen konnten. »Das dreiblätterige Kleeblatt ist erledigt. Sie sind schon heute so gut wie von der Bildfläche verschwunden. Diesen Mimen wird die Nachwelt keine Kränze flechten. Der Fluch der Lächerlichkeit tötet sie ebenso wie ihre Gesellen, den monokelgeschmückten Herrn Dr. *Dorten* und Kompagnie. [...] Es lohnt nicht, über diese Helden ein Wort zu verlieren. Kein Lied, kein Heldentuch wird ihre Namen nennen; es wäre eine Beleidigung für Herostrat, wollte man ihn mit diesen Burschen vergleichen.« Deutschland brauche nun Ruhe, Selbstdisziplin und Vertrauen. Die Friedensverhandlungen würden nur dann vom Geiste der Versöhnung und Gerechtigkeit getragen werden, wenn die Alliierten erkennen würden, dass die Deutschen nur solche Bedingungen akzeptieren würden, die sie auch erfüllen könnten. »Jetzt ist es Sache jedes Deutschen, zum Frieden mitzuhelfen. Und das kann jeder, auch der letzte und kleinste, wenn er Ruhe hält. Ruhe und Entschlossenheit tun uns not. Das Gift des Bilsenkrautes darf keinen Einzug bei uns finden.«[55]

Die scharfe Verurteilung des separatistischen Treibens verband *Falk* mit der eindringlichen Mahnung, in der schweren Stunde nach Übergabe der Friedensbedingungen der Welt Geschlossenheit und unbeugsame Entschiedenheit zu bekunden. Da die Konzessionen, mit denen General *Mangin* die rheinischen Separatisten geködert habe, der Glaubwürdigkeit entbehrten, waren in den Augen *Falks* die Aktionen dieser Separati-

54 Vgl. REIMER, S. 160 f.

55 KÖLNER TAGEBLATT, 276, 8.6.1919: »Verfluchtes Bilsenkraut«. Von Justizrat Bernhard *Falk*. H.i.O.

sten, die ihn »an gewisse Balkanerscheinungen« erinnerten, unverantwortlich. Unverantwortlich deshalb, weil sie eigennützige Motive verfolgten, sich für französische Interessen missbrauchen ließen und durch ihr Treiben Zweifel an der Aufrichtigkeit und Festigkeit der deutschen Haltung säten. Sein emphatischer Aufruf zur Geschlossenheit und zur Unterstützung der deutschen Reichsregierung in ihren Verhandlungen mit den Alliierten schien nach dem Wiesbadener Putschversuch und den Versailler Gesprächen auch im Rheinland verstärkt Beachtung zu finden.

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags und des Rheinlandstatuts am 28. Juni 1919 bedeutete schließlich das vorläufige Ende der rheinischen Separationsbestrebungen. Das Rheinland blieb bei Preußen und beim Reich. Zusammen mit den rechtsrheinischen Brückenköpfen Köln, Koblenz, Mainz und Kehl trat es unter ein alliiertes Besatzungsregime, dessen Ende trotz einer fünfzehnjährigen vertraglichen Befristung ungewiss war. Die Oberste Zivilgewalt in den besetzten Gebieten übernahm die »Interalliierte Rheinlandkommission« mit Sitz in Koblenz. Damit wurde die bereits im Waffenstillstandsabkommen geschaffene Lage festgeschrieben.[56]

Am Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrags fand auch in Köln eine Besprechung der Parteien statt, in der, wie *Falk*, befand, »den Führern des Zentrums das Gewissen gestärkt wurde. Dabei stellte sich mit erfreulicher Klarheit heraus, daß die Legalisten«, die einen rheinischen Sonderstaat im Verband des Reichs auf verfassungsmäßigem Wege gründen wollten, »eine sofortige Durchführung ihrer Ideen nicht verlangten, sondern sich damit zufrieden gaben, wenn ihnen durch die Reichsverfassung der Weg zu ihrem Ziel nicht für alle Zukunft verbaut werde und wenn in der Schulfrage eine Einigung zustande komme«.[57]

Den Neugliederungsplänen entzog vorerst auch die am 14. August 1919 verkündete Reichsverfassung den Boden. So sollte zwar nach Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs durch verfassungsänderndes Reichsgesetz oder im Falle der Zustimmung der unmittelbar betroffenen Länder oder der Bevölkerung in Form einer Volksabstimmung durch einfaches Reichsgesetz möglich sein.[58] Doch konnte mit Artikel 167 eine Übergangsbestimmung in die Verfassung eingebaut werden, nach der die im Artikel 18 vorgesehene Neubildung der Länder erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten sollte.[59] *Falks* Forderung, die Anwendung des Artikels für die Dauer der Besetzung des Rheinlandes zu blockieren, war in der Nationalversammlung nicht mehrheitsfähig.[60] Gleichwohl begrüßte er die im Artikel 167 vorgesehene zweijährige Sperrfrist. »Die nächsten zwei Jahre«, so *Falk* am 22. Juli 1919 in der Nationalversammlung, »sind die Jahre, in denen die Gefahr auf den Höchstpunkt steigen wird. Es sind die Jahre, in denen sich zeigen wird, ob und inwieweit dieser Friede getragen werden kann«, in denen »das rheinische Volk der Gefahr der Verführung und der Verwelschung« unterliege. »Wenn wieder Ruhe eingekehrt sein wird, wenn unser kranker Volksgeist wieder der Gesundung zugeführt werden kann, wenn die Menschen sich wieder daran gewöhnen werden, zu arbeiten und sachlich zu urteilen, dann fürchte ich alle diese Dinge weit weniger«, dann

56 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1175; ERDMANN, Adenauer, S. 65 f.

57 Edition, S. 278.

58 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1196 f.; BOLDT, S. 231.

59 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1196 f.; ERDMANN, Adenauer, S. 67. Zur Neugliederungsproblematik vgl. auch EHNI, Bollwerk Preußen?, S. 95–99.

60 Vgl. Edition, S. 280 f.

habe er die »Überzeugung und das Vertrauen zu dem guten, kernigen und gesunden Sinn meiner Landsleute«. Die wichtigste Aufgabe des Parlaments sei es mithin, das Rheinland beim Reich zu halten und allen entgegenstehenden Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben. *Falk* nützte deshalb auch die Rede, um die rheinischen Loslösungsbestrebungen scharf zu verurteilen. Er sei »von Anfang an ein Gegner der Westdeutschen oder Rheinisch-westfälischen oder Rheinischen Republik gewesen und bin es auch heute noch.« Man dürfe die Klammern, die noch vorhanden seien, um das Reich zusammenzuhalten, erst dann lockern, wenn man an die Stelle des Bestehenden etwas Neues und Dauerhaftes setzen könne. Eine Loslösung der Rheinlande von Preußen in diesem Augenblick wäre aber gleichbedeutend mit der Loslösung der Rheinlande von Deutschland.[61]

Falk begrüßte zwar die Einführung der Sperrfrist, doch hielt er auch nach Ablauf der Zweijahresfrist während der Besatzungszeit eine Volksabstimmung nach Artikel 18 für verhängnisvoll. Die Zwangsmaßnahmen der Alliierten, die Belastungen und Bedrükkungen des Besatzungsregimes, nicht zuletzt das Gefühl des Ausgeliefertseins mochten ihn in dieser Haltung bestärkt haben. Deshalb musste es ihn mit Genugtuung erfüllen, dass sich die Parteien des Rheinlandes, Zentrum, SPD, DDP, DVP und DNVP, im Juni, Oktober und Dezember 1921 sowie im April 1922 zu einer gemeinsamen Position durchzuringen vermochten. In den auf ihren Tagungen in Königswinter erlassenen Aufrufen wandten sich die rheinischen Parteien nicht nur gegen die separatistischen Bestrebungen und bekundeten ihre Treue zum Deutschen Reich, sondern machten auch deutlich, dass sie für die Dauer der Besatzung eine Abstimmung nach Artikel 18 der Reichsverfassung ablehnten.[62] »In Königswinter«, so fasste *Falk* rückblickend zusammen, »wurde also das erreicht, um was in Weimar erfolglos gerungen [worden] war. Damit aber war die schwerste Gefahr für die Loslösung gebannt. Jetzt waren auch die ›legalen‹ Vorkämpfer für den Rheinstaat mattgesetzt.«[63]

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags und der Verkündigung der Reichsverfassung fehlte der Rheinlandbewegung letztlich nicht nur die außenpolitische, sondern auch die verfassungsrechtliche Grundlage. Zudem kam die Reichsverfassung dem Wunsch nach Stärkung der provinziellen Selbstständigkeit weit entgegen. Neben Artikel 18 ist hier an Artikel 63 zu denken, nach dem die Hälfte der preußischen Vertreter zum Reichsrat von den einzelnen Provinzialvertretungen bestellt werden sollte. In Artikel 31 wurde der Preußische Staatsrat wiederum explizit als Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates bezeichnet, der von den Provinziallandtagen gewählt werden sollte.[64] Schließlich verhieß die Preußische Verfassung vom 30. November 1920 in Artikel 72 auch eine Erweiterung des Kreises der den Provinzen überwiesenen Selbstverwaltungsangelegenheiten.[65]

Erst in dem krisenreichen Jahr 1923 sollte es erneut zu einem Wiederaufleben der rheinischen Absonderungspläne kommen, die diesmal sogar noch stärker als 1919 die

---

61 *Falk* in der 63. Sitzung der Nationalversammlung am 22. Juli 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1803 f.

62 KÖLNISCHE ZEITUNG, 417, 11.6.1921: »Gegen die Zwangsmaßnahmen im Rheinland«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 847, 13.12.1921: »Zum Schutz des Rheinlands«, hiernach auch das Zitat; KÖLNISCHE ZEITUNG, 711, 21.10.1921: »Eine Kundgebung der rheinischen politischen Parteien.« Zur Koalition von Königswinter vgl. REIMER, S. 180–182.

63 Edition, S. 277.

64 BLANKE, S. 252, 256.

65 Vgl. DIE PREUSSISCHE VERFASSUNG. Erläutert von Alois Vogels, Berlin 1927, S. 178–180; vgl. auch MORSEY, Die Rheinlande, Preußen und das Reich, S. 192.

Einheit und den Bestand des Reiches in Frage stellten. Das Problem der Reichsreform blieb mithin auf der Tagesordnung. So wurde auch auf Initiative der DDP beim Reichsministerium des Innern eine »Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches« geschaffen.[66]

66 Vgl. SCHULZ, S. 302–310.

7. Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung 1919/20

Am 19. Januar 1919 war *Falk* für die Deutsche Demokratische Partei in die Verfassunggebende Nationalversammlung gewählt worden. Es verstand sich von selbst, dass der starke Mann der Kölner Liberalen auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung ins Rennen ging. In einer Wahlversammlung im Kölner Gürzenich am 29. Dezember 1918 hatte *Falk* Programm und Taktik seiner Partei erläutert, wobei er vor allem die Bedeutung der DDP als Bollwerk gegen eine sozialdemokratische Alleinherrschaft hervorzuheben versucht hatte. Man werde zwar in der Nationalversammlung mit den Mehrheitssozialisten in den großen politischen Fragen zusammenarbeiten, aber gerade in wirtschaftlichen Fragen einen scharfen Trennungsstrich nach links ziehen müssen. Die von der Sozialdemokratie geforderte Sozialisierung sämtlicher Produktionsmittel lehne seine Partei entschieden ab. Nur solche Betriebe, deren Sozialisierung der Gesamtheit Nutzen brächten und dafür auch als geeignet erschienen, könnten nach genauer Einzelfallprüfung in Staatsmonopole überführt werden.[1] »Ich sehe noch heute«, so erinnerte sich *Falk* Jahre später, »die helle Begeisterung der Zuhörer und vernehme noch die stürmische Zustimmung der überwältigenden Mehrheit, ich sehe aber auch noch die verkniffenen Lippen und das hämische Lachen der dem Rednerpult gegenüber sitzenden Selbstgerechten, namentlich einzelner Frauen, denen der eigene Aufstieg in der Partei nicht gelingen wollte.«[2] Als erster Kandidat für den Wahlkreis Köln-Aachen ging *Falk* für die DDP an den Start.

Die Wahlen zur Nationalversammlung waren die ersten allgemeinen Wahlen in Deutschland. Erstmals durften auch Frauen ihre Stimme abgeben. Auch das Wahlalter wurde gesenkt, so dass nun jeder mit Vollendung des 20. Lebensjahrs wahlberechtigt war. Zudem galt das Verhältniswahlrecht, durch das eine weitgehende Kongruenz von Stimmen- und Mandatsanteilen erreicht werden sollte. An die Stelle der 397 Wahlkreise traten nun 36 Großwahlkreise, die je nach Bevölkerungszahl eine unterschiedlich große Zahl von Abgeordneten in die Nationalversammlung zu entsenden hatten. Das im Kaiserreich geltende absolute Mehrheitswahlrecht erschien aufgrund der hohen Zahl nicht verwerteter Reststimmen als nicht mehr praktikabel. Es wurde allerdings übersehen, dass nicht das Mehrheitswahlrecht an sich, sondern die veraltete, den Bevölkerungsverschiebungen nicht mehr Rechnung tragende Wahlkreiseinteilung für die Diskrepanz von Stimmen- und Mandatsanteilen und für die damit verbundene Verfälschung des Wählerwillens verantwortlich gewesen war.[3]

Die Zahl der Wahlberechtigten stieg infolge der Wahlrechtsreform signifikant von 14,4 Millionen im Jahre 1912 auf 36,7 Millionen im Januar 1919 an. Die Wahlbeteiligung lag mit 83 Prozent außergewöhnlich hoch.[4] Die DDP, die sich als Bollwerk gegen eine sozialistische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum erfolgreich darzustellen vermochte, avancierte mit 18,5 Prozent der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Partei. Dies war ein beachtlicher Erfolg, wenn man berücksichtigt, dass die Deutsche Fortschrittspartei 1912 auf gut 12 Prozent gekommen war. Andererseits konnte die DDP ihren Anspruch als liberale Sammelpartei

1 KÖLNISCHE ZEITUNG, 1188, 31.12.1918: »Städtische Nachrichten. Die Deutsche Demokratische Partei«.

2 Edition, S. 269.

3 Vgl. Dieter NOHLEN: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, 5. Aufl., Opladen/Farmington Hills 2007, S. 322 f.

4 Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 308; RITTER/NIEHUSS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 42.

nicht wirklich einlösen und das liberale Wählerreservoir, das 1912 etwa ein Viertel der Wähler umfaßt hatte, voll ausschöpfen. Die rechtsliberale DVP erzielte zwar nur 4,4 Prozent der Stimmen, doch sollte sie bald vom allgemeinen Unbehagen an den nachrevolutionären Zuständen profitieren und zum Fluchtpunkt für das unzufriedene rechtsliberale Bürgertum werden.

Zur stärksten Partei wurde die Mehrheitssozialdemokratie mit 37,9 Prozent der Stimmen oder 165 von insgesamt 423 Mandaten. Von der absoluten Mehrheit, die sie auch mit Hilfe der 22 Abgeordneten der USPD (7,6 %) nicht erreichte, war sie weit entfernt. Ihre herausgehobene Position als zweitstärkste Kraft vermochte wiederum das Zentrum mit 91 Mandaten zu verteidigen, während die sich 1918 in der Deutschnationalen Volkspartei sammelnden Konservativen abgeschlagen auf dem vierten Platz (10,3 % oder 44 Mandate) landeten.[5]

Die Mehrheitsverhältnisse ließen zwar eine Koalition von MSPD und DDP zu, doch entschied man sich schließlich zur Fortsetzung der bereits während des Krieges im Hauptausschuss und bei der Verabschiedung der Friedensresolution im Juli 1917 zum Ausdruck gekommenen Koalition aus MSPD, Zentrum und Liberalen, der sog. Weimarer Koalition. Ihren Namen erhielt sie von dem aus Sicherheitsgründen gewählten neuen Tagungsort der Nationalversammlung und vorläufigen Sitz der Reichsregierung. Nach den Weihnachtsunruhen und dem Januaraufstand schien die Reichshauptstadt nicht mehr die notwendige Garantie für die körperliche Unversehrtheit der Abgeordneten und die Sicherheit und Ruhe der Beratungen der Konstituante bieten zu können. Die thüringische Kleinstadt Weimar konnte dagegen militärisch leichter gesichert werden und verfügte auch mit dem 1907/08 erbauten Nationaltheater über eine geeignete, moderne Tagungsstätte.

Die Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 zum ersten Mal zusammen. Zum Schutz des Parlaments wurde das Korps des Generals *Maercker* nach Weimar verlegt. Der Bahnhof wurde vom Militär besetzt, das den Zugang zur Stadt kontrollierte. In den Häusern um den Versammlungsort wurden Maschinengewehre aufgestellt, die alle Eingänge des Theaters bestreichen konnten. »Drohend sahen die Maschinengewehre von allen Seiten auf das Nationaltheater, in dem wir tagten«, so erinnerte sich *Falk*.[6] Um das Gebäude lag ein Kordon aus Schutzpolizei und Militär.[7]

»Für die Reise nach Weimar hatte die damals noch preußische Eisenbahnverwaltung einen Sonderzug zur Verfügung gestellt, der überall hielt, wo ein Abgeordneter zusteigen sollte. Der erste, der mich begrüßte, war der Unabhängige *Braß* aus Remscheid, damals einer der wildesten der Wilden, mit dem ich kurz vorher einen scharfen Zusammenstoß, ich glaube in der von *Breitscheid* nach Elberfeld berufenen Versammlung gehabt hatte. Dann kam mein Fraktionsgenosse *Ziegler* und in Münster stieg der Zentrumsführer *Herold* ein, dessen hohe, leicht gebeugte Gestalt unverkennbar war.«[8] Die Bahnfahrt nach Weimar war jedoch meist kein Vergnügen. Denn die Züge waren unge-

[5] Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 308. Die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1912 in: RITTER/NIEHUSS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 42.

[6] Edition, S. 279.

[7] Zur Weimarer Nationalversammlung vgl. Ludwig RICHTER: Verfassungsgebung im Theatersaal. Weimar und die Nationalversammlung 1919, in: GWU 45 (1994), S. 626–637; Heiko BOLLMEYER: Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt/Main 2007, S. 196–205.

[8] Edition, S. 279.

heizt, die Fensterscheiben oftmals eingeschlagen und die Polster aufgeschlitzt. Auch reichten die Sitzplätze nicht immer aus.[9]

In Weimar wurden die Abgeordneten in Hotels und Privatquartieren untergebracht. Das Gros der demokratischen Abgeordneten zog in den »Fürstenhof«, ein gutbürgerliches Hotel, in dem die Partei auch ihre Fraktionssitzungen abhielt.[10] »Im allgemeinen«, so befand der demokratische Fraktionsvorsitzende Friedrich *von Payer*, »war das Leben der Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung äußerlich ziemlich langweilig und doch durch die zahlreichen Kommissions- und endlosen Fraktionssitzungen ziemlich anstrengend. Man hatte von Anfang an behufs Durchführung der ziemlich komplizierten Organisation der Lebensmittelversorgung gesucht, die Abgeordneten, abgesehen von der Wohnungszuweisung, bis zu einem gewissen Grad zu kasernieren. Jeder Fraktion war nämlich ein größerer Gasthof zugewiesen, der seinen Festsaal zum Fraktionszimmer hergab. Dort sollten die Abgeordneten auch ihre Mittags- und Abendmahlzeiten einnehmen. Das ging aber nur bis zu einem gewissen Grad: man wird auf die Dauer maßleidig und verarmt geistig ein wenig, wenn man im Kreise der Gleichgesinnten nicht bloß seine Arbeitszeit, sondern außer dem Schlaf auch alle Erholungsstunden zubringen soll. So fingen denn auch in kurzem die Herrn an, von Zeit zu Zeit auszubrechen oder richtiger exzukneipen, und daß sie sich als Ziel dabei mit Vorliebe diejenigen Gaststätten aussuchten, die wegen guter Kost und wegen gepflegter Weine bekannt waren, ist entschuldbar.«[11]

Die Wahl *Payers* zum Vorsitzenden der demokratischen Fraktion war naheliegend, da dieser über entsprechende parlamentarische und gouvernementale Erfahrungen verfügte. Seit 1877 gehörte er zunächst für die Deutsche Volkspartei Württembergs, später für die Fortschrittliche Volkspartei dem Reichstag an, der er auch im Weltkrieg als Fraktionsvorsitzender vorstand. Zugleich war *Payer*, der 1906 in den württembergischen Adelsstand erhoben wurde, Mitglied der württembergischen Abgeordnetenkammer und gut anderthalb Jahrzehnte deren Präsident. Den vorläufigen Höhepunkt seiner Karriere markierte seine Ernennung zum Vizekanzler im November 1917, ein Amt, das er bis zur Novemberrevolution bekleiden sollte. Er sei, so charakterisierte ihn der spätere Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner *Stephan*, »ein weiser, bedächtiger, echt schwäbischer Föderalist und deutscher Patriot« gewesen[12], doch »bei all seiner Klugheit«, so der spätere Parteivorsitzende Erich *Koch*, »zu alt, um sich in die neue Zeit hineinzufinden.«[13] *Payer* zur Seite traten im Fraktionsvorstand erfahrene Parlamentarier wie Friedrich *Naumann*, der auf dem Parteitag der DDP im Juli 1919 zum Parteivorsitzenden gewählt werden sollte, Otto *Fischbeck*, der Fraktionsvorsitzender der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag von 1912 bis 1918, der Hamburger Senator Carl *Petersen* oder der Kasseler Oberbürgermeister Erich *Koch*.[14]

---

9 Vgl. LAUTERER, S. 26; LÖBE, Der Weg war lang, S. 75.

10 »Der Umstand«, so der spätere Parteivorsitzende Erich *Koch*, »daß die Fraktionen nicht im Theater tagen, sondern jede in ihrem Hotel, erschwert die Fühlungnahme mit den andern Fraktionen ungeheuer.« BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 186: Aufzeichnung *Kochs*, Weimar, 13. Februar 1919, S. 16.

11 Friedrich von *Payer*: »Mein Lebenslauf«, in: BA Koblenz, NL Theodor Heuss, N 1221, Nr. 503, S. 63 f.; auch abgedruckt in: BRADLER, Payer, S. 227 f.

12 STEPHAN, Aufstieg, S. 50. Zu *Payer* vgl. auch BRADLER, Payer.

13 BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 186: Aufzeichnung *Kochs*, Weimar, 13. Februar 1919, S. 22.

14 Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 50 f.

Der emphatisch verkündete Anspruch der DDP, eine »wahre Volkspartei«[15] zu sein, fand in der sozialen Zusammensetzung der Fraktion keine Entsprechung. So war die demokratische Fraktion in konfessioneller Hinsicht eine eindeutig protestantische Kraft. Bemerkenswert war die relativ hohe Zahl von 10 Abgeordneten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, zu denen auch *Falk* zählte. Akademiker wiederum stellten allein zwei Drittel der 75 Mann starken Fraktion. Der Bildungsgrad der demokratischen Abgeordneten lag damit deutlich über dem entsprechenden Anteil des Parlaments von unter vierzig Prozent. Besonders stark vertreten waren Beamte, namentlich höhere Beamte, die ein knappes Viertel der Fraktion ausmachten. Auch die freien Berufe stellten mit elf Rechtsanwälten – unter ihnen auch *Falk* – ein beachtliches Kontingent. Daneben gab es mehrere kleine Gruppen, die in der Landwirtschaft, in Industrie, Handwerk und Handel verwurzelt waren. Unterrepräsentiert waren die Frauen in der Fraktion. Die Selbstbeschreibung der DDP als »Partei der Frauen«[16] brach sich letztlich mit der Wirklichkeit. So saßen in der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung nur 5, seit September 1919 6 Frauen, was einem Frauenanteil von 6,8 bzw. 8,1 Prozent entsprach. Diese Quote lag sogar noch unter dem Frauenanteil des Parlaments von 8,7 Prozent. Insgesamt präsentierte sich die demokratische Fraktion der Nationalversammlung als eine vornehmlich von Männern dominierte, protestantische und bildungsbürgerliche Kraft. Die weitgehende Beschränkung des sozialen Einzugsfeldes auf das gebildete Bürgertum, das sich vor dem Hintergrund der Inflation und der Weltwirtschaftskrise für extreme Parolen besonders anfällig zeigte und sich bald von der Partei abwenden sollte, erwies sich als ausgesprochen problematisch.[17]

Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung den Sozialdemokraten Friedrich *Ebert* zum Reichspräsidenten.[18] *Ebert*, der seit 1913 zusammen mit *Scheidemann* Vorsitzender der SPD war und seit 1916 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorstand, hatte bereits als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten an der Spitze des Reichs gestanden. Nach seiner Wahl ernannte er Philipp *Scheidemann*, der bereits im Kabinett des *Prinzen Max von Baden* das Amt eines Staatssekretärs ohne Portefeuille bekleidet hatte, zum »Präsidenten des Reichsministeriums«.[19] Den Titel »Reichskanzler« hatte man als der neuen Situation nicht angemessen abgeschafft. Der neuen Reichsregierung, die am 13. Februar der Nationalversammlung vorgestellt werden

---

15 So Otto *Nuschke* in seinem am 19. Juli 1919 gehaltenen Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag der DDP vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin, in: BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES 1. PARTEITAGS DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI ABGEHALTEN IN BERLIN VOM 19. BIS 22. JULI 1919, Berlin 1919, S. 15, insgesamt S. 9–17.

16 Elly HEUSS-KNAPP: Die Frauen und die Demokratie, in: Das Demokratische Deutschland, 1. Jg., 1919, S. 151–153, hier S. 153.

17 Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 50 f.; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 145–148; LAUTERER, S. 68; HAMBURGER/PULZER, Jews as Voters in the Weimar Republic, S. 10.

18 Für den späteren Hamburger Bürgermeister und Demokraten Carl *Petersen* war *Ebert* »der Typus eines deutschen Arbeiters, der in Gewerkschaftsbewegungen sich gebildet hat. Er macht den Eindruck eines ruhig denkenden sehr gutartigen Menschen, ohne höheren Gedankenflug, ohne starkes Temperament.« StA Hamburg, Familie Petersen, NL Carl Petersen, 622–1/80, L 62: Maschinenschriftliches Tagebuch und schriftliche Notizen aus der ersten Zeit der Weimarer Nationalversammlung, 1919, S. 43.

19 »*Scheidemann*«, so vertraute Carl *Petersen* seinem Tagebuch an, »ist sehr viel eleganter [als *Ebert*], ohne seine Herkunft verleugnen zu können. Er ist nicht frei von Selbstbewusstsein und Eitelkeit, ist, als ich mich ihm vorstellen lasse, sehr liebenswürdig und sagt mir in gönnerhaftem Ton, ›er habe viel Gutes von mir gehört‹. Er hat offensichtlich sehr viel mehr Temperament als *Ebert*, macht keinen bedeutenden, aber einen klugen und entschlossenen Eindruck. Er wie die andren Sozialdemokraten in der Regierung lassen in ihren Reden noch zu sehr die Parteistellung zum Ausdruck kommen.« Ebd.

konnte, gehörten neben sieben Sozialdemokraten und drei Zentrumsabgeordneten auch drei Demokraten an: Hugo *Preuß* als Reichsinnenminister, Eugen *Schiffer* als Reichsfinanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, Georg *Gothein* als Reichsschatzminister. Ihnen zugerechnet werden konnte auch der parteilose, aber der DDP nahestehende Reichsaußenminister Ulrich *Graf Brockdorff-Rantzau*.[20]

Der Regierungserklärung *Scheidemanns* folgte eine politische Aussprache, an der auch *Falk* zum Zuge kam und sich damit schon sehr früh den Abgeordneten und der Öffentlichkeit präsentieren konnte. Mit der Wahl *Falks* als Debattenredner sollte die Aufmerksamkeit und Fürsorge, die man den besetzten Gebieten und besonders dem Rheinland zukommen lassen wollte, zum Ausdruck gebracht werden. Andererseits illustriert die Wahl auch die herausgehobene Position *Falks* als Führer der Kölner und rheinischen Demokraten in der Partei. Wenn er auch nicht zum engeren Führungskreis gehörte, so zählte er doch im weiteren Sinne als Vertreter des Rheinlands zu den wichtigen Persönlichkeiten der Demokratischen Partei, ein Mann, mit dem man auf jeden Fall rechnen musste. Es mag deshalb auch nicht überraschen, dass *Falk* bereits in dem 1918 gebildeten provisorischen Hauptausschuss und seit Juli 1919 im Parteivorstand vertreten war.[21]

Die Aussprache über die Regierungserklärung war für die Demokraten von großer Bedeutung, da sie noch kein eigenes Parteiprogramm hatten und somit die Debatte dazu nutzen konnten, die programmatischen Grundlinien und Leitsätze ihrer Politik darzulegen und gleichzeitig Stellung zu den aktuellen, tagespolitischen Fragen zu nehmen. Als ersten Redner wählte die Fraktion den eigentlich starken Mann der Partei, Friedrich *Naumann*. Der damals achtundfünfzigjährige *Naumann*, der auf dem Parteitag im Juli 1919 offiziell zum Parteivorsitzenden gekürt werden sollte, hatte als Pastor und Geistlicher der Inneren Mission ein Gespür für die sozialen Bedürfnissen und politischen Notwendigkeiten seiner Zeit entwickelt und sich mit Gründung des Nationalsozialen Vereins 1896 ganz der politischen Arbeit gewidmet. Nach der Auflösung des Vereins sollte er sich der Freisinnigen Vereinigung und wenig später der Fortschrittlichen Volkspartei anschließen, für die er auch im Reichstag saß. Er stand für eine Politik der Versöhnung, die »Demokratie und Kaisertum« (so der Titel seines Buches von 1900), d.h. die sozial-demokratischen Reformforderungen seiner Zeit mit den monarchisch-konservativen Traditionen Deutschlands und einer betont nationalen Machtpolitik zu verbinden versuchte. Nicht nur sein Eintreten für die sozialen und demokratischen Forderungen seiner Zeit, sondern auch seine ungemein charismatische Ausstrahlung machten *Naumann* rasch zu einem der führenden Männer der Partei.[22]

Naumann sollte nur kurze Zeit an der Spitze der Partei stehen. Sein überraschender Tod im August 1919 stellte für die Partei einen schweren Schlag dar, weil sie mit ihm

---

20 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1081–1085.

21 Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, S. 773, 803. *Falk* war zudem ein guter Redner, »eine Gabe, die ihm auch in seinem Beruf große Erfolge sicherte.« CV-ZEITUNG, 16, 22.4. 1937, S. 3: »Einem Siebzigjährigen. Justizrat Bernhard *Falk*«.

22 Wenn *Naumann* auch der »hervorragendste Redner und der feinste Kopf in der Partei« war, so der spätere Parteivorsitzende der DDP, Erich *Koch-Weser*, so habe doch seine Gabe, »neue Ideen zu erfassen«, aufgrund seiner mangelnden Durchsetzungskraft »seine Handlungsfähigkeit« geschwächt. BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 186, Aufzeichnung *Kochs*, Weimar, 13. Februar 1919, S. 22. Zu Friedrich *Naumann* vgl. Rüdiger vom BRUCH (Hrsg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin u.a. 2000; Beatrix LOEW (Bearb.): Friedrich Naumann 1860–1919. Ausstellungskatalog, Sankt Augustin 1985; Theodor HEUSS: Friedrich Naumann: der Mann, das Werk, die Zeit, 3. Aufl., München 1968.

einen der eloquentesten und charismatischsten Führungspersönlichkeiten verlor. Auch nach *Naumanns* Tod spielten dessen Anhänger eine wichtige Rolle. Der »für ma[nche] Entschließungen der Fraktion bedeutsame Zusammenhalt war völlig unsichtbar«, so erinnerte sich *Falk*. »Ich habe erst aus einer gelegentlichen Bemerkung« Gertrud *Bäumers* »überhaupt davon Kenntnis bekommen. Durch die früheren Nationalsozialen, aber auch durch Männer wie *Payer*, *Ha[uß]mann*, *Haas* wurde die Verbindung mit den Sozialdemokraten aufrechterhalten. Das war von besonderer Wichtigkeit, auch nach meiner Auffassung, die doch im Grundsätzlichen so stark von der sozialistischen Doktrin abweicht. [...] Es kam darauf an, die in der Sozialdemokratie geeinte Arbeiterschaft in der positiven Mitarbeit am Staate zu erhalten, zu der sich ihre Führer entschlossen hatten, und sie vor dem Zusammenschluß mit den Unabhängigen und Spartakisten zu bewahren. Das war eine der wichtigsten und dringlichsten nationalen Aufgaben, wenn wir wieder zur Ruhe und Ordnung kommen und unseren Staat neu aufbauen wollten.«[23] Zur *Naumann*-Gruppe zählten auch die späteren Parteivorsitzenden Carl *Petersen* und Erich *Koch-Weser*.[24]

In seiner Rede versuchte der zukünftige Parteivorsitzende *Naumann* die Grundzüge deutscher Nachkriegspolitik und damit die großen Linien nationaler und internationaler Politik zu skizzieren. Das Bekenntnis zur demokratischen Staatsform und zur Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wurden ebenso betont wie der Wunsch nach Schaffung einer internationalen Rechts- und Friedensordnung, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine zentrale Rolle spielen sollte.[25] Nach den grundsätzlichen Ausführungen *Naumanns* und den Positionsbeschreibungen des ehemaligen Nationalliberalen Eugen *Schiffer* zur Finanz- und Wirtschaftslage[26] trat *Falk* als Vertreter des Rheinlands ans Rednerpult.

Angesichts der Vorgänge der vergangenen Wochen und Monate wurde *Falks* Rede, in der er die separatistischen Umtriebe im Rheinland scharf verurteilte, von den Abgeordneten mit Erleichterung aufgenommen. Sein Bekenntnis zum Reich und die Betonung der Reichstreue der Rheinländer wurden mit lautem Bravo quittiert. Dabei vergaß er nicht, die besondere Lage der besetzten Gebiete hervorzuheben, die die Lasten des Waffenstillstandsabkommens zu tragen hätten, wenngleich er auch die Sonderstellung der von den Briten besetzten Kölner Zone und der dort herrschenden erträglichen Verhältnissen einräumen musste. Auch ging er auf die ausgesprochen kritische Situation an der deutschen Ostgrenze ein und forderte eine deutliche Verstärkung des deutschen Grenzschutzes. Er kritisierte zudem die Zurückhaltung und die schlechte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen durch die Alliierten. Wenn »derselbe Geist, der in diesen Waffenstillstandsbedingungen zutage tritt, auch bei den Friedensverhandlungen auf Seiten unserer Gegner zum Vorschein kommen sollte, so müssen wir uns stemmen und müssen uns wehren gegen das, was uns droht.« *Falk* forderte deshalb, die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten *Wilson* zur Grundlage der Friedensverhandlungen zu machen, bildeten sie doch letztlich einen »völkerrechtliche[n] Vorvertrag, auf Grund dessen wir Ansprüche gegen den Vertragsgegner haben. [...] Also wir brauchen nicht zu bitten, wir brauchen nicht zu betteln, wir können verlangen, daß die

---

23 Edition, S. 285 f.

24 Vgl. SCHNEIDER, S. 65.

25 Die Rede Friedrich *Naumanns* in der 6. Sitzung der Nationalversammlung am 13. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 55–61; die Regierungserklärung des Reichsministerpräsidenten *Scheidemann*, in: ebd., S. 44–49.

26 Die Rede des Reichsministers der Finanzen Eugen *Schiffer* in der 8. Sitzung der Nationalversammlung am 15. Februar 1919, in: ebd., S. 90–99.

Wilsonschen Gedanken für uns zur Anwendung gebracht werden, so wie sie unsere Gegner gegen uns zur Anwendung bringen wollen.« Am Schluss seiner Rede gab er der Hoffnung Ausdruck, dass der »Geist der Versöhnlichkeit«, der in Deutschland allmählich vorherrschend werde, auch über seine Grenzen hinaus Platz gewinne und es so ermögliche, »zu einem Frieden zu kommen, der Deutschland in den Stand setzt, wenigstens zu leben.«[27]

Das Echo auf seine Rede war durchweg positiv. Als »besondere Anerkennung« sah es *Falk* an, dass die britischen Besatzungsbehörden den Abdruck seiner Rede in den Kölner Zeitungen untersagten. *Erzberger*, der damals der Reichsregierung als Minister ohne Geschäftsbereich angehörte, fand in der Aussprache Worte der Zustimmung und des Lobs, da *Falks* Rede die Arbeit der für die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens zuständigen deutschen Waffenstillstandskommission ganz wesentlich erleichtern würde.[28] »Auch sonst hatte ich mich uneingeschränkter Zustimmung von allen Seiten, namentlich auch in der Presse der verschiedensten Parteien – abgesehen von den Unabhängigen – zu erfreuen.«[29]

Zentrale Aufgaben der Nationalversammlung waren die Verabschiedung einer Reichsverfassung, in der dem Wandel der Staatsform Rechnung getragen und dem Wunsch nach Demokratisierung der Gesellschaft Ausdruck verliehen werden sollte, sowie die Ratifizierung des Friedensvertrages, der Deutschland einen tragbaren und gerechten Frieden bringen sollte. Auf beide Aufgaben war die kleine DDP im Grunde gut vorbereitet, verfügte sie doch über fachlich hochqualifiziertes Personal, das den Gang der verfassungs- und außenpolitischen Beratungen mit zu beeinflussen vermochte. So konnte die Partei auf die Vorbereitung der Friedenskonferenz über den ihr nahestehenden Außenminister *Graf Brockdorff-Rantzau* und den diesem unterstellten »Ausschuss für Friedensverhandlungen« entsprechend Einfluss nehmen. Der im November 1918 gegründete Ausschuss sollte der Vorbereitung der Friedenskonferenz dienen und die rechtliche Zulässigkeit und materielle Erfüllbarkeit der möglichen Friedensbedingungen prüfen. Ihm gehörten neben Regierungsbeamten Vertreter von Industrie, Banken und Landwirtschaft an. Die Partei entsandte auch mehrere Delegierte und Sachverständige zur Konferenz, wie den Bankier Carl *Melchior* und den Völkerrechtslehrer Professor Walther *Schücking*. Die der Partei angehörenden Pazifisten *Schücking* und Ludwig *Quidde*, Historiker, langjähriger bayerischer Landtagsabgeordnete und seit 1914 Vorsitzender der »Deutschen Friedensgesellschaft«, schienen als Repräsentanten des besseren, friedlichen Deutschlands die Nöte und Sorgen des besiegten Landes gegenüber den Alliierten am eindringlichsten artikulieren und die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen erleichtern zu können.[30] Um Einfluss auf die Friedensverhandlungen zu gewinnen, setzte die Nationalversammlung zudem im April 1919 einen Friedensausschuss ein, dem auch *Falk* angehörte. Die Einrichtung dieses Ausschusses als außen- und friedenspolitisches Beratungsforum war vor allem von den Abgeordneten aus den besetzen Gebieten gefordert worden, da, wie *Falk* sich auf einer Fraktionssit-

---

27 *Falk* in der 11. Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190–196, Zitate S. 193 und 196.

28 Die Rede von Reichsminister *Erzberger* in der 11. Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919, in: ebd., S. 196B–198A, hier S. 196C.

29 Edition, S. 282. Vgl. auch KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 144, 20.2.1919: »Die Rheinländer und die Nationalversammlung.«

30 Vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 309–324.

zung der DDP ausdrückte, man das Gefühl habe, dass das Parlament sich um die Außenpolitik zu wenig kümmere.[31]

Nicht nur in der Friedensfrage, sondern auch in der Verfassungsgebung war die demokratische Handschrift deutlich zu erkennen. So stammten die Verfassungsentwürfe aus der Hand des demokratischen Reichsinnenministers und Staatsrechtlers Hugo *Preuß*, während der demokratische Reichstagsabgeordnete und Vizepräsident der Nationalversammlung Konrad *Haußmann* Vorsitzender der Verfassungskommission war.[32] Unter den fünf Mitgliedern der 28-köpfigen Kommission fanden sich unter anderem Friedrich *Naumann* und sein Nachfolger als Parteivorsitzender, der Kasseler Oberbürgermeister Erich *Koch-Weser*.[33] *Falk* gehörte dem Ausschuss nur als stellvertretendes Mitglied an.[34] »In Weimar«, so urteilte *Falk* im Rückblick, »ist sehr eifrig gearbeitet worden. Heute glaubt man vielfach mit einem Achselzucken darüber hinweggehen zu können. Man gefällt sich darin, die Unvollkommenheiten und die Mängel des Verfassungswerkes meines verewigten Freundes Hugo *Preuß* aufzuzählen, man wühlt geradezu in den politischen Fehlern, die in Weimar unterlaufen sind, man spöttelt über Ungeschicklichkeiten und Menschlichkeiten einzelner Führer. Aber diese Kritiker ahnen nichts von der Fülle und Tiefe der Probleme, die die Nationalversammlung vor sich sah.«[35]

Insgesamt gesehen belastete die Verknüpfung unterschiedlicher, teilweise konträrer Verfassungskonzeptionen, von parlamentarischer und präsidialer Regierungsform wie auch von repräsentativem und plebiszitärem Demokratiemodell, die Funktionalität der Verfassungsordnung erheblich. Das Weimarer Organisationsstatut stellte aufgrund ihres Kompromisscharakters letztlich eine »Verfassung ohne Entscheidung« (Otto *Kirchheimer*) dar. Verantwortlich für die Konstruktionsmängel waren nicht zuletzt die Linksliberalen, deren starke Stellung im Verfassungsgebungsprozess letztlich Folge der konzeptionellen Schwäche der MSPD war.[36]

Im Verfassungsgebungsprozess hatte *Falk* nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Wenn er auch als Jurist für die Beratungen prädestiniert schien, so hatten die Parteiführer diese zentrale Frage doch für sich reserviert. *Falk* schien letztlich parlamentarisch zu unerfahren zu sein. Allein in die Diskussion über den die Neugliederung der Länder betreffenden Artikel 18 hatte sich *Falk* eingeschaltet, um die Interessen und Sorgen der besetzten linksrheinischen Gebiete einer breiteren Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten und um aus Sorge um die territoriale Integrität Deutschlands eine verfrühte Neuregelung der Ländergrenzen im Westen zu verhindern.[37]

Auch in den Debatten über die Friedensbedingungen der Alliierten saß *Falk* in der zweiten Reihe. Wie fast alle seine Fraktionskollegen hatte er sich lange Zeit der Illusion

---

31 Zum Friedensausschuss und zur Sitzung der DDP-Fraktion der Nationalversammlung am 25. März 1919 vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 319f.; ferner Edition, S. 282.

32 »Minister *Preuß* von unserer Partei«, so schrieb *Haußmann* am 21. Februar 1919 an seinen Sohn Wolf über die am übernächsten Tag beginnende Verfassungsberatung, »wird reden. Er ist gescheit, aber sehr viele haben vieles an ihm auszusetzen. Die Meinungen laufen noch stark auseinander, deshalb musste ich in den Verfassungsausschuß. Denn es liegt viel daran, daß wir die Sache rasch auf ein gutes Gleis bringen. Unsere Partei kann als ausschlaggebend [sic] viel beitragen, und ich stehe mittendrin zwischen Unitariern und Föderalisten.« HAUSSMANN, S. 276 f., hier S. 277.

33 Vgl. LANGEWIESCHE, S. 255 f.

34 Vgl. Edition, S. 285.

35 Ebd., S. 279.

36 Vgl. PORTNER, Die Verfassungspolitik der Liberalen.

37 Vgl. die Rede *Falks* in der 63. Sitzung der Nationalversammlung am 22. Juli 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1803 f.

eines gerechten Friedens hingegeben und sich, wie es sein Parteifreund Ernst *Troeltsch* damals formulierte, im »Traumland der Waffenstillstandsperiode« befunden.[38] In seiner Rede am 19. Februar 1919 hatte *Falk* noch sein Vertrauen und seine Zuversicht auf einen Verständigungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow *Wilson* zum Ausdruck gebracht. Die auf der Basis dieser Zusicherungen getroffenen Vereinbarungen bezeichnete er auch als einen »völkerrechtliche[n] Vorvertrag, auf Grund dessen wir Ansprüche gegen den Vertragsgegner haben.« Man brauche somit nicht zu bitten und betteln, sondern man könne durchaus verlangen, dass die von *Wilson* ausformulierten Gedanken zur Anwendung gelangten. In diesen Worten spiegelte sich die offizielle deutsche Friedensstrategie wider, die den Notenwechsel vom Oktober und November 1918 als einen beide Seiten bindenden Vorvertrag (pactum de contrahendo) ansah. Wenn *Falk* auch nicht an den Großmut der Alliierten glauben mochte, war er doch davon überzeugt, dass der Friedenswille und der Wunsch nach Schaffung einer internationalen Friedensordnung die Entente davon abhalten werde, den Bogen zu überspannen und Deutschland untragbare Lasten aufzuerlegen.[39]

Doch die Ernüchterung kam rasch. Die Friedensbedingungen, die die Entente den Deutschen am 7. Mai 1919 überreichte, überstiegen, so *Falk*, selbst »die schlimmsten Befürchtungen, die sich verzweifelte Pessimisten in unseren Reihen vielleicht gemacht haben konnten.«[40] Sie muteten Deutschland einiges zu: territoriale Verluste, die etwa 10 Prozent des deutschen Reichsgebiets ausmachten, darunter Elsass-Lothringen und große Teile Posens und Westpreußens, die Besetzung der linksrheinischen Gebiete sowie der rechtsrheinischen Brückenköpfe von Köln, Koblenz, Mainz und Kehl für bis zu 15 Jahre, das Anschlussverbot für Österreich, ferner Entwaffnungsbestimmungen, Reparationsforderungen in noch unbestimmter Höhe, zu deren juristischer Rechtfertigung der Artikel 231 über die alleinige Kriegsschuld Deutschlands in den Vertrag eingefügt wurde, die Forderung nach Auslieferung deutscher »Kriegsverbrecher«, des Kaisers und einer Reihe von Staatsmännern und Militärs, sowie entsprechende Sanktionsbestimmungen.[41] Der »Entwurf des Friedensvertrages mit seinen verzwickten Klauseln, seinem wirtschaftlichen und finanziellen Teufelswerk« und den übrigen Bestimmungen spiegelten für *Falk* letztlich nur den »Vernichtungswillen des Feindes« wider. »Vae victis. Diese Bedingungen waren unannehmbar.«[42]

Nach heftigen Auseinandersetzungen einigte sich die demokratische Reichstagsfraktion am 10. Mai auf die Ablehnung der alliierten Bedingungen.[43] Zwei Tage später lehnten in einer demonstrativ von Weimar in die Aula der Berliner Universität verlegten Sit-

---

38 Ernst TROELTSCH (Spectator): Nach der Entscheidung, 26.6.1919, in: DERS., Die Fehlgeburt einer Republik, S. 56–62, hier S. 61 f.

39 Rede *Falks* in der 11. Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190–196, hier S. 193. Zur deutschen Friedensstrategie vgl. KOLB, Der Frieden von Versailles, S. 72.

40 Edition, S. 288.

41 DIE FRIEDENSBEDINGUNGEN VON DEUTSCHLANDS GEGNERN. Auswärtiges Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin 1919. Vgl. ferner HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1152–1178; KOLB, Der Frieden von Versailles, S. 41–69; SOUTOU, S. 73–77; Leo HAUPTS: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976, S. 357–372.

42 Edition, S. 288. Konrad *Haußmann* schrieb am 8. Mai 1919: Der Friedensvorschlag »haucht einen Vernichtungswillen, der gleichzeitig erschreckt und aufpeitscht.« HAUSSMANN, S. 280.

43 Zur Sitzung der Reichstagsfraktion der DDP vom 10. Mai 1919 vgl. die Aufzeichnungen von Erich *Koch-Weser*, in: BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 16, Bl. 113–117.

zung der Nationalversammlung alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen die Vertragsbedingungen entschieden ab.[44] Mit großem, heroischen Pathos verurteilte Reichsministerpräsident *Scheidemann* den Vertrag als »unannehmbar«, um schließlich zu seiner bekannten Formulierung anzuheben: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«[45] Die Sitzung ließ der sozialdemokratische Präsident Eduard *David* der Nationalversammlung in einem »Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!« ausklingen, das von anhaltendem stürmischen Bravorufen und Händeklatschen begleitet wurde.[46] In jener Sitzung flammte wieder das nationale Ehrgefühl auf und man meinte, in jenem »Unannehmbar« wieder die Stimmung der Einigkeit von 1914 wiederkehren zu sehen. Die DDP hatte vor der Reichstagssitzung eine Delegation, bestehend aus *Haußmann*, *Koch* und *Falk*, zu *Scheidemann* ins Weimarer Schloss geschickt. »Wir ließen ihn aus der Kabinettssitzung herausrufen, um ihn zu bitten, festzubleiben und ihm die Versicherung zu geben, daß unsere Fraktion hinter ihm stehe.«[47] *Falk* bezeichnete wenige Tage später auch die Erklärung *Scheidemanns* als »das Werk unserer Fraktion«, womit er sicherlich einigermaßen übertrieb.[48]

Aber die starken Worte, die die Regierung und die Abgeordneten auf jener Sitzung fanden, konnten doch nicht verdecken, dass die Folgen einer Nichtunterzeichnung unabsehbar waren. Insbesondere der Zentrumspolitiker Matthias *Erzberger*, Leiter der deutschen Waffenstillstandsdelegation und Minister ohne Geschäftsbereich im Reichskabinett, wies mahnend auf die möglichen Konsequenzen hin: Wiederaufnahme des Kriegszustandes und militärischer Vormarsch der Alliierten, Verschärfung der Blockade, schwerste innere Unruhen, Auseinanderfallen des Reiches. Die deutschen Generäle erklärten zudem jeden militärischen Widerstand für das Gebiet links der Elbe für aussichtslos. Auch Reichswehrminister *Noske* sprach sich für die Annahme des Diktats aus.[49]

»Auch wir«, so räumte *Falk* später ein, »verkannten das Schwergewicht der Gründe durchaus nicht, die für die Unterwerfung unter das Diktat angeführt wurden. Bange Sorgen durchbebten auch uns bei dem Gedanken, dass unser Nein neues schweres Unheil über unser unglückliches Vaterland bringen könne. Wir waren uns auch der furchtbaren Verantwortung bewußt, die wir auf uns luden, wenn es gelingen sollte, eine Mehrheit für die Ablehnung zu gewinnen, zu der außer uns die Rechte des Hauses von vornherein bereit war.« Durch eine Ablehnung mochte man sicherlich »neues schwerstes Unheil für Deutschland heraufbeschwören.« Doch die Mehrheit der demokratischen Reichstagsfraktion war davon überzeugt, »daß wir die Bedingungen des Diktats nicht erfüllen konnten, weil sie unsere Kraft überstiegen, soweit ihr Ausmaß überhaupt zu erkennen war, und daß wir sie nicht annehmen durften, weil sie die Ehre und Würde der Nation schimpflich verletzten.« Viele sagten sich zudem, dass Deutschland »das

---

44 Die 39. Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 37, S. 1081–1111; die Reden von Konrad *Haußmann* und Ludwig *Quidde*, in: ebd., S. 1091–1094, 1107–1110.

45 Die Rede des Reichsministerpräsidenten *Scheidemann* in der 39. Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919, in: ebd., S. 1082–1084, hier S. 1083 f.

46 Vgl. ebd., S. 1111, die Rede des Parlamentspräsidenten insgesamt S. 1110 f.

47 Edition, S. 290. Vgl. auch ERZBERGER, S. 368.

48 *Falk* in der Sitzung des Hauptvorstandes vom 18. Mai 1919, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 28, S. 65–73, hier S. 70.

49 Vgl. Gustav NOSKE: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach-Main 1947, S. 104–109; ERZBERGER, S. 380–383; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 328–337; EPSTEIN, S. 341–368; WETTE, S. 461–470.

gleiche, vielleicht noch stärkere Unheil« selbst bei Annahme dieser Bedingungen treffen werde. »Um es banal auszudrücken: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrekken ohne Ende.«[50]

In diesem Sinne sprach sich *Falk* auch auf der Sitzung des Hauptvorstandes der DDP am 18. Mai 1919 aus, in der die Haltung der Nationalversammlung weitgehend Zustimmung fand. Die Überzeugung, dass es für Deutschland auch bei Ablehnung des Vertrags nicht schlimmer kommen könne, war weit verbreitet. Die Fraktion, so resümierte *Falk*, lehne den Frieden nicht aus taktischen Gründen, sondern wegen der verheerenden Folgen, die der Frieden nach sich ziehe, ab. »Läßt es die Entente darauf ankommen: schlimmer als ohnehin kann es uns nicht ergehen. Scharen Sie sich hinter die Fraktion und sorgen Sie dafür, daß der Geist, von dem wir uns leiten lassen, im Volk lebendig bleibt.«[51]

Falk und mit ihm die Mehrheit der Demokraten machten es sich etwas zu leicht. Die trotzige, markige Pose, die sie seit der Bekanntgabe der alliierten Friedensbedingungen einnahmen, war angesichts der Wehrlosigkeit Deutschlands, dem möglichen alliierten Vormarsch und den damit verbundenen territorialen Konsequenzen wenig verantwortungsbewusst. Sie war auch in erster Linie Reflex der tiefen Verletzungen des nationalen Selbstwertgefühls, der Demütigungen und Enttäuschungen.

Der endgültige Vertragsentwurf, der am 16. Juni den deutschen Delegierten in Versailles übergeben wurde, sah nur kleinere Konzessionen der Siegermächte vor. So sollte in Oberschlesien, das ursprünglich an Polen abgetreten werden sollte, eine Volksabstimmung stattfinden. Ansonsten wurden die deutschen Gegenvorschläge glatt verworfen und Deutschland ein Ultimatum von sieben Tagen gesetzt. *Falk* und seine Parteifreunde wurden in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt, als die zwei Tage später in Weimar eintreffende deutsche Friedensdelegation unter *Graf Brockdorff-Rantzau* sich entschieden gegen die Annahme des Vertrags aussprach. Mit Walther *Schücking* und Walter *Simons*, den demokratischen Mitgliedern der Friedensdelegation, sprach *Falk* »noch am Abend ihrer Rückkehr in Gegenwart meiner Frau, die Zeugin des erschütternden Ringens war, das die Nationalversammlung zu bestehen hatte.«[52]

Die Ablehnungsfront hatte inzwischen Risse bekommen, da klar wurde, dass die Alliierten nicht nachzugeben gewillt waren und bei Nichtunterzeichnung militärisch tief nach Deutschland vorrücken würden. Da das Kabinett unter Reichsministerpräsident *Scheidemann* sich zu keiner einheitlichen Haltung durchringen konnte, trat es in der Nacht vom 19. zum 20. Juni zurück. Die Folge war die Bildung einer neuen Regierung unter dem Sozialdemokraten Gustav *Bauer*, der die DDP, die einer Unterzeichnung des Friedensvertrags nur bei weitgehenden Zugeständnissen der Alliierten zustimmen wollte[53], nicht mehr angehörte. Das neue, ausschließlich von SPD und Zentrum getragene Reichskabinett einigte sich schließlich am 21. Juni darauf, der Nationalversammlung die Unterzeichnung zu empfehlen. Am folgenden Tag stimmte das Parlament dem Vertrag unter Vorbehalt zu. Da die Siegermächte dies jedoch umgehend zurückwiesen, ermächtigte die Nationalversammlung die Regierung am 23. Juni mit den Stimmen von MSPD, USPD, eines Teils des Zentrums und der DDP zur bedingungslosen Unter-

50 Edition, S. 289 f.

51 *Falk* auf der Sitzung des Hauptvorstands am 18. Mai 1919, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 28, S. 65–73, hier S. 70 f., Zitat S. 71.

52 Edition, S. 291.

53 Vgl. NUSCHKE, S. 34–36.

zeichnung des Friedensvertrags. Fünf Tage später fand die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die deutschen Vertreter im Versailler Spiegelsaal statt.[54]

Der Rückzug der DDP aus der Reichsregierung zeigte letztlich, dass die Partei unfähig war, in einer außenpolitischen kritischen Situation Verantwortung zu übernehmen. Die Konsequenzen waren fatal, und *Falk* scheint dies nicht recht bedacht zu haben. Denn mit dem Auszug aus der Regierungsverantwortung musste, was auch *Falk* in seinen Erinnerungen hervorhob, der »Vater der Verfassung«, Hugo *Preuß*, sein Amt als Reichsinnenminister aufgeben, »obwohl das Verfassungswerk, neben der Friedensfrage die erste und bedeutungsvolle Aufgabe der Nationalversammlung, noch nicht vollendet war.«[55] Zudem konnte die DDP mit dem Rückzug aus der Regierungsverantwortung bei den Wählern nicht punkten, weil sie bei der entscheidenden Abstimmung über den Friedensvertrag uneinheitlich auftrat. Diese inneren Widersprüche und offensichtlichen Halbheiten mögen erklären, weshalb sich bald zahlreiche Anhänger von der DDP abwandten. Der Friedensvertrag, so hart er auch sein mochte, war zudem nicht jener Karthagofrieden, von dem viele, Rechte zumal, sprachen. Denn Deutschlands Status als europäische Großmacht blieb unberührt, ja Deutschland gewann im Osten durch die Abdrängung Russlands aus der Mitte Europas zusätzliche Bewegungsfreiheit. Außerdem war es nur eine Frage der Zeit, bis sich der wirtschaftliche und politische Einfluss des Reichs in Südosteuropa ungehindert entfalten konnte.[56]

Die in den Artikeln 227–230 des Versailler Vertrags geforderte Auslieferung deutscher »Kriegsverbrecher« zur Strafverfolgung, unter denen sich auch der frühere Kaiser *Wilhelm II.*, verschiedene ehemalige Regierungsmitglieder und Militärs befanden, konnte zudem abgewendet werden. Einerseits weigerte sich die niederländische Regierung, den Exkaiser, der bereits im November 1918 nach Holland geflüchtet war, unter Berufung auf das Asylrecht an die Entente auszuliefern. Andererseits erreichte Reichskanzler *Bauer*, dass die Alliierten durch das Versprechen der Regierung, die Beschuldigten vor ein deutsches Gericht zu stellen, ihre Forderung fallen ließen. Als die Nationalversammlung im März 1920 diese Zusage auf eine legislative Grundlage stellen wollte, ergriff *Falk* die Gelegenheit, um seine entschiedene Missbilligung und Verbitterung über die im Friedensvertrag verankerte alliierte Forderung im Plenum zum Ausdruck zu bringen. Das Ansinnen der Entente sei eine »Ungeheuerlichkeit« und eine Zumutung, da allein Deutsche für Tatbestände, die zur Zeit ihrer Begehung noch nicht unter Strafe gestellt worden seien, zur Verantwortung gezogen werden sollten. Wenn nun Beschuldigte in Deutschland vor Gericht gestellt würden, sei dies allein »eine Folge des sittlichen Gedankens, der nach wie vor im deutschen Volke lebt, der das deutsche Volk trägt.«[57] In den schließlich zwischen 1921 und 1927 durchgeführten Prozessen vor dem

---

54 Die Abstimmung in der 40. Sitzung der Nationalversammlung am 22. Juni 1919, Zustimmung zum Friedensvertrag unter Vorbehalt, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1135–1138; die Abstimmung in der 41. Sitzung am 23. Juni 1919, in: ebd., S. 1141. *Falk* selbst hatte am 22. Juni 1919 der Unterzeichnung des Friedensvertrags unter Vorbehalt seine Zustimmung versagt und sich auch der am gleichen Tag stattfindenden Abstimmung über den Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, enthalten. Vgl. ebd., S. 1136. Vgl. auch KRÜGER, S. 65–76; KOLB, Der Frieden von Versailles, S. 71–90; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 333–344.

55 Edition, S. 291. *Preuß* blieb allerdings als Sonderreichskommissar weiterhin für die Verfassung zuständig. Vgl. FAATZ, Preuß, S. 23.

56 Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 36 f.

57 Die Rede *Falks* in der 148. Sitzung der Nationalversammlung am 4. März 1920, in: SBNV 1919/20, Bd. 332, S. 4665–4668, Zitate S. 4666.

Leipziger Reichsgericht wurden allerdings die meisten Verfahren eingestellt. Nur vier Personen wurden zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt.[58]

Neben der Verfassungsgebung und dem Friedensschluss hatte die Nationalversammlung weitere, aus den Kriegsfolgen und den gewandelten politischen Verhältnissen resultierende Fragen und Probleme zu bewältigen. Dazu zählte auch das Rayonsteuergesetz, dem *Falk* besondere Aufmerksamkeit zollte.[59] Nach dem Gesetz sollte derjenige Wertzuwachs erfasst werden, der entstand, wenn bei der durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Schleifung der meisten Grenzfestungen die Benutzungs- und Bauverbote für die im Festungsvorland (Rayons) gelegenen Grundstücke fortfielen.[60] Als Abgeordneter einer betroffenen Festungsstadt ließ *Falk* sich in den zuständigen Ausschuss wählen.[61] Mit dem Entwurf, den er noch Jahre später als »Ergebnis der Arbeit am grünen Tisch«[62] bezeichnete, war er allerdings nicht sonderlich zufrieden. Der Entwurf verkenne völlig, worauf es eigentlich ankommen würde. Die nach der Veröffentlichung der Vorlage hochschnellenden Grundstückspreise verhinderten, dass die Festungsstädte das Rayongelände zu einem angemessenen Preis zugunsten einer großzügigen Boden- und Siedlungspolitik erwerben könnten. Deshalb sollten die Rayonbeschränkungen bis zum vollständigen Erwerb des Geländes durch die betroffenen Kommunen erhalten bleiben. Mit dieser Ansicht rannte *Falk* im Ausschuss offene Türen ein, so dass die Gesetzesvorlage in der Schublade verschwand und Mitte August ein neuer, diesen Vorstellungen Rechnung tragender Gesetzentwurf eingefordert wurde.[63] Eine entsprechende Vorlage ging dem Parlament schließlich auch im März 1920 zu. Sie wurde noch im folgenden Monat verabschiedet.[64] »Dank der ausgezeichneten und lückenlosen Aufklärungen«, die er vom Hamburger Oberbaudirektor Fritz *Schumacher* und dem Kölner Beigeordneten Joseph Maria *Herlet*, erhalten habe, habe er, so *Falk*, »dieses Ergebnis maßgeblich beeinflussen« können »und damit nicht nur einer sozialen Bodenpolitik überhaupt, sondern auch ganz besonders der Stadt Köln einen bedeutungsvollen Dienst« erwiesen. »Sonst wäre es *Adenauer* nicht möglich gewesen, seine gigantischen Grün-

58 Vgl. Gerd HANKEL: Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003.

59 Vgl. den Entwurf eines Rayonsteuergesetzes, in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 335, Nr. 377.

60 Vgl. auch die Rede des Demokraten Eugen *Schiffer* in der 50. Sitzung der Nationalversammlung am 8. Juli 1919: »Vom fiskalischen Standpunkt aus lohnt es sich natürlich nicht: es ist nur gemacht aus dem Gesichtspunkt: das Reich hat nichts zu verschenken, und deshalb muß denjenigen, die sonst durch den Wegfall des Rayons und die Einbehaltung der früher gezahlten Entschädigung sich bereichern würden, diese Bereicherung weggenommen oder beschnitten werden.«

61 Vgl. SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1461.

62 Edition, S. 283.

63 Vgl. den Mündlichen Bericht des 11. Ausschusses über den Entwurf eines Rayonsteuergesetzes (Nr. 377, 840), in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 338, Nr. 840, S. 759 f.; ferner ebd., Bd. 329, S. 2465 f. Der Berichterstatter des Ausschusses, der Kölner Wilhelm *Sollmann* (SPD), hob die »verhängnisvolle Wirkung der Aufhebung der Rayonbeschränkungen« für seine Heimatstadt hervor. Ebd., S. 2466, H. i. O.

64 Vgl. den Entwurf eines Gesetzes über ein Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung von Rayonbeschränkungen, in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2483, S. 2713–2721. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs in der 157. Sitzung der Nationalversammlung am 29. März 1920, in: ebd., Bd. 332, S. 4939, die zweite und dritte Lesung in der 163. Sitzung am 16. April 1920, in: ebd., Bd. 333, S. 5190–5192. Das Gesetz über Enteignungsrecht von Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung von Rayonbeschränkungen, vom 27. April 1920, in: RGBl. Jg., 1920, Nr. 92, S. 697–706.

gürtelpläne zu verwirklichen, die auf Menschenalter hinaus der Stadt zum größten Segen gereichen werden.«[65]

Neben dem Rayonsteuergesetz beanspruchte in jenen Jahren eine weitere Frage *Falks* Aufmerksamkeit, die im Kontext der allgemeinen, während und nach der Revolution lebhaft geführten Sozialisierungsdebatte gesehen werden muss: die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Wenn die DDP auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne allgemeiner Verstaatlichung entschieden ablehnte, so erkannte sie doch die Notwendigkeit einer Regulierung jener, durch Vertrustung, Kartell- und Verbandsbildung gekennzeichneten Bereiche im Interesse des Allgemeinwohls an.[66] Zu jenen Wirtschaftsbereichen konnte auch die Elektrizitätswirtschaft gezählt werden. Mit dem Gesetz, das den plakativen Namen »Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft« führte, sollte ein zentraler Sektor der Energiewirtschaft unter staatliche Aufsicht und Kontrolle gestellt werden. Grundlage des Entwurfs bildete das Sozialisierungsgesetz vom März 1919, das das Reich dazu ermächtigte, auf dem Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung sozialisierungsreife Unternehmen, nicht zuletzt jene, die der Gewinnung von Bodenschätzen und der Ausnutzung von Naturkräften dienten, in Gemeinwirtschaft zu überführen.[67] Für die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft sprachen mehrere, aktuelle wie auch allgemeine Gründe. Zum einen wurde infolge der das Saarland betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrags und der Deutschland auferlegten Verpflichtung zu Kohlenlieferungen an das Ausland mit einem drastischen Kohlenmangel gerechnet, der es erforderlich machte, im stärkeren Maße als bisher auch Wasserkräfte zur Energieversorgung heranzuziehen. Zum andern sollte mit dem Gesetz eine einheitliche Elektrizitätsversorgung Deutschlands, die, nicht zuletzt durch den Bau von Hochspannungsleitungen, auch bisher unterversorgte Regionen in gebührender Weise berücksichtigen sollte, geschaffen, darüber hinaus auch einer weiteren Zersplitterung in teilweise unwirtschaftliche Einzelunternehmen vorgebeugt werden.[68]

Bereits als Kölner Stadtverordneter hatte *Falk* die Probleme der kommunalen Energieversorgung kennen gelernt und auch an den Verhandlungen mit dem rheinischen Braunkohlensyndikat, durch die Köln seine Selbständigkeit gegenüber dem RWE sichern konnte, mitgewirkt. Seine Erfahrungen vermochte *Falk* in dem für das Gesetz zuständigen Ausschuss einzubringen, der ihn schließlich auch zum Berichterstatter für das Plenum wählte.[69] Als Vertreter der DDP brachte er die Zustimmung seiner Partei zur Sozialisierung der dafür als geeignet erachteten Elektrizitätswirtschaft zum Ausdruck. Seine Partei könne das Gesetz auch deshalb unterstützen, weil im Ausschuss die »Entschädigung für die Entziehung der Anlagen angemessener« hätte gestal-

---

65 Edition, S. 283.

66 Vgl. den Aufruf zur Gründung der demokratischen Partei, der am 16. November 1918 im »Berliner Tageblatt« erschien, in: NUSCHKE, S. 25 f., hier S. 26: Die Zeit »erfordert, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen«. Das Programm der DDP vom Dezember 1919, in: Wilhelm MOMMSEN (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 508–514, hier S. 512f. Zur Sozialisierungsdebatte vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 850–871, 943–950.

67 Zum Sozialisierungsgesetz vom März 1919 vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 1104f.; vgl. auch dazu Hans SCHIECK: Die Behandlung der Sozialisierungsfrage in den Monaten nach dem Staatsumsturz, in: Eberhard Kolb (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 138–164.

68 Vgl. den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 338, Nr. 714, S. 486–494.

69 Vgl. die Rede *Falks* als Berichterstatter in der 130. Sitzung der Nationalversammlung am 16. Dezember 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 331, S. 4059 f.

tet werden können.[70] Das Gesetz, das im Dezember 1920 in Kraft trat[71], leistete insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Vereinheitlichung und besseren Nutzung der Energieversorgung im Reich. »Bei der Gründung der preußischen Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft (PREAG) [im Jahre 1927] und bei meiner jahrelangen Tätigkeit in deren Aufsichtsrat«, so erinnerte sich *Falk*, »konnte ich auf meiner Arbeit in dem Elektrizitätsausschuß der Nationalversammlung aufbauen.«[72]

Zu den Ausschüssen, in die die Fraktion *Falk* entsandte, zählte auch derjenige, der sich mit den Änderungen der Ehrengerichtsbestimmungen der Offiziere und der Militärgerichtsbarkeit zu beschäftigen hatte. Seine Aufgabe sah *Falk* vor allem darin, zwischen den enragierten Gegnern der militärischen Ehrengerichte und jenen, die an diesen tradierten Institutionen festzuhalten gedachten, zu vermitteln. Die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Ehrengerichte, die insbesondere der Führer der Zentrumsfraktion und entschiedene Duellgegner Adolf *Gröber* erhoben hatte, wollte *Falk* nur unter Vorbehalt zustimmen, da ansonsten »ein gewisses Vakuum [...] bezüglich der Disziplinargerichtsbarkeit der Offiziere« entstehen könne. Der von den Mehrheitssozialdemokraten gestellte Antrag auf sofortige Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wiederum fand zwar die grundsätzliche Billigung der Demokraten, da sie die Legitimation einer eigenen Gerichtsbarkeit des Militärs verneinten. Doch entschieden sie sich schließlich für einen Kompromissantrag des Zentrums (»Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben«), da sich Reichswehrminister *Noske* wegen der befürchteten Überlastung der Zivilgerichte und der damit verbundenen Verschleppung der Verfahren gegen eine sofortige Aufhebung ausgesprochen hatte. Die von den Unabhängigen Sozialdemokraten geforderte sofortige Beseitigung der Kriegs- und Standgerichte lehnte *Falk* darüber hinaus ab, da diese angesichts der nachrevolutionären Wirren zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unverzichtbar seien.[73] Bei *Falks* Wahl in den zuständigen Ausschuss hatte sicherlich neben seiner juristischen Erfahrung seine Tätigkeit am Kriegsgericht in Zweibrücken eine entscheidende Rolle gespielt. Die Materie wurde schließlich in der Weimarer Reichsverfassung einer endgültigen Regelung zugeführt, nach der die militärischen Ehrengerichte beseitigt wurden und die durch ein Reichsgesetz zu regelnde Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe, ausgesprochen wurde.[74]

Will man *Falks* parlamentarisches Debüt in der Weimarer Nationalversammlung einem abschließenden Resümee unterziehen, so bleibt vor allem sein rühriges, engagiertes Wirken als Rheinländer hervorzuheben. Seiner Stellung als führender Liberaler der besetzten Gebiete hatte er es zu verdanken, dass er bereits in der Aussprache über die Regierungserklärung *Scheidemanns* von seiner Fraktion ins Rennen geschickt wurde. Er war das Sprachrohr der deutsch- und preußischgesinnten Rheinländer, die sich deutlich von der separatistischen Bewegung ihrer Provinz distanzieren wollten, die durch ihre Nähe zu den Besatzungsmächten in ein eigentümliches Zwielicht gerückt war. Als »deutscher Rheinländer« konnte *Falk* sich somit rasch einen Namen machen,

---

70 Vgl. die Rede *Falks* in der 130. Sitzung der Nationalversammlung am 16. Dezember 1919, in: ebd., S. 4065 f., Zitat S. 4065, H.i.O.

71 Gesetz, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, vom 31. Dezember 1919, in: RGBl. 1920, Nr. 5, S. 19–26.

72 Edition, S. 285.

73 Die Rede *Falks* in der 53. Sitzung der Nationalversammlung am 10. Juli 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 329, S. 1478 f., Zitat S. 1478. Vgl. auch die Rede *Falks* in der 162. Sitzung am 15. April 1920, in: ebd., Bd. 333, S. 5161 f., 5166.

74 Art. 105 und 106 WRV. Vgl. BLANKE, S. 264.

womit die Ausgangsbedingungen für seine weitere politische Karriere ausgesprochen günstig waren. Sein Wirken in zahlreichen Ausschüssen offenbarte zudem sein parlamentarisches Engagement, das in seiner Wahl zum Berichterstatter des mit dem Gesetz zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft betrauten Ausschusses zum Ausdruck kam. Bezahlt machten sich hier auch seine juristische Fachkenntnis und seine kommunalpolitische Erfahrung, die ihm nicht nur die parlamentarische Tagesarbeit erleichterten, sondern auch sein Verständnis für komplexere Themen schärften.

Die politische Situation in Deutschland hatte sich zu Anfang des Jahres 1920 spürbar radikalisiert. Das zeigten die gewaltsamen Demonstrationen der extremen Linken vor dem Reichstag während der Beratungen des Betriebsrätegesetzes im Januar, das zeigte aber auch die Hetze der radikalen Rechten gegen die Weimarer Koalition und vor allem ihren schillerndsten Vertreter, Reichsfinanzminister Matthias *Erzberger*. *Erzberger* war als Miturheber der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917, als Leiter der deutschen Waffenstillstandsdelegation wie auch als führender Repräsentant der Weimarer Koalition der meistgehasste Mann der deutschen Rechten. Ihre Angriffe auf den Finanzminister führten zu einem Beleidigungsprozess *Erzbergers* gegen den früheren Vizekanzler und führenden Deutschnationalen Karl *Helfferich*, in dem das Gericht *Erzberger* die Vermengung politischer und geschäftlicher Interessen nachweisen zu können glaubte. *Erzberger* trat daraufhin im März 1920 von seinem Amt als Finanzminister zurück. Doch die Rechte hatte sich auf ihn eingeschossen. Anderthalb Jahre später, im August 1921, wurde er Opfer eines heimtückischen Mordanschlags.[75]

Die allgemeine Radikalisierung und die durch den Prozess geschürte nationalistische Erregung schufen den Nährboden für den sogenannten *Kapp*-Putsch, den ersten Putsch von rechts, der die Weimarer Republik erschüttern sollte. Das auslösende Moment bildeten die Entwaffnungsbestimmungen des am 1. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Vertrags, nach denen die deutsche Heeresstärke von damals etwa 400000 auf 100000 Mann reduziert werden musste. Zu den Betroffenen, die sich gegen das Schicksal der Auflösung stemmten, zählten die in der Nähe Berlins liegenden Freiwilligenverbände, ehemalige Baltikumkämpfer, die auch in den Grenzkämpfen und im Bürgerkrieg eingesetzt worden waren.[76] Am 13. März, einen Tag nach der Urteilsverkündung im *Erzberger-Helfferich*-Prozess, besetzten die Eliteeinheit der Marinebrigade *Ehrhardt* sowie mehrere andere Formationen unter Führung von General *v. Lüttwitz* das Berliner Regierungsviertel. Der ostpreußische Generallandschaftsdirektor *Kapp*, ein Alldeutscher, der 1917 die nationalistische Vaterlandspartei mitbegründet hatte, wurde zum Kanzler ausgerufen. Die Regierung *Bauer* entkam nach Stuttgart, nur Vizekanzler Eugen *Schiffer* von der DDP verblieb in Berlin, um Verhandlungen mit den Kappisten führen zu können.[77]

Der *Kapp*-Putsch überraschte *Falk* in Köln. Er löste dort, so erinnerte sich *Falk*, »eine ganz gewaltige Kundgebung der republikanischen Parteien aus. In Riesenzügen marschierte man durch die Stadt nach Deutz, wo in freiem Felde von rasch hergestellten

75 Vgl. EPSTEIN, S. 392–440.

76 Ernst TROELTSCH: Der Putsch der Prätorianer und Junker, 23.3.1920, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 125–132, hier S. 127: Vollzogen wurde der Putsch »mit Hilfe der sogenannten Baltikum-Truppen, den wildesten und gefährlichsten Teilen der Armee, denen eine Solderhöhung um 7 M. für den Tag versprochen wurde und denen gesagt wurde, es gehe gegen die Juden und Spartakisten; sie trugen das antisemitische Hakenkreuz auf ihren Helmen.«

77 Vgl. ERGER. Vgl. auch Robert JANSEN: Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920. *Jansen* war Hauptgeschäftsführer der DDP.

Rednertribünen die Abgeordneten und Führer, auch ich, Ansprachen an die Freunde hielten. Die Züge führten Schilder mit« verschiedenen »Inschriften mit sich. Dabei kam der unverwüstliche Kölner Humor mehrfach zu seinem Recht. So wurde einer Gruppe Eisenbahner oder Straßenbahner ein Schild mit der Inschrift vorangetragen: Unsere Räder stehen still, wenn der *Kapp* regieren will.«[78]

In seiner Rede auf dem Exerzierplatz in Köln-Deutz geißelte *Falk* am 15. März den Staatsstreichversuch in scharfen Worten. Gerade sei das deutsche Volk dabei, sich langsam zu erholen, die Loslösungsbestrebungen in den Rheinlanden seien zurückgetreten und auch das Vertrauen des Auslandes sei größer geworden. »Und alle diese Gewinne seien durch die katastrophale Politik der Männer in Berlin zerstört worden, die nicht einsehen wollten und konnten, daß eine neue Zeit für Deutschland heraufgezogen sei.« Für die Reichswehr fand *Falk* »die schärfsten Worte der Verurteilung.« Gleichzeitig brachte er die Überzeugung zum Ausdruck, »daß dieser Frevel am deutschen Lande nur von kurzer Dauer sein werde, daß er schwer und gerecht geahndet werde.« Man müsse nun aufpassen, dass das Ausland nicht zu der Auffassung komme, dass der Militarismus in Deutschland wieder Auftrieb erhalte, »denn sonst würden wir am Rhein es zu büßen haben.« Die Versammlung in Köln-Deutz war ein beeindruckendes und sichtbares Zeichen, das die Demokraten im Westen gegen den *Kapp*-Putsch setzten. Es habe sich, so schrieb die »Kölnische Zeitung«, im Gegensatz zu den Vorgängen vom November 1918 diesmal um eine richtige »Volksbewegung« gehandelt.[79]

Angesichts des umgehend von der Regierung ausgerufenen Generalstreiks und der Weigerung der Ministerialbürokratie, mit den Putschisten zusammenzuarbeiten, brach der »Putsch der Prätorianer und Junker«[80] nach wenigen Tagen zusammen. Der Streik allerdings dauerte noch an, da die Gewerkschaften den Augenblick nutzen wollten, um politische Garantien für eine demokratische Fortentwicklung der Republik zu erlangen. So wurde neben der Bestrafung der Putschisten und dem Rücktritt des verhassten *Noske* die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen sowie bei der Neuordnung der Verhältnisse, das hieß der Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und der Demokratisierung des Verwaltungs- und Militärapparats, gefordert. Diese Forderungen fanden teilweise in dem zwischen der Reichsregierung, dem preußischen Staatsministerium, den Mehrheitsparteien und den Gewerkschaften ausgehandelten Acht-Punkte-Abkommen vom 20. März 1920 ihren Niederschlag. Zwar wurde den gewerkschaftlichen Verbänden ein entscheidender Einfluss auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt, andererseits doch auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dies nur »unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung« erfolgen könne.[81]

Bei der folgenden Neubildung der Reichsregierung räumten Kanzler *Bauer* und Reichswehrminister *Noske* ihre Plätze. Die Nachfolge *Bauers* als Kanzler trat der Sozialde-

78 Edition, S. 291.

79 KÖLNISCHE ZEITUNG, 256, 16.3.1920: »Die Kundgebung in Köln.« H.i.O. »Während damals die große Masse teilnahmslos beiseite stand, handelte es sich diesmal um eine Volksbewegung größten Umfangs.«

80 Ernst TROELTSCH: Der Putsch der Prätorianer und Junker, 23.3.1920, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 125–132.

81 Diese Vereinbarungen fanden später auch Eingang in das Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920, durch das auch im Ruhrgebiet die Streikbewegung einem Ende zugeführt werden konnte. Ursprünglich handelte es sich um neun Punkte. Der neunte Punkt mit seiner Forderung nach dem Rücktritt *Noskes* und des preußischen Innenministers *Heine* konnte seit dem 22. März 1920 als vollzogen gelten, so dass die sogenannten neun Punkte auch als acht Punkte zitiert wurden. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 69 f.; URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 4, Nr. 865, S. 111–113; SEVERING, Bd. 1, S. 263–265.

mokrat Hermann *Müller* an, während die Sozialdemokraten das Reichswehrministerium dem bayerischen Demokraten, früheren Nürnberger Oberbürgermeister und bisherigen Minister für Wiederaufbau Otto *Geßler* überließen. Da Justizminister und Vizekanzler *Schiffer* wegen seiner Verhandlungen mit den Putschisten als kompromittiert galt, musste auch er gehen. Seinen Platz übernahm der »sehr viel derbere« Hamburger Rechtsanwalt Andreas *Blunck*, der seit 1912 die Fortschrittliche Volkspartei im Reichstag vertreten hatte.[82] Vizekanzler wurde der bisherige Reichsinnenminister Erich *Koch*. Das Ministerium für Wiederaufbau wurde wenig später mit Walther *Rathenau* neu besetzt. Insgesamt konnten die Demokraten den Rücktritt *Schiffers* verschmerzen, da sie ihre Position in der Reichsregierung ausbauen und die Zahl der von ihnen besetzten Ressorts von drei auf vier erhöhen konnten.[83]

Nach der Umbildung der Regierung sah es *Falk* als seine Aufgabe an, in der »Demokratischen Partei-Korrespondenz«, das Kabinett und die in ihm vertretenen demokratischen Minister den Parteimitgliedern vorzustellen und gleichzeitig auch die Politik der Parteiführung zu verteidigen. »Die Neubildung des Kabinetts ist außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnet.« Dem Verlangen der Demokraten nach Rücktritt des Gesamtkabinetts und die Ersetzung durch ein neues hätten erhebliche Hindernisse entgegengestanden. »Sie wurden noch dadurch verstärkt, daß die am Streik in Berlin beteiligten Organisationen mit Forderungen hervortraten, die im Rahmen der Verfassung und der Demokratie nicht zu erfüllen waren. Doch schließlich hätten sich die beiden Mehrheitsparteien auf den Boden der DDP gestellt, so dass das Kabinett *Bauer* zurücktreten und der bisherige Außenminister *Müller* mit der Neubildung beauftragt werden konnte. *Falk* vergaß natürlich nicht herauszustreichen, dass die Demokraten im neuen Kabinett mit vier Ministern vertreten seien, was, so konnte man zwischen den Zeilen lesen, ihr den Verzicht auf Eugen *Schiffer* erleichtert habe. Dennoch bezeichnete er den Rückzug *Schiffers* als »[u]eberaus schmerzlich für die Fraktion«, sei *Schiffer* doch »einer der fähigsten Köpfe und hervorragendsten Politiker in unseren Reihen«, ein Mann, der während des Putsches, »in schwierigen Tagen das Höchste geleistet hat, was von einem Staatsmann, einem Politiker und einem Vaterlandsfreund gefordert werden kann, der Zehntausenden wahrscheinlich das Leben gerettet hat, und dabei sich bewußt war, daß er trotzdem [sic] von ihm erzielten Erfolge vielleicht seine Person zum Opfer bringen müßte.« *Falk* präsentierte die demokratischen Kabinettsmitglieder mehr oder weniger ausführlich in anerkennenden und lobenden Worten, wobei der bisherige Reichsinnenminister und neue Vizekanzler Erich *Koch* nur kurz Erwähnung fand. Die demokratischen Minister wurden in der Regel als erfahrene, fachlich kompetente und rhetorisch versierte Politiker vorgestellt. So betonte *Falk*, dass der neue Reichswehrminister *Geßler* »alle die Eigenschaften« mitbrächte, »die dieses verantwortungsvolle, schwierige und gefährliche Amt« fordern würde. Dabei machte er gleichzeitig deutlich, dass die Übernahme dieses Ressorts für die Demokraten nach dem Putsch »ein schweres Opfer« darstellen würde, das sie jedoch »im Interesse des Vaterlandes« bringen würden, um wieder rasch zu geordneten Verhältnissen im Heer zu kommen. Auch der neue Reichsjustizminister *Blunck* wurde »als scharfsinniger Jurist, hervorragender Steuerpolitiker und schlagfertiger Redner«, der »weit über die Kreise der Partei hinaus hohes Ansehen« genießen würde, angepriesen.[84]

---

82 *Blunck*, so erinnerte sich der spätere Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner *Stephan*, habe bald bewiesen, »daß es ihm fundamental an Takt und Geschmack fehlte.« STEPHAN, Aufstieg, S. 164.

83 Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 163–165; zur politischen Situation in Preußen vgl. Robert JANSEN: Die Regierungsbildung in Preußen, Berlin 1921.

84 Bernhard *Falk*: Die Neubildung des Kabinetts, in: DEMOKRATISCHE PARTEI-KORRESPONDENZ, 64,

Insgesamt sollte mit diesem geradezu panegyrischen Artikel das Bild einer Partei vermittelt werden, die sich nicht scheute, im Interesse des Vaterlandes selbstlos Opfer zu bringen, und auch bereit war, selbst die schwierigsten und dornenreichsten Aufgaben anzupacken. Mit der Betonung der politischen Erfahrung und sachlichen Kompetenz des mit Weichzeichner geschönten demokratischen Führungspersonals sollten in der Partei, aber auch darüber hinaus Vertrauen und Sympathien geweckt werden, deren die DDP nach den außen- und innenpolitischen schwierigen Monaten dringend bedurfte. Interessant an dem Artikel ist aber auch die deutliche Kritik an den mit der Verfassung und der Demokratie schwer in Einklang zu bringenden Forderungen der Gewerkschaften. Bereits in der Sitzung des Parteivorstands vom 23. März hatten *Falk* und andere Vorstandsmitglieder »lebhafte Vorstellungen« nicht nur gegen die Verhandlungen mit den Putschisten, sondern auch gegen jene mit den Gewerkschaften erhoben.[85] Auf der zwei Tage später stattfindenden Vorstandssitzung wurde schließlich auch ein von *Falk* und Oscar *Meyer* eingebrachter Antrag gebilligt, in dem dem Parteivorstand die Pflicht auferlegt wurde, »entschiedenen Widerspruch zu erheben gegen jede Auslegung und Anwendung der acht Punkte, die mit der Verfassung und den demokratischen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile unvereinbar sind.«[86]

Der Artikel über »Die Neubildung des Kabinetts« war *Falks* einziger Beitrag für die nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Tageszeitungen mit Informationen über die Partei und ihre Politik versorgende »Demokratische Partei-Korrespondenz«. Das »Schreiben« lag *Falk* nicht. Nur wenige Aufsätze und Artikel des rheinischen Politikers sind überliefert, die in der Regel in parteiinternen Blättern oder Kölner Zeitungen erschienen.

Der *Kapp*-Putsch sollte noch ein parlamentarisches Nachspiel haben, da sich einige Politiker und Parteien, nicht zuletzt DNVP und DVP, während des Putsches Blößen gegeben hatten, die scharfe Kritik herausfordern mussten. So waren einige Landesverbände und führende Mitglieder der DNVP, wie Kuno *Graf Westarp*, tief in den Putsch verstrickt. Die spätere Distanzierung vom Putsch klang deshalb einigermaßen gezwungen und gewunden. Die DVP wiederum hatte sich durch ihren Aufruf vom 13. März kompromittiert, in dem sie den Sturz der Regierung *Bauer* als vollzogen ansah und der Hoffnung Ausdruck gab, das die neue »provisorische Regierung« durch baldige Neuwahlen durch eine »verfassungsmäßige Regierung« abgelöst werden könne. Später versuchte die Partei sich nach Kräften von den rechtsradikalen Aktivitäten zu distanzieren und unbedingte Verfassungstreue zu bekunden.[87] Doch half dies wenig. Am 29. März sprach der neue Reichskanzler *Müller* in seiner Regierungserklärung der Rechten eine

27.3.1920. *Falk* betonte in seinen Erinnerungen, dass *Geßler* »wegen seiner Tüchtigkeit, Willenskraft und charaktervollen Gesinnung vollen Vertrauens würdig war. Wenn er in entscheidenden Fragen unseres innerpolitischen Lebens von schlauen Untergebenen hinter das Licht geführt [worden] sein sollte, so spricht auch das nicht gegen seine Fähigkeit und seine Zuverlässigkeit. Ich habe es immer bedauert, daß er viel zu früh aus seinem Amte und dem politischen Leben überhaupt ausgeschieden ist.« Edition., S. 291 f.

85 Sitzung des Vorstands vom 23. März 1920, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 53, S. 117 f., Zitat S. 117.

86 Sitzung des Vorstands vom 25. März 1920, in: ebd., Nr. 54, S. 118–120, hier S. 120.

87 Vgl. ERGER, S. 219–225; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 79f.; RICHTER, Die Deutsche Volkspartei, S. 88–106; Axel SCHILDT: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 146–148.

Mitschuld am Putsch zu.[88] Der neue demokratische Reichsjustizminister hieb in dieselbe Kerbe und ging vor allem die DVP scharf an[89], was wiederum den renommierten Staatsrechtler und rechtspolitischen Sprecher der DVP Wilhelm *Kahl*[90] zu heftigen Angriffen auf *Blunck*, den er einen »Winkeladvokaten« nannte, veranlasste.[91]

Falk sah sich deshalb veranlasst, seinem Parteifreund und Minister zur Seite zu springen. Als erfahrener Rechtsanwalt schien er auch der geeignete Mann zu sein, der dem Staatsrechtler Paroli bieten konnte. *Kahl*, so *Falk*, habe im Auftrage seiner Partei den Justizminister »in einer Weise angegriffen, in der in deutschen Landen noch niemals ein Minister angegriffen worden« sei. »Ich hätte mal sehen wollen, wenn unter der wilhelminischen Herrschaft – (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Da gab es solche Minister nicht!) – Herr *Graf Dohna*[92], das ist ein starkes Stück! (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Da können Sie sich drauf verlassen!) – Da hat es Minister gegeben, von denen ich jetzt nicht weiter sprechen will; denn ich habe nicht die Absicht, die Stimmung hier zur Siedehitze zu bringen, sondern mir kommt es nur darauf an, dem Volk und der Öffentlichkeit zu zeigen, daß der Herr Kollege *Kahl*« geglaubt habe, »es sich herausnehmen zu dürfen«, »den meiner Partei angehörenden Minister in einer inhaltlich und formell mehr als zulässigen, und zwar unerhörten und unerträglichen Weise anzugreifen.« *Kahl* habe mit seinen Angriffen auf *Blunck* nur von den Vorwürfen ablenken wollen, die gegen die DVP in der Öffentlichkeit wegen ihrer Haltung am 13. März erhoben würden. Denn in dem bekannten Aufruf vom 13. März, in dem die DVP davon sprach, dass die provisorische Regierung alsbald Wahlen zum Reichstag ausschreiben solle, habe die Partei die *Kapp*-Regierung letztlich anerkannt. Sie habe »anerkannt, daß die Nationalversammlung nicht mehr existiert und daß ein neuer Reichstag von *Kapp* und *Lüttwitz'* Gnaden über die Geschicke des deutschen Volkes mit zu taten [sic] berufen sein soll.« Den Versuchen der DVP, den Demokraten »den Generalstreik aufs Butterbrot [zu] schmieren«, sah *Falk* gelassen entgegen. Denn der Generalstreik sei letztlich das »einzige Mittel« gewesen, mit dem der Staatsstreich hätte beendet werden können.

Die DVP, so könnte man *Falks* Rede in wenigen Worten zusammenfassen, war durch den Putsch eindeutig kompromittiert und sollte sich deshalb in Zukunft rhetorischer Rundumschläge, die doch eigentlich nur die eigene Hilflosigkeit dokumentierten, enthalten. *Falk* hatte mit seinen scharfen Attacken auf einen der führenden Politiker der DVP die Fronten noch einmal klar gezogen und die Folterwerkzeuge aufgezeigt, mit denen die DDP die liberale Schwesterpartei im anstehenden Wahlkampf traktieren wollte. Die Reichstagsdebatte bildete letztlich den Auftakt zu den auf den 6. Juni 1920 angesetzten Reichstagswahlen.[93]

Wenn die Demokraten hofften, aus dem Putsch und seinen Folgen politisches Kapital schlagen zu können, so sollten sie bald eines Besseren belehrt werden. Denn DNVP

---

88 Die Rede des Reichskanzler Hermann *Müller* in der 157. Sitzung der Nationalversammlung am 29. März 1920, in: SBNV 1919/20, Bd. 332, S. 4932–4937, bes. S. 4935 f.

89 Die Rede des Reichsjustizministers *Blunck* in der 160. Sitzung der Nationalversammlung am 13. April 1920, in: ebd., Bd. 333, S. 5092–5096.

90 Wilhelm *Kahl* (1849–1932), Kirchenrechts-, Staatsrechts- und Strafrechtslehrer, 1919/20 MdNV, 1920–Mai 1932 MdR (DVP).

91 Die Rede Wilhelm *Kahls* in der 161. Sitzung der Nationalversammlung am 14. April 1920, in: SBNV 1919/20, Bd. 333, S. 5137–5142, hier S. 5141.

92 Alexander Graf zu *Dohna-Schlodien* (1876–1944), Strafrechtslehrer und Rechtsphilosoph, 1919/20 MdNV, 1920–1924 MdR (DVP).

93 Zum demokratischen Wahlkampf vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 165–173.

und DVP profitierten ganz wesentlich vom allgemeinen Rechtstrend, der sich seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags überall abzuzeichnen begann. »Eine der üblichen Zeitungsüberschriften«, so befand im Dezember 1919 der Demokrat Ernst *Troeltsch* in einer seiner Kolumnen für die Münchner Zeitschrift »Der Kunstwart und Kulturwart«, »ist heute ›Die Welle von rechts‹. Sie wird niemand verwundern, der diesen Berichten gefolgt ist oder der selber die verschiedenen Stimmungszeichen genauer beobachtet hat.«[94] Und dieser Rechtstrend schlug sich bei den Wahlen zum ersten Reichstag deutlich nieder. Für die Demokraten waren diese Wahlen eine veritable »Katastrophe«[95], da sie mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate verloren. Hatte sie 1919 noch 18,5 Prozent der Stimmen erreicht, so errang sie ein Jahr später gerade einmal 8,2 Prozent. Auch wenn man berücksichtigt, dass ihr Wahlsieg 1919 einer Ausnahmesituation geschuldet war und nun eine gewisse Normalisierung Platz griff, waren die Wahlverluste doch enorm. Dies musste schmerzen umso mehr, als die rechtsliberale Schwesterpartei DVP ihren Stimmenanteil sensationell von 4,4 auf 14 Prozent steigern konnte. Die DVP hatte nun den Demokraten den Rang abgelaufen. Seitdem bildete sie die stärkste liberale Kraft im Parlament. Der Schock der Demokraten saß tief, zumal auch die Weimarer Koalition wegen der herben Verluste der MSPD ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte. Gegenüber 467 Sitzen im Jahre 1919 (78 %) verfügten SPD, Zentrum und DDP nur mehr über 226 Mandate (48,4 %).[96] Ergebnis der Wahlen war die »Zertrümmerung der die neue Verfassung tragenden Mitte«, wie *Troeltsch* es damals einigermaßen erschrocken bezeichnete.[97] Wie sollte Deutschland fortan regiert werden, welche Parteien konnten in der Innen- und Außenpolitik einen gemeinsamen Nenner für die Bildung einer Regierung finden und wie lange mochte diese dann halten? Diese Fragen steckten das Feld der Debatte ab, die seitdem die deutsche Politik begleiteten.

Zu den Wahlverlierern zählte auch *Falk*, der in seinem Wahlkreis Köln-Aachen für die Linksliberalen kein Mandat mehr erringen konnte.[98] In seinen Erinnerungen übergeht er dieses sehr deprimierende Faktum und spart sich deshalb auch die Frage nach den Ursachen der eigenen Niederlage und der der Partei. *Falk* wurde somit wieder zurückgeworfen auf seinen eigentlichen, engeren Kölner Wirkungskreis, wo er bis 1933 als Stadtverordneter eine bedeutende Rolle in der Kommunalpolitik zu spielen vermochte. Gleichwohl verstand er es, seinen politischen Horizont zu erweitern, sich weitere Aufgaben und Ämter zu erschließen und auch auf regionaler Ebene seinen Part zu spielen. So gehörte er dem Vorstand des Städtetages, dem Rheinischen Provinziallandtag und von 1921 bis 1924 als stellvertretendes Mitglied auch dem Preußischen Staatsrat an.

---

94 Ernst TROELTSCH (Spectator): Die Welle von rechts, 19.12.1919, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 99–106, hier S. 99.

95 Ernst TROELTSCH (Spectator): Die Reichstagswahlen: Eintritt der Revolution in ein neues Stadium, 1.7. 1920, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 148–156, hier S. 149. Der spätere Reichsgeschäftsführer der DDP Werner *Stephan* sprach von einem »Katastrophentag«. Vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 173.

96 Zu den Wahlergebnissen von 1920 vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 142 f.; zu den Wahlen von 1920 vgl. auch STEPHAN, Aufstieg, S. 165–178.

97 Ernst TROELTSCH (Spectator): Die Reichstagswahlen: Eintritt der Revolution in ein neues Stadium, 1.7. 1920, in: Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 148–156, hier S. 148.

98 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 390, 26.4.1920, zur Kandidatenaufstellung; KÖLNISCHE ZEITUNG, 510, 8.6.1920: »Die Wahlen zum Reichstag.« Die DDP erhielt im Wahlkreis Köln-Aachen 1920 nur 35069 Stimmen (1919: 74000). Da die DDP in den beiden Wahlkreisen Köln-Aachen und Koblenz-Trier zusammen nur 50697 Stimmen erhalten hatte und damit knapp 9400 Stimmen an der nötigen Zahl fehlten, ging die Partei auch auf der Ebene des Wahlkreisverbandes leer aus. Vgl. auch KÖLNISCHE ZEITUNG, 509, 8.6.1920: »Die Wahlen zum Reichstag.« Ferner auch RIBHEGGE, S. 326.

8. Kölner Stadtverordneter, Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags und des Preußischen Staatsrats

Die Rahmenbedingungen der Kölner Stadtpolitik hatten sich nach 1918 mit der Einführung des allgemeinen, gleichen Verhältniswahlrechts fundamental verändert. Die Liberalen fanden sich gegenüber dem Zentrum und der Sozialdemokratie hoffnungslos in der Unterzahl. Bei der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung nach der Revolution im Oktober 1919 erhielten die Demokraten nur 7 Sitze, während das Zentrum 49 und die Mehrheitssozialdemokraten 43 errangen. Ebenso randständig wie die Demokraten waren die DVP mit 6, die USPD mit 7 und die DNVP mit 2 Mandaten.[1] Die Liberalen hatten damit 1919 ihre beherrschende Stellung im Kölner Stadtparlament verloren. Ihren Part als Gegenspieler zum Zentrum sollte fortan die SPD, die zur zweitstärksten Kraft aufgerückt war, übernehmen. *Adenauer* trug den gewandelten Verhältnissen insofern Rechnung, als er mehrere führende Sozialdemokraten in das Beigeordnetenkollegium berief. Zu ihnen zählten unter anderem der bisherige Chefredakteur der sozialdemokratischen »Rheinischen Zeitung« und Abgeordneter der Nationalversammlung, Johann (Jean) *Meerfeld*, sowie der Gewerkschaftler und spätere Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, August *Haas*. In der parteipolitischen Zusammensetzung der Beigeordneten fand auch der linksliberale Bedeutungsschwund seinen Niederschlag. Keiner der zwischen 1919 und 1933 amtierenden 27 Beigeordneten gehörte der DDP bzw. DStP an. Dagegen waren neun dem Zentrum, vier den Sozialdemokraten und zwei der DVP zuzurechnen. Der Rest war parteilos.[2] Nichtsdestotrotz kam den beiden liberalen Parteien, die sich bereits vor dem Krieg zur »Liberalen Arbeitsgemeinschaft« zusammengeschlossen hatten, eine wichtige Rolle als Mehrheitsbeschaffer zu, da keine der beiden großen Parteien die absolute Mehrheit der Mandate hatte auf sich vereinigen können. Bei den Kommunalwahlen vom Mai 1924 hatten beide Parteien sogar herbe Stimmenverluste hinzunehmen. Zwar konnten sie sich bei den folgenden Wahlen 1929 wieder stabilisieren, vermochten jedoch ihr jeweiliges Ergebnis von 1919 nicht mehr zu erreichen. Insofern blieben die Demokraten ein nicht unwichtiger Faktor der Kölner Kommunalpolitik, auch wenn die Demokraten 1924 und 1929 teilweise erhebliche Verluste zu verzeichnen hatten.[3]

Es war mithin auch ein Verdienst der Demokraten, dass nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem Einzug der englischen Besatzungstruppen bald wieder geordnete Verhältnisse in Köln einkehren konnten. Die Demokraten unter *Falk* bildeten letztlich ein Element der Stabilität und Kontinuität, die zusammen mit dem Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* und den inzwischen in ihre gouvernementale Rolle hineingewachsenen Sozialdemokraten unter *Sollmann*, *Meerfeld* und *Haas* die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen jener Zeit zu meistern halfen.

Obschon die Rahmenbedingungen durch die englische Besatzung keineswegs günstig waren, vermochte die Stadt Köln, dessen Stadtname nach 19jährigem Streit wieder mit »K« statt »C« geschrieben wurde, auf dem Gebiet der Stadtentwicklung und Industrieansiedlung weiter voranzuschreiten. Auch das lange geplante Vorhaben der Universitätsgründung konnte nach dem Krieg realisiert werden. Insgesamt entwickelte sich

---

1 Vgl. CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 195.

2 Vgl. KLEINERTZ/PABST, Die Kölner Beigeordneten.

3 Zu den Kölner Kommunalwahlen vom 4. Mai 1924 und vom 17. November 1929 vgl. CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 200, 207, 379 f. Die DDP erzielte in Köln 1919 6,4 % der Stimmen (7 Sitze), 1924 3,8 % (3) und 1929 3 % (3). Ebd., S. 379 f.

Köln in den zwanziger Jahren, nicht zuletzt nach Abzug der Besatzungstruppen im Jahre 1926, zu einer der modernsten Städte des Westens.

Da der Versailler Vertrag die Schleifung der Festungen in den linksrheinischen Gebieten vorschrieb, verlor auch die Stadt Köln ihren Festungscharakter. Mit dem Fortfall der militärischen Funktionen eröffneten sich der Stadt neue Perspektiven in der Stadtentwicklung und Stadtplanung, da nunmehr der die Festung umschließende Rayon der Bebauung offen stand. Allerdings sollte sich die Bautätigkeit im Wesentlichen auf den äußeren Rayongürtel beschränken, da der Großteil des ehemaligen militärischen Geländes in eine Grün- und Erholungsfläche umgewandelt wurde. In diesem Grüngürtel, einem Lieblingsprojekt *Adenauers*, fanden die Ideen und Gedanken der Bodenreform- und Schrebergartenbewegung ebenso wie des Wandervogels ihren Niederschlag. Mit der Schaffung dieses Naherholungsgebiets verbunden war der Ausbau und die Modernisierung der Kölner Sportanlagen, die ihren prägnanten Ausdruck im 1923 fertiggestellten Müngersdorfer Stadion fand. Die Nutzung des Festungsrayons stand anfangs vor nicht geringen Problemen, da in private Eigentumsrechte eingegriffen werden musste. Gleichwohl boten zwei Reichsgesetze von 1919 und 1920 der Stadt Köln die Möglichkeit, die erforderlichen Umlegungen und Enteignungen durchführen zu können.[4] Neben dem Fortfall des Festungscharakters boten sich mit der Eingemeindung des stark ländlich geprägten Ortes Worringen neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Maßgeblich an der Stadtentwicklung beteiligt war Professor Fritz *Schumacher* (1869–1947), einer der herausragendsten deutschen Städteplaner, der seit 1909 der Hamburger Oberbaudirektion vorstand und für drei Jahre von 1920 bis 1923 sein Wirkungsfeld in Köln fand. Als Technischer Bürgermeister legte er einen 1923 veröffentlichten Gesamtbebauungsplan vor, der allerdings nur ansatzweise realisiert werden konnte. Dennoch erwies sich sein Wirken als ein Glücksfall für die Rheinstadt.[5] *Falk* fand in seinen Erinnerungen für *Schumacher* nur lobende Worte, habe er doch »unter Überwindung unsäglicher Schwierigkeiten in seiner stillen abgeklärten Wesensart und durch sein überragendes Können die Entwicklung der Stadt in eine neue glückliche Bahn gelenkt«.[6]

In den zwanziger Jahren gelang es zudem, die Bedeutung Kölns als Industriestandort zu stärken. Mehrere ausländische Unternehmen konnten in Köln angesiedelt werden. So ließen sich 1927 Citroën und 1930 Ford in der Rheinstadt nieder. Das Kölner Ford-Werk war die einzige Niederlassung dieses Unternehmens in Europa. Neben der modernen Automobilindustrie wurde der luxemburgische Stahlkonzern ARBED, der sich den Carlswerck-Konzern angliederte, aber auch die niederländische Firma Glanzstoff-Courtaulds, ein Unternehmen der Chemiefaserindustrie, in der Rheinstadt ansässig. Die auf dem im Norden der Stadt gelegenen neuen Industriegelände angesiedelten Unternehmen konnten vom Bau des neuen Hafengeländes in Köln-Niehl profitieren. Die wirtschaftliche Bedeutung Kölns wurde zudem durch die Eröffnung des neuen Messegeländes 1923 und den Umbau des bisherigen Militärflughafens der Engländer zum Verkehrsflughafen 1926 unterstrichen. Die herausgehobene Stellung der Stadt im Rheinland reflektierte wiederum die Verlagerung wichtiger regionaler Verwaltungsein-

4 Vgl. Edition, S. 283 f.

5 Vgl. Fritz SCHUMACHER: Köln. Entwicklungsfragen einer Großstadt. Unter Mitwirkung von Wilhelm Arntz, Köln 1923; Fritz SCHUMACHER: Stufen des Lebens, Stuttgart/Berlin 1935, bes. S. 341–378; zu *Schumacher* vgl. auch Dagmar LÖBERT: Fritz Schumacher (1869 bis 1947). Reformarchitekt zwischen Tradition und Moderne, Bremen 1999; FRITZ SCHUMACHER IN KÖLN: Rückblick und Perspektiven. Dokumentation der Beiträge und Ergebnisse des Fritz-Schumacher-Kolloquiums in Köln vom 3. bis 4. September 1999. Hrsg. v. Dieter Schädel, Hamburg 2000.

6 Edition, S. 331.

richtungen nach Köln, wie des Landesarbeitsamts und des Landesarbeitsgerichts sowie des neben Düsseldorf zweiten Landesfinanzamts der Rheinprovinz. Zudem wurde Köln 1926 Sitz des neu entstehenden Rundfunks im Westen Deutschlands.

Nicht nur in städtebaulicher und wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Hinsicht wurde Köln moderner und vielgestaltiger. So konnte 1919 der lang verfolgte Plan der Gründung einer eigenen städtischen Universität umgesetzt werden und Köln sich somit zu einem von Bonn unabhängigen, eigenständigen Wissenschaftsstandort entwickeln, der durch eine insgesamt glückliche Berufungspolitik mit herausragenden Wissenschaftlern, wie den Juristen *Kelsen* oder *Stier-Somlo*, in akademischen Kreisen rasch Anerkennung fand.[7]

Falks Verhältnis zu *Adenauer* blieb eng. So berichtete der Journalist Ernst *Feder* im Juni 1928 in seinem Tagebuch von einer Rheinfahrt, an der neben dem Kölner Polizeipräsidenten und dem Regierungspräsidenten auch *Adenauer* und *Falk* teilgenommen hätten. Es sei »sehr lustig« zugegangen, »*Adenauer* neckt *Falk* und möchte ihn gern unter den Tisch trinken.«[8] *Adenauer* und *Falk* blieben letztlich einander eng verbunden.[9] Davon zeugt auch das von *Falk* in seinen Erinnerungen in sehr warmen Farben gezeichnete Bild des Kölner Oberbürgermeisters, dem es im Gegensatz zu *Falk* vergönnt sein sollte, auch nach 1945 noch eine zentrale Rolle in der deutschen Politik zu spielen.

Zu den zahlreichen Verpflichtungen, denen *Falk* neben seiner Tätigkeit im Vorstand des Städtetages in den zwanziger Jahren nachging, zählte seine Mitgliedschaft im Rheinischen Provinziallandtag und im Preußischen Staatsrat. Der Provinziallandtag, dem *Falk* bis 1924 angehörte, war das Vertretungsforum der Rheinprovinz, dessen Abgeordnete noch 1920 von den Stadtverordnetenversammlungen und den Kreistagen, seit 1921 jedoch direkt gewählt wurden.[10] Mit der Demokratisierung des Wahlrechts änderte sich die Zusammensetzung des Provinziallandtags schlagartig. Von den 91 Abgeordneten des Landtags von 1918 kehrten nach der Wahl vom Februar 1921 nur 15 wieder. Beherrschende Kraft des Landtags der Provinz wurde das Zentrum, das allerdings mit 73 von 159 Mandaten die absolute Mehrheit verfehlte. Mit deutlichem Abstand folgten die SPD mit 26, die DVP mit 19 sowie KPD und DNVP mit jeweils 14 Mandaten. Die DDP war mit 5 von insgesamt 159 Mandaten die schwächste Fraktion des Provinzparlaments. Die Situation änderte sich in den folgenden Wahlen vom November 1925 und November 1929 nur wenig. Die Demokraten verloren wie fast alle Parteien, mit Ausnahme der KPD, Stimmen, was sicherlich auch am Auftreten der Wirtschaftspartei 1925 gelegen haben mochte. Zu den fünf bzw. vier Abgeordneten, die die DDP bzw. DStP 1921 bzw. 1925 und 1929 stellte, zählte auch Bernhard *Falk*.[11]

---

7 Zur Entwicklung Kölns in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren vgl. CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 188–209; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 235–247; KÖHLER, Adenauer, Bd. 1, S. 114–138.

8 FEDER, S. 181, zum 1.6.1928.

9 Nicht selten sprang *Falk* in der Stadtverordnetenversammlung dem Oberbürgermeister zur Seite und verteidigte ihn gegen persönliche Angriffe. So in der 17. Sitzung am 26. November 1926 vgl. VStVK 1925, S. 489 f.

10 Zum Rheinischen Provinziallandtag vgl. SCHMITZ, S. 120–137; KRUSE-JARRES, S. 105–114; ROMEYK.

11 Die Ergebnisse bei den Wahlen zum Rheinischen Provinziallandtag von 1921, 1925, 1929 und 1933, in: Jürgen FALTER/ Thomas LINDENBERGER/ Siegfried SCHUMANN: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1939, München 1986, S. 104, 106; vgl. auch SCHMITZ, S. 124 f., 130.

Im Provinziallandtag schlossen sich DNVP, DVP und DDP 1920 zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz des Duisburger Oberbürgermeister Karl *Jarres* zusammen.[12] »Unsere Zusammenarbeit«, so erinnerte sich *Falk*, »die sich aufbaute auf der gemeinsamen Haltung gegenüber den rheinischen Sonderbestrebungen, wickelte sich in den freundlichsten Formen und reibungslos ab.«[13]

Nach 1918 hatte der Aufgabenkreis des Provinziallandtags eine Erweiterung erfahren. War der Landtag vor dem Krieg nur für die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Provinzialrats, der Bezirks- und Steuerausschüsse zuständig, hatte er nach dem Krieg auch die Provinzialvertreter im Reichsrat und im Preußischen Staatsrat zu wählen und über die Besetzung der wichtigsten staatlichen Verwaltungsposten, des Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten, mitzuentscheiden. Die Tätigkeit der Provinzialverbände erstreckte sich auf volkswirtschaftliche Aufgaben, wie das Verkehrswesen, die Förderung der Landwirtschaft und allgemeine Wirtschaftspflege, auf fürsorgerische Wohlfahrtspflege und kulturelle Aufgaben, wie die Denkmalpflege. Nach dem Krieg musste vor allem das Straßennetz der Provinz, das durch die Lastkraftwagen des deutschen Heeres und der Besatzungstruppen beschädigt worden war, ausgebessert werden. Auch dem Fürsorgewesen kam im Zusammenhang mit Inflation und Weltwirtschaftskrise eine gesteigerte Bedeutung zu.[14]

Falk wurde rasch mit den Problemen der Provinz vertraut. Durch seine Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des ersten, für Finanzfragen zuständigen Fachausschusses erhielt er nicht nur Einblick in den Haushaltsplan der Provinz, sondern auch in die obwaltenden »örtlichen und wirtschaftlichen Gegensätze, die sich aller gemeinsamen Not zum Trotz zur Geltung zu bringen suchten.« Die geringe Bedeutung allgemeinpolitischer oder parteipolitischer Fragen im Provinziallandtag »ermöglichte ein sachliches und erfolgreiches Zusammenarbeiten und den Ausbau der weitverzweigten und vielfachen Anstalten und Einrichtungen, der oft ein Wiederaufbau genannt werden muß.«[15]

Der Provinziallandtag spielte während der Besatzungszeit und insbesondere während der Ruhrkrise eine herausgehobene Rolle. Durch seine Stellungnahmen gegenüber der Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy und der getrennten Verwaltung des Saargebietes im Dezember 1920 sowie durch seine drei politischen Kundgebungen in Barmen im Jahre 1923 brachte er die Haltung des Rheinlandes gegenüber den Alliierten deutlich zum Ausdruck. Scharf wurden 1923 nicht nur die Ruhrbesetzung und die separatistischen Unruhen verurteilt, sondern gleichzeitig auch die Treue der Rheinländer zum Reich mit Nachdruck bekundet.[16]

Neben der Kölner Stadtverordnetenversammlung und dem Rheinischen Provinziallandtag gehörte *Falk* auch als stellvertretendes Mitglied dem Preußischen Staatsrat an. Der Staatsrat war das Vertretungsforum der Provinzen bei Gesetzgebung und Verwaltung. Er bestand aus den Vertretern der 12 preußischen Provinzen, der Stadt Berlin und eines Vertreters der Hohenzollernschen Lande. Die Mitglieder des Staatsrats wurden von den Provinziallandtagen und den Kommunalvertretungen nach dem Verhältniswahlsystem unmittelbar nach jeder Neuwahl eines Provinziallandtags gewählt. Der Staatsrat musste vom Staatsministerium über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem

12 Vgl. auch SCHMITZ, S. 124; ROMEYK, S. 296 f.

13 Edition, S. 293.

14 Vgl. SCHMITZ, S. 128–132.

15 Edition, S. 293.

16 Vgl. SCHMITZ, S. 122–128.

Laufenden gehalten, vor der Einbringung von Gesetzen musste ihm zudem Gelegenheit zur gutachterlichen Äußerung gegeben werden. Auch besaß der Staatsrat das Recht der Gesetzesinitiative sowie ein suspensives Veto gegenüber vom Landtag beschlossenen Gesetzen, ein absolutes Veto gegenüber ausgabenwirksamen Gesetzen, die über den vom Staatsministerium in Ansatz gebrachten Betrag hinausgingen.[17]

Am 6. Mai 1921 kam der Staatsrat zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die indirekte Wahl der Mitglieder und der von den Landtagswahlen abweichende Wahltermin führten zu einer vom Landesparlament differierenden politischen Zusammensetzung. So stellte 1921 nicht die SPD, sondern das Zentrum die stärkste Fraktion mit 17 von 71 Mitgliedern. Die SPD kam nur auf 16, die DNVP auf 11, die DVP auf 10 und die USPD auf 5 Sitze. Zu den weiteren, mandatsschwachen Parteien zählte die DDP mit drei Mandaten. Im Gegensatz zum preußischen Landesparlament und dem Reichstag war die Mitgliedschaft im Staatsrat ehrenamtlich, so dass Honoratioren und Kommunalpolitiker in diesem Gremium dominierten. Wie schon im Rheinischen Provinziallandtag so bildete sich auch im Staatsrat eine Arbeitsgemeinschaft, der allerdings nur DNVP und DVP angehörten.[18]

»Der preußische Staatsrat«, so befand *Falk*, der diesem Gremium bis zu seiner Wahl in den Preußischen Landtag 1924 angehörte, »war kein Parlament im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern nur ein Kontrollorgan für den Landtag. [...] Er ist oft als unnötig und hemmend angesehen worden, sehr zu Unrecht. Er war wirklich [aus] ausgesuchten Vertretern des öffentlichen Lebens zusammengesetzt, unter denen sich besonders viele Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker von Rang befanden«, aber auch ehemalige Parlamentarier, die kein Mandat mehr gewonnen hatten. Dies veranlasste einmal einen Freund *Falks* auf der Tribüne des Sitzungssaales zu der bissigen Bemerkung, dass es doch auffallend sei, »wer alles hier beigesetzt« sei. Diesen Spott wollte *Falk* indes nicht gelten lassen. Denn insgesamt habe der Staatsrat »gute und erfolgreiche Arbeit geleistet, die mich in meiner alten und stets festgehaltenen Überzeugung bekräftigt hat, daß das Zweikammersystem dem Monopol des Einzelparlaments vorzuziehen« sei.[19]

Insgesamt machte der Staatsrat von seinen Rechten keinen übermäßigen Gebrauch. So nutzte er sein Gesetzesinitiativrecht nur gelegentlich und verzichtete seit 1926 ganz darauf. Zehnmal legte er sein Veto gegen vom Landtag beschlossene Gesetze ein, die allerdings mit zwei Ausnahmen vom Landtag wieder mit Zweidrittelmehrheit aufgehoben wurden. Nur ein vom Landtag verabschiedetes, über den Vorschlag des Staatsministeriums hinausgehendes, ausgabenwirksames Gesetz brachte er auf Wunsch der preußischen Regierung zu Fall. Auf sein Recht zur gutachterlichen Äußerung und das auf Information durch das Staatsministerium legte er gleichwohl großen Wert.[20]

17 Vgl. Abschnitt IV (Art. 31–43) der Preußischen Verfassung; ferner MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 507–513; ADENAUER, bes. S. 357–361.

18 Zum Preußischen Staatsrat vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 507–513; ADENAUER, bes. S. 361–363.

19 Edition, S. 294.

20 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 509–513.

9. Der Ruhrkampf 1923

Das Leben im Rheinland gestaltete sich nach dem Einmarsch der Alliierten Ende 1918 ausgesprochen schwierig. Am 10. Januar 1920, wenige Tage nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags und des Rheinlandabkommens, zeichnete *Falk* in einem Artikel für die linksliberale Zeitschrift »Die Hilfe« ein bedrückendes Bild der Situation in den besetzten Gebieten. Nachdrücklich hob er die mit der Besatzung verbundenen Beeinträchtigungen des staatlichen und öffentlichen Lebens hervor. So würden die Ordonnanzen der »Interalliierten Rheinlandkommission«, durch die die Alliierten die oberste Zivilgewalt in den besetzten Gebieten ausübten, »unerträgliche Eingriffe in die Staatshoheit des Reiches und der Länder« enthalten und »die Bevölkerung der besetzten Gebiete unter ein Sklavenrecht« stellen. Deutsche Gesetze und Verordnungen bedürften der Genehmigung der Hohen Kommission und könnten jederzeit außer Kraft gesetzt werden. Die Militärgerichtsbarkeit der Besatzungstruppen und die Eingriffe in die Gerichtshoheit des Reiches und der Länder würden einen »Zustand unerträglicher Rechtsunsicherheit schaffen«. Jede unliebsame Person könne ausgewiesen werden. »Die eingesessene Bevölkerung wird dadurch geradezu unter ein Fremdenrecht gestellt, wie es in Kulturstaaten gegen lästige Ausländer kaum schärfer ausgebildet sein kann.« Die Presse werde »geknebelt«, Schriften und Veröffentlichungen jeder Art könnten beschlagnahmt werden. Politische Versammlungen müssten bei den alliierten Kreisdelegierten angezeigt, könnten aber auch umstandslos aufgelöst werden. Auch das Streikrecht für lebenswichtige Betriebe würde beschränkt. »So sind wir Rheinländer in unseren wesentlichsten Rechten und Freiheiten in fast unerträglicher Weise eingeschränkt.« Aber das Rheinland werde allen Versuchen und Verlockungen der Alliierten widerstehen. Die Deutschen rechts des Rheins sollten sich gleichwohl der schweren Not der Rheinländer bewusst sein und zu ihnen stehen. Die Regierungen müssten »sich stets und bei allen Maßnahmen von dem Gedanken leiten lassen, daß es kaum eine wichtigere Aufgabe für sie gibt, als dem Reich bestes deutsches Volkstum zu erhalten, das fünfzehn lange Lebensjahre hindurch sein Deutschtum von einem Tage zum andern immer wieder bedroht sieht.«[1]

In seinen Erinnerungen betonte *Falk* die propagandistischen Maßnahmen der Alliierten, durch die der Boden für die Loslösung der Rheinlande vom Reich bereitet werden sollte. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgten die Besatzungsmächte die Interessen ihres Landes, sei es, dass sie die Ansiedlung von Unternehmen ihrer Staaten im besetzten Gebiet erleichterten, sei es, dass sie den Erwerb städtischer Grundstücke durch Ausländer förderten. Gleichzeitig würde die wirtschaftliche Lage im Rheinland mit dem fortschreitenden Währungsverfall immer drückender. »Der deutsche Ausverkauf an das Ausland stieg und stieg. Mit ihm ging das Sach- und Devisenhamstern Hand in Hand. Der Verkehr stockte, die wirtschaftliche Energie lahmte. Ein Keil trieb so den anderen.«[2]

---

1 Bernhard *Falk*, M.d.R.: Die Not des Rheinlands, in: DIE HILFE, 4, 22.1.1920, S. 52–54, H.i.O. Um ihren Reparationsforderungen Nachdruck zu verleihen, hatten französische Truppen am 8. März 1921 Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt. Zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wurde eine Zollgrenze errichtet. In der Sitzung des Parteiausschusses der DDP vom 12. März 1921 betonte *Falk* den Ernst der Lage im okkupierten Gebiet und forderte die Einrichtung eines besonderen Reichsministers für die besetzten Gebiete. Vgl. die Sitzungen des Parteiausschusses der DDP vom 12. und 13. März 1921, in: BA Koblenz, R 45 III/11: Sitzungen des Parteiausschusses der DDP 1921–1922 (Protokolle), Bl. 14–64, hier Bl. 25; die Rede *Falks* in Regestenform auch in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 75 a und b, S. 166–175, hier S. 170.

2 Edition, S. 299.

Im Januar 1923 eskalierte die Situation. Als Deutschland Ende 1922 mit seinen Reparationsleistungen geringfügig in Verzug geraten war und ein Lieferrückstand für Kohle und Holz festgestellt wurde, wertete die Reparationskommission dies, gegen die Stimme des britischen Delegierten, als vorsätzlichen Bruch der Reparationsverpflichtungen. Am 9. Januar 1923 wurde eine französische Ingenieurkommission ins Ruhrgebiet entsandt, die den Transfer der vertraglich festgelegten deutschen Sachlieferungen überwachen und sicherstellen sollte. Zwei Tage später besetzten französische und belgische Truppen in einer Stärke von etwa 60000, später 100000 Mann das gesamte Ruhrgebiet.

Mit der Ruhrbesetzung sicherten sich Frankreich und Belgien nicht nur ein »produktives Pfand« für die deutschen Reparationsleistungen, vielmehr wollten sie ihren östlichen Nachbarn auch nachhaltig politisch und wirtschaftlich schwächen. Die Reichsregierung stellte umgehend die Reparationslieferungen an die sog. Einbruchsmächte ein. Gleichzeitig rief sie zum passiven Widerstand auf. So wurde den Beamten des Ruhrgebiets die Befolgung alliierter Anordnungen und den Eisenbahnern die Beförderung von Kohle für Frankreich und Belgien untersagt. Das Eisenbahnpersonal erhielt die Zusage, dass es für alle daraus erwachsenen Nachteile schadlos gehalten würde. Dadurch kamen die Koks- und Kohlelieferungen fast gänzlich zum Erliegen. Die Antwort Frankreichs ließ allerdings nicht lange auf sich warten. Versammlungen und Kundgebungen wurden verboten, Streiks und sonstige Arbeitsverweigerungen unter Strafe gestellt, Beamte und Eisenbahner verhaftet und ausgewiesen. Auch kam es zu militärischen Übergriffen und Ausschreitungen. Durch diese rigiden Maßnahmen, durch die Übernahme der Eisenbahn in Regie und den Einsatz eigenen Personals zur Förderung und zum Abtransport der Kohle gelang es Frankreich, die Politik des passiven Widerstands zu unterlaufen. Diese Strategie der deutschen Regierung ließ sich ohnehin nicht lange durchhalten, da die finanzielle Unterstützung der Arbeiter und Beamten des Ruhrgebiets die bereits seit dem Krieg inflationär aufgeblähte Währung ruinierte. Hatte 1913 ein Dollar noch 4,2 Mark gekostet, so musste man im April 1923 bereits 20000 Mark und am Ende der Inflationszeit am 15. November 1923 4,2 Billionen Mark bezahlen. Eine Währung, die diesen Namen verdient hätte, gab es damals nicht mehr. Das Reich stand Ende 1923 vor einem wirtschaftlichen und finanziellen Scherbenhaufen.[3]

»Handel und Gewerbe drohten stillzustehen«, so erinnerte sich *Falk*, »die Arbeitslosigkeit stieg, der Währungsverfall brachte die Gefahr einer Hungersnot näher. Auch die strengste Durchführung der Rationalisierungsvorschriften konnte die Ernährung der großstädtischen Massen nicht restlos sicherstellen. Es fehlte an allem, an den wichtigsten Nahrungsmitteln, besonders an Kartoffeln, an Kleidungsstücken, an Heizmaterial und, was das Schlimmste war, an Wohnungen. Die Notenpresse arbeitete unaufhörlich. Neben dem Notgeld des Reiches wurde bald kommunales Notgeld ausgegeben. Auch das genügte nicht für den Bedarf. Infolgedessen druckten auch Unternehmer und Unternehmerverbände. Eine kaum übersehbare Fülle von Geldscheinen lief um. Viele waren nur für einen engeren Bezirk bestimmt. Bald aber entstand ein unübersehbares Gemisch von Notgeld aller Art.« Wenig beneidenswert seien in dieser Hinsicht die

3 Zur Ruhrbesetzung 1923 vgl. Conan FISCHER: The Ruhr Crisis 1923–1924, Oxford 2003; DER SCHATTEN DES WELTKRIEGS: DIE RUHRBESETZUNG 1923. Tagung am 5. und 6. Juni 2003 im Ruhrlandmuseum. Hrsg. von Gerd KRUMEICH und Joachim SCHRÖDER, Essen 2003; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 271–307; Paul WENTZCKE, Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, 2 Bde., Berlin 1930; KRÜGER, S. 183–206. Zur Hyperinflation vgl. Carl-Ludwig HOLTFRERICH, Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, passim.

Schaffner der Kölner Straßenbahnen gewesen, »auf die der Segen der Milliardenscheine jeglicher Gestalt niederprasselte.«[4]

Die britische Besatzungszone um Köln war damals eine »Insel der Seligen«[5], die vom Ruhrkampf selbst nicht direkt betroffen war. Um das Gesamtinteresse der britischen Zone gegenüber der Besatzungsmacht, der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium zu wahren, aber auch um die sich mit dem Ruhrkampf verschärfenden Versorgungsprobleme bewältigen zu können, wurde nach dem Ruhreinmarsch in Köln ein Fünfer-Ausschuss, bestehend aus den Vertretern der einzelnen Parteien, gebildet. Ihm gehörten für das Zentrum Hugo *Mönnig*, für die SPD Johann *Meerfeld*, für die DVP Paul *Moldenhauer*, für die DNVP Rechtsanwalt Max Josef *Hommelsheim* und für die DDP Bernhard *Falk* an. *Adenauer* stellte dem Gremium im Rathaus einen Sitzungssaal zur Verfügung, in dem man täglich zusammenkam. »Unsere wirkliche große Aufgabe, die wir aus freien [Stücken] übernommen hatten«, so befand *Falk* später, »war die, unsere Landsleute und Mitbürger vor [übereilten] Schritten zu bewahren und ihren moralischen Widerstand zu wecken und aufrechtzuerhalten.«[6]

Da der Fünfer-Ausschuss den passiven Widerstand im Ruhrgebiet unterstützte, geriet er rasch ins Visier der französischen Besatzungsmacht. Wiederholt versuchten die Franzosen bei den britischen Stellen ein Verbot des Ausschusses durchzusetzen. Aber der britische Zivilkommissar Julian *Piggott* lehnte ein derartiges Ansinnen ab. Ernst wurde es allerdings, als bei einer Hausdurchsuchung umfangreiches Material sichergestellt werden konnte, dass den Eindruck erweckte, als ob dem Ausschuss nicht nur die Führung des Abwehrkampfs obliege, sondern er auch an Sprengstoffanschlägen beteiligt sei. Der französische Oberkommissar *Tirard* forderte umgehend Konsequenzen. *Piggott* sah sich deshalb genötigt, den Ausschuss zusammen mit dem Kölner Oberbürgermeister und dem Kölner Regierungspräsidenten vorzuladen. Er beließ es jedoch bei einer Warnung. Der Fünfer-Ausschuss blieb letztlich in Köln während des Ruhrkampfs weitgehend unbehelligt.[7]

Der passive Widerstand musste im Spätsommer 1923 als gescheitert angesehen werden. Daran konnten auch deutsche Sabotageaktionen, die durch die Versenkung von Schiffen oder die Sprengung von Eisenbahnschienen den Abtransport der Kohle verhindern sollten, nichts ändern. Sie trugen vielmehr wesentlich zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung bei, da die Besatzungsmächte mit der Vollstreckung von Todesurteilen und der Verhängung von Zuchthaus- und Gefängnisstrafen rigide durchgriffen. Die Bilanz des Ruhrkampfs war bedrückend: 132 Tote, 150000 ausgewiesene Beamte und Arbeiter und eine vollkommen zerrüttete Währung. Das gesamte besetzte Gebiet wurde zudem durch eine Zollgrenze vom unbesetzten Deutschland abgeriegelt. Da die Amerikaner aus Protest gegen die französischen Maßnahmen ihre Truppen aus dem Rheinland abzogen, marschierten die Franzosen auch in der Koblenzer Zone ein.

Die am 13. August gebildete Große Koalition unter Reichskanzler Gustav *Stresemann* (DVP) sah es deshalb als ihre zentrale Aufgabe an, den »Kalten Krieg« an der Ruhr rasch zu beenden. Um zu verhindern, dass der Abbruch des passiven Widerstandes als Kapitulation verstanden werden könnte, versuchte *Stresemann* von französischer Seite Zusagen hinsichtlich der Räumung des besetzten Gebiets, der Rückkehr der Ausgewiesenen oder der Freisetzung der Inhaftierten zu erlangen.

---

4 Edition, S. 300.

5 Ebd., S. 301.

6 Ebd.

7 Vgl. ebd., S. 302 f.

Über die Absichten der Regierung wurden die Abgeordneten der besetzten Gebiete am 6. September in der Reichskanzlei von *Stresemann* in Kenntnis gesetzt. »Wir waren maßlos überrascht«, so erinnerte sich *Falk*, »als uns der Kanzler eröffnete, daß der passive Widerstand schleunigst abgebrochen werden müsse.« Aber die Abgeordneten sahen letztlich ein, dass eine Fortsetzung des passiven Widerstands angesichts der zerrütteten Finanzen des Reiches nicht mehr möglich sei. Allerdings wandten sie sich entschieden gegen den Vorschlag der Regierung, nach dem das besetzte Gebiet von sich aus die Einstellung des Widerstands fordern solle, um damit die Stellung der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament zu stärken. Die Abgeordneten bestanden vielmehr darauf, dass die Reichsregierung ganz allein und ausschließlich die Verantwortung für diesen Schritt zu übernehmen habe. Man einigte sich schließlich darauf, sofort in Verhandlungen mit Frankreich zu treten, um für die Aufgabe des passiven Widerstandes Erleichterungen auszuhandeln, gleichzeitig aber den passiven Widerstand so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung mit Frankreich und der Entente erreicht sei. Sollte dies nicht gelingen, sollten die Vertreter des besetzten Gebiets vor der endgültigen Entscheidung der Regierung zumindest noch einmal gehört werden.[8]

Da jedoch *Poincaré* die bedingungslose Kapitulation Deutschlands forderte, blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Auseinandersetzung einseitig abzubrechen. Am 24. September wurden die Mitglieder des Fünfer-Ausschusses und die Vertreter des besetzten Gebiets erneut nach Berlin gebeten, wo *Stresemann* sie um Zustimmung zur Einstellung des passiven Widerstands ersuchte. Gleichzeitig stand die Frage, wie die Einstellung vor der Bevölkerung vertreten werden könne, zur Debatte. »Mit Schmerzen«, so führte *Falk* für die DDP aus, »habe auch er und seine Freunde die Notwendigkeit der Einstellung des passiven Widerstandes eingesehen. Er bitte die Reichsregierung, die notwendigen Maßnahmen nicht überstürzt zu treffen.« Der Anregung des Zentrumspolitikers *Mönnig*, der Notifizierung des Abbruchs des passiven Widerstands an die Mächte einen Zusatz anzufügen, in dem die Erwartung der Freisetzung der Inhaftierten und der Rückkehr der Ausgewiesenen zum Ausdruck gebracht werden sollte, stimmte *Falk* zu. Er bat jedoch, den Zusatz »nicht so [zu] fassen, daß eine diplomatische Niederlage für Deutschland daraus erwachse. Eine gemeinschaftliche Erklärung der Arbeitsgemeinschaft für die besetzten Gebiete«, die sich nach dem Ruhreinmarsch gebildet hatte, »halte er für zweckmäßig.«

Insgesamt waren fast alle Anwesenden mit dem Reichskanzler über die Notwendigkeit der Beendigung des passiven Widerstands einer Meinung. Allein der Vertreter der DNVP, *van den Kerkhoff*, lehnte es ab, eine gemeinschaftliche Erklärung über den Abbruch des passiven Widerstands zu unterzeichnen. Stattdessen forderte er die Regie-

8 Edition, S. 304. Vgl. auch die Besprechung mit rheinischen Abgeordneten, 6. September 1923, [11 Uhr], in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 43, S. 197. Ferner auch die Besprechung mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden über die Lage in den besetzten Gebieten im Reichsarbeitsministerium vom 4. September 1923, 14.30 Uhr, in: ebd., Nr. 39, S. 181–183. Ferner KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 179. »Wenn das Reich erklärt«, so führte *Falk* in der Sitzung des Parteiausschusses am 23. September 1923 aus, »dass die Finanzierung des Ruhrkampfes nicht mehr möglich ist, so können wir uns der Notwendigkeit, den passiven Widerstand aufzugeben, nicht entschlagen. Wir tun das mit tiefer Trauer im Herzen, weil wir wissen, dass wir damit die einzige Waffe aus der Hand geben, die wir hatten, um der Machtpolitik Frankreichs entgegen zu treten und das furchtbare Unrecht, das dem deutschen Volke getan wird, abzuwehren. [...] Wir müssen erkennen, dass wir geschlagen sind«. Sitzung des Parteiausschusses der DDP vom 23. September 1923, in: BA Koblenz, R 45 III/12: Sitzungen des Parteiausschusses der DDP 1923–1925 (Protokolle), Bl. 30 f., die Sitzung insgesamt Bl. 23–47. In Regestenform auch in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 109, S. 300–302, hier S. 301.

rung auf, öffentlich zu erklären, dass sich Deutschland an den Versailler Vertrag nicht mehr gebunden fühle und keine Reparationen mehr zahlen werde. »Das besetzte Gebiet würde alsdann wohl zum Kriegsgebiet erklärt werden. Die Bevölkerung würde aber auch dieses ertragen und sich nicht unter das fremde Joch beugen.« Diese Auslassungen des deutschnationalen Vertreters stießen erwartungsgemäß bei den Anwesenden auf offenen Widerspruch. Mehrheitsfähig waren sie allemal nicht.[9]

Eine ähnliche Position wie *van den Kerkhoff* nahm in der wenige Stunden später stattfindenden Besprechung der Reichsregierung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets der Duisburger Oberbürgermeister Karl *Jarres* (DVP) ein. Wenn man den passiven Widerstand aufgeben müsse, so *Jarres*, dann solle »die Reichsregierung, da für eine Verständigung mit den Franzosen doch keine Aussicht bestehe, öffentlich erkläre[n], daß sie sich an den Vertrag von Versailles nicht mehr für gebunden halte.«

Der damals achtundvierzigjährige Karl *Jarres* war im Januar 1923 von den Franzosen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden und hatte wegen Übertretung des Ausweisungsbefehls im Februar eine zweimonatige Haftstrafe antreten müssen. Nach seiner Entlassung aus dem Aachener Gefängnis arbeitete der seit 1914 in Duisburg amtierende Oberbürgermeister als Vertrauensmann des Reichskanzlers Wilhelm *Cuno* und des preußischen Ministerpräsidenten Otto *Braun* in Münster für die besetzten Gebiete. In dieser Funktion sicherte er vor allem die Verbindung zu den Schaltstellen des passiven Widerstands, war aber auch für Sabotageaktionen, wie Sprengungen und ähnliches, zuständig.[10]

Es mochte mithin nicht überraschen, dass *Jarres* für eine entschiedene Obstruktionspolitik stand. Er war der Überzeugung, dass der Ruhrkonflikt nicht auf dem Verhandlungswege mit Frankreich, sondern nur durch eine internationale Einmischung, insbesondere durch eine Intervention der USA und Großbritanniens, einer Lösung zugeführt werden könnte. Deshalb glaubte er, durch eine außenpolitische starke Geste, die kurzfristig zu einer Zuspitzung der Lage führen mochte, den Konflikt an der Ruhr rascher beilegen und damit auch den deutschen Interessen schneller wieder zur Geltung verhelfen zu können. Das Reich sollte sich deshalb wegen des begangenen Vertragsbruchs den Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsmächten solange für befreit erklären, bis völkerrechts- und vertragsmäßige Zustände an Rhein und Ruhr wieder hergestellt seien. *Jarres* war sich bewusst, dass eine derartige Politik dem besetzten Gebiet große Opfer abverlange, weil es in der Zwischenzeit der Willkür der Besatzungsmächte ausgeliefert sei. Dennoch hielt er diesen Weg für alternativlos, da die allgemein als unhaltbar empfundene Lage dadurch am schnellsten geklärt werden könne.

In dieser Position fand nicht nur die betont nationale Haltung eines rechtsliberalen Politikers ihren Niederschlag, sondern auch die Verbitterung eines Mannes, der die Willkür der Besatzungsmächte, gipfelnd in seiner Inhaftierung im Aachener Gefängnis, am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte. Sein Verhalten in jenen Monaten legte letztlich die Grundlage für sein Image als »nationaler« Politiker, als der er 1925 auch

---

9 Besprechung mit Vertretern der 5 Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 12 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 76, S. 334–338, hier S. 337.

10 Zu *Jarres* vgl. KRUSE-JARRES, bes. S. 89–104, 115–136. Zu *Jarres* vgl. auch Paul-Heinz DÜNNEBACKE: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Inaug. Diss. Münster 1976. Vgl. auch die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95.

von der Rechten als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten nominiert wurde. Für *Jarres'* Haltung wurde später der Begriff der »Versackungspolitik« geprägt, da das Reich mit einer solchen Politik sich von sämtlichen Verpflichtungen nicht nur gegenüber dem Ausland, sondern auch gegenüber den besetzten Gebieten losgesagt hätte, diese also hätte versacken lassen. Die in der Wendung von der »Versackungspolitik« zum Ausdruck kommende, gewünschte Zuspitzung war letztlich den Wahlkämpfen der Jahre 1924 und 1925 geschuldet. Im Herbst 1923 hielt man sich von derartigen Beschuldigungen zurück, da man sich der außerordentlichen Problematik der Lage und auch der Notwendigkeit einschneidender, außergewöhnlicher Maßnahmen bewusst war.[11]

So fand *Falk* am 24. September auch Worte der Anerkennung »für die männlichen Worte« des DVP-Politikers. Allerdings gab er auch zu erwägen, ob der Vorschlag von *Jarres* »nicht die bedenklichsten Folgen für die Bevölkerung des besetzten Gebiets zeitigen würde. Erst, wenn es zu den Vertragsverhandlungen mit den Franzosen komme, käme die Eventualität in Frage, für welche Herr *Jarres* den Abbruch der Beziehungen mit Frankreich fordere.«[12]

Deutlicher als in jenen Tagen und Wochen des Jahres 1923 nahm *Falk* in seinen 1936 verfassten Erinnerungen Stellung gegen die von *Jarres* vertretene »Versackungspolitik«, in der er die »größte Gefahr für unser Rheinland« zu erblicken meinte. »Sie zu bekämpfen betrachtete ich daher als [eine] meiner wichtigsten Aufgaben.« Angesichts des fortschreitenden Währungsverfalls und der damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten habe diese Haltung auch im Reichskabinett bei Finanzminister *Luther*, Arbeitsminister *Brauns* vom Zentrum und selbst bei Reichswehrminister *Geßler* von der DDP Zustimmung gefunden. »Das war«, so *Falk*, »Katastrophenpolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen.« Er sei dieser Haltung deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit »mit Entschiedenheit« entgegengetreten.[13]

Am 26. September erklärte die Reichsregierung schließlich den passiven Widerstand für beendet.[14] Der Versuch der Regierung, in Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zu treten, scheiterte jedoch, da *Poincaré* es ablehnte, sich mit der Regierung *Cuno* an einen Tisch zu setzen. Die französische Regierung erklärte sich ausschließlich zu Verhandlungen mit nachgeordneten Stellen, mit Industriellen und Wirtschaftsverbänden über einen Modus Vivendi bereit.[15]

---

11 »Ein Vorwurf, wie er später zum Schlagwort wurde«, so *Jarres* zu den Diskussionen im September 1923, »dass mit diesem Vorschlage das Rheinland aufgegeben oder ›versackt‹ werden lassen sollte, ist damals von keiner Seite erhoben worden.« Vgl. die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 52.

12 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 77, S. 339–345, hier S. 343 f.

13 Edition, S. 305 f. »Als Verdienst für die Partei«, die DDP, »nehme ich allerdings in Anspruch, daß sie die Versackungspolitik stets vom ersten Augenblick bis zur letzten Stunde mit vaterländischer Leidenschaft bekämpft hat.« Ebd., S. 307.

14 Vgl. den Aufruf der Reichsregierung *Cuno* zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 sowie die Verordnung des Reichspräsidenten *Ebert* betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923, in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1966, Nr. 260, S. 280 f., Nr. 264, S. 286.

15 Vgl. die Kabinettssitzung vom 27. September 1923, 17.30 Uhr, und der Ministerrat vom 1. Oktober 1923, 15 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 83, S. 378–386, Nr. 97, S. 417–431, ferner S. LIV–LXII; ERDMANN, Adenauer, S. 79–82; REIMER, S. 291 f.

Die Lage im besetzten Gebiet wurde infolge des fortschreitenden Währungsverfalls und der separatistischen Umtriebe immer verzweifelter. An mehreren Orten im Rheinland und in der Pfalz kam es unter dem Schutz, teilweise auch mit direkter Hilfe der Besatzungstruppen zu separatistischen Putschen. Am 21. Oktober wurde in Aachen die Rheinische Republik proklamiert; Koblenz, Bonn, Wiesbaden und Mainz folgten. Zu allem Überdruss hing das Damoklesschwert der Zahlungseinstellung durch das Reich bedrohlich über dem okkupierten Gebiet. Dieser Schritt erschien nicht zuletzt Finanzminister *Luther* notwendig, um die anstehende Währungsreform nicht zu gefährden. So riet er in den Sitzungen des Reichskabinetts am 20. und 24. Oktober offen davon ab, die neue Währung auch im besetzten Gebiet einzuführen.[16]

Angesichts dieser kritischen Situation wurde schließlich auf Wunsch von Vertretern des besetzten Gebiets für den 25. Oktober ein Treffen mit der Reichsregierung im unbesetzten Hagen anberaumt, um den zukünftigen Kurs gegenüber den Besatzungsmächten zu besprechen.[17] Am Tag zuvor kamen führende Vertreter von Politik und Wirtschaft aus Rheinland und Westfalen zu einer Vorbesprechung im Barmer Rathaus zusammen.[18] Den Vorsitz führte der Duisburger Oberbürgermeister *Jarres* in seiner Eigenschaft als Präsident des Rheinischen Provinziallandtags. »Die Barmer Versammlung«, so *Jarres* später, »stellt den Tiefpunkt der damaligen verzweifelten Stimmung und Depression dar.«[19] Die Diskussion wurde vor allem durch den auch ins Persönliche streifenden Gegensatz zwischen *Adenauer* und *Jarres* gekennzeichnet. Während *Jarres* einer entschiedenen Obstruktionspolitik das Wort redete, glaubte *Adenauer*, ungeachtet der zurückliegenden, erbittert geführten Auseinandersetzung an der Ruhr, doch die Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich sehen zu können und hoffte, in Verhandlungen mit den Franzosen zu einem neuen tragfähigen Rechtsgebilde zu kommen. Die »liebste« Lösung erschien ihm zwar die Abtrennung der Rheinlande von Preußen, doch bezweifelte er, dass dies zum damaligen Augenblick noch möglich sei. Deshalb hielt er es für erforderlich, auch die Möglichkeit einer Loslösung vom Reich im Wege der Verständigung als Eventualität in die Überlegungen mit einzubeziehen. Als Voraussetzung erachtete er es allerdings als unumgänglich, dass dem Reich Erleichterungen oder gar eine Befreiung von den Lasten des Friedensvertrags eingeräumt würden.

Falk ließ in Barmen Sympathien für den *Adenauerschen* Vorschlag erkennen. Nach den Notizen von *Jarres*, die später auch den Wortführern vorgelegt und von diesen bestätigt wurden, habe *Falk* sich »im wesentlichen« auf den Standpunkt des Kölner Ober-

16 Kabinettssitzung vom 20. Oktober 1923, 12 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 156, S. 662–673, sowie die Ministerbesprechung vom 24. Oktober 1923, 15.30 Uhr, in: ebd., Nr. 173, S. 709–713. Zur Lage im besetzten Gebiet vgl. REIMER, S. 296–313.

17 Vgl. die Kabinettssitzung vom 23. Oktober 1923, 9 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 167, S. 698–700, hier S. 698 (TOP 1).

18 Über die Barmer Besprechung wurde kein Protokoll geführt. Es liegen lediglich von *Jarres* angefertigte Notizen vor. Vgl. die Zusammenfassung der Barmer Diskussionen durch *Jarres* auf der Besprechung der Reichsregierung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 761–769; ferner die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 54 f. Zur Barmer Besprechung vgl. auch REIMER, Rheinlandfrage, S. 314–317; ERDMANN, Adenauer, S. 87–94; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 186–189; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 268.

19 Vgl. die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 54.

bürgermeisters gestellt, »schälte ihn nur noch etwas klarer heraus. Er sagte, de facto bedeute dieser Vorschlag die Bildung eines neuen Staates. Er war der Auffassung, dass wir dem Schicksal einer staatsrechtlichen Änderung wahrscheinlich auf keinen Fall, weder de facto noch de jure, entgehen würden. Aber diese neue unvermeidliche Staatsform dürften wir nicht freiwillig suchen, sondern müssten sie uns aufzwingen lassen. Unter Umständen erschien es aber auch ihm denkbar, dass es im Interesse des Vaterlandes richtiger gehandelt wäre, wenn wir im Wege der Verhandlungen selbst diese Staatsform herbeiführten.«

Falk, so monierte *Jarres* in seiner 1926 abgefassten Denkschrift, habe später ebenso wie *Adenauer* versucht, die Richtigkeit dieser Ausführungen zu bestreiten.[20] Und in der Tat schien *Falk* seine Stellungnahme, in der er ja in der Tat nicht mehr ausschließen wollte, dass die Vertreter der besetzten Gebiete auf dem Verhandlungswege den Austritt der Rheinlande aus dem Reichsverband selbst in die Wege leiten könnten, später bereut zu haben. So betonte er in seinen Erinnerungen, dass er sich nicht nur gegen die auf eine vorübergehende Trennung des Rheinlands vom Reich abzielende Position von *Jarres*, »ein Gedanke, der für mich unfaßbar war«, sondern auch gegen den Vorschlag *Adenauers* gewandt habe. »Ich hielt eben auch jetzt noch die Loslösung keineswegs für unvermeidlich. Daher war mir die Anbahnung von Verhandlungen über die Bedingungen und Folgen eines solchen Schrittes nichts anderes als ein durchaus verfehltes Entgegenkommen gegen die französischen Pläne, denen wir bisher mit Erfolg widerstanden hatten.«[21] Diese rückblickenden Verzeichnungen lassen erkennen, welcher Angriffe sich die rheinischen Politiker später, nicht zuletzt während der Wahlkämpfe 1924 und 1925, zu erwehren hatten und welche Rückzugsgefechte sie für erforderlich erachteten.

Von der realen Macht des Faktischen ging am 24. Oktober 1923 in Barmen auch der DVP-Politiker *Moldenhauer* aus, der neben *Adenauer* und *Jarres* einen dritten Lösungsweg zu skizzieren versuchte. Eine Abtrennung der Rheinlande vom Reich und von Preußen lehnte er ab, forderte allerdings zur Befriedigung der wichtigsten wirtschaftlichen Bedürfnisse Sondervollmachten für das okkupierte Gebiet. So sollten einem mehrköpfigen Direktorium alle Hoheitsrechte des Reiches und Preußens, die diese ohnehin nicht mehr auszuüben vermochten, übertragen werden. Dazu zählte auch die Einführung einer eigenen Währung, ein eigenes Budget und ein eigenes Steuerrecht. Für *Moldenhauer* war dies eine De-facto-Lösung, da sie den realen Gegebenheiten Rechnung tragen, aber einer staatsrechtlichen Abtrennung des besetzten Gebiets keinen Vorschub leisten würde.[22]

In seinen Erinnerungen bezog *Falk* auch gegen diesen Lösungsansatz Stellung. »Ich machte auf die außerordentliche Gefahr dieses Vorschlags, den wohl nur die Not der Stunde hat entstehen lassen können, aufmerksam. Seine Verwirklichung bedeutete den Anfang des Endes. Dem De-facto-Zustand könnte der Zustand de jure bald oder später folgen. Die Loslösung sei doch erheblich erleichtert, wenn es sich noch darum handele,

---

20 Vgl. die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 55.

21 Edition, S. 311 f.

22 Zum *Moldenhauer*-Plan vgl. Edition, S. 311. Ferner ERDMANN, Adenauer, S. 92; REIMER, S. 316 f. Vgl. auch die Zusammenfassung der Barmer Diskussionen durch *Jarres* auf der Besprechung der Reichsregierung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 761–769, bes. S. 766.

einem tatsächlichen Zustand ein völker- oder staatsrechtliches Mäntelchen umzuhängen.«[23]

In Barmen ging man schließlich, ohne einen Beschluss gefasst zu haben, auseinander. Am folgenden Tag trafen die Vertreter des besetzten Gebiets in Hagen mit Reichskanzler *Stresemann*, dem Reichsminister für die besetzten Gebiete *Fuchs*, Reichsinnenminister *Sollmann* und dem preußischen Ministerpräsidenten *Braun* zusammen. Über diese Besprechung existiert eine ausführliche Wortniederschrift eines Reichstagsstenographen, die sich in den Akten der Reichskanzlei befindet.[24] *Jarres*, der erneut die Versammlung präsidierte, gab zuerst ein Stimmungsbild aus den einzelnen Bezirken des okkupierten Gebiets und betonte die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Separatisten. Anschließend referierte er ausführlich über die Barmer Besprechungen, in dem er die dort geäußerten Lösungsvorschläge zusammenfasste. Die Darlegungen ließen sich letztlich dahin gehend zusammenfassen, dass alle Beteiligten von einer Lockerung, wenn nicht einer Lösung der Reichszugehörigkeit des Rheinlands ausgingen. Strittig zwischen *Adenauer* und *Jarres* war vor allem die Frage, ob dies auf dem Wege zwischenstaatlicher Verhandlungen erfolgen solle oder nicht. *Falk* bezog in diesem Punkt eine mittlere Position, da er zwar der Auffassung war, dass eine Änderung der Staatsform unvermeidlich sei, diese jedoch von den Vertretern des okkupierten Gebiets nur im äußersten Fall selbst auf dem Verhandlungswege angestrebt werden dürfe.[25]

Stresemann, der nach den Ausführungen von *Jarres* das Wort ergriff, nahm entschieden Stellung gegen Erörterungen, die auf eine Trennung von Teilen des Deutschen Reiches abzielten. So bezeichnete er die Annahme *Adenauers*, durch Bildung eines Rheinstaates die Rheinfrage lösen zu können und zu einem entspannteren Verhältnis mit Frankreich zu gelangen, als eine »Utopie«. Demgegenüber ließ er Sympathien für die von seinem Parteifreund *Jarres* angeregte, starke außenpolitische Aktion erkennen, hielt allerdings den Zeitpunkt für noch nicht gekommen. Verhandlungen mit Franzosen und Belgiern hielt er gleichwohl durchaus für sinnvoll, nicht zuletzt um den Separatisten mit *Dorten*, *Smeets* und *Matthes* an der Spitze die politische Bühne nicht alleine zu überlassen. *Stresemann* beendete seine Rede mit der Erklärung, dass die Regierung die Erwerbslosenfürsorge analog zu den Beamtengehältern mit einem 15%igen Zuschlag vorläufig weiterzahlen würde.[26]

Waren die Ausführungen *Stresemanns* in Bezug auf das Verhältnis zu den sog. Einbruchsmächten auch für viele enttäuschend, so weckte doch seine Zusage hinsichtlich der Fortsetzung der Zahlungen an das besetzte Gebiet Hoffnung und Zuversicht. »So war uns«, erinnerte sich *Falk* später, »die Möglichkeit zu weiterem Widerstand gegeben.«[27] Nachdem sich die Anwesenden nach der Rede *Stresemanns*, getrennt nach Fraktionen, beraten hatten, begann die Aussprache. *Adenauer*, *Moldenhauer* und *Jarres* verteidigten und erläuterten noch einmal ihre Positionen und auch *Falk* beschrieb erneut seine Haltung und die seiner Partei. Hatte er am Tag zuvor noch eingeräumt, dass die Vertreter des besetzten Gebiets unter Umständen dazu veranlasst werden könnten,

---

23 Edition, S. 311. Vgl. auch die Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 767 f.

24 Vgl. die Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: ebd., Nr. 179, S. 761–836.

25 Ebd., S. 761–769.

26 Ebd., S. 769–782, Zitat S. 781.

27 Edition, S. 312.

von sich aus Verhandlungen mit Frankreich über eine staatsrechtliche Änderung am Rhein herbeizuführen, so nahm er in Hagen von dieser Option Abstand. Da er nach den Darlegungen des Reichskanzlers nicht hoffen könne, dass Verhandlungen mit Frankreich zu Erleichterungen für das Deutsche Reich und das besetzte Gebiet führen werden, so könne eine neue Staatsform ihnen nur aufgezwungen werden. Andererseits lehnte er es angesichts des auf der Bevölkerung an Rhein und Ruhr lastenden Drucks ab, die Dinge weiter laufen zu lassen. Deshalb forderte er noch in Hagen die Einsetzung eines Ausschusses, der sofort in Verhandlungen mit den Franzosen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände im besetzten Gebiet treten sollte. Gleichzeitig ersuchte er den Reichskanzler, die dem besetzten Gebiet versprochenen Mittel aufzustocken. »Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, ganz andere Opfer zu tragen, wenn das deutsche Volk im unbesetzten Deutschland nicht bereit ist, aus irgendwelchen Quellen dem besetzten Gebiet weiterbeizustehen, so daß es den Kampf durchführen kann, dann – ich sage es in aller Offenheit – fürchte ich, daß dieser Kampf auf die Dauer nicht zum Erfolg führen kann. [...] Es wird nötig sein, Herr Reichskanzler [...], daß Sie uns in diesem Kampf mit Munition versorgen, sonst sind wir nicht in der Lage, den Kampf zu führen.«[28]

In seinen Erinnerungen hob *Falk* hervor, dass seine Ausführungen auf den Reichskanzler »nicht ohne Eindruck« geblieben seien. »Er hat mir später einmal gesagt, daß er daraus eine erfreuliche Stärkung für seine Haltung gewonnen habe.«[29] *Stresemann* ermächtigte schließlich in Hagen die Vertreter des besetzten Gebiets, in Verhandlungen mit *Tirard*, dem französischen Oberkommandierenden im besetzten Rheinland und Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission, zu treten. Zu diesem Zweck wurde der Kölner Fünfer-Ausschuss auf 15 Mitglieder erweitert, so dass er nun fast alle Teile des besetzten Gebiets repräsentierte.[30]

In seiner 1926 aufgesetzten Denkschrift konnte Karl *Jarres* seine Enttäuschung über die Besprechung in Hagen nicht verbergen. Die Verhandlungen seien »im höchsten Maße verwirrt, unbefriedigend und deprimierend« gewesen. Man habe weitgehend »aneinander vorbei« geredet. Der Reichskanzler habe zwar »mehrere beruhigende, wenn auch reichlich unbestimmte Zusicherungen bezüglich der weiteren Finanzierung des besetzten Gebietes« gemacht. Aber das einzige Ergebnis der Verhandlungen sei letztlich nur die Bildung eines Ausschusses gewesen, »dessen Aufgaben und Zuständigkeiten jedoch unklar blieben und der in der Folge praktische Arbeit auch nicht geleistet hat.«[31] In diesen Sätzen kam letztlich die Unzufriedenheit über die Haltung seines Parteifreundes *Stresemann* zum Ausdruck, der zwar Verständnis für eine große außenpolitische Aktion gezeigt hatte, aber letztlich doch nicht bereit war, das besetzte Gebiet sich selbst zu überlassen. Seine Zusage, die Arbeitslosenfürsorge mit einem 15%igen Zuschlag vor-

---

28 Vgl. die Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 799–801, Zitate S. 801. Zur Hagener Besprechung vgl. auch REIMER, S. 317–319; ERDMANN, Adenauer, S. 94–106; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 189–195; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 268–273; RIBHEGGE, S. 364.

29 Edition, S. 312.

30 Vgl. ebd., S. 312 f. Vgl. auch *Falks* Ausführungen in Hagen zur Einsetzung und zu den Aufgaben des Ausschusses, in: Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 813, 816.

31 Die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 55.

läufig weiter zu zahlen, machte deutlich, dass das Reich seine Verantwortung und die daraus erwachsenen Verpflichtungen gegenüber dem okkupierten Gebiet auch weiterhin wahrnehmen wollte. Mit dieser Zusage und der den Rheinländern gegebenen vagen Ermächtigung, Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zu führen, erteilte er den Plänen von *Jarres* letztlich indirekt eine Absage.

Falk konnte mit dem Verlauf der Hagener Verhandlungen im Grunde zufrieden sein. Seiner Forderung nach Einsetzung eines Ausschusses, der mit den Franzosen in Verhandlungen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eintreten sollte, wurde entsprochen und der Kölner Fünfer-Ausschuss um weitere zehn Mitglieder aufgestockt. *Falk* sicherte sich somit ein Mitspracherecht in den anstehenden Verhandlungen mit den Besatzungsmächten. Auch *Stresemanns* Treuebekundungen gegenüber dem Rheinland verfehlten ebenso wie das Zahlungsversprechen, mochte es auch hinter dem damals Erhofften zurückbleiben, auf *Falk* nicht ihre Wirkung.

Für die in den folgenden Tagen einsetzenden Besprechungen mit *Tirard* stellte der Fünfzehner-Ausschuss Richtlinien auf, in denen noch einmal deutlich gemacht wurde, dass es nicht die Aufgabe der Abordnung sei, Verhandlungen über die Gründung eines neuen Staates zu führen. Sollte *Tirard* dennoch die staatliche Umgestaltung des besetzten Gebiets in den Vordergrund rücken, so sollte die Delegation zumindest versuchen, die konkreten Pläne der französischen Regierung in Erfahrung zu bringen. Er sollte aber auch mit Nachdruck zum Ausdruck bringen, dass die Gründung eines neuen Staates weder im Interesse Deutschlands noch Frankreichs liege.[32]

Die Lage im besetzten Gebiet konnte im November nur noch als deplorabel umschrieben werden. Der Terror der Separatisten, zwei Millionen Arbeitslose und das wertlose Papiergeld ließen die Verzweiflung wachsen. Am 5. November wurde in Kaiserslautern die autonome »Pfälzische Republik« proklamiert. Kurz zuvor hatte in dem innerhalb der Rheinlande gelegenen oldenburgischen Regierungsbezirk Birkenfeld eine separatistische Regierung die »Macht« übernommen. »Alles Lumpen und Arbeitsscheue« schrieb damals die »Kölnische Zeitung«.[33] Der Währungsverfall schritt in jenen Tagen weiter voran. Allein die Stadt Köln gab im November und Dezember 1923 zwischen siebzehn und achtzehn Trillionen Mark Notgeld aus. Der »Kölner Stadtanzeiger« kostete am 5. Dezember nicht weniger als 350 Milliarden RM. Um den in der Inflation immer größer werdenden Geldbedarf decken und Lohngelder zahlen zu können, druckten auch Unternehmer Notgeld.[34]

Angesichts des katastrophalen Währungsverfalls drängte sich der Gedanke einer eigenen Währung geradezu auf. So warb am 3. November der Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer, Louis *Hagen*, für die Gründung einer Rheinischen Goldnotenbank, durch die das besetzte Gebiet in den Besitz einer festen Währung kommen und damit von der Inflationsnot befreit werden sollte.[35] Dieser Plan fand wenige Tage

---

32 Vgl. Edition, S. 313 f. Zu den Gesprächen *Adenauers*, der seine Rheinstaatspläne weiter verfolgte, mit *Tirard* vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 276–282, 286–290; ERDMANN, Adenauer, S. 107–120, 136–186; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 179–183, 196–235; DERS., Adenauer, Bd. 1, S. 163–182.

33 KÖLNISCHE ZEITUNG, 756, 1.11.1923: »Die Schreckenswirtschaft der Sonderbündler. Der ›friedliche‹ Separatismus.«

34 Vgl. CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 198 f.; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 274; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 438 f.

35 Vgl. die Niederschrift Louis *Hagens* über eine Besprechung mit dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission *Tirard* in Koblenz am 3. November 1923, o.D., in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 11, S. 305–308; vgl. auch ebd., S. 118–120; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 236–256.

später auch die Zustimmung des Rheinischen Provinziallandtages, der einen kleinen Ausschuss bevollmächtigte, mit dem Präsidenten der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission dieserhalb in Verbindung zu treten.[36] Auch *Adenauer* verhandelte über diese Frage mehrfach mit *Tirard*.[37] *Falk* stand diesen Plänen »sehr kühl« gegenüber, da eine derartige Sonderregelung für das besetzte Gebiet den Verselbständigungsbestrebungen Auftrieb geben könnte.[38] Letztlich sollte die Entwicklung über diese Planspiele hinwegschreiten.

Die Krise schien Mitte November einen neuen Kulminationspunkt zu erreichen. Denn alle Leistungen in das besetzte Gebiet sollten mit der auf den 15. November angesetzten Einführung der Rentenmark eingestellt werden. Die neue Währung sollte mit dem Problem der besetzten Gebiete, die ein Fass ohne Boden zu sein schienen, nicht belastet werden. So beschloss das Reichskabinett am 9. November, dass die »durch die politischen Verhältnisse im besetzten Gebiet notwendig gewordenen finanziellen Leistungen [...] für das Reich nicht mehr tragbar« seien. »Alle Verantwortung für etwa entstehendes ungeheures wirtschaftliches Elend im besetzten Gebiet müsse den Mächten zur Last fallen, welche diese Verhältnisse im besetzten Gebiet herbeigeführt haben.«[39]

Dieser für Rhein und Ruhr katastrophale Beschluss hatte allerdings keinen Bestand. Nicht zuletzt auf Drängen des am 11. November zum Reichsinnenminister ernannten Karl *Jarres* wurde er wenige Tage später korrigiert. Auf den Sitzungen am 12. und 15. November kam das Kabinett dahin gehend überein, die Leistungen auf 100 Millionen Rentenmark zu begrenzen. Auf Initiative von *Jarres* wurde auch ein Rhein- und Ruhrausschuss des Kabinetts gebildet, der als Fachausschuss der Regierung sich mit den Detailfragen zu beschäftigen hatte.[40]

Einfluss auf die Beschlussfindung des Kabinetts dürfte auch die Sitzung des Reichskabinetts mit Vertretern des Fünfzehner-Ausschusses am 13. November gehabt haben, auf der sich die Vertreter des besetzten Gebiets, allen voran der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer*, entschieden gegen die drohende Zahlungseinstellung ausgesprochen hatten. Das Rheinland, so hatte sich *Adenauer* vernehmen lassen, »muß mehr wert sein als ein oder zwei oder selbst drei neue Währungen.« Auch *Falk* hatte sich energisch gegen einen Zahlungsstopp ausgesprochen und betont, »daß nach unserer Überzeugung die Lage der Reichsfinanzen nicht so schlecht ist, wie sie der Reichsminister der Finanzen geschildert hat.«[41] Die Proteste der Rheinländer führten schließlich dazu, dass von einer finanziellen Preisgabe des okkupierten Gebiets Abstand genommen wurde.

---

36 Vgl. die 3. Sitzung des 67. Rheinischen Provinziallandtags vom 8. November 1923, in: VERHANDLUNGEN DES 66. RHEINISCHEN PROVINZIALLANDTAGS vom 25. bis 28. Juni 1923 im Rathause zu Barmen sowie des 67. Rheinischen Provinziallandtags vom 6. bis 8. November 1923 im Rathause zu Barmen, Düsseldorf 1923, S. 28 f.

37 Vgl. ERDMANN, Adenauer, S. 119 f.; KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, S. 236–256.

38 Edition, S. 310. Auf der Sitzung des Rhein- und Ruhr-Ausschusses des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets und der Landesregierungen am 6. Dezember 1923 gab *Falk* allerdings zu, dass »die gesamte Wirtschaft des besetzten Gebietes die Gründung für unbedingt erforderlich halte.« AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 11, S. 50–55, hier S. 51.

39 Kabinettssitzung vom 9. November 1923, 17.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 233, S. 1000–1007, hier S. 1005.

40 Vgl. die Kabinettssitzung vom 12. November 1923, 18 Uhr, und die Ministerbesprechung vom 15. November 1923, 11 Uhr und 15 Uhr, in: ebd., Nr. 242, S. 1031–1038, Nr. 259, S. 1082–1089; vgl. auch die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 56–58. Vgl. auch REIMER, S. 338–340.

41 Sitzung von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuß über Fragen des besetzten

Eine ähnliche kritische Situation ergab sich im Dezember, als nach dem Sturz *Stresemanns* das am 30. November neu gebildete Kabinett des Zentrumspolitikers Wilhelm *Marx* erwog, die Besatzungszahlungen, auch an die Briten, einzustellen.[42] Die Nichtzahlung hätte für die Bevölkerung der besetzten Gebiete schwerwiegende Folgen gehabt, da die Besatzungsmächte sich anderweitig, das hieß durch die Requisition von Geldmitteln, schadlos gehalten hätten. In einer Besprechung mit Vertretern des besetzten Gebiets am 21. Dezember kam es deshalb zu einem erregten Auftritt *Adenauers*, der sich im Auftrag sämtlicher politischer Parteien entschieden gegen einen Zahlungsstopp aussprach und auch die Richtigkeit der vom Finanzministerium vorgelegten Zahlen bezweifelte.[43] Nach den Aufzeichnungen *Falks* sollen daraufhin *Adenauer*, *Hagen* und *Falk* am folgenden Tag im Reichsfinanzministerium Einsicht in die Bücher genommen haben.[44] Das Ergebnis war, dass das Kabinett sich am 29. Dezember zur vorläufigen Weiterzahlung der Leistungen bereit erklärte.[45]

Gut einen Monat zuvor, am 14. November 1923, war *Falk* zusammen mit weiteren Mitgliedern des Fünfzehner-Ausschusses die Gelegenheit zu einer Unterredung mit *Tirard* eingeräumt worden. Über *Falks* Haltung machten sich die Franzosen keine Illusionen. In einer 1921 angelegten Karteikarte wurde *Falk* zwar als Chef der rheinischen Demokraten und »grand orateur« bezeichnet, gleichzeitig jedoch auch als »adversaire acharné de l´idée rhénane« charakterisiert.[46]

Die Unterredung, so erinnerte sich *Falk*, »stand insofern von Anfang an unter einem ungünstigen Stern, als wir infolge einiger Auto[pan]nen erst mit einer mehrstündigen Verspätung dort eintrafen.« Dennoch wurden sie in höflicher Form von *Tirard* empfangen. Die Bitte der Rheinländer, den unhaltbaren Zuständen an Rhein und Ruhr abzuhelfen und dem Treiben der »separatistischen Räuberbanden« Einhalt zu gebieten, beantwortete *Tirard* mit der Frage, welche Vorschläge sie dazu zu machen hätten. Der Zentrumspolitiker *Mönnig* brachte daraufhin den bereits von *Moldenhauer* entwickelten Plan einer Verwaltungsautonomie ins Gespräch. So sollte die Rheinprovinz über eine eigene Währung, ein eigenes Budget und ein eigenes Steuerrecht verfügen. Auf die Frage nach dem Verhältnis dieser autonomen Rheinprovinz zum Reich meinte *Tirard*, dass Beziehungen zu Deutschland erhalten bleiben könnten, worauf *Falk* »ihm entgegnete, das Gebilde, das er schildere, sei doch tatsächlich ein vom Reich unabhängiger, selbständiger Staat. Das wollte er nicht gelten lassen.« Die Erleichterungen, die er im Gegenzug versprach, bezogen sich allerdings nur auf eine Verkleinerung der Besatzungsarmee. *Tirard* schien mit einem größeren Entgegenkommen der Rheinländer gerechnet zu haben. »Innerlich«, so meinte *Falk*, »war ich davon überzeugt, daß er durch

Gebiets. 13. November 1923, 20.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 249, S. 1057–1060, hier S. 1059 f. Vgl. auch SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 274–276.

42 Vgl. die Sitzung des Rhein- und Ruhr-Ausschusses des Kabinetts. 2. Dezember 1923, 14.15 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 3, S. 10–16, hier S. 10–13.

43 Vgl. die Besprechung des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets. 21. November 1923, 11 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 34, S. 143–146; ferner ERDMANN, Adenauer, S. 168.

44 Vgl. Edition, S. 317.

45 Vgl. die gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums. 29. Dezember 1923, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 40, S. 165–173, hier S. 168–171.

46 Karteikarte zu Bernhard *Falk*, in: Archives Nationales Paris/Frankreich, Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds Tirard, AJ 9/5679. *Falk* sei zudem »peu aimé dans son parti«.

unsere kühle Haltung unangenehm überrascht war.« Dennoch war das Gespräch nicht gänzlich folgenlos. Denn *Tirard* versprach, mäßigend auf die Separatisten einzuwirken, »ein Versprechen, das er auch in gewissem Umfang gehalten hat.« Mit seiner am Schluss der Unterredung an die Delegation gerichteten Aufforderung, sich zu überlegen, ob man aus dem besetzten Gebiet nicht drei Staaten, Pfalz, Hessen und das Rheinland, schaffen solle, deutete *Tirard* an, wohin die Reise letztlich gehen sollte.[47] So war in seinem *Adenauer* am 29. November vorgelegten Entwurf eines Rheinlandstatuts die Bildung dreier autonomer Staaten vorgesehen, die jeweils über das Recht eigener Gesetzgebung, eigener Währung und eigener diplomatischer Vertretungen im Ausland verfügen sollten. Die Verbindung mit dem Reich hätte sich allein auf eine Vertretung im Reichsrat zu beschränken.[48]

Ende 1923 setzte schließlich ein allgemeiner Umschwung ein. Dies lag an mehreren Faktoren. Erstens führte das zwischen der westdeutschen Industrie und der Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (MICUM) ausgehandelte Abkommen vom 23. November 1923 zur Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet, für die sich die Ruhrindustrie im Gegenzug zu bestimmten Lieferungen und Zahlungen auf das Reparationskonto verpflichtete. Zweitens zeigte sich, dass der dem okkupierten Gebiet vom Reich gewährte Kredit über 100 Millionen Rentenmark bei starker Einschränkung und Selbstbescheidung ausreichte. Drittens gewann die am 15. November eingeführte neue Währung, die Rentenmark, rasch an Vertrauen, da es der Regierung gelang, durch eine rigide Haushaltspolitik der Inflation Einhalt zu gebieten. Dadurch verloren auch die Anhänger einer Rheinischen Goldnotenbank an Boden. Viertens konnte auch den Separatisten in der Schlacht am Aegidienberg im Siebengebirge am 16. November durch nationale Bürgerwehren eine vernichtende Niederlage bereitet werden. Möglich wurde dies durch das allmähliche Einlenken der französischen Regierung, die infolge ihrer außenpolitischen Isolierung und des Kurssturzes des Francs ihre bisherige Strategie zu überdenken begann. Der Kurswechsel der französischen Politik und das verstärkte Engagement Großbritanniens und der USA verhalfen schließlich, fünftens, einer internationalen Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems zum Durchbruch. So brachte das im September 1924 in Kraft tretende Londoner Reparationsabkommen, das nach dem Leiter des federführenden Sachverständigenausschusses, des Amerikaners Charles *Dawes*, auch Dawes-Abkommen genannt wird, eine Neuregelung der Reparationsfrage. Es klammerte zwar die Frage der Reparationshöhe und der Zahlungsdauer aus, versuchte dagegen das Aufbringungs- und Transferproblem einer Lösung zuzuführen. So wurde in Berlin der Posten eines alliierten Reparationsagenten eingerichtet, der die Transferzahlungen zu überwachen hatte und im Falle von Zahlungsschwierigkeiten eine Aussetzung der Reparationen empfehlen konnte. Auch wurde dem Reich mit Annahme des Dawes-Abkommens ein 800-Millionen-Goldmark Kredit eingeräumt, durch den es, zusammen mit den folgenden ausländischen Kapitalimporten, in die Lage versetzt wurde, seine Reparationen zu bezahlen. Das Dawes-Abkommen führte insgesamt zu einer Entpolitisierung des Reparationsproblems. Ein am Reparationsproblem sich entzündender zwischenstaatlicher Konflikt wie 1923 konnte sich nicht mehr wiederholen. Mit Annahme des Dawes-Plans begann zudem die suk-

47 Edition, S. 315 f. *Falk* datiert irrtümlicherweise die Besprechung auf den 23. November 1923. An der Delegation deutscher Politiker, die *Tirard* an jenem Tag aufsuchte, nahm *Falk* jedoch nicht teil. Vgl. die von der französischen Seite abgefassten Protokolle der Besprechungen vom 14. und 23. November 1923, in: Archives Nationales Paris/Frankreich, Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds Tirard, AJ 9/3777.

48 Vgl. ERDMANN, Adenauer, S. 150 f.; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 278.

zessive Räumung des besetzten Ruhrgebiets, die im Juli 1925 abgeschlossen werden konnte. Im September 1924 sprachen die Besatzungsbehörden schließlich auch eine allgemeine Rückkehrerlaubnis für die Ausgewiesenen aus.[49]

Dem französischen Sicherheitsbedürfnis konnte schließlich durch den Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 Rechnung getragen werden. Mit diesem Vertrag erkannte das Reich die Westgrenze mit Frankreich und Belgien an und gab damit endgültig Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy auf. Gleichzeitig verzichtete aber auch Frankreich auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen und ließ sein lange Zeit verfolgtes Ziel der Rheingrenze oder der gewaltsamen Errichtung rheinischer Pufferstaaten fallen. Darüber hinaus schloss der Vertrag auch die Möglichkeit eines erneuten Einmarsches ins unbesetzte Deutschland aus. Insgesamt trug der Vertrag also nicht nur dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs und Belgiens, sondern auch dem Deutschlands Rechnung und verbesserte dadurch die Situation an Rhein und Ruhr. Er ermöglichte letztlich auch den bereits im Jahr zuvor angekündigten Rückzug der alliierten Truppen aus dem Ruhrgebiet. Wurde der territoriale Status quo im Westen endgültig anerkannt, so waren die gleichzeitig abgeschlossenen Schiedsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei von geringerem Wert, da sie von niemandem garantiert wurden. Deutschland sprach zwar einen Verzicht auf eine gewaltsame Revision der Grenzen aus, legte sich jedoch auf eine Anerkennung der Grenzen nicht fest, behielt sich mithin die Möglichkeit einer späteren friedlichen Revision vor. Durch den Vertrag von Locarno befreite sich Deutschland aus der politischen Isolierung und wurde wieder in den Kreis der führenden europäischen Mächte aufgenommen, was seinen Ausdruck in der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im September 1926 fand.[50] Wenn der Locarno-Vertrag für Deutschland offensichtliche Vorteile bot und auch zu einer spürbaren Entspannung im Westen beitrug, so hielten manche doch die im Vertrag ausgesprochenen territorialen Zusagen für zu weitgehend. »[V]iele von uns, auch ich«, so schrieb *Falk*, machten »lebhafte Einwendungen gegen den Abschluß des Locarno-Vertrages. Ich sah in den Abmachungen eine Anerkennung der uns aufgezwungenen Ostgrenze und ein Hinübergleiten in eine internationale Kombination, in der, wie [die] Erfahrung zeigte, das Zusammenspiel der [Alliierten] uns regelmäßig eine demütigende und gefahrdrohende Rolle aufdrängen werde, und [ich] war auch enttä[uscht] über die Rückwirkungen auf das Rheinland selbst, von denen ich mehr erhofft hatte.«[51]

Zur Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone (Köln) kam es schließlich am 10. Januar 1926. Die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags im Januar 1925 fällige Räumung hatten die Alliierten mit der Begründung, dass Deutschland gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags verstoßen habe und eine Regelung des Sicherheitsproblems noch ausstehe, ausgesetzt. Der Vertrag von Locarno, der den Sicherheitsinteressen der Franzosen und Belgier Rechnung trug, machte letztlich den

---

49 Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 504–527; REIMER, S. 345–356, 368–377; KOLB, Die Weimarer Republik, S. 53, 56; Karl Dietrich ERDMANN: Die Zeit der Weltkriege. 1. Teilband: Der Erste Weltkrieg. Die Weimarer Republik (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearb. Aufl. Herausgegeben von Herbert Grundmann, Bd. 4, 1. Teilband), Stuttgart 1973, S. 244–247; vgl. auch die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 58 f., 61; ferner auch Edition, S. 316–318. Am 24. August 1924 sprachen sich die Demokraten des besetzten Gebiets für die Annahme des Dawes-Plans aus. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 599, 25.8. 1924: »Eine Kundgebung der Demokraten im besetzten Gebiet«.

50 Zum Vertrag von Locarno vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 550–565.

51 Edition, S. 319.

Weg für die Räumung der Kölner Zone frei. »Als die britische Fahne von dem britischen Hauptquartier niedergeholt wurde«, so erinnerte sich *Falk*, »als dann in mitternächtlicher Weihestunde Tausende und Abertausende auf dem Domplatz die Hände emporstreckten zum vaterländischen Gelöbnis, da überkam mich die Erinnerung an die furchtbare Tragik des Erlebten, da erfüllten mich Stolz und Befriedigung, vaterländisches Hochgefühl und nationale Begeisterung.« Nie, auch nicht während der Jahrtausendfeier der Zugehörigkeit des Rheinlands zu Deutschland[52] oder der Befreiungsfeier in Koblenz[53] hätten ihn »gleiche oder ähnliche Gefühle erhoben. Wie hätte ich damals auch nur daran denken können, daß das Dritte Reich mir und den Meinen das Recht rauben könnte, uns alle als Deutsche zu fühlen und zu bekennen.«[54] Anlässlich der Räumung der Kölner Zone sprach auch der damalige preußische Innenminister Carl *Severing* im Namen der preußischen Staatsregierung *Falk* seinen Dank für all das aus, was er »in schwerster Zeit« für seine »rheinische Heimat, für Reich, Staat und Volk durch Rat und Tat geleistet« habe.[55]

Die Vorgänge während der Rheinlandkrise 1923 sollten noch ein Nachspiel haben. Denn die Haltung der rheinischen Politiker während des Ruhrkampfes wurde rasch in die politische Auseinandersetzung gezogen und zum Gegenstand parteipolitischer Polemik. Von der Ausnahmesituation und den existenziellen Problemen des Jahres 1923 abstrahierend, wurden die Lösungsvorschläge der einzelnen Protagonisten in den Wahlkämpfen der Jahre 1924 und 1925, der Reichstagswahl vom Dezember 1924 und der Reichspräsidentenwahl vom März und April 1925, überzeichnet und in überspitzer und verzerrter Form wiedergegeben. Das nach dem Ruhreinmarsch vorwaltende Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und der Solidarität wich dem gesteigerten Bedürfnis, den politisch Andersdenkenden zu diskreditieren und ihn als national unzuverlässig darzustellen.

Dass *Jarres* zur Zielscheibe parteipolitischer Polemik wurde, lag nicht nur an seiner Forderung nach einer starken außenpolitischen Aktion, der Kündigung des Versailler Vertrags und dem Bruch mit Frankreich und Belgien, sondern auch an dem von ihm selbst mit Bedacht und Sorgfalt aufgebauten und seitdem behutsam gepflegten Image des »nationalen« Politikers. Das Fundament dazu hatte seine zweimonatige Inhaftierung im Aachener Gefängnis gelegt. Es mochte deshalb nicht Wunder nehmen, dass er bei der Reichspräsidentschaftswahl im Frühjahr 1925 als Gemeinschaftskandidat von DVP und DNVP ins Rennen ging. *Jarres* forderte letztlich durch seine radikale Haltung nach dem Ruhreinmarsch wie auch durch seinen Ruf zu Widerspruch heraus.[56]

Jarres geriet rasch ins Visier der DDP, die ihr Profil gegenüber der etwas stärkeren liberalen Schwesterpartei zu schärfen versuchte, indem sie den Reichsinnenminister als unverantwortlichen Katastrophen- und Stammtischpolitiker zu präsentieren versuchte. So ging der aus Düsseldorf stammende Vorstandsvorsitzende der DDP, Anton *Erkelenz*, scharf mit den rechten »Versackungspolitikern«, und damit auch indirekt mit *Jarres*, ins Gericht, als die DNVP im August 1924 gegen den Dawes-Plan mit betont nationa-

52 Die Jahrtausendfeier der Rheinlande fand vom 18. bis 20. Juni 1925 statt. Vgl. SCHULTHESS 1925, S. 107 f.; WEIN, S. 123–142.

53 Am 22. Juli 1930 fand die Hauptbefreiungsfeier des Rheinlandes in Koblenz statt. Am 30. Juni hatten die letzten französischen Besatzungstruppen das Rheinland vorzeitig verlassen.

54 Edition, S. 320.

55 Ebd., S. 321, insgesamt S. 320 f.

56 Vgl. KRUSE-JARRES, bes. S. 89–190.

len Parolen Stellung bezog. »Wer im Rheinland lebt«, so *Erkelenz* im »Berliner Tageblatt«, »wer alles seit fünf Jahren miterlebt hat, besonders aber, wer im November vorigen Jahres jene entsetzlichen Verhandlungen über die ›Versackung‹ mitgemacht hat, den kann nur ein körperlicher Ekel erfassen über die Dreistigkeit und Unfähigkeit, mit der sich diese mit ›politischer Erbweisheit vollgesogenen‹ Leute aufblähen.« Was ihnen, den rheinischen Politikern, damals besonders weh getan hätte, »war die Tatsache, daß gerade die dem Rheinlande nahestehenden Minister, mit Ausnahme des Herrn *Fuchs*, den falschen Weg gehen wollten und unter dem Druck der Verbrechen *Hitlers*[57] und *Poincarés* die reichsten und bevölkertsten Landesteile des Reiches aufgeben wollten. Wir haben uns zur Wehr gesetzt.« Mit den »dem Rheinlande nahestehenden Minister« war natürlich auch der damalige Reichsinnenminister *Jarres* gemeint.[58]

Jarres war nicht gewillt, diesen Angriff auf sich beruhen zu lassen. »Zweck und Sinn unsers Vorschlages einer Suspension unsrer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag«, so *Jarres* am 9. September 1924 in der »Kölnischen Zeitung«, »war keineswegs der, das besetzte Gebiet im Stich zu lassen oder gar von uns zu lösen, sondern vielmehr der, auf diesem Wege die internationale Lösung schnellstens herbeizuführen.«[59]

Vor der Reichstagswahl im Dezember 1924 begann auch *Falk*, sich auf den Reichsinnenminister einzuschießen. So erschienen am 15. November 1924 sowohl in der »Frankfurter Zeitung« als auch in der »Vossischen Zeitung« Artikel des Vorsitzenden des Rheinischen Provinzialverbandes der DDP, der auf einen, eine Woche zuvor erschienenen Artikel des DVP-Politikers *Moldenhauer* in der »Kölnischen Zeitung« Bezug nahm.[60] In diesem Artikel hatte sich *Moldenhauer* darüber beschwert, dass von Seiten der DDP die »Versackungspolitik« im Wahlkampf gegen die DVP thematisiert und damit die Einheitsfront der rheinischen Parteien gegenüber Frankreich durchbrochen worden sei.[61] *Falk* wies diese Vorwürfe mit dem Verweis auf die Haltung der »Kölnischen Zeitung« entschieden zurück. Das der DVP nahestehende Blatt gefiele sich seit geraumer Zeit darin, der DDP »die nationale Ehre und die nationale Zuverläs-

---

57 Gemeint ist der Umsturzversuch Adolf *Hitlers* in München am 8./9. November 1923.

58 Reichstagsabgeordneter Anton *Erkelenz*-Düsseldorf, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen demokratischen Partei: »November 1923 – August 1924«, in: BERLINER TAGEBLATT, 404, 26.8.1924.

59 Reichsminister Dr. *Jarres*: »Nach der Entscheidung«, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 638, 9.9.1924, H.i.O. Vgl. auch den Artikel »Der Versackungsschwindel im Wahlkampf«, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 794, 10.11.1924: »Sollten sich aber dennoch Leute finden, die auf diese Art der Volksverhetzung«, d.h. den Vorwurf der Versackungspolitik, »nicht verzichten wollen, so wird man von ihnen sagen können, daß sie nicht das Gefühl der gemeinsamen Sorge um Rhein und Ruhr leitet, sondern auf den parteipolitischen Vorteil gerichtete Demagogie.« – Ferner auch die gegen die DVP erhobenen Vorwürfe des Sozialdemokraten Wilhelm *Sollmann* auf der Wahlversammlung der SPD in Köln am 10. November 1924, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 797, 11.11.1924: »Die Wahlbewegung.«

60 FRANKFURTER ZEITUNG, 856, 15.11.1924: »Versackungspolitik und Wahlkampf.« Von Justizrat Bernhard *Falk*; VOSSISCHE ZEITUNG, 544, 15.11.1924: »Die Wahrheit über die Versackungspolitik«. Von Justizrat Bernhard *Falk*.

61 KÖLNISCHE ZEITUNG, 791, 8.11.1924: »Das Rheinland im Wahlkampf.« Von Universitätsprofessor Dr. *Moldenhauer*. »Die Einheitsfront der rheinischen Parteien gegenüber den französischen Bestrebungen ist bis heute erhalten geblieben. Es blieb dem demokratischen Blatt überlassen, aus einer begreiflichen Besorgnis vor dem Ausfall der Wahlen für die Demokratische Partei diese Einheitsfront zu durchbrechen und die Demokraten, die schon bei der letzten Wahl nur 3,5 v. H. der Stimmen des besetzten Gebiets hinter sich hatten, und Justizrat *Falk* als den Retter des Rheinlandes hinzustellen. Welche großen außenpolitischen Bedenken in diesem Versuch, die Einheitsfront zu zertrümmern, liegen, brauche ich nicht hervorzuheben.« H.i.O.

sigkeit abzusprechen.«[62] Dies konnte *Falk* verständlicherweise nicht akzeptieren. Erstens: »In dem Abwehrkampf gegen Separatismus und Verwelschung haben wir uns von niemandem, von keiner Partei und von keiner Person, übertreffen lassen. Zweitens: darüber hinaus aber war unsere Politik zur Erhaltung des Rheinlandes richtig und erfolgreich, während die Vorschläge, die von anderer Seite gemacht und von uns bekämpft worden sind, sich im Gange der Ereignisse selbst als gemeinschädlich erwiesen haben.« Dies gelte namentlich für die von *Jarres* vertretene »Versackungspolitik«, aber auch für den Vorschlag *Moldenhauers*, ein Direktorium zu bilden. Auch wenn *Falk* *Jarres* als Exponenten der »Versackungspolitik« bezeichnete, so lehnte er es doch entschieden ab, die »vaterländische Gesinnung oder das ehrliche deutsche Wollen des Herrn Dr. *Jarres*« anzuzweifeln. »Ich habe hierbei die Vaterlandsliebe und den kraftvollen Willen des Herrn Dr. *Jarres*, wie ich das auch später stets getan habe, vollkommen anerkannt, habe aber kein Hehl daraus gemacht, daß die Durchführung seines Vorschlags unabsehbares Unglück über Deutschland bringen werde.« *Falk* glaubte »annehmen zu dürfen, daß beide Herren heute selbst darüber froh sind, daß die Entwicklung einen anderen Weg genommen hat.« Es sei so gekommen, wie die Demokraten gehofft und gewollt hätten. »Fester Wille und der unerschütterliche Glaube an Deutschlands Recht und Deutschlands Zukunft waren die Kampfmittel, die nach unserm Wollen angewandt werden mussten, um Zeit zu gewinnen, bis wirtschaftliche Vernunft und ruhige Ueberlegung in den gegnerischen Ländern den Sieg über den Vernichtungswillen davontrugen. Unser Weg hat zum Ziel geführt.« Als Verdienst nahm er deshalb für die DDP »in Anspruch, dass sie die Versackungspolitik stets vom ersten Augenblick an bis zur letzten Stunde mit vaterländischer Leidenschaft bekämpft hat.«[63]

Die Angriffe von *Falk* wollte sich *Jarres* nicht bieten lassen, da er sie für »derart wahldemagogisch« hielt, dass die DNVP, DVP und DDP umfassende Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien des Rheinischen Provinziallandtages dazu nicht schweigen könne. »Ich sehe deutlich«, so schrieb er dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Paul *Wesenfeld* (DNVP), »dass *Falk* nicht nur den Burgfrieden unter den Parteien des Rheinlandes aus parteiegoistischen Gründen zu sprengen sich nicht scheut, sondern dass er auch die Basis unserer gemeinschaftlichen und fruchtbaren Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft zu Gunsten der Demokraten verschieben will.« Nach dem Vorgefallenen hielt *Jarres* »eine politische Gemeinschaft mit den Demokraten in der provinzialen Arbeit nicht mehr für möglich«. Der Fraktionsvorstand der Arbeitsgemeinschaft sollte deshalb unter Zuziehung *Falks* »zu einer offenen und rückhaltlosen Aussprache« zusammentreten.[64]

Auch Professor *Moldenhauer* aus Köln wollte die Äußerungen *Falks* nicht unwidersprochen stehen lassen. Es sei, so schrieb er am 20. November der »Kölnischen Zeitung«, »ein frivoles Spiel, wenn jetzt die demokratische Partei versucht, andere Parteien, und insbesondere der Deutschen Volkspartei, ihrem Führer in der Regierung

---

62 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 744, 21.10.1924: »Ende einer großen Lüge«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 776, 3.11.1924: »Die Demokraten im Wahlkampf«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 793, 10.11.1924: »Demokratische Propaganda.«

63 Zitiert nach FRANKFURTER ZEITUNG, 856, 15.11.1924: »Versackungspolitik und Wahlkampf.« Von Justizrat Bernhard *Falk*. Vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, 544, 15.11.1924: »Die Wahrheit über die Versackungspolitik«. Von Justizrat Bernhard *Falk*.

64 *Jarres* an Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld*, Berlin, 17.11.1924, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 48, Bl. 121. Am 20. November meldete *Wesenfeld*, dass er sich mit *Falk* in Verbindung gesetzt hätte. *Falk* habe ihm erklärt, dass er »selbstverständlich grossen Wert darauf« lege, »sich mit« *Jarres* »auszusprechen«. Ebd., Bl. 122.

und im Land, den Vorwurf zu machen, als ob sie das Rheinland hätten preisgeben wollen, das nur durch den zähen Widerstand der Demokraten gerettet worden wäre.« Das eigentliche Verdienst gebühre vielmehr seinem Parteifreund und Außenminister Gustav *Stresemann*, dessen Politik nur das eine Ziel gehabt habe, die Rheinlande beim Reich und bei Preußen zu halten.[65]

Am 21. November machte *Jarres* seiner Verärgerung über das Verhalten des Kölner Demokraten in einem Artikel in der »Kölnischen Zeitung« unter dem Titel »Zum Schlagwort ›Versackungspolitik‹« noch einmal Luft. »Daß Herr Justizrat *Falk*, mit dem mich jahrelange, nicht nutzlose Arbeit für das Rheinland verbunden hat, es für richtig halten konnte, in dieser Weise an die Öffentlichkeit zu treten, bedauere ich tief.« Mit seinem Verweis auf den Beschluss des Reichskabinetts vom 9. November über die Einstellung der finanziellen Leistungen an das besetzte Gebiet brachte er das Doppelbödige des Vorwurfs auf den Punkt. War etwa die Bereitschaft des Kabinetts, die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für das besetzte Gebiet einzustellen, etwas anderes als die *Jarres* zum Vorwurf gemachte »Versackungspolitik«? War die Regierung nicht auch bereit, die Bevölkerung an Rhein und Ruhr ihrem Schicksal zu überlassen? Freilich, der Unterschied zwischen der von *Jarres* vertretenen Politik und dem Beschluss der Reichsregierung war der, dass *Jarres'* Ziel eine bewusste außenpolitische Provokation war, während die Regierung dem Zwang der Notwendigkeit folgte, wollte sie die neue Währung nicht gefährden. »Wir haben das Rheinland nicht versacken lassen wollen und nicht versacken lassen«, so schloss *Jarres* seine Ausführungen, »sondern unsre besten Kräfte mit Erfolg für sein Wohl eingesetzt.«[66]

Falk war der ständigen Auseinandersetzungen leid. Zwar verwahrte er sich noch am 24. November in einer Zuschrift an die »Kölnische Zeitung« gegen den von *Jarres* erhobenen Vorwurf, er habe in seinem Artikel vom 15. November in »entstellter Form« Behauptungen aufgestellt.[67] Doch sah er ebenso wie *Jarres* ein, dass sie mit ihren polemischen Attacken sich letztlich nur selber schadeten.[68] Am 30. November kamen sie deshalb zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft des Rheinischen Provinziallandtags in Köln zu einer eingehenden Aussprache zusammen. *Jarres* und *Falk* veröffentlichten anschließlich eine Erklärung, in der sie deutlich machten, dass sie derartige persönliche Angriffe in Zukunft unterlassen und auch in diesem Sinne auf die ihnen nahestehende Presse Einfluss nehmen würden.[69] *Falk* brachte dabei zum Ausdruck, dass er anerkenne, dass *Jarres* sich in seinen Stellungnahmen während und nach dem Ruhrkampf »nur von ehrlicher Sorge für Vaterland und Heimat hat

---

65 KÖLNISCHE ZEITUNG, 818, 20.11.1924: »Professor *Moldenhauer* über die Aufgaben des Reichstags.«

66 Karl *Jarres*: »Zum Schlagwort »Versackungspolitik««, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 822, 21.11.1924. In einem Schreiben an *Stresemann* vom 24. November 1924 gab *Jarres* der Hoffnung Ausdruck, dass er in den noch anstehenden »Wahlversammlungen, namentlich im Westen, das Ammenmärchen von der Versackungspolitik noch nachdrücklich bekämpfen« könne. BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 48, Bl. 120, hier Bl. 120 r.

67 KÖLNISCHE ZEITUNG, 828, 24.11.1924: »Um die ›Versackungspolitik‹.«

68 Auch Professor *Moldenhauer* aus Köln, ein Parteifreund von *Jarres*, gab am 28. November 1924 zu Bedenken, »daß es allmählich außenpolitisch geboten sei, diese Fehde nicht weiter zu führen.« H.i.O. KÖLNISCHE ZEITUNG, 840, 28.11.1924: »Die Versackungsdemagogie und die Wahrheit. Die Antwort *Moldenhauers*.«

69 Dieses Abkommen erwähnte *Falk* in seinem Brief an Rechtsanwalt *Wesenfeld*, der die Interessen von *Jarres* vertrat. Vgl. Justizrat *Falk* und Dr. *Fuchs* an Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld*, Köln, 14.4.1925, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 213–216, hier Bl. 213. Ferner auch *Wesenfeld* an *Falk*, Köln, 12.4.1925, in: ebd., Bl. 211 f., hier Bl. 211.

leiten lassen.« Allerdings machte er auch deutlich, dass er den von *Jarres* nach Abbruch des Ruhrkampfs gemachten Vorschlag für »verfehlt« hielt. Gleichwohl erachtete er die gegen die Person des Reichsinnenministers gerichteten Angriffe »nicht für gerechtfertigt« und gab dem Wunsch Ausdruck, dass in Zukunft der Vorwurf der »Versackungspolitik« gegen *Jarres* nicht mehr erhoben werde. Im Gegenzug erklärte *Jarres*, »daß er die Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit der Deutschen demokratischen Partei, durch die diese sich verletzt fühlt, nicht billigt und ihnen völlig fern steht.«[70]

Das »Waffenstillstandsabkommen« hielt allerdings nicht lange. Keine zwei Wochen nach der Kölner Aussprache beklagte sich *Jarres* bei *Falk* darüber, das man in fast allen Wahlveranstaltungen des besetzten und unbesetzten Gebiets die Angriffe auf ihn »in unleidlicher Weise« fortsetzen würde. So habe beispielsweise *Erkelenz* in den letzten Tagen vor der Wahl ein entsprechendes Rundschreiben an seine Wähler geschickt. »Mir kommt es nur darauf an, Ihnen gegenüber festzustellen, daß diese demagogische Kampfesweise von Seiten Ihrer Parteifreunde im Lande fortgesetzt worden ist, obwohl sie von Ihnen als den Leiter der demokratischen Partei im Rheinlande doch deutlich genug den Wunsch gehört hatten, daß endlich von diesen Agitationen Abstand genommen werde.« Diese Angriffe hätten ihn »aufs tiefste geschmerzt«. »Sie werfen ein bezeichnendes Licht auf die Entartung unserer politischen Sitten.«[71]

Die Auseinandersetzung strebte einem neuen Klimax entgegen, als bei der durch den Tode *Eberts* notwendig werdenden Reichspräsidentschaftswahl im Frühjahr 1925 DDP und DVP erneut aneinander gerieten. Die DDP hatte anfangs gehofft, mit Reichswehrminister *Geßler* einen bürgerlichen Gemeinschaftskandidaten präsentieren zu können, auf den sich die bürgerliche Mitte hätte einigen können. Doch die DVP gab ihrer liberalen Schwesterpartei einen Korb. Der volksparteiliche Vorsitzende und Außenminister *Stresemann* hielt *Geßler* aus außenpolitischen Gründen für nicht vermittelbar. Die Erbitterung der Demokraten wuchs, als sie erfuhr, dass DVP und DNVP sich auf *Jarres* verständigt hätten, einen Politiker mithin, der 1923 die Kündigung des Versailler Vertrags und den Bruch mit Frankreich und Belgien gefordert hatte.[72] Man könne es im Rheinland »nicht verstehen«, so schrieb das »Berliner Tageblatt« am 18. März 1925, »daß ein Mann, der die wertvollste Provinz des Reiches im Augenblick höchster Not kaltblütig preisgeben wollte, an die Spitze der deutschen Republik berufen werden soll.«[73] Als *Jarres* die Kandidatur annahm, musste er wissen, dass ihm seine damalige Haltung im Wahlkampf zum Vorwurf gemacht würde. Er war gleichwohl nicht bereit, die Angriffe widerspruchslos hinzunehmen. Gleich auf seiner ersten Wahlversammlung in der Berliner Philharmonie beteuerte er nachdrücklich, dass er »niemals den Gedanken einer Preisgabe der Rheinlande gehegt« habe. »Die Versackungspolitiker hätten in einem anderen Lager gesessen.«[74] Die Auseinandersetzung gewann

---

70 KÖLNISCHE ZEITUNG, 845, 1.12.1924: »Die ›Versackungspolitik‹. Eine Aussprache zwischen *Jarres* und *Falk*.« Eine vergleichbare Erklärung gaben auch *Adenauer* und *Mönnig* am 5. April 1925 ab. Vgl. die Denkschrift von Karl *Jarres* vom 20.11.1926, »Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung«, mit Anlagen, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49–95, hier Bl. 62.

71 *Jarres* an *Falk*, 10.12.1924, in: ebd., Nr. 48, Bl. 123

72 Zur Reichspräsidentenwahl 1925 vgl. SCHNEIDER, S. 108–113; FRYE, Liberal Democrats, S. 146 f.; STEPHAN, Aufstieg, S. 286–300.

73 BERLINER TAGEBLATT, 131, 18.3.1925: »Herrn *Jarres*' ›Beliebtheit‹ im Rheinland«. Das Zitat im Original hervorgehoben.

74 BERLINER TAGEBLATT, 132, 19.3.1925: »*Jarres* in der Philharmonie.« Das BERLINER TAGEBLATT, 131, 18.3.1925, hatte sich an jenem Tag entschieden gegen die Kandidatur *Jarres* ausgesprochen. »Man kann es hier«, im Rheinland, »nicht verstehen, daß ein Mann, der die wertvollste Provinz des Reiches

an Heftigkeit. Denn die den Linksliberalen nahestehenden Blätter wollten verständlicherweise diese Äußerungen nicht unwidersprochen stehen lassen und schossen weitere Breitseiten auf *Jarres* ab, einen Politiker, der, wie die »Vossische Zeitung« hervorhob, 1923 »einem Hazardspiel à la *Ludendorff* das Wort geredet« habe.[75]

Um eine weitere Eskalation zu vermeiden und seinen Wahlkampf nicht im Sumpf persönlicher Anschuldigungen versinken zu lassen, bat *Jarres* kurz darauf *Falk*, auf die Wahlleitung der demokratischen Partei und die ihr nahestehende Presse einzuwirken. Er habe, so *Falk*, das auch am folgenden Tag getan, »traf aber die massgebenden Herren nicht an und machte daher dem Generalsekretär die nötigen Mitteilungen mit dem Ersuchen, sie weiterzugeben und mir über das Ergebnis baldmöglichst Bescheid zu geben. Am selben Nachmittag überbrachte mir ein Beamter der Zentralstelle unserer Partei die hanebüchenen Angriffe, die gegen mich im Lokalanzeiger, in der Deutschen Zeitung und andern Organen, die Herrn Dr. *Jarres* unterstützen, damals veröffentlicht waren. Darnach habe ich meine Bemühungen natürlich eingestellt. Ich habe mich an das Abkommen gehalten, solange dies überhaupt möglich war. Herr Dr. *Jarres* hat das nicht getan.«[76]

In einer Hamburger Wahlrede am 22. März hatte *Jarres* den ihm gemachten Vorwurf der »Versackungspolitik« dadurch entgegenzutreten versucht, dass er andeutete, führende Persönlichkeiten des Zentrums und der DDP, gemeint waren *Adenauer* und *Falk*, wären bereit gewesen, in Verhandlungen mit Frankreich einen selbständigen Staat außerhalb des Reiches zu gründen.[77] *Jarres*, der hier Bezug auf entsprechende Vorschläge *Adenauers* auf der Tagung in Barmen am 24. Oktober 1923 nahm, ging nun zum Gegenangriff über.

Die Behauptung des Reichspräsidentschaftskandidaten wies *Falk* entschieden zurück. »Wenn Herr Dr. *Jarres* diese Aeußerung getan hat, so hat er, soweit die Demokratie in Betracht kommt, für die allein ich zu sprechen habe, eine unwahre Behauptung aufgestellt. Die rheinische Demokratie würde solche Führer in ihren Reihen nicht geduldet haben. Herr Dr. *Jarres* wird nicht umhin können zu sagen, von wem und wann und in welcher Form diese Aeußerungen getan sein sollen.« In Barmen habe er »erklärt, zu einer Loslösung des besetzten Gebietes vom Reich oder von den Ländern meine Zu-

---

im Augenblick höchster Not kaltblütig preisgeben wollte, an die Spitze der deutschen Republik berufen werden soll.«

75 VOSSISCHE ZEITUNG, 67, 19.3.1925: »*Jarres* enthüllt sich. Vorstellung in der Philharmonie.« Vgl. auch FRANKFURTER ZEITUNG, 216, 21.3.1925: »Dokumente zur Versackungspolitik. Eine entscheidende Veröffentlichung.«

76 Schreiben von Justizrat *Falk* und Dr. *Fuchs* an Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld*, Köln, Datum unleserlich, nach dem 18.4.1925, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 219–221, hier Bl. 220.

77 KÖLNISCHE ZEITUNG, 216, 23.3.1925: »Die wahren Versackungspolitiker.« *Jarres* stellte dann die Frage, wer Versackungspolitik getrieben habe. »Diejenigen, die am Ende ihrer Politik nur die Möglichkeit eines vom Reich gelösten autonomen Staates sahen, die bereit waren, in einer vielleicht menschlich verzeihlichen, aber national unverantwortlichen Schwäche um einer leichten und bequemen Gewaltlösung willen die nationale Zukunft unseres Volkes und des Rheinlandes preiszugeben, oder ob wir die Versackungspolitiker waren, die wir mit starker politischer Tat, wenn auch unter vorübergehenden schweren Opfern, das Rheinland in seiner Staats- und Reichszugehörigkeit sichern wollten.« »Widerwärtig ist es, wie jetzt aus wahldemagogischen Gründen eine ehrlich gemeinte und von starkem nationalen Geist getragene Politik verzerrt wird. Ein echtes Parteischauspiel, das nur dem Feind und seinen noch immer nicht aufgegebenen Plänen nützen kann.« H.i.O.

stimmung in keiner Form geben zu können. Wenn solche Aenderungen unter dem Druck der Bajonette ausgesprochen würden, so müsse man sie tragen; aber um der deutschen Zukunft willen dürfe die Bevölkerung des besetzten Gebietes selbst keinerlei Schritte tun, die zu staatsrechtlichen Aenderungen führen könnten. Ob vielleicht später einmal der nicht vorherzusehende Fall eintreten könne, der es zur patriotischen Pflicht mache, zu erwägen, ob man durch Verhandlungen dem Deutschen Reich diene, könne dahingestellt bleiben. Diesen Fall als gegeben anzuerkennen, habe ich abgelehnt. Am folgenden Tage in Hagen habe ich in Gegenwart des Reichskanzlers *Stresemann* namens meiner Freunde ausgeführt, daß wir uns nur der Gewalt fügen könnten.« Und: »Mein Ziel war stets und unverrückbar das gleiche: die Loslösung des besetzten Gebietes zu verhindern. Meine Pflicht hat sich als richtig erwiesen.«[78]

Gegenüber *Wesenfeld* sprach *Falk* sein Bedauern darüber aus, dass *Jarres* trotz des Kölner Abkommens vom 30. November 1924 »die bekannten Ausführungen während des jetzigen Wahlkampfes gemacht hat, obwohl [...] zwischen mir und ihm die Angelegenheit abgeschlossen sein sollte.« Er erwarte deshalb, »dass Herr Dr. *Jarres* aus sich heraus Veranlassung suchen sollte, die Sache richtig zu stellen.«[79] *Jarres* war, wie *Wesenfeld* wenige Tage später *Falk* berichtete, dagegen der Meinung, dass es *Falk* angesichts seiner führenden Stellung in der DDP hätte möglich gewesen sein müssen, die Angriffe der demokratischen Presse zu verhindern. Sie wollten deshalb nicht anerkennen, dass *Falk* seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 30. November 1923 Genüge geleistet hätte.[80]

»Die Stellung, die Herr Dr. *Jarres* jetzt einnimmt,« so machte *Falk* in seiner Antwort deutlich, »scheint es mir unmöglich zu machen, die Sache ohne Privatklage gegen ihn zu erledigen.« Er habe bisher davon Abstand genommen, weil er angenommen habe, dass *Jarres* die von ihm gewünschte Erklärung abgeben werde. Es scheine, so *Falk*, »als wenn Dr. *Jarres* nicht gewillt ist, die Sache richtig zu stellen, dann bleibt eben nichts anders übrig, als mein Recht vor dem Schöffengericht in Hamburg, dem forum delicti commissi, zu suchen.«[81] Doch dazu kam es schließlich nicht mehr. Die Betroffenen sahen ein, dass sie sich durch ihr Verhalten und durch eine weitere Eskalation nur selber Schaden zufügten.

Die Auseinandersetzung hatte gezeigt, welch emotionalisierende Wirkung nationale Themen in jener Zeit besaßen. Wenn *Falk* auch bemüht war, die Wogen zu glätten und die Debatte in ein ruhigeres Wasser zu lenken, so konnte er doch nicht umhin, seine Position und die seiner Partei gegenüber den Vorschlägen von *Jarres* deutlich herauszustreichen. Doch bei aller Lust am parteipolitischen Streit siegte letztlich die Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller rheinischen Parteien, die während der Dauer der alliierten Besatzung allgemein geboten war.

---

78 VOSSISCHE ZEITUNG, 72, 25.3.1925: »Zusammengebrochene Entlastungsversuche«.

79 Justizrat *Falk* und Dr. *Fuchs*, Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht, an Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld*, Barmen, Köln, 14.4.1925, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 213–216, hier Bl. 213 f. Vgl. auch das Schreiben von Dr. *Wesenfeld* an *Falk*, 12.4.1925, in: ebd., Bl. 211 f., hier Bl. 211: »Nicht die Zentrumspresse war es, soweit wenigstens meine Beobachtung reicht, sondern die genannten demokratischen Blätter, die während des Wahlkampfes die ›Versackungspolitik‹ wieder glaubten behandeln zu müssen. Ich habe ausserordentlich bedauert, dass es trotz des Abkommens in Köln vom 30. November 1924 Ihrem Einfluss nicht gelungen ist, diese Presse zurückzuhalten.«

80 Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld* an *Falk*, Barmen, 18.4.1925, in: ebd., Bl. 218.

81 Schreiben von Justizrat *Falk* und Dr. *Fuchs* an Rechtsanwalt Justizrat Dr. *Wesenfeld*, Köln, Datum unleserlich, nach dem 18.4.1925, in: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 219–221, hier Bl. 219.

Auch in den Folgejahren sollte *Falk* das Rheinland nicht aus den Augen verlieren. Wenn er auch durch seine Wahl in den Preußischen Landtag dem rheinischen Wirkungsraum enthoben schien, so galt der Rheinprovinz doch auch weiterhin seine Aufmerksamkeit. Als Fraktionsvorsitzender einer nicht unbedeutenden Regierungspartei vermochte er aus einer einflussreichen Position heraus, seiner Heimat auch weiterhin die Beachtung zu sichern, die sie in seinen Augen verdiente. So sollte er sich wiederholt im Preußischen Landtag für staatliche Maßnahmen zugunsten der strukturschwachen Grenzgebiete einsetzen.[82]

82 Vgl. die Rede *Falks* in der 42. Sitzung des Preußischen Landtages am 6. Februar 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 3, Sp. 3038–3047, hier Sp. 3039–3041, in der er die Unterstützung der rheinischen Bäder, die Wiederherstellung unterbrochener Wegeverbindungen und die Errichtung neuer Schulgebäude in der Rheinprovinz forderte. Ferner die Rede *Falks* in der 104. Sitzung am 24. Oktober 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 6, Sp. 8715–8718. Seine Aufmerksamkeit galt auch dem Saargebiet, das damals noch zur Rheinprovinz gehörte. Vgl. die Rede *Falks* in der 108. Sitzung am 29. November 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 7, Sp. 9128–9130. Ferner die Reden *Falks* in der 133. Sitzung am 25. Februar 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 8, Sp. 11400–11411, hier Sp. 11404, und in der 162. Sitzung am 9. Mai 1930, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13767–13775, hier Sp. 13769 f.

10. Lebensmuster

10.1 Die Familie

Der Name *Falk* hatte in Köln einen besonderen Klang. Bernhard *Falk* war als Fraktionsvorsitzender der DDP bzw. DStP im Preußischen Landtag ein namhafter Kölner Politiker. Aber auch seine Frau, Else *Falk*, spielte in der rheinische Metropole eine wichtige Rolle. Sie war »*die* herausragende Persönlichkeit der Kölner Frauenbewegung während der Weimarer Republik.«[1] Ihr Wirken in der Kölner Frauenbewegung und in den städtischen Wohlfahrtsverbänden ist beeindruckend und umspannt ein weites Feld unterschiedlichster Tätigkeiten, die Kriegsversehrte, Kleinrentner, aber und vor allem auch berufstätigen Frauen galten. Welche Gefühle musste eine Frau wie Else *Falk*, die sich in herausragendem Maße um ihre Stadt verdient gemacht hatte, empfinden, als sie nach 1933 wie ein Paria behandelt, diskriminiert, beleidigt und sukzessive entrechtet wurde? Die Fallhöhe, die Else *Falk* und ihr Mann durchleiden mussten, war enorm.

Früh hatte sich Else *Falk* politisch engagiert und sich innerhalb der Nationalliberalen Partei für die Gleichberechtigung der Frauen eingesetzt. Ihr soziales Engagement begann sich seit 1914 voll zu entfalten, als die 42-Jährige Schatzmeisterin der Nationalen Frauengemeinschaft wurde. Seitdem war sie »aus der Kölner Frauenbewegung nicht mehr wegzudenken.«[2] Während des Ersten Weltkrieges richtete sie eine Kriegsblindenbibliothek ein, für die sie 1000 Bände sammelte, die später in den Besitz der Stadt Köln übergingen. Daneben leitete sie eine Schuhmacherwerkstätte für Kriegsbeschädigte.

Nach dem Krieg galt ihre Fürsorge den in bedrängten Verhältnissen lebenden Kleinrentnern und -rentnerinnen, für die sie in Köln drei Heime, in der Jakobstraße, auf dem Hunnenrücken und am Stadtwaldgürtel, ins Leben rief. Die Heime wurden vom Verein Frauenheim e.V. getragen, dem Else *Falk* vorstand. Maßgeblich beteiligt war sie auch an den Kinderspeisungen in den Jahren 1920 bis 1923, die zahlreichen Kindern und in Not geratenen Familien Mittagstische gewährte. Während der bis 1926 reichenden Besatzungszeit engagierte sie sich am Auf- und Ausbau der von Frauen ausgeübten Polizeifürsorge. Bis in die 1930er Jahre leitete sie darüber hinaus den Verein Müttererholung und Mütterschulung e.V., der bedürftigen und geschwächten Müttern Erholungskuren gewährte und im Winter Schulungskurse organisierte. Auch wirkte sie an der Gründung des Kölner Frauenvereins für alkoholfreie Gast- und Erholungsstätten e.V. mit, der vier gut besuchte Speiseräume und ein Goa[3]-Auto zur Belieferung von Fabriken, Sport- und Jugendfesten unterhielt. Von bleibender Wirkung war zudem das Else-*Falk*-Haus, ein besonderes Wohnhaus für berufstätige Frauen. Die Bedeutung Else *Falks* in der kommunalen Wohlfahrtspflege fand ihren Ausdruck in ihrer Stellung als Vorsitzende des Fünften Wohlfahrtsverbandes und als erste Vorsitzende des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine. Der Wohlfahrtsverband und der Stadtverband Kölner Frauenvereine waren Zusammenschlüsse mehrerer parteipolitisch und konfessionell neutraler Berufs- und sozialer Vereine. Auch politisch war Else *Falk* kein unbeschriebenes Blatt. So war sie Hauptvertrauensfrau der Deutschen Staatspartei für den Wahlkreis Köln-Aachen. Ein Mandat für eines der Berliner Parlamente erlangte sie allerdings nicht.

---

1 ROECKEN, S. 220.

2 Ebd.

3 GOA heißt Gaststätten ohne Alkohol.

Auf der anlässlich ihres 60. Geburtstages stattfindenden Festveranstaltung des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine gedachte die zweite Vorsitzende Alice *Neven DuMont* »des nimmermüden Eifers, der planvoll-energischen und zugleich liebenswürdigen Art, mit der Frau *Falk* die vielen wohltätigen und gemeinnützigen Unternehmen, die wegen ihrer großen Zahl nur kurz aufgezählt werden konnten, ins Leben gerufen, geleitet oder doch weiter gefördert hat.« In ihrer Dankesrede betonte Else *Falk* die Bedeutung des Stadtverbandes. Er »sei wie eine große Familie, in der zwar jedes Kind eigne Wege gehe und eigne Ziele verfolge, die aber zusammengehalten werde durch die allen gemeinsamen Bestrebungen im Sinne der Frauenbewegung. Jene Einigkeit zu wahren, die allein stark und tüchtig macht zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes, das war die Bitte, die Frau *Falk* an die angeschlossenen Vereine richtete.«[4] An die ungemein engagierte Frau Bernhard *Falks* erinnert noch heute das Else-*Falk*-Haus in Köln-Klettenberg.

Das Ehepaar *Falk* lebte vor 1933 in gut situierten Verhältnissen. Bernhard *Falk*, so bemerkte der nach dem Zweiten Weltkrieg von der Familie mit der Vermögensrückerstattung betraute Anwalt Dr. *Baaser*, »hatte sich eine ausgezeichnete und sehr angesehene Praxis aufgebaut. Er erzielte aus ihr vor der Verfolgungszeit durchschnittlich ein jährliches Einkommen von 30000,– Mark.« Die hervorragenden Vermögensverhältnisse hätten es dem Ehepaar gestattet, »ein wohlhabendes Leben in Köln zu führen. Sie bewohnten allein ein grosses Haus im Zentrum Kölns (Christophstrasse).«[5]

Bernhard und Else *Falk* hatten vier Söhne: Alfred, Fritz, Ernst und Hermann. Alfred fiel 1917 als Fliegeroffizier, der 1898 geborene Fritz, der nach seiner Promotion Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Düsseldorf wurde, beging am 11. September 1933 Selbstmord. Die beiden Jüngsten, der 1901 geborene Ernst und der vier Jahre jüngere Hermann traten ebenso wie Fritz in die Fußstapfen ihres Vaters und entschieden sich für den Beruf des Rechtsanwalts.

Nach der sog. Machtergreifung wurde Ernst Sozius des nichtjüdischen Rechtsanwalts Dr. Wilhelm *Koll*, doch wurde seine Zulassung bereits am 1. Juli 1933 gelöscht. 1938 war er gezwungen, sein Haus in der Novalisstr. 2 weit unter Wert zu verkaufen. Mit den Eltern emigrierte er 1939 nach Belgien und ging dann 1940 über Frankreich nach Brasilien. Nach 1945 ließ er sich als einer der wenigen überlebenden Juden wieder in seiner Heimatstadt Köln als Rechtsanwalt nieder, wo er 1978 verstarb.[6]

Sein jüngerer Bruder Hermann legte 1926 sein Referendarexamen ab und arbeitete nach dem Großen Staatsexamen bis zum 12. Januar 1931 als Gerichtsassessor, bis er zur Beschäftigung bei der Preußischen Elektrizitäts-Gesellschaft beurlaubt wurde. Er emigrierte vermutlich bereits 1938 nach Australien. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er durch Wiedergutmachungsbeschluss des nordrhein-westfälischen Justizministers vom August 1954 rückwirkend zum 1. April 1951 als Landgerichtsrat in den Ruhestand versetzt.[7]

---

4 KÖLNER STADT-ANZEIGER, 216, 28.4.1932: »Geburtstagsfeier in der Goa«. Zu Else *Falk* vgl. auch KÖLNER STADT-ANZEIGER, 274, 3.6.1929: »Vereine. Ehrungen für Frau Else *Falk*«. Ferner ROECKEN. Zur jüdischen Frauenbewegung allgemein vgl. Marion A. KAPLAN: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981.

5 Der Rückerstattungsantrag des von Ernst und Hermann *Falk* bevollmächtigten Anwalts Dr. *Baaser*, Köln, 5.10.1959, in: Landesarchiv NRW, Düsseldorf, Gerichte, Rep. 266, Nr. 8972, Bl. 6f., hier Bl. 6.

6 Vgl. LUIG, S. 177.

7 Vgl. ebd.

10.2 Ein deutscher Jude in der Weimarer Republik

Wenig wissen wir über Bernhard *Falks* Erfahrungen als Angehöriger einer religiösen Minderheit. Ebenso wie seine Vorväter engagierte er sich in der Kölner Synagogengemeinde, deren Geschäftsführer er wurde. Auch wurde er Mitglied des Hauptvorstandes des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.).[8] Dieses Wirkungsfeld *Falks* liegt weitgehend im Dunkeln und lässt sich anhand der verfügbaren Quellen nicht mehr vollständig erschließen und ausleuchten. Dies ist bedauerlich, wenn man bedenkt, welche Bedeutung der Geschichte der deutschen Juden in der Zwischenkriegszeit zukommt. Vieles lässt sich deshalb nur erahnen. Deshalb soll zumindest der Frage nach der Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nachgegangen und die Problematik des Zusammenlebens zwischen Juden und Nichtjuden vor dem Hintergrund des fortschreitenden Assimilationsprozesses, aber auch des wachsenden Antisemitismus schärfer konturiert werden.

1925 lebten etwa 564000 Juden im Deutschen Reich, von denen über zwei Drittel in Preußen ansässig waren. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag bei 0,9%. Der seit etwa 1880 nachweisbare demographische Rückgang setzte sich in den zwanziger Jahren fort, so dass im Januar 1933 schätzungsweise nur 525000 Juden in Deutschland lebten, was einem Bevölkerungsanteil von 0,77% entsprach. Der negative demographische Trend hatte mehrere Ursachen, zu denen neben der Emigration und dem Assimilationsprozess, d.h. den Gemeindeaustritten, Konversionen und Mischehen, auch der Geburtenrückgang zählte. So sanken die Zuwachsraten unter der jüdischen Bevölkerung in stärkerem Maße als die unter der Gesamtbevölkerung.[9] An diesem Negativtrend konnten auch die nach 1918 aus Osteuropa einwandernden Juden, deren Zahl sich 1925 auf 108000 belief und einem Anteil von 19% der in Deutschland lebenden Juden entsprach, etwas ändern.[10]

Neben dem Geburtenrückgang waren für den Bedeutungsschwund der jüdischen Religionsgemeinschaft auch der Assimilationsprozess und die Auswanderungsbewegung verantwortlich. So ließen sich während der Weimarer Republik jährlich etwa 500 Juden christlich taufen. Zugleich stieg der Anteil der Mischehen an der Gesamtheit aller jüdischen Eheschließungen zwischen 1908 und 1933 signifikant von 10 auf 40 % an. Dies musste für den Zusammenhalt der jüdischen Bevölkerung spürbare Folgen haben, zumal auch nur ein Viertel der Kinder aus diesen Mischehen jüdisch erzogen wurde. Für den demographischen Niedergang der jüdischen Bevölkerung war aber auch die Auswanderungsbewegung, an der zwischen 1920 und 1932 etwa 40000 Juden partizipierten, verantwortlich. Zu den bevorzugten Emigrationszielen zählten die USA und Eretz Israel.[11] Angesichts dieser negativen Trends mochte es nicht überraschen, dass die Zahl der jüdischen Gemeinden zwischen 1914 bis 1932 von 2283 auf 1611 fiel. Auch wenn

---

8 Vgl. LUIG, S. 175; LIEPACH, S. 119; zum Centralverein vgl. BARKAI, »Wehr dich!«

9 Während die Quoten für die jüdische Bevölkerung von 1914 bis 1932 von + 0,14 % auf – 0,72 % fielen, lagen die Werte für die Allgemeinbevölkerung mit +1,26 % bzw. + 0,52 % deutlich höher. Vgl. ZIMMERMANN, Die deutschen Juden, S. 1 f., 12; Uwe O. SCHMELZ: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 8.1 (1982), S. 31–72, hier S. 37, 42; BARKAI, Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe, hier S. 330f.; BENNATHAN, S. 87–102; JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte, Bd. 3: 1918–1945. Herausgegeben und eingeleitet von Monika Richarz, Stuttgart 1982, S. 14–25.

10 Zu den Ostjuden vgl. Trude MAURER: Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986; ZIMMERMANN, S. 22–25; BENNATHAN, S. 96–99.

11 Zum demographischen Rückgang und zur Assimilationsbewegung vgl. ZIMMERMANN, S. 1 f., 9–16.

die Folgen der Gebietsverluste nach 1918 berücksichtigt werden müssen, geben diese Zahlen den Bedeutungsverlust der jüdischen Religionsgemeinschaft doch sehr anschaulich wieder.[12]

Der demographische Rückgang offenbart eine Sonderentwicklung der jüdischen Bevölkerung, die auch in anderer Hinsicht als Folge der Jahrhunderte langen Verfolgung und Diskriminierung in der Siedlungs-, Wirtschafts- und Berufsstruktur greifbar wird. So lebten 1933 über 70 % der Juden (1910: 60 %) in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern, während nur 30 % der Gesamtbevölkerung in Großstädten wohnten.[13] 61 % der jüdischen Erwerbstätigen waren sodann 1925 in den Sektoren Handel und Verkehr tätig, während nur 2 % einem landwirtschaftlichen Erwerb nachgingen. Dadurch hoben sie sich deutlich von der übrigen Bevölkerung ab. So waren in jenem Jahr noch 31 % der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig, während nur 16 % im tertiären Sektor arbeiteten.[14] Darüber hinaus war auch über die Hälfte der jüdischen Erwerbstätigen selbständig, die damit den entsprechenden Anteil unter der Allgemeinbevölkerung um das Dreifache übertrafen. Die jüdische Bevölkerung stellte 1933 11 % der Ärzte im Reich und 15 % in Preußen. Auch waren Juden unter Rechtsanwälten mit 23 % im Reich und 28 % in Preußen überproportional vertreten. Bernhard *Falk* mag hier als Beispiel gelten. Auch gehörten 5 % der Journalisten und Schriftsteller der jüdischen Konfession an. Die jüdischen Erwerbstätigen konzentrierten sich nicht nur in der Medizin und der Rechtsanwaltschaft, sondern auch im Pressewesen, im Vieh-, Immobilien- und Konfektionshandel, im Warenhausgeschäft und im privaten Bankensektor.[15]

Über bedeutenden Einfluss verfügten die deutschen Juden auch in der Weimarer Kulturszene. Die Affinität der jüdischen Bevölkerung zur Bildung hatte Tradition und fand ihren symbolhaften Ausdruck in namhaften Persönlichkeiten wie Moses *Mendelssohn*, der nicht nur Aufklärung, Toleranz und Humanismus verkörperte, sondern auch für einen erfolgreichen deutsch-jüdischen Dialog stand. Wenn auch 1930 nur 2,5 % der Schriftsteller und der in den Bereichen Theater und Musik arbeitenden Künstler jüdischer Konfession waren, so stellten sie doch die herausragendsten Repräsentanten. Man denke nur an Max *Reinhardt* (Theater), Arnold *Schönberg* (Komposition), Max *Liebermann* (Malerei), Fritz *Lang* (Film) oder Franz *Werfel*, Alfred *Döblin* und Kurt *Tucholsky* (Schriftstellerei). Auch in der Wissenschaft waren Juden gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil zwar insgesamt nur leicht, an der Spitze jedoch eindeutig überrepräsentiert. So gingen immerhin während der Weimarer Republik ein Drittel der an Deutsche vergebenen Nobelpreise an Juden. Albert *Einstein* ist sicherlich das prominenteste Beispiel.[16]

Neben Wirtschaft und Kultur war der jüdische Einfluss auch in der Politik der Weimarer Republik unübersehbar. So gehörten führende Vertreter der Revolution von 1918/19 der jüdischen Konfession an. In der im November 1918 eingesetzten Revolutionsregierung des »Rates der Volksbeauftragten« im Reich waren zwei der sechs Mitglieder Juden: Otto *Landsberg* (SPD) und Hugo *Haase* (USPD). Im preußischen Revolutionskabinett fanden sich mit Ministerpräsident Paul *Hirsch* (SPD) und Justizminister Kurt

12 Vgl. ZIMMERMANN, S. 1.

13 Vgl. BARKAI, Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe, S. 332.

14 Vgl. ebd., S. 333; BENNATHAN, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, S. 104.

15 Vgl. ZIMMERMANN, S. 14; BENNATHAN, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, S. 118–120; WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 500.

16 Vgl. HERMAND, Juden in der Kultur der Weimarer Republik; LOWENTHAL, S. 64–80; ZIMMERMANN, S. 35–37; Jost HERMAND: Juden in der Kultur der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps, Juden in der Weimarer Republik, S. 9–37.

Rosenfeld (USPD) ebenfalls zwei Juden. Auffallend viele jüdische Politiker waren damals vor allem am linken Rand anzutreffen. So gehörten Rosa *Luxemburg* und Paul *Levi* zum Führungspersonal des Spartakusbundes und der Kommunisten.[17] Auch an der revolutionären Entwicklung Bayerns waren zahlreiche Juden beteiligt.[18]

Diese durch die revolutionären Ereignisse verstärkte assoziative Verknüpfung von Juden und extremer Linken war jedoch irreführend, da die Mehrheit der Juden der politischen Mitte und hier vor allem dem linken Liberalismus zuzuordnen war. Diese politischen Präferenzen erklären sich zum einen mit der Bedeutung der Emanzipation für die jüdische Bevölkerung seit der Aufklärung und der Wertschätzung des Eigentums. Die Bedeutung des emanzipatorischen Moments führte dazu, dass konservative Parteien, die ohnehin des Antisemitismus verdächtig waren, unter jüdischen Wählern so gut wie keinen Zuspruch fanden.[19] Auch die rechtsliberale DVP, die in der Regel nur konvertierte Juden, wie Jakob *Riesser* im Jahre 1928, als Kandidaten ins Rennen schickte, erhielt kaum Stimmen von jüdischen Deutschen. Das Zentrum galt wiederum primär als katholische Partei, figurierte jedoch nach dem Zusammenbruch der liberalen Mitte ebenso wie die SPD als politischer Zufluchtshafen.[20] Während der emanzipatorische Impetus die Affinität der Juden zu den progressiven Parteien begründete, so erklärt die Wertschätzung des Eigentums wiederum die Nähe zum Liberalismus, genauer gesagt zum Linksliberalismus. Insofern ist die starke Präsenz jüdischer Politiker unter der kommunistischen Führung irreführend, da sie verdeckt, dass die Kommunisten unter den jüdischen Wählern wenig beliebt waren. Dies mag sicherlich auch an den antisemitischen Parolen gelegen haben, die die Partei im agitatorischen Feldzug gegen den Kapitalismus verstärkt aufgriff. In der SPD wiederum spielten Juden zwar in der Parteiführung und in der Parteipresse eine bedeutende Rolle, doch war die Partei letztlich hinsichtlich ihrer sozialen Struktur, aber auch ihrer Programmatik für Juden weniger attraktiv als die DDP.

Die bürgerliche Linke figurierte im Grunde bis 1930 bzw. 1932 als politische Heimstatt der deutschen Juden. Parteiinterne Schätzungen gingen davon aus, dass zwei Drittel der Juden vor 1930 den Linksliberalen ihre Stimmen gaben. Unter den 75 demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung von 1919/20 fanden sich vier Juden und sechs Personen jüdischer Herkunft. Noch 1928 und 1930 waren 20 Prozent der demokratischen Reichstagsabgeordneten jüdischen Glaubens oder Herkunft. Auch die Parteivorsitzenden der DDP, Carl *Petersen* und Erich *Koch-Weser*, waren jüdischer Herkunft. Zu den herausragenden jüdischen Fraktionsmitgliedern der Partei in Preußen zählte unter anderem Hugo *Preuß*, der als Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Reichsinnenminister 1919 für die Verabschiedung der Weimarer Verfassung zu-

17 Zu Rosa *Luxemburg* vgl. Peter NETTL: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1965; Elzbieta ETTINGER: Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn 1990. Zu Paul *Levi* vgl. Charles BLOCH: Paul Levi – Ein Symbol der Tragödie des Linkssozialismus in der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps, Juden in der Weimarer Republik, S. 244–262.

18 Vgl. Werner T. ANGRESS: Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in: Werner Mosse/Arnold Paucker (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. Ein Sammelband, Tübingen 1971, S. 137–315; Hans-Helmuth KNÜTTER: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971; DERS., Die Linksparteien, in: Mosse/Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 323–345;

19 Vgl. George L. MOSSE: Die deutsche Rechte und die Juden, in: Mosse/Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 183–246.

20 Vgl. P. B. WIENER, Die Parteien der Mitte, in: Mosse /Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 289–321, hier S. 306–320. Zum Zentrum vgl. Uwe MAZURA: Zentrumspartei und Judenfrage 1870/71–1933. Verfassungsstaat und Minderheitenschutz, Mainz 1994.

ständig war. Zudem wurde die Partei von Zeitungen unterstützt, die im Besitz bedeutender jüdischer Verlage, des Mosse- und des Ullstein-Verlags, waren. Diese enge Verbindung der deutschen Juden mit dem Linksliberalismus begann sich 1930 aufzulösen, als die DDP durch die Vereinigung mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden und der Gründung der Deutschen Staatspartei nach rechts rückte und bei den folgenden Wahlen auf das Niveau einer Splitterpartei absank. Seitdem galten die Präferenzen der jüdischen Wähler der SPD und dem Zentrum.[21]

In der Forschung wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, ob es vor 1933 zu einer deutsch-jüdischen Symbiose, zu einem symbiotischen Austausch zwischen jüdischer Minderheit und nichtjüdischer Mehrheit gekommen sei. Der Begriff Symbiose bezeichnet in seinem ursprünglichen Sinn eine für beide Seiten nützliche Koexistenz zweier Organismen. Im übertragenen Sinn wird er als Synonym für gegenseitige Akkulturation verwendet, wobei darunter der Kulturaustausch unter Bewahrung der eigenen Identität verstanden wird. Die Tatsache eines derartigen symbiotischen Prozesses bestritt vor dem Hintergrund des Holocausts vor allem Gerschom *Scholem*, der bei den deutschen Juden eine Neigung zur Selbsttäuschung erblicken zu können glaubte. Die Juden, so befand auch Hannah *Arendt*, hätten eine falsche, idealisierte Vorstellung vom Wesen der Deutschen gehabt und ihre eigenen Charakterzüge in ihre nichtjüdischen Mitbürger hineinprojiziert.[22] Außer Frage stehen dürfte gleichwohl die Tatsache des weit fortgeschrittenen jüdischen Assimilationsprozesses vor 1933. Für die Assimilation stehen beispielsweise der berufliche und wirtschaftliche Aufstieg der jüdischen Deutschen, die nach 1918 einflussreiche Positionen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu besetzen vermochten.

Den Weg der »mitbürgerlichen Angleichung«[23] begleitete allerdings eine gegenläufige Entwicklung, die nach 1918 in zunehmendem Maße an Bedeutung gewann. Seine Wurzeln hatte dieser Dissimilationsprozess im christlichen Antijudaismus, der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum rassistisch unterfütterten Antisemitismus auflud. Aufbauend auf religiösen und traditionellen Stereotypen richtete sich der moderne Antisemitismus vor allem gegen die vermeintlich ethnisch-nationale und rassische Identität der Juden. Ziel war die Revision der Emanzipation und rechtlichen Gleichstellung der Juden. Durch ihr Nah-Verhältnis zur Moderne, zum Kapitalismus und zur linken Intelligenz gerieten die Juden rasch zur Zielscheibe all jener, die sich durch Modernisierung und Marktsystem in ihrer sozialen und ökonomischen Stellung bedroht sahen. Der Antisemitismus, der zwar in seiner organisierten Form vor 1914 eine Randerscheinung, aber in der Gesellschaft weit verbreitet war, erhielt nach dem Ersten Weltkrieg enorm Auftrieb.

Gegen diese Auswüchse versuchte der 1893 gegründete »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« (CV) Stellung zu beziehen, dem *Falk* als Mitglied des Hauptvorstandes in führender Position angehörte. Bereits im Namen wurde das Selbstverständnis dieser Vereinigung zum Ausdruck gebracht, deren Mitglieder sich als gleich-

---

21 Vgl. HAMBURGER/PULZER, Jews as Voters; P. B. WIENER, Die Parteien der Mitte, in: Mosse/Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 289–321, hier S. 289–306; LIEPACH, S. 190–200, 235–246, und passim. Zur Zeit vor 1918 vgl. HAMBURGER, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, S. 120–540.

22 Zur Frage der deutsch-jüdischen Symbiose vgl. ZIMMERMANN, S. 84–89, bes. S. 85; Gerschom SCHOLEM: Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen »Gespräch«, in: DERS., Judaica 2, 5. Aufl., Frankfurt a. M. 1995, S. 7–11; Hannah ARENDT: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek bei Hamburg 1978. Vgl. auch YERUSHALMI.

23 NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 409.

berechtigte Staatsbürger verstanden, die sich allein durch ihre Konfession von ihren christlichen Mitbürgern unterscheiden würden. Mit rechtlichen Mitteln ging der seit 1919 unter der Führung Ludwig *Holländers* stehende Centralverein gegen wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, gegen Synagogen- oder Friedhofschändungen oder verbale Ausschreitungen vor. Und der CV hatte Erfolg. So kam es allein 1932 in 200 Boykottfällen zu Verurteilungen. Aufgrund gerichtlicher Klagen des CV wurden führende Nationalsozialisten wie *Fritsch*, *Goebbels* oder *Strasser* wegen Aufhetzung zum Rassenhass zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt. Der Centralverein war einer der mitgliederstärksten jüdischen Organisationen. Ihm gehörten 1927 allein 70000 Mitglieder an, durch den korporativen Beitritt zahlreicher jüdischer Gemeinden umfasste er sogar etwa 300000 Mitglieder. Auch das publizistische Organ des CV, »Im Deutschen Reich«, seit 1922 die »CV-Zeitung«, erfreute sich großer Beliebtheit und erschien 1926 in einer Auflage von 73000 Stück. Der Centralverein, dessen Mitgliederzahl bis 1932 auf 60000 zurückging, war letztlich das wichtigste Organ der deutschen Juden gegen den sich ausbreitenden Antisemitismus.[24]

Trotz des nach dem Krieg an Stärke zunehmenden Antisemitismus wollte *Falk* am Erfolg der deutsch-jüdischen Symbiose nicht zweifeln. In einem im Juni 1925 in der »CV-Zeitung« erschienenen Artikel gab er zwar zu, dass der Antisemitismus auch ins Rheinland hineingetragen worden sei, er jedoch dort »niemals *die* Bedeutung« erlangt habe, »die er im Norden und im Osten gewonnen« habe. Es lasse sich sicherlich auch »nicht leugnen, daß wir Juden immer noch um unser Recht am deutschen Boden und am deutschen Volkstum kämpfen müssen. Wir haben ein Recht an diesem Boden und an diesem Volke, in dem wir wurzeln und dem wir dienen. Wir haben ein Recht, anerkannt zu werden als das, was wir sind und was wir sein wollen: Gleichberechtigte, freie deutsche Bürger. Unser deutsches Vaterland, unsere Zugehörigkeit zum deutschen Volke lassen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. Wie wir den angestammten Glauben als hohes Erbgut bewahren und unseren Kindern übermitteln wollen, so betrachten wir unser Deutschtum als Erbe der Väter, das wir rein und unverfälscht unseren Nachkommen erhalten wollen und werden. Von rheinischer Erde zogen einst die Männer, die den deutschen Osten der Kultur und dem Deutschtum gewannen; auf rheinischem Boden hat sich in unseren Tagen das Geschick des Volkes, die Einheit und das feste Gefüge des Reiches, siegreich entschieden. Große Vorbilder sieht der rheinische Jude in Vergangenheit und Umwelt. Zusammen mit unseren Glaubensbrüdern im übrigen Deutschland werden wir beweisen, daß uns niemand im Dienst an Volk und Vaterland übertreffen kann.« Gerade die rheinischen Juden hätten »in den furchtbar schweren Tagen des Separatismus mit Standhaftigkeit und Treue dem Vaterlande gedient«. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Zugehörigkeit zur deutschen Nation und zur deutschen Kultur war für *Falk* etwas Selbstverständliches, dass es ihm in der Seele weh tun musste, ständig die Vaterlandstreue der deutschen Juden zum Ausdruck bringen zu müssen. Dennoch wollte *Falk* den Glauben an das Gelingen des deutsch-jüdischen Zusammenlebens nicht aufgeben.[25]

---

24 Zum CV vgl. ZIMMERMANN, S. 106–109; BARKAI, »Wehr dich!«; Kurt PÄTZOLD: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. (CV) 1893–1938, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. v. Dieter Fricke u.a., Leipzig 1983, Bd. 1, S. 418–426; Arnold PAUCKER: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968, S. 45–61; DERS., Jewish Self-Defence, in: Arnold Paucker u.a. (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943, Tübingen 1986, S. 55–65.

25 Bernhard FALK: »Der deutsche Jude auf rheinischer Erde.«, in: CV–Zeitung, 26, 26.6.1925, S. 445.

Ungeachtet des in den zwanziger Jahren an Virulenz gewinnenden Antisemitismus spielte für die deutschen Juden vor 1933 der Zionismus keine dezisive Rolle. Ausgehend von der Feststellung des Scheiterns des Emanzipationsprozesses hatten sich die Zionisten vom Ideal der Assimilation abgewandt, demgegenüber die nationale Identität der Juden betont und die Lösung der jüdischen Frage seit 1912 in der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina erblickt. Vor dem Ersten Weltkrieg fanden sie in Deutschland jedoch kaum Zuspruch. Die »Zionistische Vereinigung für Deutschland« organisierte 1914 gerade einmal 10000 Mitglieder. Ihre Zahl wuchs bis 1923 zwar auf 33000 an, doch fiel sie bis zum Januar 1933 wieder auf 7500 ab. Die mangelnde Resonanz der zionistischen Bewegung in Deutschland lässt sich jedoch nicht nur an ihrer geringen Mitgliederzahl festmachen, sondern auch an der Erfolglosigkeit ihrer praktischen Arbeit. So kamen der von den Zionisten propagierten Einwanderung nach Eretz Israel bis 1933 nur 3300 Juden oder 8% aller jüdischen Emigranten aus Deutschland nach.[26]

Aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber der zionistischen Bewegung machte *Falk* in seinen Erinnerungen kein Hehl: »Meine Eltern waren bewußt deutsche Patrioten. Der Zionismus, der kaum noch in seinen Anfängen erkennbar war, hätte niemals in mein Elternhaus einziehen können.«[27] *Falk* mochte die Hoffnung auf den Erfolg des deutsch-jüdischen Projekts nicht aufgeben und schien bis zuletzt an diesem Ziel festhalten zu wollen. Daran schien auch die Zunahme antisemitischer Übergriffe in seiner Heimatstadt nichts zu ändern. In Köln lebten damals etwa 16000 Juden, unter ihnen circa 4000 aus Osteuropa eingewanderte so genannte Ostjuden. Im Zuge der allgemeinen politischen Radikalisierung häuften sich auch in Köln seit Ende der 1920er Jahre Friedhofs- und Synagogenschändungen. Diese Vorfälle dürften *Falk* von der Notwendigkeit seines Engagements im Centralverein wie auch in der Überzeugung bestärkt haben, offensiv gegen jene rechtsextremen Ausschreitungen zum Schutz der Juden vorzugehen.[28]

26 Vgl. ZIMMERMANN, S. 32–34; Michael BRENNER: Geschichte des Zionismus, 2. Aufl., München 2005, passim.

27 Edition, S. 202.

28 Zu Köln vgl. SERUP-BILFELDT, S. 106–119.

11. Im Preußischen Landtag

11.1 Die demokratische Fraktion

Falk ließ sich im Dezember 1924 in den Preußischen Landtag wählen, wo er sich der demokratischen Fraktion anschloss. Bei den Wahlen in Köln hatte er leichte Zugewinne verbuchen können (plus 1677 Stimmen oder 0,4 Prozent) und 4,8 Prozent der Stimmen erhalten.[1] Die Demokraten hatten insgesamt bei der Landtagswahl ein Mandat hinzugewinnen können und stellten nun 27 Abgeordnete oder 5,9 Prozent der Mandate. Die Partei verfügte damit zwar noch nicht einmal über die Hälfte der 1919 errungenen Sitze, doch hatte sie sich immerhin gegenüber 1921 stabilisieren können.

Wahlergebnisse der DDP bzw. DStP bei den preußischen Landtagswahlen 1919–1932[2]

	1919	1921	1924	1928	1932
in Millionen	2,79	1,01	1,08	0,84	0,33
Prozent	16,2	6,2	5,9	4,5	1,5
Mandate	65	26	27	21	2

In seiner sozialen Zusammensetzung repräsentierte die Fraktion vornehmlich das protestantische Bildungsbürgertum. Wie schon im Falle der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung 1919 zeigte sich auch fünf Jahre später im Preußischen Landtag, dass der Anspruch der Demokraten, eine »wahre Volkspartei«[3] zu sein, der Realität nicht entsprach. In der demokratischen Landtagsfraktion war das gehobene Bürgertum, höhere Beamte und Angehörige der freien Berufe, eindeutig überrepräsentiert.[4]

In konfessioneller Hinsicht präsentierte sich die demokratische Landtagsfraktion 1924 als eindeutig protestantische Kraft. So lag der Anteil der Protestanten an der Gesamtheit der demokratischen Abgeordneten bei 77,8 Prozent, während die Katholiken mit 11,1 Prozent nur eine unbedeutende Minderheit stellten. Bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil jüdischer Abgeordneter von ebenfalls 11,1 Prozent (von 1919 bis 1932 im Durchschnitt 8,2 %). Die DDP war immerhin die einzige bürgerliche Fraktion, in der Abgeordnete jüdischen Glaubens vertreten waren. Nur in den Fraktionen von SPD und USPD waren noch jüdische Abgeordnete zu finden. Allerdings sank die Akzeptanz der DDP für jüdische Wähler in dem Maße, in dem die Partei zu einer Splitterpartei absank. Gehörten der Fraktion 1919 noch sechs jüdische Mitglieder an, so konnte die Fraktion in der dritten Wahlperiode 1928–1932 mit dem Fraktionsvorsitzenden Bernhard *Falk* nur noch auf ein jüdisches Mitglied blicken.[5]

---

1 KÖLNISCHE ZEITUNG, 297 b, 21.5.1928: »Das Wahlergebnis von Köln«, mit den Ergebnissen der Jahre 1924 und 1921.

2 MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 601.

3 So Otto *Nuschke* in seinem am 19. Juli 1919 gehaltenen Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag der DDP vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen demokratischen Partei abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919, S. 15, insgesamt S. 9–17.

4 MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 288–295; STANG, S. 114–135.

5 Vgl. STANG, S. 135 f.; FRYE, »Jewish Problem«, S. 149f. und passim. Vgl. auch die Äußerung von Wilhelm *Cohnstaedt*, des Redakteurs der »Frankfurter Zeitung«, auf der Sitzung des Parteivorstands vom 27.9.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 170, S. 581–597, hier S. 590; Reinold ISSBERNER: Demokratisches ABC-Buch, Berlin 1920, S. 43.

Beachtung verdient auch der Frauenanteil der Fraktion. Denn nach der Einführung des Frauenwahlrechts hatten die Parteien auch dem weiblichen Elektorat ihre Aufmerksamkeit zu schenken, was sowohl in der politischen Thematik als auch bei der Aufstellung der Wahlvorschläge zum Ausdruck kam. Dennoch scheinen die Linksliberalen auf eine starke weibliche Repräsentanz keinen großen Wert gelegt zu haben, denn der Frauenanteil der DDP bzw. DStP lag von 1919 bis 1932 im Mittel bei 4,8 Prozent und damit deutlich unter der Frauenquote des preußischen Parlaments von 8,4 Prozent. Ihren höchsten Wert erreichte der demokratische Frauenanteil interessanterweise in der zweiten Wahlperiode von 1925 bis 1928 mit 7,4 Prozent, wurde allerdings in dieser Hinsicht noch vom Zentrum (9,9 %) und von der SPD (14,9 %) übertroffen. Die Frauenquote des Landtags betrug damals 9,1 Prozent.[6]

Insgesamt präsentierte sich die preußische Landtagsfraktion als Vertretungsforum des protestantischen Bildungsbürgertums, das sich durch einen relativ hohen Anteil jüdischer Abgeordneter oder Abgeordneter jüdischer Herkunft auszeichnete. Das Frauenwahlrecht und der dadurch ermöglichte Eintritt der Frauen in die Politik fanden nur gebrochen Niederschlag in der Zusammensetzung der Partei. Der DDP haftete letztlich der Charakter einer »bildungsbürgerlichen Intellektuellen-Partei«[7] an. Sie repräsentierte eine geistige Elite, eine Ansammlung selbstbewusster Individualisten, deren Leitung den Fraktionsvorstand vor schwierige Aufgaben stellen musste.

Zum Vorsitzenden der im Dezember 1924 gewählten Fraktion wurde am 5. Januar 1925 Walther *Schreiber* (1884–1958) gewählt.[8] Der damals vierzigjährige Rechtsanwalt aus Halle (Saale) gehörte seit 1919 dem preußischen Parlament an. Er zählte zu den Newcomern und war bereits im Mai 1921 als erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender in den Vorstand gewählt worden. *Schreiber* blieb der Fraktion nicht lange erhalten, da er bereits im Februar 1925 zum preußischen Handelsminister berufen wurde, ein Amt das er bis zur Absetzung der preußischen Regierung durch Reichskanzler *v. Papen* im Juli 1932, formell bis zum März 1933 bekleiden sollte. Nach 1945 sollte seine politische Karriere in der Ernennung zum Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, ein Amt das er von 1953 bis 1955 ausüben sollte, ihre Fortsetzung finden.[9] *Falk* hatte von *Schreiber* eine sehr hohe Meinung und charakterisiert ihn in seinen Erinnerungen als einen »klugen, grundsatztreuen, sozial empfindenden, beredten und fleißigen« Politiker, der »die großen wirtschaftlichen Aufgaben, die dem Lande Preußen gestellt waren, richtig und rechtzeitig erkannt und mit großer Energie und bedeutendem Erfolge ihrer Lösung entgegengeführt« habe.[10]

Die Führung der Fraktion wäre nach der Ernennung *Schreibers* somit dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden zugefallen. Doch der am 5. Januar 1925 gewählte damals

---

6 Vgl. STANG, S. 139–141. Vgl. auch LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 1, S. XVIII–XXII; Angelika SCHASER: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908–1933), in: HZ 263 (1996), S. 641–680; dies., Helene Lange und Gertrud Bäumer: eine politische Lebensgemeinschaft, Köln 2000, S. 233–248; Ute FREVERT: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt a.M. 1986, 163–180; dies.: »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995, S. 125–132; FRYE, Liberal Democrats, S. 95 f. Vgl. auch den Nachlass Martha *Dönhoff*, in: Archiv des Liberalismus – Theodor-Heuss-Akademie – Gummersbach, N 41.

7 MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 293.

8 Vgl. die Fraktionssitzung vom 5.1.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 447, S. 763 f., hier S. 763.

9 Zu *Schreiber* vgl. Felix ESCHER: Walther Schreiber, in: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1992, S. 443–463.

10 Edition, S. 324.

41-jährige Hermann *Höpker Aschoff* (1883–1954), Oberlandesgerichtsrat aus Hamm, ging der Fraktion ebenfalls früh verloren, da er zusammen mit *Schreiber* im Februar als Finanzminister ins Kabinett geholt wurde.[11] *Höpker Aschoff*, der seit 1921 im Landtag saß, hatte sich als finanzpolitischer Sprecher der Fraktion einen Namen gemacht und sich für das Amt des Finanzministers empfohlen. »Er war«, so erinnerte sich sein späterer Mitarbeiter, Ministerialrat Herbert *du Mesnil*, »im Grunde eine kühle Natur, und nur bis zu einer gewissen Grenze konnte man ihm menschlich näher kommen.« In seiner siebenjährigen Amtszeit als preußischer Finanzminister habe er die Finanzen seines Landes »in musterhafter Ordnung« gehalten und der Stellung seines Ministeriums »wieder ihr altes volles Gewicht, auch der Reichsregierung und ihrer Politik gegenüber« gegeben.[12]

Falk erinnerte der Oberlandesgerichtsrat »in seiner Amtsführung an den großen Finanzminister *Miquel*, mit dem er verglichen werden darf. Sein strenges Pflichtgefühl und seine ungewöhnliche Tatkraft haben die Finanzen Preußens vor Erschütterungen bewahrt und dem Lande die finanzielle Möglichkeit gegeben, seine hohen Aufgaben zu erfüllen.«[13]

Nach den Ernennungen *Schreibers* und *Höpker Aschoffs* oblag die eigentliche Fraktionsarbeit dem Neuling im Preußischen Landtag, Bernhard *Falk*. Seine ohne Aussprache und Abstimmung erfolgende Wahl zum zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden am 18. Februar 1925 war letztlich seiner starken Stellung als Vorsitzender des Rheinischen Provinzialverbands und als Vertreter der besetzten Gebiete geschuldet.[14] Die nun an ihn herangetragene Aufgabe, sechsundzwanzig selbstbewusste Individualisten zu führen und zu einem geschlossenen Auftreten zu veranlassen, erforderte ein besonderes Maß an Führungskraft und Durchsetzungsvermögen.

Ein Problem stellte das nachlassende Interesse an kontinuierlicher Fraktionsarbeit dar, das seinen Niederschlag in der sinkenden Sitzungsintensität und der schwachen Sitzungsbeteiligung fand. Hatte die demokratische Fraktion 1919 noch 113 Sitzungen abgehalten, so kamen die Abgeordneten 1931 nur mehr zu 41 Sitzungen zusammen.[15] Auch entsprach die Beteiligung der Abgeordneten an den Sitzungen der Fraktion nicht den Vorstellungen ihres Vorstands, der wiederholt über den »üblichen schwachen Besuch der Fraktion« zu klagen hatte.[16] In seinen Erinnerungen gestand *Falk* auch ein, dass es schwierig gewesen sei, »den inneren Zusammenschluß und die bewußte Zusammenarbeit der Fraktionsfreunde herbeizuführen und zu erhalten.« Denn jeder Abgeordnete sei in seinem Kreis eine führende, allgemein anerkannte und respektierte Persönlichkeit gewesen, die nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis mitgebracht hätte. Da den persönlichen Ansprüchen und Wünschen der einzelnen Abgeordneten nicht immer habe entsprochen werden können, habe man schnell Fraktionskollegen verstimmen und gegen sich aufbringen können. Auch

---

11 Zu *Höpker Aschoff* vgl. ADERS. Zur Wahl *Höpker Aschoffs* zum zweiten Vorsitzenden vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 447, S. 763 f., hier S. 763.

12 MESNIL, S. 410 f.

13 Edition, S. 324 f.

14 Die Fraktionssitzung vom 18.2.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 466, S. 782 f., hier S. 782.

15 Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 1, S. 3–223, Bd. 2, S. 1158–1206.

16 So der Abgeordnete *Schloßmann* am 23. Mai 1919, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 1, S. 72, die Sitzung insgesamt S. 71–73. Auch *Falk* musste als Fraktionsvorsitzender des Öfteren in dieses Klagelied einstimmen. Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 777, S. 1146f., hier S. 1146, und Nr. 788, S. 1160–1162, hier S. 1160.

dem Problem der Gruppenbildung und der Aufsplitterung der Fraktion habe er begegnen müssen. »Alle diese Schwierigkeiten zu erkennen und ihnen nach Möglichkeit a[uszuweichen] ist die schwere Aufgabe des Vorsitzenden, dem es hin und wieder auch [nicht] erspart bleiben mag, zu ernstlichen Mahnungen seine Zuflucht zu nehmen.«[17]

Eine wichtige Hilfe im Vorstand war *Falk* der Fraktionsgeschäftsführer Oswald *Riedel*. Der damals Siebenunddreißigjährige war Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes und gehörte seit 1919 dem preußischen Parlament an. Das Amt des Geschäftsführers, der für die eigentliche Arbeit der Fraktion zuständig war, bekleidete er bis 1932. *Riedel*, so befand *Falk*, habe sich seiner »bedeutungsvollen und schwierigen Aufgabe mit großer Hingabe und mit vorbildlichem Fleiß und Erfolg« gewidmet. »Er brauste zwar bisweilen auf, wenn er mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden war, ließ sich aber leicht begütigen. Er ist mir immer ein treuer Freund geblieben.«[18]

Dass *Falk* eine führende Rolle in der demokratischen Fraktion zu spielen gedachte, zeigte sich bereits bei der Konstituierung der Fraktion. So ließ sich *Falk* am 5. Januar 1925 bei der Besetzung der Fraktionsausschüsse in nicht weniger als fünf von zwölf Ausschüssen wählen, und zwar in den für innere und kommunale Verwaltung, für Rechtswesen, für Finanz- und Steuerfragen, für das Hohenzollernvermögen und in den Presseausschuss.[19] Bei der Besetzung der Landtagsausschüsse wurde er in den Ausschuss für Gemeindeangelegenheiten und in den Verfassungsausschuss sowie als Vertreter in den für Rechtswesen und für die Geschäftsordnung entsandt.[20]

11.2 Das preußische Staatsministerium unter Ministerpräsident Otto Braun 1924–1932

11.2.1 1924–1928

Nach den Wahlen vom Dezember 1924 hätte die seit 1921 in Preußen amtierende Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto *Braun* weiterregieren können. Doch die DVP wollte sich nach den bei den Wahlen erlittenen deutlichen Stimmenverlusten (von 14,2 auf 9,8 % der Stimmen bzw. von 58 auf 45 Mandate)[21] der Last der Regierungsverantwortung entledigen. Obwohl die volksparteilichen Minister noch vor den Wahlen die Leistungen der Großen Koalition in anerkennenden Worten gelobt und sich für eine Fortsetzung der Koalition ausgesprochen hatten, drängte die Partei Anfang Januar 1925 ihre Minister aus der Regierung. Ihren Schritt versuchte die Partei mit Artikel 45 der Preußischen Verfassung zu rechtfertigen, nach dem die Neuwahl des Landtags eine Neuwahl des Ministerpräsidenten erforderlich mache. Diese Verfassungsinterpretation wurde jedoch von den übrigen Regierungsparteien abgelehnt. Es war zu offenkundig, dass die DVP einen Vorwand suchte, um aus der Regierung ausscheiden und wie im Reich eine um die DNVP erweiterte Rechtsregierung bilden zu können.[22]

---

17 Edition, S. 325.

18 Ebd.

19 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 5.1.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 448, S. 764 f., hier S. 765.

20 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 6.1.1925, in: ebd., Nr. 449, S. 765 f., hier S. 766.

21 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 601.

22 Artikel 45 der Preußischen Verfassung lautete: »Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident ernennt die übrigen Staatsminister.« Die DVP-Minister traten am 6. Januar 1925 zurück. Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1925/I, S. 197; BRAUN, S. 164–

Die Regierung *Braun* blieb im Amt. Aber sie hatte im Landtag keine Mehrheit mehr, da sie nur über 220 der insgesamt 450 Landtagsmandate gebot. Gespräche mit der elf Mandate starken Wirtschaftspartei[23] über eine Regierungserweiterung, die auch *Falk* unmittelbar nach dem Rücktritt der DVP-Minister gefordert hatte[24], verliefen im Sande.[25] Wie prekär die Lage der Regierung war, zeigte sich bereits am 23. Januar, als sich in der namentlichen Abstimmung über einen kommunistischen Misstrauensantrag ein Stimmenpatt ergab und Misstrauensanträge der DNVP gegen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder sogar eine leichte Mehrheit fanden. Noch am selben Abend trat das Kabinett *Braun* zurück.[26]

Da ein nichtsozialdemokratischer Politiker größere Chancen zu haben schien, die kleineren Parteien, die Wirtschaftspartei oder die Deutsch-Hannoversche Partei, für eine Regierungsbeteiligung zu gewinnen, einigten sich die Fraktionen von SPD, Zentrum und DDP darauf, einen Zentrumspolitiker ins Rennen zu schicken. Am 10. Februar 1925 wurde der 62-jährige Wilhelm *Marx* zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. *Marx* war seit 1921 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, seit 1922 Vorsitzender der Zentrumspartei, ein Landgerichtspräsident aus Limburg, der seit 1899 dem Preußischen Abgeordnetenhaus, seit 1910 dem Reichstag angehörte. 1923/24 hatte er zudem als Reichskanzler amtiert. Das Zentrum schickte ihr bestes Pferd ins Rennen, einen grundsoliden, ehrlichen und jovialen, aber allerdings auch einen eigentümlich farblosen und blassen Politiker.[27]

Nach seiner Wahl ging *Marx* an die Bildung einer Regierung, die den Kern einer späteren, um andere Parteien erweiterten größeren Koalition darstellen sollte. In den Verhandlungen vermochten sich die Demokraten mit ihrer Forderung nach zwei Ministerposten durchzusetzen und mit Walther *Schreiber* und Hermann *Höpker Aschoff* das Handels- und Finanzministerium zu besetzen. In der seit 1921 amtierenden Regierung der Großen Koalition hatten sie mit Landwirtschaftsminister Hugo *Wendorff*, dem früheren Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, nur einen Minister stellen können. *Wendorff* hatte jedoch kein Mandat mehr erhalten, war zudem durch seine Politik, insbesondere den schleppenden Fortgang der Siedlungspolitik, wie *Falk* in seinen Erinnerungen betonte, innerhalb der Partei auf Kritik gestoßen.[28]

Neben *Schreiber* und *Höpker Aschoff* konnte im Kabinett auch Kultusminister Carl Heinrich *Becker* (1876–1933), obschon parteilos, der DDP zugerechnet werden. *Becker*, Professor für Orientalistik, war bereits während des Krieges ins preußische Kultusministerium eingetreten, war 1919 zum Unterstaatssekretär (seit 1920 zum Staatsse-

---

167; SEVERING, Bd. 2, S. 39 f.; RICHTER, S. 363; SCHULZE, S. 464 f.; MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 356 f., 601; STANG, S. 277 f.

23 Zur Wirtschaftspartei, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes vgl. SCHUMACHER, Mittelstandsfront; DERS., Hausbesitz.

24 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 7.1.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 450, S. 767 f., hier S. 767: »*Falk*: Die Krisis muß schnell gelöst werden. Wirtschaftspartei heranziehen.«

25 Vgl. die Fraktionssitzung der preußischen DDP vom 14.1.1925, in: ebd., Nr. 454, S. 771 f., hier S. 771.

26 Vgl. die Debatte und die Abstimmung in der 9. Sitzung des Preußischen Landtages am 23. Januar 1925, in: SBpLT 1925/28, Bd. 1, Sp. 371–410; die Mitteilung des Ministerpräsidenten vom Rücktritt des Kabinetts *Braun*, in: ebd., Anlagen, Bd. 1, Nr. 149, S. 186.

27 Zu Wilhelm *Marx* vgl. Ulrich von HEHL: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987.

28 Vgl. Edition, S. 324; die Fraktionssitzung der preußischen DDP am 18.2.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 466, S. 782 f., hier S. 782.

kretär) und 1921 zum Kultusminister im Minderheitskabinett *Stegerwald* berufen worden. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Ende 1921 war er wieder in die zweite Reihe gerückt und hatte dem volksparteilichen Kultusminister Otto *Boelitz* als Staatssekretär zugearbeitet. In der demokratischen Fraktion war *Becker*, der 1930 dem Sozialdemokraten Adolf *Grimme* weichen sollte, nicht unumstritten. Zwar sei *Becker* in der Personalpolitik besser als *Boelitz*, so gestand der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Theodor *Bohner*, im Januar 1926 dem Journalisten Ernst *Feder*, aber er sehe doch »in *Wilhelm II.* so eine Art Großpapa der Republik, er verehrt die Macht der Kirche, der wir so viel Kulturwerte verdanken, er glaubt sich zum großen Aussöhner berufen, sieht auch mit etwas gelehrtem Hochmut auf die minderwertigen Kulturpolitiker der Parteien (insbesondere der Demokraten) herab.«[29]

Die Koalitionsverhandlungen des neuen Ministerpräsidenten mussten bald als gescheitert angesehen werden, was sicherlich auch an dem naiv anmutenden, letztlich als Zugeständnis an den rechten Zentrumsflügel zu verstehenden Versuch von *Marx* gelegen haben mochte, eine »Volksgemeinschaft« von der SPD bis zur DNVP zu bilden, mithin vollkommen konträre Positionen und Parteien in seiner Regierung zu vereinen. Nach einem gescheiterten Vertrauensvotum trat *Marx* schließlich am 20. Februar zurück. Seine Wiederwahl am 10. März stand unter keinem guten Stern, da er am gleichen Tag vom Zentrum als Kandidat für die Reichspräsidentschaftswahl aufgestellt wurde. Die Neigung bei DNVP, DVP und Wirtschaftspartei, sich an der Regierung eines auf der Durchreise befindlichen Politikers zu beteiligen bzw. einen Zentrumspolitiker in zwei Führungsämtern der Republik zu sehen, war ausgesprochen gering. Neun Tage später schmiss *Marx* das Handtuch.

Am 31. März einigten sich schließlich die Regierungsparteien, SPD, Zentrum und DDP, darauf, *Braun* zum Ministerpräsidenten zu wählen und *Marx* beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentschaftswahl zu unterstützen.[30] Doch der rechte Zentrumsflügel schoss quer. Einige Abgeordnete lehnten die Kandidatur *Brauns* entschieden ab. Die Zentrumsführung glaubte deshalb, die Kandidatur eines Demokraten, des vor kurzem erst zum Finanzminister ernannten *Höpker Aschoff*, lancieren zu müssen. Dieser wurde zur allgemeinen Überraschung auch am 31. März gewählt. Von seiner Wahl wurde *Höpker Aschoff*, der an jenem Tag nicht in Berlin weilte, allerdings erst nachträglich in Kenntnis gesetzt. Angesichts der rasch einsetzenden Querelen zwischen SPD und DDP und der überzogenen Forderungen der Wirtschaftspartei, die ein Ausscheiden *Severings* (SPD) und *Hirtsiefers* (Z) aus dem Kabinett wünschte, gab er am 2. April sein Mandat wieder zurück. Tags darauf wurde schließlich *Braun* mit 220 von 432 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt, der das Kabinett *Marx* übernahm.[31]

---

29 FEDER, S. 33. Vgl. auch den Briefwechsel *Bohners* mit *Becker*, in: GSTA PK Berlin, VI. HA, Rep. 92, NL Carl Heinrich Becker, Nr. 7883. Ferner die Charakterisierung in: MESNIL, S. 412 f. Vgl. auch WENDE; Carl Heinrich BECKER, Internationale Wissenschafts- und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften, hrsg. und eingeleitet von Guido Müller, Frankfurt/M. 1997; Kurt DÜWELL, Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: HZ, Beih. 1 (1971), S. 31–74; Wolfgang W. WITTWER, Carl Heinrich Becker, in: Berlinische Lebensbilder. Wissenschaftspolitik in Berlin, hrsg. von Wolfgang Treue und Karlfried Gründer, Berlin 1987, S. 251–267. Ferner auch den Nachruf von Ernst *Feder*, in: CV-ZEITUNG, 7, 16.2.1933, S. 54: »Carl Heinrich *Becker* zum Gedächtnis«.

30 Vgl. die Fraktionssitzung der preußischen DDP am 31.3.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 475, S. 793–795.

31 Vgl. STANG, Die Deutsche Demokratische Partei, S. 283–293; MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 364–373; vgl. auch die Fraktionssitzungen der preußischen DDP vom 10.2. bis 3.4.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 465–478, S. 781–801; ferner die Sitzung des Parteiaus-

Falk, der in jenen Tagen die Verhandlungen mit den anderen Parteien führte und seiner Fraktion regelmäßig Bericht erstattete[32], erläuterte am 5. April vor dem Parteiausschuss die Vorgänge in Preußen und versuchte gleichzeitig seine Verhandlungsführung zu rechtfertigen. »Nachdem einmal *Höpker-Aschoff* gewählt war, haben wir versucht, aus der Not eine Tugend zu machen.« Aber die Erreichung des Ziels, ein festes republikanisches Kabinett aufzustellen, sei letztlich am »Parteiegoismus des Zentrums und der Sozialdemokratie« wie auch an der Haltung der demokratischen Presse, die einen Konflikt mit der SPD gescheut habe, gescheitert. »Die demokratische Fraktion des Preußischen Landtages hat in *Höpker-Aschoff* einen Mann in ihren Reihen, der unbedingtes Vertrauen genießt, weit in die Kreise der Rechten hinein. Wir werden nicht – wie Herr *Fischbeck* sagt – Schuhputzer des Zentrums und der Sozialdemokratie werden, wir haben bei den Verhandlungen über das Kabinett *Braun* Genugtuung in persönlicher Beziehung verlangt und erhalten, und wir haben diesem Kabinett erst zugestimmt, nachdem wir die Zusicherung bekommen haben, daß sich die Tätigkeit *Brauns* in denselben Bahnen bewegen wird, in denen sich die Tätigkeit Dr. *Aschoffs* bewegen sollte.«[33]

Das Kabinett *Braun* konnte letztlich von der Furcht der Oppositionsparteien vor Neuwahlen profitieren. Auch die wiederholte Zusicherung, auf eine Verbreiterung der Regierung hinwirken zu wollen, half der Regierung über die Runden, so dass sie ohne größere Probleme bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben konnte.[34] Das Kabinett *Braun* stellte ein Kabinett der sog. Weimarer Koalition, aus SPD, Zentrum und DDP, dar, das bereits seit 1919 in Preußen regierte und von 1921 bis 1924 um die DVP zur Großen Koalition erweitert worden war. Die relativ stabilen politischen Verhältnisse kontrastierten mit der politischen Instabilität im Reich. Während im Reich von 1919 bis 1932 zwanzig Regierungen (*Scheidemann* bis *Schleicher*) aufeinander folgten, waren es in Preußen nur sieben. Darunter befanden sich nur drei Minderheitskabinette im Vergleich zu dreizehn im Reich. Die relative Konstanz der preußischen Verhältnisse resultierte aus dem Fehlen der großen Streitfragen der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Reich tief erschütterten. Zudem konnten die Parteien im Gegensatz zum Reich politische Verantwortung nicht auf ein Staatsoberhaupt, einen Staatspräsidenten, abschieben. Auch gelang es den Weimarer Koalitionsparteien in Preußen durch Ämterpatronage einen regierungsloyalen Verwaltungsapparat zu schaffen. Preußen, das vor 1918 dank des Dreiklassenwahlrechts ein Hort der Reaktion gewesen war, entwickelte sich somit nach 1919 zu einer Bastion der Demokratie und zu einem veritablen Stabilitätsanker der Weimarer Republik.[35]

Der damals dreiundfünfzigjährige Otto *Braun* war von Beruf Schriftsetzer und stammte aus Ostpreußen. Er hatte eine typische sozialdemokratische Karriere hinter sich, hatte als Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen journalistische Erfahrungen sammeln können, wurde Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostpreußen, Stadtverordneter in Königsberg und schließlich 1911 auch in den Parteivorstand gewählt. Im No-

schusses der DDP vom 5.4.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 121, S. 342–349.

32 Vgl. die Fraktionssitzungen der preußischen DDP vom 10.2. bis 3.4.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 465–478, S. 781–801.

33 *Falk* auf der Sitzung des Parteiausschusses am 5.4.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 121, S. 342–349, hier S. 347 f.

34 Zum Kabinett *Braun* vgl. SCHULZE, S. 477–479; BRAUN, S. 174–176.

35 MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 11–16, 577–599; DERS., Parlamentarisierung und Demokratisierung, bes. S. 367 f.

vember 1918 avancierte *Braun* zum preußischen Landwirtschaftsminister und vermochte in den Auseinandersetzungen mit den im Pommerschen Landbund organisierten Gutsbesitzern Führungsqualitäten unter Beweis zu stellen.[36] Als *Braun* schließlich nach dem *Kapp*-Putsch zum Ministerpräsidenten aufstieg, hielten manche Demokraten ihn für dieses Amt wegen seiner polarisierenden Wirkung für ungeeignet.[37] Doch bald lernten sie den Sozialdemokraten als führungsstarke Persönlichkeit sowie als »kluge[n], zielklare[n] Politiker«[38] zu schätzen.[39]

Der zweite starke Mann der Sozialdemokraten im Kabinett war Carl *Severing*, der fast acht Jahre, 1920/21, von 1921 bis 1926 und erneut von 1930 bis 1932, formal bis März 1933, dem preußischen Innenministerium vorstand. Der damals Fünfzigjährige, der auch in der Großen Koalition unter Hermann *Müller* von Juni 1928 bis März 1930 als Reichsinnenminister amtierte, war wesentlich für die Demokratisierung der preußischen Verwaltung und damit für die Stabilität der politischen Verhältnisse im größten deutschen Land verantwortlich.[40]

Das Zentrum wiederum besetzte im Kabinett *Braun* drei Ministerien: das Justizministerium mit Hugo *am Zehnhoff*, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Düsseldorfer Anwaltskammer, seit 1927 mit Hermann *Schmidt*, Senatspräsident beim Berliner Kammergericht, das Ministerium für Volkswohlfahrt mit Heinrich *Hirtsiefer*, dem Verbandssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen, und das Landwirtschaftsministerium mit dem Landwirtschaftslehrer und Mitglied der Landwirtschaftskammer Hannover, Heinrich *Steiger*.[41]

11.2.2 1928–1932

Die preußischen Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 stärkten die Position der Weimarer Koalitionsparteien, die nunmehr mit 228 von 450 Mandaten über eine gesicherte Mehrheit im Parlament verfügten. Allerdings entfiel der Stimmen- und Mandatszuwachs der Weimarer Koalition allein auf das Konto der Sozialdemokraten, die ihre Position von 24,9 auf 29,0 Prozent (von 114 auf 136 Sitzen) deutlich ausbauen konnten. Zentrum und DDP hatten dagegen deutliche Einbußen hinzunehmen. Die katholische Partei büßte über drei Prozent der Stimmen oder zehn Mandate ein. Auch für die Demokraten war der Wahlausgang enttäuschend, da sich der negative Wahltrend auch 1928 fortsetzte. So fiel die Partei von 5,9 auf 4,5 Prozent der Stimmen und verlor sechs ihrer 1924 gewonnenen 27 Mandate. Die Demokraten drohten auf das Niveau einer Splitterpartei abzusinken. Auch bei den Reichstagswahlen, die am selben Tag stattgefunden und vor allem den kleinen Interessenparteien auf Kosten der Liberalen großen Zulauf

36 Zu Otto *Braun* vgl. SCHULZE.

37 Noch im November 1921 meinte Alexander *Dominicus*, dass *Braun* an der Spitze einer Koalitionsregierung für die »schwierige Rolle der Vermittlung und Zusammenhaltung der denkbar ungeeignetste Mann« sei. Tagebucheintragung zum 5. November 1921 von Alexander *Dominicus*, in: Landesarchiv Berlin, NL Alexander Dominicus, E.–Rep. 200–41, Nr. 26, S. 93.

38 MEYER, S. 109.

39 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 8.5.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 482, S. 804 f., hier S. 804.

40 Zu Carl *Severing* vgl. Carl SEVERING: Mein Lebensweg, 2 Bde., Hamburg 1950; ALEXANDER, Severing.

41 Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 1, S. LXXXII f.

gebracht hatten, hatte die DDP mit 4,9 Prozent der Stimmen und 5,1 Prozent der Mandate nur ein unwesentlich besseres Ergebnis einfahren können.[42]

Als gut drei Wochen nach den Wahlen im Parteivorstand die Gründe für den Wählerschwund diskutiert wurden, hielt sich *Falk* zurück. Er dürfte vermutlich den Erklärungen und Deutungsversuchen des Parteivorsitzenden *Koch-Weser* zugestimmt haben, der den Hauptgrund für den Niedergang der Partei im »Vordrängen wirtschaftlicher Interessen« zu erkennen glaubte. Diese Entwicklung, so *Koch-Weser*, würde »zu einer Atomisierung des Parlamentarismus führen. Wir müssen also diese Politik bekämpfen und uns an Schichten halten, die ein Interesse daran haben, daß keine Klassenpolitik gemacht wird.« Alle großen Fragen, die die DDP interessieren würden, hätten kein Echo in der Bevölkerung gefunden. Dies gelte sowohl für die Schulfrage wie für die Frage des Einheitsstaates. Einen Grund für das schlechte Wahlergebnis meinte der preußische Landtagsabgeordnete *Wachhorst de Wente* gar darin zu sehen, dass die DDP »überall als Judenpartei angesehen« werde. »Es würde für uns von großem Nutzen sein, wenn unsere jüdischen Parteifreunde sich etwas mehr zurückhalten würden.« Diese Worte dürften *Falk* bitter in den Ohren geklungen haben. Deutlich wurde in der Diskussion der Wunsch nach einem politischen Neuanfang und einer parteipolitischen Neuorientierung, die nicht wenige im Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei sahen.[43] Der Ruf nach einer Vereinigung der liberalen Parteien sollte seitdem nicht mehr verstummen und letztlich auch in die Gründung der Deutschen Staatspartei im Sommer 1930 münden, der allerdings nur wenige Volksparteiler beitreten sollten.

Die preußische Landtagsfraktion hatte sich bereits am 8. Juni konstituiert und *Falk* zum ersten Vorsitzenden gewählt.[44] Eine Aussprache über die Ursachen für die Wahlniederlage der Demokraten und die Frage der Annäherung an bzw. Verschmelzung mit der DVP sollte indes erst drei Tage später stattfinden. Der Protokollant verzichtete auf die Wiedergabe der einzelnen Redebeiträge und beschränkte sich darauf, als Fazit festzuhalten, »daß eine Partei mit den Zielen und Leistungen der DDP im politischen Leben unentbehrlich ist und wir an den Ausbau der Organisation und die Verbreitung von Verständnis für ihre Aufgabe mit erneutem Bemühen herangehen werden. Da über eine Verschmelzung der genannten Parteien keine offiziellen Verhandlungen gepflogen sind und diese jedenfalls Sache der Parteileitung bleiben, ist in dieser Frage größte Zurückhaltung geboten. Gerade weil eine Annäherung an die DVP erwünscht erscheint, soll dem Zustandekommen der großen Koalition, die als erste Stufe dafür anzusehen ist, kein Hindernis bereitet werden.«[45]

Die Demokraten, so meinte *Falk* mit Blick auf das Wahlergebnis Mitte Juni 1928 im Landtag, hätten »keinen Grund, Fanfarenstöße auszustoßen, aber deswegen werden Sie von uns auch keine Schamade hören. Wir Deutsch-Demokraten wissen, daß unsere Partei nötig ist. [...] Wir wissen, daß unsere Staatsauffassung und unsere Gedankenwelt für den neuen Staat und für seine Menschen unentbehrlich sind.«[46]

---

42 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 601. Zu den Reichstagswahlen vgl. STANG, S. 380; KOLB, Die Weimarer Republik, S. 258 f.

43 Die Sitzungen des Parteivorstandes der DDP am 14. und 15.6.1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 146 a und b, S. 452–469, die Rede *Koch-Wesers*: ebd., S. 456–459.

44 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 8.6.1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 664, S. 1000–1002, hier S. 1000.

45 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 11.6.1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 666, S. 1004–1006, hier S. 1005.

46 Die Rede *Falks* in der 4. Sitzung des Preußischen Landtages am 12. Juni 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 1, Sp. 135–147, hier Sp. 138.

Angesichts des sich fortsetzenden negativen Wahltrends war es naheliegend, die liberale Schwesterpartei DVP in die Pflicht zu nehmen und in die Regierungsverantwortung mit einzubinden. Die Regierungsbeteiligung hätte den Anknüpfungspunkt für Fusionsgespräche geboten, die zur Vereinigung der liberalen Parteien hätten führen können. Andererseits entsprang der Wunsch nach einer Regierungserweiterung in Preußen auch dem Bemühen um Stabilisierung der Verhältnisse im Reich, wo nach den Wahlen vom Mai 1928 die Bildung einer Großen Koalition allmählich Konturen gewann.

Die Verhandlungen mit der DVP über einen Regierungseintritt begannen um die Jahreswende 1928/29, doch gerieten sie angesichts der widerstreitenden Vorstellungen und Forderungen der beteiligten Kräfte rasch ins Stocken. Denn die Forderung der Rechtsliberalen nach dem Kultusministerium und einem weiteren nicht näher bezeichneten Ressort stießen bei SPD und Zentrum auf unüberhörbaren Widerspruch. Das der DVP von Ministerpräsident *Braun* neben einem Minister ohne Portefeuille offerierte Handelsministerium erachtete wiederum die Volkspartei als nicht ausreichend.[47]

Die Demokraten begleiteten die Koalitionsverhandlungen mit der DVP mit großem Interesse, da sie nicht zuletzt vor dem Hintergrund der laufenden Konkordatsverhandlungen der liberalen Konkurrenzpartei gerne Regierungsverantwortung übertragen hätten. Dennoch machte die DDP keinen Hehl daraus, dass die Regierungserweiterung »ohne zu weit gehende Opfer der demokratischen Partei« erfolgen sollte.[48] Mit Blick auf das Zentrum, das aus Angst vor einem Einflussverlust eine Große Koalition im Grunde nicht wollte, meinte *Falk* im Februar 1929, dass die DDP keinesfalls diejenige sein dürfe, die »die Opfer der Umwandlung« zu tragen hätte.[49]

Allerdings musste der Partei klar sein, dass sie ihre Position im Kabinett nicht auf Dauer halten konnte. Denn die kleine Vier-Prozent-Partei stellte zwei, wird ihr noch der ihr nahestehende, parteilose Kultusminister *Becker* zugerechnet, sogar drei Minister in der Regierung und damit ebenso viele wie die dreimal so starke Zentrumspartei. Die mit 29 Prozent mit Abstand stärkste Kraft, die Sozialdemokratie, vermochte dagegen nur zwei Posten, den Ministerpräsidenten und den Innenminister, zu stellen. Deshalb mochte es nicht verwundern, dass auch rasch Forderungen aus den Reihen der SPD nach einer Verstärkung des eigenen Einflusses in der Regierung laut wurden.

In die Schusslinie geriet vor allem das Kultusministerium, das bislang keiner Partei eindeutig zugeordnet werden konnte und bereits von der DVP reklamiert worden war. Nachdem die Gespräche mit der rechtsliberalen Partei Anfang 1930 als gescheitert angesehen werden mussten, griff die SPD zu. Am 30. Januar 1930 musste *Becker* zurücktreten. Sein Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums der Provinz Brandenburg, der SPD-Politiker Adolf *Grimme*. *Grimme* kam erst zum Zuge, als der Kandidat der SPD, der Dissident und frühere Katholik, Oberschulrat Christoph *König*, sowohl bei DDP als auch beim Zentrum auf entschiedene Ablehnung gestoßen war.[50]

---

47 Zur Frage der Regierungsumbildung nach 1928 vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 376–393; STANG, S. 304–327.

48 So Ferdinand *Hoff* in der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 5. Februar 1929. Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 692, S. 1032 f., hier S. 1032.

49 Ebd., hier S. 1033.

50 Vgl. die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 23., 24. und 27.1.1930, vormittags und nachmittags, in: ebd., Nr. 738–741, S. 1089–1093; SCHULZE, Braun, S. 560; HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 230 f.; STANG, S. 314 f.

In der Fraktionssitzung vom 4. Februar 1930 versuchte *Falk* seine Verhandlungsführung zu verteidigen, sei man doch »dicht bis an die Grenze des Koalitionsbruchs gegangen. Die Rücksicht auf die politische Ruhe und den Rückhalt der Republik, die allein in Preußen verankert sind, muß Richtschnur unseres Verhaltens sein.« Allerdings artikulierte sich während der Diskussion auch Kritik an der Fraktionsführung, die in der Forderung Oswald *Riedels* in einer Neuwahl des Vorstands gipfelte. Doch dazu kam es letztlich nicht. Die Fraktion sah ein, dass die Partei in Regierung und Verwaltung überrepräsentiert war und deshalb mit ihrer Forderung nach Wahrung ihres überkommenen Einflusses auf verlorenem Posten stand.[51]

Nichtsdestotrotz schien die Kritik an der Fraktionsführung und am Verhandlungsgeschick des Vorsitzenden weiter verbreitet gewesen zu sein, als es dieses Sitzungsprotokoll erahnen lässt. So bemerkte der langjährige Generalsekretär der Partei, Werner *Stephan*, im Rückblick, dass *Falk*, ein Politiker »voll rheinischem Humor und unverwüstlicher Lebenskraft«, »im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich« gewesen sei. So sei »mancher Erfolg, den die beiden demokratischen Minister im Kabinett erzielten, im Landtag wieder verloren« gegangen.[52] Allerdings scheint *Stephan* doch die Schwierigkeiten und Probleme, die sich der Partei- und Fraktionsführung aus dem Wähler- und Mandatsschwund für die Durchsetzung demokratischer Ziele stellten, auszublenden.

Neben dem Kultusministerium stand 1930 auch ein Revirement auf der Ebene der Oberpräsidien an. Zur Diskussion standen die seit 1919 von den Demokraten Julius *Lippmann* und Rudolf *Schwander* geführten Oberpräsidien in Pommern (Stettin) und in Hessen-Nassau (Kassel). Kassel sollte an die Sozialdemokraten, Stettin an einen Volksparteiler gehen. In der Sitzung des Parteivorstands am 8. Februar bezeichnete *Falk* diese Forderung als »untragbar« und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Partei das Oberpräsidium zumindest in Stettin werde halten können, wenn sie festbleibe. Der Vorstand stärkte *Falk* immerhin den Rücken und bat die Fraktion, »jeder Zurückdrängung des demokratischen Einflusses in Preußen bestimmten Widerstand entgegenzusetzen.«[53]

Zwar gelang es *Falk* nicht, Stettin der Partei zu erhalten, doch wurde den Demokraten als Kompensation Magdeburg zugesprochen, dessen Oberpräsidium bisher von einem Sozialdemokraten geleitet worden war.[54] Die in der Folgezeit wiederholt anklingenden Klagen seiner Parteifreunde darüber, dass die Demokraten sich bei Stellenbesetzungen nicht genügend durchsetzen könnten, Klagen, die angesichts der parlamentarischen Schwäche der Partei einigermaßen überzogen und realitätsfern anmuteten, mochte *Falk* denn auch so nicht gelten lassen. »Wir haben alle Berücksichtigung stets gefunden, und wir würden noch viel mehr Staatsparteiler in hohen Stellungen haben, wenn bei uns viele Leute nicht, nachdem sie befördert worden sind, später zur Sozialdemokratie übergegangen wären. Das ist ein Krebsschaden sondergleichen«.[55]

---

51 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 4.2.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 744, S. 1096–1099, Zitat S. 1097.

52 STEPHAN, Acht Jahrzehnte, S. 148.

53 Die Sitzung des Parteivorstands der DDP vom 8.2.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 158, S. 522–527, Zitate S. 523 f.

54 Vgl. auch die Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 25. März 1930, in: DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS, Bd. 12/I, Nr. 226, S. 250; MÖLLER, Die preußischen Oberpräsidenten, S. 327–329, 333 f.

55 *Falk* in der Sitzung des Gesamtvorstands am 15. März 1931, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 176 b, S. 632–642, hier S. 640.

Der demokratische Machtschwund setzte sich im folgenden Jahr fort, als Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* am 12. Oktober 1931 von seinem Amt zurücktrat. Der von ihm vertretene rigide Sparkurs, eine Folge der mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen katastrophalen Haushaltslage, war in der Öffentlichkeit, in der Regierung, aber auch in der eigenen Fraktion auf wachsende Kritik gestoßen. Im Zentrum hatte sich zudem eine starke Opposition gegen den als »Katholikenfresser« verschrienen Minister herausgebildet.[56] Der Streit in der Frage der Beförderungssperre für preußische Beamte bot schließlich den Anlass für seinen Rücktritt. Die Demokraten begegneten seinem Abgang mit gemischten Gefühlen. Zwar verloren sie mit ihm ihren bedeutendsten und einflussreichsten Vertreter im Kabinett, andererseits empfand die Fraktion die von *Höpker Aschoff* in Preußen mitgetragene und höchst unpopuläre Deflationspolitik *Brünings* als evidente Belastung. »Unsere Partei«, so urteilte *Falk* in seinen Erinnerungen, »hat [angesichts] der skrupellosen Agitation der Gegner es schwer büßen müssen, daß nicht nur der Reichsfinanzminister [Hermann *Dietrich*], sondern auch der preußische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war. *Höpker Aschoff*, der sein Amt vorbildlich verwaltete und deshalb auch in den Reihen der Opposition hohes Ansehen und bedeutende Wertschätzung genoß, hatte mit starken Widerständen in der Partei, insbesondere aber in seinem eigenen Wahlkreise wegen der drückenden Steuern, die er unbekümmert um Popularität pflichtgetreu vorschlagen mußte, [zu kämpfen]. Im Kabinett hatte er eine starke Stellung, besonders der Ministerpräsident war ihm in hohem Vertrauen zugetan. In der Fraktion hatte sich eine starke Gegnerschaft gegen ihn herausgebildet. Zwar verkannte niemand seine hohen Fähigkeiten, seine bedeutungsvollen Leistungen und seine unbeugsame Festigkeit. Aber gerade diese Tugend wurde in seinem Verhalten der Fraktion gegenüber zu einem Fehler. Wie ich glaube, hatte sich im Laufe der Zeit die Auffassung bei ihm festgesetzt, daß die Fraktion ihm schlechterdings durch dick und dünn zu folgen, insbesondere seinen Vorlagen ohne weitere Prüfung zuzustimmen habe. Dagegen wandte sich der Unwille vieler Parteifreunde, die sachlich keineswegs immer in allen Punkten mit seinen Vorschlägen einverstanden waren. Ich habe, was ich [als] meine selbstverständliche Pflicht ansah, immer wieder auszugleichen versucht, konnte aber nicht stets ihm Recht geben. Unser ursprünglich recht enges freundschaftliches Verhältnis wurde hierdurch ernstlich getrübt.«[57]

Als Nachfolger für *Höpker Aschoff* brachten die Demokraten *Falk* in Vorschlag.[58] Doch *Braun* entschied sich, den Vorstellungen des Zentrums nachgebend, letztlich für den parteilosen Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse, Dr. Otto *Klepper*.[59] Auch wenn dieser schleichende Einflussverlust den Demokraten in zunehmenden Maße die Regierungsbeteiligung verleidete[60], so war die Fraktion mit *Falk* an der Spitze von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Koalition und dem Erfordernis stabiler Regie-

56 Edition, S. 352.

57 Ebd.

58 Vgl. die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes vom 12.11.1931, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 185, S. 673 f., hier S. 673; ferner die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DStP vom 14.10. und 24.11.1931, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 812, S. 1185, Nr. 817, S. 1190–1193.

59 Zu *Klepper* vgl. Astrid von PUFENDORF: Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.

60 So betonte *Falk* in der Fraktionssitzung vom 19. Januar 1932, »daß für die Fraktion sich unter Umständen die Unmöglichkeit ergeben könnte, an der Politik der preußischen Staatsregierung weiterhin verantwortlich teilzunehmen.« Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 825, S. 1207 f., hier S. 1207.

rungsverhältnisse im größten deutschen Land überzeugt. Die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Probleme, die Hilflosigkeit der Reichsregierung und die Bedrohung durch den Nationalsozialismus ließen ihnen letztlich keine andere Wahl.

11.3 Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Juli 1930

Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Juli 1930 bildete den Endpunkt der nach den gescheiterten Fusionsverhandlungen vom November/Dezember 1918 wiederholt unternommenen liberalen Einigungsbemühungen.[61] Die ständigen Wahlverluste beider Parteien wie auch der auf Kosten der Liberalen erfolgende Aufstieg von Interessenparteien ließen einen Zusammenschluss des politischen Liberalismus in einer Partei als unumgänglich erscheinen. Den unmittelbaren Anlass zur Gründung der Deutschen Staatspartei bot die Reichstagsauflösung am 18. Juli 1930, die einen erneuten Wahlkampf notwendig machte und die Gefahr weiterer Wahlverluste heraufbeschwor. Die Verhandlungen mit der DVP, die im Jahr zuvor vielversprechend verlaufen waren, wurden wieder aufgenommen. Doch waren die Beharrungskräfte in der nach dem Tode *Stresemanns* und der Übernahme des Parteivorsitzes durch Ernst *Scholz* nach rechts gerückten Volkspartei zu stark, als dass eine Einigung des liberalen Lagers Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Deshalb entschlossen sich die demokratischen Verhandlungsführer um den Parteivorsitzenden Erich *Koch-Weser*, zusammen mit dem Jungdeutschen Orden, einigen Jungliberalen von der DVP und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften, eine neue Partei, die Deutsche Staatspartei, ins Leben zu rufen. Der Gründungsaufruf erschien am 28. Juli 1930. Ein Parteitag sollte nach den Wahlen die Fusion und Neugründung vollziehen. Mit der Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden und seinem im April 1930 gegründeten politischen Arm, der Volksnationalen Reichsvereinigung, hofften die Demokraten, Anschluss an die bündische Bewegung zu bekommen und die Jugend zurückzugewinnen. Der als nationaler Wehrverband ins Leben gerufene Jungdeutsche Orden unter dem Hochmeister Artur *Mahraun* und dem Ordenskanzler Otto *Bornemann* hatte früh die Aufmerksamkeit der demokratischen Parteiführung gefunden, weil er im Gegensatz zu den übrigen paramilitärischen Verbänden einer außenpolitischen Verständigungspolitik das Wort redete und sich für die Aussöhnung mit Frankreich einsetzte. Seit Mitte der zwanziger Jahre bekannte er sich auch zur parlamentarisch-demokratischen Republik und deren Grundprinzipien, bekämpfte allerdings auch weiterhin den »Parteienstaat«, dessen Überwindung er vom »Volksstaat« erhoffte. Umstritten war er nicht nur wegen der Ablehnung des parteienstaatlichen Denkens, sondern auch wegen seines bündischen Charakters, dem Führerprinzip und, was für *Falk* besonders schwer wiegen musste, dem Ariernachweis für seine Mitglieder.[62] Für die demokratische Parteiführung avancierten allerdings die Volksnationalen nicht zuletzt nach den sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni 1930, bei dem sie

---

61 Zur Liberalen Vereinigung von 1924 vgl. JONES, S. 271–278; SCHNEIDER, S. 249–253; STEPHAN, Aufstieg, S. 338–342; Werner FRITSCH, Liberale Vereinigung (LVg) 1924–1929, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Hrsg. v. Dieter Fricke u. a., Leipzig 1985, Bd. 3, S. 356–359.

62 Rechte Demokraten wie Gertrud *Bäumer* versuchten die Bedeutung des Arierparagraphen herunterzuspielen. »An sich«, so schrieb *Bäumer* im August 1930 in der CV-Zeitung, »ist das [i. e. Arierparagraph] für einen ›Orden‹ nicht weniger anstößig, wie wenn jüdische Logen oder Vereine nur jüdische Mitglieder aufnehmen.« Sie könne »in exklusiv arischen oder exklusiv jüdischen Bünden keine gegenseitige Kränkung sehen.« CV-ZEITUNG, 32, 8. 8. 1930, S. 422: »Rasse und Staatsbürgertum« von Gertrud *Bäumer*.

auf Kosten der Mittelparteien 40000 Stimmen und zwei Mandate zu erringen vermochten, zu einem interessanten Bündnispartner.[63]

Da die Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden vollendete Tatsachen schuf, mochte es nicht überraschen, dass weiteren Gesprächen mit der DVP, die für den 30. Juli anberaumt waren, kein Erfolg beschieden war. Beide liberale Parteien traten schließlich getrennt zu den Wahlen an. Das Wahlergebnis vom 14. September 1930 war ernüchternd. Während sich der Stimmenanteil der DVP von 8,7 auf 4,5 Prozent geradezu halbierte und die Zahl ihrer Mandate von 45 auf 30 schrumpfte, fielen die noch als DDP firmierenden Linksliberalen von 4,9 auf 3,5 Prozent oder von 25 auf 20 Mandate.[64] Die Demokraten sahen sich in ihren Erwartungen, die sie an die Neugründung geknüpft hatten, enttäuscht. Ganz im Gegenteil schien die Vereinigung mit einer latent antisemitischen Bewegung ihnen eher geschadet zu haben, da sie ihnen weitere liberale Stammwähler, nicht zuletzt jene jüdischer Konfession oder Herkunft, entfremdete.[65]

An die Wahlniederlage knüpften sich rasch heftige Auseinandersetzungen zwischen dem von *Mahraun* geführten Jungdeutschen Orden und den Demokraten, die schließlich am 7. Oktober zum endgültigen Bruch führen sollten. Der von der demokratischen Parteiführung im Alleingang ohne Wissen der verschiedenen Parteigremien initiierte Zusammenschluss mit der volksnationalen Bewegung endete somit in einem vollständigen Desaster, das der Verlust des Fraktionsstatus nach dem Auszug der sechs volksnationalen Abgeordneten aus der kleinen Fraktion der Deutschen Staatspartei vollkommen machte.[66] Mochte es bei alledem überraschen, dass unter den Demokraten der Ruf nach personellen Konsequenzen laut wurde? Die Nichteinbeziehung der Partei in die Fusionsgespräche und die Vereinigung mit einer latent antisemitischen Bewegung, deren programmatische Vorstellungen man zum großen Teil nur mit dem Begriff verworren umschreiben konnte, formten ein Unbehagen, das nach der Wahlniederlage und dem tragikomischen Ende des Bündnisses in offene Kritik umschlug.

Erich *Koch-Weser* musste schließlich als Parteivorsitzender zurücktreten. Ende Oktober legte er auch sein Reichstagsmandat nieder und zog sich ganz aus der Politik zurück. Sein Nachfolger wurde Vizekanzler und Reichsfinanzminister Hermann *Dietrich*. Ungeachtet der gescheiterten Sammlungsbestrebungen hielten die Demokraten an der Neugründung der Partei fest. Die Deutsche Staatspartei, die auf dem Parteitag in Hannover am 8. und 9. November 1930 ins Leben gerufen wurde, war im Grunde nichts anderes als eine Neuauflage der DDP, die als Rumpfpartei unter einem anderen Namen fortbestand. Unmittelbar nach der Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung hatten bereits zahlreiche Vertreter des linken Flügels aus Protest die DDP verlassen. So wechselten der langjährige Vorstandsvorsitzende der DDP und führende Vertreter des Arbeitnehmerflügels, Anton *Erkelenz*, zusammen mit dem Historiker Ludwig *Bergsträsser* zur SPD, während der Pazifist Ludwig *Quidde* im August 1930 die »Vereinigung unabhängiger Demokraten« gründete, die sich im November 1930 in »Radikaldemokratische Partei« umbenennen sollte.[67] Ihr schlossen sich mit Georg *Bernhard* und Ulrich *Lüth* zwei weitere namhafte linksliberale Abtrünnige an. Was die Partei

63 Zum Jungdeutschen Orden vgl. HORNUNG; KESSLER, 1975/76; KESSLER, 1980.

64 Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 308 f.

65 Vgl. LIEPACH, S. 190–200, 235–246.

66 Erst im Dezember 1930 erreichten sie durch den Beitritt eines Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei wieder die für den Fraktionsstatus erforderliche Mindestzahl.

67 Zu *Quidde* vgl. Karl HOLL: Ludwig Quidde (1858–1941): eine Biografie, Düsseldorf 2007.

durch die Betonung des nationalen Moments rechts zu gewinnen hoffte, schien sie letztlich auf dem linken Flügel in weitaus stärkerem Maße zu verlieren.[68]

Falk hatte in jenen Wochen und Monaten die Entwicklung in einer Mischung aus staunender Verwunderung und fassungslosem Entsetzen verfolgt. »Bei den Demokraten«, so erinnerte sich *Falk*, »hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten.« Trotz seiner Kritik an der Parteiführung fand *Falk* in seinen Erinnerungen Worte der Anerkennung für *Koch-Weser*. Die Partei habe mit Erich *Koch* »einen Führer von großem Format verloren, einen Mann von hohen Qualitäten, dem allerdings eine Eigenschaft fehlte, die der Parteiführer nicht entbehren kann, die Wärme des Herzens. Er war ein kühler Rechner und hatte sich leider bei der wichtigsten Entscheidung verrechnet.«[69]

Mit der Neugründung der Partei beschäftigte sich die preußische Landtagsfraktion erstmals am 23. September 1930, d.h. gut eine Woche nach dem Debakel der Reichstagswahlen. Das Ergebnis der streng vertraulichen Verhandlungen wurde im Protokoll in wenigen Worten, die die unter den Abgeordneten herrschende Missstimmung erahnen lassen, festgehalten. So werde, hieß es, »die Fraktion zunächst als selbständige Deutsche Demokratische Landtagsfraktion bestehen« bleiben und »den Antrag mehrerer Wahlkreisverbände unterstützen [...], alsbald einen außerordentlichen demokratischen Parteitag einzuberufen.«[70] Diese lapidare Formulierung verbarg nur mühsam die Unzufriedenheit der Abgeordneten mit ihrer Parteiführung und den Widerstand gegen die Umgründung der Partei.

Vier Tage später kam es im Parteivorstand zu einer lebhaften Aussprache über die Lage nach den Wahlen. *Falk* ließ seiner Verärgerung freien Lauf. »Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt.« Er gehöre »zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden« seien, »die aber Parteidisziplin gehalten« hätten, »die jedoch auch heute noch nicht im klaren darüber« seien, »ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen« sei. »Ein vorzeitiges Aufgeben der Deutschen Demokratischen Partei« bezeichnete *Falk* als einen kapitalen Fehler. Man müsse in der Staatspartei zumindest ein Gegengewicht gegen den Jungdeutschen Orden aufbauen und verhindern, dass *Mahraun* in der neuen Partei die Organisation in die Hand bekomme. Der Bruch sollte erst 10 Tage später erfolgen. Neben programmatischen Fragen, so *Falk*, müsste zudem die Stellung des volksnationalen Organs, des »Jungdeutschen«, geklärt werden. Mit Blick auf dessen latent antisemitische Artikel machte *Falk* deutlich, dass es nicht genüge, von diesen Beiträgen abzurücken, vielmehr müsse »die Garantie geschaffen werden, daß dergleichen nicht wieder vorkommt, sonst entsteht ein nicht wiedergutzumachender Schaden.« Aus all diesen Gründen sprach sich *Falk* deshalb für eine Verschiebung der Parteigründung aus, nicht zuletzt »auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Preußen, wo die Regierung es bis

---

68 Zur Gründung der Deutschen Staatspartei vgl. STEPHAN, Aufstieg, S. 439–485; MATTHIAS/MORSEY, S. 31–39; FRYE, Liberal Democrats, S. 155–177; SCHNEIDER, S. 253–260; STANG, S. 24–28.

69 Edition, S. 351 f.

70 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 23.9.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 773, S. 1141 f., Zitat S. 1142, H.i.O.

auf weiteres am liebsten mit einer Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei zu tun haben möchte.« Der Vorstand beschloss schließlich, die in der Diskussion angesprochenen Fragen, wie den Antisemitismus der Jungdeutschen oder die zweifache Spitze der Partei, zunächst einer Klärung zuzuführen, bevor auf einem Parteitag die Gründung der Staatspartei vollzogen werden sollte.[71]

Manche Töne, die in der Diskussion anklangen, mussten *Falk* allerdings Bauchschmerzen bereiten. Mochte der Redakteur der »Frankfurter Zeitung«, Wilhelm *Cohnstaedt*, auch vielen aus der Seele gesprochen haben, als er seine Genugtuung darüber Ausdruck verlieh, dass die Staatspartei nach dem Zusammenschluss mit den Jungdeutschen nicht mehr als »Judenpartei« gelten und deshalb auch nicht als solche diffamiert werden könne.[72] Doch *Falk* musste dieses Wegducken vor dem politischen Gegner als innere Schwäche erscheinen – *Cohnstaedt* war selbst Jude –, als ein Nachgeben und Zurückzucken vor den Rechten und als ein Aufgeben freiheitlich-liberaler Grundsätze.

Nach dem Ausscheiden der Jungdeutschen und dem Rücktritt *Koch-Wesers* kam der Vorstand am 16. Oktober 1930 erneut zusammen und besprach die neue Situation. Offen begrüßte *Falk* den Rücktritt *Kochs* und machte deutlich, dass die Demokraten in der Frage der Neugründung der Partei nun keinen Rückzieher mehr machen könnten. »Es bleibt nichts übrig, als die Demokratische Partei in die Staatspartei zu überführen.« Damit vertrat er zwar die Mehrheitsmeinung, doch wurde während der Diskussion deutlich, dass manch preußischer Landtagsabgeordneter diesen Schritt für unnötig hielt und, mit den Worten von Bruno *Hauff*, es für richtiger erachtete, »uns nach der Niederlage in unsere Ausgangsstellung zurückziehen.«[73]

Falk schien in jenen Wochen und Monaten ein wenig zu resignieren. Aber kann das überraschen, wenn man sich die mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen Probleme, die von der Reichsregierung beschlossenen unpopulären Sparmaßnahmen und den spektakulären Wahlsieg der NSDAP, die auf 18,3 Prozent der Stimmen und 107 Mandaten hochschnellte, vor Augen hält?[74] Eine gewisse Niedergeschlagenheit klang deshalb auch aus seiner Rede, die er auf dem Hannoveraner Parteitag am 8. November 1930 hielt. »Der Staatspartei«, so *Falk*, »ist ihr Weg vorgezeichnet. Sie hat einzutreten für das Programm des Kabinetts *Brüning* und alles daran zu setzen. Wir haben keine andere Wahl und müssen bereit sein, uns darüber Klarheit zu verschaffen. Wir wollen uns nicht mit Sentimentalitäten aufhalten. Wir müssen uns klar darüber sein, dass der Weg, den wir zu gehen haben, uns vorgeschrieben ist. Es wird uns dann leichter werden, die bitteren Empfindungen, die jeder von uns im Herzen trägt, zu überwinden in der Überzeugung, dass der Weg gegangen werden muss im Dienste an Volk und Vaterland.« Der einzige Weg, so schloss er seine Rede, sei »das Vertrauen, das Vertrauen in sich selbst. [...] Gehen Sie diesen Weg mit offenen Augen und erhobenem Haupt, und nicht mit schwerem Herzen.«[75] Eine gewisse Wehmut ob der vor ihm liegenden Tage muss *Falk* damals beschlichen haben.

---

71 Die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 27.9.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 170, S. 581–597, die Rede *Falks* S. 585–587, die Abstimmung über die Anträge S. 595.

72 Ebd., S. 590.

73 Die Sitzung des Vorstands der DStP am 16.10.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 171, S. 597–612, hier S. 603 (*Hauff* und *Riedel*) und 607 (*Falk*).

74 Vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 308 f.

75 Die Rede *Falks* auf dem dritten außerordentlichen (Auflösungs-) Parteitag der DDP in Hannover am 8. November 1930, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 8, Bl. 42 f.

11.4 Themen der preußischen Landespolitik

In Preußen spielten die Demokraten eine zentrale Rolle, da sie von 1919 bis 1932 in sämtlichen preußischen Regierungen vertreten waren und dadurch einen ihren sinkenden Mandatsanteil weit übersteigenden Einfluss im Gesetzgebungsprozess des größten deutschen Landes auszuüben vermochten. Vor 1925 hatte die DDP bereits mit Handelsminister Otto *Fischbeck* (1918–1921), mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Rudolf *Oeser* (1919–1921), mit Innenminister Alexander *Dominicus* (1921) und Landwirtschaftsminister Hugo *Wendorff* (1921–1924) legislatives Handeln mitbestimmt. Ihnen konnte cum grano salis auch Kultusminister Carl Heinrich *Becker* (1921) zugerechnet werden. Auch nach 1925 besetzte die Partei mit Handelsminister Walther *Schreiber* (1925–1932), Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* (1925–1931) und Kultusminister *Becker* (1925–1930) wichtige Politikfelder. Die demokratische Handschrift war mithin auf zahlreichen Feldern deutlich erkennbar.

Die preußische Landespolitik umfasste nach 1925 ein weitgespanntes Tableau politischer Themen. Dazu zählte die Vermögensauseinandersetzung mit dem Haus Hohenzollern, die Demokratisierung der Verwaltung, die Verwaltungsreform, die Bildungs- und Kirchenpolitik sowie die Finanz-und Wirtschaftspolitik.

11.4.1 Die Vermögensauseinandersetzungen mit dem Haus Hohenzollern

Wenige Fragen haben in der zweiten Legislaturperiode des Preußischen Landtags eine so wichtige Rolle gespielt und zu derart heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien geführt wie die Frage der Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren, die 1926 zu dem von SPD und KPD initiierten Volksentscheid zur Fürstenenteignung führen sollte.

Das Vermögen der Hohenzollern war im November 1918 von der preußischen Regierung beschlagnahmt und unter staatliche Verwaltung gestellt worden, um einem Verlust von Vermögensgegenständen vorzubeugen. Von der radikalen Lösung einer Enteignung der früheren Fürstenhäuser wie in Österreich hatte das Reich Abstand genommen. Die Regelung der Vermögensangelegenheiten mit den ehemals regierenden Landesherren überließ man vielmehr den Ländern.[76]

Ein erster Vergleichsentwurf mit dem Hause Hohenzollern konnte in Preußen bereits im Januar 1920 abgeschlossen werden, der eine Scheidung des als unzweifelhaftes Staatseigentum betrachteten Kronvermögens und des der königlichen Familie zugeordneten Haus- und Allodialvermögens vorzunehmen versuchte. Auch wurde eine Zuteilung des umstrittenen Fideikommissvermögens unternommen. So sollte die in ihrem Charakter strittige Kronfideikommissrente in Höhe von zuletzt 17,7 Millionen Mark jährlich entfallen. Als Entschädigung für den Verzicht auf die Rentenzahlung und die Überlassung von Grundstücken, Schlössern und Kunstwerken war eine Barabfindung von 100 Millionen Mark vorgesehen. Zu den Kosten, die der preußische Staat zu tragen hatte, kamen auch die Versorgungslasten für das Hofpersonal und die Unterhaltskosten für die Gebäude und Liegenschaften hinzu.[77] Angesichts dieses relativ großzügig bemessenen Angebots mag es nicht überraschen, dass die SPD-Fraktion

76 Vgl. auch SCHÜREN, S. 21–26.

77 Vgl. das Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407.

sich rasch von diesem Entwurf zu distanzieren begann und der Landtag die Regierung schließlich zur Vorlage eines revidierten Vergleichsvorschlags aufforderte.[78]

Im Februar 1924 konnte zwar ein zweiter Vergleichsentwurf unterzeichnet werden, doch scheiterten die anschließenden Verhandlungen an den weitergehenden Forderungen der Hohenzollern.[79] Das selbstbewusste Auftreten und die nachlassende Verhandlungsbereitschaft der Hohenzollern resultierten aus der für das ehemalige Königshaus günstigen Rechtsprechung der Zivilgerichte. So entsprach das Reichsgericht 1924 einer Klage des *Prinzen Friedrich Leopold*, des Vertreters der Karl-Linie des Hauses Hohenzollern, auf Herausgabe des Eigentums am Besitz der westpreußischen Herrschaften Flatow und Krojanke. Das preußische Staatsministerium, das dieser neuen Rechtslage Rechnung tragen musste, fand sich schließlich mit dieser Nebenlinie zu einem Vergleich bereit. Da die Hauptlinie der Hohenzollern seit 1923 ebenfalls auf Feststellung des Eigentums am beschlagnahmten Vermögen prozessierte und bereits verschiedentlich Recht bekommen hatte, war zu erwarten, dass die Frage der Vermögensauseinandersetzung nicht auf dem Verhandlungswege, sondern vor Gericht entschieden werden würde. Deshalb rang sich das preußische Staatsministerium im Oktober 1925 dazu durch, einen erneuten, dritten Vergleichsentwurf mit dem ehemals regierenden Königshaus abzuschließen. Mit diesem Entwurf kam die Regierung den Hohenzollern, die ca. 390000 Morgen Grundbesitz, einzelne Schlösser und Kunstwerke sowie eine Barabfindung in Höhe von 30 Millionen Mark erhalten sollten, weit entgegen. Federführend beteiligt an dem Vergleichsentwurf war der erst seit wenigen Monaten amtierende demokratische Finanzminister *Höpker Aschoff*.[80]

Die SPD legte sich jedoch quer, da ihr der Vergleich, der dem Haus Hohenzollern immerhin 73 Prozent des der Auseinandersetzung unterliegenden Grundbesitzes beließ, zu weit ging.[81] Da allerdings damals unzählige Prozesse depossedierter Fürsten und Standesherren vor den deutschen Gerichten anhängig waren, wurde die DDP im Reichstag aktiv. In Anlehnung an einen Antrag der SPD von 1923 legte sie am 23. November 1925 einen Gesetzentwurf vor, der die Länder ermächtigen sollte, ihre Auseinandersetzungen mit den früheren Landesherren »durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln.«[82] Der Antrag schien die Chance zu bieten, die Länder, die von der Entwicklung überrollt zu werden drohten, wieder in die Vorhand zu bringen.

In Preußen traf der Gesetzentwurf allerdings nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. In der demokratischen Landtagsfraktion lehnte *Höpker Aschoff* am 1. Dezember den Antrag der Reichstagsfraktion als wenig praktikabel ab und sprach sich für den von ihm mit ausgehandelten Vergleichsentwurf aus. »Selbst eine Ermächtigung der Parlamente würde nicht zum Ziel führen, da die Hohenzollern vor den Gerichten mit Erfolg

---

78 Vgl. die 255. Sitzung des Preußischen Landtages vom 15. Juni 1923, in: SBpLT 1921/24, Bd. 13, Sp. 18219–18224. Ferner SCHÜREN, S. 26–39.

79 Denkschrift zur Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und dem vormals regierenden Königshause, in: SBpLT 1921/24, Anlagen, Bd. 14, Nr. 8043, S. 9019–9122. Vgl. auch SCHÜREN, S. 39–41.

80 Vgl. SCHÜREN S. 41–46; zum Vertragsentwurf von 1925 vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1925/II, S. 180.

81 VORWÄRTS, 525, 6.11.1925; 566, 1.12.1925.

82 Antrag *Koch-Weser* und Genossen (DDP), betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern, in: SBR 1924/28, III. WP, Bd. 405, Nr. 1527, vom 23. November 1925; der Antrag der SPD vom 4. Mai 1923, in: SBR 1920/24, I. WP, Bd. 377, Nr. 5778, S. 6723f. Zum Antrag der SPD von 1923 vgl. auch SCHÜREN, S. 48 f.

ein solches Gesetz als nicht verfassungsmäßig anfechten würden; denn weder Reichstag noch Reichsrat würden das Gesetz mit 2/3-Mehrheit annehmen.«[83]

Die Auseinandersetzung hatte ohnedies eine neue Wendung erhalten, da die KPD an jenem 25. November die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser beantragt hatte.[84] Da ihr Antrag jedoch kaum eine Mehrheit im Reichstag finden konnte, versuchte die KPD auf plebiszitärem Wege ihrem Ziel näher zu kommen und fand dafür auch die Unterstützung der SPD. Mitte Januar reichten beide Parteien beim Reichsinnenminister einen Zulassungsantrag auf ein entsprechendes Volksbegehren ein.[85]

Diese Initiative erwischte die Demokraten auf dem falschen Fuß. Die Parole war populär und selbst in den Reihen der Demokraten fanden sich zahlreiche Befürworter.[86] Um nicht vollkommen in die Defensive zu geraten, brachten die Regierungsparteien, Zentrum, BVP, DVP und DDP, am 2. Februar im Rechtsausschuss des Reichstags einen Kompromissantrag ein, mit dem die Frage der politischen Auseinandersetzung enthoben und einem Reichssondergericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten übertragen werden sollte. Mit diesem Kompromissvorschlag schienen die Demokraten die in ihrem Gesetzentwurf vom November 1925 vorgeschlagene gesetzliche Regelung abgeschrieben, ja vor ihren Koalitionspartnern kapituliert zu haben. Auch der modifizierte Entwurf vom März 1926, nach dem unter anderem wichtiges Kulturgut den Ländern vorweg zugesprochen werden sollte, konnte an diesem sich verdichtenden Eindruck wenig ändern.[87]

In der Sitzung des Parteiausschusses vom 10. März – das Eintragungsverfahren für das Volksbegehren lief seit sechs Tagen – sprach sich *Falk* gleichwohl für den von den Regierungsparteien vorgelegten Kompromiss aus und mahnte zur Geschlossenheit. »Die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens des Kompromisses wird gefährdet, wenn angesehene Teile unserer Partei sich nach wie vor auf den Boden des kommunistisch-sozialistischen Volksbegehrens stellen. Freilich muß die Möglichkeit offengelassen werden für einen Volksentscheid, aber nicht für den vorliegenden. Es scheint daher nötig, daß die Deutsche Demokratische Partei darauf hinweist, daß sie einen Volksentscheid als eventuelles Mittel betrachtet.« Eine entsprechende Resolution *Falks* fand schließlich auch die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden.[88]

In die vom 4. bis 17. März 1926 ausliegenden Listen des Volksbegehrens trugen sich insgesamt 12,5 Millionen oder 30 Prozent der Stimmberechtigten ein, womit der für die Einleitung eines Volksentscheids erforderliche Ein-Zehntel-Anteil deutlich übertroffen wurde. Der dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetzentwurf ging daraufhin dem Reichstag zu, der ihn erwartungsgemäß ablehnte, so dass der Volksentscheid auf den 20. Juni 1926 anberaumt wurde.[89] Die DDP war in dieser Frage tief gespalten. Nach-

---

83 *Höpker Aschoff* in der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 1.12.1925, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 515, S. 836 f., hier S. 837.

84 Antrag *Stoecker*, *Neubauer* und Genossen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser, in: SBR 1924/28, III. WP, Bd. 405, Nr. 1539, vom 25. November 1925.

85 Vgl. SCHÜREN, S. 47–87.

86 Vgl. die Sitzung des Parteiausschusses der DDP vom 10.3.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 130, S. 376–387; vgl. auch SCHÜREN, S. 134–137.

87 Vgl. SCHÜREN, S. 102–111, 145–154.

88 Die Sitzung des Parteiausschusses vom 10.3.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 130, S. 376–387, hier S. 384 und 387.

89 Vgl. SCHÜREN, S. 137–143, 158–163; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 579 f.; ADERS, S. 90.

dem sich mehrere Unterorganisationen für die Unterstützung des Plebiszits ausgesprochen hatten, gab der Parteivorstand am 20. Mai 1926 den Parteimitgliedern die Abstimmung frei.[90]

Seine ablehnende Haltung gegenüber dem Volksentscheid brachte *Falk* noch einmal Anfang Juni während der Haushaltsberatungen im Landtag deutlich zum Ausdruck. »Ich kann es mit den grundsätzlichen Ideen, in denen ich groß geworden und ergraut bin, nicht verantworten, für diesen Volksentscheid zu stimmen.« Wenn der Volksentscheid nicht Erfolg haben sollte, dann werde es Aufgabe des Reichstages sein, zu der von der DDP bereits vorskizzierten Lösung zu kommen. Dann sollten auch die Sozialdemokraten »sich nicht versagen dürfen, um aus dem deutschen Volke einen Streitstoff zu entfernen, vielleicht gefährlicher als mancher andere, einen Streitstoff, der beseitigt werden muß, gerade weil wir die Republik festigen wollen – um ein altes preußisches Wort zu gebrauchen – wie einen rocher de bronce.«[91]

Am 20. Juni 1926 stimmten für den von KPD und SPD initiierten Volksentscheid nur 14,5 Millionen Wahlberechtigte. Da damit die Mehrheit der knapp 40 Millionen Wahlberechtigten nicht hatte gewonnen werden können, war das Plebiszit gescheitert. Preußen trat daraufhin erneut in Vergleichsverhandlungen mit dem Haus Hohenzollern, die schließlich am 6. Oktober 1926 zu einem Abkommen führten. Der Vertrag sprach dem Hause Hohenzollern einschließlich der beiden Nebenlinien Grund- und Forstbesitz im Umfang von 383 000 Morgen, darüber hinaus eine Barabfindung von 15 Millionen Reichsmark zu. Wenn die in dem Vergleich enthaltenen Bestimmungen zugunsten der Hohenzollern hinter denen des vorangegangenen Jahres zurückblieben, so waren sie doch noch relativ weitgehend.[92]

In der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 6. Oktober 1926 machte sich deshalb auch der Unmut einiger Abgeordneter Luft. In der fraktionsinternen Abstimmung votierten drei von insgesamt zweiundzwanzig Abgeordneten gegen den Vertragsentwurf. Da sich *Falk* für eine »geschlossene Abstimmung« aussprach, wurde schließlich mit 17 zu 5 Stimmen Fraktionszwang festgelegt.[93] Der wenige Tage später unternommene Versuch der Fraktionsminderheit, eine Revision dieses Beschlusses herbeizuführen, scheiterten an der Entschlossenheit *Falks*, der für diesen Fall mit der Niederlegung des Fraktionsvorsitzes drohte.[94] Es gebe Fälle, so betonte *Falk* am folgenden Tag, »bei denen die Fraktion nicht auseinanderfallen darf.«[95]

---

90 Vgl. die Sitzung des Parteivorstandes der DDP vom 20.5.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 132, S. 396–400. Dieser Beschluss sollte schließlich zum Parteiaustritt Hjalmar *Schachts* führen, der vom Vorstand ein klares Nein in dieser das Privateigentum berührenden Frage erwartet hatte. Vgl. SCHNEIDER, S. 96.

91 Die Rede *Falks* in der 176. Sitzung des Preußischen Landtages am 2. Juni 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 8, Sp. 12226–12231, hier Sp. 12229, 12231.

92 Vgl. den Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses, in: SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 10, Nr. 4160, S. 5379–5405, Nr. 4173, S. 5511–5519, Nr. 4187, S. 5520; ferner SCHULTHESS 1926, S. 152–154; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1926/II, S. 111 f.; SCHÜREN, S. 227–241, 252–260; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 591–594; ADERS, S. 86–92.

93 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 6.10.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 563, S. 896 f., Zitat S. 897.

94 Vgl. die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 11. und 12.10.1926, in: ebd., Bd. 2, Nr. 566 und 567, S. 900–902, hier S. 901. »Der Beschluß der Fraktion«, so Julius *Greßler* am 12. Oktober 1926, »erfolgte ohne Kenntnis der Verträge.« Ebd., S. 901.

95 *Falk* in der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 12.10.1926, in: ebd., Nr. 567, S. 901 f., hier S. 902.

Als Berichterstatter des Ausschusses verteidigte *Falk* am 12. Oktober in einer von lauten Zurufen und lärmenden Ausschreitungen der Kommunisten begleiteten Rede den Vertragsentwurf. Gleich zu Beginn schallten ihm die Rufe »Musterdemokrat! Weihnachtsmann! Karnevalsredner!« entgegen. Die Unruhe erreichte ihren Höhepunkt, als ein Kommunist den demokratischen Abgeordneten Oswald *Riedel* mit Aktenstücken bewarf und von der Sitzung ausgeschlossen werden musste. Angesichts des anhaltenden Tumults, das sich auch der Tribüne bemächtigte, musste die Sitzung vorübergehend geschlossen werden. Nach Räumung der Tribüne konnte *Falk* zwar seine Rede fortsetzen, wurde jedoch auch weiterhin von ständigen Zurufen der Kommunisten unterbrochen.[96] Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden sogar der Vizepräsident des Landtags und die amtierenden Beisitzer von kommunistischen Abgeordneten tätlich angegriffen und die Stenographen mit Wasser überschüttet.[97]

Der Vermögensvergleich mit dem Hause Hohenzollern, der in dritter Lesung am 15. Oktober verabschiedet werden konnte, stellte einen Kompromiss dar, mit dem die preußische Regierung und die sie tragenden Kräfte leben konnten.[98] Denn die Rechtsprechung der Gerichte hätte für den Staat zu weit unvorteilhafteren Ergebnissen geführt. *Falk* hatte seine Aufgabe deshalb darin gesehen, »seinem« Finanzminister *Höpker Aschoff* den Rücken zu stärken und den von diesem ausgehandelten Vergleich im Parlament zur Annahme zu verhelfen. Dieser Aufgabe hatte er nicht nur als Berichterstatter des Ausschusses im Landtag, sondern auch als Vorsitzender der demokratischen Fraktion gerecht zu werden versucht. Durch sein entschlossenes Auftreten hatte er in dieser zentralen Frage ein Auseinanderfallen seiner Fraktion zu verhindern und für ein geschlossenes Erscheinungsbild im Parlament – nur zwei Abgeordnete der DDP enthielten sich in der entscheidenden Abstimmung – zu sorgen vermocht.

11.4.2 Die Demokratisierung der Verwaltung

Von zentraler Bedeutung für die innenpolitische Stabilität und das Funktionieren der Demokratie in Preußen und im Reich war die Schaffung eines regierungsloyalen, demokratisch gesinnten und republiktreuen Verwaltungsapparats. Bereits die Verordnung der preußischen Regierung vom 26. Februar 1919 versuchte den monarchisch gesinnten, unmittelbaren Staatsbeamten, die Möglichkeit zu eröffnen, in den Ruhestand zu treten. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgte auch die Einführung einer Altersgrenze für Staatsbeamte. Mit dem Gesetz vom Dezember 1920 sollten alle unmittelbaren Beamten und Volksschullehrer sowie Richter und Hochschullehrer mit Vollendung des 65. bzw. 68. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt werden können. Damit sollten nicht nur der Monarchie verpflichtete Beamte aus dem Staatsdienst entfernt und der Überalterung der Beamtenschaft vorgebeugt, sondern auch freie Stellen für Wartegeldempfänger aus den Abtretungsgebieten und für Stellenanwärter geschaffen werden. Die Zahl derjenigen, die von der in diesem Gesetz eingeräumten Option Gebrauch machen sollten, hielt sich jedoch mit 2631 Beamten, darunter 800 höhere, in Grenzen.[99]

---

[96] *Falk* in der 207. Sitzung des Preußischen Landtages am 12. Oktober 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 10, Sp. 14343–14350. Vgl. auch Edition, S. 327–329.

[97] Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats vom 12. Oktober 1926, 18.53 bis 19.40 Uhr, in: GSTA PK Berlin, I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44, Bd. 6, Bl. 112–114; SBpLT 1925/28, Bd. 10, Sp. 14325–14406, insbesondere Sp. 14347, 14399, 14400.

[98] Die Abstimmung in der 211. Sitzung vom 15. November 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 10, Sp. 14649 f. und 14706.

[99] Vgl. DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS, Bd. 11/I (1918–1925), S. 9 f.; vgl. RUNGE, S. 57 f.; allgemein auch WUNDER, S. 116–121.

Einer umfassenden Neuordnung und Neubesetzung der Verwaltung waren durch die Artikel 129 und 130 der Reichsverfassung enge Grenzen gezogen. Denn der Artikel 129 garantierte den Beamten ihre »wohlerworbenen Rechte«, damit ihre Anstellung auf Lebenszeit und den Schutz vor willkürlicher Entlassung, während Artikel 130 den Beamten im Gegensatz zur Zeit vor 1918 Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zugestand. Die Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung hatten sich somit weitgehend auf die unmittelbaren, der Regierung direkt unterstehenden politischen Beamten zu beschränken, die jederzeit zur Disposition gestellt werden konnten. Zu ihnen zählten die Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Ober- und Regierungspräsidenten, Militärintendanten, Staatsanwälte, Polizeipräsidenten, Landräte und Gesandte sowie seit 1922 die Stellvertreter leitender Beamten, die Ministerialräte in Dirigentenstellung und die mit der Durchführung des Republikschutzes beauftragten höheren Beamten.[100]

Die DDP war von der Notwendigkeit der Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung überzeugt. Wenn sie auch ein fachlich qualifiziertes Beamtentum für die Aufrechterhaltung einer arbeitsfähigen Verwaltung für erforderlich erachtete und sich gegen die Ernennung ungeeigneter Persönlichkeiten wandte, so sprach sie sich doch auch für eine stärkere Berücksichtigung von Außenseitern und nicht juristisch geschulten Bewerbern aus. So entsprang die Gesetzesnovelle über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst vom Juli 1920 im wesentlichen einer Initiative der Demokraten.[101] Danach sollten auch diejenigen, die keine Befähigung zum höheren Justizdienst erlangt hätten, aber nach ihrer fachlichen Vorbildung und mindestens dreijähriger Tätigkeit in einem öffentlichen Verwaltungsdienst besonders geeignet erschienen, in den höheren Verwaltungsdienst aufgenommen werden.[102]

Wie dringend eine demokratischen Prinzipien folgende Personalpolitik war, offenbarte der *Kapp*-Putsch im März 1920. Die Umbesetzung des Beamtenapparats wurde seitdem forciert betrieben. Die Personalpolitik der sozialdemokratischen Innenminister Carl *Severing* und Albert *Grzesinski*, der das Amt von Oktober 1926 bis Februar 1930 bekleidete[103], wurde von den Demokraten engagiert unterstützt. Immerhin gelang es in der Folgezeit die Hälfte der Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten mit Vertretern der Weimarer Koalitionsparteien zu besetzen. Von den 1084 politischen Beamten Preußens gehörten nach einer Untersuchung des Deutschen Beamtenbundes 1928 16 % der SPD, 19,9 % dem Zentrum und 14,8 % der DDP an. 18,1 % wurden der DVP und 1,3 % der DNVP zugeordnet, während der Rest politisch nicht gebunden, letztlich aber den konservativen Parteien zugerechnet werden konnte.[104]

»Das Geschrei von der Futterkrippe und dem Parteibeamtentum, das in den Blättern des Herrn *Hugenberg* einen gewaltigen [Wid]erhall gefunden hatte«, so monierte *Falk* in seinen Erinnerungen, »bedeutete, soweit wenigstens Preußen in Betracht [komm]t,

100 Zu den politischen Beamten vgl. WUNDER, S. 90, 118 f.

101 Vgl. RUNGE, S. 58; ferner den Antrag der Abg. *Meyer* (Frankfurt) und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste vom 10. August 1906 (Gesetzsamml. S. 378) (Nr. 2480), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 8, Nr. 2548, S. 4226.

102 Vgl. RUNGE, S. 58; PIKART, Preußische Beamtenpolitik, S. 126 f.

103 Zu Albert *Grzesinski* vgl. Albert GRZESINSKI. Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Herausgegeben von Eberhard Kolb, München 2001; Thomas ALBRECHT: Für eine wehrhafte Demokratie: Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

104 Vgl. WUNDER, Geschichte der Bürokratie, S. 122.

eine ungeheure Übertreibung. Freilich sind manche Mißgriffe unter[gekomm]en, sicher hat das Bestreben der Sozialdemokratie und der christlichen Gewerkschaften, hohe und einflußreiche Stellen aus ihren Kreisen zu be[setzen], bisweilen beim Mangel geeigneter Beamten zu Fehlern geführt, die sich an uns allen, an Schuldigen und Mitschuldigen, bitter gerächt haben. Auch [der] alte Grundsatz der mechanischen Parität, von dem sich das Zentrum nach [wie] vor gerne leiten ließ, hat sich, wie das unausbleiblich war, [als] unglücklich erwiesen. Aber es ist nicht wahr, daß *Braun* und *Severing* sich gefunden hätten, auf hohe Verwaltungsposten Parteigenossen zu berufen, obwohl [sie von] deren Unbrauchbarkeit überzeugt gewesen seien. Auswüchsen auf dem G[ebiet] der Personalpolitik, die sich innerhalb der Koalition zeigten, sind wir [mit] Entschiedenheit entgegengetreten, und zwar um des Staates willen, des[sen An]sehen und Festigkeit darunter hätte leiden müssen.«[105]

Falk war davon überzeugt, dass die Republik verfassungstreuer, loyaler Beamter bedurfte, die nicht nur aus materiellen Gründen, sondern eben auch aus höchster Pflichterfüllung ihren Dienst versahen. Diese Überzeugung hat er mehrmals im Preußischen Landtag zum Ausdruck gebracht. Das Berufsbeamtentum, so hob er in einer Rede am 12. Juni 1928 hervor, sei und bleibe »eine der festesten Stützen des Staates«, wobei den Polizeibeamten aufgrund ihres schweren und aufopferungsvollen Dienstes die besondere Aufmerksamkeit des Staates gelten müsse. »Wir dulden aber keine Beamte, die das Geld der Republik nehmen, um die Republik zu unterhöhlen.« Seine Rede wurde von lebhaften Zurufen (Zuruf von rechts »Parteibuch!«, Gegenruf von links »Und wie war es früher!«) unterbrochen. Die große Unruhe, die das stenographische Protokoll vermerkte, offenbarte, welche leidenschaftlichen Emotionen dieses Thema unter den Parteien hervorzurufen vermochte.[106] Die Regierung, so brachte *Falk* die Haltung seiner Partei in der Beamtenpolitik zwei Jahre später erneut auf den Punkt, dürfe »sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen; die Regierung muß von ihren Beamten verlangen – und das hat sich jede Regierung zu jeder Zeit als Pflicht vor Augen zu halten –, daß die Beamten nicht ihre Politik durchkreuzen. (Sehr richtig! links) Ein politischer Beamter darf nach meiner Auffassung in keiner Lage des Lebens Schritte tun, die die Politik seiner Regierung zunichte zu machen drohen.«[107]

Es gehörte für *Falk* zum Selbstverständlichen, dass die Funktionsfähigkeit eines Regierungssystems und damit auch die Stabilität der Republik gerade auch von der Loyalität und der demokratischen Gesinnung des Verwaltungsapparats abhing. Ein demokratisches Preußen sollte ein kräftiges Bollwerk der Demokratie und ein Garant für die freiheitliche Entwicklung in Deutschland sein.[108]

11.4.3 Die Verwaltungsreform

Zu den zentralen Themen preußischer Landespolitik zählte auch die Verwaltungsreform, die vor dem Hintergrund der drückenden finanziellen Lage des preußischen Staates nach dem Krieg an Dringlichkeit gewann. Zur Diskussion stand nicht nur eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe, sondern auch eine Stärkung der Selbstverwaltung auf kommunaler und provinzialer Ebene. Eine gesetzliche Neuordnung der

105 Edition, S. 326.

106 Die Rede *Falks* in der 4. Sitzung des Preußischen Landtages am 12. Juni 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 1, Sp. 135–147, hier Sp. 141.

107 Die Rede *Falks* in der 162. Sitzung des Preußischen Landtages am 9. Mai 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 10, Sp. 13767–13775, hier Sp. 13772.

108 Vgl. Edition, S. 326 f.

kommunalen und provinzialen Verwaltung und eine Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte hatte auch die Preußische Verfassung vom November 1920 in ihren Artikeln 70 bis 75 in Aussicht gestellt.[109] Dennoch sollte es während der Weimarer Republik angesichts der rasch aufwachsenden Widerstände nicht gelingen, die überkommenen Verwaltungsstrukturen umfassend zu modernisieren. Letztlich konnten nur die dringendsten Gravamina abgestellt und die nach 1918 notwendig gewordene Demokratisierung, die Vereinfachung und Zusammenfassung einzelner Verwaltungsbereiche umgesetzt werden.

Eine Neuregelung des Gemeindeverfassungsrechts wurde bereits 1919 durchgeführt und damit nicht zuletzt das kommunale Wahlrecht und die Zusammensetzung der Magistrate reformiert.[110] Im Oktober 1925 wurde schließlich auch das Wahlrecht für die Provinziallandtage und Kreistage demokratisiert.[111] Aber einer umfassenden Reform der Städte- und Gemeindeordnung und einer Neuregelung der provinzialen Verwaltung war trotz zahlreicher Anläufe kein Erfolg beschieden. Dies war umso beklagenswerter, als eine Vereinheitlichung des kommunalen Verfassungsrechts angesichts der in Preußen existierenden, 23 unterschiedlichen Städte- und Gemeindeordnungen ein dringendes Desiderat darstellte.[112]

Ein erster Entwurf einer Städte- und Landgemeindeordnung war bereits im Januar 1923 im Preußischen Landtag erfolglos beraten worden.[113] Da die Regierungsparteien auch in der zweiten Wahlperiode in der Frage der Reform der Städte- und Landgemeindeordnung zu keiner Einigung gelangen konnten[114], kam man schließlich dahingehend überein, zumindest die dringendsten Notstände zu beseitigen. Mit dem Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom Dezember 1927 wurden schließlich die damals in Preußen noch bestehenden etwa 12000 Gutsbezirke als letzte noch bestehende feudale Bastionen aufgelöst. Sie umfassten 29 Prozent des preußischen Staatsgebiets, in ihnen lebten etwa 1,5 Millionen Menschen. Der Gutsbesitzer übte in diesen Bezirken in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher die Polizeigewalt aus und nahm damit öffentlich-rechtliche Aufgaben wahr. Den Bewohnern dieser Bezirke war das Recht zur Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung versagt. Mit der Reform sollte nicht nur ein Demokratisierungsschub auf lokaler Ebene erreicht, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung durch die Zusammenlegung der zahlreichen Klein- und Zwergbezirke geleistet werden.[115] Da die Forderung nach Auflösung der Gutsbezirke derart verbreitet war,

---

109 Vgl. DIE PREUSSISCHE VERFASSUNG. Erläutert von Dr. Alois Vogels, 2. Aufl., Berlin 1927, S. 174–182.

110 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 475 f.; LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 1, S. XLVIII.

111 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 476.

112 Vgl. MÖLLER, Die Verwaltung in den Ländern – Preußen, bes. S. 555–557; JESERICH, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, bes. S. 492–497.

113 Die erste Beratung der Entwürfe für eine Preußische Städteordnung und für eine Preußische Landgemeindeordnung (Nr. 4040, 4041, 4042, 4235) in der 197. bis 199. Sitzung vom 18. bis 20. Januar 1923, in: SBpLT 1921/24, Bd. 10, Sp. 14080–14122, 14138–14189, 14202–14234, 15677–15703.

114 Vgl. die Uranträge der Abg. *Herold* und Genossen (Z) auf Annahme a) eines Entwurfs für eine Preußische Städteordnung, SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 1, Nr. 99, S. 131–146, und b) eines Entwurfs für eine Preußische Landgemeindeordnung, ebd., Nr. 100, S. 147–166. Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 13.5. und 22.9.1925, 1.–5.2., 20.4.1926, 30.3., 22., 23., 28.6., 15.11.1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 485, S. 808, Nr. 495, S. 818, Nr. 529–532, S. 858–862, Nr. 540, S. 870 f., hier S. 871, Nr. 601, S. 937, Nr. 617, S. 955, Nr. 618, S. 956 f., hier S. 957, Nr. 620, S. 958 f., hier S. 958, Nr. 629, S. 968 f., hier S. 969.

115 Zu den Gutsbezirken vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 474.

fand eine weitere Erörterung der Frage in der Fraktion der DDP nicht statt. Von der Notwendigkeit der Reform, die im Dezember 1927 Gesetz wurde, waren alle, auch *Falk*, überzeugt.[116]

Zur Verwaltungsreform zählten auch die Eingemeindungs- und Umgemeindungsgesetze, die effizientere Verwaltungseinheiten schaffen und damit auch zur Kostenersparnis in der Kommunalverwaltung beitragen sollten.[117] Zu diesem Themenkomplex zählte auch die Groß-Hamburg-Frage, die das Verhältnis zwischen der Hansestadt Hamburg und Preußen berührte.

Für die Änderung der bestehenden Grenzen zwischen Hamburg und Preußen hatte sich bereits im Januar 1922 die Zentralstelle für die Gliederung des Reichs in einem Gutachten ausgesprochen, da die durch die Landesgrenze erfolgende Zerschneidung des Seehafengebiets und die Gemengelage der Stadt Hamburg mit einer großen Anzahl preußischer Kommunen die wirtschaftliche Ausnutzung, die bauliche Erschließung und die Verwaltung des Gesamtgebiets erschweren würde.[118] Die bald darauf einsetzenden Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über eine Vergrößerung des Hamburger Hafengebiets kamen jedoch nur schleppend voran.[119] Da Preußen die Forderung Hamburgs nach Anschluss der preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg ablehnte, kreisten die Gespräche in den Jahren 1925 und 1926 um die Abtretung der preußischen Städte Wilhelmsburg und Finkenwerder. Da die preußische Regierung unter Otto *Braun* jedoch neben einer finanziellen auch eine territoriale Entschädigung, bestehend aus den sogenannten Walddörfern im Norden Hamburgs, forderte, wurden die Verhandlungen im Sommer 1926 schließlich abgebrochen.[120]

Falk musste sich mit der Frage erstmals im Mai 1926 auseinandersetzen, als er als stellvertretendes Mitglied in den für die Groß-Hamburg-Frage zuständigen Landtagsausschuss gewählt wurde.[121] Auf Wunsch der Hamburger Demokraten[122] fand am 12. Dezember 1926 eine Tagung der demokratischen Landtagsfraktion mit den demokratischen Fraktionsmitgliedern der Hansestädte Hamburg und Bremen und den demokratischen Bürgermeistern *Petersen* und *Spitta* über die Groß-Hamburg-Frage im alten Rathaus in Hannover statt. *Falk*, der die preußische Landtagsfraktion anführte, betonte bei der Eröffnung der Sitzung den Willen zu einem großen unitarischen Reich und wies in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Preußischen Landtags vom De-

116 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 2.12.1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 631, S. 970 f., hier S. 971. Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 473–493; DERS., Die Verwaltung in den Ländern – Preußen, hier S. 555 f.

117 Vgl. MÖLLER, Die Verwaltung in den Ländern des Reiches. Preußen, S. 556; DERS., Parlamentarismus in Preußen, S. 491–493; SCHULZE, S. 578.

118 Vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1922/I, S. 41 f.

119 Vgl. SCHULTHESS 1922, S. 82 f.

120 Vgl. Sigrid SCHAMBACH: Carl Petersen, Hamburg 2000, S. 94–97; LOOSE, Altona und die Groß-Hamburg-Frage.

121 Vgl. die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 15. und 17.5.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 547 und 548, S. 878–881, hier bes. S. 881. In der 171. Sitzung des Preußischen Landtages am 15. Mai 1926 war der Urantrag der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP) über die Groß-Hamburg-Frage, SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 10, Nr. 3440, S. 4854, an einen neu zu bildenden Ausschuss überwiesen worden. Der Antrag der DVP forderte, die Beschlüsse des Hannoverschen Provinziallandtags vom 29. Januar 1926, in denen die Bildung einer Hafengemeinschaft empfohlen wurde, bei den laufenden Verhandlungen mit Hamburg zu berücksichtigen.

122 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 3.12.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 579, S. 914.

zember 1919 hin. Der Landtag hatte damals die Staatsregierung ersucht, unabhängig von den Verfassungsberatungen die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen der Länder Verhandlungen über die Schaffung eines Einheitsstaates aufzunehmen. Preußen werde in Deutschland aufgehen, wenn alle übrigen Länder diesem Schritt folgen würden.[123] In ihrer Entschließung wurden schließlich eine Hafengemeinschaft und die Aufstellung eines gemeinsamen Generalbebauungs- und Siedlungsplanes gefordert. »Voraussetzung dafür ist, daß Hamburg von Preußen das Gebiet erhält, dessen es zur Aufrechterhaltung und zur organischen Entwicklung seines Welthafens bedarf. Die Frage Wilhelmsburg braucht« in dieser Hinsicht »keinen Streitpunkt zu bedeuten«.[124]

Die Verhandlungen liefen in der Tat auf die Gründung einer Hafengemeinschaft hinaus. Die Abtretung preußischen Staatsgebiets war in Berlin dagegen nicht mehrheitsfähig. Man bemühte sich vielmehr, das preußische Altona als Industrie- und Hafenstandort gegenüber Hamburg zu stärken und konkurrenzfähiger zu machen. Diesen Zweck verfolgte das Groß-Altona-Gesetz von 1927, das die Eingemeindung angrenzender Landgemeinden des Kreises Pinneberg nach Altona regelte. Durch diese Stadterweiterung erhöhte sich die Einwohnerzahl Altonas um 25 Prozent, während sich seine Fläche vervierfachte.[125]

In der Beratung des Gesetzentwurfs im Juni 1927 wies *Falk* zwar die Behauptung zurück, dass die Entwürfe »Kampfgesetze gegen Hamburg« seien, bedauerte gleichwohl, dass diese Fragen noch vor einer Verständigung zwischen Preußen und Hamburg dem Landtag vorgelegt worden seien. Nichtsdestotrotz hielt er eine Stärkung der preußischen Randgemeinden, namentlich Altonas, gegenüber Hamburg für erforderlich. »Es ist schon nötig, den Kleinen in dem Kampfe gegen den einen Riesen die Möglichkeit des Zusammenschlusses so zu geben, daß sie in Zukunft von Hamburg als beachtliche und beachtete Verhandlungspartner betrachtet werden«. Auch die Eingemeindung Blankeneses mit seinen rund 13 000 Einwohnern fand seine Zustimmung. Blankenese, der größte einzugemeindende Ort, hatte sich lange Zeit gegen seine Eingemeindung gestemmt. »Wir hoffen und wünschen«, so schloss *Falk* seine Rede, »daß nach Verabschiedung dieser Gesetze es sehr bald zu einer Einigung zwischen Preußen und Hamburg kommt, daß die Hafengemeinschaft, der Generalbebauungsplan, die gemeinschaftliche Siedlung verbunden mit einem verständigen Finanzausgleich Tat wird zum Nutzen der beiden Länder, aber vor allem zum Nutzen für das deutsche Volk.«[126]

Die Hafengemeinschaft wurde schließlich mit dem Abkommen zwischen Hamburg und Preußen vom 5. Dezember 1928 Realität, durch den der Wunsch nach einer ein-

---

123 Vgl. den Antrag der Abg. Dr. *Friedberg*, *Gräf* (Frankfurt), Dr. Dr. *Porsch* und Genossen (DDP, SPD, Z) zur dritten Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), in: SBpLV 1919/21, Anlagen, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147. Die Abstimmung in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, in: ebd., Bd. 7, Sp. 8327 f.

124 BERLINER TAGEBLATT, 587, 13.12.1926: »Die Demokraten zur Unterelbefrage.« DER DEMOKRAT, 23, 9.12.1926, S. 417 f. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 10. und 14.12.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 582, S. 916–918, Nr. 583, S. 919 f., hier S. 919. Vgl. auch Edition, S. 333–335.

125 Vgl. LOOSE, Altona und die Groß-Hamburg-Frage, hier S. 52.

126 Die Rede *Falks* in der 293. Sitzung des Preußischen Landtages am 21. Juni 1927, in: SBpLT 1925/28, Bd. 14, Sp. 21004–21010, Zitate Sp. 21005 f. und 21010. Die Gesetzentwürfe a) über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im preußischen Unterelbegebiet und b) über einen Sonderfinanzausgleich zugunsten preußischer Randgemeinden (-kreise) in der Nachbarschaft von Stadtstaaten, in: SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 12, Nr. 5334 und 5335, S. 6517–6528. Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 30.3.1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 601–603, S. 937–939, hier S. 937 f.

heitlichen Entwicklung des hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebiets an der unteren Elbe zum Ausdruck gebracht wurde.[127] Diese Vereinbarung, so hob *Falk* in der Landtagsfraktion hervor, entspräche letztlich der auf der Tagung der demokratischen Fraktionen in Hannover gefassten Entschließung, wodurch deutlich würde, dass »wichtige Vorarbeit dort geleistet worden« sei.[128]

Die in den zwanziger Jahren virulenten Bestrebungen kamen erst mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 zum Abschluss, das zur Eingemeindung der preußischen Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek sowie zahlreicher Landgemeinden nach Hamburg führte.[129]

11.4.4 Die Bildungs- und Kirchenpolitik

Zu den zentralen Themen, die der Gestaltungsmacht der preußischen Landespolitik oblagen, zählten die Bildungs- und Kirchenpolitik. Beide Themenkomplexe waren für die Demokraten von herausragender Bedeutung und engagierten die Partei in besonderem Maße. So gehörte die Reform des Schulwesens bereits im Kaiserreich zu den vorrangigen Forderungen der Linksliberalen, die auch bei der Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche im preußischen Kulturkampf mit leidenschaftlicher Emphase und enragierter Wortgewalt aufgetreten waren.[130] Im Gegensatz zum Gros seiner protestantischen Parteifreunde spielten für *Falk* antikatholische Affekte keine dezisive Rolle, da ihn als Juden der Minderheitenstatus und die Erfahrung der damit einhergehenden Zurücksetzungen und Diskriminierungen mit den Katholiken verbanden. In seiner Jugend hatte er gerade auf dem katholischen Gymnasium an der Apostelkirche in Köln eine »so echte und ernste Toleranz gegenüber Andersgläubigen kennen« gelernt, die ihm später nur noch selten begegnen sollte. »Ich kann behaupten, daß in den sich über mehr als zwei Jahrzehnte hinziehenden Kämpfen gegen das Zentrum auch gegen fanatische Zentrumsagitatoren, die mir nichts geschenkt haben, das Wort ›ultramontan‹ mir niemals über die Lippen gekommen ist.« Der Weltkrieg und die Nachkriegszeit hätten letztlich auch den Beweis erbracht, dass die Katholiken keine schlechteren Deutschen gewesen seien als alle anderen.[131] Doch *Falk* war auch von der Notwendigkeit eines simultanen, nicht konfessionellen Schulwesens überzeugt und hatte dafür bereits als Kölner Stadtverordneter gestritten.[132]

In den parlamentarischen Verhandlungen über die Frage der Reform des Schulwesens und der Lehrerausbildung wie auch der Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche hielt sich *Falk* allerdings zurück. Wenn er auch um die Bedeutung der Bildungs- und Kirchenpolitik wusste, berührte sie ihn doch nur am Rande. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Aktionsausschuss des deutschen Katholizismus überließ er anderen, die als Protestanten auch eine andere Beziehung zu diesen Fragen hatten. Die aus seiner Sozialisation im katholischen Rheinland erwachsenen Erfahrungen

127 Vgl. SCHULTHESS 1928, S. 395–398.

128 *Falk* auf der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 11.12.1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 680, S. 1020 f., hier S. 1020.

129 LOOSE, Altona und die Groß-Hamburg-Frage, hier S. 54; Dieter REBENTISCH: Die Behörden, ihre Aufgaben und ihr Verhältnis zur NSDAP und deren Gliederung. Innere Verwaltung, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph Unruh. Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 732–774, hier S. 749.

130 Vgl. LANGEWIESCHE, S. 180–187, 224.

131 Edition, S. 203 f.

132 Vgl. ebd., S. 228.

führten letztlich zu einem unverkrampfteren Verhältnis *Falks* gegenüber der katholischen Kirche und dem Zentrum, aber auch zu einer sachlichen Behandlung der das Schulwesen und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche berührenden Fragen.

In der Schulpolitik hatte man 1919 die überkommene Gliederung des Volksschulwesens beibehalten. Angesichts der widerstreitenden Positionen der Weimarer Koalitionsparteien hatte in der Reichsverfassung in den Artikeln 146 und 174 ein dilatorischer Formelkompromiss Eingang gefunden, der zwar die für alle Bekenntnisse gemeinsame Simultanschule zur Regelschule erklärte, aber die Errichtung konfessioneller oder bekenntnisfreier Schulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten ermöglichte. Eine endgültige Regelung dieser Materie sollte einem Reichsschulgesetz vorbehalten bleiben, zu dem es jedoch während der Weimarer Republik ungeachtet zahlreicher Anläufe nicht mehr kommen sollte. Der für die Bekenntnisschulen günstige schulpolitische Status quo blieb somit erhalten.[133]

Auch wenn die DDP mit ihrer Forderung nach einer reichseinheitlich geregelten, simultanen Staatsschule nicht reüssieren konnte[134], gelang es doch, einige dringende Reformanliegen umzusetzen. Nicht zuletzt das Volksschulwesen konnte mit der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht 1919 modernen, bildungspolitischen Ansprüchen angepasst werden.[135] Auch wurde die Lehrerausbildung auf eine neue, zeitgemäße Grundlage gestellt. So wurde zur Hebung des Volksschulunterrichts die herkömmliche Seminarausbildung durch eine Ausbildung an besonderen Hochschulen, den Pädagogischen Akademien, ersetzt. Den Demokraten, die ursprünglich alle Akademien auf simultaner Grundlage errichtet sehen wollten, gelang es, neben der Gründung dreier konfessioneller Akademien im Jahre 1925 eine simultane Akademie in Frankfurt am Main durchzusetzen, die 1927 ihren Schulbetrieb aufnehmen konnte.[136] Insgesamt wurden zwischen 1926 und 1930 nicht weniger als fünfzehn Pädagogische Akademien in Preußen gegründet, von denen allerdings nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bis 1933 die Hälfte wieder ihre Pforten schließen musste. Nichtsdestotrotz vermochten die Demokraten unter *Falk* mit der Neuregelung der Lehrerausbildung eine wichtige Forderung umzusetzen und damit insgesamt die Qualität des Volksschulunterrichts zu verbessern. Dies gilt es hervorzuheben, wenn man bedenkt, dass die süddeutschen Länder, Bayern, Württemberg und Baden, an der tradierten seminaristischen Elementarausbildung der Volksschullehrer festhielten.[137]

---

133 Vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 287–293; GRÜNTHAL, Reichsschulgesetz, S. 36–67; Willibald APELT, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, S. 329–337.

134 Vgl. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 287–293.

135 Zur Aufhebung der Ortsschulaufsicht vgl. HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 49–53; GRÜNTHAL, S. 55 f.; GIESECKE, S. 166–171.

136 Vgl. die Entschließungsanträge der Abg. *Falk* und Genossen (DDP) zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1925, in: SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 7, Nr. 1461, S. 2880, Nr. 1469, S. 2881. Nach dem Antrag Nr. 1461 sollten alle Pädagogischen Akademien simultanen Charakter haben. Für den Fall der Ablehnung wurde Antrag Nr. 1469 eingebracht, der die Errichtung einer vierten Pädagogischen Akademie auf simultaner Grundlage forderte. Der Antrag Nr. 1469 wurde zusammen mit dem Entschließungsantrag der Abg. D. Dr. von *Campe* und Genossen (DVP) auf Errichtung einer Pädagogischen Akademie auf paritätischer Grundlage, ebd., Nr. 1497, S. 3006, in der 109. Sitzung des Preußischen Landtags am 15. Dezember 1925 angenommen.

137 Zur Lehrerbildung vgl. MÜLLER, Weltpolitische Bildung, S. 266–277; WENDE, S. 69 f., 221–235; HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 206–210; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 966–973; Helmuth KITTEL: Die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen 1926–1932. Eine zeitgeschichtliche Studie über das Verhältnis von Staat und Kultur, Berlin 1957.

Während *Falk* die Frage der Lehrerausbildung kaum zu interessieren schien, da er weder in den Fraktionssitzungen noch im Plenum des Landtags hierzu Position bezog, so verhielt es sich mit dem 1929 abgeschlossenen preußischen Konkordat doch etwas anders. Diese Frage führte wie kein zweites Thema in den zwanziger Jahren zur Emotionalisierung und Ideologisierung der politischen Auseinandersetzung und rief zeitweise auch Erinnerungen an den Kulturkampf des vergangenen Jahrhunderts wach. Eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat war nach 1918 aus mehreren Gründen erforderlich. Denn erstens mussten die bestehenden Beziehungen der durch die Reichsverfassung geschaffenen neuen Rechtslage angepasst werden. So hatte die Verfassung den Religionsgesellschaften das Recht zur selbständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten und zur Besetzung ihrer Ämter ohne Mitwirkung des Staates eingeräumt. Gleichzeitig war auch die Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen durch die Landesgesetzgebung angekündigt worden.[138] Zweitens machte neben den Bestimmungen der Reichsverfassung die Änderung der Staatsgrenzen aufgrund des Versailler Vertrags eine Anpassung der Kirchenprovinzen erforderlich. Und schließlich und drittens bestand die Eventualität eines Reichskonkordats, die für die preußischen Landespolitiker insofern problematisch war, als sie die schul- und kirchenpolitische Selbständigkeit der Länder tangieren musste.[139]

Preußen trat deshalb bereits Anfang der zwanziger Jahre in Verhandlungen mit der römischen Kurie. Die Entwicklung verfolgten die Demokraten mit Skepsis, da sie konkordatäre Vereinbarungen mit der Kurie für überholt und unzeitgemäß hielten. So verabschiedete die DDP auf ihrem Hamburger Parteitag im Frühjahr 1927 eine von Gertrud *Bäumer* eingebrachte Resolution, die sich entschieden gegen den Abschluss eines (Reichs-) Konkordats wandte. In einer derartigen Vereinbarung sah die Partei nicht nur eine Beschränkung des staatlichen und parlamentarischen Handlungsspielraums, sondern auch eine Gefährdung der Freiheit des geistigen Lebens.[140]

Die Haltung der Reichspartei stieß allerdings damals in der preußischen Landtagsfraktion nicht auf ungeteilte Zustimmung. In einer Fraktionssitzung im März 1927, an der auch Vertreter der Reichstagsfraktion teilnahmen, einigte man sich angesichts der noch laufenden Verhandlungen auf eine dilatorische Behandlung der Frage und erachtete eine Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes für vordringlicher. *Falk* ließ allerdings keinen Zweifel daran aufkommen, dass eine Einbeziehung schulpolitischer Fragen in ein Konkordat von der Fraktion nicht akzeptiert werden würde.[141] »Auf die Schule«, so hatte *Falk* bereits auf der Sitzung des Parteivorstands am 12. Februar 1927 deutlich

138 Artikel 137 und 138 der Weimarer Reichsverfassung.

139 Zum preußischen Konkordat vgl. GOLOMBEK; HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 184–204; WENDE, S. 268–293; vgl. auch Ludwig VOLK: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Mainz 1972, S. 1–58.

140 Der siebte ordentliche Parteitag der DDP am 21./24. April 1927 in Hamburg, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 6, Bl. 1–406, hier Bl. 325. *Falk* versuchte die Befürchtungen, die in der Frage eines preußischen Konkordats bestanden, als unberechtigt hinzustellen. Ebd., Bl. 263, die Rede *Falks* insgesamt Bl. 262–264. Ferner Otto BAUMGARTEN: Kirche und Staat. Kulturfragen der Demokratie, in: Erkelenz, Zehn Jahre, S. 248–253, hier S. 252 f.

141 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 15.3.1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 597, S. 933 f., hier S. 934.

gemacht, dürfe »sich ein Konkordat nicht beziehen.«[142] An dieser Haltung ließ er auch im Dezember 1928 im Landtag keinen Zweifel aufkommen.[143]

Als die Verhandlungen zwischen dem preußischen Staatsministerium und der katholischen Kirche im Sommer 1929 schließlich unmittelbar vor dem Abschluss standen, kam es zu einer Aussprache im Parteivorstand der DDP. Wenn auch auf der Sitzung vom 3. Juni die Ausklammerung schulpolitischer Fragen begrüßt wurde, so waren die Bedenken gegen einen Abschluss doch bei vielen Anwesenden, auch bei *Falk*, groß. Entscheidend war für ihn, »daß die demokratische Fraktion unter allen Umständen die Annahme des Konkordats davon abhängig machen werde, daß die Regierung auch an die evangelische Kirche herantrete.« Dadurch sollte eine möglichst paritätische Behandlung beider Konfessionen gewährleistet und gleichzeitig den Interessen der mehrheitlich protestantischen Wählerschaft der DDP wie auch möglichen Einwänden und Vorwürfen der DVP eines zu weitgehenden Entgegenkommens gegenüber der Kurie vorgearbeitet werden.[144]

Zehn Tage später traf sich die Landtagsfraktion unter *Falk* gemeinsam mit Mitgliedern des Parteivorstands und führenden, der Partei nahestehenden Hochschullehrern, um die das Konkordat berührenden Argumente gegeneinander abzuwägen und zu einer Klärung der Frage zu gelangen. Während sich insbesondere der Parteivorsitzende Erich *Koch-Weser* gegen den Abschluss eines Konkordats wandte und die Einhaltung der Parteibeschlüsse, der Parteitagsresolution von 1927 und des gleichgerichteten Beschlusses des Parteiausschusses vom Oktober 1928[145], anmahnte, hielten die preußischen Abgeordneten, namentlich auch der an den Verhandlungen beteiligte Finanzminister *Höpker Aschoff* die Bestimmungen des Konkordats für unbedenklich und die von der Parteiführung vorgetragenen Einwände für nicht stichhaltig genug. Am Ende der Sitzung stellte *Falk*, der sich an der Debatte selbst nicht beteiligt hatte, fest, dass die Landtagsfraktion zwar die »persönlichen Bedenken der Parteifreunde und die Stimmung im Lande« würdigen werde, dass ihr jedoch »die Verantwortung für die Entscheidung« nicht abgenommen werden könne.[146] Dies hieß nichts anderes, als dass *Falk* und seine Fraktion zwar die von der Parteiführung vorgebrachten Argumente zur Kenntnis nehmen würden, sich jedoch dadurch von ihrer zustimmenden Haltung nicht abbringen ließen. Freilich sollte die Zustimmung, wie *Falk* in seinen Erinnerungen hervorhob, »unter der Voraussetzung« erfolgen, »daß dem Landt[ag die Gelegen]heit gegeben werde, in Ausschußberatungen zu den Einzelheiten des Vertrags Stellung zu nehmen und weiter, daß mit Rücksicht auf [den] konfessionellen Frieden ohne Verzug Verhandlungen auch mit den evangelischen Kirchen eingeleitet werden, deren Zustandekommen gesichert sein müsse.«[147] *Falk* verstand es letztlich die unterschiedlichen Interessen zu einem Ausgleich zu bringen und gleichzeitig die Eigenständigkeit seiner Fraktion gegenüber der Parteiführung zu wahren.

---

142 Die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 12.2.1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 136, S. 419–423, hier S. 423.

143 Die Rede *Falks* in der 24. Sitzung des Preußischen Landtages am 14. Dezember 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 2, Sp. 1484–1495, hier Sp. 1494.

144 Die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 3.6.1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 153, S. 507–513, hier S. 511.

145 Vgl. die Sitzung des Parteiausschusses der DDP (2. Tag), in: ebd., Nr. 148 b, S. 473–478, hier S. 475.

146 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 13.6.1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 718, S. 1060–1066, hier S. 1066.

147 Edition, S. 339 f.

Während der Beratungen des Konkordats im Hauptausschuss forderte die demokratische Fraktion die Annahme einer Resolution, die das Staatsministerium ersuchte, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen über einen entsprechenden Vertrag einzutreten. Dadurch sollte eine paritätische Behandlung der evangelischen Landeskirchen mit der katholischen Kirche auf finanziellem und kirchenrechtlichem Gebiet sichergestellt werden. Diese von den übrigen Regierungsparteien unterstützte Entschließung kam schließlich im Landtag während der dritten Lesung des Konkordats am 9. Juli 1929 zur Annahme.[148]

Das Konkordat zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche führte insgesamt zu einer Neuordnung des beiderseitigen Verhältnisses. Der wichtigste Punkt berührte die Neugliederung der preußischen Erzdiözesen und Diözesen. So traten nach dem Wegfall von Posen-Gnesen als weitere preußische Metropolitanverbände neben dem Erzbistum Köln die Erzbistümer Paderborn und Breslau hinzu. Neben der Neufestsetzung der Grenzen der Kirchenprovinzen enthielt der Vertrag eine Garantie des kirchlichen Eigentums und die staatliche Zusicherung der Dotation der Diözesen und Diözesaneinrichtungen. Im Gegensatz zum bayerischen Konkordat von 1924 blieb das Wahlrecht des Domkapitels vorbehaltlich des staatlichen Einspruchsrechts gewahrt. Der Staat garantierte wiederum die Erhaltung der katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten Breslau, Bonn und Münster und an der Akademie in Braunsberg und gewährte zudem jenen Diözesen, in denen staatliche theologische Fakultäten fehlten, die Errichtung bischöflicher Seminare zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen. Schulpolitische Fragen wurden von diesem Konkordat nicht berührt.[149]

Der von *Falk* früh angemahnte und vom Landtag im Juli 1929 eingeforderte evangelische Kirchenvertrag wurde schließlich am 11. Mai 1931 von Vertretern des preußischen Staatsministeriums und der evangelischen Landeskirchen unterzeichnet. Den Bestimmungen des Konkordats vergleichbar vermochte sich der Staat in der sogenannten Politischen Klausel ein Einspruchsrecht bei der Besetzung hoher kirchlicher Ämter zu sichern. Im Landtag wurde der Vertrag am 13. Juni 1931 mit den Stimmen der Deutschen Staatspartei, des Zentrums, der DNVP und der DVP bei gleichzeitiger Stimmenthaltung der SPD angenommen.[150]

Mit der Verabschiedung des evangelischen Kirchenvertrags, so resümierte *Falk* in seinen Erinnerungen, »hatte sich die Fraktion ein hohes Verdienst um den konfessionellen Frieden erworben, wie es wohl auch auf unseren mit größter Entschiedenheit betonten und festgehaltenen Willen wesentlich zurück[zuführen] ist, daß mit dem Konkordat in der Form, in dem es dem Landtag vorgelegt wurde, auch nicht andeutungsweise Bestimmungen über die Schule mehr verbunden waren. In diesem Punkte waren wir – ebenso auch in der Sicherung der Kirchenhoheit des Staates – von vornherein völlig [un]nachgiebig.«[151]

---

148 Vgl. den Antrag des Hauptausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrage des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhle (Nr. 2732 [2742]), in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2774, S. 2329. Die Annahme der Resolution in der 96. Sitzung am 9. Juli 1929, in: ebd., Bd. 6, Sp. 7988 f. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 26.6.1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 722, S. 1070.

149 Zum preußischen Konkordat von 1929 vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 920–924; GOLOMBEK. Vgl. auch Hermann *Höpker Aschoff*, Der Vertrag mit der Römischen Kurie, in: DIE HILFE 35, 1929, S. 317–319; Das Preußische Konkordat, in: PREUSSISCHE JAHRBÜCHER 217, 1929, S. 137.

150 Zum evangelischen Kirchenvertrag vgl. RITTBERG; ADERS, S. 139–142; HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 195, 199–204; SCHULZE, Braun, S. 557 f.; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 924–927; ferner DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1931, S. 194.

151 Edition, S. 340.

11.4.5 Die Finanzpolitik

Die Finanzpolitik spielte seit der Ernennung *Höpker Aschoffs* zum preußischen Finanzminister im Februar 1925 für die Demokraten eine herausragende Rolle. Allerdings kam ihr nach dem Weltkrieg ohnehin eine besondere Bedeutung zu, da die Lasten des verlorenen Krieges gerecht verteilt und neue soziale und ökonomische Aufgaben geschultert werden mussten. Die Bewältigung dieser Aufgaben machte eine umfassende Reform der deutschen Finanzverfassung erforderlich. Die Finanzreform des Reichsfinanzministers Matthias *Erzbergers* (Z) von 1919/20 beseitigte die Finanzhoheit der Länder und sprach dem Reich das alleinige Recht zu, Steuern zu erheben und zu verwalten. War das Reich vor 1918 Kostgänger der Einzelstaaten gewesen, so änderte sich dies nun grundlegend. Dies lag vor allem an den neuen aus den Kriegsfolgelasten erwachsenen Verpflichtungen des Reiches. So stieg der Bedarf des Reiches an den Steuereinnahmen von etwa 40 Prozent vor dem Krieg auf 75 Prozent im Jahre 1919. Das Reich erhielt neben der Einkommens- und Körperschaftssteuer die Kapitalertrags-, Grunderwerbs-, Erbschafts- und Umsatzsteuer. Die Gemeinden verloren ihr Recht, Zuschläge zur Einkommenssteuer zu erheben.[152]

Neben der Verreichlichung der Finanzverfassung trat der Ausbau des bestehenden Steuerwesens. So wurde der Spitzensatz der stark progressiv gestalteten Einkommenssteuer drastisch von vier auf sechzig Prozent angehoben. Die Einkommenssteuer wurde zusammen mit der 1916 eingeführten Umsatzsteuer, deren Satz 1920 auf 1,5 Prozent erhöht wurde, zur wichtigsten Einnahmequelle des Reiches. Neu eingeführt wurden zudem eine Erbschaftssteuer und eine Grunderwerbssteuer. Infolge der Bewältigung der Kriegsfolgelasten stieg die Steuerbelastung während der Weimarer Republik drastisch an. So verdoppelte sich die Steuerlastquote, d.h. der Anteil der Steuern am Volkseinkommen, nahezu und kletterte zwischen 1913 und 1925 von 9,7 auf 18,1 Prozent.[153]

Eine bedeutende Leistung der Reichsfinanzreform war auch die Schaffung eines Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Das Landessteuergesetz vom März 1920 betonte noch einmal die Steuerhoheit des Reichs in der Steuerrechtsetzung und regelte die Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften in der Steuergesetzgebung. Länder und Gemeinden wurden zur Erhebung bestimmter Steuern, wie der Grund-, Gewerbe- und Vergnügungssteuer, verpflichtet. Im Gegenzug beteiligte das Reich die Länder mit bestimmten Anteilen an den wichtigsten Steuerquellen. Neu war, dass das Gesetz auch einen Finanzausgleich zwischen den Ländern vorschrieb, durch den die ärmeren zusätzliche Überweisungen aus der Reichskasse erhalten sollten. Zudem sah das Gesetz auch einen Finanzausgleich zwischen den Gemeinden vor.[154]

---

152 Zur Reichsfinanzreform *Erzbergers* vgl. ULLMANN, S. 101–105; EPSTEIN, S. 378 f.; ADERS, S. 55 f.; Gabriele HÖFLER: Erzbergers Finanzreform und ihre Rückwirkungen auf die bundesstaatliche Struktur des Reiches vorwiegend am bayerischen Beispiel, Diss. Freiburg 1955.

153 Vgl. Carl-Ludwig HOLTFRERICH: Rüstung, Reparationen und Sozialstaat. Die Modernisierung des Steuersystems im Ersten Weltkrieg und in der großen Inflation, in: Uwe Schultz (Hrsg.): Mit dem Zehnten fing es an. Eine Kulturgeschichte der Steuer, 3. Aufl., München 1992, S. 200–208, hier S. 204–208; Hagen SCHULZE: Die keineswegs Goldenen Zwanziger Jahre. Steuerpolitik zwischen Inflation und Wirtschaftskrise (1919–1932), in: ebd., S. 209–218, hier S. 209–212; ferner Dieter REBENTISCH: Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Rudolf Morsey (Hrsg.): Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, Berlin 1977, S. 107–157, hier S. 108.

154 Zum Landessteuergesetz von 1920 vgl. ADERS, S. 56 f.; MENGES, S. 184–228, S. 230–252; Hans THIERAUF: Der Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Diss. phil. Würzburg 1961, S. 43–83.

Zu einem Zankapfel entwickelte sich vor allem Paragraph 35 des Finanzausgleichsgesetzes von 1926, der die strukturschwachen Länder stärken wollte, indem er ihnen einen Mindestanteil an der Einkommens- und Körperschaftssteuer zusicherte. Blieb das Steueraufkommen eines Landes hinter seinem prozentualen Anteil an der Reichsbevölkerung um mehr als 20 Prozent zurück, so hatte es Anspruch auf Ausgleichszahlungen bis zu dieser Höhe aus einem sich aus den Reichseinnahmen aus der Einkommenssteuer speisenden Fonds. Der Paragraph war der preußischen Regierung ein Dorn im Auge, da er dafür sorgte, dass im Grunde nicht lebensfähige Länder in ihrer staatlichen Unabhängigkeit erhalten blieben und der Zuschussanteil der übrigen Länder sank.[155]

Anlässlich der Haushaltsberatungen im Mai 1930 brachte *Falk* den allgemein über § 35 in Preußen herrschenden Unwillen zum Ausdruck, würden doch die aufgrund des Paragraphen erfolgenden »Zuwendungen an andere Länder auf Kosten Preußens jedes Ausmaß vermissen«. Es »ist eine ernste Gewissenfrage für uns zu prüfen, ob Preußen noch in der Lage ist, seine deutsche Mission zu erfüllen und die Wacht an den Marken zu halten, wenn seine finanzielle Kraft durch ungeeignete reichsgesetzliche Bestimmungen gebrochen wird.«[156] Doch eine Streichung des Paragraphen 35 ließ sich in den folgenden Jahren nicht mehr durchsetzen. Das Problem eines gerechten Ausgleichs der Finanzbeziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden blieb vor 1933 ungelöst.

Neben der Frage eines gerechten Finanzausgleichs spielte der für die Bewältigung der Nachkriegsaufgaben notwendige Ausbau des Steuerwesens eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt die Hauszinssteuer, die zur Abschöpfung des durch die Inflation entschuldeten Immobilienvermögens 1924 eingeführt wurde, war von besonderer Bedeutung. Mit dieser Steuer, die als Zuschlag zur bestehenden Grundsteuer erhoben wurde, sollte der Wohnungsbau, der zwischen 1914 und 1923 nahezu vollständig zum Erliegen gekommen war, wieder angekurbelt werden. Die Steuererträge sollten sowohl für den Wohnungsbau als auch für allgemeine Finanzzwecke der Länder herangezogen werden, für die das Reich Mindest- und Höchstgrenzen vorschrieb.[157]

»Wir hielten«, so versuchte *Falk* die damalige Politik rückblickend zu rechtfertigen, »die Hauszinssteuerverordnung aus dem Gesichtspunkt der Werterhaltung und der Hypothekenabschüttelung im Grundsatz für berechtigt und stimmten ihrer Erhebung einstimmig zu, nachdem wir mit Erfolg zu der Regierungsvorlage« von 1926 »Besserungsanträge gestellt hatten, die die persönlichen Verhältnisse der steuerpflichtigen Hauseigentümer berücksichtigten.«[158] Mit dieser staatlichen Wohnungsbauförderung gelang es, die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den zwanziger Jahren deutlich zu verbessern. Von den zwischen 1919 und 1932 errichteten 2,8 Millionen Wohnungen wurden allein 81 Prozent mit Mitteln der öffentlichen Hand mitfinanziert, während der Anteil vor 1913 in der Regel unter 10 Prozent gelegen hatte.[159] »Die Hauszinssteuer

155 Vgl. ADERS, S. 93–99, 155–162; MENGES, S. 357.

156 Vgl. die Rede *Falks* in der 162. Sitzung des Preußischen Landtages am 9. Mai 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 10, Sp. 13767–13775, hier Sp. 13768. Ferner auch Edition, S. 345 f.

157 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 493–497; ADERS, S. 99–103; allgemein zum Problem des öffentlichen Wohnungsbaus vgl. WITT, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer; Michael RUCK: Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Frankfurt/M./New York 1988, S. 150–200.

158 Edition, S. 329. Vgl. auch die Reden *Falks* in der 216. und 225. Sitzung des Preußischen Landtages am 8. November und 2. Dezember 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 10, Sp. 15054 f., Bd. 11, Sp. 15556 f.

159 Vgl. WITT, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer, hier S. 399–406.

abzulehnen«, so gab auch *Falk* zu, »wäre verantwortungslos gewesen, denn ohne sie konnte das Land nicht leben.«[160]

Nichtsdestotrotz breitete sich unter den Demokraten mit der Zeit ein gewisses Unbehagen aus, weil ihnen in der Öffentlichkeit die Verantwortung für die im Mittelstand wenig populäre Steuer angelastet wurde.[161] Und der Mittelstand gehörte nun mal zur Wählerschaft der DDP. Welche Wirkungen die Agitation gerade der Wirtschaftspartei hatte, sollten die Demokraten bei den folgenden Wahlen bald zu spüren bekommen.[162] Auch *Falk* musste in seinen Erinnerungen einräumen, dass »durch die preußische Hauszinssteuer ein unerhörter Druck auf die Hausbesitzer gelegt« worden sei.[163] Im Landtag bestritt er denn auch vehement, dass man eine »Verewigung der Hauszinssteuer« wünsche.[164] So unpopulär die Steuer bei den Betroffenen auch gewesen sein mochte, so unbestritten waren doch ihre positiven Wirkungen.

Neben der Hauszinssteuer wurde auch die Gewerbesteuer als »drückend«[165] empfunden. Für die kleineren und mittleren Betriebe habe, so *Falk*, die Gewerbesteuer »wie eine zweite Reichseinkommenssteuer« gewirkt, »leider mit der Erschwerung, daß die reichsgesetzlichen Erleichterungsbestimmungen [k]aum in die Gewerbesteuerverordnungen hereingearbeitet werden konnten.«[166] Die 1929 geplante Ausdehnung der Steuer auf Angehörige der freien Berufe lehnte *Falk* entschieden ab.[167] Freiberufler, so *Falk*, würden im Gegensatz zu Gewerbetreibenden über kein eigenes Gewerbekapital verfügen, so dass sich ihre Situation deutlich von der der Gewerbetreibenden unterscheiden würde.[168] Schützenhilfe erhielten die preußischen Demokraten von ihrem Parteivorstand, der sich in einer Resolution am 23. März 1929 zwar für eine radikale Umgestaltung der Gewerbesteuer aussprach, eine Einbeziehung der freien Berufe jedoch strikt ablehnte.[169] Zwar scheiterte die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer noch 1929[170], doch konnte sie im darauffolgenden Jahr schließlich nicht mehr verhindert werden. Die DDP, die sich letztlich der Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuermittel zur Deckung des immer größer werdenden Haushaltsfehlbetrags nicht verschließen wollte, stimmte schließlich dieser Regelung mit Verweis auf die von ihr bereits 1929 ins Spiel gebrachte Freigrenze von 6000 Mark zu.[171]

---

160 Edition, S. 330.

161 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 14.12.1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 583, S. 919 f., hier S. 919 (*Riedel*).

162 Zur Wirtschaftspartei vgl. SCHUMACHER, Mittelstandsfront und Republik.

163 Edition, S. 329.

164 Die Rede *Falks* in der 234. Sitzung des Preußischen Landtages am 16. Dezember 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 11, Sp. 16190–16202, hier Sp. 16199.

165 Edition, S. 330.

166 Ebd. Vgl. auch die Rede *Falks* in der 251. Sitzung des Preußischen Landtages am 22. Februar 1927, in: SBpLT 1925/28, Bd. 12, Sp. 17407–17412.

167 Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 1., 19. und 22.3.1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 700, S. 1041 f., hier S. 1042, Nr. 703, S. 1044 f., hier S. 1044, Nr. 706, S. 1047 f., hier S. 1047.

168 Die Rede *Falks* in der 61. Sitzung des Preußischen Landtages am 19. März 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 4, Sp. 4973–4979, hier Sp. 4978.

169 Vgl. die Sitzung des Parteivorstands der DDP vom 23. März 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 151, S. 485–494, hier S. 494.

170 Gesetz über die Regelung der Gewerbe- und Berufssteuer für das Rechnungsjahr 1929 mit dem Einspruch des Staatsrat, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 3, Nr. 2103, S. 1456 f. , hier S. 1457.

171 Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 148. Sitzung des Preußischen Landtages am 25. März 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 9, Sp. 12594 f. Ferner die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 25.3.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 756, S. 1118–1120.

11.4.6 Die Wirtschaftskrise und der Aufstieg des Nationalsozialismus

Die 1929 einsetzende Wirtschaftskrise stellte für die demokratische Landtagsfraktion unter *Falk* eine besonders große Belastung dar. Nicht nur, weil sich zeigte, dass die liberalen Wirtschaftskonzepte den enormen Herausforderungen nicht gerecht wurden, sondern weil die Partei in jenen Jahren im Reich und in Preußen auch den Finanzminister stellte und damit die Mitverantwortung für die krisenverschärfende Deflationspolitik trug. So stellte die DDP in der im März 1930 gebildeten Reichsregierung mit Hermann *Dietrich* den Vizekanzler und den Wirtschafts-, seit Juni 1930 den Finanzminister, in Preußen von Februar 1925 bis Oktober 1931 mit Hermann *Höpker Aschoff* den Finanzminister. Dadurch gerann die DDP rasch zu einer Chiffre für Hilflosigkeit und ökonomischen Unverstand, wurde gleichsam zu einer Negativfolie, vor der sich andere, radikalere Parteien vorteilhaft zu positionieren verstanden. *Falk* war sich dieser katastrophal anmutenden Situation bewusst und versuchte energisch und entschieden, wenngleich wenig erfolgreich gegenzusteuern.

Aufgrund seiner großen Abhängigkeit von Kapitalimporten, seiner starken Exportorientierung und der damit zusammenhängenden außenwirtschaftlichen Verflechtung traf die Ende der zwanziger Jahre von den USA nach Europa schwappende Krise Deutschland stärker als andere Staaten. So sank die Industrieproduktion ebenso wie das Volkseinkommen zwischen 1928 und 1932 um nicht weniger als 40 Prozent, während die Arbeitslosigkeit, die während der zwanziger Jahre nie wirklich hatte beseitigt werden können, am Ende dieses Zeitraums die 30 Prozent Marke überstieg. Deutschland zählte 1932 offiziell über sechs Millionen Arbeitslose.[172]

Die Deflationspolitik des seit März 1930 amtierenden Kabinetts unter dem Zentrumspolitiker Heinrich *Brüning* wurde deshalb mit großem Unbehagen verfolgt. Zur Sanierung der Staatsfinanzen fuhr *Brüning* einen drastischen Sparkurs, kürzte radikal die Ausgaben und erhöhte die Steuern. Hinzu kam, dass Deutschland nach Abzug der ausländischen Kredite Devisen für die Reparationszahlungen benötigte, die durch erhöhte Exporte verdient werden sollten. Um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Ausland zu erhöhen, wurde deshalb der Versuch unternommen, das inländische Preis- und Kostenniveau durch staatliche Maßnahmen spürbar herabzudrücken. Die daraufhin einsetzende Exportoffensive verschärfte allerdings die internationale Depression, da sie protektionistische Maßnahmen der übrigen Industriestaaten herausforderte. Mit der Deflationspolitik sollte mithin der Nachweis erbracht werden, dass Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen könne und deshalb die Streichung der Reparationen unumgänglich sei. Um den Alliierten die Notwendigkeit einer im Young-Plan vorgesehenen erneuten Überprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vor Augen zu führen, wurden bewusst Massenarbeitslosigkeit und Verelendung in Kauf genommen.

Insgesamt endete *Brünings* Wirtschaftspolitik in einem Desaster, für die allein die Zahl von 6 Millionen registrierten Arbeitslosen stehen mag. Auch die Sanierung des Staatshaushalts misslang, lag doch die Staatsschuld beim Sturz *Brünings* im Mai 1932 um 17 Prozent höher als bei seinem Regierungsantritt. Die deutsche Exportoffensive wiederum endete im September 1931, als Großbritannien das Pfund Sterling abwertete und 30 andere Staaten diesem Schritt folgten. Dadurch konnten die Waren dieser Länder auf dem Weltmarkt mit einem Schlag um 20 Prozent billiger angeboten werden. Bei den Reparationszahlungen wurde Deutschland zwar im Juni 1931 ein Moratorium einge-

172 Zur Weltwirtschaftskrise vgl. HARDACH, S. 50–52; WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4, S. 517.

räumt, doch vermochte *Brüning* von der Streichung der deutschen Reparationsschuld nicht mehr zu profitieren, da sie erst nach seinem Rücktritt im Juli 1932 auf der Konferenz von Lausanne beschlossen werden sollte.[173]

Dem von *Brüning* angeführten Minderheitskabinett stand *Falk* von Anfang an sehr kritisch gegenüber. Bereits Anfang Mai fand er auf einer Mitgliederversammlung der Kölner Demokraten deutliche Worte. Die Politik des Kabinetts *Brüning* sei nichts anderes als ein »Sieg der Grundsatzlosigkeit«, ein »Sieg der Taktik über die Idee«. In der am Ende der Versammlung angenommenen Entschließung wurde deutlich gemacht, dass »die Wähler von einer geradezu verzweifelten Stimmung ergriffen worden seien. Das ursprünglich als Mittelpartei inszenierte Kabinett *Brüning* habe im Laufe seiner Tätigkeit sich mehr und mehr als das reaktionärste Kabinett seit Bestehen der deutschen Republik entpuppt. Die Folgen für die Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, abgesehen vom Großgrundbesitz, seien verheerend.« Deshalb wurde auch der sofortige Austritt des demokratischen Ministers Hermann *Dietrich* aus der Regierung gefordert. *Falks* Kritik richtete sich mithin nicht nur gegen Reichskanzler *Brüning*, sondern auch gegen Wirtschaftsminister *Dietrich* und die Politik der von Oscar *Meyer* geführten demokratischen Reichstagsfraktion.[174]

In den wenige Tage später stattfindenden Sitzungen des Parteivorstandes und der Landtagsfraktion zeigte sich, dass der Vorsitzende, der sich inzwischen bemühte, seine Äußerungen in Köln zu relativieren, mit seiner Kritik nicht alleine stand. Dennoch sprach der Parteivorstand am 5. Mai 1930 der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus, gab jedoch auch der Erwartung Ausdruck, dass diese ebenso wie Wirtschaftsminister *Dietrich* die Grundsätze der Partei wahren werde.[175]

Den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit betrachtete *Falk* mit großer Sorge.[176] Dabei mochte es nicht überraschen, dass er als langjähriger Kommunalpolitiker vor allem die daraus erwachsenden Folgen für die Gemeinden im Blick hatte. Die finanzielle Not der Kommunen, die aus den Steuermindereinnahmen und den Mehrausgaben für die aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten resultierte, erheischte schnelle und umfassende Gegenmaßnahmen.[177] »Man muß versuchen«, so *Falk* im Dezember 1930 im Preußischen Landtag, »das Übel an der Wurzel zu fassen, d.h. die Arbeitslosigkeit bekämpfen.«[178]

Zu diesem Zweck hatte die demokratische Landtagsfraktion auf einer außerordentlichen Sitzung in Frankfurt am Main im Herbst 1930 einen Antrag erarbeitet, der wenig später im Landtag eingebracht wurde. Der Maßnahmenkatalog umfasste einen Entlas-

---

173 Zur Deflationspolitik *Brünings* vgl. HARDACH, S. 57–62; HÖMIG, Brüning, S. 235–257; WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 516–530; KOLB, Die Weimarer Republik, S. 132–142. Zu *Brüning* vgl. HÖMIG, Brüning; Peer Oliver VOLKMANN: Heinrich Brüning (1885–1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie, Düsseldorf 2007; ferner Heinrich August WINKLER: Die deutsche Staatskrise 1930–1933: Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992.

174 BERLINER TAGEBLATT, 205, 2.5.1930: »Demokratischer Widerspruch.«

175 Vgl. die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 5. Mai 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 162, S. 529–533, und die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 9. Mai 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 765, S. 1131 f.

176 Vgl. die Rede *Falks* in der 133. Sitzung des Preußischen Landtages am 25. Februar 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 8, Sp. 11400–11411, hier Sp. 11407.

177 Zur Not der Gemeinden vgl. auch die Rede von *Falk* in der 224. Sitzung des Preußischen Landtages am 24. März 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 14, Sp. 19454–19461, hier Sp. 19459.

178 Die Rede *Falks* in der 191. Sitzung des Preußischen Landtages am 17. Dezember 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 12, Sp. 16431–16438, hier Sp. 16437.

sungstop für Betriebe, die ihre Arbeitnehmer noch durchschnittlich 40 Stunden in der Woche beschäftigen konnten, des Weiteren die Einführung eines neunten Schuljahres, das Verbot der Zulassung ausländischer Landarbeiter und die entgeltlose Arbeitsdienstpflicht für arbeitslose Jugendliche.[179]

Wesentliche Teile des Antrags, wie die Streckung der Arbeitszeit, die Einführung eines weiteren Schuljahres und ein Zuwanderungsverbot für polnische Wanderarbeiter, wurden auch bald darauf vom preußischen Staatsministerium aufgegriffen.[180] In ihrer Gesamtheit, so verteidigte *Falk* im Landtag diese demokratischen Vorstellungen entsprechenden Vorschläge, seien sie »ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege, unserer Wirtschaft zu helfen und damit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.« Es wäre deshalb »wünschenswert, wenn die Reichsregierung diese Vorschläge der Preußischen Staatsregierung« prüfen und umsetzen würde.[181]

Und in der Tat wurden auch wenig später einige der in Vorschlag gebrachten Maßnahmen von der Reichsregierung aufgenommen.[182] Doch hielten sich diese von den Demokraten in die Diskussion eingeführten und von den Regierungen im Reich und in Preußen aufgegriffenen Lösungswege noch im Rahmen der herkömmlichen wirtschaftsliberalen Konzepte und Vorstellungen. Will man zu einer gerechten Bewertung gelangen, so darf allerdings auch der begrenzte Handlungsspielraum der damals Regierenden, auf den namentlich der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut *Borchardt* verwiesen hat, nicht außer Acht gelassen werden.[183] *Borchardt* hob nicht nur die strukturell bedingte Wachstumsschwäche der Weimarer Wirtschaft, die durch eine im Vergleich zur Produktivität zu hohen Lohn- und Sozialquote und einer zu geringen Investitionsneigung mitverursacht wurde, hervor, sondern betonte auch die geringen Durchsetzungschancen für eine antizyklische Konjunkturpolitik in jenen Jahren. So standen vertragsrechtliche Auflagen einer kreditfinanzierten Ausgabenpolitik entgegen. Der Dawes-Plan verpflichtete die Reichsbank zur Währungsdeckung, während das Reichsbankgesetz die Kreditgewährung an die Reichsregierung begrenzte und der Young-Plan ein Abwertungsverbot der Mark aussprach. Sodann beschränkten auch der limitierte nationalökonomische Wissensstand und die in der deutschen Bevölkerung und den Parteien

---

179 Urantrag der Abg. *Falk* und Genossen (DDP) über das Arbeitslosenproblem, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 8, Nr. 5303, S. 5091; ferner Edition, S. 345. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 15.10.1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 775, S. 1144.

180 Vgl. dazu auch die Sitzungen des preußischen Staatsministeriums vom 21.10., 4.11. und 16.12.1930, in: DIE PROTOKOLLE DES PREUSSISCHEN STAATSMINISTERIUMS, Bd. 12/I, Nr. 245, S. 265 f., hier S. 266 (TOP 1 und 2), Nr. 248, S. 268 f., hier S. 269 (TOP 2), Nr. 254, S. 273 f. (TOP 7a).

181 Die Rede *Falks* in der 191. Sitzung des Preußischen Landtages am 17. Dezember 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 12, Sp. 16431–16438, hier Sp. 16437 f.

182 Vgl. Edition, S. 345. In der Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 beschloss die Regierung *Brüning* die Gründung eines Freiwilligen Arbeitsdienstes und die Einführung der Vierzigstundenwoche. Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. XXXVIII–XXXIX.

183 Vgl. Knut BORCHARDT: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: DERS., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165–182; die Einleitung von Knut *Borchardt* in: K. BORCHARDT/H. O. SCHÖTZ (Hrsg.): Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung, Baden-Baden 1991, S. 17–50; ferner auch Harold JAMES: Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936, Stuttgart 1988, S. 222–241, 312–328; Theo BALDERSTON: The origins and course of the German economic crisis. November 1923 to May 1932, Berlin 1993, bes. S. 400–413.

tief verwurzelte Furcht vor einer erneuten Inflation die konjunkturpolitischen Aktionsräume. Dennoch schien sich die Situation 1931 signifikant zu ändern. Die deutsche Bankenkrise vom Juli[184] und die Abwertung des britischen Pfund im September änderten die Rahmenbedingungen deutscher Wirtschaftspolitik fundamental. Nicht nur verloren die vertraglichen Regularien angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs ihre verpflichtende Bindekraft, vielmehr wuchs auch unter Nationalökonomen, Politikern, Gewerkschaftlern und Unternehmern die Akzeptanz für interventionsstaatliches Handeln.[185]

Dennoch war die Überzeugung von der Alternativlosigkeit der von der Regierung vertretenen Wirtschaftspolitik in den Reihen der Demokraten tief verwurzelt. *Falk* hielt sich deshalb seit dem Sommer 1930 auch mit Kritik am *Brüningschen* Wirtschaftskurs zurück. Neben der wirtschaftspolitischen Ratlosigkeit mag hier vor allem die Rücksicht auf den seit November 1930 amtierenden Parteivorsitzenden und Reichsfinanzminister Hermann *Dietrich* entscheidend gewesen sein. So schien er ganz den Argumenten *Brünings* zu folgen, als er im Mai 1931 die Eindämmung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit von einer Lösung des Reparationsproblems erhoffte. Von Kritik keine Spur; vielmehr befleißigte er sich ostensibler Zurückhaltung, als er deutlich machte, dass er sich nicht anmaßen wolle, den Zeitpunkt und die Formen anzugeben, in denen das Reparationsproblem einer Lösung zugeführt werden könne. Das sei »Sache der Reichsregierung«.[186]

Die Furcht vor einer neuen Inflation war unter den Demokraten weit verbreitet. So betonte noch im Juli 1931 der Reichstagsabgeordnete Josef *Winschuh* in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands, dass eine »Not infolge Deflation« besser sei »als eine Inflation, der doch die Deflation in einem weit schlimmeren Maße folgen müsste«. Auch der preußische Handelsminister Walther *Schreiber* stimmte auf jener Sitzung in diese Warnungen ein und mahnte dazu, alles zu vermeiden, was nach Inflation aussehen würde. Kritik fand allein die ungeschickte Vertretung der Regierungspolitik in der Öffentlichkeit.[187] Die Gegner des *Brüning*-Kurses hatten in der Partei einen schweren Stand. Sie fanden sich vor allem im Lager der liberalen Gewerkschaften, beim Gesamtverband der Angestellten und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein.[188]

---

184 Vgl. Karl Erich BORN: Die deutsche Bankenkrise. Finanzen und Politik, München 1967.

185 Vgl. Carl-Ludwig HOLTFRERICH: Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?, in: HZ 235 (1982), S. 605–631; BÜTTNER, Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs; Rainer MEISTER: Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932, Regensburg 1991; zur Diskussion insgesamt vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 215–218; WIRSCHING, S. 110f.; WEHLER, Deutscher Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 521–530.

186 Die Rede *Falks* in der 235. Sitzung des Preußischen Landtages am 8. Mai 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 14, Sp. 20479–20483, hier Sp. 20481.

187 Die gemeinsame Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion am 21.7.1931, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 178, S. 643–645, hier S. 644.

188 Ein scharfer Kritiker der Deflationspolitik war der frühere Vorstandsvorsitzende der DDP und Vorsitzender der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Anton *Erkelenz*, der 1930 aus Protest gegen die Gründung der DStP zur SPD übergetreten war. Der liberale Gesamtverband der Angestellten unter Gustav *Schneider*, Reichstagsabgeordneter der DStP, setzte sich seit 1931 für eine aktive Konjunkturpolitik ein, ebenso der frühere Reichsfinanzminister der Partei, der Bankier Bernhard *Dernburg*. Im März 1932 begann schließlich auch Reichsfinanzminister Hermann *Dietrich* umzudenken und sich für eine Lockerung der Deflationspolitik und eine begrenzte Kreditausweitung zu erwärmen. Vgl. BÜTTNER, Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs,

Der Unmut über die wirtschaftliche Entwicklung wurde im Laufe des Jahres 1931 allerdings immer größer. So schlug *Falk* zur Behebung der Finanznot der Kommunen im Oktober 1931 immerhin die Bildung einer Notgemeinschaft aus Ländern und Gemeinden vor, die vom Reich in stärkerem Maße als bisher finanziell unterstützt werden sollte. Wenn *Falk* sich auch als regierungstreuer Fraktionsvorsitzender zu gerieren versuchte, so ließ er doch seine wachsende Kritik am Regierungskurs leise durchblicken. »Ich habe nicht die Absicht, und es ist auch an dieser Stelle nicht meines Amtes, Maßnahmen der Reichsregierung zu kritisieren. Das eine darf ich aber doch sagen: ich habe den Eindruck, als ob die Not der Gemeinden nicht an allen Reichsstellen in ihrer ganzen Furchtbarkeit erkannt wird.«[189]

Seine Loyalität gegenüber der Regierung *Brüning* brachte *Falk* noch einmal pflichtschuldigst in der Sitzung der Landtagsfraktion am 24. November 1931 zum Ausdruck, in der er hervorhob, dass die Fraktion hinter *Brüning* »steht und stand«. Allerdings mahnte er auch weitere konjunkturpolitische Schritte an. So forderte er neben einer Senkung der Mieten, Preise und Tarife auch einen Verzicht auf weitere Gehalts- und Lohnsenkungen und »durchgreifende Maßnahmen« gegen die finanzielle Not der Gemeinden.[190] Deutlicher wurde er am folgenden Tag, als die Fraktion zusammen mit Vertretern der Parteileitung und der Reichstagsfraktion die Gründe für den Aufstieg der Nationalsozialisten und die Haltung der Partei zur Regierung *Brüning* erörterte. Zahlreiche Teilnehmer ließen keinen Zweifel an ihrer Haltung aufkommen. So monierte der frühere Vorsitzende der Reichstagsfraktion Oscar *Meyer* die »eklatante[n] Fehlschläge der wirtschafts- und außenpolitischen Maßnahmen« der Regierung, während sich der Landtagsabgeordnete Adam *Barteld* darüber echauffierte, dass das Kabinett *Brüning* »sich dauernd heruntergearbeitet« habe »im Vertrauen der Wählerschaft, tatenloses ›Stillhalten‹ nicht länger möglich«. Auch *Falk* machte aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr. »Die Politik des Kabinetts *Brüning* darf nicht so weiter gehen wie bisher, wenn tatsächlich keine Einwirkung durch unsere Reichstagsfraktion bzw. die bürgerliche Mitte des Reichstags möglich ist, droht die Auflösung von der Seite der Kommunen her. Zollpolitik, Osthilfe stellt die Reichstagsfraktion vor die letzte Konsequenz – des Austritts aus der Regierung.« Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, eine Frage, die auf jener Sitzung intensiv diskutiert wurde, lehnte er aus außenpolitischen Gründen, auch »wegen der wirtschaftszerstörenden Folgen und wegen der zu erwartenden Gewaltpolitik« entschieden ab. Seine Stellung gegenüber dem antisemitischen Extremismus der Nazis war durch seine Konfession vorbestimmt.[191]

Aus seinem Unmut über den Gang der Dinge machte *Falk* auch im März 1932 keinen Hehl, als er im Landtag die Bestimmungen mancher Notverordnungen des Reiches als viel zu weitgehend bedauerte. Die Demokraten könnten sich vor allem mit dem »Ruin der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände« nicht abfinden. »Dringende Aufgabe des Reiches und der Länder ist es, dafür zu sorgen, daß nicht die Gemeinden zusammenbrechen, damit nicht aus dem Zusammenbruch der Gemeinden das Chaos im Reich entsteht.« Im Hinblick auf das Problem der Bekämpfung der Erwerbslosig-

S. 231 f., 235–240, 243, 249. Vgl. auch Karl HOLL (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978.

189 Die Rede *Falks* in der 252. Sitzung des Preußischen Landtages am 16. Oktober 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 16, Sp. 22273–22279, hier Sp. 22277.

190 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 24.11.1931, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 817, S. 1190–1193, hier S. 1191.

191 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Parteileitung am 25.11.1931, in: ebd., Nr. 818, S. 1194–1198, hier Sp. 1195 f.

keit verwies er noch einmal auf den Antrag seiner Partei vom Herbst 1930, »der zusätzliche Arbeitsbeschaffung« wolle. »Das ist die erste und wichtigste Aufgabe, die im Reich erfüllt werden muß, (sehr richtig! in der Mitte) und bei der Länder und Gemeinden mitzuwirken haben, die Aufgabe: durch ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm die Zahl der Erwerbslosen möglichst zu vermindern.«[192]

Der Topos des Arbeitsbeschaffungsprogramms klingt hier deutlich an, wenngleich man auch hervorheben muss, dass *Falk* nicht die Dimensionen späterer Arbeitsbeschaffungsprogramme vorgeschwebt haben dürften. Aber das Thema, das damals in der politischen Öffentlichkeit intensiv beraten und durchdiskutiert wurde, wird hier aufgegriffen und übernommen. Die Einsicht in die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fand auch unter Liberalen Eingang. *Falk* sah letztlich ein, dass das klassische liberale Wirtschaftsprogramm in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise keine realisierbare Strategie bot.

11.5 Die innenpolitische Radikalisierung nach 1929 und die preußischen Landtagswahlen vom April 1932

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise förderte eine Radikalisierung und Polarisierung in der Innenpolitik, die zu einer allgemeinen Destabilisierung des politischen Systems führte. Die nervöse Stimmung fand bereits am 1. Mai 1929 ihren Niederschlag, als es in Berlin zu schweren Ausschreitungen kommunistischer Demonstranten und des Roten Frontkämpferbundes kam. Für den 1. Mai hatte der Berliner Polizeipräsident angesichts der provozierenden Haltung der kommunistischen Organisationen ein allgemeines Demonstrationsverbot verhängt, über das sich die Kommunisten in ostentativer Weise hinwegsetzten. »Es kam darum in verschiedenen Vierteln Berlins, besonders am Wedding und in Neukölln, zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei«, so schilderte es der preußische Innenminister Carl *Severing* in seinen Erinnerungen. »Die Kommunisten, die sich augenscheinlich auf Straßenkämpfe eingerichtet hatten, versuchten an mehreren Punkten, Barrikaden zu errichten, so daß die Polizei gezwungen war, mit Panzerwagen dagegen anzugehen. In den Kämpfen wurden 19 Personen getötet und 36 schwer verletzt.«[193] Am 6. Mai verhängte daraufhin der preußische Innenminister *Grzesinski* (SPD) ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes.[194] Bei der wenige Tage später stattfindenden Verhandlung des kommunistischen Misstrauensantrag gegen den preußischen Innenminister, der erwartungsgemäß keine Mehrheit fand, verurteilte *Falk* im Namen seiner Partei die durch »unverantwortliche Treiber und auch durch Anweisungen aus dem Auslande« provozierten, kommunistischen Exzesse. Er nutzte dabei die Gelegenheit, um den Beamten der Polizei »für ihre aufopfernde Hingabe an ihren schweren Dienst« seine Anerkennung auszusprechen. Die Verantwortung für die an jenem 1. Mai zu beklagenden Opfer, so betonte er, würden letztlich diejenigen tragen, »die die Unruhen hervorgerufen« hätten.[195]

---

192 Die Rede *Falks* in der 284. Sitzung des Preußischen Landtages am 18. März 1932, in: SBpLT 1928/32, Bd. 17, Sp. 24812–24819, hier Sp. 24818.

193 SEVERING, Bd. 2, S. 186.

194 Vgl. SCHULTHESS 1929, S. 74 f.; SEVERING, Bd. 2, S. 186 f. Vgl. auch allgemein dazu Dirk SCHUMANN: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

195 Die Rede *Falks* in der 85. Sitzung des Preußischen Landtages am 13. Mai 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 5, Sp. 6941.

Die politische Auseinandersetzung wurde in zunehmendem Maße mit nonverbalen Mitteln auf der Straße ausgetragen, auf der sich die Schlägerbanden der Kommunisten, aber auch der Nationalsozialisten auszutoben begannen. Von der allgemeinen Radikalisierung profitierten vor allem die Rechtsextremen, weil neben dem sozialen und wirtschaftlichen Problemdruck infolge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise gerade auch nationale Fragen im Mittelpunkt standen. Gerade die Auseinandersetzungen um den 1929 auf der Konferenz in Den Haag beschlossenen Young-Plan, der eine Neuregelung der Reparationszahlungen brachte, offenbarte in erschreckender Eindringlichkeit die tiefen Verletzungen des nationalen Selbstverständnisses und der nationalen Psyche. Ungeachtet der Tatsache, dass der Young-Plan Deutschland zahlreiche Vorteile brachte – niedrigere Annuitäten in den ersten Jahren gegenüber dem Dawes-Plan, die vorzeitige Räumung des Rheinlands und das Ende der alliierten Kontrollen der Reichsbank und der Reichsbahn –, mussten die Reparationsbestimmungen die nationalen Leidenschaften aufpeitschen. Denn nach dem Young-Plan verpflichtete sich Deutschland, bis 1989 eine Reparationsschuld von 112 Milliarden Reichsmark abzutragen.[196]

Gegen den Young-Plan machte die DNVP unter Führung Alfred *Hugenbergs* rasch mobil. Zusammen mit dem Stahlhelm leitete sie ein Volksbegehren gegen den Reparationsplan ein, dem sich auch die NSDAP anschloss. Dem Volksbegehren lag ein sog. »Freiheitsgesetz« zugrunde, dessen § 4 eine strafrechtliche Verfolgung wegen Landesverrats vorsah für Reichskanzler, Reichsminister und die Bevollmächtigten des Reichs, die den Young-Plan unterzeichnen würden. Aufgrund aufkommender Proteste wurde Reichspräsident *Hindenburg* später von dieser Bestimmung ausgenommen. Die Kampagne gegen den Young-Plan hatte allerdings keinen Erfolg. Zwar trugen sich mehr als die erforderlichen 10 Prozent der Stimmberechtigten in die Listen des Volksbegehrens ein, aber beim Volksentscheid am 22. Dezember 1929 votierten nur 13,8 Prozent der Wahlberechtigten für das Gesetz, für das die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten nötig gewesen wäre.[197]

»Wir haben schon einmal eine Zuchthausvorlage gehabt«, so zog *Falk* am 12. Dezember 1929 im Landtag mit Blick auf die von Reichskanzler *Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst* 1899 eingebrachte und fulminant gescheiterte Zuchthausvorlage gegen die Rechte vom Leder. »Sie ist zum Nachteil derjenigen ausgeschlagen, die sie vertreten haben, hat aber denen genützt, gegen die man sie einbrachte. Wenn der historische Sinn bei Ihnen so stark entwickelt wäre, wie Sie es immer sagen, dann hätten sie sich das bei der Gestaltung des § 4 einmal überlegen sollen.« *Falk* bemühte sich, die mit dem Young-Plan verbundenen Vorteile für das Reich deutlich herauszustreichen und verwies mit bewegten Worten auf die vorzeitige Räumung des Rheinlands.[198] *Falks* Vertrauen in die Vernunft der Deutschen mochte durch den gescheiterten Volksentscheid zehn Tage später seine Bestätigung finden. Doch musste die Radikalisierung der Deutschnationalen Volkspartei zusammen mit der gesellschaftlichen Anerkennung und dem damit verbundenen Aufstieg der rüpelhaften NSDAP unter dem Demagogen Adolf *Hitler* Bauchschmerzen verursachen.

Es überrascht, dass *Falk* auf den damals grassierenden Antisemitismus, der durch den Aufstieg der NSDAP elementar an Bedeutung gewann und seinen sichtbaren Ausdruck in Synagogen- und Friedhofsschändungen fand, kaum Bezug nahm. Im Landtag, in der

196 Zum Young-Plan vgl. KOLB, Die Weimarer Republik, S. 72 f.

197 Vgl. zum Volksbegehren gegen den Young-Plan ebd., S. 121 f.

198 Die Rede *Falks* in der 111. Sitzung des Preußischen Landtages am 12. Dezember 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 7, Sp. 9351–9364, hier Sp. 9356.

Fraktion oder im Parteivorstand blendete er dieses ihn auch persönlich berührende Problem weitgehend aus. Deutlicher wurde er immerhin auf der Hauptvorstandssitzung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, auf der er im Oktober 1930 die Notwendigkeit betonte, sich mit den »judengegnerischen Anschauungen und Ausschreitungen [...] abwehrend und aufklärend auseinanderzusetzen« und »den falschen Behauptungen« der Nationalsozialisten »entgegenzuwirken«.[199] Man weiß nicht so recht, welche Gründe für *Falks* Zurückhaltung ausschlaggebend waren. Vielleicht war es die Überzeugung, dass die Verurteilung dieser primitiven Pöbeleien sich von selbst verstehe und darauf nicht explizit eingegangen werden müsse. Aber diese Erklärung dürfte zu kurz greifen. Entscheidender dürfte m.E. für *Falk* die Rücksicht auf seine Parteifreunde gewesen sein, die es leid hatten, ihre Partei ständig als »Judenpartei« diffamiert zu sehen, und sich mit diesem Problem nicht mehr abgeben wollten.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 14. September 1930, bei denen die NSDAP ihre Mandatszahl von 12 auf 107 steigern konnte, war schockierend. Das neue Selbstbewusstsein der extremen Rechten fand in dem im Frühjahr 1931 initiierten Volksbegehren zur sofortigen Auflösung des Preußischen Landtags ihren prägnanten Ausdruck. Da die Zusammensetzung des Landtags, so die Antragssteller, nicht mehr dem Volkswillen entsprechen würde, sollte das preußische Parlament aufgelöst und neu gewählt werden. Der Initiative schlossen sich neben dem Stahlhelm, der DNVP und der NSDAP auch die DVP, die Wirtschaftspartei und einige kleinere Organisationen an. Wenn das Volksbegehren auch Erfolg hatte, so votierten doch beim Volksentscheid am 9. August 1931 nur 36,9 Prozent und damit weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten für die sofortige Landtagsauflösung.[200]

Aber diese Schlappe steckte die extreme Rechte schnell weg, da sie davon ausgehen konnte, dass die verheerende wirtschaftliche Entwicklung, die in der Bankenkrise im Sommer 1931 einen neuen Kulminationspunkt erreichte, ihr die Wähler von alleine zuführen musste. Die extreme Rechte, NSDAP, Stahlhelm und DNVP, demonstrierte deshalb unmittelbar vor der Eröffnung der neuen Reichstagssession auf einer Großkundgebung in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 demonstrativ Selbstbewusstsein.[201] Daran konnte auch die Aufdeckung der nationalsozialistischen Putschpläne, die im Zuge von Hausdurchsuchungen bei Führern der hessischen NSDAP beschlagnahmt worden waren, etwas ändern. Diese sog. Boxheimer Dokumente offenbarten, dass zumindest Teile der NSDAP auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung und die Errichtung einer Diktatur hinarbeiteten.[202] Das Ausmaß der Zustimmung, die *Hitler* und seine nationalsozialistische Bewegung inzwischen fanden, offenbarten die Reichspräsidentenwahlen vom März und April 1932. Zwar siegte der diesmal von den Weimarer Parteien unterstützte amtierende Reichspräsident *Hindenburg*, doch *Hitler* erhielt im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 immerhin 36,8 Prozent der Stimmen. Nimmt man die Stimmen, die für den kommunistischen Kandidaten *Thälmann* abge-

199 CV-ZEITUNG, 43, 24.10.1930, S. 558: »Zielbewußt vorwärts. Die Hauptvorstandssitzung des Centralvereins.« Selbst auf die Ostjuden-Problematik ging er in den Sitzungen der demokratischen Landtagsfraktion nicht explizit ein. Vgl. die Fraktionssitzung vom 8. Juni 1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 554, S. 886 f., hier S. 887.

200 Zum Volksbegehren für die sofortige Auflösung des Preußischen Landtags 1931 vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 315–323.

201 Zur Tagung von Bad Harzburg vom Oktober 1931 vgl. BRACHER, Auflösung, S. 360–367.

202 Zu den Boxheimer Dokumenten vgl. SEVERING, Bd. 2, S. 311–313; BRACHER, S. 381–384; VOGELSANG, S. 45–147; HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 7, S. 895–898.

geben wurden, hinzu, so hatte fast die Hälfte der Wähler für ein anderes Staats- und Verfassungssystem votiert.[203]

Die »Fieberstimmung«[204], die im deutschen Volk herrschte, fand auch im Preußischen Landtag in der zunehmenden Heftigkeit und wachsenden Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung ihren Niederschlag. Dies äußerte sich in immer häufiger werdenden rednerischen Exzessen, in offenen Beschimpfungen der Minister im Plenum und im Missbrauch der Kleinen Anfragen, in denen unter dem Schutz der Immunität Beleidigungen gegen die Regierung und ihre Vertreter ausgesprochen wurden.[205] Dabei tat sich nach 1928 vor allem die 56 Mann starke kommunistische Fraktion hervor, während die NSDAP des »Herrn *Hitler*«[206] mit ihren acht Abgeordneten von minderer Bedeutung war. So wurden die Reden *Falks* im Preußischen Landtag in der Regel von lauten Zurufen der Kommunisten unterbrochen, deren Bemerkungen selten parlamentarischen Gepflogenheiten entsprachen und »unsachlich, unbegründet, ins Blaue hinein Behauptungen und Forderungen«[207] aufstellten. Als *Falk* am 25. Februar 1930 lobende Worte für den preußischen Innenminister *Grzesinski* fand und dessen Verdienste um die Sicherung von Ruhe und Ordnung würdigte, wurde er von großem Lärm unterbrochen, so dass der Landtagspräsident wiederholt eingreifen musste. *Falk* ließ sich jedoch durch das pöbelhafte Benehmen der Kommunisten nicht aus der Ruhe bringen, schlug vielmehr in dieselbe Kerbe. Als er die kommunistischen Anhänger mit dem »Mob« verglich, der während der Revolution von 1918 in Köln Plünderungen vorgenommen hatte, und der »heute eine erhebliche Masse zu den Revolten und Tumulten auf der Straße liefert«, tobte die KPD-Fraktion. »Sie frecher Kerl! Sie Lausejunge!« schallte es *Falk* entgegen.[208] *Falk* war jedoch im politischen Geschäft zu erfahren, als dass er sich durch ein derart ungebügeltes Benehmen aus dem Konzept hätte bringen lassen. Diesen Verfall parlamentarischer Sitten – am 18. Oktober 1930 sprach der Kommunist *Schulz* aus Berlin-Neukölln während einer Rede *Falks* vom »bürgerlichen Gesindel« – begleitete er gleichwohl mit Worten des Bedauerns.[209]

Auch für das überheblich wirkende nationale Gehabe der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten fand *Falk* deutliche Worte. »National«, so *Falk* im März 1931, »ist der, der mit allen Kräften am Aufbau des Staates und des Volkes mitwirkt. (Sehr richtig! bei der Soz.-Dem. P.) Aber nicht national ist der, der hinter tönenden Phrasen und hinter Beschimpfungen des Gegners das traurige Bestreben zu verdecken sucht, sein Parteisüppchen zu kochen.«[210] Die Kritik bezog sich auch auf die rechtsliberale DVP, die immer häufiger Anschluss an die extreme Rechte suchte. So beklagte sich *Falk* im

---

203 Zur Reichspräsidentenwahl 1932 vgl. BRACHER, S. 391–423.

204 *Falk* in der 252. Sitzung des Preußischen Landtages am 16. Oktober 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 16, Sp. 22273–22279, hier Sp. 22274.

205 Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 283, 27.11.1929: »Ordnung im Parlament. Eine Aktion des Preußen-Kabinetts.«

206 *Falk* in der 214. Sitzung des Preußischen Landtages am 6. März 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 13, Sp. 18628–18630, hier Sp. 18628.

207 *Falk* in der 104. Sitzung des Preußischen Landtages am 24. Oktober 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 6, Sp. 8715–8718, hier Sp. 8717. Vgl. auch *Falk* in der 274. Sitzung am 16. Februar 1932, in: ebd., Bd. 17, Sp. 24087 f.

208 Die Rede *Falks* in der 133. Sitzung des Preußischen Landtages am 25. Februar 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 8, Sp. 11400–11411, hier Sp. 11400 f.

209 Die Rede *Falks* in der 179. Sitzung des Preußischen Landtages am 18. Oktober 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 11, Sp. 15214–15216, hier Sp. 15215.

210 Die Rede *Falks* in der 224. Sitzung des Preußischen Landtages am 24. März 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 14, Sp. 19454–19461, hier Sp. 19455.

März 1932 lebhaft darüber, »daß die Deutsche Volkspartei mit dazu beigetragen hat, wenn Herr *Hitler* so mächtig geworden ist, und wenn man im *Hitler*-Lager der Meinung werden konnte, an dem großen Märztage«, bei der Reichspräsidentenwahl, »die Herrschaft in Deutschland zu erringen.«[211]

Als *Falk* am 18. März 1932 seine letzte Rede im Preußischen Landtag hielt, beschlichen ihn Gefühle der Wehmut. Jahre lang die Geschicke Deutschlands an führender Stelle mitgestaltet und mitgeholfen zu haben, Deutschland aus dem Chaos und vom Separatismus zu befreien, um sich nun beispielslose Schmähungen und Beleidigungen anhören zu müssen, musste deprimierend wirken. Dennoch bewahrte sich *Falk* seine Zuversicht. »Wir, die wir in diesem Hause nach Kräften unsere Pflicht getan haben, verlassen dieses Haus in dem Bewußtsein und in der Hoffnung, daß auch die Arbeit des zukünftigen Landtages frucht- und nutzbringend für Preußen und das Reich sein möge – für Preußen, solange es noch ein Preußen geben wird –, und wir hoffen, daß, wenn Preußen einmal in Deutschland aufgeht, das nicht in Formen geschieht, die unerfreulich und kleinlich und niedrig erscheinen könnten, sondern daß es unter dem Zeichen geschieht: Deutschland in der Welt voran!« Der lebhafte Beifall seiner Fraktion, den das Stenographische Protokoll festhielt, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Demokraten ungewiss und sorgenvoll in die Zukunft schauten.[212]

Da bei den anstehenden Landtagswahlen im April 1932 eine Mehrheit der verfassungsfeindlichen Parteien zu erwarten war, einigten sich die Regierungsparteien am 12. April 1932 auf eine Änderung der Geschäftsordnung, nach der der Ministerpräsident in Zukunft nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden konnte.[213] Damit hoffte man, ein politisches Chaos vermeiden und ein Mindestmaß an Stabilität gewährleisten zu können.

Die preußischen Landtagswahlen schienen nichts Gutes zu verheißen. Für die allgemeine Not, so *Falk* auf einer Wahlkundgebung, seien nicht die Regierungen oder das System verantwortlich zu machen, sondern der Krieg und der Friedensvertrag. Mit den Not- und Sparverordnungen habe man letztlich einen Weg beschritten, den die Wirtschaftskrise vorgezeichnet habe. Die Staatspartei »sei überzeugt, daß man in den Notverordnungen in manchen Fällen über das Ziel hinausgeschossen sei. Man habe jedoch die Notverordnungen in der Erwartung hingenommen, daß sie nicht von Dauer seien. Die Schwächen der Notverordnungen seien der beste Beweis, daß das richtige Regierungssystem nicht die Diktatur, sondern die parlamentarische Demokratie sei.« Auf jeden Fall müsse verhindert werden, dass Preußen ein arbeitsunfähiges Parlament bekomme. Preußen müsse als sicherster »Hort der Republik« und »Stütze des Reichs« erhalten bleiben.[214]

Das Ergebnis der Landtagswahl war jedoch für die DStP ein Schock. Die Partei wurde letztlich für die Katastrophenpolitik *Brünings* und die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise, nicht zuletzt für die 6 Millionen Arbeitslosen, abgestraft. Hatte die

211 *Falk* in der 284. Sitzung des Preußischen Landtages am 18. März 1932, in: SBpLT 1928/32, Bd. 17, Sp. 24812–24819, hier Sp. 24812.

212 *Falk* in der 284. Sitzung des Preußischen Landtages am 18. März 1932, in: SBpLT 1928/32, Bd. 17, Sp. 24812–24819, hier Sp. 24819.

213 Vgl. den Urantrag der Abg. *Winzer*, *Steger*, *Falk* und Genossen (SPD, Z, DStP) auf Änderung des § 20 der Geschäftsordnung (Wahl des Ministerpräsidenten), in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 16, Nr. 8420, S. 8350. Vgl. auch die Debatte in: ebd., Bd. 17, Sp. 24895–24900 und Sp. 24916–24920. Vgl. auch die Rede des Abg. *Nuschke*, in: ebd., Sp. 24898 f. Ferner die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 15.3.1932, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 835, S. 1217 f.

214 KÖLNISCHE ZEITUNG, 214, 19.4.1932: »Wahlkundgebung der Staatspartei«, H.i.O.

Partei 1928 noch 4,9 Prozent der Stimmen erhalten, so fiel sie am 24. April 1932 auf nur noch 1,5 Prozent. Es war ein regelrechter Absturz. Von ihren 21 Abgeordneten kehrten nur mehr 2 in den Landtag zurück, *Nuschke* und *Schreiber*.[215] *Falk* hatte sein Mandat verloren. Auch in Köln waren den Demokraten die Wähler in Scharen davon gelaufen. Während die DDP 1928 noch 4,3 % oder 12754 Stimmen erhalten hatte, konnte *Falks* Staatspartei vier Jahre später nur mehr 1,9 % oder 6995 Stimmen auf sich vereinigen.[216] Da half es wenig, dass *Falk* im Wahlkreis Köln-Aachen auf dem ersten Listenplatz stand.[217] Auf der Landesliste lag er nach Walther *Schreiber* und Martha *Dönhoff* nur auf dem dritten Platz.[218]

»Die Furcht vor den Nationalsozialisten«, so resümierte *Falk* in seinen Erinnerungen, »hatte unsere Wähler überall auseinander gesprengt. Man hielt unsere Lage für hoffnungslos und die Stimmen, die für uns abgegeben wurden, für verloren. Die überwiegende Mehrzahl unserer Freunde gab infolgedessen ihre Stimme anderen Parteien. So wurde dieses betrübliche Ergebnis gezeitigt. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei in Preußen, die Großes gewollt und Großes geleistet hatte, verschwand. Eine letzte Sitzung der Fraktion in Pyrmont vereinigte die Mitglieder zum Abschluss treuer gemeinschaftlicher Arbeit und mancher gemeinschaftlichen Kämpfen. Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung und [unseren] Erfolg zurück. Aufrecht sahen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen.«[219]

Der Niedergang des politischen Linksliberalismus in Preußen mag irritierend wirken, wenn man sich die Erfolge demokratischer Politik, in der Verfassungspolitik, bei der Demokratisierung der Verwaltung, der Reform des Bildungswesens, der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche oder der finanzpolitischen Konsolidierung, vor Augen hält. Dennoch wurde die Partei 1932 nicht an dieser Erfolgsbilanz, sondern an ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Lösungsvorschlägen und Maßnahmen während der Wirtschaftkrise gemessen. Für viele reduzierte sich das Parteikürzel DStP auf ein Synonym für Realitätsverlust und Konzeptionslosigkeit.[220]

Für den schleichenden Niedergang der Partei waren allerdings auch weitere Gründe und Bedingungsfaktoren maßgebend. Man wird bei einer Analyse sowohl parteiinterne als auch -externe, aber auch lang- und kurzfristige Ursachen herausstellen müssen. Ein Grund für den Niedergang dürfte sicherlich darin zu suchen sein, dass die liberale Weltanschauung im 19. und vor allem im frühen 20. Jahrhundert zum Allgemeingut wurde. Die liberalen Leitbilder, von der Freiheit des Einzelnen, der Forderung nach Rechtsgleichheit für alle und nach sozialer Verantwortung und Chancengerechtigkeit,

215 Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 601; STANG, S. 369–374, 380.

216 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 225, 25.4.1932: »Das Ergebnis der Landtagswahl in Köln«.

217 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 196, 10.4.1932: »Kandidaturen«.

218 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 187, 6.4.1932: »Die staatsparteiliche Landesliste«.

219 Edition, S. 357.

220 Zur Debatte über die Ursachen des Niedergangs des politischen Liberalismus vgl. Hans VORLÄNDER: Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs, in: DERS. (Hrsg.): Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München 1987, S. 9-34; Jürgen C. HESS: Die Desintegration des Liberalismus in der Weimarer Republik, in: ebd., S. 91-116; SCHNEIDER, S. 264–273; ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, S. 409–439; FRYE, Liberal Democrats, S. 195-204; JONES, S. 476-482; LANGEWIESCHE, S. 280–286.

wurden letztlich allgemein verbindlich und verloren ihre parteibildende Kraft. Sodann wirkte die auch nach 1918 fortdauernde Spaltung des Liberalismus belastend, da sie dazu führte, dass beide liberalen Parteien einen Großteil ihrer Kraft und Energie in die Auseinandersetzung mit der jeweiligen Schwesterpartei vergeudeten. Als weitere Gründe können darüber hinaus die heterogene soziale Basis, die organisatorischen und finanziellen Probleme, ein unterentwickelter Presseapparat und das Fehlen überzeugender Führungspersönlichkeiten angeführt werden. Ein überzeugender Parteiführer fehlte den Demokraten nach dem Tode ihres charismatischen ersten Vorsitzenden Friedrich *Naumann* 1919. In Preußen hätte der letzte Parteivorsitzende der Nationalliberalen Partei und erste demokratische Fraktionsvorsitzende im Preußischen Landtag, Robert *Friedberg*, diese Lücke schließen können. Sein früher Tod im Sommer 1920 führte letztlich Politiker an die Spitze der Fraktion, die wie Alexander *Dominicus* oder Rudolf *Oeser*, nur über geringe Überzeugungs- und Ausstrahlungskraft verfügten. Das Gleiche gilt letztlich auch für den 1925 zum Fraktionsvorsitzenden gewählten Walther *Schreiber*, der wenig später zum preußischen Handelsminister berufen wurde. Im Grunde entsprach auch Bernhard *Falk*, der de facto bereits seit 1925 als Vorsitzender der demokratischen Preußenfraktion amtierte, nicht dem Bild eines durchsetzungsfähigen, mitreißenden, charismatischen Führers. Der altbackene, vernunftbetonte Politikstil der Demokraten musste zudem in der aufgewühlten Zeit nach 1929 einigermaßen deplatziert wirken. Auf die einfachen Lösungsformeln zu den zahlreichen Unmutsursachen, die ihre radikalen Konkurrenten, die Nationalsozialisten zumal, anboten, wussten die Demokraten keine adäquaten Antworten zu geben.

Angesichts dieser internen Vorbelastungen mag es nicht verwundern, dass die Partei sich mit der Bewältigung der externen Problemlagen schwer tat. Dazu zählte auch die mit der Kriegsniederlage und dem allgemein als ungerecht empfundenen Friedensvertrag verbundene nationale Frage. Wenn auch die »Nation« für die demokratische Partei eine wichtige Halt gebende, ideelle Klammer darstellte, so war die DDP nicht zuletzt in den ersten Jahren der Republik oftmals gespalten zwischen der Notwendigkeit verantwortungsvoller Realpolitik und dem Wunsch nach nationaler Opposition. Angesichts der langen Regierungsbeteiligung verlor das nationale Moment an tragender und stabilisierender Kraft. Überhaupt wirkte sich die ununterbrochene Regierungsbeteiligung der Demokraten negativ aus, weil die Partei letztlich für alle Fehlentwicklungen der zurückliegenden Jahre haftbar gemacht werden konnte, unabhängig davon, ob sie dafür auch direkt verantwortlich waren oder nicht.

Entscheidend für die schwindende Akzeptanz der Partei waren aber letztlich ihre ungenügenden Antworten auf die wirtschaftlichen Krisen der 20er und frühen 30er Jahre. Die Auswirkungen des Kriegs, die Inflation, die einschneidenden Stabilisierungsmaßnahmen von 1923/24 und schließlich die 1929 einsetzende Wirtschaftskrise führten zur Deklassierung und Depossedierung breiter Schichten, dem die DDP nicht genügend entgegenzusteuern vermochte. Es erwies sich als fatales Handikap, dass die Partei sich als »Gesamtinteressenpartei« verstand und das Gemeinwohl dem Partikularinteresse überzuordnen pflegte. Zu einer offensiven Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer mittelständischen Wählerschaft war die Partei deshalb nur bedingt fähig. Diese Schwierigkeit illustriert die Tatsache, dass die Demokraten angesichts der in der Partei vorwaltenden Interessenkonflikte nicht in der Lage waren, ein die Belange ihrer bürgerlichen Wählerklientel berücksichtigendes Wirtschaftsprogramm zu verabschieden.

Deshalb mag es nicht überraschen, dass die Demokraten wirtschaftspolitische Maßnahmen vertraten und mitzuverantworten hatten, die wie die 1924 eingeführte Haus-

zinssteuer zur Förderung des Wohnungsbaus zwar dem Gemeinwohl zugutekamen, aber den spezifischen Interessen ihrer mittelständischen Wähler und Anhänger, zu denen auch Hausbesitzer zählten, zum Teil widersprachen.

Auch die von den Demokraten mitgetragene Deflationspolitik *Brünings* wurde als eine unumgängliche Maßnahme gegen die Krise verstanden, die wenn auch nicht sofort, so doch mittel- und langfristig greifen und dem Gemeinwohl zugutekommen würde. Die Auswirkungen dieser Katastrophenpolitik, die in dem beispiellosen Anstieg der Arbeitslosigkeit gipfeln sollte, bekamen die Wähler der Demokraten allerdings am eigenen Leib zu spüren. Deshalb musste sie die Kompromisslosigkeit, mit der die demokratischen Finanzminister im Reich und in Preußen an dieser Politik festzuhalten gedachten, irritieren und abstoßen.

Wenn auch der Weltwirtschaftskrise ein besonderes Gewicht beigemessen werden muss, so war doch letztlich ein ganzes Ursachengeflecht für den Verfall und Niedergang der Partei verantwortlich. Dazu zählt ohne Frage auch die Vereinigung mit einer latent antisemitischen Gruppierung, dem Jungdeutschen Orden, die das jüdische Elektorat der Partei vor den Kopf stoßen musste.

12. Die letzten Jahre

Falks Erinnerungen klingen mit dem Jahr 1932 aus, so als ob sein Leben nach dem Ausscheiden aus der Politik nicht mehr der Erwähnung wert gewesen wäre. »Dem Patrioten«, so schrieb sein Schwager Fritz *Wahl* 1952, »schien das eigene Schicksal, gemessen an dem seiner Brüder und dem des gesamten Vaterlandes wohl nicht des Aufhebens wert. Darum ersparte er es sich, etwa mit Berichten von qualvollen Bitternissen zu schließen, denen er mitsamt den Seinen preisgegeben war.«[1]

Die 1936 verfassten Lebenserinnerungen schweigen sich mithin über den weiteren Lebensweg *Falks* aus. Wir wissen deshalb nicht, wie *Falk* die Machtergreifung der Nationalsozialisten erlebte, welche persönlichen Erfahrungen er unter der braunen Diktatur machte, wie er auf die Diskriminierungen und die sukzessive Entrechtung, die er als jüdischer Deutscher hinzunehmen hatte, reagierte. Vieles bleibt im Dunkeln. Nur weniges ist bekannt.

So behielt *Falk* nach der sog. Machtergreifung *Hitlers* aufgrund einer Ausnahmeregelung seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Köln.[2] Doch die ständigen Diskriminierungen und die schleichende Entrechtung deutscher Juden musste auch ihm das Leben in Deutschland verleiden. Ein einschneidendes Schlüsselerlebnis stellte die sog. Reichskristallnacht am 9./10. November 1938 dar, als SA-Horden *Falk* in seiner Wohnung überfielen und alles klein schlugen, was sie vorfanden, selbst das Bild seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Sohnes wurde zerstört.[3] Am darauffolgenden Morgen fand eine Freundin der Familie, Barbara *Joos*, Else *Falk* »inmitten zertrümmerter Möbel und einem Haufen Geschirrscherben«.[4] Am 30. November verlor *Falk* gemäß der 5. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz dann auch seine Zulassung als Rechtsanwalt, so dass die Familie mit einem Schlag vor dem Nichts stand. Von dieser Verordnung waren im Reich noch etwa ein Drittel von ursprünglich insgesamt 4585 jüdischen Rechtsanwälten betroffen. Im Bezirk des Oberlandesgerichts Köln verloren damals 40 jüdische Rechtsanwälte ihre Zulassung.[5] Zu den Demütigungen kam die Ablieferungspflicht für Gold- und Schmucksachen hinzu, die *Falk* am 24. März 1939 beim Kölner Leihhaus abzugeben hatte.[6] Es war letztlich nicht nur der

---

1 WAHL, S. 122. – Der Bruder von Else *Falk*, Fritz *Wahl*, war Redakteur der »Frankfurter Zeitung« und auch schriftstellerisch tätig.

2 Vgl. dazu auch allgemein Avraham BARKAI: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938, in: Arnold Paucker u. a. (Hrsg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943, Tübingen 1986, S. 153–166.

3 LUIG, S. 176.

4 Joseph JOOS: So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958, S. 137.

5 Vgl. LUIG, S. 75–78, 176.

6 Vgl. den Rückerstattungsantrag des Anwalts Dr. *Baaser* im Auftrag von Ernst und Hermann *Falk*, Köln, 5.10.1959, in: Landesarchiv NRW, Düsseldorf, Abt. Rheinland, Gerichte Rep. 266, Nr. 8972, Bl. 6 f., hier Bl. 7: »Von den 3 goldenen Uhren«, so beschrieb Else *Falk* 1954 die Gegenstände, »war eine mit Brillanten besetzt. Die beiden Ketten waren aus schwerem Gold mit 1 grossen Anhänger aus echten Perlen, Brillanten und Rubinen. Die goldene Brosche war ebenfalls mit Brillanten besetzt. Bei der Nadel handelte es sich um eine grosse Perlenkrawattennadel des Verfolgten Bernhard *Falk*. Die Silbersachen setzten sich aus einem kompletten Besteckkasten für 24 Personen und einem Kaffee- und Teegedeck zusammen.« Der Gesamtwert der Gegenstände wurde mit etwa 30000 DM angegeben. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Köln erkannte der Erbengemeinschaft 1961 allerdings nur 6010 DM zu, da, wie es lapidar hieß, »es sich überwiegend um schon vor langer Zeit angeschaffte Sachen gehandelt haben dürfte«. Für diese Gegenstände könne deshalb »nicht die gleiche allgemeine Wertsteigerung«, die auf dem Edelmetallmarkt stattgefunden habe, angesetzt werden.

Verlust der beruflichen und materiellen Grundlage, sondern auch das beängstigende Gefühl der eigenen Unsicherheit und des Vogelfreiseins, dass *Falk* und seine Familie in ihrem Entschluss, dem Land ihrer Väter den Rücken zu kehren, bestärkt haben dürfte.

Am 30. März 1939 wanderten Bernhard und Else zusammen mit ihrem Sohn Ernst nach Belgien aus, das Bernhard aus der Zeit des Ersten Weltkriegs noch vertraut war. In der Rue du Beffroi 41 in Brüssel fanden sie Zuflucht.[7] Die Situation änderte sich jedoch mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Belgien und der Besetzung Brüssels im Sommer 1940.[8] Der noch im selben Jahr von *Falk* unternommene Versuch, mit seiner Familie in die Schweiz auszureisen, scheiterte.[9] Bernhard und Else *Falk* mussten sich im November 1940 in das Judenregister der Stadt Brüssel eintragen lassen.[10] Im September 1942 verloren beide ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Sie mussten ihre Reisepässe und sonstigen Bescheinigungen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit betrafen, abgeben.[11] Oberregierungsrat Franz *Thedieck*, der nach dem Ersten Weltkrieg zusammen mit *Falk* gegen die rheinischen Separatisten gekämpft hatte, hatten sie es zu verdanken, dass sie in Brüssel unbehelligt blieben. *Thedieck* (1900–1995), Mitglied der Zentrumspartei, war von 1923 bis 1930 stellvertretender Leiter der Preußischen Abwehrstelle für die besetzten Gebiete im Rheinland gewesen und 1931 zum Regierungsrat in Köln ernannt worden. Im Zweiten Weltkrieg war er von 1941 bis 1943 als Oberkriegsverwaltungsrat und als für die Flamenfrage zuständiger »Generalreferent« im Büro des deutschen Militärbefehlshabers Belgien tätig. Nach dem Krieg sollte er zum Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1949–1964) avancieren.[12]

Falk, so schrieb nach dem Krieg dessen langjähriger Kölner Sozius, Rechtsanwalt *Fuchs*, mit dem *Falk* von Brüssel aus weiterhin Kontakt hielt, habe es letztlich *Thedieck* zu verdanken gehabt, »dass er und seine Frau den Judenstern nicht zu tragen brauchten, sowie auch dass er und seine Frau nicht nach dem Osten deportiert worden sind. Wie er mir weiter mitteilte, hat Herr *Thedieck* ihm auch für eine Auswanderung nach der Schweiz die Wege geebnet und erreicht, dass von der Deutschen Zivilverwaltung in

---

Vgl. das Urteil der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Köln vom 23.6.1961, in: ebd., Bl. 41–43, hier Bl. 42 f. Die Bankguthaben von Bernhard und Else *Falk* wurden 1943 von der Oberfinanzdirektion Köln eingezogen. Vgl. den Rückerstattungsantrag, ebd., Bl. 7.

7 Meldeformular von Bernhard und Else *Falk*, o.D., in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else *Falk*. Ferner LUIG, S. 176.

8 Zur deutschen Besetzung Belgiens vgl. WAGNER, Belgien in der deutschen Politik; Mathias Georg HAUPT: Der »Arbeitseinsatz« der belgischen Bevölkerung während des zweiten Weltkrieges, phil. Diss., Halle/Saale 1970. Zur jüdischen Emigration nach Belgien vgl. Ursula LANGKAU-ALEX: Belgien, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Hrsg. v. Claus-Dieter Krohn u.a., Darmstadt 1998, Sp. 168–174.

9 Vgl. M.D.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 210.

10 Registre des Juifs, Bruxelles le 27.11.1940, in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else *Falk*.

11 Ordonnances allemandes über die Abgabe des Reisepasses von Bernhard und Else *Falk*, Bruxelles, 28.9.1942, in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else *Falk*.

12 Vgl. Klaus KÖRNER: Herbert Wehner und Franz Thedieck. Die Bonner Debatte über die Abwehr der Westpropaganda der SED 1949–1953, in: Heiner Timmermann: Das war die DDR, Münster 2004, S. 238–248; Carlo LEJEUNE: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980: Wege zur europäischen Integration, Köln u.a. 1992, S. 112–212 und passim.

Belgien aus die Auswanderung genehmigt wurde, die dann aber an der Einstellung Berliner Behörden gescheitert ist.«[13]

Immerhin durfte *Falk* noch die Befreiung Brüssels durch die Alliierten miterleben.[14] Aus »seiner Heimat vertrieben, ausgeplündert und ins Elend gestoßen, beinahe an den Bettelstab gebracht«[15], erlag *Falk* schließlich am 23. Dezember 1944 im Alter von 77 Jahren in Brüssel seinen seelischen und körperlichen Leiden.[16]

Bernhards Frau Else emigrierte im darauffolgenden Jahr nach Brasilien. Nach dem Rückzug der deutschen Truppen war sie ins Visier der belgischen Behörden geraten. Sie wurde von der Polizei überwacht, musste sich regelmäßig auf dem Kommissariat melden und durfte die Stadt ohne behördliche Genehmigung nicht verlassen.[17] Einer entsprechenden Bitte der Ausländerbehörde folgend versuchte der zuständige Polizeichef die Haltung der 72-Jährigen zu beschreiben. Während der Besatzung habe sie »une attitude neutre« bewahrt. »Elle n´aurait pas eu de relations avec l´ennemi et ne se serait pas occupée de politique.« Von ihrem Sohn Ernst, der inzwischen in São Paulo in Brasilien lebe, erhalte sie jeden Monat 1000 Francs, mit denen sie ihre Unkosten bestreiten und die Miete in Höhe von 250 Francs bezahlen könne. Unter dem Punkt »L´activité fréquentations conduite et moralité« wurde vermerkt: »Rien de défavorables à notre connaissance. Son maintien en liberté n´offre, à notre connaissance, aucun inconvenient pour l´ ordre public ou la sécurité intérieur.«[18]

Else *Falk* wurde schließlich am 5. März 1945 von allen Kontrollen befreit.[19] Noch wenige Tage zuvor war Elses Brüsseler Hausarzt *Hertz* bei den Behörden mit der Bitte vorstellig geworden, die gesundheitlich schwer angeschlagene 73-jährige von der wöchentlichen Meldepflicht zu entbinden.[20] Wenig später wanderte sie schließlich zu ihrem Sohn Ernst nach Brasilien aus, wo sie am 1. Januar 1956 verstarb.[21]

»Die Welt wird noch lange dem Rätsel nachgehen«, so schrieb Bernhard *Falks* Schwager Fritz *Wahl* rückblickend, »wie das große deutsche Volk dazu kommen konnte, sich und sein eigenes Geschick einer abenteuernden Horde wahnwitziger Konjunkturritter zu überantworten. Das Urteil der Geschichte wird hoch über die Vernichter des Rei-

---

13 Bescheinigung von Rechtsanwalt Dr. *Fuchs* für Oberregierungsrat Franz *Thedieck* zur Vorlage bei der britischen Militärregierung, Köln-Riehl, 24.1.1946, in: BA Koblenz, NL Jakob Kaiser, N 1018, Nr. 89, Bl. 189. Zu *Thedieck* vgl. auch WAGNER, Belgien in der deutschen Politik, S. 58 f., 110.

14 Die belgische Hauptstadt wurde im September 1944 durch alliierte Truppen befreit.

15 HAMMER, Hohes Haus in Henkers Hand, S. 39. Bernhard *Falk*, so der Anwalt von Ernst und Hermann *Falk*, Dr. *Baaser*, im Rückerstattungsantrag, sei »unter ärmlichen Umständen verstorben«. Der von Anwalt Dr. *Baaser* eingereichte Rückerstattungsantrag vom 5.10.1959, in: Landesarchiv NRW, Düsseldorf, Gerichte, Rep. 266, Nr. 8972, Bl. 6 f., hier Bl. 7. – Bernhards Schwager Ernst *Wahl* war im März 1944 in Theresienstadt, seine Frau Berta im Oktober 1944 in Auschwitz ermordet worden. Vgl. FÖHSE, S. 166.

16 Vgl. das Bulletin de décès, dossier 181.531, in: Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien, Bureau des Etrangers, Nr. 181531: Bernhard und Else *Falk*: »Bernhard *Falk*, profession avocat, décédé le 23. décembre 1944, à 10 h. du soir, domicile du Beffroi, 41«.

17 Feuille de contrôle. Ville de Bruxelles. Division centrale de police. Bureau des Etrangers, Bruxelles, 13.2.1945, in: ebd.

18 Schreiben der Ausländerbehörde an Polizeichef, Brüssel, 25.1.1945, mit der rückseitigen Antwort, in: ebd.

19 Schreiben des Commissaire de police en chef, Brüssel, 5.3.1945, in: ebd.

20 Schreiben des Doktors Hertz an die Polizeibehörde, Brüssel, 1.3.1945, in: ebd.

21 LUIG, S. 176.

ches die Millionen ihrer Opfer erheben. Und zu diesen gehört der rheinische Jude und deutsche Patriot Bernhard *Falk*.«[22]

22 WAHL, S. 122.

Einrichtung der Edition

A. Hinweise zur Edition

Herkunft und Aufbau des Manuskripts

Die Lebenserinnerungen Bernhard *Falk*s entstanden 1936.[1] Auf diese Papiere konnte bereits ein Schwager *Falk*s, Fritz *Wahl*, für seinen Beitrag in dem 1952 erschienenen Sammelband »Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945« zurückgreifen.[2] *Wahl* vermittelte dem Bundesarchiv 1958 einen Kontakt zu *Falk*s Sohn Ernst in Brasilien. Aufgrund dieser Initiative konnte im folgenden Jahr Leo *Schwering*, selbst von 1921 bis 1932 Mitglied des Preußischen Landtags, dem Archiv eine Kopie der Erinnerungen *Falks* übergeben. Das Manuskript wurde unter der Signatur »Kleine Erwerbungen 385« verwahrt, im Jahr 2008 umsigniert und in die Datenbank des Bundesarchivs übertragen (N 1641). Die vielfältigen Bemühungen des Archivs um den Erwerb weiterer Unterlagen *Falk*s sind im Jahre 1987 abgebrochen, so dass den Lebenserinnerungen *Falk*s ein besonderer Wert beizumessen ist. Auch Versuche des Verfassers, Kontakt zu den außerhalb Deutschlands lebenden Nachkommen *Falk*s aufzunehmen, blieben erfolglos.

Bei den Erinnerungen handelt es sich um ein auf Durchschlagpapier geschriebenes maschinenschriftliches Manuskript mit einem Umfang von 213 Blatt. Die Lesbarkeit der Quelle kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Größere unleserliche Passagen finden sich nur auf einer Seite (Bl. 136). Teilweise fehlen allerdings Textstellen oder Wortteile am Rand, so dass der Sinn des jeweiligen Satzes rekonstruiert werden musste. Ein Problem stellte der auf Blatt 136 erfolgende inhaltliche Bruch des Textes dar, der durch den erneuten Rekurs auf die bereits an früherer Stelle behandelte Rheinlandbewegung des Jahres 1919 auftrat. Um den Lesefluss und die Lesbarkeit des Textes nicht zu beeinträchtigen, wurde ein Teil des Textes umgestellt, wobei diese Änderungen kenntlich gemacht wurden.

*Falk*s Lebenserinnerungen reichen bis ins Jahr 1932. Schwerpunkte der Aufzeichnungen bilden *Falk*s Engagement in der Kölner Kommunalpolitik, sein Wirken in der Weimarer Nationalversammlung und im Preußischen Landtag. Sein jüdisches Elternhaus und seine Verwurzelung in der jüdischen Gemeinde des Rheinlands, die durch die Heirat mit der mütterlicherseits von der Familie Rothschild abstammenden Else *Wahl* noch an Festigkeit gewann, wird zu Anfang anschaulich behandelt. Mehrere Seiten lang wird das Engagement des jungen Rechtsanwalts in der Nationalliberalen Partei und der jungliberalen Bewegung Kölns thematisiert, so dass ein instruktiver Einblick in die Entwicklung des Nationalliberalismus im Kaiserreich, die im Rheinland wesentlich durch die Frontstellung zum Zentrum geprägt war, gewonnen werden kann. Ein im Text an späterer Stelle eingefügter, etwa zwanzig Seiten langer Rückblick auf die Zeit des Kaiserreichs geht erneut auf die Probleme und Herausforderungen ein, vor die sich der Nationalliberalismus gestellt sah. Auf den folgenden fünfundzwanzig Seiten wird die Köl-

[1] Vgl. S. 53.

[2] Fritz WAHL: Bernhard *Falk*. Ein rheinischer Patriot, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 105-122.

ner Kommunalpolitik, mit der sich *Falk* nach seiner Wahl in die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1908 zu beschäftigen hatte, in den Blick genommen und die Eingemeindungsproblematik, die Finanz-, Schul- und Verkehrspolitik angesprochen. Die der Kölner Stadtpolitik gewidmeten Abschnitte gewinnen durch die Charakterisierungen der führenden Kommunalpolitiker jener Zeit, zumal der Oberbürgermeister Max *Wallraf* und Konrad *Adenauer*. Aus der Kölner Perspektive wird der Gang der deutschen Geschichte erzählt und werden die Probleme der damaligen Zeit brennspiegelartig erfasst. Farbenreich ist auch die Darstellung der Bemühungen der Kölner Liberalen um eine Einigung des Gesamtliberalismus, die schließlich zur Gründung der DDP führten.

*Falk*s Wirken als demokratischer Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung wiederum findet seinen Niederschlag auf den folgenden Seiten. Seine Arbeit im Friedens- und Verfassungsausschuss, die Auseinandersetzungen um verfassungsrechtliche Fragen, die Flaggenfrage ebenso wie die heftigen Debatten über die Annahme des Versailler Vertrags finden Berücksichtigung. Es überrascht nicht, dass der Rheinländer *Falk* der Besetzung des Rheinlandes, dem Treiben der separatistischen Bewegung und dem Ruhreinmarsch, dessen Auswirkungen *Falk* als Mitglied des Kölner Fünfer-Ausschusses einzudämmen versuchte, auf über dreißig Seiten breiten Raum gewährt.

Der folgende, etwa ein Fünftel der Erinnerungen umfassende Text widmet sich schließlich dem Wirken *Falk*s im Preußischen Landtag. Da *Falk* bereits unmittelbar nach seinem Einzug ins preußische Parlament in den Fraktionsvorstand der DDP gewählt wurde, vermag er einen sehr kenntnisreichen Blick hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebes zu werfen. Der Leser erhält Einblick in das Innenleben der demokratischen Landtagsfraktion, die Zusammenarbeit zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien und die Schwierigkeiten und Probleme der Regierungsarbeit. Fokussiert werden auch die verschiedenen Themenkomplexe der preußischen Landespolitik, die Demokratisierung der Verwaltung, die Finanzpolitik, die mit den Stichworten Hauszinssteuer und Finanzausgleich umrissen werden können, oder die Wirtschaftspolitik, der *Falk* sich mit der Gründung der Preußischen Elektrizitätsgesellschaft besonders annahm. Auch kann der Leser an den lebhaften Debatten in der DDP über den Abschluss des preußischen Konkordats teilnehmen. Die Hilflosigkeit, mit der die Demokraten der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Aufstieg der NSDAP gegenüberstanden, wird ebenso deutlich. Informativ sind die Erinnerungen *Falk*s auch, weil der Zersetzungsprozess in der Demokratischen Partei dem Leser ohne Retuschen unvermittelt vor Augen geführt wird.

Die Memoiren spiegeln die Schwierigkeiten wider, mit denen die deutsche und preußische Politik zwischen der Revolution 1918/19 und der NS-Machtergreifung 1933 zu kämpfen hatte. Sie geben eindrucksvoll Zeugnis von den wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen und der zunehmenden politischen Radikalisierung der späten Jahre. Deutlich lässt sich der Niedergang einer Partei verfolgen, die einst die namhaftesten Köpfe Deutschlands vereint und einen politischen Grundpfeiler der Weimarer Republik dargestellt hatte.

Hinweise zur formalen Handhabung der Edition

Die Publikation orientiert sich hinsichtlich der formalen Einrichtung an den Editionsprinzipien der von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegebenen Quellenbände.

Die Schreibweise in der Quelle wurde bei der Transkription der damals gültigen Rechtschreibung angepasst. Die damit verbundenen Korrekturen beeinträchtigten den Cha-

rakter des Quellentextes nicht. Offenkundige Schreib- und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend behoben und im Sinne einer Vereinheitlichung an einigen Stellen Anführungszeichen ergänzt. Durch Verschreibungen bedingte Durchstreichungen entfallen. Korrekturen werden in der Form dokumentiert, dass die korrigierte Fassung wiedergegeben wird und, sofern sich eine Änderung des Sinns ergibt, die ursprüngliche Fassung in den Anmerkungen erscheint. Die infolge des Fehlens von Textstellen am Seitenrand des Manuskripts oder durch Berichtigungen notwendig gewordenen Ergänzungen stehen in eckigen Klammern. Syntaxfehler wurden in den Fällen, in denen der Sinngehalt des Satzes nicht eindeutig war, belassen und durch ein »[sic]« als fehlerhaft gekennzeichnet. Dadurch konnte der Charakter des Textkorpus in seiner Ursprünglichkeit gewahrt werden. Die im Originaltext zu findenden Unterstreichungen wurden nachträglich durchgeführt und deshalb auch nicht berücksichtigt. Ungebräuchliche Abkürzungen wurden an Ort und Stelle aufgelöst oder im Anmerkungsapparat erläutert. Der Originaltext erscheint in normaler, gerader Schrift, Eigennamen wurden dagegen zur schnelleren Erkennung kursiv gesetzt.

Zur Aufgabe der Kommentierung zählen der Nachweis von Bezugsdokumenten, die Verifizierung der im Text genannten Personen sowie die für ein besseres Textverständnis erforderliche Erklärung von Sachverhalten und Zusammenhängen. So werden die in den Protokollen erwähnten Dokumente, Schriftstücke oder Gesetzesvorlagen in den Anmerkungen nachgewiesen und gegebenenfalls näher erläutert. Zu den im Originaltext erwähnten Personen wird im Anmerkungsapparat das notwendige Datengerüst zur Verfügung gestellt.

Bei der Kommentierung wurden als Quellen neben allgemeinen Nachschlagewerken vor allem die Stenographischen Berichte des Reichstags, der Weimarer Nationalversammlung, der Preußischen Landesversammlung, des Preußischen Landtags, die Akten des preußischen Staatsministeriums sowie die wichtigsten Presseorgane der Weimarer Zeit herangezogen, unter ihnen vor allem die »Vossische Zeitung«, das »Berliner Tageblatt« sowie die der Nationalliberalen Partei und der DDP bzw. der DStP nahestehenden Zeitungen und Zeitschriften. Neben den bereits von Lothar *Albertin* edierten Protokollen der Führungsgremien und den vom Verfasser herausgegebenen Sitzungsprotokollen der preußischen Landtagsfraktion der DDP bzw. DStP wurde die Memoirenliteratur ausgewertet.

Eine hilfreiche Ergänzung stellte sodann das im Bundesarchiv Koblenz liegende, bisher nicht veröffentlichte Material des Bestandes der DDP bzw. DStP (R 45 III) dar, das politische und organisatorische Informationen und Weisungen der Haupt- und Reichsgeschäftsstelle und einiger Ausschüsse der DDP/DStP sowie ungedruckte Parteitagsprotokolle enthält. Durchgesehen wurden auch die im Bundesarchiv Berlin liegenden, relevanten Nachlässe, von denen die von Theodor *Heuss*, Karl *Jarres*, Jakob *Kaiser* und Erich *Koch-Weser* mit Gewinn herangezogen werden konnten. Ferner wurden der Nachlass des preußischen Kultusministers Carl Heinrich *Becker* sowie die den Preußischen Landtag betreffenden Akten im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin eingesehen. Die Bestände des Kölner Stadtarchivs konnten leider nur zum Teil für die Edition erschlossen werden. Durch den Einsturz des Archivs im Jahre 2009 wurde ein nicht unwesentlicher Teil des Bestandes, wie die im Nachlass *Mallinckrodt* befindlichen Sitzungsprotokolle der liberalen Stadtverordnetenfraktion, der Benutzung entzogen. Dagegen konnte auf die Nachlässe Konrad *Adenauers* im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf, der Landtagsabgeordneten Martha *Dönhoff* im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, des preußischen Innenministers Alexander *Dominicus* im Landesarchiv

Berlin und des Parteivorsitzenden Carl Wilhelm *Petersen* im Staatsarchiv Hamburg rekurriert werden. Auch waren die *Falk* betreffenden Akten im Landesarchiv Düsseldorf, im Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien und im Archives Nationales Paris/Frankreich (Fonds *Tirard*) zugänglich.

Als weitere Hilfen zur Benutzung und wissenschaftlichen Auswertung der Quelle sind dem Band verschiedene Verzeichnisse, ein »Verzeichnis der Archivalien«, ein »Literaturverzeichnis« sowie ein »Verzeichnis der Abkürzungen«, beigefügt. Einen schnellen Zugriff auf die Quelle bietet ein Personenregister. Verweise auf den Editionsteil erfolgen in der Einleitung unter Angabe von »Edition« und der entsprechenden Seitenzahl.

Danksagung

Zum Schluss bleibt die gern erfüllte Pflicht zu danken. Verbunden bin ich vor allem der Fritz Thyssen Stiftung, ohne deren finanzielle Unterstützung dieses Projekt nicht zustande gekommen wäre. Dank aussprechen möchte ich auch den Mitarbeitern der besuchten Archive und Bibliotheken sowie all jenen, die mir wertvolle Hilfestellung geben konnten. Gedankt werden soll weiterhin den Mitgliedern und Mitarbeitern der Parlamentarismus-Kommission, die das Projekt betreut und kritisch begleitet haben. Besondere Erwähnung verdient vor allem Dr. Wolfgang Hölscher, der die Edition redaktionell betreut hat und für das satztechnische Layout verantwortlich war.

B. Verzeichnis der Archivalien

Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (AStBKAH), Bad Honnef-Rhöndorf
NL Konrad Adenauer, I 01.01

Archives Nationales Paris/Frankreich
Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans:
Fonds Tirard, AJ 9/5679 und 3777.

Archives de la Ville de Bruxelles/Belgien
Bureau des Etrangers, Nr. 181531.

Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach
NL Martha Dönhoff

Bundesarchiv Berlin
Reichskanzlei R 43 I/1837

Bundesarchiv Koblenz
Bestand Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei (R 45 III)
Zeitgeschichtliche Sammlung (ZSg 105/4)
NL Theodor Heuss (N 1221)
NL Karl Jarres (N 1099)
NL Jakob Kaiser (N 1018)
NL Erich Koch-Weser (N 1012)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Berlin
I. HA, Rep. 169 D I, Nr. 44: Sitzungsprotokolle des Ältestenrats des Preußischen Landtags
VI. HA, Rep. 92: NL Carl Heinrich Becker

Landesarchiv Berlin
NL Alexander Dominicus: E.-Rep. 200-41, Nr. 26

Landesarchiv NRW, Düsseldorf
Gerichte, Rep. 266, Nr. 8972

Stadtarchiv Köln
Bestand 401, Nr. 744

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Zeitschriften und gängige Periodika, die in abgekürzter Form wiedergegeben werden (GG, HZ, VfZ), sind in diesem Verzeichnis nicht aufgeführt, können aber mit Hilfe des Abkürzungsverzeichnisses aufgeschlüsselt werden.

ADENAUER, Konrad: Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 355–404.

ADERS, Thomas: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), Frankfurt a.M. u.a. 1994.

DIE AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, 2 Bde., Boppard am Rhein 1978.

DIE AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.

DIE AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Brüning I und II, 2 Bde., Boppard am Rhein 1982.

ALBERTIN, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

ALEXANDER, Thomas: Carl Severing – Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992.

BARKAI, Abraham: Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps (Hrsg.): Juden in der Weimarer Republik, S. 330–346.

BARKAI, Avraham: »Wehr dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002.

BENNATHAN, Esra: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Mosse/Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 87–131.

BERDING, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

BISCHOF, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918–1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatsbestrebungen, Bern 1969.

BLANKE, Hermann-Josef (Hrsg.): Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart, Paderborn/München/Wien/Zürich 2003.

BLASIUS, Dirk/DINER, Dirk (Hrsg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt a.M. 1993.

BOHNKE-KOLLWITZ, Jutta, u.a. (Hrsg.): Köln und das rheinische Judentum: Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984.

BOLDT, Hans: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990.

BRACHER, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Unveränderter, mit einem Vorwort versehener Nachdruck der 5. Auflage (1971), Düsseldorf 1978.

BRADLER, Günther (Bearb.): Friedrich Payer (1847–1931): Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente, Göppingen 1974.

BRAUN, Otto: Von Weimar zu Hitler. Dritte Auflage der Ausgabe New York 1940, Hildesheim 1979.

BÜTTNER, Ursula: Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs. Ein Beitrag zur Diskussion über »ökonomische Zwangslagen« in der Endphase von Weimar, in: VfZ 37 (1989), S. 209–251.

CHRISTOV, Alexander: »Wir sind die junge Garde des Proletariats!« Arbeiterjugendbewegung im Kölner Raum 1904–1919, Siegburg 2007.

CHRONIK ZUR GESCHICHTE DER STADT KÖLN. Bd. 2: Von 1400 bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Peter Fuchs, Köln 1991.

DER NACHLASS DES REICHSKANZLERS WILHELM MARX, Teil II, bearb. v. Hugo Stehkämper, Köln 1968.

Van DOORSLAER, Rudi/DEBRUYNE, Emmanuel/SEBERECHTS, Frank/WOUTERS, Nico: La Belgique docile. Les autoriés belges et la persécution des Juifs en Belgique durant la Seconde Guerre mondiale, 2 Bde., Bruxelles 2007.

EHNI, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn/Bad Godesberg 1975.

EPSTEIN, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Princeton, New Jersey 1959.

ERDMANN, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966. – Zitiert als Erdmann, Adenauer.

ERDMANN, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 40 (1966), S. 106–129. – Zitiert als Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik.

ERGER, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik, Düsseldorf 1967.

ERKELENZ, Anton (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928.

ERNESTI, Christoph: Der Schauprozeß – die »Arisierung« der Weberei Rothschild, in: Sie waren unsere Nachbarn, S. 54–62.

ERZBERGER, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920.

FAATZ, Arndt: Hugo Preuß (1860–1925), in: Michael Fröhlich (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002, S. 15–26.

FEDER, Ernst: Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932. Hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.

FÖHSE, Ulrich: Die Wahls in Barmen. Ein jüdisches Familienschicksal in Briefen, in: Klaus Goebel (Hrsg.): Unter Hakenkreuz und Bombenhagel. Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989, S. 164–176.

FRIEDT, Heinz Gerd/ ESSER, Norbert: Die Geschichte der jüdischen Gemeinde, o.O., o.J

FRYE, Bruce B.: The German Democratic Party and the »Jewish problem« in the Weimar Republic, in: Leo Baeck Institute: Year Book XXI (1976), S. 143–172.

FRYE, Bruce B.: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985.

GENDTNER, Otto/HENGSBACH, Hans/WESTERKAMP, Sibille: »Ich bin katholisch getauft und Arier«. Aus der Geschichte eines Kölner Gymnasiums, Köln 1985.

GIESECKE, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 162–177.

GOLOMBEK, Dieter: Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929), Mainz 1970.

GRAB, Walter/SCHOEPS, Julius H. (Hrsg.): Juden in der Weimarer Republik. Skizzen und Porträts, 2. Aufl., Darmstadt 1998.

GRÜNTHAL, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.

HÄUSSERMANN, Ekkhard: Konrad Adenauer und die Presse vor 1933, in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 207–247.

HAMBURGER, Ernest/PULZER, Peter: Jews as Voters in the Weimar Republic, in: Leo Baeck Institute Year Book XXX (1985), S. 3–66.

HAMBURGER, Ernest: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968.

HAMMER, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier, Frankfurt a. M. 1956.

HANDBUCH DER DEUTSCHSPRACHIGEN EMIGRATION 1933–1945. Hrsg. v. Claus-Dieter Krohn, Patrik von zur Mühlen, Gerhard Paul und Lutz Winckler unter redaktioneller Mitarbeit von Elisabeth Kohlhaas in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Exilforschung, Darmstadt 1998.

HANDBUCH FÜR DEN PREUßISCHEN LANDTAG,

1. Wahlperiode, Berlin 1921
2. Wahlperiode, Berlin 1925
3. Wahlperiode, Berlin 1928
4. Wahlperiode, Berlin 1932

HANDBUCH FÜR DIE VERFASSUNGGEBENDE PREUßISCHE LANDESVERSAMMLUNG, Vorläufige Ausgabe vom März 1919, Berlin 1919.

HAUSSMANN, Conrad: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.

HARDACH, Karl: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Göttingen 1976.

HENNING, Friedrich-Wilhelm: Die Stadterweiterung unter dem Einfluss der Industrialisierung (1871–1914), in: Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft. Bd. 2. Herausgegeben im Auftrag des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsarchivs zu Köln von Hermann Kellenbenz, Köln 1975, S. 267–357.

HENNING; Hansjoachim: Juden in der deutschen Wirtschaft 1850–1939, in: Schörken/Löwisch (Hrsg.): Das doppelte Antlitz, S. 107–124.

HERMAND, Jost: Juden in der Kultur der Weimarer Republik, in: Grab/Schoeps (Hrsg.): Juden in der Weimarer Republik, S. 9–37.

HOFFMANN, Christhard: Zum Begriff der Akkulturation, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Sp. 117–126.

HÖMIG, Herbert: Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005.

HÖMIG, Herbert: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979.

HORNUNG, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978.

HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981.

HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.

HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1964.

HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Deutsche Verfassungsdokumente 1900–1918, 3. neubearb. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln 1990.

HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.

ILSAR, Yehiel: Zum Problem der Symbiose. Prolegomena zur deutsch-jüdischen Symbiose, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 14 (1975), N.F., Nr. 51, S. 122–165.

JESERICH, Kurt G. A.: Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph Unruh. Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 487–524.

JOCHMANN, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988.

JONES, Larry Eugene: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party Sytem, 1918–1933, Chapel Hill/London 1988.

KESSLER, Alexander: Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, München 1980.

KESSLER, Alexander: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., Bd. 1: 1928–1930, 2. Aufl., München 1975, Bd. 2: 1931–1933, München 1976.

KLEINERTZ, Everhard: Grundzüge der Geschichte Kölns im 19. Jahrhundert, in: Der Kölner Dom im Jahrhundert seiner Vollendung. Bd. 2. Essays zur Ausstellung der Historischen Museen in der Josef-Haubrich-Kunsthalle Köln 16. Oktober 1980 bis 11. Januar 1981, Köln 1980, S. 48–61.

KLEINERTZ, Everhard: Konrad Adenauer als Beigeordneter der Stadt Köln (1906–1917), in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 33–78.

KLEINERTZ, Everhard/ PABST, Klaus: Die Kölner Beigeordneten 1906–1933 (Biographische Daten), in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 619–641.

KNIPPING, Franz/WEISENFELD, Ernst (Hrsg.): Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988.

KNÜTTER, Hans Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971.

KÖHLER, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, 2 Bde., 2. Aufl., Frankfurt a.M./Berlin 1997 (Taschenbuchausgabe).

KÖHLER, Henning: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986.

KÖHLER, Henning: Paul Tirard (1879–1945), in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 12, Köln 1991, S. 257–273.

KOLB, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962.

KOLB, Eberhard: Der Frieden von Versailles, München 2005.

KOLB, Eberhard: Gustav Stresemann, München 2003.

KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik, 6. Aufl., München 2002.

KRÜGER, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, 2. Aufl., Darmstadt 1993.

KRUSE-JARRES, Jürgen D.: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben – vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006.

LANGEWIESCHE, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.

LANGKAU-ALEX, Ursula: Belgien, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Sp. 168–174.

LAUTERER, Heide-Marie: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949, Königstein/Taunus 2002.

LIEPACH, Martin: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik, Tübingen 1996.

LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin, Düsseldorf 1980.

LINKSLIBERALISMUS IN PREUßEN. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalmann, 2 Bde., Düsseldorf 2009.

LÖBE, Paul: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen. Dritte, erweiterte Neuausgabe, Berlin 1954.

LOOSE, Hans-Dieter: Altona und die Groß-Hamburg-Frage, in: Hartmut Hohlbein u.a. (Hrsg.): Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde. Altona, Harburg-Wilhelmsburg, Wandsbek gehen in Groß-Hamburg auf, Hamburg 1988, S. 41–55.

LOWENTHAL, E. G.: Die Juden im öffentlichen Leben, in: Mosse/Paucker, Entscheidungsjahr 1932, S. 51–85.

LUIG, Klaus: ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Herausgegeben von der Rechtsanwaltskammer Köln, Köln 2004.

MATTHIAS, Erich/MORSEY, Rudolf: Die Deutsche Staatspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien vor 1933. Darstellungen und Dokumente. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1960, Düsseldorf 1984.

M.D.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Herausgegeben und eingeleitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1991.

MENGES, Franz: Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik, Diss., Berlin 1971.

MESNIL, Herbert du: Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947), bearb. von Jürgen Kloosterhuis, Köln/Weimar/Wien 1998.

MEYER, Oscar: Von Bismarck zu Hitler, Offenbach 1948.

MÖLLER, Horst: Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 367–387.

MÖLLER, Horst: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985.

MÖLLER, Horst: Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815 bis 1945, Boppard am Rhein 1985, S. 183–217, 326–334. – Der Artikel ohne biographischen Anhang auch in: VfZ 30 (1982), S. 1–26.

MÖLLER, Horst: Die Verwaltung in den Ländern des Reiches. Preußen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph Unruh. Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 540–557.

MORSEY, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966.

MORSEY, Rudolf: Karl Trimborn (1854–1921), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Rudolf Morsey, Mainz 1973, S. 81–93.

MORSEY, Rudolf: Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914–1945, in: Rheinische Vierteljahresblätter 30 (1965), S. 176–220.

MORSEY, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977.

MOSSE, Werner E.: Zwei Präsidenten der Kölner Industrie- und Handelskammer: Louis Hagen und Paul Silverberg, in: Bohnke-Kollwitz, Köln und das rheinische Judentum, S. 308–340.

MOSSE, Werner/PAUCKER, Arnold (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1965.

MÜLLER, Guido: Weltpolitische Bildung und Akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln u.a. 1991.

NEUHAUS, Georg: Die Steuern und Finanzen, in: Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter preußischer Herrschaft 1815 bis 1915. Hrsg. v. d. Stadt Cöln, Bd. 2: Die Verwaltung der Stadt Cöln seit der Reichsgründung in Einzeldarstellungen, Köln 1915, S. 664–723.

NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.

NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.

NIPPERDEY, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

NOSKE, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947.

NUSCHKE, Otto: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Erkelenz, Zehn Jahre deutsche Republik, S. 24–41.

PIKART, Eberhard: Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: VfZ 6 (1958), S. 119–137.

PORTNER, Ernst: Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung, Bonn 1973.

DIE PROTOKOLLE DES PREUßISCHEN STAATSMINISTERIUMS 1817–1934/38, Bd. 11/I und II (14. November 1918 bis 31. März 1925), bearbeitet von Gerhard Schulze, Hildesheim/Zürich/New York 2002.

DIE PROTOKOLLE DES PREUßISCHEN STAATSMINISTERIUMS 1817–1934/38, Bd. 12/I und II (4. April 1925 bis 10. Mai 1938), bearbeitet von Reinhold Zilch unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Hildesheim/Zürich/New York 2004.

PUFENDORF, Astrid von: Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997.

PULZER, Peter: Jews and the German State. The political history of a minority 1848–1933, Oxford/Cambridge 1992.

RECKER, Marie-Luise: Adenauer und die englische Besatzungsmacht (1918–1926), in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 99–121.

REIBEL, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, 2 Bde., Düsseldorf 2007.

REIMER, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt a.M./Bern/Las Vegas 1979.

RIBHEGGE, Wilhelm: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947, Münster 2008.

RICHTER, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002.

RITTBERG, Else Gräfin von: Der preußische Kirchenvertrag von 1931. Seine Entstehung und seine Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche in der Weimarer Republik, Diss. phil., Bonn 1960.

RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980.

ROECKEN, Sully: Else Falk 1872–1956, in: Kölner Frauengeschichtsverein (Hrsg.), »10 Uhr pünktlich Gürzenich«. Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine, Münster 1995, S. 220–222.

ROMEYK, Horst: Adenauers Beziehungen zum Rheinischen Provinzialverband und zu staatlichen Behörden, in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 295–328.

RÜRUP, Reinhard: Jüdische Geschichte in Deutschland. Von der Emanzipation bis zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, in: Blasius/Diner (Hrsg.): Zerbrochene Geschichte, S. 79–101.

RUNGE, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.

SCHÄFER, Heinrich: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919.

SCHLEMMER, Martin: »Los von Berlin«. Die Rheinstaatsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln/Weimar/Wien 2007.

SCHMITZ, Kurt: Der Rheinische Provinziallandtag 1875–1933, Neustadt a.d. Aisch 1967.

SCHNEIDER, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.

SCHOEPS, Julius H.: Die mißglückte Emanzipation. Zur Tragödie des deutsch-jüdischen Verhältnisses, in: Schörken/Löwisch (Hrsg.): Das doppelte Antlitz, S. 9–21.

SCHÖRKEN, Rolf/LÖWISCH, Dieter-Jürgen (Hrsg.): Das doppelte Antlitz. Zur Wirkungsgeschichte deutsch-jüdischer Künstler und Gelehrter, Paderborn u.a. 1990.

SCHUBERT, Kurt: Jüdische Geschichte, 3. Aufl., München 1999.

SCHÜREN, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

SCHULTHESS' Europäischer Geschichtskalender. 1903–1933, München 1904–1934.

SCHULZ, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963.

SCHULZE, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/Berlin/Wien 1977.

SCHUMACHER, Martin: Hausbesitz, Mittelstand und Wirtschaftspartei in der Weimarer Republik, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973. Herausgegeben von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 823–835.

SCHUMACHER, Martin: Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972.

SCHWAB, Herbert, Nationalliberale Partei (NLP) 1867–1918, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 344–373.

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1.: Der Aufstieg: 1876–1952, 2. Aufl., Stuttgart 1986.

SERUP-BILFELDT, Kirsten: Zwischen Dom und Davidstern. Jüdisches Leben in Köln von den Anfängen bis heute, Köln 2001.

SEVERING, Carl: Mein Lebensweg, 2 Bde., Hamburg 1950.

SIE WAREN UNSERE NACHBARN. Die Geschichte der Juden in Stadtoldendorf. Ein Gedenkbuch von Christoph Ernesti mit Beiträgen von Günther Lilge. Hrsg. v. der Stadt Stadtoldendorf, 2. Aufl., Holzminden 1996.

SITZUNGSBERICHTE UND DRUCKSACHEN DER VERFASSUNGGEBENDEN PREUßISCHEN LANDESVERSAMMLUNG 1919–1921, Berlin 1919–1921. – Zitiert als SBpLV.

SITZUNGSBERICHTE UND DRUCKSACHEN DES PREUßISCHEN LANDTAGS. 1. Wahlperiode 1921/24–5. Wahlperiode 1933, Berlin 1922–1933. – Zitiert als SBpLT.

SOLLMANN, Wilhelm: Die Revolution in Köln. Ein Bericht über Tatsachen, Köln 1918.

SOUTOU, Georges-Henri: Deutschland, Frankreich und das System von Versailles. Strategien und Winkelzüge der Nachkriegs-Diplomatie, in: Knipping/Weisenfeld, Eine ungewöhnliche Geschichte, S. 73–84.

STANG, Joachim: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933, Düsseldorf 1994.

STEFFANI, Winfried: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960.

STEHKÄMPER, Hugo (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976, Köln 1976.

STEPHAN, Werner: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983.

STEPHAN, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen1973.

STOOSS, Alfred: Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Cöln, in: Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter preußischer Herrschaft 1815 bis 1915. Hrsg. v. d. Stadt Cöln, Bd. 2: Die Verwaltung der Stadt Cöln seit der Reichsgründung in Einzeldarstellungen, Köln 1915, S. 356–387.

STRENGE, Barbara: Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München/New Providence/London/Paris 1996.

THIEME, Hartwig: Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914–1918, Boppard am Rhein 1963.

TROELTSCH, Ernst: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt a. M. 1994.

ULLMANN, Hans-Peter: Der deutsche Steuerstaat: Geschichte der öffentlichen Finanzen vom 18. Jahrhundert bis heute, München 2005.

URSACHEN UND FOLGEN. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. u. bearb. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 1–9, Berlin 1958–1968.

VERHANDLUNGEN DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG ZU KÖLN. Hrsg. v. d. Oberbürgermeister zu Köln, Köln 1909–1933.

VERHANDLUNGEN DER VERFASSUNGGEBENDEN NATIONALVERSAMMLUNG. Stenographische Berichte und Anlagen (1919/20). – Zitiert als SBNV.

VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGES. Stenographische Berichte und Anlagen (1912–1932). – Zitiert als SBR.

VOGELSANG, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962.

VOLKOV, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, 2. Aufl., München 2000.

VOLKOV, Shulamit: Die Dynamik der Dissimilation: Deutsche Juden und die ostjüdischen Einwanderer, in: Blasius/Diner (Hrsg.): Zerbrochene Geschichte, 1993, S. 64–78.

VOLKOV, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994.

VOLKOV, Shulamit: Jüdische Assimilation und jüdische Eigenart im Deutschen Kaiserreich. Ein Versuch, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 331–348.

VON BASSERMANN ZU STRESEMANN. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstands 1912–1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967.

WAGNER, Wilfried: Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard am Rhein 1974.

WAHL, Fritz: Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot, in: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945, Heidelberg 1952, S. 105–122.

WALLRAF, Max: Aus einem rheinischen Leben, Hamburg/Berlin 1926.

WEGENER, Gertrud: Die Wahl Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln im Jahre 1917, in: Stehkämper, Konrad Adenauer, S. 79–98.

WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, 2. Aufl., München 2003.

WEIN, Franziska: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930, Essen 1992.

WENDE, Erich: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.

WETTE, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, 2. Aufl., Düsseldorf 1988.

WILHELM SOLLMANN, 2 Bde., hrsg. v. Nachrichtenamt der Stadt Kölnb, Köln 1981.

WIRSCHING, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.

WITT, Peter-Christian: Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Lutz Niethammer (Hrsg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385–407.

WUNDER, Bernd: Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 1986.

YERUSHALMI, Yosef Hayim: »Diener von Königen und nicht Diener von Dienern«. Einige Aspekte der politischen Geschichte der Juden. Vortrag gehalten in der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung am 19. Oktober 1993, München 1995.

ZIMMERMANN, Moshe: Die deutschen Juden 1914–1945, München 1997.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordnete(r)
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
Anl.	Anlage(n)
Anm.	Anmerkung(en)
Art.	Artikel
AStBKAH	Archiv-Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
BA	Bundesarchiv
Bd./Bde.	Band/Bände
bearb.	bearbeitet
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
geb.	geboren
Geh.	Geheimer
GG	Geschichte und Gesellschaft
GSTA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HA	Hauptabteilung
H.i.O.	Hervorhebung im Original
HZ	Historische Zeitschrift
i.R.	im Ruhestand
Jg.	Jahrgang
kgl.	königlich
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LT	Landtag
LV	Landesversammlung
Md	Mitglied des
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdI	Ministerium des Innern (Innenministerium)
MdNV	Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
MdpAH	Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses
MdpHH	Mitglied des Preußischen Herrenhauses
MdpLT	Mitglied des Preußischen Landtags
MdpLV	Mitglied der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung
MdR	Mitglied des Deutschen Reichstags
MS	Manuskript
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHL	Oberste Heeresleitung
PA	Parteiausschuß
Preussag	Preußische Bergwerks- und Hütten-AG
Prov.	Provinz
ProvLT	Provinziallandtag
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SBdkNV	Stenographische Berichte der konstituierenden Nationalversammlung
SBNV	Stenographische Berichte der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung
SBpLT	Stenographische Berichte des Preußischen Landtags
SBpLV	Stenographische Berichte der Preußischen Landesversammlung
SBR	Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StS	Staatssekretär
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VortR	Vortragender Rat
VStVK	Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu Köln
Z	Zentrumspartei

Edition

Lebenserinnerungen von Bernhard Falk

Bergheim a.d. Erft ist eine kleine Kreisstadt, die behaglich in das Wiesental der Erft eingebettet ist. [Abgesehen von e]ine[r] alte[n] Festung weist die Stadt neben Überresten von Mauer und Graben noch eine alte stattliche Torburg nach der Jülicher Seite auf. In den Tagen meiner Kindheit stand in der Richtung auf Köln zu eine gleiche Torburg, die zum Teil von der Erft umflutet war und deshalb gute Verteidigungsmöglichkeiten gab. Sie ist schon vor Jahrzehnten den Ansprüchen des Verkehrs zum Opfer gefallen. Auf dem sogenannten Damm der Erft befindet sich der uralte Judenfriedhof mit verwitterten Grabsteinen und wildem Gerank von Strauch- und Buschwerk. Hier liegen meine Vorfahren begraben, die seit unvordenklicher Zeit in Bergheim, oder in dem benachbarten Oberaussem wohnten, das heute im Mittelpunkt der blühenden rheinischen Braunkohlenindustrie liegt, aber in meiner Jugend nichts als ein schlichtes, wenn auch recht wohlhabendes Dorf mit schönen Obstgärten war. Ob Bergheim zu den sieben Burgen gehört, auf die der Erzbischof *Hermann III.*[1] die Kölner Judengemeinde vor den Kreuzfahrern geflüchtet hat, ist ungewiß. Sicherlich gehört die Bergheimer jüdische Gemeinde zu den ältesten der Rheinprovinz. Mein Urgroßvater[2] hat sich zu den Cisrhenanen[3] bekannt. Mein Vater[4] ist in Oberaussem, ich bin in Bergheim geboren. Mein Vater war ein rechtlicher und deshalb überall geachteter, fleißiger und ernster Mann. Meine Mutter stammte aus Bad-Nenndorf. Sie hieß Rosa *Behrend*.[5] Ihre Familie läßt sich in Nenndorf und Rodenberg bis zum Jahre 1680 in unterbrochener Linie verfolgen. Über die Familie meiner Großmutter väterlicherseits besitze ich kaum irgendwelche Anhaltspunkte. Sie hieß *Kauffmann* und wohnte in Linnich. Mütterlicherseits stammte meine Mutter [von der] aus der Stadt Oldendorf in Braunschweig angesessenen Familie *Rothschild* [ab], die ihre Herkunft in ununterbrochener Reihe von Rabbi Josef ben Isaac Halevy *Aschkenasy*[6] nachweisen kann. *Aschkenasy* war 1550 Rabbiner in Bonn, um 1570 Rabbiner in Metz. Er ist 1628 in Frankfurt gestorben. Meine Mutter hat ihre Jugendjahre in Stadtoldendorf im Hause ihres kinderlosen Oheims Ephraim *Rothschild*[7] verbracht. Dieser hat in seinem 80. Lebensjahre eine Geschichte seines Hauses geschrieben.[8]

In meinem Elternhause herrschte ein religiöses, aber nicht frömmelndes Leben. Meine Mutter war eine wirkliche fromme Frau. Sie hat meinen Vater fast 32 Jahre überlebt und schwere Schicksale erfahren. Ihr Gottvertrauen half ihr, das Geschick zu ertragen. Sie war zwar, besonders in ihren letzten Lebensjahren, nicht selten bitter und vergrämt, konnte aber auch recht heiter sein. Ihr Lieblingsschriftsteller Fritz *Reuter*[9] war ihr oft

1 Graf *Hermann III. von Hochstaden* (um 1055–1099), 1089–1099 Erzbischof von Köln.

2 Seligmann *Falk* (1761–1833).

3 Anhänger der 1797 aus den französisch besetzten linksrheinischen Gebieten gegründeten Cisrhenanischen Republik. Nach dem Frieden von Campo Formio im Oktober 1797 und der Anerkennung der Rheingrenze durch den Kaiser wurde das linke Rheinufer von Frankreich annektiert.

4 Salomon *Falk*, geb. 1826.

5 Rosa *Falk* geb. *Behrend* (1839–1918).

6 Josef Isaac *Ashkenazi* oder *Aschkenasy* (auch Josef Ben Isaak odere Jossel Achkenasi Levy) (1550–1628), 1595–1627 Rabbiner in Metz.

7 Ephraim *Rothschild* (1808–1901), Guts- und Fabrikbesitzer. Vgl. SIE WAREN UNSERE NACHBARN, S. 44; ERNESTI, Der Schauprozeß.

8 Die handschriftlichen Aufzeichnungen von Ephraim ROTHSCHILD: Lebenserinnerungen, Stadtoldendorf 1893–1901, sowie die nicht veröffentlichte maschinengeschriebene Überarbeitung von Fred ULLMANN: Ephraim Rothschild, Stadtoldendorf i. Br. und sein Lebensweg, 1936, befinden sich in Privatbesitz.

9 Fritz *Reuter* (1810–1874), niederdeutscher Schriftsteller, 1833–1840 Festungshaft wegen der Teilnahme an »hochverräterischen« burschenschaftlichen Verbindungen in Jena, Privatlehrer, Stadtverordneter in Treptow (heute Altentreptow).

Tröster in schweren Stunden. Bei aller Herzensgüte verlangte sie von mir mit großem Nachdruck die Ausübung der gleichen Religiosität, zu der sie sich ihrer Weltanschauung gemäß mit Selbstverständlichkeit, aber auch mit Hingebung bekannte. Sie betonte immer wieder, das sei sie dem Andenken meines Vaters schuldig – der übrigens in diesen Dingen weit duldsamer war als die Mutter. Daraus entwickelten sich Konflikte mancher Art, die bald zu ernsten Auseinandersetzungen mit erregten Gefühlsausbrüchen führten, oft aber auch einer lustigen Komik nicht entbehrten. So beispielsweise, wenn meine Frau und ich uns krampfhaft bemühten, den Anschein aufrechtzuerhalten, als ob wir in unserem Haushalt die mosaischen Speisegesetze befolgten und unseren Kindern die Befolgung der Zeremonialgesetze zur strengen Pflicht machten. Um Frieden zu haben, besonders aber um die hochbetagte, von Leiden des Alters heimgesuchte Frau vor schweren seelischen Erschütterungen zu bewahren, mußten wir notgedrungen bisweilen die Wahrheit auf den Kopf stellen.

Mein Elternhaus war nicht nur ein streng religiöses jüdisches Haus, sondern war auch von Liebe zum deutschen Vaterlande und von Bewunderung der Großtaten des deutschen Volkes erfüllt. Meine Kindheit fiel ja in die Zeit des glorreichen Krieges mit Frankreich, in die Wiedererstehung des Deutschen Reiches, in die Jahre größter deutscher Blüte. Meine Eltern waren bewußt deutsche Patrioten. Der Zionismus, der kaum noch in seinen Anfängen erkennbar war, hätte niemals in mein Elternhaus einziehen können. Die letzten Worte, die ich von meiner sterbenden Mutter am Tage vor ihrem Tode gehört habe, waren: »Was macht unser guter Kaiser?«

Außer der von Ludwig *Philippson*[10] in Bonn begründeten »Allgemeinen Zeitung des Judentums«, die für die kulturelle Erziehung und die Erstarkung der deutsch-vaterländischen Gesinnung der Juden unvergängliche Verdienste hat, und der »Gartenlaube« von Ernst *Keil*[11] wurde in meinem Elternhaus stets und ohne Unterbrechung die »Kölnische Zeitung« gehalten, nicht etwa das »Berliner Tageblatt« oder die »Frankfurter Zeitung«, die in jüdischen Kreisen starke Verbreitung fanden. Mein Vater bekannte sich zur nationalliberalen Partei. Mein Elternhaus zeigte in allem den Stil des deutschen gebildeten und liberalen Bürgerhauses. In diesem Geiste wurde ich erzogen. Der Geist meines Elternhauses war bestimmend für meine innere Entwicklung und für meinen Werdegang. In meinem Vater, der 1826 geboren war, lebte die Erinnerung an *Napoleon I.*[12] fort, die länger als zwei Menschenalter die Rheinländer gefangen hielt. Meine Mutter erzählte mit Abscheu von *Jérome Immer Lustig*[13], der von *Napoleons* Gnaden etwa ein Jahrzehnt lang der Beherrscher ihrer Heimat gewesen war. Mein Vater hatte den gewaltigen Aufschwung erlebt, den Eisenbahn, Dampfschiff und Telegraph hervorgezaubert hatten. Meine Mutter erzählte oft und gern von der stillen Beschaulichkeit, die ihre Jugend in dem kleinen Landstädtchen begleitet hatte. Beide Eltern hatten noch den Druck verspürt, den die deutsche Kleinstaaterei mit ihren Zoll- und Verkehrsschranken der deutschen Wirtschaft aufgezwungen hatte, – wenn man in diesem

10 Ludwig *Philippson* (1811–1889), deutscher Schriftsteller und Rabbiner, 1837–1889 Herausgeber der »Allgemeinen Zeitung des Judentums« in Magdeburg, eine der wichtigsten Zeitungen für liberale Juden in Deutschland, Mitbegründer der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums.

11 Ernst *Keil* (1816–1878), deutscher Buchhändler, 1853 Begründer der Familienzeitschrift »Die Gartenlaube«.

12 *Napoleon Bonaparte*, eigentlich Napoleone Buonaparte (1769–1821), 1804–1814/15 Kaiser der Franzosen.

13 *Jérome Bonaparte* (1784–1860), jüngster Bruder *Napoleons*, 1807–1813 König von Westfalen, wegen seiner heiter-frivolen Lebensführung Beiname »Immer Lustig«; nach Waterloo unter dem Titel »Fürst von Montfort« Regent in Österreich, Italien und der Schweiz; unter dem zweiten Kaiserreich wieder in Frankreich.

Zusammenhang überhaupt von einer deutschen Wirtschaft sprechen kann. Beide hatten drei Kriege, die zur Einigung Deutschlands führen sollten, nicht nur erlebt, sondern auch begriffen. Beide hatten aber auch den seelischen Druck verspüren müssen, der erst durch die Emanzipation von den deutschen Juden genommen wurde. Beide gedachten dankbar Moses *Mendelssohns*[14], Gabriel *Riessers*[15], aber auch *Humboldts*[16] und der rheinischen Vorkämpfer, beide nahmen die Emanzipation, aber auch als ein Erfordernis ihrer Menschenrechte in Anspruch. Das alles fand einen Niederschlag in der Erziehung, die sie ihren Kindern in zärtlichster Elternliebe angedeihen ließen. Immer wieder mahnten sie uns zur Bescheidenheit. Als Juden seien wir doppelt verpflichtet im Tun und Lassen. Fehler und Ungehörigkeit des einzelnen fielen auf die Gesamtheit zurück. Mein schriftgelehrter Vater pflegte diese Ermahnung mit hebräischen Zitaten zu belegen, stellte dann nicht selten aber zu hohe Anforderungen an unser Wissen in jüdischen Dingen. Im Jahre 1870 sind meine Eltern nach Köln verzogen. Um das industrielle Unternehmen des Onkels *Rothschild* in Stadtoldendorf zu stützen, entschloß sich mein Vater im Jahre 1876 in dieses einzutreten. Wir blieben aber nicht ganz zwei Jahre dort und kehrten 1878 nach Köln zurück, weil mein Vater sich nicht an Land und Leute gewöhnen konnte, auch wohl weil die geschäftlichen Ergebnisse nicht seinen Erwartungen entsprachen. Ich habe in Köln die Volksschule besucht, mich weidlich mit anderen Knaben auf Straßen und Plätzen herumgetummelt. Antisemitische Erlebnisse hatte ich niemals, bevor wir nach Stadtoldendorf kamen. In diesem nüchternen, ärmlichen und spießigen Ort herrschte ein starker Antisemitismus, den auch ich als Kind von 9 oder 10 Jahren spürte. Das war der erste Mehltau, der sich auf meine hochfliegende Phantasie und meine weitspannenden Träume senkte, die immer wieder zu demselben Ziele führten. Ich sehnte mich mit allen Fasern meines Herzens danach, Kadett zu werden. Die Freude am Soldatentum und am Waffenhandwerk hat mich in den vielen Dezennien meines Lebens nie verlassen.

Nach der Rückkehr nach Köln wurde ich als Quartaner in das Gymnasium an der Apostelkirche[17] aufgenommen. Meine Eltern stimmten mit mir in dem Wunsche nach einer gymnasialen Bildung überein. Das Apostelgymnasium wurde gewählt, weil unsere Wohnung ganz in der Nähe lag. Ich bin heute noch dem Geschick dankbar, das mich auf diese Anstalt geführt hat, die mir die Freundschaft mancher Mitschüler, ich darf aber auch sagen, eine recht erfreuliche klassische Bildung vermittelt hat. Meine Freude an den griechischen und römischen Meistern habe ich leider auf meine Söhne als Erbgut nicht übertragen können. Das Apostelgymnasium ist eine katholische Anstalt. Das Lehrkollegium bestand ausschließlich aus Katholiken – abgesehen von dem evangelischen Religionslehrer, der aber zu meiner Zeit nur im Nebenamt tätig war. Vielleicht wurde gelegentlich auch einmal Turnunterricht von einem Protestanten erteilt. Die Schüler gehörten sicherlich zu mindestens drei Vierteln dem katholischen Bekenntnis an. Ich habe nie in meinem Leben eine so echte und ernste Toleranz gegenüber Andersgläubigen kennengelernt wie die, die in dem Kgl. Kath. Gymnasium an der Apo-

14 Moses *Mendelssohn* (1729–1786), deutsch-jüdischer Philosoph, Wegbereiter der jüdischen Aufklärung (Haskala).

15 Gabriel *Riesser* (1806–1863), deutsch-jüdischer Rechtsanwalt, Journalist und Politiker, Verfechter der Gleichberechtigung der Juden, 1859 Obergerichtsrat, erster jüdischer Richter in Deutschland, 1848/49 Md Frankfurter Nationalversammlung, 1859–1862 Mitglied und Vorsitzender der Hamburgischen Bürgerschaft.

16 Wilhelm *Humboldt* (1767–1835), deutscher Gelehrter, Staatsmann und Mitbegründer der Universität Berlin; Alexander *Humboldt* (1769–1859), deutscher Naturforscher und Mitbegründer der Geographie.

17 Kirche St. Aposteln am Kölner Neumarkt.

stelkirche[18] zu Köln herrschte. Durch den steten Umgang mit meinen katholischen Mitschülern, die nahezu ausnahmslos – ich entsinne mich der Ausnahmen übrigens sehr genau – strenggläubig waren und unter den Maßnahmen des Kulturkampfes litten, lernte ich katholische Anschauung und namentlich katholisches Empfinden weit besser kennen, als es in der Regel Nichtkatholiken möglich ist. In langen Jahren politischer Tätigkeit haben diese Erfahrungen und Erlebnisse sich ausgewirkt und fruchtbar erwiesen. Ich kann behaupten, daß in den sich über mehr als zwei Jahrzehnte hinziehenden Kämpfen gegen das Zentrum auch gegen fanatische Zentrumsagitatoren, die mir nichts geschenkt haben, das Wort »ultramontan«[19] mir niemals über die Lippen gekommen ist. Ich habe den Vorwurf des Ultramontanismus, den man bald der Zentrumspartei, bald der katholischen Kirche entgegenschleuderte, als eine ungerechte Beschuldigung empfunden. Der Weltkrieg und die Nachkriegszeit haben auch den Gegnern des Katholizismus den Beweis erbracht, daß dessen Bekenner sicherlich keine schlechteren Deutschen waren als alle anderen. Für mich war diese Beweisführung nicht nötig. Das Wesen und die tragende Idee der Zentrumspartei war stark untermauerter Klerikalismus und übersteigerter Konfessionalismus, der sich als ein Hemmschuh für den wissenschaftlichen Fortschritt auswirkte und zu einer Absonderung in katholisch-konfessionelle Vereine, Gesellschaften und Zirkel führte. Bei den großen Prozessionen, die ihren berauschenden Pomp nirgendwo in deutschen Landen stärker entfalten konnten, als im »hilligen« Köln, zogen die katholischen Studentenvereine, Beamtenvereine, Kaufmannsorganisationen, Gesellenvereine, Arbeitervereine, Akademikerverbände, gesellige Klubs, Jünglingsvereine, Mütter- und Jungfrauenvereine und – wenigstens in Kriegsvorzeit – Polen mit Bannern und Standarten auf. In der katholischen Bürgergesellschaft bildete sich das »Milieu«, das das festeste Band für das Zentrum darstellte. Diese selbstgewollte Absonderung war ein Unglück für Deutschland. Die Zerrissenheit des deutschen Volkes, dessen dornenvolle Geschichte erst sehr spät eine deutsche Nation entstehen ließ, wurde dadurch unheilvoll verstärkt. Die rheinischen Zentrumsleute waren in der Überzahl bewußte Demokraten von Väter- und Großväterzeiten her. Gleichwohl haben sie den politischen Fortschritt in Deutschland dreißig Jahre lang und länger gehemmt. Zwischen dem Zentrum und dem Liberalismus aller Schattierungen klaffte ein unüberbrückbarer Gegensatz auf kulturellem und kirch[en]politischem Gebiet.

Die Erinnerung an den Kulturkampf und die Maigesetze[20] lebte auch in der jüngeren Generation fort und erfüllte sie mit Mißtrauen nicht nur gegen ihre protestantischen Mitbürger, sondern gegen liberale Ideen und freiheitliche Anschauungen, die allerdings mit den starken Bindungen an kirchliche Autorität schwer zu vereinbaren schienen. Ebenso paßt der Kulturkampf schlecht in das sonst so abgerundete Bild der Staatskunst des großen *Bismarck*[21]. Es kam immer wieder zur Bildung eines schwarz-blauen

18 Kirche St. Aposteln am Kölner Neumarkt.

19 Mit dem Begriff »Ultramontanismus« wird eine Richtung innerhalb des Katholizismus bezeichnet, die sich streng an der päpstlichen Kurie, d.h. am »jenseits der Berge« (lat. ultra montes) liegenden Rom orientierte. Diese Haltung setzte sich im deutschen Episkopat im frühen 19. Jahrhundert durch. Zum politischen Kampfbegriff avancierte die Bezeichnung vor allem im sogenannten Kulturkampf in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

20 Mit den vier Maigesetzen von 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten, über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel und über den Austritt aus der Kirche erreichte der Kulturkampf in Preußen seinen Höhepunkt.

21 Otto Fürst v. *Bismarck* (1815–1898), Herzog von Lauenburg, 1865 Graf, 1871 Fürst, 1851 preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt, 1859 Gesandter in Petersburg, dann Botschafter in Paris, 1862 Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, 1871–1890 Reichskanzler.

Blocks im Reichstag und den Parlamenten der Bundesstaaten. Das Zentrum der Vorkriegszeit leistete den Konservativen immer wieder Vorspanndienste. Man darf ruhig sagen, daß ohne diese Bereitwilligkeit des Zentrums, das konservative Regime in Deutschland zu stützen, es den Konservativen kaum gelungen wäre, ihre Herrschaft so lange und so uneingeschränkt zu behaupten. Und das vermochten die klugen und selbstbewußten Führer des Zentrums immer wieder über sich zu bringen, obwohl [sie] sich mit Recht über die Zurücksetzung des katholischen Volksteils beklagten. Hinter die Stärkung der Kirche und die konfessionell-religiösen Ideen wurden alle anderen Gedanken und Empfindungen zurückgedrängt. Das habe ich schon während meiner Gymnasialzeit erkannt. Ich habe die übersteigerte Wertung des Konfessionalismus bei meinen Mitschülern nie verstehen können. Allerdings muß ich sagen, daß diese Denkart fast nie aggressiv, sondern so gut wie ausnahmslos apologetisch war und einem seelischen Bedürfnis entstammte. Unter meinen Lehrern waren hervorragend tüchtige Männer, die aber teilweise einer gewissen schnurrigen Originalität nicht entbehrten. Sie gab dem Schülerwitz reiche Nahrung, und insbesondere den Lehrern treffende Spitznamen, an die ich mit Vergnügen zurückdenke. Meine Verehrung über das Grab hinaus gilt dem Direktor Professor *Bigge*[22], der der Lehrer des Großherzogs von Baden[23], [des Schwiegersohns][24] des großen Kaisers *Wilhelm*[25], gewesen war. Ihm verdanke ich meine Freude an der Geschichtswissenschaft, die mich durch das Leben begleitet und deren Erkenntnisse und Lehren für meine Entschlüsse im politischen Leben bestimmend waren. In Dankbarkeit verbunden bin ich auch dem katholischen Religionslehrer, dem späteren Weihbischof *Müller*[26]. Er unterrichtete mich im Französischen und Hebräischen. Ich glaube Ordentliches bei ihm gelernt zu haben. Ich war in beiden Primen der einzige Jude, aber auch Klassenordner – was man später Vertrauensmann nannte und Vorturner. Das Abiturientenexamen bestand ich im Jahre 1885 unter Entbindung von der mündlichen Prüfung.

Hätte ich meinen Neigungen folgen können, so hätte ich mich dem Heeresdienst gewidmet. Das war aber nicht möglich. Ebenso mußte ich schweren Herzens auf das Studium der Geschichtswissenschaft verzichten. Meine Eltern waren nicht so vermögend, um mir einen Beruf ermöglichen zu können, der wirtschaftlich gesehen, völlig aussichtslos erscheinen mußte. So kam es, daß ich mich im Sommersemester 1885 in Bonn als studiosus juris immatrikulieren ließ. Dort habe ich meine gesamte Studienzeit verbracht, bis auf mein zweites und drittes Semester, während deren ich im Infanterie-Leib-Regiment in München meiner Dienstzeit genügte. Dieser Ausdruck ist übrigens schief. Ich habe meine Soldatenzeit niemals als Pflichterfüllung angesehen, sondern als eine Zeit freudigen Stolzes und männlichen Erlebens. Ich war ein sehr guter Soldat, wie ich ohne Überheblichkeit behaupten kann. Mein Instruktionsoffizier, der spätere General R[itter] v. *Schoch*[27], mein Kompagnieleutnant, der spätere Oberhofmeister

22 Heinrich *Bigge* (1813–1882), 1851 Oberlehrer, 1856 Professor, 1860–1882 Direktor des Apostelgymnasiums in Köln.

23 *Friedrich I.* (1826–1907), 1856–1907 Großherzog von Baden. *Friedrich I.* war verheiratet mit Prinzessin *Luise von Preußen*, der Tochter des späteren Königs und Kaisers *Wilhelms I.*

24 Im Original: »der Schwester«.

25 *Wilhelm I.* (1797–1888), deutscher Kaiser und König von Preußen, 1858 Prinzregent, 1861 König von Preußen, 1871 deutscher Kaiser.

26 Joseph *Müller* (1845–1921), 1869 Priester, 1876 Religions- und Oberlehrer am Apostelgymnasium in Köln, 1898 Domkapitular, 1903 Domdechant, 1903–1921 Weihbischof in Köln.

27 Karl Ritter von *Schoch* (geb. 1863), 1885 Sekondleutnant, 1899 Hauptmann, 1902 Kompagniechef im 2. Infanterieregiment, 1903 ins bayerische Kriegsministerium versetzt, 1909 Direktor der Kriegsakademie München, 1914 Generalmajor.

Graf v. *Mog*[28], mein Hauptmann v. *Kobell*[29], später Hartschier, und mein Oberst v. *Hellwig*[30], der von allen Angehörigen des Regiments, insbesondere von uns Einjährig-Freiwilligen wie ein liebevoller Vater verehrt wurde, haben mir das zu wiederholten Malen gesagt. Wir traten am 1. Oktober zu ungefähr 120 Einjährigen ein, kamen zunächst und die sogenannte Instruktionskompagnie unter dem Befehl des damaligen Second-Leutnants *Schoch*, um im Februar in zwei »Kategorien« A und B geschieden zu werden. Ich gehörte zur Kategorie A, d.h. zu denjenigen, die zu Reserveoffiziersanwärtern, oder wie es damals hieß, Aspiranten ausgebildet wurden. Von Ende Februar bis zum 1. April hatten wir Dienst in der Kompagnie zu leisten, um von da ab wieder die Instruktionskompagnie zu bilden, die jetzt nur aus Gefreiten bestand. Ich muß wohl mit einer ganz hervorragenden Qualifikation zu meiner Kompagnie gekommen sein, denn vom ersten Tage ab hatte ich auf Befehl des Hauptmanns v. *Kobell* nicht in Reih und Glied einzutreten, sondern Unteroffiziersdienst zu tun. Der Dienst war sehr streng, die Behandlung ausgezeichnet und die Disziplin infolgedessen hervorragend. Ich erinnere mich nur eines einzelnen Falles, daß ein Einjähriger mit Arrest bestraft wurde. Und das war ein verbummelter Student, der zu nichts nutze war. Wir waren, ich weiß es nicht mehr genau, 14 oder 15, die als Reserveunteroffiziere und Offiziersaspiranten ausschieden. Es war mir nahe gelegt worden, die Laufbahn des aktiven Offiziers zu ergreifen. Ich habe das aber abgelehnt. Im Jahre 1918 nahm ich meinen Abschied aus dem Militärverhältnis als Hauptmann der Landwehr.

Das Referendarexamen bestand ich 1888 in Köln. Ich wurde zunächst dem Amtsgericht in Lindlar überwiesen. Dort traf ich eine seltsame gesellschaftliche Lage an. Der Amtsrichter Dr. *Hochgürtel*[31] lebte abgeschlossen in seiner Familie. Er war ein sehr frommer Herr, dem besonders der katholische Gesellenverein ans Herz gewachsen war. Der Landrat Graf v. *Nesselrode*[32], Sohn des Oberhofmeisters der alten Kaiserin *Augusta*[33], und ich speisten in stolzer Einsamkeit zusammen. Das war aber auch der einzige gesellige Verkehr, den der Landrat in Lindlar unterhielt. Dafür war aber sein Kreissekretär umso sichtbarer, ohne daß es ihm gelungen wäre, seinen gesellschaftlichen Ehrgeiz zu befriedigen. Der Notar stand schlecht mit dem Amtsrichter und fühlte sich auch sonst recht unbehaglich in seinem Amtssitz. Von den beiden Ärzten betonte der eine bei jeder Gelegenheit seine strenge Kirchlichkeit, was wohl nicht besonders nötig war, da die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme einer einzigen protestantischen Familie katholisch war. Der andere Arzt war ein großer, schwerer, vielleicht 60jähriger Mann mit wallendem, weißen Bart von langsamen Gang und langsamer Sprache. Er konnte sich nicht von seiner Pfeife trennen, auch nicht, wenn er eine Entbindung vorzunehmen hatte. Ungezählt sind die Anekdoten, die über ihn umliefen, und die im Laufe der Zeit immer

---

28 Hier liegt offenbar ein Schreibfehler vor. Gemeint sein dürfte Carl Graf v. *Moy* (1827–1894), kgl. bayr. Kämmerer und Oberstzeremonienmeister.

29 Friedrich von *Kobell* (geb. 1845), 1879 Hauptmann, 1892 Oberstleutnant, 1898 Stabsoffizier beim Bezirkskommando I München, 1905 Generalmajor, 1909 Abschied.

30 Gemeint sein könnte Oberst August *Hellwig*, geb. 1851.

31 Johann *Hochgürtel* (gest. 1929), Dr. phil., 1884–1892 Amtsrichter in Lindlar.

32 Graf Franz von *Nesselrode-Ehreshoven* (1855–1910), Juni 1885 vertretungsweise Verwaltung des Landratsamts Köln, April 1886 definitive Ernennung, September 1887 kommissarischer Landrat Wipperfürth, Februar 1888 definitive Ernennung, August 1893 i.R. – Sein Vater war Graf Maximilian von *Nesselrode-Ehreshoven* (1817–1898), 1855 kommissarischer Landrat des Kreises Wipperfürth, 1856–1867 Landrat ebd., 1863–1867 Landrat des Kreises Mülheim/Rhein, Oberhofmeister der Königin Augusta von Preußen, 1854–1898 MdpHH, 1867–1870 MdKonstNR (freikonservativ).

33 Prinzessin *Augusta von Sachsen-Weimar* (1811–1890), 1829 Gemahlin des Prinzen *Wilhelm von Preußen*, 1861 Königin von Preußen, 1871 deutsche Kaiserin.

reicher ausgeschmückt wurden. Sicher ist, daß er auf einem Sitz ein Fäßchen Bier ganz allein geleert hat. Von ihm und von dem Bürgermeister wurde ich in die Geheimnisse des Whistspieles eingeweiht, das nach Väter Sitte allabendlich die »Honoratioren« bis in die Nacht hinein vereinigte. Außer Whist gab es noch eine Erholung und Abwechslung, die Jagd, deren Jünger ich dort mit Selbstverständlichkeit werden mußte. Der Bürgermeister *Hofstadt*[34] in seiner schlichten Vornehmheit lebt als Vorbild eines korrekten, tatkräftigen, aber a[uch] wohlhabenden Beamten in meiner Erinnerung fort. Ich blieb in Lindlar 6 Monate. Ich habe dort das Landleben kennengelernt und einen Einblick tun können in die sture, aber auch selbstsichere, heimattreue und biedere Eigenart der oberbergischen Menschen, mit denen mich das Leben in späteren Jahren häufig und eng zusammengeführt hat.

Nachdem ich 6 Monate in Lindlar zugebracht hatte, war ich noch 3 Monate in Mülheim am Rhein tätig, um dann den Rest der Vorbereitungszeit in Köln zuzubringen. Von allen Kollegen, mit denen ich zusammengearbeitet hatte, ist mir niemand so zum Freunde geworden, wie der spätere Justizrat Rudolf *Antonetty*[35], der im August 1935 in der Ausübung seines Berufes einem Schlaganfall zum Opfer fiel. Er war ein wahrhaft vornehmer Mensch, ein aufrechter ehrlicher Mann, ein unerschrockener Verteidiger des Rechts und ein treuer hingebender Freund. Lange Jahre der Freundschaft haben ihn und die Seinen mit meiner Familie eng verbunden. Diese Freundschaft ist auf unsere Kinder übergegangen und hat seinen Tod überdauert. Gleiches Schicksal hat uns im Kriege betroffen. Unsere ältesten Söhne sind für Deutschland gestorben. Das hat wohl das Freundschaftsband zwischen uns noch enger geknüpft. Die vierjährige Referendarzeit lief ohne sonderliche Erlebnisse ab. Sie fand mehrmals angenehme Unterbrechung in den militärischen Dienstleistungen, die für mich stets eine Quelle der Freude und der Erholung bildeten.

Am 3. Mai 1893 bestand ich die große Staatsprüfung mit sehr geteilten Gefühlen, und zwar deshalb weil ich das Prädikat gar nicht erhalten hatte. Ich hatte die praktische Arbeit »verbaut«, wie der Präsident *Stölzel*[36] mit Bedauern feststellte. Dam[als] galt es in Berlin als ausgemacht, daß nur wenige Rheinländer den Sinn und den Kern dieser sogenannten »Relation« zu erfassen vermochten. Daher legte die Prüfungskommission einen besonders strengen Maßstab bei der Beurteilung dieser Arbeit bei uns Rheinländern an. Und diesen Umstand sind vor und nach mir nicht wenige rheinische Kollegen zum Opfer gefallen. Jetzt trat die entscheidungsschwere Frage der Berufswahl an mich heran. Ohne Prädikat hatte ich nur geringe Aussicht auf eine gute Laufbahn in der Magistratur. Es blieb mir kaum eine andere Wahl als eine Anwaltschaft, zu der ich mich keineswegs hingezogen fühlte.

Seit dem 14. April 1893 – dem Karnelvalsdienstag – war ich verlobt. Ich war zwar ganz wohlhabend. Ich hielt es aber für eine Ehrenpflicht, den Lebensunterhalt für uns aus eigener Tätigkeit zu gewinnen. Also entschied ich mich für den Anwaltsberuf. Damit war aber die Lebensfrage noch nicht gelöst. Lange hat es gedauert, bis ich mich über den Ort meiner Tätigkeit im klaren war. Es wäre eigentlich selbstverständlich gewesen, mich in Köln niederzulassen. Das wollte ich aber nicht, und es war daher naheliegend für mich ins Wuppertal, die Heimat meiner Braut, zu gehen, deren Eltern zu den ange-

34 Wilhelm *Hofstadt* (1824–1890), 1851–1890 Bürgermeister von Lindlar.

35 Rudolf Wilhelm *Antonetty* (1866–1935), Justizrat.

36 Adolf *Stölzel* (1831–1919), 1872 Kammergerichtsrat in Berlin, 1876 Mitglied, 1886 Präsident der Justiz-Prüfungskommission, die am Reichsjustizprüfungsamt in Berlin reichseinheitlich für die große juristische Staatsprüfung zuständig war. Seit 1887 war *Stölzel* zudem Honorarprofessor für Zivilrecht und Rechtsgeschichte an der Friedrich-Wilhelm Universität in Berlin.

sehensten Bürgern Barmens gehörten. Ihre Mutter stammte mütterlicherseits aus der Familie *Rothschild*, Stadtoldendorf, und war eine Cousine meiner Mutter. Ihr Vater Hermann *Wahl*[37] hatte hervorragende Verdienste um die wirtschaftliche Entwicklung seiner Vaterstadt. Er war in zahlreichen Ehrenämtern tätig und durch den Kommerzienratstitel ausgezeichnet. Er ließ es sich nicht ausreden, daß seine Familie von dem polnischen Eintagskönig Saul *Wahl*[38] abstammte, dessen Vorname übrigens sein Vater, also der Großvater meiner Frau, führte. An irgendwelchen Unterlagen für diese Behauptung fehlt es. Die Familie ist nach Barmen im Anfang des 19. Jahrhunderts gekommen. Sie stammt aus Zweibrücken. Der älteste bekannte *Wahl* ist der einzige Jude, der zu seiner Zeit noch das Wohnrecht besaß. Er war Faktor des Herzogs. Möglich ist es immerhin, daß er oder seine Vorfahren mit *Stanislaus Leszczynski*[39] von Warschau nach Zweibrücken übergesiedelt sind. Wenn das zutreffen sollte, so könnte es die Vermutung meines Schwiegervaters über seine Abstammung in etwa stützen.

Ich wurde Rechtsanwalt am Landgericht in Elberfeld und war dort vier Jahre tätig, bis die Sehnsucht nach der alten Heimat in mir übermächtig wurde. Die Lehrjahre in Elberfeld sind recht fruchtbar gewesen. Ich bin mit vielen tüchtigen Menschen zusammengekommen und habe vor allem einen Blick in einen bedeutenden Sektor der deutschen Industrie werfen können. Die Industrialisierung Deutschlands schritt gegen Ende des vorigen Jahrhunderts im Eiltempo fort. Ich habe in Elberfeld Unternehmer kennengelernt, in ihre Schwierigkeiten und Fortschritte, in die Gefahren und Erfolge Einblick tun können. Ohne die Schulung, die ich in Elberfeld erhalten habe, hätte ich manche Aufgabe, die später an mich herantrat, nicht so leicht meistern können. Das gilt nicht nur von praktischen Kenntnissen und Erfahrungen. Im Wuppertal war eine starke protestantische Orthodoxie lebendig. Das Sektenwesen blühte. Neben einem mehr latenten Antisemitismus herrschte in weiten Kreisen eine unverhohlen ausgesprochene Ablehnung des Katholizismus, in dem man eine nationale Gefahr schlechthin erkennen zu müssen glaubte. Ein sehr geschätzter Kollege und Freund, dessen Name in ganz Deutschland und darüber bekannt geworden ist, sagte mir einmal, er könne es den Menschen vom Gesicht ablesen, ob sie evangelisch oder katholisch seien. Und ein hervorragender Wissenschaftler, dem ich näher getreten war, erklärte mir rundheraus, als er erfahren hatte, ich wolle nach Köln übersiedeln, man könne in Elberfeld nicht verstehen, daß ich mich unter das »Katholikon«, wie er sich ausdrückte, beugen wolle. Zum Ruhme auch der engstirnigen Wuppertaler Orthodoxie muß ich sagen, daß sie im Gewissen von der Richtigkeit ihres Standpunktes überzeugt waren und daß es sich bei ihnen nicht um ein Lippenbekenntnis, sondern um wahre und ehrliche Glaubenssache handelte. Aber angenehm wirkten diese Erbpächter der alleinigen Wahrheit auf den Außenstehenden nicht. Es gab in Elberfeld auch eine recht erhebliche Zahl frei denkender und toleranter Geister, die für den Fortschritt und [die] Weltkultur aufgeschlossen waren. Aber die waren, besonders der Zahl nach nicht stark genug, um dem Leben der Stadt den Stempel aufdrücken zu können. Sonderbar war es, daß sowohl unter den Richtern wie besonders unter den Rechtsanwälten sich auffallend viele Katholiken befanden. Mit meinen Kollegen verbanden mich die angenehmsten Beziehungen. Ich galt etwas bei ihnen und durfte es daher im Mai 1898 wagen, [um] meine Zu-

[37] Hermann *Wahl* (1840–1915), Kaufmann, Vorsitzender des Detaillistenverbandes von Rheinland/Westfalen, Vorstandsmitglied des Hansabundes, Gründer und Vorstandsmitglied des Fortschrittlichen Wahlvereins Barmens, 1894–1915 Vorsitzender der jüdischen Synagogengemeinde Barmens.

[38] Saul *Wahl* (ca. 1545–1617), sagenhafte Figur, der eine Nacht lang, aus juristischen Gründen die polnische Königskrone getragen haben soll.

[39] *Stanislaus I. Leszczynski* (1677–1766), 1704/06–1709, 1733–1736 polnischer König, 1738 mit dem Herzogtum Lothringen und Bar abgefunden.

lassung beim Oberlandesgericht Köln nachzusuchen. Ich konnte mit Überweisung von Mandanten seitens meiner Kollegen rechnen. Die Praxis aus dem Wuppertal ist dann auch lange Jahre hindurch, bis zur Errichtung des Oberlandesgerichts Düsseldorf der Kern meiner Anwaltstätigkeit gewesen.

Im Barreau[40] des Oberlandesgerichts Köln lebt die Tradition des alten rheinischen Appellhofs fort. Stolzes Selbstbewußtsein, das Gefühl der Gleichwertigkeit mit dem Gericht, die Überzeugung von der Bedeutsamkeit der eigenen Tätigkeit, glänzende Beredsamkeit, die ihre Vorbilder in der französischen Advokatur suchten, eine hohe Kunst in der Gestaltung des Tatbestandes, bedeutende Rechtskenntnisse und große Allgemeinbildung zeichneten die Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht aus, die ein starker Korpsgeist vereinigte. Unter ihnen waren auffallend viel bedeutende Köpfe. Er [der Barreau] war wirklich eine Auslese hoher Geistigkeit. Man diente gewollt dem Rechte. Aus diesen hohen Vorzügen erwuchsen aber auch schwerwiegende Mängel. Im Bewußtsein des eigenen Wertes und aus einem mißgeleiteten Unabhängigkeitsgefühl heraus, übersah man bald fahrlässig, bald geflissentlich die Erfordernisse des Geschäftsbetriebes. Vorschriften der Zivilprozeßordnung, die der Beschleunigung und glatten Abwicklung des Rechtsstreites dienen sollten, betrachtete man als unnötig, oft als unwürdig. Aus angeborener, mehr noch anerzogener Libertinität suchte man den steifen, als langweilig betrachteten, der Ordnung des Verfahrens dienenden Vorschriften zu entgehen. Was auch nur andeutungsweise an »preußischen Kommiß« erinnerte, wurde von manchen Kollegen, darunter gerade die meistbeschäftigten, verabscheut. So kam es, daß vorbereitende Schriftsätze gewohnheitsmäßig erst in der mündlichen Verhandlung dem Gericht und dem Gegner überreicht wurden. Die Folge waren Vertagungen, die ihren Grund aber auch darin fanden, daß viele Anwälte sich eine höchst ungeeignete Arbeitsmethode angewöhnt hatten. Sachen, die aus irgendeinem Grunde unbequem waren, ließ man einfach liegen. Der lobenswerte Korpsgeist, der das Barreau erfüllte, verbot starkes Drängen auf Bereitstellung. Gegen den Willen des Gegners ein Versäumnisurteil zu beantragen, war auf das Strengste verpönt. Dazu durfte es nur in besonderen Ausnahmefällen und unter ganz besonderen Voraussetzungen kommen. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß bei der großen Menge schwieriger und verwickelter Prozesse, die sich auf verhältnismäßig wenige Anwälte verteilten, allmählich geradezu ein Wust unerledigter, überalterter Prozesse entstand, der in der Öffentlichkeit, in den Zeitungen, in den Sitzungen und Berichten der Handelskammer, auch im Landtag scharfe Kritik hervorrief. Die Einrichtung eines Hülfesenates, der die alten, sogenannten »kranken« Sachen erledigen sollte, führte nicht zu einer sichtbaren Minderung des Übels. Die geschickte Politik des Oberbürgermeisters der Stadt Düsseldorf, des Neiders und Konkurrenten Kölns, und der mit ihm Hand in Hand arbeitenden niederrheinischen Industrie erreichte die Teilung des Oberlandesgerichtsbezirks Köln durch Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf, das wenige Jahre vorher der Stadt Köln auch den Rang abgelaufen hatte, als es sich um den Sitz des Stahlwerkverbandes handelte. Das war ein schwerer Schlag für das Kölner Barreau. Ich verlor annähernd die Hälfte meiner Praxis, ähnlich ging es anderen Kollegen. Aber die materiellen Nachteile trafen uns nicht so schwer als die Capitis diminutio, als die wir die Teilung des traditionsreichen Bezirks des Appellhofes empfanden.

Schon in Elberfeld war ich Mitglied der nationalliberalen Partei gewesen, der ich mich auch in Köln anschloß. Mich begeisterte zunächst die große Vergangenheit der Partei, ihre bedeutsame Mitarbeit an der Einigung Deutschlands und der Reichsgründung, ihre unbedingte Treue zu *Bismarck* und seinem Werk. In ihr vereinigten sich die kulturellen

40 Anwaltsstand.

und wirtschaftlichen Kräfte, die die Zukunft Deutschlands zu verbürgen schienen. Ihr Programm war freiheitlich und fortschrittlich, erkannte das Recht des einzelnen an, ordnete es aber der Notwendigkeit der Allgemeinheit, den Bedürfnissen des Staates und den Aufgaben der Nation unter. Die nationalliberale Partei kämpfte gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts gegen den verknöcherten ostelbischen Konservatismus und das Großagrariertum, auf den dieser sich aufbaute. Ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie, die damals immer stärker dem Radikalismus zu verfallen schien, war allerdings nach meiner Auffassung nicht einwandfrei, weil sie zu stark durch wirtschaftliche Forderungen der Großindustrie beeinflußt war, die in der Partei die parlamentarische Vertretung ihrer Interessen fand. Namentlich sagte mir die völlige, m.E. aber auch völlig unberechtigte Ablehnung der Gewerkschaften, nicht zu. Auch mußte ich bisweilen eine unzulängliche Ablehnung des Antisemitismus oder gar ein verschämtes Werben um antisemitische Stimmen, seitens einzelner nationalliberaler Wortführer beklagen, Erscheinungen, denen ich bald energisch, und nicht ohne Erfolg, entgegengetreten bin. Ich, der immer das Geld verachtete und niemals »Geschäfte« gemacht habe, konnte mich auch nicht mit den großkapitalistischen Strömungen in der Partei befreunden, in denen ich eine Gefahr für den Staat erblickte. Aber über alle diese Negativen hinweg leitete mich die bewunderungswürdige Haltung, die die Partei von ihrer Gründung her in nationalen Dingen ausgezeichnet hat. Die große Parole: »Das Vaterland über die Partei« ist vom Nationalliberalismus nie verlassen worden. Die Kehrseite dieser Betonung ihres nationalen Willens war allerdings bisweilen nicht zu verkennen. In den Kundgebungen der Partei wurde der erste Teil ihres Namens hin und wieder so stark unterstrichen, daß der Strich nahezu dadurch [durch] den zweiten Bestandteil hindurchging und ihn auszulöschen drohte. Für Menschen meines Schlages gab es übrigens keine andere Möglichkeit, als den Anschluß an die nationalliberale Partei. Die Freisinnigen in ihren verschiedenen Spielarten waren wegen ihres starren, nach meiner Überzeugung lebensfremden und deshalb unfruchtbaren Doktrinarismus, insbesondere wegen ihres Manchestertums, aber auch wegen ihrer für mich unverständlichen Bekämpfung *Bismarcks*, den ich als den Verkörper[er] deutscher Größe und den Herold deutscher Zukunft verehrte, unmöglich.

Die Kritik an der Haltung der nationalliberalen Partei war in ihren eigenen Reihen sehr stark. Sie ging von der Erscheinung aus, die auch ich beklagte, wie ich oben angeführt habe. Namentlich gärte es in der jüngeren Generation, die vorwärts drängte und nur unwillig die Hemmungen ertrug, die sich dem gesunden, für das Wohl des Vaterlandes unentbehrlichen Fortschritt entgegenstellten. Die schweren Fehler der Innenpolitik, der Kulturkampf, die Zuchthausvorlage[41], das starre Festhalten an dem veralteten Dreiklassenwahlrecht in Preußen, der anscheinend unüberwindliche Widerstand gegen die Änderung der Wahlkreiseinteilung, die auch dem Reichstagswahlrecht seinen Charakter als eines gleichen Wahlrechts in der Praxis nahm und so die öffentliche Meinung verfälschte – es gab Wahlkreise wie Schaumburg-Lippe, Waldeck und eine ganz Reihe von Kreisen in den östlichen preußischen Provinzen mit nur wenig Tausend Wählern, denen die Riesenwahlkreise in Berlin und anderen Großstädten besonders auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit Hunderttausenden von Wahlberechtigten ge-

41 Die auf eine persönliche Initiative des Kaisers zurückgehende sog. Zuchthausvorlage zielte auf eine wesentliche Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung ab und sollte den Tatbestand des Koalitionszwangs rigoroser ahnden. Die Vorlage verfiel 1899 im Reichstag der Ablehnung. Vgl. Olav ZACHAU: Die Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe 1894–1900. Politik unter dem »Stempel der Beruhigung« im Zeitalter der Nervosität, Hamburg 2007, S. 381–395; Volker HENTSCHEL: Geschichte der deutschen Sozialpolitik (1880–1980). Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht, Frankfurt am Main 1983, S. 38 f.

genüberstanden – hatten eine wenn vielleicht noch nicht gefährliche, so doch stark negierende Stimmung in den breiten Massen aufkommen lassen, die nicht mit der Gewalt, sondern nur durch heilsame liberale Reformen behoben werden konnten. Liberale Forderungen durchzusetzen war aber umso schwieriger, weil die zahlreichen demokratischen Elemente, die sich im Zentrum vereinigten, sich durch ihre kirchenpolitischen und konfessionellen Anschauungen und Ansprüche hindern ließen, sich einer breiten Front gegen die Reaktion einzureihen, besonders aber weil die beiden liberalen Parteien, die nationalliberale und die deutsch-freisinnige, trotz ihres fast identischen Parteinamens – die Bezeichnung »deutsch-freisinnig« ist doch nichts anderes als eine Verdeutschung des Wortes nationalliberal – ihre beste Kraft in gegenseitiger heftiger, oft unschöner Bekämpfung vergeudeten. Angesichts der Parteienkonstellation, die sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland herausgebildet hatte und den Kriegsbeginn überdauerte, war es das Gegebene[42], daß [sich] die nationalliberale Partei scharf nach rechts und die deutsch-freisinnige Partei mit derselben Schärfe nach links abgrenzten und dementsprechend den politischen Kampf führten. Leider war das genaue Gegenteil die Regel. Die Deutsch-Freisinnigen liebäugelten mit den Sozialdemokraten, die Nationalliberalen suchten sich mit den Konservativen möglichst gut zu stellen. Die Folge war ein verbitterter Bruderkampf zwischen den beiden liberalen Parteien, die nicht einmal ein allgemeines Bündnis bei den Stichwahlen möglich machte. So verurteilte der deutsche Liberalismus, obwohl er über hervorragende Geister und bedeutende Köpfe, wie über glänzende Federn und reiche materielle Stützen verfügte, sich selbst zur politischen Ohnmacht. Wollte man zu liberalen Reformen gelangen, so mußte man zunächst eine feste Zusammenfassung aller liberalen Kräfte erstreben. Das Endziel war eine große liberale Einheitspartei. Dieses Ziel stand aber in weiter, weiter Ferne. Es mußte daher wenigstens versucht werden, die praktische Politik, aber auch den Ton und die Form der Verlautbarungen so zu gestalten, daß die beiden liberalen Parteien, wenn sie denn auch weiter einzeln marschieren wollten, so doch vereint schlagen konnten. In der nationalliberalen Partei wirkte eine Reihe von führenden Männern, die von solchen Gedanken durchdrungen waren. Sie vermochten sich aber gegenüber dem großkapitalistischen, sich auf die Schwerindustrie und ihren Anhang stützenden rechten Flügel nicht durchzusetzen. Vielleicht führten sie den Kampf um diese Gedanken und Ziele auch nicht mit sehr großer Lebhaftigkeit und Schärfe, als nicht grundsätzlich, sondern nur gelegentlich, und zwar aus dem guten Grunde, um eine Spaltung der Partei zu verhüten. Das hätte zu der traurigen Zersplitterung des Liberalismus nur noch neue Splitter hinzugefügt. Die Geschichte des Liberalismus in Deutschland zeigt doch das Krankheitsbild von Zersplitterungen und Zusammenschlüssen, die sich in bunter Folge schloessen [sic].

Da kam Hilfe aus Köln. Ein Kreis junger Angehöriger der nationalliberalen Partei fand sich zum »Verein der nationalliberalen Jugend in Köln« zusammen.[43] Es waren Akademiker, Kaufleute, Beamte, Angestellte, Handwerker, kurz Angehörige verschiedener Berufe. Ich gehörte zu den Gründern des Vereins und wurde von Anfang an in seinen Vorstand gewählt. Als Hermann *Fischer*[44], der mehrere Jahre den Verein glänzend ge-

42 Dem Sinn nach ist gemeint: »wäre es das Gegebene gewesen«.

43 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. »Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend«, in: NATIONALLIBERALE JUGEND, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9, hier S. 7.

44 Hermann *Fischer* (1873–1940), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Präsidialmitglied des Hansabundes, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher bedeutender Unternehmen aus Handel und Industrie, April 1920–Oktober 1929 Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der DDP, Oktober 1929–Novem-

führt hatte, den Vorsitz niederlegte, weil er ihn mit dem Vorsitz im Reichsverband der nationalliberalen Jugendvereine nicht glaubte vereinigen zu können, wurde ich sein Nachfolger als Vorsitzender.

Was wollte die nationalliberale Jugend? Ich glaube, ich kann es an einem Scherzwort klarlegen. Von rechts her wurde sie, als sie überraschend schnell das Auge der Öffentlichkeit auf sich gezogen hatte, als »Sprengpulver« der nationalliberalen Partei bezeichnet. Mein leider viel zu früh dahingegangener Freund Emil *Bau*[45] parierte den Hieb mit der Erklärung: »Nein wir wollen nicht das Sprengpulver, sondern das Juckpulver der nationalliberalen Partei sein.« Er hatte Recht. Wir sahen unsere Aufgabe darin, die Partei mit unseren Gedanken zu erfüllen und vorwärtszutreiben.

Die jungliberale Bewegung machte schnelle, kaum vorausgesehene Fortschritte. In Köln stieg die Mitgliederzahl sehr schnell auf 1000. In Rheinland und Westfalen gründeten sich an sehr vielen Orten Brudervereine. Ebenso namentlich in Bayern und Baden. Sehr stark wurden in ganz kurzer Zeit auch die Vereine in Stuttgart und Leipzig, während in Berlin die Bewegung nicht gleichen Schritt hielt, obwohl einer der Gründer des Kölner Vereins, der geistvolle, tatkräftige und organisatorisch hochbefähigte Dr. Oskar *Poensgen*[46] seinen Wohnsitz dorthin verlegt hatte und dort zusammen mit Dr. *Marwitz*[47] eifrig arbeitete. In Köln standen neben Hermann *Fischer* und Emil *Bau* in der ersten Reihe Otto *Strack*[48], *Boss*[49], der spätere Vorsitzende der Deutsch-Demokratischen Partei in Duisburg, der Chefredakteur des Stadtanzeigers *Jung*[50], Otto *Engels*[51], Otto *Frisch*[52] und der Generalsekretär *Zimmermann*, in Elberfeld *Graf*[53], in Krefeld Ernst *Brües*[54], in Düsseldorf *Traumann*, in Leipzig *Zöphel*[55], in Nürnberg *Hübsch*[56], in München *Dirr*[57] und *Goldschmit*[58], in Karlsruhe *Frey*[59], in Stuttgart *Kauffmann*.

---

ber 1930 Stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses, Oktober 1919–Juli 1932 Schatzmeister, 1920–Juli 1932 MdR (DDP/DStP).

45 Emil *Bau* (1867–1922), Mitinhaber der Putz- und Modewarengroßhandlung Julius Bau, Gründer des Vereins der nationalliberalen Jugend, Gründer und Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, 1910–1919 (erste Wählerklasse), 1919–1922 Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei, DDP).

46 Oskar *Poensgen* (1873–1918), Dr. jur., Regierungsrat, Berlin.

47 Bruno *Marwitz*, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 1914–1919 Führer der Berliner Jungliberalen, Vorsitzender des Deutsch-Demokratischen Volksvereins Berlin.

48 Otto *Strack* (1869–1940), Dr. jur., Justizrat, Syndikus des Schaafhausenschen Bankvereins, Direktor des Bankhauses Delbrück, von der Heydt u. Co.

49 Wilhelm *Boss* (1871–1957), 1901 Oberlehrer am Realgymnasium Duisburg, 1912 Professor.

50 Arthur *Jung* (1880–1965), Volksschullehrer, 1909–1919 Chefredakteur des »Kölner Stadt-Anzeigers«, 1918 Professor an der Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaft in Detmold, 1915–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, DVP).

51 Otto *Engels* (1881–1934), erster Staatsanwalt in Köln.

52 Otto *Frisch* (1868–1919), Mitinhaber der Fa. Chr. Wilh. Frisch, 1914–1919 (zweite Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, DDP).

53 Fritz *Graf* (geb. 1872), Dr. jur., Rechtsanwalt.

54 Ernst *Brües* (1866–1932), um 1900–1918 Chefredakteur der nationalliberalen »Krefelder Zeitung«, 1918–1930 Chefredakteur der »Kölnischen Zeitung«, 1914–1918 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Krefeld (NL), nach 1918 Kölner Stadtverordneter (DVP).

55 Georg *Zöphel* (geb. 1869), Dr. jur., Rechtsanwalt, Leipzig.

56 Karl *Hübsch* (geb. 1870), Kaufmann in Nürnberg und München, 1903–1911 Vorsitzender des Jungliberalen Vereins Nürnberg, 1907–1918 Md Bayerischen Kammer der Abgeordneten (Liberale Vereinigung), 1918/19 Md Provisorischen Nationalrats, 1919–1920, September 1921–1924 MdbayLT (DDP).

57 Pius *Dirr* (1875–1943), Dr. phil., Archivdirektor in München, 1912–1918 Md Bayerischen Kammer der Abgeordneten (Liberale Verenigung), 1919–1924 MdbayLT (DDP), 1922 im Auftrag des Land-

Mit der Neugestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts, durch die der Zusammenschluß örtlicher Vereine zu Verbänden ermöglicht wurde[60], war die Bahn frei geworden für die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend unter dem Vorsitz Hermann *Fischers*.[61] Der Reichsverband beeinflußte sehr bald und nachhaltig die Politik der nationalliberalen Partei in liberalem und sozialem Geist und wurde die Kerntruppe, auf die Ernst *Bassermann*[62] sich [in] sein[em] Kampf gegen die Rechtszieher in der Partei unbedingt verlassen und stützen konnte. Außer Hermann *Fischer* und einigen anderen Freunden aus der jungliberalen Bewegung wurde auch ich in den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei gewählt. Dort wurden wir von *Bassermanns* Anhängern von Anfang an freudig als Gesinnungsgenossen und Mitstreiter begrüßt, von der anderen Seite zunächst mit großer Vorsicht behandelt. Wir fanden in *Stresemann*[63], August *Weber*[64], *Wachhorst de Wente*[65] und ihren Gesinnungsgenossen Männer, die das gleiche Ideengut hegten. Ich kam auch recht schnell in ein recht gutes Verhältnis mit *Friedberg*[66], der sich zwar ungern zu entscheidenden Schritten entschließen konnte, aber vielleicht der klügste Mann in der Partei, jedenfalls ein Parlamentarier und Parteiführer war, der seinesgleichen suchte.

Es wurde uns weder im engeren Kreise in Köln noch im weiteren Rahmen der Gesamtpartei leicht gemacht, uns durchzusetzen. In Köln begegnete uns das unverhohlene Mißtrauen Oskar *Jägers*[67], des bewährten Patrioten und überzeugten Liberalen, der den Vorsitz in der rheinischen Partei führte, und seiner engsten Mitarbeiter, wie Professor *Moldenhauer*[68], Dr. Josef *Neven DuMont*[69] und der zahlreichen Großwirtschaftler,

---

tags Herausgeber der »Bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch«.

58 Friedrich *Goldschmit* (1891–1938), Dr. jur., Rechtsanwalt in Pasing (München), 1905–1911 Md Bayerischen Kammer der Abgeordneten (Liberale Vereinigung).

59 Wilhelm *Frey* (1875–1931), 1903–1914 Stadtverordneter, 1914–1931 Stadtrat in Karlsruhe (Nationalliberale Partei, DDP, DStP).

60 1899 wurde das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben.

61 Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend (Reichsverband) wurde im Oktober 1900 gegründet. Vgl. NATIONALLIBERALE JUGEND, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

62 Ernst *Bassermann* (1854–1917), badischer Jurist, 1880 Rechtsanwalt in Mannheim, 1893–1903 und 1904–1917 MdR, 1898–1917 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1904–1917 Parteivorsitzender der Nationalliberalen Partei.

63 Gustav *Stresemann* (1878–1929), Nationalökonom, Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1907–1912 und 1914–1918 MdR, Mitarbeiter des Parteiführers *Bassermann*, 1917/18 Vorsitzender der nationalliberalen Reichstagsfraktion, 1918 Gründer und Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, 1919–1920 MdNV, 1920–1929 MdR, August–November 1923 Reichskanzler und Reichsaußenminister, November 1923–Oktober 1929 Reichsaußenminister.

64 August *Weber* (1871–1957), Bankier, Vorstandsmitglied des Hansabundes und des Reichsverbands der Deutschen Industrie, 1907–1912 und 1930–Juli 1932 MdR (Nationalliberale Partei/Deutsche Staatspartei), Oktober 1930–Juli 1932 Fraktionsvorsitzender der Staatspartei.

65 Friedrich *Wachhorst de Wente* (1863–1939), Landwirt bei Osnabrück, Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Bauernschaft, 1907–1912, Mai 1914–1920 MdR, 1913–1918 MdpAH, 1922–1932 MdpLT (Nationalliberale Partei/DDP).

66 Robert *Friedberg* (1851–1920), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Halle, 1917/18 Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, Juli 1919–April 1920 Vorsitzender des Vorstands der DDP, 1893–1898 MdR, 1886–1918 MdpAH, 1919–Juni 1920 MdpLV (Nationalliberale Partei/DDP).

67 Oskar *Jäger* (1830–1910), 1865–1901 Gymnasialprofessor, Direktor des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Köln, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz.

68 Franz *Moldenhauer* (1847–1917), Dr. jur., seit 1876 Direktor des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Köln, Vorsitzender der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, Führer der Liberalen Kölns.

die in der rheinischen Partei tätig waren. Auf einem rheinischen Parteitag [in] Bonn[70], der etwa ein Jahr nach der Gründung des Kölner Jungliberalen Vereins stattfand, konnten wir kaum zu Worte kommen. Oskar *Jäger* machte uns, was seinem ganzen Wesen kaum entsprach – ich nehme an, beeinflußt von seiner Umgebung – allerhand Schwierigkeiten, zu denen die Geschäftsordnung die Hand bieten mußte. Am Schluß der Sitzung waren unsere Anträge angenommen.

Ähnlich verlief der Reichsparteitag in Goslar, auf dem übrigens die heute vielfach lächerlich erscheinende Frage der Abschaffung des Retourbillets eine wesentliche Rolle spielte und zu langwierigen erregten Erörterungen führte.[71] Auf dieser Tagung trat Gustav *Stresemann* zum ersten Male hervor.[72] Wir hatten am Vorabend mit ihm und seinen sächsischen Freunden bis tief in die Nacht herein uns beraten, was uns [von] den siebenmal Gerechten und den Hütern der Parteiorthodoxie als schwere Sünde angerechnet wurde. Dabei scheute sich die Parteileitung aber keineswegs vor kleinlichen Mittelchen, um die Wirkung unserer Opposition möglichst zu beeinträchtigen. Ich hatte mich sehr früh zum Wort gemeldet, um den jungliberalen Standpunkt grundsätzlich zu vertreten.[73] Nach einer alten Gepflogenheit hielt man sich bei der Worterteilung nicht an die Reihenfolge der Meldungen und so hatte ich die hohe Ehre, aber auch die ausgesuchte Schwierigkeit, daß ich zwischen den großen Reden von Ernst *Bassermann* und Paul [von] *Krause*[74] sprechen mußte.[75] Das war für einen Neuling keine Kleinigkeit. Wir haben uns aber recht gut geschlagen. Bezeichnend für die Auffassung der Parteileitung war mein erster Empfang bei *Friedberg*. Er war außerordentlich höflich, sogar freundschaftlich. Er legte mir die Schwierigkeiten der Partei dar und richtete zum Schluß eine einzige Frage an mich: »Wie stehen Sie zu dem Koalitionsrecht der Landarbeiter?« Das war also der Punkt, der damals entscheidend war für die innere Politik in Preußen und Deutschland. Anders ausgedrückt: Nach der Auffassung *Friedbergs* und seiner Freunde konnten die Prärogativen des Ostelbiertums des Großgrundbesitzes nicht ungestraft angetastet werden.

In Köln gewannen wir viele Freunde durch die *Bismarck*feiern, die wir alljährlich am 1. April veranstalteten. Der große Saal der Lesegesellschaft konnte die Besucher kaum fassen. Was Namen und Klang in der Stadt hatte, erschien und begeisterte sich mit uns an dem Vorbild des *Bismarck*. Wir schulten uns durch regelmäßige Vorträge und konnten so bald unserer Partei eine nicht geringe Anzahl wohlunterrichteter Redner

---

69 Josef *Neven DuMont* (1857–1915), Dr. jur., Geheimer Kommerzienrat, Zeitungsverleger und Unternehmer, 1900–1912 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1892–1915 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei), 1907–1915 Fraktionsgeschäftsführer, 1912–1915 zweiter Fraktionsvorsitzender.

70 Gemeint ist vermutlich die Versammlung des Nationalliberalen Central-Comités für die Rheinprovinz, die am 21. Januar 1900 in Essen, nicht in Bonn, stattfand. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 59, 22.1.1900.

71 Vgl. NEUNTER ALLGEMEINER VERTRETERTAG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI AM 6. UND 7. OKTOBER 1906 IN GOSLAR A/H., Berlin o.J. (1906).

72 Ebd., S. 46–54.

73 Die Rede *Falks* am 6. Oktober 1906, in: ebd., S. 83–90.

74 Paul v. *Krause* (1852–1923), Rechtsanwalt, Begründer und bis 1917 Vorsitzender der Deutschen Anwaltskammervorstände, 1904–1909 Vorsitzender des Vereins für die Deutsche Binnenschifffahrt, 1917–1919 Staatssekretär des Reichsjustizamtes, 1888–1917 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1923 MdpLT (Nationalliberale Partei, DVP).

75 *Falk* sprach nicht zwischen, sondern nach den Reden von *Bassermann* und v. *Krause*. Die Reden *Bassermanns* und v. *Krauses* vom 6. Oktober 1906, in: NEUNTER ALLGEMEINER VERTRETERTAG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI AM 6. UND 7. OKTOBER 1906 IN GOSLAR A/H., Berlin o.J. (1906), S. 54–66 und S. 73–81.

und Agitatoren zur Verfügung stellen. Im Vorstand der von uns sogenannten alten Partei besetzten wir in kurzer Zeit eine große Reihe von Stellen. Nach wenigen Jahren waren wir in dem Vorstand ebenso wie im rheinischen Provinzialvorstand ausschlaggebend. Das war besonders von großer Bedeutung für die kommunalpolitische Betätigung der Partei. Trotz aller Widerstände setzten wir es durch, daß bei den Kommunalwahlen in Köln und in mehreren andern Städten, auch bei den politischen Wahlen, die liberalen Parteien geschlossen in den Wahlkampf gingen, und zwar nicht nur in Form eines Wahlbündnisses, vielmehr wurden gemeinschaftliche Kandidaten aufgestellt, gemeinschaftliche Versammlungen abgehalten, gemeinschaftliche Aufrufe verbreitet, eine gemeinschaftliche Organisation für die Vorbereitung der Wahlen geschaffen, kurz es wurde trotz aller Verschiedenheit der Auffassung in vielen, auch wichtigen Fragen so gearbeitet, als ob die große liberale Einheitspartei, das Ziel unseres Strebens, bereits in Sicht[76] stehe. In Köln und anderwärts gab es daher auch nur eine Fraktion, in der sich Freisinnige, Nationalliberale und auch Konservative zu gemeinschaftlichem Tun friedlich zusammenfanden.

Als Vorsitzender des Vereins der nationalliberalen Jugend fand ich erst die Gelegenheit zur Frauenbewegung unzweideutig Stellung zu nehmen, zunächst allerdings nur in formellen Dingen. Nach dem veralteten, kurz darauf beseitigten Versammlungsrecht durften Frauen in öffentlichen politischen Versammlungen nur erscheinen, wenn sie sich in das »Segment« setzten, wie der schöne Ausdruck lautete.[77] Das Wort durften sie nicht ergreifen. Eine sehr energische Vorkämpferin der Frauenrechte war eine Freundin unseres Hauses, Fräulein Pauline *Christmann*[78]. Sie erschien regelmäßig in unseren Versammlungen und nahm Platz, wie sie es für gut fand. Ein übereifriges Mitglied wies mich eines Tages laut daraufhin und warnte mich vor der gerichtlichen Bestrafung, die mir deshalb drohe. Ich erwiderte ihm ebenso laut: Wo *Christmann* sitzt, ist für mich das Segment. Hierdurch ermutigt, meldete sich Frl. *Christmann* zum maßlosen Erstaunen der ganzen Versammlung zum Wort. Ich habe es ihr sofort erteilt, nur erlaubte ich mir den Scherz, zu sagen: Herr *Christmann* hat das Wort, was stürmisches Gelächter, aber ebenso lebhaften Beifall hervorrief.

Ich habe eine Reihe von Kandidaturen übernommen zur Stadtverordnetenversammlung in der zweiten Abteilung, zum Preußischen Landtag und bei den *Bülow*wahlen zum Reichstag. Gewählt wurde ich nicht, obwohl ich stets mehr Stimmen hatte, als mein Vorgänger und meine Nachfolger. Der Ausgang der Reichstagswahl war für meine Freunde eine starke Enttäuschung. Man hatte in weitesten Kreisen bei Freunden und Gegnern damit gerechnet, daß ich mit dem Zentrum in die Stichwahl kommen und dann gewählt würde. Tatsächlich blieb ich auch nur knapp etwa 1000 Stimmen [hinter dem sozialdemokratischen Kandidaten] zurück, der seinerseits dem Mandatsinhaber, dem Zentrumsabgeordneten Karl *Trimborn*[79] sehr nahe kam, in der Stichwahl aber

---

76 Im Original: »Blick«, darüber ergänzend »Sicht«.

77 Das Reichsvereinsgesetz von 1908 erlaubte Frauen erstmals, Mitglied einer politischen Partei zu werden und an politischen Versammlungen teilzunehmen.

78 Pauline *Christmann* (1848–1910), 1901 Gründerin des »Gewerkvereins für Frauen und Mädchen, Cöln e.V.«. Vgl. auch Elisabeth AMLING: »Die Frauen zur Mitbetätigung am öffentlichen Leben auszureifen ...«. Bürgerliche Frauenpolitik in Köln um 1900 am Beispiel der Pauline Christmann, in: Franken, Irene (Hrsg.): Köln der Frauen, Köln 1992, S. 51–60; DIES.: Pauline Christmann 1848–1920, in: Kölner Frauengeschichtsverein (Hrsg.): »10 Uhr pünktlich Gürzenich«. Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine, Münster 1995, S. 85–87.

79 Karl *Trimborn* (1854–1921), Justizrat und Rechtsanwalt in Köln, 1896–1918 MdpAH, 1896–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–Juli 1921 MdR (Z), Februar–November 1919 stellv. Fraktionsvorsitzender, November 1919–Juli 1921 Fraktionsvorsitzender, Januar 1920–Juli 1921 Parteivorsitzender.

doch unterlag.[80] Man kann heute, nachdem alles was früher war, auf den Kopf gestellt ist und neuen Anschauungen, Forderungen und Formen weichen mußte, kaum noch die Erbitterung aber auch die Begeisterung begreifen, mit der in der Vorkriegszeit die Parteien sich bei den Wahlen bekämpften. An heute gemessen waren die Streitpunkte ganz unwesentlich, damals waren sie von aufwühlender Kraft. Besonders bei den Stadtverordnetenwahlen der 2. Abteilung wurde hier in Köln mit kaum übertreffendem Eifer gekämpft. Das Zentrum hatte es verstanden, mit Hilfe seiner konservativen Verbündeten, im Preußischen Landtag eine [...][81] des Dreiklassen[wahl]gesetzes durchzusetzen, die grundsätzlich alles beim Alten ließ, aber für die Praxis dem Zentrum auf den Leib zugeschnitten war.[82] In solcher Taktik ist das Zentrum von jeher Meister gewesen. Wir haben diese Kunst nie von ihm lernen können. Die Stadtverordnetenversammlungen der großen Städte in Rheinland und Westfalen wurden infolge dieser Wahlre[form]künstelei alle nachgerade Domänen des Zentrums. Der Liberalismus in Köln hat sich mannhaft gewehrt. In der dritten Wahlabteilung war der Erfolg dem Zentrum gewiß, in der ersten Abteilung der Sieg den Liberalen nicht zu entreißen.

Der wirkliche Kampf galt infolgedessen nur der zweiten Abteilung. Und wie wurde gekämpft, geredet, agitiert und geschleppt. Ich habe als braver Wahlschlepper einen Wähler von seiner Hochzeit weggeholt, was als Großtat gefeiert wurde. Die Mehrheit des Zentrums in der zweiten Abteilung war schwach. Mehrfach bis zuletzt sind liberale Kandidaten auch in der zweiten Abteilung durchgedrungen. Regelmäßig war der Verlauf der, daß anfänglich die Liberalen einen erheblichen Vorsprung hatten, bis am Nachmittag des letzten Wahltages, »in der dunklen Stunde« die bis dahin zurückgehaltenen Kerntruppen des Zentrums zum Rathaus marschierten und den Ausschlag gaben. Immer wieder blieb unserem Vorsitzenden *Moldenhauer* nichts übrig, als aus dem offenen Fenster unseres Wahlbüros heraus der vielköpfigen Menge zu verkünden: »Diesmal ist es uns leider nicht geglückt, aber das nächste Mal werden wir es schaffen.« Das

---

80 Bei den Reichstagswahlen 1907 wurde *Falk* als gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei im Wahlkreis Köln 1 aufgestellt. In der Hauptwahl erhielt *Falk* 10844 Stimmen (24,4 %), der sozialdemokratische Kandidat jedoch 15661 Stimmen (35,2 %) und *Trimborn* vom Zentrum 17859 Stimmen (40,2 %). In der Stichwahl schlug *Trimborn* den sozialdemokratischen Kandidaten mit 22009 gegen 18731 Stimmen (54 gegen 46 %). Im Wahlkreis Köln 2 wurde *Falk* 1907 neben dem offiziellen Kompromißkandidaten von NLP, Konservativen und einem Teil der Linksliberalen aufgestellt, erhielt jedoch nur 36 Stimmen (0,1 %). Bei der Ersatzwahl 1910 im Wahlkreis Köln 6 kandidierte *Falk* als Kandidat der »Vereinigten Liberalen« (NL, FVP), erhielt jedoch nur 8465 Stimmen (20,7 %), gegenüber 1140 Stimmen (2,8 %) des Christlichsozialen, 10924 Stimmen des Sozialdemokraten (26,7 %) und 20376 Stimmen des Zentrumskandidaten *Marx* (49,8 %). *Marx* siegte schließlich in der Stichwahl über den Sozialdemokraten (mit 21496 gegen 13385 Stimmen oder 61,6 gegen 38,4 %). *Falk* verwechselt hier vermutlich die Reichstagswahl von 1907 mit der Ersatzwahl von 1910. Vgl. REIBEL, Bd. 1, S. 830–835, 847–849.

81 Wort unleserlich, vermutlich »Verflachung«.

82 Gemeint ist offenbar die gescheiterte Wahlrechtsreform von 1910. Nach der Regierungsvorlage sollte die Einteilung der Wählerklassen nicht mehr allein nach dem Steueraufkommen erfolgen. Vielmehr sollten auch »Kulturträger«, Akademiker, Inhaber eines Reifezeugnisses, Offiziere und nicht mehr aktive Unteroffiziere, in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken können. Die Steuerleistung sollte bis max. 5000 Mark berücksichtigt werden, gleichzeitig die indirekte durch die direkte Wahl ersetzt werden. Zentrum und Konservative veränderten die Vorlage im preußischen Abgeordnetenhaus in ihrem Sinn. Da der Entwurf jedoch im preußischen Herrenhaus erneut modifiziert wurde, wurde er im Abgeordnetenhaus im Mai 1910 abgelehnt und schließlich von der Regierung zurückgezogen. Vgl. Karl Erich BORN: Preußen im deutschen Kaiserreich (1871–1918). Führungsmacht des Reiches und Aufgehen im Reich, in: Handbuch der preußischen Geschichte. Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens. Hrsg. v. Wolfgang Neugebauer, Berlin/New York 2000, S. 15–148, hier S. 133 f.

war geradezu der stereotype Schluß unserer Wahlkämpfe um die zweite Abteilung, die sich alle zwei Jahre wiederholten.

1908 wurde ich von der ersten Abteilung in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Ich habe dieses Amt gerne übernommen mit dem festen Willen den großen Ansprüchen gerecht zu werden, die es an mich stellen würde. Ich war daher überzeugt davon, meine bedeutende Anwaltspraxis allein nicht mehr erledigen zu können. Ein gütiges Geschick führte mir als Sozius meinen Kollegen Dr. Fritz *Fuchs*[83] zu, einen mit hervorragendem Scharfsinn und größter Willenskraft ausgestatteten Mann, dessen hohe Geistesgaben sich mit edlem Charakter und Lauterkeit der Gesinnung harmonisch verbinden. Seine ausgezeichnete juristische Begabung und seine Rednergabe machten ihn schnell zu einem der hervorragendsten Mitglieder des Barreau, das ihn durch die Wahl in den Vorstand der Anwaltskammer auszeichnete. Seit Jahren ist er auch Mitglied der Prüfungskommissionen für Referendare. Mir und den Meinen ist er stets ein lieber Freund gewesen, in den Tagen der Not hat er sich bewährt, wie wenige. Im Jahre 1926 nahmen wir als weitere Sozien meinen Sohn Ernst[84] und dessen Freund Wilhelm *Koll*[85] auf, dem von seinem Vater, dem verstorbenen Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts[86], hohe juristische Begabung überkommen ist und der sich durch Charakter und Gesinnung auszeichnet.

Die Stadtverordneten bildeten zwei Fraktionen, die liberale und die Zentrumsfraktion, die eine ziffernmäßige nicht starke, aber durch kluge und geschlossene Führung und vorbildliche Rührigkeit bedeutsame Mehrheit besaß. Ihr Vorsitzender war mein Kollege Geheimer Justizrat Dr. *Kausen*[87], ein ebenso hervorragender Jurist wie vielseitig gebildeter Mann, ein bedeutender Redner und schlagfertiger Debatter, dabei ein liebenswerter Mensch von vorzüglichem Charakter. Es ist ihm sicher nicht leicht geworden, die Heißsporne unter seinen Freunden in den Schranken zu halten. Dazu gehörte in erster Linie der damals noch zu der jüngeren Generation zählende Johann *Rings*[88], Faktor der »Kölnischen Volkszeitung«, ein überzeugungstreuer und fast bis zur geistigen Selbstentäußerung ergebener Diener der Kirche, dabei ein kluger, beredter, fleißiger und gutherziger Mann von ausgesprochenen Führerqualitäten. Damals war auch noch Karl *Trimborn*, der berühmte parlamentarische Zentrumsführer, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Er schied aber bald darauf aus, m.E. weil er durch parlamentarische Tätigkeit zu stark in Anspruch genommen wurde. *Kausen* legte sein Amt als Stadtverordneter während des Krieges, ich glaube im Jahre 1915[89], nieder, angeblich

83 Fritz *Fuchs* (1881–1972), Dr. jur., Rechtsanwalt, Sozietät mit Bernhard *Falk*, Mitherausgeber der »Kölner Rundschau«.

84 Ernst *Falk* (1901–1978), Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Köln, 1933 Sozius des Rechtsanwalts Wilhelm *Koll*, 1933 Löschung seiner Zulassung als Rechtsanwalt, 1938 Emigration nach Brüssel, 1940 nach Brasilien, nach 1945 Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Köln.

85 Wilhelm *Koll* (1901–1957), Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Köln.

86 Wilhelm *Koll* (1859–1923), Vizepräsident des Oberlandesgerichts in Köln, Senatspräsident.

87 Hermann *Kausen* (1851–1917), Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Köln, Mitarbeiter der »Kölnischen Volks-Zeitung«, 1900–1909 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1891–1901 (dritte Wählerklasse), 1902–1913 (zweite Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (Zentrum), bis 1909 Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei.

88 Johann *Rings* (1856–1950), Buchdrucker, Chefredakteur der »Rheinischen Volkswacht« und des »Kölner Lokalanzeigers«, 1912–1918 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1900–1918 (dritte Wählerklasse), 1919–1933 Kölner Stadtverordneter (Zentrum), Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Zentrums in Köln bis 1931.

89 *Kausen* war von 1891 bis 1913 Kölner Stadtverordneter.

wegen seiner allerdings immer weiter fortschreitenden Schwerhörigkeit, ein Übel, das er übrigens mit Karl *Trimborn* teilte.

Allerdings wird mir ein Scherzwort in den Mund gelegt, dessen ich mich selbst nicht mehr entsonnen hätte. Ich soll gesagt haben, *Kausen* sei an der Krematoriumskrankheit politisch gestorben. Das hängt so zusammen. Der in Köln verstorbene Oberlandesgerichtsrat *Rothschild*[90] hatte der Stadt Köln sein Vermögen, das wohl 1 Million Mark betrug, vermacht mit der Auflage oder unter der Bedingung, ein Krematorium zu errichten. Die Frage Feuerbestattung spielte damals eine ganz große Rolle und war einer der lebhaftest umstrittenen Punkte im parteipolitischen Kampf. Die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahre 1907, als die Zentrumspartei gerade die Mehrheit erkämpft hatte, mit dessen Zustimmung die Erbschaft angenommen, sich also zur Errichtung eines Krematoriums verpflichtet. Dabei hatte es zunächst sein Bewenden, bis zum Jahre 1913 die Freunde der Feuerbestattung, darunter recht unbequemer Weise besonders laut die organisierten Freidenker, die sowieso für die Zentrumspartei etwas Fürchterliches waren, in Eingaben an die Stadt und in öffentlichen Kundgebungen den Bau einer Feuerbestattungsanlage verlangten. Schließlich konnte die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr ausweichen. Der Antrag, ein Krematorium zu bauen, kam in der Versammlung zur Beratung. In der Zwischenzeit hatte sich aber eine bedeutsame Neuerung vollzogen. In Preußen wurde auf Betreiben des Zentrums mit Hilfe der Konservativen, die, soweit sie nicht in der Frage der Feuerbestattung grundsätzlich von gleichen oder ähnlichen Erwägungen ausgingen wie das Zentrum, eine schöne Gelegenheit zur Dankbarkeit fanden, ein Gesetz verabschiedet, inhalts dessen eine Feuerbestattungsanlage nur da zulässig war, wo die Stadtverordnetenversammlung mit qualifizierter Mehrheit zustimmte.[91] Infolgedessen konnte übrigens in der ganzen Rheinprovinz nur in Krefeld ein Krematorium errichtet werden.

Die Zentrumspartei im Kölner Rathaus befand sich jetzt in einer unbehaglichen Lage. Zur Errichtung eines Krematoriums war ihre Zustimmung erforderlich. Die Feuerbestattung wird aber von der katholischen Kirche verworfen. Die Zustimmung zur Errichtung eines Krematoriums bedeutete also für jeden Katholiken eine Übertretung eines unbeugsam kirchlich-religiösen Verbots. Auf der anderen Seite war aber die Erbschaft *Rothschild* mit den Stimmen des Zentrums angenommen und damit der Stadt die Verpflichtung auferlegt worden eine Feuerbestattungsanlage zu errichten. Sie [die Zentrumspartei] entschied sich dafür, gegen die Errichtung eines Krematoriums zu stimmen. Hermann *Kausen* mußte als Fraktionsvorsitzender den Standpunkt seiner Freunde begründen. Er tat dies in seiner gewohnten vornehmen, sachlichen und klaren Art.[92] Man glaubte aus seinen Ausführungen aber heraushören zu können, daß er selbst mit der von seinen Freunden gefundenen Lösung nicht einverstanden war. Er soll daraus die Folgerung gezogen haben, sein Mandat niederzulegen. Mit ihm schied einer der ganz bedeutenden Männer aus der Stadtverordnetenversammlung aus. Sein Nachfolger wurde der Justizrat *Mönnig*[93], der [in der] Zentrumspartei führend war

90 Paul *Rothschild* (1857–1907), Oberlandesgerichtsrat in Köln.

91 Das Feuerbestattungsgesetz wurde am 20. Mai 1911 im Preußischen Abgeordnetenhaus angenommen. Nach § 3 war für die Einrichtung eines Krematoriums eine Zweidrittelmehrheit in den kommunalen Körperschaften erforderlich. Vgl. SCHULTHESS 1911, S. 105–107, 163 f.

92 Die Haltung des Zentrums vertrat in der 16. Sitzung am 6. Juni 1913 nicht *Kausen*, sondern Hugo *Mönnig*. Vgl. VStVK 1913, S. 195 f., die Rede *Falks*, ebd., S. 196–199, der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, ebd., S. 206 f.

93 Hugo *Mönnig* (1864–1950), 1896 Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Köln, Justizrat, 1920 Geschäftsführer der »Kölnischen Volkszeitung GmbH«, 1925 auch Mitverleger der Zeitung, 1906–1933 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1921–1933 Md Preußischen Staatsrats, 1901–1906 (zweite

und sich in der Besatzungszeit außerordentliche Verdienste um das Rheinland und das Deutsche Reich erworben hat.

Die liberale Fraktion wurde bei meinem Eintritt geführt von dem Geh. Sanitätsrat Dr. *Lent*[94], einem hervorragenden Arzt und Hygieniker, dem Vorsitzenden der rheinischen Ärztekammer. Sein Hauptverdienst war es, in Verbindung mit Theodor *Kyll*[95], von dem ich gleich sprechen werde, die Einführung der Kanalisation in Köln trotz aller Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, zu erkämpfen. Er war ein freiheitlich gesonnener Mann, in dem das alte liberale Gedankengut wie ein heiliges Feuer glühte, grundsatztreu, von fester unerschütterlicher Überzeugung. Er stand, als ich kam, schon in weit vorgeschrittenem Alter. Infolgedessen nahm er in der Vollversammlung nur selten das Wort und führte die Polemik gegen die Gegenseite so gut wie überhaupt nicht. Aber in den Ausschüssen wurden sein kluger Rat und seine besonnene Rede gerne gehört und [er] beeinflußte alle wichtigen Entscheidungen durch seine große Autorität.

Sein Nachfolger war sein persönlicher Freund, der Chemiker Theodor *Kyll*, ein geistvoller, gemütreicher, kämpferischer Fortschrittsmann, der gegen das Zentrum in der ersten Linie focht. Seine scharfen und unerbittlichen Ausführungen und Feststellungen wurden gemildert durch seinen beständigen Kölner Humor. Er entstammte einer alten sehr wohlhabenden katholischen Kölner Familie und war stolz auf sein Kölnertum. Die Anekdoten, die sich an ihn knüpften, sind Legion. Es war gefährlich, sich mit ihm einzulassen, denn zum Schluß hatte er die Lacher stets und ständig auf seiner Seite. Er starb im Jahre 1916, während ich im Felde war. Die Fraktion wählte mich – so viel ich weiß, einstimmig – zu seinem Nachfolger.

Der Mann, der zum Nachfolger *Kylls* in erster Linie berufen schien, war einige Monate vor ihm dahingeschieden. Es war der Geh. Kommerzienrat Dr. Josef *Neven DuMont*, Verleger der »Kölnischen Zeitung«. Josef *Neven* war einer der fleißigsten Menschen, die mir begegnet sind. Er besaß eine erstaunliche Arbeitskraft. Nur so war es ihm möglich neben seinen bedeutenden Berufspflichten, mit denen er es sehr ernst nahm, das Amt des Vorsitzenden der Kölner Handelskammer in ganz hervorragender Weise auszufüllen und in der allgemeinen Politik und im Kölner Hansa-Saal – dem Versammlungsort der Stadtverordneten im Rathaus – führend zu wirken. Er war ein sehr sachlicher, bisweilen etwas trockener Redner von großer Objektivität. Seine sehr sorgfältig vorbereiteten Reden wiesen einen großen Schatz von Tatsachenmaterial auf. Politisch stand er anfänglich wohl auf dem äußersten rechten Flügel der Partei, was in der Haltung der »Kölnischen Zeitung« hin und wieder auch zum Ausdruck kam. Er war aber den Forderungen, die sich aus der Entwicklung ergaben, nicht unzugänglich und insbesondere wenigstens in den letzten Jahren seines Lebens aufgeschlossen für die Sozialpolitik. Ein alter Korpsstudent mit allen Vorzügen und Mängeln, war er im persönlichen Verkehr sehr zurückhaltend, exklusiv, wie man das nennt. Dem Jungliberalismus hat er anfänglich ein unverhohlenes Mißtrauen entgegengebracht. Auch mir stand er anfänglich, vielleicht nicht ablehnend, sicher aber sehr kalt und abwartend gegenüber. In den späteren Jahren bestand aber ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen uns.

Wählerklasse), 1907–1919 (dritte Wählerklasse), 1919–1933 Kölner Stadtverordneter (Zentrum), seit 1913 Fraktionsvorsitzender des Zentrums, 1919 Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei.

94 Eduard *Lent* (1831–1911), Dr. med., Arzt, Geheimer Sanitätsrat, Vorsitzender der Rheinischen Ärztekammer, 1874–1897 (zweite Wählerklasse), 1898–1911 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Deutsche Fortschrittspartei, Nationalliberale Partei), 1907–1911 Fraktionsvorsitzender.

95 Theodor *Kyll* (1837–1916), Chemiker, Inhaber eines Privatlaboratoriums, 1903–1906, 1912–1916 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1869–1874 (dritte Wählerklasse), 1875–1916 (zweite Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Freisinnige Volkspartei), 1907–1912 zweiter Fraktionsvorsitzender, 1912–1916 Fraktionsvorsitzender.

Die Mehrheit meiner Fraktionskollegen war von der ersten Abteilung gewählt, daher war die Zahl der Geheimen und einfachen Kommerzienräte unter ihnen nicht gering. Darunter waren ganz bedeutende Männer, wie der Geh. Kommerzienrat Emil v. *Rath*[96], mehrfacher Ehrendoktor und hochherziger, kenntnisreicher Förderer wissenschaftlicher Bestrebungen, Geheimrat *Schmalbein*[97], ein warmherziger Sozialpolitiker, Geheimrat Louis *Hagen*[98], dessen Namen mit der deutschen Wirtschaft untrennbar verbunden ist u.a.m. Es waren sehr viele alte Herren darunter, die sich schwer in die veränderten Verhältnisse und den frisch-fröhlichen Ton, den wir jüngeren anschlugen, hineinfinden konnten. Mein nächster Freund im Stadtverordnetenkollegium war mein Mitkämpfer Emil *Bau*, dann Otto *Frisch*[99] und Arthur *Jung*. Zu den näheren Gesinnungsgenossen gehörten Dr. *Nockher*[100] und Dr. Viktor *Schnitzler*[101], der Führer im Musikleben der Stadt und von Recklinghausen, der Kirchmeister der evangelischen Gemeinde. Der tüchtigste Mann, nächst *Kyll*, den uns die freisinnige Partei gebracht hatte, war Louis *Eliel*[102], der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Durch Geist und lebhafte Rede zeichneten sich die Fortschrittler Justizrat Emil *Schmitz*[103] und Justizrat Dr. Eugen *Bock*[104] und Justizrat Dr. *Callmann*[105] aus. Ich kann nicht alle Freunde aufführen, aber ich denke gerne an die Zusammenarbeit mit Dietrich *Brügelmann*[106], Dr. v. *Mallinckrodt*[107], *Wiethoff*[108], *Wirtgen*[109], Bergrat *Zörner*[110] und *Becker*[111] u.a.m. Wir kamen gut miteinander aus, zum Nutzen unserer Aufgaben und unserer Arbeit.

96 Emil vom *Rath* (1833–1923), Geheimer Kommerzienrat, Zuckerfabrikant, 1894–1918 Md Rheinischen Provinziallandtags, stellvertretender Vorsitzender des Provinzialausschusses, 1875–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei).

97 Friedrich *Schmalbein* (1839–1913), Geheimer Kommerzienrat, Teilhaber der Zuckerfabrik vom Rath und Bredt, 1886–1913 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei), Vorstandsmitglied des Nationalliberalen Vereins Köln.

98 Louis *Hagen* (1855–1932), Bankier in Köln (Inhaber des Bankhauses A. Levy), Unternehmer (im Aufsichtsrat von 64 Aktiengesellschaften), ursprünglich nationalliberal, seit 1909 Kölner Stadtverordneter, 1919 Übertritt zur Zentrumspartei, 1912–1918, 1920–1932 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1921–1930 Md Preußischen Staatsrats, 1928 Mitbegründer des »Bundes zur Erneuerung des Reichs« (Luther-Bund).

99 Otto *Frisch* (1868–1919), Mitinhaber der Fa. Chr. Wilh. Frisch, 1914–1919 (zweite Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, DDP).

100 Ludger *Nockher* (1865–1938), Dr. med., Arzt, Sanitätsrat, 1902–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

101 Viktor *Schnitzler* (1862–1934), Dr. jur., Rechtsanwalt, Justizrat, Vorsitzender der Concert-Gesellschaft, 1898–1903 MdpAH, 1906–1919 (erste Wählerklasse), 1920–1924 Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei), 1916–1919 zweiter Fraktionsvorsitzender, 1903–1911 Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei.

102 Louis (Ludwig) *Eliel* (1852–1919), Kaufmann, Teilhaber der Fa. S. J. Salomon, Mode- und Kurzwaren, Vorsitzender der Synagogen-Gemeinde Köln, Md Rheinischen Provinziallandtags, 1906–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Deutsche Fortschrittspartei), Fraktionsvorstand, 1916–1919 Fraktionsgeschäftsführer.

103 Emil *Schmitz* (1844–1919), Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt, 1898–1902 (zweite Wählerklasse), 1903–1910 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Deutsche Freisinnige Partei).

104 Eugen *Bock* (1854–1913), Dr. jur., Justizrat, Rechtsanwalt, 1901–1909 (zweite Wählerklasse), 1910–1913 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Freisinnige Volkspartei).

105 Max *Callmann* (1858–1929), Dr. jur., Justizrat, Rechtsanwalt, 1913–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

106 Dietrich *Brügelmann* (1859–1929), Großkaufmann, F. W. Brügelmann & Söhne, 1913–1919 (erste Wählerklasse), 1919–1929 Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei, DVP, DNVP).

107 Gustav *Mallinckrodt* (1902: v.), (1859–1939), Dr. jur., Groß-Kaufmann, 1916–1919 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1900–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal, Nationalliberale Partei, DDP), 1907–1919 Fraktionsvorstand (Schriftführer).

Oberbürgermeister der Stadt war Max *Wallraf*[112], der Sohn eines hervorragenden Advokat-Anwalts. Er war in zweiter Ehe mit einer Tochter des liberalen Stadtverordneten *Pauli*[113] verheiratet. Er ist aus der inneren Verwaltung hervorgegangen, war Landrat und Polizeipräsident und unter 2 Oberpräsidenten Oberpräsidialrat (d.i. heute Vizepräsident des Oberpräsidiums). Er war der erste Oberbürgermeister, der sich nicht der liberalen Partei zurechnete. Die Zentrumspartei hatte gerade kurz vor oder nach seinem Amtsantritt [1907] die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erobert, während die Liberalen bis dahin zuletzt um eine einzige Stimme noch stärker waren. Angesichts des drohenden Übergangs der Mehrheit an das Zentrum, hatte die liberale Fraktion den Oberbürgermeister Wilhelm *Becker*[114], der im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger, dem »roten« Hermann *Becker*[115], der »schwarze« *Becker* genannt wurde, zum Rücktritt bewogen. Oberbürgermeister *Becker* war schon in weit vorgerücktem Alter. Man hoffte mit der einen Stimme Mehrheit sein Amt auf die gesetzliche Dauer von 12 Jahren einem liberalen Manne erhalten zu können. Das [wäre][116] immerhin ein bedeutender politischer Erfolg gewesen und eine völlige Rechtfertigung des in der Öffentlichkeit, auch im liberalen Lager, vielfach übel vermerkten Schrittes, den hochverdienten, noch durchaus rüstigen Oberbürgermeister zum Rücktritt zu drängen. Aber man hatte sich getäuscht. In der entscheidenden Fraktionssitzung erklärte Herr *Pauli*, er könne seine Stimme nur einem katholischen Bewerber geben. Der katholische Teil der Bürgerschaft könne verlangen, daß nach zwei Protestanten jetzt auch einmal einer der Ihrigen an die Spitze der Verwaltung trete. Damit war der Plan der Liberalen gescheitert. *Wallraf* wurde gewählt.

Er war ein ausgezeichneter Verwaltungsbeamter mit vielen Beziehungen und ausgedehnten Kenntnissen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Kluge Augen, eine stattliche Erscheinung, gewandte und elegante Umgangsformen, große Liebenswürdigkeit und eine ganz große Rednergabe nehmen für ihn ein. Er war ein Schönredner ersten Ranges, der seine sorgsam vorbereiteten und bis zum letzten gefeilten Ausführun-

---

108 Josef *Wiethoff* (1853–1922), Handwerksmeister, Installateur, Rentner, 1908–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

109 Julius *Wirtgen* (1843–1928), Fabrikant, Gründer der Fa. Kretzer und Wirtgen, Harzprodukte und Fabrikation technischer Öle und Fette, 1903–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

110 Richard *Zörner* (1861–1941), Bergrat, Bergwerksdirektor, Generaldirektor der Maschinenbau-Anstalt Humboldt, 1912–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter.

111 Jakob *Becker* (1867–1925), Generaldirektor der Kalker Maschinenfabrik AG, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie von Köln und Umgebung, 1916–1919 (erste Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

112 Max *Wallraf* (1859–1941), 1900–1903 Polizeipräsident in Aachen, 1907–1917 Oberbürgermeister von Köln, Oktober 1917–Oktober 1918 Staatssekretär im Reichsamt des Innern, 1921–1924 MdpLT, 1924–1930 MdR (DNVP), 1924/25 Reichstagspräsident, seit 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP.

113 Joseph *Pauli* (1833–1912), Schwiegervater von Oberbürgermeister Max *Wallraf*, Gutsbesitzer, Präsident des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, 1888–1907 (zweite Wählerklasse) Kölner Stadtverordneter (liberal).

114 Wilhelm *Becker* (1911: von) (1835–1924), 1868 Bürgermeister von Halberstadt, 1875 Oberbürgermeister von Dortmund, 1876 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1886–1907 Oberbürgermeister von Köln.

115 Hermann *Becker* (1820–1885), 1870 Oberbürgermeister von Dortmund, 1875–1885 Oberbürgermeister von Köln, 1862–1872 MdpAH, 1867–1870 Md Norddeutschen Reichstags, 1871–1874 MdR (Fortschritt).

116 Im Original: »war«.

gen mit seltenen und daher oft überraschenden Zitaten auszuschmücken und interessant zu machen wußte. Kölner von Geburt, besaß er ein gut Teil des rheinischen Humors, vor allem aber die sprichwörtliche Liebe des Kölners zu seiner Vaterstadt und bedeutende Kenntnis und großes Verständnis für deren fast zweitausend Jahre alte Geschichte, der er auch in Äußerlichkeiten gerecht wurde. So schmückte er den großen Gürzenichsaal mit Abbildungen alter stadtkölnischer Fahnen aus, ließ die Säle des Rathauses mit historischen Fundstücken ausschmücken und am Turm des unter seiner Verwaltung umgebauten Stapelhauses die Wappen der Kölner Geschlechter anbringen. Er war aber auch ein eifriger Förderer des rheinischen Geschichtsvereins und des Vereins Alt-Köln und suchte das Haenneschentheater[117], das alte Volksspiel, zu neuem Leben zu bringen. Er war ein wohlwollender Vorgesetzter, wie sich auch bei der Beratung einer großen Besoldungsvorlage erwies, hielt aber streng auf Disziplin und Distanz. Die großen Fragen, die für die Zukunft der Stadt von ausschlaggebender Bedeutung waren, die Eingemeindung von Mülheim und Kalk[118], der Bau der Hängebrükke[119], die Verbesserung des Verkehrs im Innern durch Straßendurchbrüche nach außen durch weitausschauende, allerdings nicht immer verwirklichte Planungen, förderte er in seiner behutsamen, aber gründlichen Arbeit mit größtem Verständnis. Für die Verwaltung der Finanzen wußte er sich die besten Mitarbeiter zu verschaffen, denen er nach Möglichkeit freie Hand ließ. Er war ein vortrefflicher Oberbürgermeister, der auch stets eine gute Presse hatte. Nur in einem hätte ich ihn gerne anders gesehen. Er war bisweilen zu behutsam und faßte nicht gerne fest zu. Das war wohl ein Ergebnis der Laufbahn, die hinter ihm lag. In seinen früheren Ämtern war Fortschritt mit der Gefahr des Aneckens verbunden und daher nicht angebracht. Aber das war nur ein Schönheitsfehler, der sein Bild nicht trübt. Er hat wohl niemals die Absicht gehabt, auf die Dauer Kölner Oberbürgermeister zu bleiben. Wenigstens hat er mir einmal gesagt: »In der Kommunalverwaltung darf man nicht alt werden.« Solange er hier im Amte war, ist er niemals parteipolitisch hervorgetreten. Ob er sich zu einer bestimmten Partei rechnete erscheint mir zweifelhaft. Ich glaube, er hat zu der Deutschen Vereinigung des Ministers v. *Schorlemer*[120] gehört, einem Zusammenschluß führender katholischer Männer aus dem Westen, hohe Beamte, hervorragende Wirtschaftler und besonders zahlreich Angehörige des Geburtsadels, der sich gegen die Zentrumspartei gebildet hatte, bald aber wieder von der Bildfläche verschwand.[121]

Die Arbeit in der Kommunalverwaltung der Stadt Köln war eine besonders dankbare und reizvolle Aufgabe. Der gewaltige Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft nach dem deutsch-französischen Krieg genommen hatte, ist in besonderem Maße den Groß-

117 Das Hänneschen-Theater ist ein 1802 gegründetes Stockpuppentheater am Eisenmarkt im südlichen Martinsviertel des Kölner Stadtteils Altstadt-Nord.

118 Die Stadt Kalk wurde 1910, die Stadt Mülheim 1914 nach Köln eingemeindet. Vgl. CHRONIK DER GESCHICHTE DER STADT KÖLN, S. 167 f.

119 Die Stadt Köln hatte sich mit dem Eingemeindungsvertrag mit der Stadt Mülheim 1914 zum Bau einer festen Brücke verpflichtet. Der Bau der Hängebrücke über den Rhein erfolgte zwischen 1927 und 1929. Vgl. ebd., S. 203, 206.

120 Clemens Frhr. v. *Schorlemer-Lieser* (1856–1922), Großgrundbesitzer, 1905 Oberpräsident der Rheinprovinz, Juni 1910–August 1917 preußischer Landwirtschaftsminister, 1919–1922 Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, 1901–1918 MdpHH.

121 Die Deutsche Vereinigung wurde 1908 von nationalkatholischen Kreisen ins Leben gerufen, um gegen die damalige Opposition des Zentrums gegen die Kolonialpolitik der Regierung Position zu beziehen. Vgl. Herbert GOTTWALD: Deutsche Vereinigung (DVg) 1908–1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. v. Dieter Fricke u. a., 4 Bde., hier Bd. 2, Leipzig 1984, S. 404–412.

städten und unter ihnen nächst Berlin und vielleicht Hamburg, in hohem Ausmaß den Städten des Westens zugutegekommen. Geographische Lage, ausgezeichnete Verkehrsmittel und Verbindungen, alteingesessene Industrie, blühender weitverzweigter Handel steigerten ihren Wohlstand. Die Rheinprovinz erfreute sich einer auffallend großen Zahl emporstrebender, gut verwalteter und reicher Städte. Von Köln bis weit nach Westfalen herein reihten sich die Städte mit mehr als 100000 Einwohnern aneinander. Die Entfernung von einer zur anderen beträgt kaum eine halbe Schnellzugstunde. Der Kampf um das Hinterland, um die Kundschaft der Mittelstädte und des flachen Landes der nächsten Umgebung führte immer stärker zu einem Wettbewerb der rivalisierenden Kommunen, der bisweilen in wenig schöner Form geführt wurde, unablässig aber zur Ausnutzung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten nötigte und so ein [Höchstmaß][122] von Kraftentfaltung zeitigte.

Köln mit seiner großen Vergangenheit war seit unvordenklicher Zeit die Metropole des Rheinlandes, wie sie sich mit Stolz nannte. Der alte Hansageist[123] hatte zwar im Laufe der Jahrhunderte einem kläglichen Krämergeist Platz gemacht. Die sprichwörtliche Kölner Gemütlichkeit, die Freude am Lebensgenuß und an harmloser Fröhlichkeit verhinderte oder verzögerte vielleicht in Einzelfällen auch die Ausnutzung des Gegebenen. Aber seit 100 Jahren hatte sich unter Führung weitausschauender Männer Wirtschaft und Kultur der Stadt zu einer hohen Blüte entfaltet. Die neuen Rivalen Düsseldorf und dann ganz besonders Essen, auf die der Urkölner mit einem gewissen gutmütigen, aber deutlich zur Schau getragenem Stolz herabsah, wie es Aristokraten den Emporkömmlingen gegenüber nachgesagt wird, suchten der Stadt den Rang abzulaufen. Düsseldorf, berühmt durch sein hohes Kunstleben und seine herrlichen Gartenanlagen, entfaltete sich immer stärker als ein Herz der rheinisch-westfälischen Großindustrie und Essen, eine ganz junge Großstadt, ein Konglomerat von Kleinstädten und ländlichen Siedlungen, die noch nicht völlig ineinander geschweißt waren, sucht seinesgleichen als Sitz der Kruppschen Werke, des Kohlensyndikats und des immer mehr und fester emporwachsenden RWE.

Köln besaß zwar stolze Erinnerungen an seine glanzvolle und ruhmreiche Geschichte, hatte aber auch sichtbar an deren Folgen zu tragen. Der Festungscharakter der Stadt schnürte sie ein und hemmte ihre Entwicklung. Der sogenannte Rayon vor den Mauern und Gräben war der Bebauung entzogen. Kilometerlange Freiflächen trennten die Stadt von den Vorstädten, die sich überall vor ihren Mauern entwickelt hatten. Wie in anderen Kleinstädten auch, sorgte man sich hier um Zukunftsmöglichkeiten. Man dachte nicht daran, in Bauordnung oder öffentlichen Anlagen einer Entwicklung vorzuarbeiten, die das geschulte Auge längst gesehen haben mußte. Von Köln unabhängig zu sein, von einer Eingemeindung verschont zu bleiben, die das altväterliche Leben auf den Kopf stellen und die Steuerlast erhöhen würde, war der unausgesprochene Leitgedanke für diese zum Teil recht volkreichen und mit blühenden Industrieunternehmungen gesegneten Orte rechts wie links des Rheins. Aber diese Eingemeindungen waren schicksalhaft. Sie kennzeichnen die Entwicklung der Stadt Köln. Die Stadt war im Jahre 50 n. Chr. gegründet und mit einer Fläche von 100 ha ausgestattet. Durch Erweiterungen wuchs sie im Jahre 1180 auf 400, im Jahre 1881 auf 1000 ha an. Die große linksrheinische Eingemeindung des Jahres 1888[124] erweiterte ihr Gebiet auf 1100 ha, die im Jahre 1910 erfolgte Eingemeindung der rechtsrheinischen Vororte Kalk und Vingst brachte weitere 700 ha hinzu. Nach der Eingemeindung von Mülheim und Merheim rrh. im Jah-

122 Im Original: »Höchstens«.

123 Köln gehörte vom 13. bis zum 17. Jahrhundert der deutschen Hanse an.

124 Im Original: »1884«.

re 1914 betrug die Flächengröße 20000 ha. Nachdem noch die Gemeinde Worringen auf dem linken Rheinufer hinzugekommen war[125], stand Köln an der Spitze sämtlicher deutschen Städte, bis der Zusammenschluß von Groß-Berlin es auf den 2. Platz verwies. Aber auch auf ihrem eigenen Grund und Boden war die Stadt nicht so frei, wie andere Städte, die nicht den Panzer zur Wehr des Reiches trugen. Auch als die Mauern und Forts gefallen waren, hatte die Fortifikation, wie diese militärische Behörde bezeichnet wurde, in die wichtigsten Lebensäußerungen der Stadt einzugreifen.

Etwa um das Jahr 1910 wollte die Stadt eine Straßenbahn nach einem rechtsrheinischen Vorort bauen. Die Fortifikation [d.h. die Militärbehörde], der die Pläne vorzulegen waren, erklärte, daß die Anlegung des Planums einem Belagerungsheer die Annäherung an die Festung erleichtern werde. Dieser Nachteil könne von der Militärverwaltung nur hingenommen werden, wenn die Stadt zum Ausgleich einen bestimmten Betrag zahle, der zur Beschaffung bestimmter Verteidigungsmittel benötigt werde. Die Stadt hat diesen Betrag – 1 Million Goldmark – gezahlt. Aber auch im Bebauungskern erwies sich die Festungseigenschaft als überaus hemmend. Der Wohnraum war eingeengt, für die Freiplätze oder gar für Parkanlagen war überhaupt kein Raum. Straßendurchbrüche in großem Ausmaße, die das Gewinkel der engen, schmalen Straßen hätten verbessern können, waren aus demselben Grunde unmöglich.

Aber gleichwohl wuchs der Wohlstand der Stadt nicht zum mindesten dank der Tüchtigkeit seiner Bürger. Köln hat bis in die jüngste Vergangenheit keine große Industrie besessen. Seine Kraftquelle war der deftige Mittelstand, die große Zahl der tüchtigen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden. Kaum eine zweite Großstadt konnte eine gleiche Blüte in diesen Schichten aufweisen. Dazu kam der Großhandel, der besonders auf Ausfuhr eingestellt war. Abgesehen von Berlin und Frankfurt a.M. spielte der Großhandel nirgends eine so bedeutende Rolle wie in Köln, das endlich der Sitz zahlreicher Bankunternehmungen und Versicherungsgesellschaften war, die nicht nur hervorragende Steuerzahler darstellten, sondern auch der Bürgerschaft unmittelbar zugute kamen. Alle Arbeit wurde geadelt durch die unvergleichliche Liebe des Kölner zu seiner Vaterstadt, die sich von Geschlecht zu Geschlecht forterbte.

Dieses alte, als Lokalpatriotismus verspottete Urkölnertum vermerkte es sehr übel, daß der Stadt unter preußischer Herrschaft so wenig Provinzbehörden verblieben waren. Das Oberpräsidium und das Generalkommando waren in Koblenz, die Universität in Bonn, die Provinzialverwaltung und die Kunstakademie in Düsseldorf, die Technische Hochschule in Aachen. Köln hat nichts als den Appellhof, die Provinzialsteuerdirektion und die Provinzialhebammenanstalt – klagte einmal ein hoher Beamter der Stadt in [bewegten][126] Worten. Man glaubt vielfach hieraus auf ein Übelwollen der Staatsregierung schließen zu müssen. Richtig ist, das sich Köln – im Gegensatz zu Düsseldorf – niemals der besonderen Gunst der preußischen Regierung erfreuen konnte und seinen großartigen Aufschwung in der Hauptsache nur der eigenen Kraft verdankte. Aber der Grund für die spärliche Ansiedlung von Provinzialbehörden in Köln war doch wohl, wenn nicht allein, so doch teilweise, der Umstand, daß es dem Köln des Jahres 1815 an geeigneten Gebäulichkeiten zur Unterbringung dieser Ämter fehlte, während in Koblenz, Bonn, Düsseldorf die alten Residenzen, landesherrlichen Schlösser in Fülle zur Verfügung standen. Das hatten die braven Kölner nun davon, daß sie in ihrem Freiheitssinn vor 500 Jahren den Kurfürsten aus der Stadt vertrieben und ihn sogar das Betreten der Stadt mit jahrhundertelangem Erfolg verboten hatten.

125 Im Jahre 1922.

126 Im Original: »beweglichen«.

Wer der Entwicklung der deutschen Städte, aber auch der deutschen Wirtschaft in den letzten 50 Jahren gerecht werden will, darf auch nicht übersehen, daß das kapitalarme Deutschland im 19. Jahrhundert auf fremdes Geld für seinen Aufbau angewiesen war. Die Gasanstalten eben[so die] großen Bergwerksunternehmungen wurden vielfach mit englischem, die Straßenbahnen mit belgischem Geld von Ausländern gegründet [und] betrieben. Auch die Kölner Straßenbahn gehörte einer belgischen Gesellschaft, der S.A. des tramways de Cologne mit dem Sitz in Brüssel. Wie die Stadt an den Militärfiskus eine nette Summe von Millionen zahlen mußte, um sich Wall und Graben vom Leibe zu schaffen, die jeden militärischen Wert längst verloren hatten, so mußten auch Millionen aufgewandt werden, um die Straßenbahn aus belgischer Hand in die der Stadt zu überführen. Gleichwohl befanden sich die Finanzen der Stadt zur Zeit meines Eintrittes in die Stadtverordnetenversammlung in ausgezeichneter Verfassung. Es war immer sparsam und weitsichtig gearbeitet worden. Die Steuerkraft der Bürgerschaft hielt mit der Zunahme der notwendigen Ausgaben Schritt. Das Rückgrat der städtischen Finanzen bildeten vor dem Kriege Realsteuern und die kommunalen Zuschläge zur staatlichen Einkommenssteuer. Beide waren der bewegliche Faktor im Haushalt der Gemeinden. Sie möglichst niedrig zu halten, wurde als eine besondere Aufgabe der städtischen Finanzpolitik angesehen. Dementsprechend wurden nicht vordringliche Aufgaben und Ausgaben nach Möglichkeit zurückgestellt. Zu diesen Zuschlägen und den Realsteuern, Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuer, traten die Erträgnisse aus den städtischen Betrieben als wesentliche Einkommensquellen für die Gemeinden. Die Zuschläge zur Einkommenssteuer und die kommunalen Realsteuern mußten in einer bestimmten »Relation« zueinanderstehen. Dies war eine Geheimwissenschaft und dehnbar wie Gummi. Diese Relation und ihre Auswirkungen standen bei den alljährlichen Haushaltsberatungen im Mittelpunkt des Kampfes. Man konnte damals dem wirtschaftlich gesunden und ausreichenden Ertrag abwerfenden Hausbesitz wie auch dem blühenden Handel und Gewerbe erhebliche Lasten auferlegen, ohne die Wirtschaftlichkeit zu gefährden. Auch das nicht fundierte Einkommen der Bürgerschaft vertrug stärkere Bes[teu]erung.

Die Rücksicht auf die zweite Wählerklasse, in der die Gewerbetreibenden den Ausschlag gaben, war für die Zentrumspartei entscheidend, um die Realsteuern möglichst niedrig zu halten. Die Erfassung des unbebauten Grundbesitzes durch Besteuerung, insbesondere durch die Wertzuwachssteuer war eines der schwierigen Probleme. Der Einfluß des Spekulantentums auf einzelne Stadtverordneten war größer, als die Öffentlichkeit wußte. Köln konnte sich mit verhältnismäßig geringen Zuschlägen zur Einkommenssteuer begnügen und bot daher dem Zuzug auch in dieser Beziehung günstige Verhältnisse. Die Schulden bestanden in ganz überwiegendem Maße in langfristigen, niedrig verzinslichen Anleihen. Ihr Gesamtbetrag blieb weit hinter dem städtischen Vermögen zurück. Die Stadt wurde Herrin der Versorgungsbetriebe und der Verkehrsmittel. Vor allem aber verfügte sie über einen ganz gewaltigen Grundbesitz. Sie gehörte zu den reichsten und größten Grundbesitzern in Europa. Dieser Grundbesitz entstammte verschiedenen Quellen und war deshalb auch Jahrzehnte hindurch nicht einheitlich verwaltet [worden]. Sein Hauptbestandteil bildete das sogenannte Armenvermögen, aus dessen Ertrag die Wohlfahrtslasten zu bestreiten waren. Die Stadt besaß neben ihren Amtsgebäuden, Schulen, Museen, Werken, Bahnhöfen, Brücken usw. unbebauten Grundbesitz in allen Teilen ihres Gebietes. Daneben aber auch viele »Höfe«, Landgüter zum großen Teil Stiftungsvermögen, die in der Nachbarschaft wie in weiterer Ferne, beispielsweise bis in die Eifel hinein, zerstreut lagen. Ich wurde sofort Mitglied der Deputation für das Grundstückswesen und habe dort bis zu meinem Ausscheiden aus der städtischen Vertretung gearbeitet. Ich habe schon früh die Notwen-

digkeit der Bodenvorratswirtschaft erkannt und deshalb zusammen mit anderen darauf hingewirkt, die draußen liegenden Höfe zu verkaufen und diesen Erlös in städtischen Grundbesitz anzulegen. Dazu bot sich reichlich Gelegenheit. Die Eingemeindungen, rechts und links [des Rheins], die Verschiebungen und Beseitigungen der Rayonbeschränkungen, die Ausfüllung des unbebauten Raumes zwischen Kernsiedlung der Stadt und ihren Vororten verlangten und schafften immerfort neues Baugelände. Infolge ihrer Bodenpolitik beherrschte die Stadt bald den Grundstücksmarkt uneingeschränkt. Sie regulierte den Preis des Bodens, bestimmte die Richtung, den Umfang und das Zeitmaß der Erschließung neuer Baugebiete und drängte, was mir von Anfang an ganz besonders am Herzen lag, die Bodenspekulation auf ein erträgliches Maß zurück. Großspekulation gab es in Köln bald so gut wie gar nicht mehr. Einige Grundstücksgesellschaften haben in der Erschließung und im Ausbau der Vororte erhebliche Dienste getan. Dem Drängen mancher Stadtverordneten, zur Erleichterung der Steuerzahler den Ertrag der Bodenwirtschaft ganz oder teilweise an die Stadthauptkasse abzuführen, habe ich mich mit Entschiedenheit und Erfolg widersetzt. Die Stadt sollte nach meinem Willen nicht in die Rolle des Grundstückshändlers gedrängt werden, der des Gewinnes wegen den Grund und Boden wie eine Ware verschiebt und durch fast mühelose Gewinne verteuert. Die Grundstückspartie [sic] führte dann auch ihre Verwaltung einschließlich der Finanzgebarung, völlig selbständig, legte ihre Ertragsrechnung und ihre Vermögensübersicht lediglich der eigenen Deputation vor und verwandte ihre Einkünfte nur für eigene Zwecke. Zur Bearbeitung besonders bedeutsamer Vorhaben wurde aus dieser Deputation ein »Vertrauensausschuß« gebildet, dem zwei Mitglieder der Zentrumsfraktion und ich ständig angehörten. Zu unserem Aufgabenkreis gehörten so bedeutungsvolle Gegenstände wie Straßendurchbrüche, Anlegung von Parks, von Häfen und dergl., deren vorzeitiges Bekanntwerden eine Bodenspekulation hervorrufen und die Belange der Stadt schädigen konnte. In diesem Ausschuß haben wir uns, um ein Beispiel zu nennen, schon vor dem Kriege mit der Frage der Untergrundbahn beschäftigt, und zwar nicht nur in theoretischen Erwägungen, vielmehr wurden in mehreren Stadtteilen bebaute und unbebaute Grundstücke bisweilen um der Geheimhaltung willen nicht einmal auf den Namen der Stadt erworben, Fluchtlinien und Freiflächen mit Rücksicht auf die zukünftige Untergrundbahn bestimmt, selbst die Fundamentierung einzelner Neubauten demgemäß gestaltet. Durch frühzeitigen Erwerb von Gelände wurde es möglich gemacht, einige Parks fast ohne Belastung der städtischen Finanzen anzulegen. Die Wertsteigerung, die diese Neuanlagen für ihre Umgebung mit sich brachten, reichten nahezu aus, die Gesamtkosten der Anlagen zu decken, weil die Grundstücksverwaltung nicht nur das für die Anlage erforderliche Gelände, sondern auch dessen Randgebiete rechtzeitig erworben hatte.

Im Laufe der Zeit habe ich fast allen Ausschüssen ständig angehört, die wirtschaftliche, finanzielle, kulturelle oder politische Bedeutung hatten. Insbesondere war ich Mitglied des Verfassungsausschusses und der Finanzkommission, zu deren Zuständigkeit alle Vorlagen gehörten, die in den Fachausschüssen vorberaten waren. Ich galt ganz allgemein und unbestritten für einen der besten Kenner des Etats. Ich darf behaupten, daß im Verfassungsausschuß wie in der Finanzkommission Beschlüsse von großer Tragweite wohl kaum gegen meinen Widerspruch gefaßt worden sind, soweit es sich nicht um Fragen politischer Art handelte, bei denen die Mehrheit des Zentrums uns majorisierte. Ebenso hatte ich das Ohr der Vollversammlung. Auch auf die Gegner blieben meine Ausführungen selten ohne Eindruck. Sie wirkten umso besser, weil ich vollkommen frei, ohne Konzept, meist ohne irgendwelche Notizen sprach. Ich konnte mir das infolge meiner Kenntnis des Etats leisten. Meine Reden, insbesondere zum Etat, wurden auch in den gegnerischen Zeitungen ausführlich wiedergegeben. Die Berichterstatter

waren allerdings anfangs sehr enttäuscht, weil ich ihre Bitten um Überlassung des Konzepts nicht erfüllen konnte. Sie gewöhnten sich aber daran, und konnten meinen Ausführungen gut folgen, weil ich langsam sprach und Perioden oder sonstige lange Sätze vermied. Nach dem Tode *Kylls* im Jahre 1915[127] wurde ich wie gesagt Vorsitzender der liberalen Fraktion. Ich glaube, daß ich sie gut geführt und ihr Ansehen vor der Öffentlichkeit wie vor der Verwaltung und den Gegnern gewahrt habe.

Als später nach der Revolution ein Ältestenausschuß gebildet wurde, der nach und nach an Bedeutung und an Einfluß auf die Behandlung der Vorlagen sow[ohl] in den Ausschüssen als auch in der Stadtverordnetenversammlung gewann, habe ich auch dort mit Erfolg gearbeitet. Wiederholt habe ich als einer der Vertreter der Stadt die Städtetage besucht, beispielsweise in Breslau, Posen, Berlin, Bonn, Stuttgart und Goslar. Auf dem Städtetag in Goslar 1920 oder 1921 bildeten sich zum ersten Male Fraktionen, die zunächst die Wahl von Stadtverordneten in den Vorstand des Städtetages durchsetzten.[128] Ich wurde als Vertreter der deutsch-demokratischen Fraktion gewählt und habe dem Vorstand bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt eines Stadtverordneten angehört. Ich war bis dahin ständig Vorsitzender der deutschen-demokratischen Fraktion des Städtetages, der u.a. die Oberbürgermeister von Berlin, Breslau, Kassel, Hamburg, Nürnberg, Frankfurt a.M., Ludwigshafen, Heidelberg, Bochum, zeitweilig auch von Dresden usf. angehörten. Auf dem Städtetag in Goslar prägte dessen damaliger Geschäftsführer, der spätere Reichskanzler *Luther*[129], das niedliche, die Lage vortrefflich kennzeichnende Wort: »Ich muß doch feststellen, daß heute die Oberbürgermeister alle erst in der zweiten Garnitur reden.«[130]

Die gemeinschaftliche Arbeit brachte die Stadtverordneten bei den Fraktionen namentlich ihre Führer einander persönlich näher, so daß schroffe Auseinandersetzungen im allgemeinen nur selten vorkamen. Gleichwohl blieben die weltanschaulichen Gegensätze der Fraktionen bestehen. Sie führten zu heftigen erbitterten Kämpfen, die heute zum Teil kaum noch verstanden werden können. Im Vordergrund stand der Kampf um die Schule, um die Frage, welcher Einfluß dem Konfessionalismus in den Schulen einzuräumen sei. Im Grundsatz war diese Frage durch die staatliche Gesetzgebung geregelt, entzog sich also der Zuständigkeit der Kommunen. Aber die Anwendung der gesetzlich festliegenden Bestimmungen war im weiten Umfange Sache der Selbstverwaltung. Die Zusammensetzung der Schuldeputation – für die Volksschulen – war entscheidend für die Auswahl der Lehrkräfte. In den Kuratorien der höheren Schulen wurde mit Erbitterung um die Besetzung jeder freien Stelle gerungen.

127 Richtig: 1916.

128 Der 9. Preußische Städtetag in Goslar fand am 26. und 27. Mai 1922 statt. Die Stadt Goslar feierte in diesem Jahr ihr 1000-jähriges Bestehen und hatte aus diesem Anlass um die Ausrichtung des Städtetages gebeten. Vgl. die VERHANDLUNGEN DES NEUNTEN PREUSSISCHEN STÄDTETAGES AM 26. UND 27. MAI 1922 IN GOSLAR, Berlin 1922; GOSLARSCHE ZEITUNG, 123, 29.5.1922: »9. Preußischer Städtetag«.

129 Hans *Luther* (1879–1962), Dr. jur., 1918–1924 Oberbürgermeister von Essen, November 1922–Oktober 1923 Reichsernährungsminister, Oktober–November 1923 Reichsfinanzminister, Januar 1925–Mai 1926 Reichskanzler, 1927 Mitglied der DVP, 1928 Vorsitzender des »Bundes zur Erneuerung des Reichs«, April 1930–März 1933 Präsident der Reichsbank, 1933–1937 Botschafter in Washington.

130 »Wie groß der Wandel der Zeiten ist,« so Oberbürgermeister Dr. *Luther*-Essen am 2. Verhandlungstag, den 27. Mai 1922, »können Sie schon daraus entnehmen, daß Oberbürgermeister und sonstige Berufsbeamte bei unserer heutigen Erörterung grundsätzlich nur in der zweiten Garnitur zu Worte gekommen sind. (Erneute Heiterkeit)« VERHANDLUNGEN DES NEUNTEN PREUSSISCHEN STÄDTETAGES AM 26. UND 27. MAI 1922 IN GOSLAR, Berlin 1922, S. 55, die Rede insgesamt S. 55–57.

Ein Vorschlag des Zentrums, einem neuen Gymnasium den Namen Görresgymnasium zu geben, führte zu den lebhaftesten und nachhaltigsten Kämpfen. Am schärfsten waren die Gegensätze in der Frage der Mädchenbildung. Von alters her schickten die alten Kölner katholischen Familien ihre Töchter, denen sie eine höhere Bildung geben wollten, in auswärtige Klosterschulen oder rheinische private Anstalten. Staatliche höhere Mädchenschulen gab es im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts in Köln überhaupt nicht, städtische nur sehr wenige. Private Anstalten nahmen an Zahl zu, insbesondere kamen klösterliche Schulen auf, die sich sehr schnell in das Problem der Gymnasialbildung für Mädchen hineinlebten, während weite Kreise diesem [im] gesunden und fortschrittlichen und vaterländischen Geiste geborenen Gedanken, noch verständnislos oder fremd gegenüberstanden. Öffentliche, nicht konfessionelle höhere Schulen für Mädchen und für Knaben war ein fester und bedeutsamer Programmpunkt, ein Grundsatz für den Liberalismus aller Schattierungen. Ich hatte ausgiebig Gelegenheit, für diesen Grundsatz zu streiten. Mein Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung fiel zeitlich mit den staatlichen Erlassen über die Neuordnung der Mädchenschulen zusammen.[131] In Köln bestanden damals private Kurse für gymnasiale Bildung von Mädchen, die von Mathilde von *Mevissen*[132] ins Leben gerufen waren und sich lebhafter Fürsorge von liberaler Seite erfreuten. Mathilde von *Mevissens* Schöpfung war eine Tat. Sie war die Krönung ihres Lebenswerkes, das den Frauen den Weg zu gleicher Bildung wie den Männern und dadurch zu gleichem Recht mit ihnen bereiten wollte. Es gelang diese Kurse zu retten. Sie wurden zu einer städtischen Studienanstalt gymnasialer Richtung gestaltet und verblieben unter der Führung ihres bisherigen hochverdienten Leiters Dr. *Kreutzer*[133]. Daneben wurde eine weitere Studienanstalt realgymnasialer Richtung für Mädchen begründet. Sie wurde verständiger Weise einer der beiden bestehenden städtischen Töchterschulen angegliedert. Aber nicht etwa derjenigen, deren Direktor am besten zur Leitung der Studienanstalt qualifiziert war. Er war zwar Katholik gegen dessen religiöse Stellung sich wohl nichts einwenden ließ, stand aber im Rufe des Liberalismus. Die Zwitterparität, die in der Politik des Zentrums lange eine entscheidende Rolle gespielt hat, ließ es anscheinend nicht zu, die beiden Studienanstalten für Mädchen liberalen Männern anzuvertrauen. Die neu gegründete Anstalt wurde daher dem anderen Herrn anvertraut, der unstreitig nicht an erster Stelle berufen gewesen wäre, aber Mitglied des »Häuschens« war, des Philisterzirkels der nicht farbentragenden katholischen Verbindungen, dessen politischer, namentlich kommunalpolitischer Einfluß weit reichte und dem zeitweilig wohl die Mehrzahl der städtischen Oberbeamten angehörte. Übrigens war dieser Herr ein durchaus toleranter Mensch und ein tüchtiger Schulmann, allerdings war der andere, um das nochmals zu sagen, weit befähigter und tüchtiger.

Schwieriger noch war der Kampf um die privaten, auf rein konfessioneller Grundlage aufgebauten Mädchenschulen. Gerade deshalb suchte die Politik des Zentrums, sie zu erhalten und auszubauen. Deshalb sträubte sich die Zentrumsfraktion und die von ihr beeinflußte Stadtverwaltung gegen die Errichtung neuer höherer Mädchenschulen. Es gelang uns, nur eine einzige ins Leben zu rufen. Die für diese Haltung ins Feld geführ-

131 1908 wurden die Reifezeugnisse der höheren Mädchenschulen den Reifezeugnissen der anderen höheren Schultypen gleichgestellt und dadurch Frauen in Preußen der Zugang zum Universitätsstudium eröffnet. Vgl. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 561–563.

132 Mathilde von *Mevissen* (1848–1924) gründete 1903 ein humanistisches Gymnasium für Mädchen in Köln, das erste in Preußen, das zweite (nach Karlsruhe) in Deutschland. 1909 übernahm die Stadt Köln das private Unternehmen.

133 Johannes Peter *Kreutzer* (geb. 1858), Prof. Dr., Lehrer am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Köln, 1906–1924 Leiter des Kölner Mädchengymnasiums.

ten finanziellen Gesichtspunkte waren keineswegs durchschlagend. Zwar kosteten die städtischen Schulen Geld. Aber das Bildungswesen gehört zu den Aufgaben und zwar zu den wertvollen Aufgaben des Staates wie der Selbstverwaltung. Auf diesem Gebiet war Sparsamkeit schlecht angebracht. Es ist aber auch mehr als fraglich, ob der Weg, den man wählte, zu wirklich nennenswerten Ersparnissen führte. Man unterstützte die privaten Lehranstalten mit städtischen Geldern. Die Ansprüche, die hierzu an die städtischen Finanzen gestellt wurden, wuchsen ständig. Von Jahr zu Jahr nahm der Haushaltsposten »Zuschüsse für private höhere Mädchenanstalten« an Umfang zu. Im Zusammenhang damit in logischer Folgerung wuchs die Zahl der privaten Lehranstalten und ihr Besuch.

Der Sieg des Zentrums auf diesem Gebiet ist unstreitbar. Bis heute [1936] hat sich wohl nicht viel daran geändert. Ich habe meine Grundsätze, die ich in jahrelangen Kämpfen auch in dieser Frage zu verteidigen hatte, auch nicht [um] ein Jota geändert, sehe aber heute manches anders, als das vor 20 Jahren der Fall war.

Personalpolitik war der Kern und die Kunst der Fraktionsarbeit des Zentrums. Der altbekannte »Kölsche Klüngel« feierte hier seine Auferstehung in neuen Formen. Die sonst so entgegenkommenden und liebenswürdigen Führer des Zentrums umgaben sich mit Eiskälte, wenn es sich um eine Stellenbesetzung handelte, für die sie einen der Ihrigen präsentierten. Im liberalen Lager behauptete man, daß die Stellen im »Häuschen« ausgehandelt würden und daß dabei das Altherrn-Verzeichnis des KV[134] eine ähnliche Bedeutung habe, wie der Gotha für Diplomaten und höhere Verwaltungsbeamten. Jedenfalls flog mir eines Tages durch Vermittlung eines der höchsten Staatsbeamten unserer Stadt ein solches Handbuch auf den Schreibtisch. Daraus ergab sich allerdings, daß seit einigen Jahren bei der Stellenbesetzung innerhalb der städtischen Verwaltung fast ausschließlich alte Herren der nicht farbentragenden katholischen Korporationen KV ausgewählt worden waren. Dabei mag zugegeben werden, daß sich darunter sehr viele tüchtige Männer befanden und Mißgriffe verhältnismäßig nicht allzu häufig unterliefen. Zu den alten Herren des KV gehörte auch der Mann, der zum Nachfolger des zum Staatssekretär des Innern und preußischen Staatsminister ernannten Oberbürgermeisters *Wallraf* wurde: Konrad *Adenauer*[135]. Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte. Das ist nicht seine Schuld, denn »schwanken« ist niemals seine Sache gewesen.

Er war Kölner von Geburt, ebenso wie *Wallraf*, Schüler des Apostelgymnasiums. Sein Vater war der Rechnungsrat *Adenauer*[136], erster Gerichtsschreiber des Oberlandesgerichts, also ein Mann der sich an der Spitze seiner Berufsgenossen heraufgearbeitet hatte. In der Schlacht bei Königgrätz [1866] hatte er als Unteroffizier so vor dem Feinde sich ausgezeichnet, daß er zum Offizier befördert wurde. Das war ein ganz seltener Fall höchster Anerkennung. Er war ein strenger Mann, nicht sehr liebenswürdig, aber überaus pflichttreu und gewissenhaft. Seine Kinder sind sämtlich »etwas geworden«, nicht nur Konrad der Oberbürgermeister. Ich habe ihn kennengelernt, als er etwa ein Jahr lang bei *Kausen* als Gerichtsassessor tätig war. Ich nehme an, daß diese Tätigkeit

134 Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine.

135 Konrad *Adenauer* (1876–1967), 1906 Mitglied des Zentrums und Beigeordneter der Stadt Köln, 1909 1. Beigeordneter (Finanz- und Personaldezernat, mit Kriegsausbruch auch Ernährungsdezernat), 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, 1921 Präsident des Staatsrats, 1922 Präsident des Münchener Katholikentages, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 Außenminister, 1950–1966 Vorsitzender der CDU.

136 Johann Konrad *Adenauer* (1833–1906), Sekretär am Appellationsgericht (heute Oberlandesgericht) Köln, seit 1883 Kanzleirat.

für ihn das Sprungbrett in die Kommunalverwaltung wurde. Wenn ich nicht irre, trat er etwa 1905 oder 1906 als Beigeordneter unter *Becker* ein.[137] Unter *Wallraf*, der übrigens Onkel der ersten Frau *Adenauers* war, bearbeitete er hauptsächlich Steuern, Personalien und Finanzen. 1912 oder 1[913] wurde er Erster Beigeordneter.[138] Neben der Stellvertretung des Oberbürgermeisters [ob]lag ihm jetzt das Finanzamt und das Personaldezernat und im Kriege die Fürsorge für die Ernährung. *Wallraf* hatte sich wohl schon seit längerer Zeit nicht mehr ganz behaglich in seiner Stellung gefühlt. Die Zentrumsfraktion stand zwar nicht in ausgesprochenem Gegensatz zu ihm und seiner Amtsführung. Der Wunsch, an seiner Stelle einen waschechten Zentrumsmann zu sehen, wurde aber stärker und deutlicher. *Adenauer*, der einen schweren Autounfall im Dienste erlitten hatte, befand sich im Spätsommer 1917[139] im Schwarzwald zur Erholung. Dort besuchten ihn die Zentrumsführer *Mönnig* und *Rings* im Auftrage ihrer Freunde. Zweifellos ist während dieses Besuches über eine etwaige Nachfolgerschaft *Wallrafs* gesprochen, wahrscheinlich auch verhandelt worden. Davon ging die liberale Fraktion aus, als sie kurze Zeit darauf eine Abordnung unter meiner Führung zu *Wallraf* sandte, der sich damals in Freiburg i/Br. aufhielt. Als ich gleich nach der Begrüs[sung] dem Oberbürgermeister sagte, wir seien gekommen, um ihm das Vertrauen unser[er] Freunde auszusprechen, war er augenscheinlich von Zweifeln erlöst. Er hatte anscheinend anderes erwartet. Von Rücktrittsabsichten sprach er an diesem Tage nicht. Nach seiner Ernennung zum Minister[140] setzten die Verhandlungen über seinen Nachfolger sofort ein. *Adenauer* selbst, mit dem ich in recht freundschaftlichen Beziehungen stand, teilte mir mit, das er der Kandidat des Zentrums sei und fügte hinzu; wenn Sie mich nicht wollen, bekommen Sie Herrn so und so, Oberbürgermeister einer rheinischen Mittelstadt, dem der Ruf großer kommunalpolitischer Kenntnisse, aber auch besonders intensiver Betätigung im Sinne der Zentrumspartei vorherging. Ich war ohnehin für die Wahl *Adenauers*. Daß ein Zentrumsmann gewählt werden würde, war bei dem Stimmenverhältnis in der Stadtverordnetenversammlung ganz zweifellos.

Adenauer war nicht nur ein hervorragender Verwaltungsbeamter, ein unermüdlicher Arbeiter, ein kenntnisreicher Kommunalpolitiker, ein ausgezeichneter Redner, sondern kannte darüber hinaus die stadtkölnische Verwaltung bis zum letzten. Er hatte maßgeblich die Entwicklung der letzten Jahre gefördert, in den bis dahin abgelaufenen Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit großem Erfolge geleitet. Er kannte die schwebenden Fragen, insbesondere die finanziellen ebenso gut wie die Persönlichkeiten der leitenden Beamten. Von Beginn unserer Bekanntschaft an bis auf den heutigen Tag habe ich *Adenauer* für einen toleranten, freimütigen und fortschrittlich eingestellten Menschen mit einem starken sozialen und demokratischen Einschlag gehalten. Seinem Charakter gab seine unbeugsame Energie, die sich bis zur Eigensinnigkeit steigern konnte, die bestimmende Note. Im Gegensatz zu *Wallraf*, der sehr behutsam, bisweilen vielleicht nicht ohne Zagen vorging, ist *Adenauer* ein Mann der Initiative, die vor keinem Hindernis zurückschr[eckt] und sich an die größten und schwierigsten Aufgaben heranwagt. Ein guter Preuße ist *Adenauer* wohl nie gewesen. Aber seine Gegner haben ihm großes Unrecht zugefügt, wenn sie ihm deutsches Nationalgefühl und die Treue zum deutschen Vaterlande absprachen, die aus seiner Liebe zum rheinischen Boden und [zur] Kölner Heimat erwuchs.

137 Richtig: 1906.

138 *Adenauer* wurde 1909 Erster Beigeordneter der Stadt Köln.

139 Im Original: »1916«.

140 Max *Wallraf* wurde im August 1917 Staatssekretär des Reichsamts des Innern.

Es kam mir vor allem darauf an zu verhindern, daß meine Fraktion oder ein erheblicher Teil der Fraktion bei der Wahl des Oberbürgermeisters weiße Zettel abgab. Ich fürchtete, daß hierdurch die Beziehungen zwischen uns und dem neuen Oberbürgermeister von vornherein und auf Dauer getrübt werden würden. Das erschien mir für die gemeinschaftliche Arbeit abträglich. Darüber hinaus aber hielt ich mich für verpflichtet nach Kräften, während des Krieges alles Trennende zu überbrücken und namentlich die Parteigegensätze, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Ideen und des Prinzips, zurücktreten zu lassen. Es war gar nicht leicht die liberale Fraktion, die mir im allgemeinen willig und vertrauensvoll folgte, zur Stimmabgabe für *Adenauer* zu bringen. Zwar wurde seine Befähigung allerseits anerkannt, aber in den Augen vieler meiner Freunde war und blieb er der eingefleischte Parteimann, der nach ihrer Meinung seinen Aufstieg nur seiner Parteizugehörigkeit verdankte und sich als Oberbürgermeister zu sehr als Parteimann fühlen werde. Ich habe den Widerstand meiner Freunde überwunden, nachdem ich vom Zentrum als Gegenleistung erhalten hatte, daß an Stelle *Adenauers* jeder im Amte befindliche liberale Beigeordnete zum 1. Beigeordneten gewählt werden sollte, den wir vorschlügen, und von *Adenauer* selbst die Erklärung erhalten hatte, daß er dem neuen Ersten Beigeordneten das Finanzdezernat und die Personalien übertragen werde, falls dieser sich hierzu eigne und diese Ämter übernehmen wollte. Der Mann, den wir nach langen Verhandlungen ausgesucht hatten, wurde ebenso wie *Adenauer* einstimmig gewählt.[141] Er besaß auch die Eignung für die beiden Dezernate, hat sie aber gleichwohl nicht übernommen. Ich bin nie dahinter gekommen, weshalb er [dies] trotz der auch von mir gemachten Zusage nicht getan hat. Der Gewinn, den ich für die Wirksamkeit unserer Gedanken im Rathaus erzielen wollte, war damit stark geschmälert.

Die rheinische Bürgermeisterverfassung war geradezu auf die Fähigkeiten und die Charaktereigenschaften *Adenauers* zugeschnitten. Sie wie die ihr entgegenstehende Magistratsverfassung haben ihre Vorzüge und ihre Schattenseiten. Das Zweikammersystem der Magistratsverfassung gewährleistet eine besonders gründliche Prüfung der Vorlagen und eine vorsichtig überlegte Beschlußfassung, verlangsamt aber das Verfahren und führt zu Reibungen zwischen den beiden städtischen Körperschaften, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung. Die Bürgermeisterverfassung verbürgt eine straffere, schnellere und weniger Reibungen ausgesetzte Handhabung der Geschäfte, kettet aber [das] Geschick der Gemeinden vielleicht zu stark an die Persönlichkeit des Bürgermeisters. Von ihm hängt die Wohlfahrt der Stadt in sehr starkem Ausmaß ab. Der Geschäftsbereich der Stadtverordneten ist weit gezogen, ihre Verpflichtung zur Kritik und Kontrolle geht sehr weit, aber die Möglichkeit eigener Initiative und führender Mitarbeit ist angesichts der überragenden Stellung des rheinischen Oberbürgermeisters für sie sehr beengt. Die nächsten Mitarbeiter des Bürgermeisters, die Beigeordneten, haben sich nach seinen Weisungen zu richten und den Willen des Oberbürgermeisters und nicht die eigene Auffassung vorzutragen. In diese bedeutungsvolle Stellung des Bürgermeisters war Konrad *Adenauer* geradezu herein geboren. Was ihm fehlte, war Menschenkenntnis. Er ging zwar mit einem gesunden Mißtrauen an fremde Persönlichkeiten heran, bildete sich aber dann sein Urteil wohl zu schnell. Nicht wenige haben es verstanden, ihm zu imponieren und sich dadurch zu bedeutsamen Stellungen aufzuschwingen. Aber schnellem Aufstieg [folgte] sehr häufig jäher Absturz. Er verbrauchte die Menschen in sehr kurzer Zeit.

141 Erster Beigeordneter wurde im November 1917 Dr. Bruno *Matzerath* (1868–1936). *Matzerath* war seit 1900 als Beigeordneter für die Grundstücksverwaltung und die Bodenpolitik sowie für das Armen- und Stiftungsvermögen, seit 1913 auch für die Hypothekenanstalt und seit 1917 für die Lebensmittelversorgung zuständig.

Unter verfehlter Beurteilung seitens des Chefs haben verdiente Beigeordnete und Oberbeamte der Stadt Köln leiden müssen. Dabei war er [*Adenauer*] von Haus aus wohlwollend und gerecht gegen seine Mitarbeiter. Die Stellung der Beigeordneten gestaltete sich – zum Vorteil der Stadt – etwas freier, als es die rheinische Städteordnung vorsah, weil *Adenauer* an der schon vor seiner Zeit eingeführten Übung der sogenannten Beigeordnetenkonferenz festhielt, die der Magistratssitzung der ostelbischen Städteordnung nachgebildet war, sich aber von ihr sehr wesentlich dadurch unterschied, daß Beschlüsse, geschweige denn Mehrheitsbeschlüsse nicht gefaßt wurden. Sie brachte vielmehr nur Material, gab aber den Beigeordneten und Oberbeamten Gelegenheit, ihre Auffassung dem Oberbürgermeister gegenüber im engeren Kreise zu vertreten und sich über den Lauf der Geschäfte, über den eigenen Tätigkeitsbereich hinaus eingehend zu unterrichten.

Auf dem Rathaus wurde in vorbildlicher Weise gearbeitet. Die Richtlinien für die Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung hatten sich aus dem Schaffen von Jahrzehnten herausgearbeitet und lagen jetzt fest. Experimente, die größte Gefahr der Selbstverwaltung, wurden so gut wie überhaupt nicht gemacht und Fehlschläge infolgedessen vermieden. Die städtischen Finanzen waren gesund. Die eigenen Werke lieferten erfreuliche Erträge. Die Steuerkraft der Bürgerschaft wuchs von Jahr zu Jahr, ohne jemals über Gebühr beansprucht zu werden. Das verbot schon die stetige Rivalität der beiden Fraktionen. Das äußere Bild der Stadt verschönerte sich zusehends. Ihre hygienischen und sanitären Maßnahmen, zumal die Krankenhausbauten, hielten jede Kritik aus. Die Fürsorge, damals sprach man noch von Armenverwaltung, Armenvermögen und Gemeindearmen, war vorbildlich. Die städtische Bodenpolitik suchte in Deutschland ihresgleichen. Das äußere Ansehen der Stadt mehrte sich im Inlande und im Auslande durch den glänzenden Verlauf der zahlreichen Kongresse, die gern die altberühmte Stadt zum Ta[gung]sort wählten. Im Rahmen von wunderbaren Festen zeigte die Werkbundausstellung des Jahres 1914 im Deutzer Rheinpark den neuen Lebensstil, den Kunst und Künstler der Arbeit zu schenken sich anschickten. In diese Glanztage hinein krachten die Schüsse von Sarajewo, die den Erzherzog *Franz Ferdinand*[142] niederstreckten.[143] Bald folgte die österreichische Mobilmachung. Ich sah viele Österreicher auf der Fahrt zum Bahnhof, um dem Ruf zu den Waffen Folge zu leisten. Aber wie fast alle anderen, glaubte ich nicht daran, daß Deutschland in den Krieg verwickelt werden könnte.

An einem Festabend in der Ausstellung, am Donnerstag vor der Kriegserklärung sagte mir ein befreundeter Journalist, der über ausgezeichnete Beziehungen verfügte, der Ausbruch des Krieges Deutschlands an der Seite Österreichs gegen Frankreich und Rußland stehe unmittelbar bevor.[144] Ich gestehe ein, daß mich diese Nachricht ganz

142 *Franz Ferdinand*, Erzherzog von Österreich (1863–1914), Sohn des Erzherzogs *Karl Ludwig*, des Bruders Kaiser *Franz Josephs*, 1875 Herzog von Modena-Este, seit dem Selbstmord des Kronprinzen *Rudolf* (1858–1889) Thronanwärter, seit dem Tod des Vaters 1896 unmittelbarer Thronfolger, 1913 Generalinspekteur der gesamten bewaffneten Macht der Monarchie, politisch ein Verfechter der österreichisch-ungarischen Staatsreform (Gleichberechtigung der Nationen des Vielvölkerstaats bei gleichzeitiger Stärkung der Zentralgewalt).

143 Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog *Franz Ferdinand* in Sarajewo durch den Bosnier Gavrilo *Princip* (1894–1918) erschossen. *Princip*, der einer großserbischen Terrorgruppe angehörte, handelte im Auftrag des Chefs des militärischen Geheimdienstes im serbischen Generalstab.

144 Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Die deutschen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich folgten am 1. und 3. August 1914.

unvorbereitet traf. Unser ältester Sohn Alfred[145] diente seit dem 1. Oktober 1913 als Einjährig-Freiwilliger beim Infanterie-Leib-Regiment in München. Er war ein hochbegabter, schöner und liebenswürdiger Mensch von Pflichtgefühl und ernstem Wollen. Auf der Schule hatte er sich ausgezeichnet und lebte gleichwohl in engster Freundschaft mit seinen Mitschülern. Vor seinem Diensteintritt hatte er ein Semester in Freiburg studiert, die Freuden des Fuchsentums genossen, aber auch gearbeitet. Er war ein vortrefflicher Soldat und begeisterter Patriot. Gleich im ersten Gefecht bei [Bouconville-sur-Madt][146] in französisch Lothringen, in dem das Leibregiment neuen Ruhm an seine Fahnen heften konnte, wurde er schwer verwundet. Die verdiente Auszeichnung erhielt er zu seinem Leide nicht. Es ging ihm wie vielen anderen, die ihr Blut hergegeben hatten, er war nicht mehr bei der Truppe, und kam daher für eine Auszeichnung nicht in Betracht. Nach seiner Genesung rückte er mit einem neuen Feldbataillon aus, um nach wenigen Wochen zum zweitenmal kampfunfähig zu werden. Diesmal war seine Verwundung lebensgefährlich, er wurde aber wieder gesund, und rückte mit dem Eisernen Kreuz geschmückt wieder bei seinem Ersatzbataillon in München ein. Für die Infanterie war er nicht mehr kriegsverwendungsfähig. Es ließ ihn aber nicht in der Ruhe des Gamaschendienstes. Seiner Großmutter sagte er einmal: »Wenn wir jungen Offiziere zu Hause bleiben wollen, wer soll dann noch hinausgehen?« Im Sommer 1916 gab ich auf sein unausgesetztes Drängen und auf Zureden seines Kommandanten, der ihm eine glänzende militärische Laufbahn voraussagte, meine Zustimmung dazu, daß er sich zur Flugwaffe melde. Ich habe ihn seitdem nicht mehr wiedergesehen. Am 30. Januar 1917 ist er bei [Houplines][147] in der Nähe von Lille den Fliegertod gestorben. Was ihm das Leben an Anerkennung und Ehren nicht voll gehalten hatte, wurde ihm nach seinem Heldentod zuteil. In feierlichster Weise wurde er zu Grabe getragen. Vorgesetzte, Kameraden und Freunde und Untergebene rühmten ihn oft in rührenden Briefen. Mehr als 20 Jahre nach seinem Tode setzte ihm ein Fliegerkamerad ein würdiges Denkmal in der »CV-Zeitung«.[148] Mögen heute die Zeiten auch schwer sein und mag auch der Blick nur trübe und bang in die Zukunft sehen, er ist nicht umsonst gestorben. Wenn meine liebe Frau und ich an seinem Grabe stehen, wissen wir das, auch wenn wir es uns nicht sagen.

Es ist schwer, sich heute in die Zeit des Augusts 1914 zurückzuversetzen, in den Sturm und den gewaltigen Schwung nationaler Begeisterung. Wie ein Mann fühlte das ganze Volk. Alles stand geschlossen und entschlossen in der Einheitsfront deutscher Patrioten. Alle waren nur von dem einen Gedanken erfüllt, dem Vaterlande zu dienen, für das Vaterland zu opfern und es gegen den Krieg zu verteidigen, der ihm freventlich von mißgünstigen Feinden aufgezwungen war. So dachten alle. Ich habe in jenen Tagen von niemandem auch nur einen leisen Zweifel daran äußern hören, daß die Kriegshetzer an der Neva und an der Seine die Brandfackel in das friedliebende Deutschland geworfen haben. Und als England, für die Meisten unerwartet, auf die Seite unserer Feinde trat[149], da empfanden wir das als einen freventlichen Friedensbruch. Überall auf den Straßen erklang die Wacht am Rhein. Durchmarschierende Truppen wurden mit hellem Jubel begrüßt. Der Kaiser hatte schon Recht, wenn er den Reichstag mit den Wor-

145 Alfred *Falk* (1895–1917).

146 Im Original: »Baconville«.

147 Im Original: »Huplin«.

148 Nicht nachgewiesen. Zu Alfred *Falk* vgl. DER SCHILD, 14. Jg., Nr. 52, 27.12.1935: »Juden bei der Luftwaffe. Frontflieger-Sonderausgabe des ›Schild‹«. – »CV-Zeitung«, Blätter für Deutschtum und Judentum, 1922–1938 Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

149 Am 4. August 1914.

ten begrüßte: [»]Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche[«].[150] Der einzige Mißklang, der sich in das hohe Lied der Vaterlandsliebe mischte, war die plötzlich wie eine Seuche auftretende Furcht vor Spionen. Alte Offiziere des Beurlaubtenstandes, die zu den Waffen eilten, waren wegen ihrer unsoldatischen Haltung und ihrer bisweilen etwas sonderbaren Uniformierung besonders verdächtig. Man verfolgte auf den Straßen auch Nonnen, weil man in ihnen verkleidete Spione witterte. Dabei gingen Gerüchte um über Versuche feindlicher Agenten, die Brücken und Tunnels zu zerstören, über Geldtransporte in Kraftwagen und dergleichen mehr, wie sie sich die überhitzte Phantasie in so aufgeregten Zeitläuften ausmalt. Gleichwohl herrschte bewundernswerte Ruhe und Ordnung. Der Oberbürgermeister berief eine Sitzung der Stadtverordneten ein, die ohne Zögern, ohne weitschweifige Erörterungen alle Maßnahmen beschloß, die für eine so bedeutende Festung erforderlich schienen.[151] Köln mußte immerhin auf eine Belagerung vorbereitet sein, wenn sie auch ernstlich wohl kaum in Betracht gezogen wurde. Ich trug in dieser Sitzung schon feldgraue Uniform. Am anderen Morgen reiste ich zu meinem Truppenteil, dem Ersatzbataillon des Re[serve-]Inf[anterie-]Reg[iments] 8 in Zweibrücken. Im Morgengrauen begleitete meine liebe Frau mich zum Bahnhof. Dort sah ich die ersten Schrecken des Krieges. Auf dem harten Boden der Ba[h]n, auf Treppen und Bahnsteigen lagen die deutschen Flüchtlinge, die aus Belgien vertrieben waren, Männer, Frauen und Kinder. Zug auf Zug brachte Truppen, Pferde, Vorräte nach vorne. Nach langem Warten fand ich einen Zug, der mich wenigstens eine Strecke weit mitnehmen konnte. Nach allerhand Hindernissen traf ich um Mitternacht in Zweibrücken ein. Am anderen Morgen übernahm ich meine Kompagnie.

Sie war kriegsstark. Unter den Offizieren und Unteroffizieren war kein einziger aktiver Mann. Die Unterkunft befand sich in einem Gartenrestaurant. Gleichwohl ging die Einkleidung und Einteilung ohne Schwierigkeiten vor sich. Schwieriger war der Dienst. Die alten Landwehrmänner und Reservisten der [ho]eheren Jahrgänge waren des Soldatendienstes entwöhnt. Das galt nicht [am] wenigsten für die Dienstgrade. Nach und nach klappte aber alles. Der Bataillonskommandeur, mein alter Freund Major *Friedmann*, ließ den Kompagnieführern freie Hand. Der stellvertretende Brigadekommandeur Generalmajor [...][152]*heller* verlangte zwar eine pedantisch genaue Diensteinteilung, z. B. [Woc]henstundenpläne, die genau eingehalten werden sollten, erkannte aber nicht die Schwierigkeiten an, die wir zu bekämpfen hatten. Zeitweise fehlte es uns an Gewehren, ein Umstand, der die Ausbildung besonders erschwerte. Meine Reitfertigkeit mußte ich nach und nach vervollkommnen. Ich habe mehrere Pferde hintereinander gehabt. Das erste war ein schöner hoher Rappe, der nur die Neigung hatte, vor jeder Wirtshaustür Halt zu machen. Das läßt auf die Aufgaben schließen, die dem Gaul in Friedenszeiten gestellt waren. Zuletzt hatte ich ein Panje-Pferd mit langer Mähne und langem Schweif. Der einzige Fehler war der, daß es gerne durchging. Dann war der Gaul kaum zu halten. Am besten ließ man ihn rennen, bis er müde wurde und er von selbst wieder zur Ruhe kam. Ein bedeutungsvoller Tag war es, als ich den ersten Transport zur Front entließ. Es waren etwa 200 Mann, die stolz und stark, mit der Musik an

150 Kaiser *Wilhelm II.* sprach am 4. August 1914 in seiner Thronrede anlässlich der Eröffnung des Reichstags die Worte: »Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche!« SBR XIII. Lp., II. Sess., 1912/18, Bd. 306, S. 1 f., hier S. 2; im Auszug auch in: HUBER, Dokumente , Bd. 2, Nr. 313, S. 455.

151 20. (außerordentliche) Sitzung vom 2. August 1914, in: VStVK 1914, S. 245–247. *Falk* ergriff nicht das Wort.

152 Wortteil unleserlich.

der Spitze auszogen. Ich hatte ihnen eine Abschiedsrede gehalten, die sichtlich eine große Wirkung auf sie ausübte. Das haben mir auch mehrere Leute gesagt, die später aus dem Felde in die Kompagnie zurückkehrten. Schon ganz wenige Tage nach meinem Dienstantritt bekam ich die Nachricht, daß mein lieber Sohn Alfred in Landau verwundet liege. Mit viel Mühe erhielt ich von dem Kommandeur einer Etappe, die sich auf dem Durchmarsch in Zweibrücken befand, die Erlaubnis einen Kraftwagen zu benutzen, um ihn zu besuchen. Schon zu Beginn des Krieges wurde mit Treibstoff außerordentlich sparsam umgegangen. Ich traf meinen Sohn viel besser an, als ich vermutet hatte. Er hat mich ebenso wie meine liebe Frau und unsere anderen Söhne in Zweibrücken besucht. Das waren dann mehr Festtage, die die Gleichförmigkeit des Krieges unterbrachen.

Ich fühlte mich aber in Zweibrücken nicht am richtigen Platz. Felddienstfähig war ich nicht, wie der Truppenarzt bei wiederholten Untersuchungen festgestellt hatte. Bei der kämpfenden Truppe konnte ich also nicht dienen. Ich glaubte aber wertvollere Dienste leisten zu können, als sie einem Kompagnieführer beim Ersatzbataillon oblagen, und bemühte mich daher um anderweitige Verwendung. Durch Fürsprache des Oberpräsidenten von *Rheinbaben*[153] wurde ich vom Generalgouvernement in Belgien übernommen, nachdem ich noch kurz vorher die Garnison gewechselt hatte. Mein Bataillon war nach Pirmasens verlegt worden. In Belgien wurde ich dem Kreischef von Bastogne als Adjutant zugeteilt.

Bastogne, deutsch Bastnach, liegt in den Ardennen in einer landschaftlich reizvollen Gegend, die von historischen Erinnerungen erfüllt ist. In seiner nächsten Nachbarschaft das Städtchen Houffalize, schlingt sich der Kranz der Sagen von *Karl dem Großen*[154] und seinen Paladinen. Nur wenige Kilometer entfernt liegt St. Hubert mit einer großen Kirche, dem Andenken des hl. Hubertus geweiht, dem dort der Hirsch mit dem Kreuz zwischen dem Geweih entgegentrat.

Die Grenze nach Luxemburg wird durch die Salm gebildet. An die alte Dynastenherrlichkeit erinnern Vieil-Salm und Salm-Château. Die Ardennen sind ein herrliches Waldgebirge, schönere Tannen habe ich weder im Schwarzwalde noch in den Vogesen gesehen. Hirsche und Wildschweine, Fasanen, die in dem üppig wuchernden Ginster nisten, Rehe und Hasen sind Freuden des Jägers. Der Kreis Bastogne hat wenig Industrie, er lebt in der Hauptsache von der Landwirtschaft und Viehzucht. In Bastogne war ein Gestüt der schweren wallonischen Kaltblütler. Anscheinend herrscht Latifundienwirtschaft. Der propriétaire sitzt auf seinem Schloß oder seiner Villa. Die cultivateurs und fermiers bestellen den Acker, ohne, wie es scheint, selbst Eigentum zu besitzen. In Bastogne wie in seiner Umgebung befinden sich viele Klöster. Die Bevölkerung ist fast restlos französisch. Das verhindert aber nicht heftige religiöse Kämpfe. Die catholique und die libres stehen sich schroffer gegenüber als die Konfessionen in Deutschland. Flamen gibt es dort sehr wenige. Viele Einwohner sprechen oder verstanden wenigstens deutsch, wohl eine Folge des Umstandes, daß das naheliegende Arlon eine deutsche Sprachinsel aufweist. Der Bischof von Namir unterhält in Bastogne eine Unterrichtsanstalt, die mit einem Internat verbunden ist, le petit séminaire. Hier wurde eine ganze Kompagnie untergebracht. Unter der Einwohnerschaft ragt an Bedeutung hervor der

153 Georg Frhr. v. *Rheinbaben* (1855–1921), Jurist, 1896–1899 Regierungspräsident in Düsseldorf, September 1899–Mai 1901 preußischer Innenminister, Mai 1901–Juni 1910 preußischer Finanzminister, 1910–1918 Oberpräsident der Rheinprovinz.

154 *Karl der Große* (747–814), 768 König des Fränkischen Reichs, 800 von Papst *Leo* III. in Rom zum Römischen Kaiser gekrönt.

Notaire, als Rechtsberater, aber auch als banquier und Vermögensverwalter der Bevölkerung. In Bastogne gab es zwei Notare von denen der eine katholisch, der andere libre war, fast möchte ich sagen selbstverständlich.

Der Kreischef verfügte über 2 Bataillone Landsturm-Infanterie und eine Schwadron Landsturm-Kavallerie. Außerdem lag im Kreise ein Eisenbahn-Bataillon, das mehrere strategisch bedeutsame Strecken auszubauen hatte. Der Kreischef, [ein] sächsischer Oberst, später General *Aufschläger*[155], war ein vornehmer, gebildeter und hervorragend tüchtiger Herr, der seine aktive Laufbahn im sächsischen Leibregiment zurückgelegt hatte. Er war mir ein besonders wohlwollender Vorgesetzter. Seine Aufgabe war eine doppelte. Er führte das Militärkommando und die Verwaltungstätigkeit einschließlich der unteren Gerichtsbarkeit im Kreise. Mit seinen beiden Aufgaben fand er sich vortrefflich ab. In Bastogne ist es nie zu Zwischenfällen gekommen. Das ist wohl in erster Linie der Persönlichkeit General *Aufschlägers* zu verdanken. Die Belgier nannten ihn einen homme trés gentil. Seinen Stab bildeten außer dem Adjutanten, ein Ordonnanzoffizier, ein Major als Vorsteher des Meldeamts mit seinem Adjutanten ein Hauptmann als Forstschutzbeamter und ein Regierungsassessor für die Zivilverwaltung. In der Stadt Bastogne waren insgesamt etwa 25–30 Offiziere garnisoniert.[156] Die Truppen lagen auseinandergezogen im ganzen Kreis.

Als ich mich zum Dienstantritt in Brüssel meldete, sagte mir der Stabschef des Generalgouverneurs, ich werde sehr viel Arbeit vorfinden. Leider war das nicht der Fall. Es hatte aber auch eine gute Seite, ich bin nie in die Notwendigkeit versetzt worden, gegen einen Einwohner des Landes einschreiten zu müssen. Im Gegenteil, in dem ruhigen Kreise Bastogne gab es keine Schwierigkeiten, zu deren Lösung besondere Anstrengung erforderlich gewesen wäre. Der Truppendienst verlief von wenigen Ausnahmen abgesehen ohne Reibungen. Die Bevölkerung fügte sich in das Unvermeidliche. Unbotmäßigkeiten kamen kaum vor. Die Ernährung der Bevölkerung machte keine Schwierigkeiten. Soweit die Erzeugnisse des Landes nicht ganz ausreichten, half das amerikanische Hilfscomite, das auch in Bastogne ein Lager unterhielt. Die Aufgabe der Truppen bestand im wesentlichen in der Sicherung der Straßen und Eisenbahnen und in der Bekämpfung der Spionage und des Schmuggels. Schmuggel wurde nicht etwa aus dem Feindesland oder dorthin betrieben, sondern über die deutsche Grenze. Es verging kaum eine Nacht, in der nicht insbesondere versucht wurde, Pferde herüberzubringen. Das störte die Planwirtschaft, die im Generalgouvernement Platz gegriffen hatte und konnte daher nicht geduldet werden. Bestrafungen waren an der Tagesordnung. Wie es der Denkart des Kreischefs entsprach, fielen sie meist milde aus. Das entsprach auch durchaus meiner Auffassung. Der Spionageabwehr wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Fälle von Spionage wurden während meines Aufenthalts in Bastogne nicht bekannt. Viele Jahre nach dem Kriege hörte ich gesprächsweise, daß eine junge Dame in Bastogne eine sehr lebhafte Spionagetätigkeit ausgeübt habe. Da viele Truppentransporte auf der Bahn die Stadt berührten, so konnte sie immerhin dem Feinde bedeutungsvolle Aufschlüsse vermitteln. Im Leben der Bevölkerung nahm die Geistlichkeit eine hervorragende Stellung ein. Ich habe mehrere Priester kennengelernt. Es waren ruhige und besonnene Männer, von denen manche gutes Deutsch sprachen. Insbesondere trug der Dechant viel zur Beruhigung der Bevölkerung bei. Er war durchaus loyal. Das erwies sich schon darin, daß er ein Hochamt am Geburtstage des Königs von Bay-

155 Philipp Albert *Aufschläger* (1847–1932), Generalmajor.

156 Im Original: »garnosiert«.

ern[157] am 7.1.1916 zelebrierte. Allerdings verließ er mit seinen Amtsbrüdern vor dem Te deum die Kirche.

Meine Arbeit war eintönig und in wenigen Stunden am Tage erledigt. Geistige Anregung gab es in Bastogne sehr wenig. Unsere regelmäßige Lektüre bildete die »Triersche Landeszeitung«, die von Eisenbahnbeamten mitgebracht wurde, und später der belgische »Courier«. Die Gespräche drehten sich – selbstverständlich – um den Krieg und seine Geschehnisse. Sie wurden lebhafter, seitdem wir Tag und Nacht den Donner der Geschütze von Verdun her vernahmen. Der General war wie auch einige andere Offiziere eifriger Jäger. Die Jagdbeute, die in unsere Küche eingeliefert wurde, waren Fasanen in der Hauptsache und im Übermaß Hirsche und Wildschweine. Die Jagdverordnungen des Generalgouvernements waren sehr gründlich ausgearbeitet worden und wurden sehr genau befolgt. Als einmal ein Offizier, der nicht dazu berechtigt war, einen Hirsch schoß, wurde eine hochnotpeinliche Untersuchung eingeleitet, die wenn ich mich recht erinnere, mit einer Bestrafung des Beschuldigten endigte.

Ich fühlte mich in Bastogne fehl am Platze. Meine Arbeit füllte mich nicht aus. Wiederholte Ordensauszeichnungen, die mir zuteil wurden, konnten mir nicht darüber hinweghelfen. Ich versuchte wiederholt anderweitig verwendet zu werden, aber ohne Erfolg. Gleichwohl war es wohl ein Glück, daß ich in Bastogne weilte. Dadurch wurde es mir möglich, meinen zweiten Sohn Fritz[158] zu besuchen, der zweimal verwundet im Lazarett in Sedan lag.

Unser Sohn Fritz war im Alter von 16 ½ Jahren nachdem er die Reifeprüfung abgelegt hatte als Kriegsfreiwilliger bei dem preußischen Fuß-Artillerie-Regiment 7 eingetreten. Er war ein unerschrockener, tüchtiger Soldat, der sofort am ersten Tag nach dem Ausrücken für sein tapferes Verhalten bei Sommepy[159]-Tahure mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde. Er wurde ziemlich schnell zum Leutnant befördert. Er war ein sonniger Mensch, ein liebevoller Sohn und ein besonders gutmütiger und hilfsbereiter Freund. Hochintelligent und geradezu zum Juristen geboren schien er zu großen Leistungen berufen. Aber seine jungen Jahre waren dem furchtbaren Erlebnis des Krieges doch wohl nicht gewachsen. Törichte Vorgesetzte und leichtfertige Kameraden taten ein übriges. Der nicht ganz gefestigte Mensch tat, was viele andere auch draußen taten, er trank zu viel. Der Krieg brachte ihn aus dem seelischen Gleichgewicht. Wir haben das leider nicht früh genug bemerkt und ihn deshalb nicht vor den Gefahren der Inflationszeit schützen können. Er legte zwar rechtzeitig die Referendarprüfung und das Doktorexamen ab. Sein Vorbereitungsdienst mußte aber wiederholt durch langen Aufenthalt in Heilanstalten unterbrochen werden. Er raffte sich aber doch soweit auf, daß er das Assessorexamen befriedigend bestand. Er ließ sich als Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Düsseldorf nieder. Seine Praxis entwickelte sich zunächst gut. Er heiratete im August 1932 Dr. Grete *Oevel*[160], die Geschäftsführerin des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine, die getreue Mitarbeiterin meiner Frau. Dann ging es aber bald und jäh bergab mit ihm. Wiederholt hatte er sich in große Schuldenlasten verstrickt. Wir hatten ihn stets unter Aufgebot aller Kraft und ohne Rücksicht auf uns selbst und unsere anderen Kinder geholfen. Jetzt stellten sich neue große Schulden heraus. Nach dem Umsturz des Jahres 1933 konnten wir ihm nicht mehr helfen. Er schied freiwillig aus dem

157 *Ludwig III.* (1845–1921), Dezember 1912 Prinzregent, November 1913 König von Bayern, durch die Revolution am 8. November 1918 gestürzt.

158 Fritz *Falk* (1898–1933), Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Düsseldorf.

159 Im Original: »Sompy«.

160 Grete *Falk-Oevel*, Geschäftsführerin des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine, seit 1927 Redakteurin des »Nachrichtenblatts des Stadtverbands Kölner Frauenvereine«.

Leben, nachdem er gerade ein Jahr verheiratet war. Was bei ihm Schicksal und was Schuld gewesen ist, wer vermag das zu ergründen? In unserem Herzen lebt seine Güte und Liebe, die er uns stets entgegenbrachte, fort. Es wäre doch wohl anders gekommen, wenn ihn nicht Krieg und Nachkriegszeit aus der Bahn ruhiger Entwicklung gerissen hätte. Er hat viele Freunde hinterlassen, die seinen Namen in Freundschaft und treuer Erinnerung nennen. Auf dem Friedhof Deutz ist sein Grab, nicht weit von dem seines Bruders, unseres unvergeßlichen Erstgeborenen Alfred. Auch in unserem Fritz sehen wir ein Opfer des Krieges.

Bei dem zweiten Besuch, den ich Fritz in Sedan machte, zog ich mir eine Lungen- und Rippenfellentzündung zu, die mich lange an das Bett fesselte. Ich brauchte Monate zur Erholung. Infolgedessen mußte über meine Stellung in Bastogne anderweitig verfügt werden. Ich kam wieder als Kompagnieführer nach Zweibrücken, jetzt aber zum Ersatzbataillon des 22. Infanterie-Regiments. Seit 1914/15 hatte sich vieles geändert. Damals bildeten den Kern der Ersatztruppenteile Unteroffiziere und Mannschaften, die im Frieden gedient hatten und deshalb eine soldatische Ausbildung mitbrachten, die allerdings der Verbesserung bedurfte. Jetzt kamen junge Jahrgänge, die das Soldatenhandwerk erst erlernen mußten. Die Ansprüche bei der Aushebung waren zudem wesentlich heruntergeschraubt. Das erschwerte den Dienst sehr, dem es auf der anderen Seite zustatten kam, daß der größte Teil der Offiziere und Unteroffiziere Felddienst getan hatte und bis zur Wiedererlangung ihrer Felddienstfähigkeit Heimatdienst tat. Daraus entwickelte sich ein ständiges Kommen und Gehen. Der Abtransport zur Front, der im Jahre 1914 und Anfang 1915 von Wogen der Begeisterung begleitet worden, war zu einer regelmäßig wiederkehrenden, alltäglichen Gewohnheit geworden und ging daher ohne Feierlichkeit vor sich. Ich habe das sehr unangenehm empfunden, konnte aber mit Abänderungsvorschlägen nicht durchdringen. Es blieb mir also nichts übrig, als den Abschied der Ausziehenden in aller Stille würdig zu gestalten, so daß sie sich der Bedeutung des Augenblicks bewußt wurden und eine schöne Erinnerung an die Kompagnie mit hinaus nahmen. Die Stimmung in der Truppe wie in der Bevölkerung war gut, vielleicht etwas verhaltener als im ersten Kriegsjahr, auch durch die Trauer beeinflußt, die in so viele Familien eingezogen war. Aber trotz Fleisch- und Brotmarken, trotz Entbehrungen im Steckrübenwinter lebte der Geist vom August 1914 im Lande fort. Zwar fehlte es in der zweiten Hälfte 1916 nicht an unerfreulichen Erscheinungen. Wir erhielten einmal 3–400 Mann von der Front, denen gesagt worden war, sie sollten Garnisonsdienst leisten, während sie tatsächlich an ganz besonders kampf- und verlustreicher Stelle eingesetzt werden sollten. Sie waren nur auf wenige Tage dem Bataillon und zwar meiner Kompagnie zugeteilt. Als ihnen der Befehl zum Ausrücken bekannt gegeben wurde, drohte eine böse Stimmung Platz zu greifen. Es gelang mir aber schnell, die Leute zu beruhigen. Vor dem Abmarsch trat ein Unteroffizier aus ihren Reihen vor mich hin und sagte in militärischer Haltung im Auftrage seiner Kameraden, einen so guten Hauptmann hätten sie in ihrem ganzen Feldzug noch nicht gehabt. In diesem Falle hatte er sich offensichtlich nur um eine Augenblickswallung gehandelt. Es fehlte aber auch nicht an wirklichen Verfallserscheinungen. Vor dem Kriegsgericht hatten sich mehrfach Angeklagte wegen Fahnenflucht im Feindesland, wegen Ungehorsam vor dem Feinde und wegen tätlichen Angriffen gegen Vorgesetzte zu verantworten. Ich war wiederholt im Kriegsgericht tätig, meist als Richter, bisweilen auch als Verteidiger. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob einige dieser Straftaten nicht auf eine spontane Eingebung als Folge der gewaltigen Anforderungen des Schützengrabenkrieges zurückzuführen seien, sondern als Mittel zum Zweck verübt seien, um aus der Front herauszukommen. Solche unerfreulichen Einzelfälle wurden aber überschattet von dem Heldenmut und der Aufopferung, die unsere Kämpfer beseelte und von der

Opferwilligkeit, mit der das ganze Volk die Leiden des Krieges ertrug. Ich habe in Zweibrücken von August 1916 bis April 1917 Dienst getan. Alfreds Tod erschütterte mich so, daß mir der Dienst verleidet wurde. Auf meinen Wunsch forderte mich daher Oberbürgermeister *Wallraf* für den Dienst der Stadt an. Damit war meine militärische Tätigkeit für alle Zeit beendet.

In Köln erwartete mich eine umfangreiche, bedeutungsvolle und keineswegs leichte Aufgabe. Als Zweig der Kriegswirtschaft wurde mir die Kohlenbewirtschaftung übertragen. Die Arbeit war deshalb schwierig, weil es eine planvolle Organisation in der Unterverteilung des Brennstoffes bisher nicht gegeben hatte. Hunderte von kleinen Briketthändlern, denen der Volksmund die Zuverlässigkeit absprach, versorgten die ärmere Bevölkerung mit ihrer Ware, ohne sich viel um Höchstpreise zu kümmern. Sie holten auf Pferdegespannen die Brikette aus dem linksrheinisch gelegenen Braunkohlenrevier und verkauften sie im Straßenhandel. Der Mangel an Brennstoffen gewährleistete ihnen schnell Absatz in den linksrheinischen Stadtgebieten. Die Folge davon war, daß die rechtsrheinische Bevölkerung unter Heizstoffmangel litt. Die Händler brauchten nicht so weit zu fahren, um ihre Ware loszuwerden. Die Klagen der Kriegswitwen und der Minderbemittelten überhaupt über die mangelnde Versorgung waren nur all zu sehr berechtigt. Auch die großen und leistungsfähigen Kohlenhandlungen litten unter mangelnder Zufuhr. Die Zwangsbewirtschaftung der Brennstoffe war daher das Gebot der Stunde. Sie mußte mit eiserner Rücksichtslosigkeit durchgeführt [werden], gerade wegen der Unzuverlässigkeit vieler Briketthändler. Ich habe eine Reihe von Betrieben schließen und auch sonstige Hilfe der Polizei oft in Anspruch nehmen müssen. Endlich konnte ich mich durchsetzen, nachdem ich die zu einer Versammlung im großen Gürzenichsaal zusammengeströmten, tobenden Händler unter Androhung der strengsten Maßnahmen zur Ruhe gebracht hatte.

Ohne Unterbrechung arbeitete ich auf dem Felde der hohen Politik, worüber ich später berichten werde. Aber diese Arbeit, auch die Mitgliedschaft zur Nationalversammlung und zum Preußischen Landtag hinderten mich nicht in der Tätigkeit als Kommunalpolitiker, der ich mich in den Jahren 1920 bis 1924 im gesteigerten Maße widmen konnte, weil ich bei den Wahlen zum Reichstag 1920 unterlegen war. Das war zwar schmerzlich und wurde weit über den Kreis meiner näheren Freunde unangenehm empfunden. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses kamen Reichskommissar von *Starck*[161] und Karl *Trimborn* zu mir, um nach einem Wege zu suchen, der eine Fortsetzung meiner Mitarbeit im Beirat des Reichskommissariats herbeiführen könne. Dieser Weg ließ sich aber nicht finden. Eine Kandidatur für den Preußischen Landtag, für die nur die Landesliste zur Verfügung stand, wurde trotz starker Befürwortung mehrerer Freunde hintertrieben.

Auf das Leben der Kommunen hat die Neugestaltung Deutschlands eine außerordentlich weittragende, nicht vorausgesehene Einwirkung gehabt. Die Reform des Freiherrn von *Stein*[162] hatte die Gemeinden im Obrigkeitsstaat zur Selbstverwaltung geführt und ihnen damit die Entfaltung aller Kräfte, die im bodenständigen Bürgersinn wurzelten, zu gemeinem Wohl ermöglicht. Unter der Republik, die doch die Freiheit als unveräu-

161 Karl *Starck* (1888: von) (1867–1937), 1907 Polizeipräsident in Potsdam, 1917–1919 Regierungspräsident in Köln, Juni 1919–Mai 1921 Reichs- und Preußischer Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

162 Karl Reichsfreiherr vom und zum *Stein* (1757–1831), 1787 Kammerpräsident in Westfalen, 1804–1807 preußischer Finanz- und Wirtschaftsminister, Juli 1807–November 1808 Staatsminister, mit Karl August von *Hardenberg* Hauptprotagonist der preußischen Reformen seit 1807, 1812 Berater des russischen Zaren *Alexander* I.

ßerliches Gut pflegte und schützte, trat auf diesem Gebiet eine rückläufige Bewegung ein. Das staatliche Hoheitsrecht der Gemeindeaufsicht [führte][163] zu steigenden Eingriffen in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Neben der herkömmlichen staatlichen Aufsicht der Länder nahm das Reich eine Aufsichtsbefugnis in steigendem Maße für sich in Anspruch, die von den Gemeindeverwaltungen mit Recht nicht selten als Bevormundung empfunden wurde. Reich und Länder wiesen den Gemeinden neue, schwere Aufgaben zu. Das war an sich ganz in der Ordnung. Die Arbeitslosenfürsorge, das Wohnungswesen, die Wohlfahrt u.a.m. gehören zwar zu den Aufgaben des Staates, sind aber Arbeitsgebiete, die am besten von den lokalen Stellen betreut werden. Aber die gewaltigen Anforderungen, die dadurch an den städtischen Säckel gestellt wurden, hielten mit der Finanzkraft der Gemeinden nicht Schritt. Und hier setzt das Mitverschulden von Reich und Ländern ein, wenn die Gemeinden schnell unhaltbarer Verschuldung verfielen. Die Regierungen überließen es in der Hauptsache den Gemeinden, die für diese schweren Aufgaben erforderlichen Mittel selbst zu beschaffen.

Krieg und Nachkriegszeit, Inflation und Reparationslasten haben schon auf die Verwaltung und die Wirtschaftlichkeit der Gemeinden lähmend gewirkt. Für ihren von Reich und Staat erweiterten Aufgabenkreis fehlte es an entsprechendem Ausgleich. Der Anteil der Gemeinden am gesamten Steueraufkommen hat sich im Vergleich mit der Vorkriegszeit erheblich zu ungunsten der Gemeinden im Verhältnis zu Reich und Staat verschoben. In absoluten Zahlen ausgedrückt haben sich die Einnahmen der Gemeinden nach der Stabilisierung allerdings stark erhöht. Ihr Einkommen aus Realsteuern hat sich nahezu verdreifacht. Aber das Aufkommen an Realsteuern bedeutete 1913 etwa 39,4 % des Zuschußbedarfs der Gemeinden. Der nahezu dreimal so große Betrag des Jahres 1929/30 machte aber nur noch 38,6% des Zuschußbedarfes aus. Ähnlich lag es mit anderen Steuern, namentlich den aus Einkommen und Vermögen fließenden. Die Eingriffe der Staats- und Reichsgesetzgebung nahmen den Gemeinden die Freiheit und Selbständigkeit im Aufbau ihres Haushaltes. An Stelle der früher von den städtischen Körperschaften in Preußen nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortlichkeit beschlossenen Zuschläge zur staatlichen Einkommenssteuer traten die Überweisungen von Reich und Länder in einer Schlüsselung, deren Gerechtigkeit und Richtigkeit den städtischen Angriffen ausgesetzt war. Durch Notverordnung wurden den Gemeinden zwar neue steuerliche Einnahmequellen erschlossen – von 1930 ab. – Bis dahin sahen [sich] die Gemeinden, soweit ihre eigene Finanz- und Steuergebarung in Frage kommt, in der Hauptsache auf immer stärkere Heraufsetzung der Realsteuern und immer stärkerer Anspannung der Werktarife hingewiesen.

Aus diesen Maßnahmen, die sich zur Deckung des Bedarfs besonders der Wohlfahrtslasten als zwangsläufig erwiesen, entstand eine scharfe Kampfstellung in der Wirtschaft und der Verbraucher gegen die Gemeinden. Die gesteigerten Realsteuern mußten von den Steuerpflichtigen nicht selten aus der Substanz des Vermögens aufgebracht werden. Die Finanzzuschläge, die die Gemeinden aus ihren Versorgungsbetrieben hervorholen mußten, veranlaßten eine empfindliche Steigerung der Produktionskosten für die Wirtschaft und der wiederkehrenden Ausgaben für jeden einzelnen. Für die Gemeinden war aber gerade die Möglichkeit dieser Finanzzuschläge ein Antrieb zu erweiterter wirtschaftlicher Betätigung, der dem ohnehin keineswegs überwundenen Gedanken der Sozialisier[ung] in den Gemeinden zu Hilfe kam. Die Arbeit der Gemeinden auf dem Wirtschaftsbetrieb ergibt sich ohne weiteres aus ihrer Aufgabe, für die Gesamtbedürfnisse der Bürgerschaft innerhalb der Grenzen der Gemeinde zu sorgen. Verläßt die Gemeinde diesen Rahmen, so überschreitet sie ihren Aufgabenkreis.

163 Im Original: »sich«.

Für die Wirtschaftsbetätigung der Gemeinden gibt es nur einen tragenden Gesichtspunkt: Förderung des Gemeinwohls. Im Laufe der Entwicklung ist dieser Gesichtspunkt vielfach getrübt worden durch die Absicht, Geld zu verdienen. Man übersah an manchen Stellen, daß die Verwaltung die Hauptaufgabe der Gemeinde und [des] Staates ist und bleibt. Vor und nach der Stabilisierung war das Schlagwort Sozialisierung oder Kommunalisierung in aller Munde, Kommunen und Kommunalverbände gliederten sich alle möglichen und unmöglichen Betriebe an. Es mochte noch hingehen, wenn eine Provinzialverwaltung einen großen Steinbruchbetrieb eröffnete, weil sie sich von privaten Unternehmern in der Belieferung von Steinen und Kleinschlag für den Straßenbau übervorteilt glaubte. Man konnte auch noch Verständnis dafür aufbringen, wenn die Städte Köln und Frankfurt unverritzte Kohlenfelder erwarben, um unabhängig in der Licht- und Kraftversorgung zu bleiben. Allein die für derartige Investitionen benötigten Geldmittel überschritten doch häufig genug die Grenzen einer gesunden Finanzwirtschaft. Ärgerlicher noch war es, wenn Kommunen dazu übergingen, ihre Friedhofsgärtnereien zu Handelszwecken auszubauen, richtiger gesagt, zu mißbrauchen oder wenn sich die in eigener Regie betriebene Herstellung von Särgen für die in den öffentlichen Krankenhäusern verstorbenen Minderbemittelten zu einem Wettbewerb mit den ortsangesessenen Handwerkern auswuchs, deren Steuerkraft dadurch geschädigt werden mußte. Das waren freilich recht verfehlte Unternehmungen, die den Angriffen gegen kommunale Mißwirtschaft immer neue Nahrung lieferten. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß sie die Kommunen durch die Scheinblüte unserer Wirtschaft nicht weniger blenden ließen, als zahlreiche Wirtschaftsführer. Infolgedessen waren die städtischen Haushalte sehr schnell überlastet mit den Kosten für Stadien, Schwimmanstalten, Erholungsstätten, Ausstellungen, Planetarien und dergleichen, die an sich mit dankbarer Freude zu begrüßen gewesen wären, wenn sie nur nicht die Verschuldung der Gemeinden weiter erhöht hätten. Ganz Deutschland hallte daher wieder von den Klagen über die Verschwendungssucht der Kommunen, die sich im Wettbewerb miteinander überboten, um nur nicht in das Hintertreffen zu geraten. Der erste Grundsatz für die Finanzgebarung der öffentlichen Hand: »Keine Ausgabe ohne Deckung«, den ich immer wieder bis zum Überdruß auf die Gefahr hin, die Hörer zu langweilen, gepredigt habe, wurde zwar nicht vergessen, aber seine Anwendung war doch keineswegs bedenkfrei [sic]. Selbst in einer so vorzüglich und erfolgreich verwalteten Stadt wie Köln, wurden in steigendem Maß höchst bedeutende und kostspielige Unternehmungen bewilligt, zu deren Deckung eine »zukünftig aufzunehmende« Anleihe vorgesehen war. Anleihen konnten die Kommunen ebenso wie Reich und Länder und die Privatwirtschaft nach der Stabilisierung aus dem Auslande in jeder gewünschten Höhe und zu durchaus tragbaren Bedingungen erhalten. Die Kämmerer konnten sich kaum der Geldangebote erwehren, von denen auffallend viele nicht als Luftangebote gelten konnten. Aber gerade [dies trug nicht wenig zu der katastrophalen Schuldenwirtschaft bei][164], die nach wenigen Jahren die Blüte der kommunalen Finanzen ersticken sollte. Der Stand der Gemeindefinanzen wurde etwa von 1928 an Tag für Tag Gegenstand leidenschaftlicher, parteipolitisch gefärbter Auseinandersetzungen. Verantwortungslose Schuldenwirtschaft, Verschwendungssucht, kalte Sozialisierung, Erdrosselung des Gewerbes durch die Gewerbesteuerzuschläge, des städtischen Grundbesitzes durch die Grundwertsteuerzuschläge waren die Schlagworte, die allenthalben wiederhallten. Darin lag allerdings eine starke Übertreibung und Verallgemeinerung, die aus tenden-

164 Im Original: »Aber gerade hierdurch wurde die Ausgabe, die nicht wenig zu der katastrophalen Schuldenwirtschaft beitrug«.

ziösem Wollen entsprang. Als im Verlauf des *Sklarek*skandals[165] im Jahre 1930 höchst unleidliche und äußerst beklagenswerte Erscheinungen in der Verwaltung Berlins zutage traten, verstiegen sich Parteileidenschaft und politischer Haß zu übelwollender boshafter Kritik, der Stoß, der gegen Berlin geführt wurde, galt in Wirklichkeit nicht nur der Verwaltung dieser Stadt, sondern dem Staat, der Demokratie und der Republik. Nicht um zu warnen oder zu bessern setzte die Kritik an den deutschen Kommunen in ungezählten Fällen ein, sondern um zu unterhöhlen und niederzureißen. Dieser überaus schädlichen Kritik verfiel auch die Wirtschaftsbetätigung der Kommunen, soweit sie sich auf innerliche Berechtigung und traditionelles Herkommen stützen konnte. Von alters her gehörten die Versorgungsbetriebe, interurbane Verkehrsunternehmungen, Sparkassen und sonstige Realkreditinstitute zu den Aufgaben der Kommunen. Es muß daran erinnert werden, daß sie in der Mehrzahl der Fälle von Stadtverordnetenversammlungen beschlossen worden sind, in denen es keinen einzigen Sozialisten gab, deren Mehrheit sich vielmehr häufig aus unentwegten Anhängern des Manchestertums zusammensetzte. Im Jahre 1929 wurde der Gesamtanlagewert der städtischen Versorgungsunternehmungen auf etwa 6 Milliarden Reichsmark, ihr Umsatz auf 1900 Millionen Reichsmark, der Anlagewert der rein kommunalen Verkehrsunternehmungen auf etwa 1800 Millionen RMk. und ihre Jahreseinnahme auf 650–700 Millionen RMk. geschätzt. Fast alle diese Unternehmungen haben ausgezeichnete Arbeit geliefert, Verkehr und Wirtschaft befruchtet und zur Stärkung der kommunalen Finanzen beigetragen. Allerdings hat es auch hier nicht an befremdlichen Rückschlägen gefehlt. Man müßte schon die wirtschaftliche und politische Struktur und die besondere Belastung der Stadt eingehend darlegen, um es begreiflich zu machen, weshalb das Straßenbahnunternehmen der Stadt Köln, ein ganz vorzüglich fundiertes und geleitet[es] Unternehmen, mehrere Jahre hindurch sehr erhebliche Zuschüsse erforderte.

Die Kommunen, und nicht zum wenigsten unter ihnen die Stadt Köln, haben sich wirklich unvergängliche Verdienste auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft erworben. Wenn Köln gerade auf diesem Gebiet so Großes leisten konnte, so kamen der Stadt hierbei nicht nur die Notstandsarbeiten [zu]gute, zu denen sich die Gemeinden in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezwungen sahen, sondern auch ganz besonders die städtische Bodenpolitik und Bodenvorratswirtschaft, über die ich an anderer Stelle gesprochen habe. Die deutschen Gemeinden haben über die ihnen zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel hinaus aus Eigenem bis zum Jahre 1931 etwa 1,2 Milli[arden] RMk. zum Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, in eigener Regie und d[urch] Vermittlung gemeinnütziger Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften.

Es wäre reizvoll zu der Frage Stellung zu nehmen, die jahrzehntelang die Köpfe und Federn der Kommunalpolitiker beschäftigt hat, zu der Frage der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe im alten Sinne des Wortes, d.h. der Vereinigung der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen mit Privatunternehmern und Privatkapital zu gemeinschaftlichen Unternehmungen. Alles das ist heute, wie vieles andere, völlig müßig. Der

165 Die Gebrüder *Sklarek*, Inhaber der Berliner Kleiderverwertungsgesellschaft, die einen großen Teil der für die städtischen Anstalten benötigten Konfektion lieferten, waren am 26. September 1929 wegen betrügerischer Transaktionen festgenommen worden. Einer der Brüder war Mitglied der DDP. Die Untersuchung ergab, dass die *Sklareks* mehreren städtischen Beamten und Kommunalpolitikern Zuwendungen gemacht hatten, darunter auch dem der DDP angehörenden Berliner Oberbürgermeister *Böß*. Vgl. SCHULTHESS 1929, S. 174; ferner Christian ENGELI: Gustav Böß: Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930, Stuttgart 1971, passim; Henning KÖHLER: Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Geschichte Berlins. Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 797–923, hier S. 868–875.

Führergedanke hat auch diese schwierigen, interessanten und bedeutungsvollen Untersuchungen ausgelöscht. Im Spiel der Kräfte, in der Entwicklung und Formgebung der Wirtschaft aber sind diese Gedankengänge von höchster Bedeutung gewesen und wert, der Vergangenheit entrissen zu werden. Auch hier hat allerdings nichts an Übertreibungen gefehlt. Die Scheinblüte, die auf die Stabilisierung folgte, hat Industrieunternehmungen und Erweiterungen [sic] aus der Erde hervorschießen lassen, die allerdings nicht mit den Erscheinungen der Gründerzeit auf eine Stufe gestellt werden dürfen, aber doch zu Investitionen geführt haben, denen die Kapitalkraft nicht gewachsen war und mit denen das wirtschaftliche Bedürfnis trotz der steigenden Tendenz der Ausfuhr nicht Schritt halten konnte. Fast überall, bei der öffentlichen Hand, bei den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, wie bei der reinen Privatwirtschaft setzte eine Überschätzung der Leistungsfähigkeit und der Absatzmöglichkeit ein; die Fürsorge gegen Rückschläge, die doch allzu schnell und in erschreckendem Ausmaß eintraten, war ungenügend.

Es wurde fast überall aus dem vollen gewirtschaftet. Das war besonders deshalb möglich, weil die Banken sich an Freudigkeit der Kreditgewährung geradezu überboten. Die D. Banken, die großen Privatbankiers mußten fast in den Krediten ersticken, die [s]ie dem Reich und den Ländern, den Kommunen wie der Industrie gewährten. Der Einfluß war keineswegs niedrig und konnte es auch angesichts des Risikos der Darlehensgeber nicht sein. Daran sind wohl kaum große Geschäfte gescheitert. Man rechnete eben überall mit einer fortschreitenden Blüte, obwohl die Weltwirtschaftskrise sich schon lange ankündigte, um [bald] zu einem Verhängnis für Amerika wie für Europa, ganz besonders aber für Deutschland zu werden. Man hatte sich in das Wunschbild einer Prosperity hereingeträumt und damit nicht selten den Blick für die Wirklichkeit und die Erkenntnis der Grenzen getrübt, die einzuhalten höchste Pflicht war. Der Steuerdruck, namentlich die immer stärker werdenden Realsteuern, gaben Klagen über Verschwendungssucht der Kommunen immer stärkeren Nachdruck. Es läßt sich nicht leugnen, daß beispielsweise der Konkurrenzkampf der Großstädte des Westens sonderbare Blüten gezeigt hat. Ich erwähne nur einen Fall. Eine rheinische Großstadt gewährte kurz nach der Stabilisierung einer Mittelstadt ein Darlehen in Höhe von einer Million RMk., um sie in den Stand zu setzen, einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft mit einer anderen Großstadt auszuweichen, die der Darlehnsgeberin unerwünscht erschien. Diese konnte den Betrag aber nicht aus eigenen Mitteln beschaffen, sondern hatte sich die Million selbst geliehen.

Namentlich unser liebes Köln stand im Ruf der Verschwendungssucht. Alles, was gegen *Adenauer* stand, gegen Katholizismus, gegen die Demokratie, gegen rheinische Art, gegen die beherrschende Stellung Kölns als Metropole des Westens, gegen die Zielsicherheit, mit der die Stadt ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit den großen Industriekonzernen gegenüber zu behaupten wußte, stimmte in diesen Ruf ein. Äußerlich wurde die Berechtigung hierfür hergeleitet aus den großen Unternehmungen, die *Adenauer* geschaffen oder doch durchgeführt hatte. Die Stadterweiterung, die Umlegung des inneren Rayongeländes, die Hafenbauten, das Industriegelände, das Stadion, den äußeren Grüngürtel, die rechtsrheinischen Ausstellungshallen, den Rheinpark, die Museen auf der rechtsrheinischen Seite, die Mülheimer Brücke usw. Ich habe fast alle diese Unternehmungen freudig begrüßt und mit Kräften an ihnen mitgearbeitet. Wo ich abgeraten und gewarnt habe – es waren viele, so viel, wie ich mich erinnere ein oder zwei Unternehmungen, die allerdings hohe Summen verschlangen –, habe ich leider Recht gehabt. Diese Anfeindungen der Stadt Köln fanden reiche Nahrung in einem Angriff, den die Stadtverordneten der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei gegen Ende

des Jahres gegen die Stadtverwaltung richteten. Man warf dem Oberbürgermeister Verdunkelung der Finanzwirtschaft, Verletzung des Budgetrechts und Unwahrhaftigkeit des Haushaltsplanes vor. Bei der Begründung des Antrages verstieg sich der Wortführer der Antragsteller zu der Frage an den Oberbürgermeister: »Wie denken Sie von einem Vormund, der während seiner Vormundschaft sein eigenes Vermögen aus den Bestandteilen des Mündelvermögens vermehrt und das seines Mündels verliert? Fühlen Sie sich nicht in ähnlicher Lage?«[166] Tagelange Untersuchungen des Finanzausschusses beschäftigten sich mit diesen Vorwürfen. In dem abschließenden Bericht wurde festgestellt, daß das Mißtrauen der Antragsteller völlig unberechtigt und durchaus unbegründet sei, und daß die Integrität der Finanzverwaltung der Stadt einwandfrei feststehe.[167] Allein der Schaden, der angerichtet war, wurde dadurch nicht wieder gutgemacht. In der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes und über die Grenzen des Reiches hinaus lebten die Vorwürfe fort und fanden ihren Widerhall in den Tageskämpfen auf dem Gebiet der Reichs- und Landespolitik, denen sie, zurecht gemacht durch geschickte Akteure, eine recht unerfreuliche Note liehen, man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Atmosphäre vergiftet war. Köln galt als abschreckendes Beispiel kommunaler Großmanns- und Verschwendungssucht.

Bot die Kommunalpolitik trotz solcher gelegentlichen Entgleisung vor dem Kriege eine schöne und dankbare Aufgabe, so gestaltete sich die große Politik in Preußen und im Reich umso schwieriger und unerfreulicher. Das innerpolitische Leben drohte zu stokken. Die Reichsgründung hatte einen ungeahnten Aufschwung in Kultur und Wirtschaft herbeigeführt. Das deutsche Heer galt mit als erstes in der ganzen Welt. Die deutsche Flagge wehte stolz über allen Weltmeeren und führte in alle Kontinente. Der deutsche Name hatte Weltgeltung wie einst das stolze Wort: »civis romanus sum«. Noch leuchtete der Namen des Alten im Sachsenwalde[168] weithin durch die Lande, wenn er auch aus Amt und Würden geschieden war. Aber bald nach seinem Sturz zeigte sich, daß an Stelle der einstigen mitreißenden Reichsbegeisterung eine immer stärker werdende Reichsverdrossenheit getreten war. Die Partei der Reichsgründung, die Nationalliberale [Partei] und mit ihr die aufwärts strebenden Kräfte, ohne die die Reichsgründung nicht möglich gewesen wäre, wurden von Tag zu Tag einflußloser. Die Agrarkonservativen konnten auf das ungerechteste aller Wahlrechte, das preußische Dreiklassenwahlrecht und die veraltete Wahlkreiseinteilung im Reiche und in Preußen ihre Macht aufbauen und nutzten sie mit der ganzen Unbekümmertheit des Ostelbiertums in der Gesetzgebung, namentlich in der Steuergesetzgebung und in der Verwaltung aus. Liberale Beamte gab es im höheren Verwaltungsdienst nur in wenigen Exemplaren, die fast als Kuriositäten gelten konnten. Wie im Heer und in der Diplomatie, so war auch in der Verwaltung der grundbesitzende Adel ausschlaggebend. Klugheit und Grundsatzlosigkeit schmiedeten den schwarz-blauen Block zusammen, durch den die Konservativen im Bunde mit dem Zentrum dem politischen Leben Deutschlands mehr als ein halbes Menschenalter hindurch den Stempel aufgedrückt hat. Der nationale Gedanke mußte dabei zu kurz kommen, wenn Steuerfragen und Liebesgaben für das Großagrariertum für die Haltung der maßgeblichen Fraktionen

166 Die Rede des Kölner Stadtverordneten Dr. *Kaiser* (DVP) in der 16. Sitzung am 13. November 1925, in: VStVK 1925, S. 425–427, hier S. 427.

167 Vgl. die Rede des Berichterstatters *Rings* (Z) in der 17. Sitzung am 26. November 1924 über die Verhandlungen des Finanzausschusses betr. den auf Antrag der Herren Dr. *Kaiser* und *Kloth* in der Stadtverordnetenversammlung vom 13. 11. d. J. gefaßten Beschluß betr. Nachprüfung des Abschlusses 1924 usw., ebd., S. 463–475. Vgl. auch die Rede *Falks*, in: ebd., S. 489 f.

168 Altreichskanzler Fürst Otto von *Bismarck*.

entscheidend waren. »Ohne *Kanitz*[169] keine Kähne«.[170] Der Liberalismus in seinen verschiedenen Spielarten war frei von Bindungen dieser Art. Der Stolz und die Kraft der nationalliberalen Partei insbesondere war es, daß sie sich auf Angehörige aller Berufsarten, aller Schichten, aller Konfessionen, aller Länder stützen konnte. Der Konfessionalismus, der sich in immer steigendem Maße dem nationalen Gedanken abhold zeigte und zu wachsender Zerklüftung des Volkes führte, war dem Liberalismus fremd.

Eine Wandlung schien mit dem *Bülow*block[171] einzutreten. Die ungewöhnliche Gewandtheit *Bülows*[172] und seine nahezu unübertreffliche Kunst in der Behandlung der Menschen hatten Konservative und Liberale zur parlamentarischen Zusammenarbeit geführt. Eine neue Zeit des Fortschritts schien heranzudämmern. Für liberale Gedanken, Forderungen und liberale Menschen schien der Weg frei zu werden. Wenn einer, so war *Bassermann* ein begeisterter Träger der Idee des *Bülow*blockes. Er hatte sich, wie viele Tausende von der glänzenden Rednergabe und dem faszinierenden Wesen des Fürsten *Bülows* einfangen lassen, dessen Wesenskern sich erst nach seinem Ausscheiden aus dem Amte, nicht zum wenigsten in seinen Lebenserinnerungen[173] enthüllte und dessen innere und äußere Politik, wie die »Front wider *Bülow*«[174] erweist, in hohem Maße unglücklich gewesen ist. Der *Bülow*block brach mit *Bülow* zusammen. Er ist von außen gesehen, über die Deszendentensteuer, das Kernstück seiner Reichsfinanzreform, gefallen. In Wirklichkeit stürzte er, weil er das Vertrauen des Kaisers und nicht mit Unrecht verloren hatte. Die nationalliberale Partei hatte gehofft, den schwarzblauen Bock auf lange Zeit gesprengt zu haben. Jetzt erschien er aber neu erstarkt und innerlich gekräftigt wieder zu erstehen. Das hatte zur Folge, daß der rechte Flügel unserer Partei wieder stärker darauf drängte, Anschluß an die Konservativen zu finden. Diese Bestrebungen waren besonders in der Landtagsfraktion lebendig. Ihr Führer *Friedberg* war allerdings ein durchaus liberaler Mann mit klarem Blick und starkem Willen, aber er konnte sich oft nur mit Mühe gegen die eigenwilligen und nervenstarken Männer aus Westfalen und ihren näheren Freunden behaupten. Daraus erwuchs ein deutlich sichtbarer Gegensatz zwischen der Reichstagsfraktion und der des Preußischen Landtages, der sich schließlich zu einem persönlichen zwischen *Bassermann* und *Friedberg* zuspitzte, wie mir beide Führer einmal am selben Vormittage auf

169 Hans Wilhelm Alexander Graf von *Kanitz* (1841–1913), Jurist, 1870–1877 Landrat des Kreises Sprottau, 1869–1871 MdNdR, 1889–1913 MdR, 1911/12 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1885–1913 MdpAH (Deutschkonservative Partei).

170 Unter dem Motto »Ohne *Kanitz* keine Kähne« versuchte die Deutschkonservative Partei 1895 als Gegenleistung für die Bewilligung der Marineforderungen der Regierung die Unterstützung für den erstmals 1894 eingebrachten Antrag ihres Abgeordneten Hans Graf von *Kanitz* zu erhalten. Ziel des Antrags war die Errichtung eines staatlichen Getreidehandelsmonopols. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 1079–1083; Olav ZACHAU: Die Kanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe 1894–1900. Politik unter dem »Stempel der Beruhigung« im Zeitalter der Nervosität, Hamburg 2007, S. 230 f.

171 Der Bülowblock stellte ein nach den Reichstagswahlen von 1907 gebildetes Bündnis von Deutschkonservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen dar, das 1909 an der Frage der Wahlrechtsreform und der Reichsfinanzreform zerbrach.

172 Fürst Bernhard v. *Bülow* (1849–1929), 1888 Gesandter in Bukarest, 1893 Botschafter in Rom, 1897 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1900–1909 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

173 Fürst Bernhard von BÜLOW: Denkwürdigkeiten, 4 Bde., Berlin 1930.

174 Vgl. Friedrich THIMME (Hrsg.): Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten, München 1931.

dem Wiesbadener Parteitage[175] kurz nacheinander geklagt haben. *Bassermann* war dem schwerindustriellen Flügel doppelt verdächtig geworden, seit wir Jungliberalen seine festeste Stütze innerhalb der Partei bildeten. Das zeigte sich in den Sitzungen des Zentralvorstandes und in den Kulissengesprächen während der Parteitage. Dazu kam, daß in seinem Heimatland Baden während der Kanzlerschaft *Bethmann-Hollwegs*[176] der Großblockgedanke[177] praktische Gestalt angenommen und erfolgreich bewährt hatte. Das löste die Befürchtung bei den Rechtszieh[ern] aus, daß *Bassermann* und sein Anhang, insbesondere aus dem jungliberalen [Lager], diese Gedanken auch auf das Reich und Preußen übertragen wollten. Es nutzte wenig, daß Hermann *Fischer* sich auf einer Tagung in Jena[178] lebhaft dagegen wehrte. Man traute *Bassermann* und den Jungliberalen nicht. Man verkannte völlig den tragenden Gedanken der nationalliberalen Jugend. Um des Vaterslandes willen schärfster Kampf gegen alle einseitigen und selbstsüchtigen Bestrebungen im deutschen Parteileben und gegen alle Gedankengänge, die die Einheit des Volkes zu zersplittern drohten. Es war uns bitter ernst um die alte stolze und große Parole aus der Glanzzeit des Nationalliberalismus: Das Vaterland über die Partei. Deshalb war auch ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie für mich kaum denkbar. Das bedeutsame Wort Jean *Jaures*[179]: »Das Proletariat müsse seine ungebrochene Kraft dem Liberalismus und dem Bürgertum zur Verfügung stellen, um die Reaktion zu überwinden«[180], schien für die deutsche Sozialdemokratie [keine Bedeutung zu haben. Sie] lehnte höhnisch »das bißchen« Sozialpolitik ab und stellte ihr den Klassenkampf und die internationale Vereinigung des Proletariats gegenüber. Die Revisionisten, auch die in der Praxis des Lebens zu Revisionisten herausgewachsenen Gewerkschaftler, mußten von jedem Parteitag den Ausschluß aus der Partei oder die Verdammung ihrer Lehren und Taten befürchten. Die Angst vor der steigenden roten Flut trug besonders dazu bei, die Stellung und den Einfluß des Zentrums zu steigern, das zusammen mit den Sozialdemokraten (sog. schwarz-roter Block) den Reichstag beherrschen konnte, jedenfalls dort das Zünglein an der Waage darstellte. Mit dem Zentrum war die Machtstellung der Konservativen zu brechen. Aber die Scheu vor der kirchenfeindlichen Haltung der Sozialdemokratie, auch wohl Eifersüchteleien zwischen freien und christlichen Gewerkschaften und die Furcht der Mittelständler vor dem Sozialismus machten es den schlesischen und westfälischen Zentrumsmagnaten leicht, die Zentrumspartei viele Jahre hindurch zur Gehilfin ostelbischer Junker zu machen. Die liberalen Parteien konnten sich, jedenfalls in weitesten Teilen Preußens, vor ihren Wählern dem Odium einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie nicht aussetzen. Das galt

175 Der Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Wiesbaden fand am 5. und 6. Oktober 1907 statt. Vgl. SCHULTHESS 1907, S. 148.

176 Theobald v. *Bethmann-Hollweg* (1856–1921), 1899 Regierungspräsident in Brandenburg, 1899–1905 Oberpräsident von Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Vizepräsident des Staatsministeriums, 1909–1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

177 Im Großherzogtum Baden kam es zwischen 1909 und 1913 zu einer Zusammenarbeit von Liberalen und Sozialdemokraten im sog. Großblock. Die Forderung nach einer liberal-sozialdemokratischen Reformkoalition, einer Koalition »Von *Bassermann* bis *Bebel*« wurde seitdem auch im Reich erhoben. Vgl. LANGEWIESCHE, S. 224 f.

178 Zum Jungliberalen Parteitag in Jena am 16. und 17. Oktober 1909 vgl. SCHULTHESS 1909, S. 330 f.

179 Jean *Jaurès* (1859–1914), 1885–1914 (mit Unterbrechungen) Mitglied der französischen Kammer der Abgeordneten, seit 1893 Mitglied der französischen Sozialistischen Partei, Anhänger der deutsch-französischen Versöhnung, am 31. Juli 1914 ermordet.

180 Jean *Jaurès* war ein führender Vertreter des französischen Reform-Sozialismus, der dem deutschen Revisionismus nahekam. Zentrale Thesen von Karl *Marx* wie die Verelendungstheorie oder die Diktatur des Proletariats lehnte er ab. Vgl. Dominique JAMET: Jean Jaurès: le rêve et l'action, Montrouge 2009; Heinz ABOSCH: Jean Jaurès: die vergebliche Hoffnung, München 1986.

besonders für uns Nationalliberalen, die wir ständig dem Druck von links wie von rechts ausgesetzt waren.

Das alles wäre zu ertragen gewesen, wenn nur der Liberalismus selbst in eine geschlossene Kampffront zu bringen war. Aber alle Bemühungen scheiterten. Die Sehnsucht des Jungliberalismus nach einer großen liberalen Partei blieb unerfüllt. Die Einigkeit in der nationalliberalen Partei, aus der die Extrem-Agrarier *Lehmann*[181] und Graf *Oriola*[182] und ebenso Frhr. v. *Heyl*[183] ausgeschieden waren, wurde durch den Parteitag in Kassel wiederhergestellt, auf [der] *Bassermann* die glänzendste Rede hielt, die ich je von ihm gehört habe.[184] Seine Abrechnung mit der Regierung und den Parteien rechts und links schaffte klare Verhältnisse. Nur in einem hat er sich ausgeschwiegen, wohl aus persönlichen Empfindungen und Rücksichtnahme heraus. Über das persönliche Regiment des Kaisers sprach er nicht, obwohl dessen Reden nicht nur die innere, sondern auch die äußere Politik des Reiches – wie sich leider allzu schnell zeigte – unheilvoll beeinflußten. Auch mich erschreckten und betrübten die unglücklichen Formulierungen, in denen der Kaiser[185] sich so oft gefiel, in höchstem Maße. Sein sprunghaftes Eingreifen in die Geschehnisse des Tages war mir völlig unverständlich. Die Entlassung *Bismarcks*, und die Behandlung, die der Gründer des Reiches sich in seinen letzten Lebensjahren gefallen lassen mußte, erbitterte auf das Tiefste. Aber ich verkannte doch nicht, daß der Kaiser mit sozialem Verständnis die Aufnahmefähigkeit für neue Gedanken als Erbgut seiner Eltern verband. Er förderte die Wissenschaft und Kunst, vielleicht einseitig, aber er förderte sie doch und erkannte viel klarer und tiefer als mancher führende Staatsmann die Bedeutung der Wissenschaft und Technik für die Wirtschaft und der Wirtschaft für die Nation. Es kostete mich daher keinerlei Überwindung, als ich auf Wunsch der Lesegesellschaft zu Köln einmal die Festrede zur Kaisergeburtstagsfeier übernahm. Ich erwähne das deshalb, weil es mir später, nach meinem Eintritt in die Deutsch-Demokratische Partei, öfter von Angehörigen der Deutschen Volkspartei höhnend vorgehalten wurde. In dieser Rede ging ich davon aus, daß in *Bismarcks* Sterbezimmer ein Bild *Uhlands*[186] hing, dessen prophetisches Wort: »Kein Haupt wird über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist«[187], die Grundlage meiner Ausführungen bildete. Auch sonst hatte ich sehr viele Reden zu halten. Namentlich sprach ich in einer Reihe deutscher Städte über das Verhältnis des Liberalismus zur Sozialdemokratie. Ich glaubte dieses heiße Eisen anfassen zu müssen, weil diese Frage nicht nur umstritten, und dem Verständnis nicht leicht na-

181 Paul Emil *Lehmann* (geb. 1865), Rittergutspächter und Gemeinderat in Waltersdorf bei Neumühle/Elster, seit 1907 MdL Großherzogtum Sachsen-Weimar, 1903–1911 MdR (Nationalliberale Partei).

182 Waldemar Graf v. *Oriola* (1854–1910), Gutspächter in Büdesheim (Hessen), 1893–1910 MdR (Nationalliberale Partei).

183 Cornelius Wilhelm *Heyl*, seit 1886 Freiherr von Heyl zu Herrnsheim (1843–1923), Lederindustrieller, Md Ersten Kammer Hessen-Darmstadts, 1874–1878, 1879–1881, 1893–1918 MdR (Nationalliberale Partei, seit 1911 bei keiner Fraktion).

184 Die Rede *Bassermanns* auf dem Zwölften allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Kassel am 1. Oktober 1910, in: ZWÖLFTER ALLGEMEINER VERTRETERTAG DER NATIONALLIBERALEN PARTEI AM 1. UND 2. OKTOBER 1910 IN CASSEL, Berlin o. J. (1910), S. 5–37.

185 *Wilhelm II.* (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

186 Ludwig *Uhland* (1787–1862), seit 1814 Advokat in Stuttgart, 1829–1833 Professor für deutsche Literatur in Tübingen, 1819–1826, 1833–1838 Md Württembergischen Zweiten Kammer (liberal), 1848/49 Md Frankfurter Nationalversammlung.

187 Die Rede *Uhlands* in der deutschen konstituierenden Nationalversammlung in Frankfurt am 23. Januar 1949, in: SBdkNV 1848/49, Bd. 7, S. 4818f., hier S. 4819: »Glauben Sie, meine Herren, es wird kein Haupt über Deutschland l e u c h t e n, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist!« H. i. O.

he zu bringen, sondern gerade weil ihre Behandlung leicht Mißdeutungen ausgesetzt war, die ich nicht zu scheuen brauchte.

Der Flottenpolitik des Kaisers stand ich mit starken Zweifeln gegenüber. Mein Mißtrauen, daß sie von manchen zu selbstsüchtigen Zwecken ausgenützt werde, war wohl nicht ungerechtfertigt. Dagegen war ich entschiedener Anhänger der Kolonialpolitik. Der Deutschen Kolonialgesellschaft gehörte ich ununterbrochen seit 1888 an. Tiefer in die kolonialen Fragen einzudringen hatte ich Gelegenheit als Verteidiger des Gouverneurs von *Bennigsen*[188], gegen den Dr. Carl *Peters*[189] eine Privatklage wegen Beleidigung angestrengt hatte.[190] Es handelte sich dabei um einen Aufsatz, den v. *Bennigsen*, ein Sohn Rudolf v. *Bennigsens* in der »Kölnischen Zeitung« veröffentlicht hatte und in dem ernste Kritik an dem Auftreten *Peters* in Afrika geübt wurde. In diesem Prozeß, der ungesehenes Aufsehen erregte, lag die Schwierigkeit für mich darin, die Verteidigung wirksam zu gestalten, ohne der kolonialen Sache zu schaden, die sowieso viele Widersacher in Deutschland hatte. Ich glaube, daß mir das auch gelungen ist. Was in den jungen deutschen Kolonien Rang und Namen hatte, spielte in diesem Prozeß eine Rolle als Zeuge oder Sachverständiger; Forscher, Missionare, Admirale, Offiziere, Kolonialbeamte aller Grade. Die Verhandlungen wurden in breitem Rahmen in den Zeitungen des In- und Auslands wiedergegeben. Auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude stauten sich erregte Menschenmassen während vieler Tage, die der Prozeß vor dem Schöffengericht in Anspruch nahm. *Peters* soll dabei persönlich insultiert worden sein, wie sein Rechtsbeistand, der berühmte Strafverteidiger Justizrat *Sello*[191], der das Eiserne Kreuz von 1870/71 auf der Robe trug, mit Tränen im Auge vorbrachte. Das Schöffengericht verhängte eine Geldstrafe gegen v. *Bennigsen*. Die Strafkammer stellte das Verfahren ein, weil der Strafantrag zu spät gestellt sei. Die hiergegen von *Peters* eingelegte Revision wurde von dem Strafsenat des Oberlandesgerichtes zurückgewiesen. In voller Übereinstimmung mit v. *Bennigsen*, dem es um restliche [sic] Aufklärung der

188 Rudolf von *Bennigsen* (1859–1912), Sohn des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Rudolf von *Bennigsen*, 1899–1901 Gouverneur von Deutsch-Neuguinea. – Rudolf von *Bennigsen* (Vater) (1824–1902), 1859–1867 Vorsitzender des deutschen Nationalvereins, 1867–1889 MdpAH, 1867–1883, 1887–1898 MdR (Führer der Nationalliberalen Partei), 1888–1898 Oberpräsident von Hannover.

189 Carl *Peters* (1856–1918), 1884 Begründer der Kolonie Deutsch-Ostafrika, 1891/92 Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika, 1892 wegen schwerer Verfehlungen in der Eingeborenenpolitik zur Disposition gestellt und 1897 im Disziplinarverfahren entlassen.

190 Der Gouverneur a. D. v. *Bennigsen* hatte in einem im März 1906 in der »Kölnischen Zeitung« erschienenen Artikel über die Kolonialdebatte im Reichstag behauptet, der frühere Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika Karl *Peters* habe in einem Brief zugegeben, in Ostafrika 1891 zwei Eingeborene aus sexuellen Motiven hingerichtet zu haben. In dem im Januar 1908 vor dem Kölner Schöffengericht geführten Beleidigungsprozess des früheren Reichskommissars gegen v. *Bennigsen* und den verantwortlichen Redakteur der »Kölnischen Zeitung«, Gustav *Brüggemann*, vertrat *Falk* die Beklagten. Der Prozess endete am 22. Januar 1908 mit dem Freispruch *Brüggemanns* und der Verurteilung v. *Bennigsens* wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 M. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 297, 20.3.1906: »Drei Tage Kolonialdebatte«. Gegen das Urteil legten sowohl v. *Bennigsen* als auch *Peters* Berufung ein. Am 26. Mai hob schließlich die 4. Strafkammer des Kölner Landgerichts das Urteil vom 22. Januar auf und stellte das Verfahren gegen *Brüggemann* wegen nicht rechtzeitiger Stellung des Strafantrags ein. Das Strafverfahren gegen v. *Bennigsen* wurde wegen eingetretener Verjährung für unzulässig erklärt. Die von *Peters* angestrengte Revision gegen die Entscheidung der Strafkammer verwarf das Oberlandesgericht Köln am 5. August 1908. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 567, 568, 26.5.1908; 829, 830, 5., 6.8.1908. Vgl. Constant KPAO SARE: Carl Peters et l'Afrique. Un mythe dans l'opinion publique, la littérature et la propagande politique en Allemagne, Hamburg 2006, S. 46–61.

191 Erich *Sello* (1852–1912), deutscher Jurist und Strafverteidiger, verteidigte zahlreiche prominente Persönlichkeiten wie den Berliner Stadtkommandanten v. *Moltke* oder Karl *May*, 1881–1884 MdR (Liberale Vereinigung).

von ihm bemängelten Vorkommnisse ging und der von hoher sittlicher Warte aus und aus verletztem Rechts- und Ehrgefühl den Kampf gegen Dr. *Peters* aufgenommen hatte, hatte ich zu Beginn der Verhandlung erklärt, daß ich den Gesichtspunkt der Verjährung für ihn nicht vorbringe. Er ist von amtswegen berücksichtigt worden. Volle Aufklärung über die Geschehnisse im dunklen Erdteil hat der Prozeß m.E. übrigens wohl nicht gebracht.

Eine bedeutungsvolle Tätigkeit war mir im »Verein zur Errichtung eines *Bismarck*-denkmals auf der Elisenhöhe bei Bingen« beschieden worden, dessen Schriftführer ich bis vor kurz seiner Auflösung gewesen bin. Die Aufgabe des Vereins war zunächst, ein Nationaldenkmal für den Reichsgründer im Anblick [sic] des Nationaldenkmals auf dem Niederwald zu errichten. Der Meister sollte hinüberschauen zu seinem Werk und am Westufer des deutschen Stroms die Wacht halten für das Reich, auf das sein Blick gerichtet war. Darüber hinaus wurde aber das größere Ziel verfolgt, um den Namen des ersten Kanzlers alle die zu sammeln, die seinem Gedank[en am] Dienst der vaterländischen Idee Heeresfolge leisten wollten. Dieser wahrhaft deutsche Gedanke hatte eine zündende Wirkung. Aus ganz Deutschland strömten Gefolgsleute herbei. Bedeutende Summen kamen [zusammen]. Der Verein stand unter dem Vorsitz eines der bedeutenden Staatsmänner der Wilhelminischen Zeit, des Freiherrn von *Rheinbaben*, des früheren Finanzministers, der seine Laufbahn als Oberpräsident der Rheinprovinz schloß. Er war sicher ein waschechter Junker von streng konservativer Gesinnung und exklusiver Lebensführung. Er war aber auch ein sehr gebildeter und kultivierter Mensch, der auch die Meinung anderer anerkannte. Er bewies ungekünstelte Liebenswürdigkeit und ließ Recht und Billigkeit gelten. Ich konnte ihm gegenüber freimütig auftreten, und habe von dieser Möglichkeit oft Gebrauch gemacht. Auch der Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* unterstützte die Bestrebungen des Vereins, der von der freudigen Zustimmung der *Bismarck*anhänger getragen war. Unter seinen Mitgliedern und Gönnern befanden sich Angehörige deutscher Fürstenhäuser und auch der kaiserliche Hof hat sich niemals ablehnend verhalten. Und doch wollte das Werk nicht gelingen. Die Barre, die sich quer vor die Vollendung des Werkes gelegt hatte, war der Gegensatz unter den Kunstrichtungen und Künstlern. Für viele von ihnen gab es nur zwei Möglichkeiten, entweder siegte ihre Meinung oder die ganze Sache war ihnen Hekuba. Es war traurig, Zeuge zu sein, wie sich auch hier die querelles allemandes auswirkten. Als endlich ein Entwurf mit großer Mehrheit nach meiner Überzeugung, aber auch mit innerer Berechtigung ausgewählt und zur Ausführung bestimmt war, setzte eine häßliche Pressefehde ein, die mit dem Schlagwort vom »rheinischen *Bismarck*« kämpfte. Die Wortführer dieser Fronde waren leider *Lichtwark*[192] und Walther *Rathenau*[193], mit dem ich schon bei den Schlußberatungen des Gros[sen] Denkmalsausschusses einen heftigen Zusammenstoß hatte. Fritz *Schumacher*[194] [schil]dert in seiner Selbstbiographie »Stufen des Lebens«, Seite 295, diese Vorgänge vom Standpunkt des Architekten und Künstlers aus, der sich erfreulich mit dem des deutschen Patrioten deckt.[195] Dann kam der

192 Alfred *Lichtwark* (1852–1914), Kunsthistoriker, 1886–1914 Direktor der Hamburger Kunsthalle.

193 Walther *Rathenau* (1867–1922), Sohn des Gründers und Leiters der AEG Emil *Rathenau* (1838–1915), Elektroingenieur, seit 1899 im Vorstand der AEG, 1914/15 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium, 1915–1921 Präsident der AEG, seit November 1918 Mitglied der DDP, Mai–Oktober 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, von Januar bis zu seiner Ermordung am 24. Juni 1922 Reichsaußenminister.

194 Fritz *Schumacher* (1869–1947), 1899–1909 Professor an der TH Dresden, 1907 Gründungsmitglied des Deutschen Werkbundes, 1909–1933 Oberbaudirektor in Hamburg, 1920–1923 Technischer Bürgermeister in Köln.

195 Fritz SCHUMACHER: Stufen des Lebens, Stuttgart/Berlin 1935.

Weltkrieg. Seine und der Nachkriegszeit Folgen konnten trotz eifrig fortgesetzter Arbeit von dem Verein nicht überwunden werden. Die aus dem Inland und dem Ausland zusammengeflossenen Millionen wurden ein Opfer der Inflation. Das Denkmal ist nie errichtet worden. Ob es jemals zum Niederwald herübergrüßen wird? Wer darf das heute im Jahre 36 noch hoffen? Keine Zeitung nennt *Bismarcks* Namen. Keine Rede feiert sein Gedächtnis. Kein Lied singt von ihm. Keine Straße wird mehr nach ihm genannt [sic]. Das Jahr 1914 brachte das Verhängnis für den *Bismarck* am Rhein, für den deutschen Rhein, für das Deutsche Reich.

Nach dem Tode *Moldenhauers* [1917], des verdienstvollen, energischen und klugen Führers der Partei, führte ich den Nationalliberalen Verein in Köln. Er unterstand dem rheinischen Provinzialvorstand unter dem Vorsitz des früheren Oberreichsanwalts, späteren rheinischen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Oskar *Hamm*[196], in dem sich Geist, Humor und Scharfsinn mit Vaterlandsliebe und politischem Fingerspitzengefühl in der glücklichsten Form vereinigte. Während der letzten Kriegsjahre war ich stellvertretender Vorsitzender dieses Vorstandes. In seinen Beratungen wurde der Kampf um die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts mit lebhaftem Eifer geführt. Es war doch eine kleinliche und engstirnige Jammerpolitik, die den Willen des Volkes, das sich in den langen Kriegsjahren so glänzend bewährt hatte, dem Machthunger einer kleinen Clique unterordnen wollte. Im Kölner Verein wie im Provinzialvorstand wurden die Wortführer dieser Politik schl[ieß]lich an die Wand gedrückt. Die Rheinprovinz entsandte zu der Tagung, die [der] Parteivorstand zur Entscheidung der Frage nach Berlin einberufen hatte, ausschließlich Anhänger der Reform, darunter zu meiner besonderen Genugtuung neben mir auch meine l[iebe] Frau, die als Mitglied des Vorstandes des Nationalliberalen Vereins in Köln und als Führerin [von] dessen Frauengruppe wie als Mitglied des Zentralvorstandes der Partei eine umfangreiche politische Tätigkeit entwickelt hatte.[197] Ihr weiches Herz, ihre große Menschenliebe und ihre opferbereite, hingebende Fürsorge für alle Armen und Beladenen erschwerten es ihr bisweilen sich in den Irrungen und Kämpfen der Innenpolitik zurechtzufinden. Ihre ruhige, schlichte, pflichttreue Arbeit, ihre versöhnliche, ausgleichende und schonende Art gaben aber denen Recht, die von der Beteiligung der Frau am politischen Leben eine hohe ethische Wirkung erwartet hatten. Für die Frauenrechte sind wir beide mutig, entschlossen und wirkungsvoll schon zu einer Zeit eingetreten, als man sich in der Partei noch scheute, sich an die Frage heranzuwagen. In den vielen Ämtern, die meine Frau bekleidete, zuerst in den städtischen Ausschüssen wie in der Bäderposition [sic] der Kommission für die Mittelschulen, dann in den Parteiorganisationen, ferner als Schatzmeisterin der nationalen Frauengemeinschaft, in der Kriegswirtschaft als Gründerin einer Schuhausbesserungswerkstatt für Minderbemittelte, als Schöpferin einer Bibliothek für Kriegsblinde und schließlich als langjährige Vorsitzende des Stadtverbandes Kölner Frauenvereine hat sie mit Menschenliebe, Pflichtgefühl und Takt und nicht zuletzt mit ihrer Organisationskunst der Stadt und dem Vaterlande große Dienste geleistet. Was sie als Vorsitzende des Stadtverbandes [für] Werte geschaffen hat, gehört der Geschichte der

196 Oskar *Hamm* (1839–1920), Oberstaatsanwalt in Köln, 1896–1899 Oberreichsanwalt in Leipzig, 1899–1905 Präsident des Oberlandesgerichts in Köln, Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei, Vorsitzender des rheinischen Provinzialvorstands.

197 Die Sitzung des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei am 23. September 1917, in: VON BASSERMANN ZU STRESEMANN, Nr. 5, S. 293–432. »Bei uns sind schon viele Frauen mit großem Erfolge tätig«, so führte *Falk* aus. »Sie arbeiten mit uns auf allen Gebieten, und wir danken ihrer Arbeit recht erhebliche Fortschritte. Ich glaube, die Nationalliberale Partei würde für die Zukunft Deutschlands schlecht vorsorgen, wenn sie [sich] der Arbeit der Frauen an allen Stellen entschlagen wollte.« Ebd., S. 308.

Stadt Köln an. Der spätere Geschichtsschreiber wird daran nicht vorbeigehen können und ihren Namen in Ehren nennen. Nicht wenig, das mir als Leistung zugeschrieben wird, war ihr Verdienst. Ohne ihre treue, gewissenhafte und fürsorgliche Kameradschaft hätte ich meine Arbeit überhaupt nicht durchführen können. Der Anregung meiner Frau habe ich es zu danken, daß ich mich für den Eintritt der Frauen in die Politik einsetzte. Der erste Erfolg war die Öffnung der städtischen Ausschüsse für die Frauen, die bisher von dieser wertvollen Arbeit ausgeschlossen waren. Der Zutritt zu diesen Ausschüssen stand nach der rheinischen Städteordnung wie übrigens wohl auch nach allen Städteordnungen, nur den Gemeindebürgern offen. Es gelang mir, den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten für eine weitherzige Auslegung des Begriffes »Bürger« zu gewinnen. Die Stadt Köln bekannte sich zu der Interpretation, daß unter Bürgern auch Bürgerinnen zu verstehen seien. Dieser erste Erfolg ließ meine Frau nicht rasten. Sie berichtet darüber auf einer Parteitagung in Bonn, der auch der damalige Rektor magnificus, unser Parteifreund Geheimrat *Schulze*, anwohnte.[198] Das gab ihr Anlaß, Klage darüber zu führen, daß die Studentinnen bislang von dem Genuß der Stipendien ausgeschlossen seien, und zwar auf Grund der statuarischen Bestimmungen, die nach ihrem Wortlaut nur Studenten also nicht Studentinnen mit Stipendien bedachten. Ihr Verlangen, das bisher die gleiche liberale Auslegung der Bestimmungen Platz greifen müsse, wie die Kölner, über die ich eben berichtet habe, hatte sofort hier glänzenden Erfolg. Rektor und Senat bekannten sich zu dieser Auslegung und fanden bald an allen anderen Hochschulen Gefolgschaft. Damit war ein bedeutsamer Fortschritt für die studierenden Frauen erzielt. Im Wirbelsturm des Geschehens, das in dem seither verflossenen Vierteljahrhundert auf uns niedergeprasselt ist, haben sich diese Entwicklungsphasen völlig aus unserem Gesichtskreis verloren. Gerade deshalb verweile ich etwas länger dabei.

Wie behutsam vorgegangen werden mußte, um in der Frauenfrage weiterzukommen, zeigt das Gutachten[199], das ich 1918 dem Zentralvorstand der nationalliberalen Partei auf dessen Verlangen über die Frage erstattete, ob Vertreterinnen der nationalliberalen Frauenorganisationen als Mitglieder in den Zentralvorstand gewählt werden sollten. Dieses Gutachten[200] verdient als Zeitbild festgehalten zu werden. Ich teile es deshalb im Wortlaut mit:

Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei.

Köln, den 12. Februar 1918.

In seinem prachtvollen Aufsatz »Die Freiheit« (Leipzig 1861) ergießt *Treitschke*[201] die scharfe Lauge seines Spottes über diejenigen »unter uns Herren des Erdkreises«, die die Freiheit des weiblichen Geschlechts bekämpfen, denen »gar politisierende Weiber« ein Greuel sind.[202] Er sagt: [»]Vollends ein Gebiet, auf welches Unfreiheit und Unduld-

198 Gemeint sein könnte der erste rheinische Frauentag der Nationalliberalen Partei in Köln am 13. April 1913, auf der Else *Falk* einen Rückblick auf die Gründung der nationalliberalen Frauengruppe in Köln gab. Vgl. NATIONALLIBERALE BLÄTTER, 25. Jg., Nr. 16, 20.4.1913, S. 392–395: »Aus der nationalliberalen Frauenbewegung.«

199 Im Original: »Guthaben«.

200 Im Original: »Guthaben«.

201 Heinrich von *Treitschke* (1834–1896), 1863 Professor der Geschichte in Freiburg, 1866 in Kiel, 1867 in Heidelberg, 1874 in Berlin (Nachfolger *Rankes*), 1866–1869 Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher«, 1874–1884 MdR (zunächst Nationalliberale Partei, seit 1878 parteilos).

202 Heinrich von TREITSCHKE: Die Freiheit, Leipzig 1861, ND Berlin 1927; S. 50f.: »Vollends ein Gebiet, auf welchem Unfreiheit und Unduldsamkeit in Fülle wuchern, betreten wir, wenn wir fragen nach den Standesbegriffen des mächtigsten und geschlossensten der ›Stände‹ – oder wie sonst wir

samkeit wuchern, betreten wir, wenn wir fragen nach dem Standesbegriff des mächtigsten und geschlossensten der [›]Stände[‹] – oder wie sonst wir diese natürliche Aristokratie nennen wollen – des männlichen Geschlechtes. – Das politische Elend des Volkes bietet eine reine menschliche Seite, welche von den Frauen tiefer, reiner[203], inniger verstanden werden kann, als von uns. Soll denn von dieser Fülle des Enthusiasmus und der Liebe, von der wir so oft kalt und bettelarm und herzlos dastehen, nicht ein ärmlicher Bruchteil dem Vaterlande gelten?[«] Allerdings glaubt *Treitschke* hinzufügen zu müssen: [»]Kennen wir die deutschen Frauen wirklich so wenig, daß wir meinen, sie würden jemals ›politisieren‹, jemals sich den Kopf zerbrechen über Grundsteuern und Handelsverträge.[«] In den 6 Jahrzehnten, die, seit *Treitschke* dieses Wort schrieb, nahezu verflossen sind, hat sich viel, fast alles geändert. Unsere Volkswirtschaft war schon vor dem Kriege in Bahnen eingelenkt, die 100000e von Frauen nicht nur [der] lohnarbeitenden Schichten zur Erwerbstätigkeit genötigt haben. Die Ideen, die den Ausgang des 19. Jahrhunderts kennzeichnen, und die sich in den letzten 20 Jahren verstärkt und vertieft haben, haben auch den Blick der Frau geweitet, und sie immer mehr in das Getriebe der politischen Betrachtungen und politischen Kämpfe hineingeführt. Der Krieg endlich hat die durch jahrhundertelangen Brauch gefestigten und geheiligten Schranken zwischen Mann und Frau nahezu völlig beiseitegeschoben. Millionen von Frauen verrichten Arbeit in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Gewerbe, im öffentlichen Dienst auch an verantwortungsreichen Stellen, die bis vor kurzem noch der Mann für sich allein in Anspruch genommen hat. Damit hat sich auch der Gesichtskreis der Frauen vergrößert. Sie sind der Enge des Hauses entwachsen. Ungezählte Frauen, denen bisher die Sorge für den heimischen Herd die höchste und vielleicht die einzige war, fühlen sich berufen, als treue Kameradinnen mit den Männern für das Wohl des Volkes zu arbeiten. Diese Entwicklung, die nicht geleugnet werden kann, mag von dem einen und dem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet, unerwünscht erscheinen. Der Politiker und Volkswirtschaftler wird aber die Tatsache begrüßen müssen, daß nunmehr auch die Hälfte der Nation für die vaterländische Arbeit gewonnen ist, deren Kräfte bis dahin für den Dienst des Reiches und des Staates unbenützt brach lagen. Heute zerbrechen sich allerdings die Frauen den Kopf über Grundsteuern und über Handelsverträge, aber auch darüber hinaus gibt es kaum eine Frage, die in das Leben der Nation einschneidet, an der die deutsche Frau teilnahmslos vorüberginge. Das gilt nicht nur von den Frauen, die nach der Erweiterung der Frauenrechte streben, sondern es darf ganz allgemein von unseren Frauen gesagt werden. Wenn sich *Treitschke*

diese natürliche Aristokratie nennen wollen – des männlichen Geschlechts. Unglaublich weit verzweigt besteht unter uns Herren des Erdkreises eine stille Verschwörung, den Frauen einen Teil der menschlich harmonischen Bildung grundsätzlich zu versagen. Denn einen Teil ihrer Bildung erlangen die Frauen nur durch uns. Unter uns aber versteht sich von selbst, daß religiöse Aufklärung für den gebildeten Mann eine Pflicht, für den Pöbel und die Frauen ein Verderben sei, und wie viele finden eine Frau ganz absonderlich ›poetisch‹, wenn sie den plumpsten Aberglauben zur Schau trägt. Nun gar ›politisierende Weiber‹ sind ein Greuel, darüber verlieren wir kein Wort mehr. Ist das unser mannhafter Glaube an die göttliche Natur der Freiheit? Ist die religiöse Aufklärung wirklich nur eine Sache des nüchternen Verstandes und nicht weit mehr ein Bedürfnis des Gemütes? Und doch meinen wir, die Herzenswärme der Frauen werde leiden, wenn wir sie in ihrer Weise sich erfreuen lassen an der großen Geistesarbeit der jüngsten hundert Jahre. Kennen wir die deutschen Frauen wirklich so wenig, daß wir meinen, sie würden jemals ›politisieren‹, jemals sich den Kopf zerbrechen über Grundsteuern und Handelsverträge? Und doch bietet das politische Elend dieses Volkes eine rein menschliche Seite, welche von den Frauen vielleicht tiefer, feiner, inniger verstanden werden kann als von uns. Soll denn von dieser Fülle des Enthusiasmus und der Liebe, vor der wir so oft kalt und bettelarm und herzlos dastehen, nicht ein ärmlicher Bruchteil dem Vaterlande gelten?«

203 Im Original: »reiniger«.

auch in diesem Punkt geirrt hat, so bleibt doch seine grundsätzliche Auffassung bestehen. Die Frau strebt nach [Be]tätigung und der Mann sucht dieses Streben einzuengen. Dafür ist eine ganze Reihe von Gründen maßgebend, deren Berechtigung nicht in allen Teilen ohne weiteres bestritten werden kann. Allerdings kommen für viele Männer hierbei gerade auch die Gründe in Betracht, auf die der Reichskanzler Dr. *Michaelis*[204], in einem Aufsatz in der »Furche« von der Höhe seines sittlichen Empfindens aus mit scharfem Tadel hingewiesen hat.[205] Nicht wenige Männer scheuen die Zusammenarbeit mit der Frau, weil sie fürchten müssen, daß dieses Zusammenarbeiten der Frau Dinge offenbaren könnte, die sie vor den Frauen verbergen wollen.

Für die politischen Parteien kann bei der Beurteilung der Frage nur ein Gesichtspunkt maßgebend sein, nämlich der: Wie kann dieser Drang der Frau, in öffentlichen Dingen sich zu betätigen, für das Vaterland nützlich gemacht werden? Auf diese Frage dürfte es kaum eine andere Antwort geben, als die, die Frau zur Mitarbeit in den politischen Parteien zu erziehen. Das gilt heute mehr als je, da die Frau in leider ungezählten Fällen infolge des frühzeitigen Heimganges des Mannes zur alleinigen Trägerin der Familientradition geworden und mit der [...][206] Erziehung der Kinder belastet [ist][207]. Für die nationalliberale Partei besonders scheint es notwendig, den Frauen, die sich in ihren Dienst stellen wollen, die im elterlichen Hause oder an der Seite ihres Mannes von dem Gedanken erfüllt sind, die uns leiten, den Weg zu ebnen. Tradition und Erziehung beeinflussen oder bestimmen sogar, wie so vieles andere auch, die politische Überzeugung.

Andere Parteien, die sozialdemokratische, die fortschrittliche, das Zentrum und auch die Konservativen, haben ebenso wie auch die nationalliberale die Bedeutung der Mitarbeit der Frau erkannt. Die beiden Erstgenannten sind aus dieser Erkenntnis heraus schnell dazu übergegangen, den Frauen einen weitreichenden Einfluß innerhalb ihrer Parteien zu gewähren. Die nationalliberale Partei ist mit Recht auf diesem Gebiet nur langsam und bedächtig vorgegangen. Wer das Bestehende ausbauen und nicht umstürzen, wer neue Gedanken zur Reife gelangen will, ehe er sie in die Tat umsetzt, kann eine Frage von so unübersehbarer Tragweite nicht anders als mit behutsamer Vorsicht behandeln und nur schrittweise der Lösung entgegenführen. Die Bestrebungen der nationalliberalen Frauen, in die Partei eingegliedert zu werden, fanden ihren sichtbaren Ausdruck zuerst 1911 in Kö[ln][208] und führten dort zur Gründung der Frauengruppe des nationalliberalen Vereins. Seitdem haben sich in zahlreichen Städten die Frauen zur Tätigkeit innerhalb der nationalliberalen Organisation bereit gefunden, so in Bonn, Stuttgart, München, Mülheim, Mannheim, Ulm, Berlin, Dresden usw.

Die maßgebenden Persönlichkeiten vereinigten sich allerorts fast ausnahmslos in der Überzeugung, daß die Tätigkeit der Frauen im Rahmen der nationalliberalen Organisation für diese von den erfreulichsten Folgen begleitet war. Es ist daher verständlich, wenn der geschäftsführende Ausschuß der Partei es am 29. 19.[sic] 11 den Landesor-

---

204 Georg *Michaelis* (1857–1936), 1909 Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium, 1914 Leiter der Reichsgetreidestelle, 1917 preußischer Staatskommissar für Volksernährung, Juli–Oktober 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, April 1918–März 1919 Oberpräsident der preußischen Provinz Pommern.

205 Georg *Michaelis*: Das Christentum und der Christ im Staate, in: DIE FURCHE, 1. Jg., Nr. 1, Oktober 1910, S. 5–10, hier S. 8 f.

206 Im Original: »Frage für die«.

207 Im Original: »war«.

208 Die Frauengruppe des nationalliberalen Vereins in Köln wurde im Dezember 1911 gegründet. Vgl. hierzu rückblickend KÖLNISCHE ZEITUNG, 425, 14.4.1913.

ganisationen gegenüber für wünschenswert erklärte, Frauen in die Vereine aufzunehmen und an die Partei zu fesseln.[209] Die erste größere Veranstaltung nationalliberaler Frauen fand am 13. 4. 1913 in Köln statt.[210] An ihr nahmen 132 Vertreterinnen aus verschiedenen Landesteilen teil. Die sachlichen Verhandlungen der Tagung erbrachten den Beweis, daß die nationalliberalen Frauen gewillt sind, in ernster Arbeit und weiser Mäßigung die Stärkung der Partei als vornehmstes Ziel zu verfolgen. Schon vorher hatte sich im Jahre 1912 in Weimar ein Propagandaausschuß der nationalliberalen Frauen gebildet[211], dessen Zusammensetzung aus dem Organisationshandbuch 1914/15, Seite 20/21, ersichtlich [wird][212]. Der in Elberfeld im April 1913 zusammengetretene Delegiertentag der Rheinprovinz[213] hat sich mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit den Forderungen des Frauentages angeschlossen, die in 5 Punkten gipfelten.

1. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die im Erwerbsleben stehenden Frauen zu Berufsvertreterinnen, z. B. Handelskammer und Kaufmannsgerichten.

2. Zulassung von Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu städtischen Kommissionen, ihre Verwendung im Dienste der Wohnungsinspektion, der Polizei und der Schulgesundheitspflege.

3. Recht der Frau auf dem Gebiete der Landgemeindeordnung, ihr Wahlrecht selbständig auszuführen.

4. Zulassung der Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten. Zulassung des gemeinsamen Unterrichts für Knaben und Mädchen in Orten, in denen die Mädchen sonst keine Gelegenheit haben sich zur Reifeprüfung vorzubereiten.

Im Jahre 1914 nahm unser verewigter Führer *Bassermann* auf dem Parteitag in Neuwied[214] Anlaß, seine Stellung zu der Frage festzulegen. Er sagte – vergleiche »Kölnische Zeitung« vom 15. 6. 14:[215] »Die Zeit ist vorüber, in der die Frau abseits steht vom politischen Leben. Härter ist der Kampf um das Dasein für die deutsche Frau geworden. Immer mehr wird sie in das Berufsleben hineingezogen. So erwächst für die deutsche Frau der politische Gedanke und die nationalliberale Partei ist auch in ihrer rheinischen Leitung berufen gewesen, diesem Streben der Frau, politisch Schulter an Schulter mit dem Manne zu kämpfen, Gewährung zu geben[216].« Seitdem hat die Arbeit der Frau in der Partei und die Anerkennung dieser Arbeit seitens der Partei erfreuliche Fortschritte gemacht. Es ist mir versichert worden, daß die württembergische Partei

209 Gemeint ist die Sitzung des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei vom 13. März 1910. Vgl. NATIONALLIBERALE BLÄTTER. DEUTSCHE STIMMEN, 22. Jg., Nr. 13, 27.3.1910, S. 146 f.: »Nachklänge von der Zentralvorstandssitzung.« Vgl. auch NATIONALLIBERALE BLÄTTER. DEUTSCHE STIMMEN, 23. Jg., Nr. 34, 20.8.1911, S. 403 f.: »Nationalliberale Partei und Frauenfrage.«

210 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 425, 14.4.1913: »Erster rheinischer Frauentag der Nationalliberalen Partei.«

211 Dem Propaganda-Ausschuss der Frauen der Nationalliberalen Partei gehörten 1914 84 Mitglieder an. Vorsitzende war Julie *Bassermann*, stellvertretende Vorsitzende Adelheid *Steinmann*, Schatzmeisterin Selma v. *Lengefeld* und Schriftführerin Else *Falk*. Vgl. ORGANISATIONSHANDBUCH DER NATIONALLIBERALEN PARTEI DES DEUTSCHEN REICHES. Sechster Jahrgang 1914/15. Herausgegeben vom Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei, Berlin 1914, S. 20 f.

212 Im Original: »war«.

213 Zum rheinischen Parteitag der Nationalliberalen Partei vom 19. und 20. April 1913 vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 456 und 457, 20. und 21.4.1913.

214 Zum Parteitag der Nationalliberalen Partei in Neuwied vom 13. und 14. Juni 1914 vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 686 und 688, 14. und 15.6.1914.

215 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 688, 15.6.1914: »Die Nationalliberale Partei in der Rheinprovinz.« Im Original mit leichten Änderungen.

216 Im Original: »gegeben«

Frauen in ihrem Landesausschuß zugewählt habe, und daß die badische Partei sich mit dem gleichen Gedanken trage. Auch in anderen Landesorganisationen besteht die Absicht, Frauen zuzuwählen. Vielerorts gehören sie den öffentlichen Vorständen an. Man wird diese Entwicklung begrüßen und unterstützen müssen, wenn man sich vor Augen hält, daß im Jahre 1915 die Zahl der Frauen, die in ehrenamtlicher Arbeit im Dienste der Gemeindeverwaltung stehen, auf 10561 und die Zahl der besoldeten Kommunalbeamtinnen auf 887 gestiegen ist. (Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine 1918, Seite 57).[217]

Im Zuge einer vorsichtigen, aber auch stetigen Entwicklung liegt es, wenn man den Frauen jetzt auch den Zutritt zu dem Zentralvorstand öffnet. Das bedeutet eine Anerkennung für die Bestrebungen und die Leistungen [der] Frauen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß andere Parteien die Frauen umwarben, weil sie sich der Bedeutung der Mitarbeit der Frauen wohl bewußt sind. Die Geschichte lehrt, daß junge aufstrebende Stände, Schichten und Massen zum Radikalismus neigen. Ähnliche Erscheinungen lassen sich auch innerhalb der Frauenbewegung erkennen.

Diese Strömungen richtig zu leiten, ist Aufgabe staatsmännischer Parteipolitik. Unvergessen bleibt mir die verhängnisvolle Antwort, die der Nationalverein[218] den Arbeitern gab, die Anschluß an ihn suchten. Man glaubte, dem neuen, vierten Stande Genüge zu tun, wenn man ihm sagte, »ihr seid geborene Ehrenmitglieder des Nationalvereins«.[219] – Solche Verständnislosigkeit darf sich nicht wiederholen.

Das Jahr 1918, in dem ich dieses Gutachten erstattet habe, verlangte allerdings mehr als irgendeine Zeit vorher die Zusammenarbeit aller Gutgesinnten, um den Geist von 1914 im Volke nicht ersterben zu lassen, das unter dem Elend der Hungerblockade fast zu erliegen drohte. Die hochfliegenden Hoffnungen, [die] wie die von 1870 ein schnelles ruhmvolles Ende finden, hatten sich nicht erfüllt. An Stelle des Rausches der Begeisterung war ein ernster, starker Wille zum Durchhalten getreten. »Durchhalten« war jetzt die Parole, die immer wieder an das Ohr der müde Werdenden anklang und uns auch bis zum Kriegsende aufrechterhalten hat. Gläubig las man die Berichte der Obersten Heeresleitung, die in geschicktester Aufmachung die Geschehnisse an der Front zwar nicht umdeuteten, aber doch in möglichst lichten Farben wiedergaben. Die schweren Verluste und die niederschmetternden Rückschläge, die wir zu erleiden hatten, kamen dem Volk kaum zum Bewußtsein. An den eigenen Wunden, die der Krieg fast jeder Familie geschlagen hatte, litt man schwer. Der Schmerz wurde aber gehindert durch die Hoffnung auf Sieg und Frieden. Die Friedenssehnsucht wuchs von Tag zu Tag.

Jeder Friedensschritt wurde mit hochgesteigerter Spannung und freudiger Erwartung begrüßt. Es erschien uns fast unbegreiflich, daß die Gegner noch immer nicht friedensbereit waren. An eine Niederlage Deutschlands wollte und konnte man nicht glauben. Auch als Amerika die Reihen unserer Gegner verstärkte, hoffte man noch fast ebenso

---

217 Richtig: 10560 statt 10561 und 897 statt 887. Vgl. FRAUENAUFGABEN IM KÜNFTIGEN DEUTSCHLAND. JAHRBUCH DES BUNDES DEUTSCHER FRAUENVEREINE 1918. Im Auftrage des Bundes Deutscher Frauenvereine herausgegeben von Dr. Elisabeth Altmann-Gottheiner, Leipzig/Berlin 1918, S. 57.

218 Der 1859 gegründete Deutsche Nationalverein war eine locker organisierte politische Vereinigung, die die bundesstaatliche Vereinigung Deutschlands unter preußischer Führung anstrebte. Der Nationalverein ging nach seiner Auflösung 1867 im wesentlichen in der Nationalliberalen Partei auf. Vgl. Shlomo NA'AMAN: Der Deutsche Nationalverein: die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1967, Düsseldorf 1987.

219 In den Generalversammlungen des Nationalvereins wurden auch Anträge auf Beitragsermäßigung, die Arbeitern die Mitgliedschaft ermöglichen sollten, stets abgelehnt. Vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, S. 115.

sicher auf einen Sieg als zu einer Zeit, in der man den Übergang Italiens zur Entente bespöttelt hatte.[220] Das war wenigstens die öffentliche Meinung. Die Zahl der Wissenden war gering. Ich gehörte jedenfalls nicht dazu, sondern war in felsenfester Überzeugung an Deutschlands Kraft und Zukunft bei den Gläubigen und Hoffenden. Wie entsetzlich die Not der großen Masse war, wie fürchterlich und wie schwer der Kampf, den unsere Söhne und Brüder immer wieder im Schützengraben zu bestehen hatten, ist uns nie in seinem vollen Ausmaß zum Bewußtsein gekommen. Wenn Alfred und Fritz in Urlaub kamen, dann waren sie von Siegeshoffnung und Opfersinn erfüllt. Auch sonst sprach man nur von den Großtaten unserer Tapferen, von den gewaltigen Erfindungen und Entdeckungen, die unsere Kampfkraft steigerten, von den Erfolgen der U-Boote, von den Verlusten der Gegner und vom Sinken ihrer soldatischen Moral. Wir wollten durchhalten, weil wir durchhalten mußten. Die Kriegsanleihen wurden nach wie vor überzeichnet, man glaubte an die unversiegliche Kraft des Volkes. Die bewunderungswürdige Fahrt der »Bremen« nach New York[221] hatte einen sichtbaren Beweis für die Überlegenheit der deutschen Technik und die seemännische Tüchtigkeit der Hanseaten erbracht. Nur arbeiten mußten wir, organisieren, schaffen, helfen und stützen, dann könne der Endsieg nicht ausbleiben. So dachten wir, so glaubten wir, so hofften wir.

Um den Burgfrieden zu wahren, fanden Neuwahlen zu den Parlamenten und Stadtverordnetenversammlungen nicht statt. Infolgedessen war die Sozialdemokratie nach wie vor auf dem Kölner Rathaus nicht vertreten. Das wurde allseitig als unerwünscht empfunden. Man wollte die Mitarbeit der Sozialdemokratie. Deshalb beschlossen die Rathausparteien, ihr freiwillig drei Sitze [...][222] einzuräumen. Die Zentrumspartei trat 2 Mandate ab, die liberale Fraktion eins. Unter den neuen Stadtverordneten befanden sich zwei sehr tüchtige Männer, von denen einer, der Redakteur *Sollmann*[223], sich einen Namen weit über Kölns Mauern hinaus gemacht hat. Die Zusammenarbeit mit ihnen gestaltete sich durchaus zufriedenstellend. Zwar hielten sie im Plenum lange, übrigens gutvorbereitete Reden, die weniger der praktischen Arbeit als der Verherrlichung ihres Parteiprogramms dienten. Auch wußten sie in ihrem Parteiblatt ihre wirklichen oder vermeintlichen Erfolge in einem Stil zu feiern, der bis dahin bei uns unbekannt gewesen war und den Sachkennern bisweilen ein verstehendes Lächeln entlockte. Aber sie brachten regen Arbeitseifer, manche Kenntnisse und Erfahrungen mit und lebten sich schnell in ihre neue Aufgabe ein. Ihre Mitarbeit in den Ausschüssen erwies sich als fruchtbar. Sie vermochten auch wertvolle Anregungen zu geben, die ihrer Lebenssphäre entstammten.

Weniger angenehm gestalteten sich ihre Beziehungen zu dem neuen Gouverneur der Festung Köln[224], dem im Kriege vielfach eine ausschlaggebende Stellung auch in Fragen des bürgerlichen Lebens eingeräumt war. Er war nicht der rechte Mann, der dieses hohe Amt bekleidete, wie bei und nach Ausbruch der Revolution allen Augen kund ward. Das Versagen vieler hoher Herren trug in erster Linie die Schuld daran, daß die Revolution Erfolg haben konnte. Zwar war auch das Volk erschöpft und in seinem Starkmut erschüttert. Aber es wäre doch wohl anders gekommen, wenn man verstan-

220 Italien trat im Mai 1915 auf Seiten der Entente in den Krieg ein.

221 Der Dampfer »Bremen« unternahm 1897 seine Jungfernfahrt von Bremerhaven nach New York.

222 Im Original: »an«.

223 Friedrich Wilhelm *Sollmann* (1881–1951), Redakteur der »Rheinischen Zeitung«, Vorsitzender der Kölner SPD, 1917–1924 Kölner Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender, 1919/20 MdNV, 1920–1923 MdR (SPD), 1923 Reichsminister des Inneren.

224 Militärgouverneur in Köln war Generalleutnant von *Kruge*.

den hätte, die Menschen in vernünftiger Weise auf den kommenden Zusammenbruch der Front vorzubereiten, sobald er von der Heeresleitung und der Regierung als unvermeidlich erkannt war.

Ich kann und will keinen Beitrag zur Geschichte des November 1918 liefern. Aber mir ging es, wie den Ungezählten, die bis zuletzt sich an Hoffnungen geklammert hatten, die jetzt plötzlich begraben werden mußten. Noch ganz vorher beruhigende Heeresberichte, die von Mißerfolgen des Gegners zu erzählen wußten. In Berlin Bildung [der][225] Regierung unter Prinz Max von *Baden*[226], die noch einmal – oder war es tatsächlich zum ersten Male? – alle schaffenden Kräfte des Volkes zusammenfaßte und auf dem Boden einer festen und entschlossenen Willenseinigung des ganzen Volkes einen neuen und frischen Anstoß zu Widerstand und Kampf zu gewährleisten schien. Und dann kam über Nacht der furchtbare Zusammenbruch. Mit Entsetzen hörte ich, daß der Kaiser das Heer verlassen und in dem kleinen Holland Zuflucht gesucht hatte, das früher sicherlich in seinen Gedankengängen eine recht unbedeutende Rolle gespielt hatte. Das namenlose Elend, das über uns hereingebrochen war, von dessen wirklicher Größe man sich nicht einmal eine rechte Vorstellung machen konnte, stand mir jäh vor Augen. Ich dachte an die Hunderttausenden, die für Deutschland gestorben waren, ohne ihm den Sieg bereiten zu können, ich dachte an den Heldentod meines eigenen lieben Sohnes. Ich sah die Not, die in die Familien der Kriegsopfer eingezogen war, denen der Dank des Vaterlandes gewiß sein sollte, denen man aber jetzt wohl kaum noch helfen können würde. Mit bitterem Ingrimm erfüllte es mich, daß 7 Mitglieder des kaiserlichen Hauses ins Feld gezogen und alle 7 noch dazu im Schmucke der höchsten Orden in die Heimat zurückgekehrt waren. Keine andere deutsche Familie konnte sich eines solchen Glückes erfreuen. Und weiter klangen mir die Reden des Kaisers im Ohr. »Sic volo, sic jubeo« [–] »Suprema lex regis voluntas«.[227] Die Reden, die soviel böses Blut im Ausland gemacht, die die Einkreisung Deutschlands gefördert hatten. Da zerbrach in mir der monarchische Gedanke. Ich war überzeugt davon, daß ohne die Unzulänglichkeit des Kaisers Deutschland vor seinem demütigenden und vom deutschen Volke nicht verdienten Schicksal bewahrt geblieben wäre, und daß diese Unzulänglichkeit sich nur zu behaupten vermochte, weil sie sich auf Ostelbiertum, Feudalismus und Reaktion stützen konnte. Schlagworte, wie dieses: »Der Feind steht rechts«[228] habe ich zwar stets abgelehnt, aber mit voller Deutlichkeit brannte mir, wie nie zuvor, die Erkenntnis auf dem Gewissen, daß nur die tätige, selbstverantwortliche Zusammenarbeit des ganzen Volkes, losgelöst von den Fesseln des Klassengeistes und befreit von der

225 Im Original: »und«.

226 Prinz Max von *Baden* (1867–1929), Sohn des Prinzen Wilhelm, Offizier, zuletzt Kommandeur der 18. Kavalleriebrigade in Karlsruhe, seit dem Regierungsantritt seines kinderlosen Vetters Großherzog Friedrich II. 1907 badischer Thronfolger, Präsident der Badischen Ersten Kammer, Oktober–November 1918 Reichskanzler; nach eigenmächtiger Erklärung der Abdankung des Kaisers übergab er sein Amt an den Mehrheitssozialdemokraten Ebert.

227 Auf einem Bild für Kultusminister von *Goßler* hatte *Wilhelm II.* das Motto geschrieben: »Sic volo sic jubeo.« Nach »Hoc volo, sic iubeo, sit proratione voluntas.« (Ich will es so, ich befehle es, statt einer Begründung gelte mein Wille.) JUVENAL: Satiren. Hrsg. und übers. v. Joachim Adamietz, München 1993, Bd. 6, S. 223. – Im September 1891 hatte sich Kaiser *Wilhelm II.* in das »Goldene Buch« der Stadt München eingetragen und seiner Unterschrift die Worte hinzugefügt: »suprema lex regis voluntas«. Vgl. John C. RÖHL: Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie: 1888–1900, München 2001, S. 434, 439.

228 Nach der Ermordung des Reichsaußenministers Walther *Rathenau* rief der damalige Reichskanzler Joseph *Wirth* (Z) am 25. Juni 1922 im Reichstag aus: »Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!« SBR I. WP 1920/24, Bd. 356, 236. Sitzung, S. 8054D–8058A, hier S. 8058A.

Omnipotenz einer kleinen Herrenschicht, aber auch vom Mehltau des Konfessionalismus, des Kantönligeistes und alles inneren Haders, Deutschland retten und seine Ketten lösen könne. Jetzt mußte das unvollendete Werk des Freiherrn von *Stein* völlig durchgeführt werden, sollte *Bismarcks* Werk, sollte das Deutsche Reich gerettet werden. Es ging um den Bestand des Reiches, an dessen Wurzeln die französische Politik die Axt anzulegen drohte. Ich mußte umlernen. Es fällt mir nicht schwer, das einzugestehen. Vor [...][229] Geschichte gewordenen Tatsachen hält kein abweichendes Parteiprogramm, keine entgegenstehende Auffassung stand. Wer seinem Volke dienen will, muß sich mit diesen Tatsachen abfinden und sich auf den Boden stellen, der durch sie gegeben ist. Es ist mir nicht leicht geworden, sondern hat mich schweren inneren Kampf gekostet, mich von alten liebgewordenen Ideen und Vorstellungen, von alten Freunden und Mitstreitern zu trennen, Gemütswerte aufzugeben, die mir teuer waren, wie Urväter Haushalt. Aber auf alles das durfte und konnte es nicht ankommen, es handelte sich nur um die eine große Frage: Das Reich muß uns erhalten bleiben, und das konnte nach meiner Überzeugung nicht mehr unter einem Kaisertum geschehen. Im Donner und Blitz der Weltgeschichte ist das Kaisertum geboren worden. Der Donnerschlag der Geschichte hat es zertrümmert und zerschlagen. Was vergangen kehrt nicht wieder.

Jeder Tag, jede Stunde zeigte uns deutlicher, daß der monarchische Gedanke seine werbende, vor allem aber, daß er seine einigende Kraft verloren hatte. Der Schrei nach Freiheit, der durch das ganze deutsche Volk ging, und selbst vor den Reihen der Konservativen nicht Halt machte, der Drang, mit dem ganzen alten System endgültig und vollständig Schluß zu machen, forderte die Republik, die große einheitliche deutsche Republik.

Aus drei Gründen in der Hauptsache mußte ich mich zu ihr bekennen:

1. weil nur durch sie die Zukunft, die Einheit und der Zusammenhang des Reiches gewährt werden konnte.

2. weil nur durch sie auf die Dauer die Kleinstaaterei beseitigt werden konnte.

3. weil nur durch die Republik der Bürgerkrieg in Deutschland verhindert werden konnte, wenn das überhaupt noch möglich war.

Diese drei Gesichtspunkte waren auch maßgebend für den zuerst vom Vorstand des bisherigen nationalliberalen Vereins, dann von dessen Mitgliederversammlung selbst gefaßten Beschluß, sich auf den Boden der großen Deutschen Republik zu stellen und in Verschmelzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung die deutsche Republikanische Partei zu gründen.[230]

Mit der Änderung der Staatsform war aber das große Reformwerk, [...][231] gehen müssen, nicht erledigt. Eine Republik kann freiheitlich und rückständig, kosmopolitisch und chauvinistisch, friedensfreundlich und imperialistisch sein. Der Siegestaumel, die Befriedigung des Revanchegedankens, der seit 48 Jahren nicht geschlafen hatte, hatte

229 Im Original: »der«.

230 In Köln beschloss der Nationalliberale Verein am 23. November 1918 seine Auflösung und seine Vereinigung mit der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung zur Deutschen Republikanischen Partei. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1089, 24.11.1918: »Städtische Nachrichten. Die Vereinigung des liberalen Bürgertums in Köln.« Auf ihrer ersten Vollversammlung am 26. November stellte sich die neugegründete Partei dann auf den Boden der Deutschen Demokratischen Partei, der sie sich vier Tage später auch offiziell anschloss. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1099, 27.11.1918: »Städtische Nachrichten«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 1111, 2.12.1918: »Städtische Nachrichten.«

231 Satzteil fehlt.

bei den Franzosen der nationalistischen und chauvinistischen Gedankenwelt neue Zündkraft gegeben. Sie wollten sich rächen und uns vernichten. Deshalb kam es darauf an, die Sozialdemokraten zum Umlernen zu bringen, die der Idee der Völker verbindenden, Frieden und Eintracht bringenden Internationale einen allmächtigen Einfluß zugetraut hatten. Die Instinkte der Menschheit hatten sich in Frankreich stärker erwiesen als die große Idee.

Köln stand weit mehr im Brennpunkt weltgeschichtlichen Geschehens, als viele ahnten damals und später. Die Meldung, daß die stolze Rheinfeste, in der viele Tausende Soldaten untergebracht waren, sich der Revolution nicht erwehrt habe, scheint für die Entschlüsse des Hauptquartiers entscheidend gewesen zu sein. Und doch wäre es nach meiner Überzeugung unschwer gewesen, Köln zu halten. Es war bekannt geworden, daß aufrührerische Matrosen aus Kiel, die damals Deutschland terrorisierten, nach Köln abgefahren seien. Man nannte auch ihre Stärke. Es sollten etwa 150 Mann gewesen sein. Dieses Häuflein bedeutete auch in diesen schlimmen Tagen des Zusammenbruchs nichts, wenn man ihm mit Entschiedenheit entgegentrat. Wir waren im Rathause, als die Meldung eintraf, der Zug der Matrosen sei be[reits] in Hannover oder Osnabrück angelangt. Ich äußerte die Meinung, [man] solle den Zug irgendwo auf ein totes Gleis fahren und die Lokomotiven davon dampfen lassen. Dann werde sich das Weitere schon finden. Es fehlte aber [an] der maßgebenden Stelle an Mut selbst zu einer solchen verhältnismäßigen Kleinigkeit. Es gab dann noch die weitere Möglichkeit, die Anführer [bei] ihrer Ankunft am Bahnhof festnehmen zu lassen. Dazu hätte eine kriegs[starke] Kompagnie gehört. Tatsächlich ist auch eine Kompagnie auf dem Bahnhofsvorplatz aufgestellt worden, dann aber, wie ich annehmen muß, auf Befehl des Gouvernements wieder abgerückt. *Sollmann*, der Führer der Sozialisten, hatte mir abends gegen 9 Uhr auf meine Frage, ob irgendwelche Befürchtungen für die Nacht vorhanden seien und auf meinen Vorschlag, bejahendenfalls wollten wir im Rathaus zusammenbleiben, um von dort eingreifen zu können, verneinend geantwortet. Wenige Stunden darauf hat er vor oder in dem Bahnhof eine Rede an die auf tausend Köpfe angeschwollene Menge gehalten. Dabei soll er die Republik ausgerufen haben.[232] Als ich ihm am anderen Tage wegen dieses Widerspruches Vorwürfe machte, erklärte er mir, er sei selbst überrascht und aus seiner Wohnung plötzlich zum Bahnhof gerufen worden.

Am anderen Morgen fuhren schon Lastwagen mit roten Fahnen durch die Stadt und zeigten sich Militärgefangene in Sträflingstracht mit Holzschuhen an den Füßen, die aus der Militärstrafanstalt befreit worden waren. Ich sah morgens gegen 9 Uhr zwei oder drei Kompagnien und eine bespannte Batterie Feldartillerie zum Gouvernement marschieren. Die Truppen nahmen in dessen Nachbarschaft Aufstellung, die Batterie im Apostelgymnasium, das sich in nächster Nachbarschaft des Gouvernements befindet. Davor strömte die Menge zusammen unter tobenden Drohungen. Sie verlangte die Herausgabe der Geschütze. Der Batterieführer fragte beim Gouverneur an, ob er feuern lassen solle. Die Antwort war: Ein preußischer Offizier müsse das selbst wissen. Es gab Maschinengewehre genug in der Festung, um die Aufrührer zu Paaren zu treiben.

232 Vgl. RHEINISCHE ZEITUNG, 261, 8.11.1918: »Revolution! Die Volksbewegung in Köln.« Die Ansammlung am Hauptbahnhof, so schrieb das Blatt, sei am 7. November gegen 11 Uhr nachts »derart stark geworden, daß der Verkehr am Hauptbahnhof nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Stadtverordneter *Sollmann*, ergriff in der Bahnhofsvorhalle vor einer tausendköpfigen Menge das Wort und ersuchte die Versammelten eindringlich, Ruhe und Ordnung zu bewahren und ruhig auseinanderzugehen. Jubelnden Beifall fand *Sollmann*, als er das Ultimatum der sozialdemokratischen Parteileitung, in der die Abdankung des deutschen Kaisers und des Kronprinzen gefordert wird, bekannt gab.«

Ich habe später bei dem bösen Sturm auf den Reichstag 1919[233] gesehen, wie ein einziger Schuß aus einem Maschinengewehr Tausende Aufrührer zu wilder Flucht bringt. Der Gouverneur von Köln hat nichts dergleichen für angebracht gehalten. Bei einer solchen tatenlosen Führung konnte es kein Wunder nehmen, wenn sich baumlange Soldaten die Gewehre von halbwüchsigen Burschen abnehmen ließen und wenn auch einige wenige Offiziere es duldeten, daß ihnen die Achselstücke abgerissen wurden. Die Revolution war schnell siegreich in Köln. Der Gouverneur ließ sich von der sozialdemokratischen Führung einen Paß geben und einen Kraftwagen zur Verfügung stellen und – verschwand.

Auch heute noch bin ich der festen Überzeugung, daß die Revolution niedergeworfen wäre, wenn die hohen Befehlshaber in der Heimat sich an der Pflichttreue der braven Muschkoten[234], die jetzt in fremder Erde ruhen, ein Beispiel genommen hätten. Ich eilte, so schnell ich konnte, auf das Rathaus, wohin ich nach meiner Überzeugung gehörte. Ich traf dort den Oberbürgermeister an. Von den Fenstern seines Amtszimmers sahen wir, wie elendes Gesindel Männer und Frauen ein am Alter Markt in der Nähe des Rathauses befindliches Depot plünderten und mit ihrem Raub in der Richtung auf die Hafengassen zu verschwanden. Ich habe die Empörung über dieses schmachvolle Treiben, dem ich machtlos zusehen mußte, jahrelang nicht verwunden. Gelegentlich habe ich diese Szene im Preußischen Landtag geschildert.[235] Der Kommunist *Kasper*[236] suchte meine Darlegungen in langen Ausführungen und mit erfundenen Behauptungen zu widerlegen und warf mir vor, ich sei vor der Revolution geflüchtet.[237] Es war mir aber ein leichtes meine Schilderung zu beweisen und seinen schnöden Vorwurf zu widerlegen.[238] Die Sozialdemokratie hat nach meiner Überzeugung die Revolution nicht gemacht, auch nicht gewollt, sie hat nicht einmal davon gewußt, ja ich glaube, sie hat nicht einmal an einen Erfolg der Revolution geglaubt. Der Gewerkschaftsführer *Haas*[239], einer der drei sozialdemokratischen Stadtverordneten, später Beigeordneter, Abgeordneter und zuletzt Oberpräsident von Hessen-Nassau, war bei Ausbruch der Revolution von Köln abwesend. Als er nach einigen Tagen zurückkehrte, fragte ich ihn, was er zu dem Umsturz sage. Er erwiderte mir lediglich, er habe nicht geglaubt, daß eine Re-

233 Gemeint ist der Sturm auf das Reichstagsgebäude, der am 13. Januar 1920 während einer Demonstration der USPD aus Anlass der Beratungen des Betriebsrätegesetzes erfolgte.

234 Muschkote, von Musketier, Bezeichnung für einen Fußsoldaten.

235 Vgl. die Rede *Falks* in der 133. Sitzung am 25. Februar 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 8, Sp. 11400–11411, hier Sp. 11401. »Der Herr Abgeordnete *Kasper*«, so führte *Falk* aus, »rief mir eben zu, ich hätte in Köln im Keller gesessen. (Zurufe bei den Komm.) Das ist mir gar nicht eingefallen. Als in Köln 40 oder 50 Matrosen den Gouverneur mit seinen Tausenden Leuten im Handumdrehen auf die Seite warfen, habe ich meine Pflicht getan; ich bin aufs Rathaus gegangen und habe mich dem Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt. (Bravo! bei den D. Dem.) Das erste, was ich vom Fenster des Rathauses aus gesehen habe, waren die Plünderungen, die derselbe Mob vorgenommen hat, (Unruhe bei den Komm.) der heute eine erhebliche Masse zu den Revolten und Tumulten auf der Straße liefert. (Abg. Paul *Hoffmann*: Sie frecher Kerl! Sie Lausejunge! – Großer Lärm bei den Komm. – Glocke des Präsidenten)«

236 Wilhelm *Kasper* (geb. 1892), kaufmännischer Angestellter, 1925–1933 MdpLT (KPD).

237 Gemeint ist ein Zuruf des kommunistischen Landtagsabgeordneten Wilhelm *Kasper* während der Rede *Falks* in der 133. Sitzung am 25. Februar 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 8, Sp. 11401: »Sie haben [während der Revolution von 1918/19 in Köln] auch im Keller gesessen!« Die Rede *Kaspers* in der 135. Sitzung am 27. Februar 1930, in: ebd., Sp. 11604–11622.

238 Vgl. die Erklärung *Falks* in der 138. Sitzung am 11. März 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 9, Sp. 11786 f.

239 August *Haas* (1881–1945), Schlosser, Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 1920–1930 Beigeordneter der Stadt Köln, 1930–1933 Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, 1917–1924 Kölner Stadtverordneter, 1920–1930 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1919/20 MdNV, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (SPD).

volution so leicht durchzuführen sei. Ich gehe wohl in der Annahme nicht fehl, daß ähnlich wie *Haas* viele Führer der Sozialdemokratie gedacht haben.

Wie im Reich und in den meisten Ländern wußte dann aber auch in Köln die Sozialdemokratie schnell und gründlich die Macht an sich zu bringen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wurde von ihr beherrscht. Was sich an Spartakusleuten und Unabhängigen vorfand, durfte zwar Reden nach Herzenslust halten, hatte aber auf die tatsächliche Entwicklung so gut wie überhaupt keinen Einfluß. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat selbst gewann in Köln [nicht] die Bedeutung wie anderswo. Das feine Fingerspitzengefühl *Adenauers* schuf den Wohlfahrtsausschuß der Stadt Köln, in dem wir bürgerlichen Führer zusammen mit Sozialdemokraten und Unabhängigen Tag für Tag in Zimmer 29 des Rathauses zusammenkamen. Hier und nicht im Arbeiter- und Soldatenrat oder sonstwo fielen die Entscheidungen, die für die Ernährung und Bekleidung der Bevölkerung, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung, für das Gesundheitswesen, für den Verkehr und den Transport maßgebend waren. Der Wohlfahrtsausschuß war also keineswegs eine nur beratende Körperschaft, hatte vielmehr auf seinem weitgespannten Arbeitsgebiet völlig selbständig Beschlüsse zu fassen und Anordnungen zu treffen, die sofort auszuführen waren, ohne etwa der Zustimmung des A[rbeiter- und] S[oldaten-] R[ates] oder des von der sozialdemokratischen Partei eingesetzten Aktionsausschusses zu bedürfen. Ein Bild über den Umfang und die Mannigfaltigkeit seiner Arbeit zeigt eine kleine Blütenlese aus seiner Tagesordnung: Vergütung an die Truppen der Garnison, deren Demobilmachung, Abtransport von polnischen Arbeitern, Entlassung der Kölner aus dem Heeresdienst, Abtransport auswärtiger Arbeitsloser, Auswanderer, Entlausungsfrage, Schließung der Bordelle, Milchversorgung, Rheinschiffahrt, Arbeitsnachweis, Polizeistunde, Nahrungsmittelkontrolle, Verhalten der Bürgerschaft während der Besatzung. Ich bin dort sehr oft und sehr scharf den Sozialisten beider Richtungen entgegengetreten, unterstützt von meinem Freund Generaldirektor *Becker* aus Kalk und dem Christlichen Gewerkschaftler Jakob *Kaiser*[240]. Der Wohlfahrtsausschuß bildete eine Bürgerwehr, die nach Abzug der deutschen Besatzung bis zum Einrücken der Engländer sich in den Sicherheitsdienst mit der Polizei teilte. Sie war etwa 3500 Mann stark und stand unter dem Befehl des Professors *Eckert*[241], hatte aber wohl kaum Gelegenheit zum Eingreifen. In den ersten Tagen sind einzelne Plünderungen vorgekommen. Sie wurden aber sehr schnell unterdrückt. Zu Blutvergießen kam es nur in ganz wenig[en] Ausnahmefällen. Die Behörden arbeiteten weiter, im allgemeinen unangefochten von der Revolution und den Revolutionären, die sich damit begnügten, jedem Behördenchef einen Beobachter aus ihren Reihen zur Seite zu stellen. Das war allerdings eine ebenso unnötige wie wirkungslose Maßnahme. Denn diese Beobachter verstanden von der ihnen zugewiesenen Aufgabe wohl ohne Ausnahme so gut wie nichts und an Kontrerevolution, zu deren Verhinderung sie wohl in erster Linie berufen waren, dachte ernstlich niemand.

Einen wesentlichen Streitpunkt in den Beratungen des Wohlfahrtsausschusses bildete die Frage der Beflaggung beim Durchzug unserer heimkehrenden Truppen. Von einer Seite wurde gesagt, die Soldaten marschierten unter der roten Flagge, deshalb müsse auch in Köln diese Flagge zu ihrer Begrüßung gehißt werden. Von den Vertretern der Obersten Heeresleitung, mit der wir ständig Verbindung unterhielten, wurde dagegen

240 Jakob *Kaiser* (1888–1961), Buchbinder, März–November 1933 MdR (Z), 1945 Mitbegründer der CDU, 1947 als Vorsitzender der Ost-CDU abgesetzt, 1949–1957 MdB (CDU), 1949–1957 Minister für gesamtdeutsche Fragen.

241 Christian *Eckert* (1874–1952), Jurist, 1902–1933 Professor für Nationalökonomie an der Handelshochschule Köln, 1919/20 Rektor der Universität Köln, Mitglied der Zentrumspartei.

und zwar mit Recht betont, für die Fronttruppen sei die rote Flagge die Flagge [der Revolution]. Die Frontarmee brenne vor Zorn gegen die Etappe und verlange deshalb, daß bei ihrem Durchmarsch diese Flagge nicht gezeigt werde. Der Verhandlungskunst *Adenauers* gelang es, die Forderung der Linken auf ein Mindestmaß zurückzudrängen. Triumphbogen und öffentliche Gebäude zeigten die alten und die neuen Reichsfarben, die Landesflagge und Farben der Stadt Köln. Die rote Fahne war daneben an [we]nig[en] Stellen gehißt. Die ganze Stadt wogte in einem Flaggenmeer. An Privatgebäuden habe ich eine rote Fahne überhaupt nicht gesehen, womit ich nicht sagen will, daß es nicht auch Ausnahmen gegeben haben kann, von denen ich allerdings nichts weiß. Mehrere Tage lang marschierten die Truppen durch die Stadt, in der Hauptsache die 6. und 7. Armee, insgesamt über ½ Million Soldaten mit etwa 300000 Pferden. Sie führten hin und wieder rote, die meisten aber schwarz-weiß-rote Fahnen, einige in schlechter Verfassung, die meisten aber in guter militärischer Haltung und in straffer Disziplin. Den besten Eindruck hinterließen die Gardeschützen, die fest in der Hand ihrer Führer waren. Die Truppen zogen singend durch die Straßen und schienen über die Freude der Heimkehr die Leiden des Rückzuges und die Sorgen für die Zukunft zu vergessen. Ihre Unterbringung war aber immer leicht. Die Hauptschwierigkeit war aber die, den Durchmarsch in ununterbrochenem Fluß zu erhalten, damit die im Waffenstillstand festgesetzte Zeit für den Übergang über den Rhein nicht überschritten wurde.[242] Die unangenehm kurze Frist hat der Stadt schwere Sorgen bereitet, und weil sie beauftragt war, die überaus großen Heeresvorräte im Werte von 25–30 Millionen Mk., die zum größten Teil auf dem Gelände der Werkbundausstellung lagerten, mit möglichst geringen Verlusten zu veräußern oder sonst wegzuschaffen, damit sie nicht den Engländern in die Hände fielen. Außerdem lagerten im Proviantamt, abgesehen von den gewaltigen Vorräten an Lebensmitteln aller Art, 725000 Liter Trinkbranntwein, der auf Beschluß des Wohlfahrtsausschusses ungenießbar gemacht wurde, und überdies an einer anderen Stelle 1400 Korbflaschen französischen Kognaks zu je 25 Liter, über die schon Plünderer herzufallen versucht hatten.

Die britische Besatzung ließ nicht lange auf sich warten. Ihre Vortruppen hielten sich zunächst in den westlichen Vororten und bereiteten von dort aus die Besatzung der ganzen Stadt vor. Maueranschläge in englischer Sprache mit großem britannischen Wappen an der Stirn und der Überschrift »God save the King« verkündeten uns die von den Briten beschlossenen Maßnahmen, auf deren strenge Befolgung hingewiesen wurde. Hier war alles zusammengetragen, was irgendwie im Etappengebiet von uns der Bevölkerung vorgeschrieben war. Anscheinend wollte man an uns kleinliche Rache ausüben. Die härteste Bestimmung für unser Empfinden war die, daß alle erwachsenen männlichen Einwohner auf der Straße die fremdländischen Offiziere durch Hut abnehmen zu grüßen hätten. Ein oder zwei Tage nachdem die Briten von den Vororten Besitz genommen hatten, fuhr der englische General, der die Vorhut befehligte, in einem Panzerwagen vor dem Rathaus vor.[243] Der Oberbürgermeister zog zu dieser Besprechung die Vorsitzenden der Rathausfraktionen hinzu. Außer *Mönnig* und mir hatten sich aber die sämtlichen drei sozialdemokratischen Stadtverordneten eingefunden. Der englische General war von einem Sergeanten begleitet, der als Dolmetscher diente. Wir baten den General, er möge wenigstens die unerträgliche Grußpflicht be-

242 Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 mussten die von den Deutschen besetzten Westgebiete (Belgien, Frankreich und Luxemburg) bis zum 26. November und die linksrheinischen Gebiete bis zum 12. Dezember geräumt werden. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, S. 762.

243 Am 6. Dezember 1918.

seitigen. Der Sergeant übersetzte unseren Wunsch und vermittelte uns die Antwort des Generals mit den Worten »er kann nicht wechseln«. – Er wollte damit sagen, der Vorpostenkommandeur könne keine Änderung an den Ordonanzen treffen, das sei Sache der vorgesetzten Stelle. Diese Worte des englischen Unteroffiziers »er kann nicht wechseln« hat sich mir tief in das Gedächtnis eingegraben. Uns Deutschen konnte und wollte niemand wechseln. Unsere Unterschrift wurde nicht diskontiert. Vor uns stand die fast unerfüllbare Aufgabe, eine ganze Welt aus Haß und Mißtrauen herauszuführen. Erst die Politik *Rathenaus* und *Stresemanns* hat der Stimme der Vernunft in den Ländern unserer Kriegsgegner wieder Eingang verschafft. Die Befreiung Deutschlands von der Besatzung wäre sonst unmöglich gewesen.

Das Leben ging weiter, es mußte aber neue Formen annehmen und sich den neuen Verhältnissen und Gegebenheiten anpassen. Wie mit einem Schlage waren wir von der Außenwelt abgeschnitten. Der Eisenbahnverkehr schrumpfte immer mehr zusammen. Ein Beispiel: Am 22. Februar 1919 erließ die Eisenbahndirektion Köln folgende Bekanntmachung:

»Auf Anordnung der interalliierten Unterkommission in Köln müssen wegen Mangels an Kohlen von Dienstag, den 25. Februar 1919, an etwa die Hälfte aller Personenzüge im Eisenbahndirektionsbezirk Köln zeitweise ausfallen. Welche Züge ausfallen werden, ist aus den Aushängen auf den Bahnhöfen zu sehen.«

Fernsprecher und Telegraf arbeiteten äußerst unvollkommen. Die Verbindung mit Berlin stockte. Wir wußten wenig von den Vorgängen, die sich dort abspielten, und in Berlin konnte man sich kein Bild von der Lage am Rhein machen. Das machte sich nur zu bald geltend, als es sich um die Neugestaltung des politischen Lebens handelte. Nach der Abdankung vom Kaiser[244] standen wir zunächst im luftleeren Raum. Verworrene und widerspruchsvolle Gerüchte über die Erfolge der Revolution aus allen Teilen des Reiches drangen zu uns. Wir hörten, daß die Regierung des Prinzen Max von *Baden* zurückgetreten war und daß *Scheidemann*[245] von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus die Republik ausgerufen hatte.[246] Die Meuterei der Ersatzbataillone und der Terror der Matrosen hatte überall eine siegreiche Revolution eingeleitet, die in Bayern nach russischem Beispiel sich als Räteregierung eingerichtet hatte. Überall gärte und brodelte es. Die Sozialdemokratie beider Richtungen hatte das Heft in die Hand bekommen. Die Rechtsparteien schienen in voller Auflösung zu sein. Der Liberalismus war in sich uneinig wie in der Vergangenheit. Fest stand im bürgerlichen Leben nur die Zentrumspartei. Die Furcht vor dem Spartakismus[247], dem Erbe Karl *Liebknechts*[248], beherrschte die Gemüter. Er drohte zu zerstören, was nicht der Krieg vernichtet hatte.

---

244 Am 9. November 1918.

245 Philipp *Scheidemann* (1863–1939), Buchdrucker, 1905 Chefredakteur des »Kasseler Volksblattes«, 1907 Stadtverordneter in Kassel, 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1917–1918 Mitvorsitzender, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille in der Regierung des Prinzen Max von Baden, Februar–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1903–1918 MdR (Juli–November 1918 Vizepräsident), 1919/20 MdNV, 1920–1933 MdR (SPD).

246 Am 9. November 1918.

247 Der Spartakusbund ging 1916 aus der »Gruppe Internationale« hervor, die sich im August 1914 innerhalb der SPD als oppositionelle Gruppe aus Protest gegen die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten gebildet hatte. Er trat 1917 der von der SPD abgespaltenen USPD bei, behielt aber seinen Gruppenstatus. Während der Novemberrevolution 1918 strebte er die Errichtung einer Räterepublik an. Am 1. Januar 1919 ging er in der neu gegründeten KPD auf. Der Name der Gruppe bezog sich auf *Spartacus*, den Führer des dritten römischen Sklavenaufstands (73–71 v. Chr.). Mitglieder der Spartakus-Gruppe waren u. a. Rosa *Luxemburg* und Karl *Liebknecht*.

In großen Versammlungen machte sich die Erregung der Bürgerschaft Luft. Die ruhige Sachlichkeit, die bis dahin unsere Versammlungen gekennzeichnet und geschmückt hatte, erstickte unter wi[lden] und häßlichen Zwischenrufen der leidenschaftlich erregten Menschen, die sich betrogen und verkauft fühlten. Ich habe im November zwei oder drei große Versammlungen geleitet, die der nationalliberale Verein und die Freisinnige Volkspartei gemeinschaftlich einberufen hatten.[249] Sie wurden zerstört durch aufgehetzte Sozialisten und die turbulenten Leute der Demokratischen Vereinigung[250], die jetzt ihre Zeit für gekommen hielten, die Manen *Barths*[251] beschworen und die alten Farben schwarz-rot-gold als Symbol der Zukunft aus ihrem Sarge hervorholten. In einer Versammlung des Zentrums in der Bürgergesellschaft war die rheinische Republik gefeiert worden.[252] Es war unklar, ob man aus ererbtem Preußenhaß sich nur von Preußen trennen wollte oder ob man in der Verzweiflung des Zusammenbruchs das Heil in der Loslösung vom Reiche suchte. Über die Rolle, die der Führer Karl *Trimborn* dabei geführt [sic] hatte, liefen mannigfache Darstellungen um. Wie ich aus seinem eigenen Munde weiß, hat er auf das Verlangen der Menge, seine Stellungnahme zu der Frage der rheinischen Republik sofort darzulegen, geantwortet: »Kuett se, dann kuett se.« Diese Lebensfrage nicht nur der Rheinländer, sondern des ganzen deutschen Volkes ließ aber langes Ausweichen nicht zu. Schon am Tage nach dieser Versammlung veranstalteten wir zusammen mit den Sozialdemokraten eine gewaltige Gegenkundgebung im Gürzenich.[253] Der große Saal faßte die Massen nicht. Auch eine Parallelversammlung im Börsensaal genügte nicht für die leidenschaftlich erregten Gegner einer rheinischen Republik. Die Straßen standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen. Wie in einer Vorahnung kommenden Geschehens habe ich geschildert, was leider später bittere Wahrheit geworden ist. Die unseligen

248 Karl *Liebknecht* (1871–1919), Rechtsanwalt, 1901–1913 Stadtverordneter in Berlin, 1908–1918 MdpAH, 1912–1917 MdR (SPD, USPD); gründete mit Rosa *Luxemburg* die Gruppe »Internationale (Spartakusbund)«, stimmte während des Weltkrieges als erster gegen die Kreditbewilligungen (Dezember 1914 und März 1915), 1916 wegen Bruchs der Fraktionsdisziplin aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen, Februar 1917 wegen Landesverrat zu 4 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilt, Oktober 1918 amnestiert, am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet.

249 Gemeint sind die Versammlungen vom 16., 26. und 30. November 1918. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1072, 18.11.1918; 1099, 27.11.1918; 1111, 2.12.1918.

250 Die Demokratische Vereinigung (DV) wurde 1908 von ehemaligen Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung aus Protest gegen die Zusammenarbeit ihrer Partei mit Konservativen und Nationalliberalen im sog. *Bülow*-Block gegründet. Zu den führenden Mitgliedern der DV zählten Theodor *Barth*, Rudolf *Breitscheid* und Hellmut von *Gerlach*. Vgl. Ludwig ELM: Demokratische Vereinigung (DV) 1908–1918, in: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. v. Dieter Fricke u. a., 4 Bde., hier Bd. 1, Leipzig 1983, S. 496–503.

251 Theodor *Barth* (1849–1909), Jurist, Rechtsanwalt in Bremen, 1876 Syndikus der Bremer Handelskammer, 1883–1907 Redakteur der Berliner Wochenschrift »Die Nation«, 1881–1884, 1885–1898, 1901–1903 MdR, 1898–1903 MdpAH (Deutschfreisinnige Partei, 1893 Freisinnige Vereinigung).

252 Gemeint ist die Zentrumsversammlung vom 4. Dezember 1918 in Köln. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 957, 5.12.1918: »Das rheinische Bürgertum zu den Forderungen der Zeit.« Die Entschließung auch abgedruckt in: URSACHEN UND FOLGEN, Bd. 3, Nr. 625, S. 145. Vgl. auch die Erinnerungsberichte von Wilhelm *Marx* aus dem Jahr 1933, in: Hugo STEHKÄMPER (Bearb.): Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Teil 2, Köln 1968, Nr. 94, S. 84–90.

253 Die vom Arbeiter- und Soldatenrat Kölns einberufene und von Sozialdemokraten und Demokraten besuchte Versammlung fand am 6. und nicht am 5. Dezember 1918 statt. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1128, 7.12.1918: »Die Neuordnung im Reich. Die Demokratische Partei gegen eine rheinisch-westfälische Republik.« Ferner auch 1126, 7.12.1918: »Städtische Nachrichten.«

Bestimmungen des Waffenstillstands, den törichterweise *Erzberger*[254] abgeschlossen hatte, anstatt die Unterschrift und die Verantwortung den bisherigen Machthabern zu überlassen, warfen ein trübes und erschreckendes Licht auf die Bedingungen des Friedens. Ich warnte vor einem Diktat, das die Ehre und die Vaterlandsliebe des deutschen Volkes niedertreten wolle. Das ehrliche und arbeitsame Volk sei stets seinen geraden Weg gegangen und habe sich von Tücke und Hinterlist freizuhalten gewußt. Aber mißhandelte Vaterlandsliebe und zertretene nationale Ehre könne auch in dem Volk der Dichter und Denker den Sumpfboden bereiten, aus dem die Geheimbünde und Verschwörungen emporstiegen. Das lehrt die Geschichte Italiens, seiner Camorra und seiner Mafia, die noch immer – besonders in Nordamerika – Lebensäußerungen von sich geben. Die Warnung verhallte wie überhaupt die Stimme der Vernunft erstickt wurde, in der Kriegspsychose und im Siegestaumel der Entente. Das furchtbare Wort *Clemenceaus*[255], in Deutschland lebten 20 Millionen Menschen zu viel, kennzeichnete die geistige Haltung und die seelische Stimmung der Franzosen.

Der nationalliberale Verein löste sich auf.[256] Die Stunde schien gekommen, in der sich der ersehnte Zusammenschluß des Gesamtliberalismus vollziehen sollte. Wir verhandelten darüber mit den Freisinnigen und der Demokratischen Vereinigung. Wir wußten, daß in Berlin die Vorarbeiten für den Zusammenschluß eingesetzt hatten. Über das Was und Wie waren wir aber ohne jede Kenntnis. Aus Mitteilungen, die an die Redaktion der »Kölnischen Zeitung« gelangt waren, ergab sich nur das eine, daß eine völlige Einigung nicht zustande kommen wollte, daß vielmehr mit der Gründung von zwei selbständigen Parteien gerechnet werden müsse.[257] Dringende telegraphische Bitten an *Stresemann* um Aufklärung blieben unbeantwortet. Wir waren daher zu einer Entscheidung genötigt, ohne zu wissen, wie sich unsere bisherigen Führer und Fraktionen einstellten. Lange und schwierige Beratungen führten in Köln schließlich zum Anschluß an die [Deutsche Demokratische Partei, in der sich die] große Mehrheit der Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Demokratische Vereinigung zusammenfanden. Der Zustrom zu dieser Partei war gewaltig. Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten. In der Not dieser Stunde in der außer der Klage und der Verzweiflung über Deutschlands Zusammenbruch die Furcht vor dem Spartakismus die Gemüter beseelte, fanden Männer wie Gottlieb von *Langen*[258], Gustav v. *Mallinckrodt*, Louis *Ha-*

254 Matthias *Erzberger* (1875–1921), württembergischer Volksschullehrer, seit 1896 in der Landesgeschäftsführung Stuttgart des Volksvereins für das katholische Deutschland, zugleich Redakteur des »Deutschen Volksblatts«, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich in der Regierung des Prinzen Max von *Baden*, November 1918 Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission, unterzeichnete am 11. November 1918 die Waffenstillstandsbedingungen von Compiègne, Februar–Juni 1919 Minister ohne Geschäftsbereich, Juni 1919–März 1920 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, am 26. August 1921 ermordet; 1903–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1921 MdR (Zentrum).

255 Georges *Clemenceau* (1841–1929), Arzt, französischer Politiker, 1876 Mitglied der Abgeordnetenkammer und Führer der äußersten Linken, 1902 Senator, März–Oktober 1906 Innenminister, Oktober 1906–Juli 1907, November 1917–Januar 1920 Ministerpräsident.

256 Der Nationalliberale Verein Kölns löste sich am 23. November 1918 auf und schloss sich mit der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung zur Deutschen Republikanischen Volkspartei zusammen, die am 30. November der DDP beitrat. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1089, 24.11.1918: »Städtische Nachrichten«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 1111, 2.12.1918: »Städtische Nachrichten.«

257 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1083, 22.11.1918: »Die Einigungsbestrebungen der liberalen Parteien. Die Nationalliberale Partei«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 1087, 23.11.1918: »Eine Deutsche Volkspartei.«

258 Gottlieb von *Langen* (1858–1940), Zuckerfabrikant.

gen, Max v. *Guillaume*[259], Alfred *Neven DuMont*[260] den Weg zu der neuen Partei, um sie allerdings sehr bald wieder zu verlassen. Ihr Programm war klar und bedeutungsvoll. Die Gründer der Partei, unter denen, was nicht vergessen werden darf, *Schacht*[261] eine hervorragende Rolle gespielt hat, hatten die Zeichen der Zeit erkannt und ihren Freunden den Boden geebnet, um mit vereinten Kräften den Weg aus dem Chaos zu finden und das Reich vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten. Die alten Führer *Naumann*[262], *Payer*[263], *Haußmann*[264], *Fischbeck*[265], *Gothein*[266] von der einen Seite, *Hieber*[267], *Schiffer*[268], *Friedberg*, *Schönaich-Carolath*[269] von der anderen Seite, hatten

259 Max von *Guilleaume* (1866–1932), Kommerzienrat, Teilhaber der Firma Felten und Guilleaume, später im Aufsichtsrat von Felten und Guilleaume Carlswerk AG.

260 Alfred *Neven DuMont* (1886–1940), Verleger und Kommerzienrat.

261 Hjalmar *Schacht* (1877–1970), Dr. phil., 1916 Direktor der Nationalbank und 1922 der durch Fusion entstandenen Darmstädter und Nationalbank, November 1923 Reichswährungskommissar, Dezember 1923–April 1930 Reichsbankpräsident, 1933–1939 erneut Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister, 1937–1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Mitbegründer der DDP (1926 Austritt).

262 Friedrich *Naumann* (1860–1919), protestantischer Theologe, 1890–1894 Vereinsgeistlicher der Inneren Mission, Frankfurt a.M., 1894–1897 im Dienst der Südwestdeutschen Konferenz der Inneren Mission. Nach der Gründung des Nationalsozialen Vereins 1896 gab *Naumann* 1897 das Pfarramt auf, um sich nach der Übersiedlung nach Berlin ganz der politischen Arbeit zu widmen. 1907–1912, 1913–1918 MdR (Freisinnige Vereinigung, dann Fortschrittliche Volkspartei). Nach der Novemberrevolution 1919 MdNV (DDP).

263 Friedrich *Payer* (1906: v.) (1847–1931), Jurist, 1871–1913 Rechtsanwalt in Stuttgart, November 1917–November 1918 Vizekanzler, 1877–1878, 1880–1887, 1890–1917 MdR (Deutsche Volkspartei, seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNV (DDP).

264 Konrad *Haußmann* (1857–1922), Sohn des württembergischen Demokraten Julius *Haußmann*, Jurist, seit 1889 Rechtsanwalt in Stuttgart, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich in der Regierung des Prinzen Max von Baden, 1889–1918 Mitglied der württembergischen Zweiten Kammer, 1890–1918 MdR (Deutsche Volkspartei, Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNV, 1920–1922 MdR (DDP), 1919 Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Vgl. AUS CONRAD HAUSSMANNS POLITISCHER ARBEIT, hrsg. v. seinen Freunden, Frankfurt a.M. 1923; ferner Conrad HAUSSMANN: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt a.M. 1924.

265 Otto *Fischbeck* (1865–1939), Jurist, 1890 Syndikus der Handelskammer Bielefeld, 1896 Syndikus der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft Berlin, 1903 besoldeter Stadtrat Berlin, Oktober 1918–November 1921 preußischer Handelsminister, April–November 1921 zugleich Minister für öffentliche Arbeiten, Dezember 1918–Juli 1919 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP, Dezember 1919–November 1930, mit Unterbrechungen, Mitglied des Parteiausschusses, 1925–1928 Mitvorsitzender der Liberalen Vereinigung, 1895–1903, 1907–1918 MdR, 1903–1913 MdpAH (Freisinnige Volkspartei, Fortschrittliche Volkspartei, 1910–1912 Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei, 1912–1918 Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1910–1912 Vorsitzender der Fraktion des Abgeordnetenhauses), 1919/20 MdNV, 1928–1930 MdR, 1921–1924 MdpLT (DDP).

266 Georg *Gothein* (1857–1940), Syndikus der Handelskammer Breslau, Vorstandsmitglied des Außenhandelsverbandes, Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Februar–März 1919 Minister ohne Portefeuille, März–Juni 1919 Reichsschatzminister, 1893–1903 MdpAH, Mai 1901–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1924 MdR (Freisinnige Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei, DDP).

267 Johannes *Hieber* (1862–1951), Pfarrer, dann Gymnasiallehrer in Stuttgart, 1919 württembergischer Kultusminister, 1920–1924 württembergischer Staatspräsident, 1900–1910, 1912–1933 MdL Württemberg, 1898–Mai 1910, März 1921–Mai 1924 MdR (Nationalliberale Partei/DDP), Juli 1919–Oktober 1929 stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, Oktober 1929–Juni 1933 Ehrenvorsitzender der DDP/DStP.

268 Eugen *Schiffer* (1860–1954), 1917 Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, 1918 Staatssekretär, Februar–April 1919 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, Oktober–März 1920, Mai–Oktober 1921,

alles, was sie bisher getrennt hatte, vergessen und sich auf das Große, was sie einte, besonnen. In Köln lagen die Dinge nicht so einfach. Die alte Kampfgemeinschaft zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen bewährte sich allerdings glänzend und erleichterte den Zusammenschluß. Auch der bisherige Führer der Demokratischen Vereinigung, Sanitätsrat *Pohlschröder*[270], erwies sich als ein tatkräftiger und weitschauender Realpolitiker, dessen vaterländisches Pflichtgefühl alle persönlichen Zu- und Abneigungen zurückdrängte. Aber in seiner Gefolgschaft befanden sich leider eine erhebliche Zahl destruktiv gerichteter Schwarmgeister und Besserwisser, leider auch nicht nur vereinzelte Stimmbegabte und Redeeifrig[e,] voll Mißgunst und hämischer Gesinnung, die von Anfang an eine schwere Belastung für uns bildeten und den schnellen Rückgang der Partei in erster Linie verschuldeten. Mir haben diese Herren das Leben außerordentlich schwer gemacht. Ihre geheimen Konventikel entwickelten eine Blüte von Freiheitsphrasen und von wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinplätzen, die dann in unseren Versammlungen mit großer Lungenkraft vorgetragen wurde, um urteilslose Zuhörer zu begeistern, aber auch um kenntnisreiche und wohlwollende Freunde zu verletzen und abzustoßen. Das deutsche Volk hat viele glänzende Tugenden und Charaktereigenschaften. Menschen mit Fingerspitzengefühl für die politischen Notwendigkeiten finden sich aber nicht allzu häufig. Die ewig Blinden nahmen denen, die mit klarem Blick begabt waren, das Licht. Die sachliche Arbeit, die an sich schwer genug war, litt unter den Wichtigmachern dieser Doktrinäre, die die Bedeutung der gewaltigen Fragen, die auf uns einströmten, nicht erkannten, vielleicht sich auch nicht einmal die Mühe machten, sie zu begreifen. Sie konnten auf Beifall in den überfüllten Versammlungen für ihre inhaltsleeren, aber mit Betriebsamkeit zusammengestellten Redensarten rechnen und mußten daher, was sich aus der Sachlage ergab, in den Vorständen und den entscheidenden Gremien geduldet werden, deren Arbeit unter ihrem Getue litt.

Davon hob sich die Haltung der Wortführer der Deutschen Volkspartei vorteilhaft ab. Sie machten es sich auch viel leichter als wir. Was früher die Sozialdemokraten an negativer Kritik geübt hatten, war jetzt Sache der Rechtsparteien geworden. Die unwahre, das tapfer ausharrende deutsche Volk auf das Schwerste verunglimpfende Dolchstoßlegende[271], die bösartige Phrase, die das Nationalbewußtsein gepachtet haben wollte, der konfessionelle Haß, die unüberwindliche Abneigung gegen die Sozialdemokratie, der jäh anwachsende Antisemitismus drang von rechts ein, das [sic] sich unter *Stresemanns* Führung in der Deutschen Volkspartei gesammelt hatte. Die alten Freunde aus der nationalliberalen Partei, die dort ihre neue politische Heimat gefunden zu haben glaubten, sahen mit unverhohlenem Grimm auf uns, die Pflichtgefühl und vaterländischer Dienst in die Reihen der Deutsch-Demokratischen Partei geführt hatten, Not lehrt beten.

Reichsjustizminister, 1903–1918, 1921–1924 MdL Preußen, 1912–1917, 1919–1924 MdR (NL, DDP, Juni–Oktober 1919 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP).

269 Heinrich Prinz zu *Schönaich-Carolath* (1852–1920), Landrat, 1902–1920 Vorsitzender der Gesellschaft für Volksbildung, 1881–1918 MdR (Nationalliberale Partei).

270 Ludwig *Pohlschröder* (geb. 1870), Dr. med., Sanitätsrat.

271 Die Dolchstoßlegende war eine nach dem Ersten Weltkrieg von führenden Vertretern der Obersten Heeresleitung vertretene These, nach der Teile der deutschen Heimatbevölkerung, insbesondere Gruppen der sozialistischen Linken, durch ihre revolutionäre Tätigkeit das »im Felde unbesiegte« deutsche Heer »von hinten erdolcht« und dadurch den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet hätten. Die Dolchstoßlegende avancierte nach 1919 zur Kampfparole der politischen Rechten. Vgl. Boris BARTH: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003.

Sollte das deutsche Volk aus dem Chaos gerettet werden, in das es der trostlose Ausgang des Krieges, der Vernichtungswille siegestrunkener Gegner, die oft genug während des Krieges am Rande des Abgrundes gestanden hatten, und der Spartakismus fanatischer Banden zu führen drohten, so blieb nichts übrig als der Zusammenschluß aller, die der Republik aufrichtig zu dienen bereit waren. Keine einzige Partei war stark genug, um allein die Regierung führen zu können. Das erwies sehr bald der Ausgang der Wahl zur Nationalversammlung, die der stärksten deutschen Partei, der Sozialdemokratischen, die von ihr sicherlich erwartete Mehrheit nicht brachte. Es mußte daher über die Parteigrenzen hinweg eine Kampfgemeinschaft gebildet werden, die stark genug war, das Steuer des schwer bedrohten Staatsschiffes zu führen. Das parlamentarische Leben der Republik beruhte von Anfang an bis zu der Staatsumwälzung im Januar 1933 auf solchen Koalitionen.

Die sogenannte Weimarer Koalition, die den Anfang machte, vereinigte Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei zu gemeinsamer Arbeit. Es ist mir wirklich nicht leicht geworden, in diesem Rahmen zu wirken. Ich sah mich jetzt verbunden mit denen, die ich bisher bekämpft hatte und – folgerichtig – im Kampfe gegen alte Freunde, mit denen mich persönliche Zuneigung bis dahin verbunden hatte. Aber es gab keine andere Wahl unter dem parlamentarischen System. Koalition war nicht gleichbedeutend mit Gesinnungsgemeinschaft. Sie nötigte keineswegs zur Lösung von Grundsätzen und zur Preisgabe des Endziels oder des Wunschbildes. Sie verpflichtete aber zur Anerkennung der politischen und parteimäßigen Notwendigkeit der Koalitionsgenossen und führte daher nicht selten zwangsläufig zur Zurückstellung eigener Gedanken und zur Duldung oder sogar zur Unterstützung von Maßnahmen, die wenig willkommen waren. Die Aufgabe, aber auch die Schwierigkeit war diese, die mittlere Linie zu finden, auf der sich die Weggenossen vorwärts bewegen und sich zur Rettung des Vaterlandes finden konnten. Für die Not des seelischen Ringens, das wir jeden Tag neu aufbringen mußten, hatte die Mitwelt wenig Verständnis. Vielleicht wird die spätere Geschichtsschreibung[272] uns mehr Gerechtigkeit widerfahren. Der Riß zwischen Deutsch-Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei verbreitete und vertiefte sich, obwohl die Programme beider Parteien sich inhaltlich kaum unterschieden. Es scheint fast, als ob der deutsche Liberalismus in ödem Hödurgeist[273] befangen, dazu verurteilt ist, seine Vitalität in Selbstzerfleischung zu zersplittern. Der alte Gegensatz, der Nationalliberale und Fortschrittler der Vorkriegszeit in bitterem Vetternhaß gegeneinander gestellt hatte, stand in wildester Blüte und trug traurige Früchte.

In der Deutschen Volkspartei wurde der Begriff der Demokratie zum Popanz, in der Deutsch-Demokratischen Partei wurde der Begriff Liberalismus immer mehr verfemt, weil es an historischen Kenntnissen und an Sinn für Tradition und Entwicklung mangelte. Wenn ich meinen Freunden politisches Geschehen und politische Notwendigkeiten aus dem Gedankengut des Liberalismus her[aus] entwickelte und nahezubringen versuchte, so fand ich bald und immer stärker einen zwar nur selten deutlich ausgesprochenen, aber doch deutlich vernehmbaren Widerspruch in gewissen Kreisen, namentlich bei Beamten und Angestellten, aber auch bei Intellektuellen der jüngeren Jahrgänge, der demokratischen Jugend, wie sie sich nannten, Menschen, die himmelweit entfernt waren an Kenntnissen und Arbeit im Willen und Selbstbescheidung von denen, die zwei Jahrzehnte früher in der nationalliberalen Jugend sich zu vaterländischem Tun zusammengefunden hatten. Mein Verhältnis zu den Koalitionsparteien war

272 Im Original: »Geschichtsschreiber«.

273 Hödur, in der germanischen Mythologie blinder Sohn Wodans, der ahnungslos seinen Bruder erschießt.

von Anfang an bis zu[m] Ende sehr gut. Ich darf ohne Überhebung behaupten, daß ich Autorität bei ihnen besaß. Im Parlament durfte ich mich auch der Anerkennung mancher Mitglieder der Volkspartei wie der Deutschnationalen Partei erfreuen. In Weimar verkehrte ich gern und viel mit *[Du]eringer*[274] (D.N.) und mit dem Grafen zu *Dohna*[275] (DVP). Im Preußischen Landtag sagte mir einmal ein Führer der Deutschnationalen [Partei], als ich in einer Ausschußsitzung seine Freunde sehr scharf angegriffen hatte, er bedauere und verstehe nicht meinen heftigen Ton, ich müsse doch längst erkannt haben, daß seine Freunde sich mir gegenüber eine Verbindlichkeit zu üben sich bemühten, die sie keinem anderen Mitglied meiner Partei gegenüber anwendeten. In Weimar habe ich mit *Stresemann* und *Riesser*[276] öfter über die Möglichkeit einer Vereinigung unserer beiden Parteien verhandelt, ebenso im Preußischen Landtag über ein Zusammengehen mit *Krause*[277], v. *Campe*[278] und v. *Richter*[279]. Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei über eine politische Zusammenarbeit, die durch frühere nationalliberale Freunde, die jetzt Abgeordnete der Wirtschaftspartei geworden waren, gestützt wurden, haben beinahe zum Ziel geführt.

Das bedeutendste Ereignis nach Kriegsausgang war die Wahl zur Nationalversammlung, die den Wirren der Revolution ein Ende zu bereiten und eine neue Zeit des Gesetzes und der Ordnung heraufzuführen berufen war. Wie eine Erlösung klang die Kunde, daß die Wahlen ausgeschrieben seien, in das Ohr aller vaterländisch fühlenden und freiheitlich gesinnten Deutschen. Die Deutsch-Demokratische Partei in Köln hielt ihre Versammlung zur Aufstellung der Kandidaten im großen Gürzenichsaal unter *Pohlschröders* Vorsitz ab.[280] Mit seiner westfälischen Energie hatte er es, den Radikalinskis und Schreiern zum Trotz, durchgesetzt, daß ich die Programmrede vor der Massenversammlung hielt. Ich sehe noch heute die helle Begeisterung der Zuhörer und vernehme noch die stürmische Zustimmung der überwältigenden Mehrheit, ich sehe aber auch noch die verkniffenen Lippen und das hämische Lachen der dem Rednerpult gegenüber sitzenden Selbstgerechten, namentlich einzelner Frauen, denen der eigene Aufstieg in der Partei nicht gelingen wollte. Die Abstimmung fand mit Stimmzetteln statt. Die Auszählung nahm Stunden in Anspruch. Mit weit über 1000 Stimmen wurde ich als Kandidat für die Nationalversammlung bezeichnet. Das war weit mehr als [die] Dreiviertelmehrheit, ein Ergebnis, das ich kaum erwartet hatte. Als Kandidat für die

274 Adelbert *Düringer* (1855–1924), 1917/18 badischer Außen- und Justizminister, 1915–1917 Mitglied der Badischen Ersten Kammer, 1919/20 MdNV (DNVP), vor 1918 Mitglied der Nationalliberalen Partei, seit 1922 der DVP.

275 Alexander Graf zu *Dohna-Schlodien* (1876–1944), seit 1913 Professor der Rechte in Königsberg, 1920 in Heidelberg, 1926 in Bonn, 1919/20 MdNV, 1920 MdR (DVP).

276 Jakob *Riesser* (1853–1932), Neffe von Gabriel *Riesser*, Jurist, 1880 Rechtsanwalt in Frankfurt, 1888–1905 Direktor der Darmstädter Bank in Berlin, 1909 Gründer und Vorsitzender des Hansa-Bundes, 1916–1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1919/20 MdNV, 1920–1928 MdR (DVP), 1921–1928 Vizepräsident des Reichstags.

277 Paul v. *Krause* (1852–1923), Rechtsanwalt, 1917–1919 Staatssekretär des Reichsjustizamts, 1888–1917 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1923 MdpLT (Nationalliberale Partei, DVP).

278 Rudolf v. *Campe* (1860–1939), Dr. jur., Verwaltungsbeamter, 1917–1920 Regierungspräsident in Minden, 1903–1907 MdpAH, 1921–1932 MdpLT (Nationalliberale Partei, DVP), bis 1928 Fraktionsvorsitzender.

279 Ernst v. *Richter* (1862–1935), Jurist, 1905–1914 Staatsminister des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha, 1917–1920 Oberpräsident der Provinz Hannover, November 1921–Februar 1925 preußischer Finanzminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1929 MdpLT (DVP).

280 Die Mitgliederversammlung der DDP im Kölner Gürzenich fand am 29. Dezember 1918 statt. *Falk* wurde als erster Kandidat für den Wahlkreis Köln-Aachen gewählt. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1188, 31.12.1918: »Die Deutsche demokratische Partei«.

Preußische Landesversammlung war der Ingenieur *Scherer*[281] gewählt, ein kenntnisreicher, überzeugungstreuer und ausgeglichener Mann aus den Reihen der Demokratischen Vereinigung. Der bald darauf zusammengetretene Parteitag Köln-Aachen bestätigte diese Kandidaturen.[282] Ich erhielt bei der Wahl rund 73000 Stimmen davon rund 35000 in der Stadt Köln.[283] Das waren hohe Ziffern, die später nie mehr erreicht worden sind. Vergleicht man sie aber mit den Stimmen, die ich bei der Wiederwahl in Köln erhalten hatte, die den Rekord für einen liberalen Kandidaten darstellten, oder mit der Zahl meiner Wähler bei der Ersatzwahl im Kreise Köln-Mülheim-Gummersbach-Wipersfürth, auch dort übrigens die höchste Stimmenzahl, die sich auf einen liberalen Kandidaten vereinigte, so war das Ergebnis angesichts der neuen Bestimmungen, die den Frauen das Wahlrecht gaben und das Wahlalter auf 20 Jahre herabsetzten, nichts weniger als überwältigend.[284] Die Deutsche Volkspartei errang ein Mandat zur Nationalversammlung nur dadurch, daß sie ihre Liste mit der Deutschnationalen und der Christlichen Volkspartei verband. So nannte sich damals, allerdings nur kurze Zeit, das Zentrum. Alle bürgerlichen Parteien hatten das Bedürfnis, sich als »Partei des Volkes« zu bezeichnen. Unmittelbar nach der Wahl zur Nationalversammlung setzten schon die Austritte aus unserer Partei ein, die in der Hauptsache der Deutschen Volkspartei zugutekamen. Die Wahl zur Preußischen Landesversammlung ergab für uns annähernd 5000 Stimmen weniger, als die zur Nationalversammlung. Leider blieb diese Warnung von unseren Schwarmgeistern ebenso unbeachtet, wie all die Sturmzeichen, die in ununterbrochener Reihe folgten. In der Partei war für die Wahlen fleißig gearbeitet worden. Diese Arbeit setzte sich darüber hinaus fort. Es fehlte uns nicht an Geld und freiwilligen Mitarbeitern. Starke Jugendtruppen, in Köln allein über 500 Mitglieder, schienen die Zukunft der Partei zu verbürgen, die den Ausbau ihrer Organisation in die Hand nahm. Im Regierungsbezirk Aachen gelang das in erfreulichem Umfang. Im Regierungsbezirk Köln waren in der Hauptsache aber nur Mißerfolge zu verzeichnen, und zwar auch infolge des Versagens des Geschäftsführers.

An mich traten täglich dringende Aufgaben von höchster Bedeutung heran. Ich war Mitglied des Hauptvorstandes der Partei in Berlin geworden, ohne mich allerdings zunächst an dessen Arbeit beteiligen zu können.[285] Das verhinderte schon die schlechte Eisenbahnverbindung mit der Reichshauptstadt. Wir hatten aber auch dringendere Sorgen. Unsere Hauptsorge bildete der Fragenkreis, der sich um die rheinische Republik drehte. Schon im Dezember 1919 hatte Dr. *Breitscheid*[286], damals preußischer Innenminister, die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, die Oberbürgermeister und die führenden Politiker aus der Rheinprovinz und aus Westfalen zu einer Besprechung nach Bielefeld[287] berufen, in der die Geister scharf aufeinanderplatzten, als sich zeigte,

281 Johannes *Scherer* (geb. 1876), Buchhalter, Prokurist, Köln, 1919–1921 MdpLV (DDP).

282 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 1, 1.1.1919: »Städtische Nachrichten. Deutsch-demokratische Kandidaten für Köln-Aachen.«

283 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 69, 25.1.1919: »Das amtliche Wahlergebnis in Köln-Aachen.« *Falks* DDP erhielt im Wahlkreis Köln-Aachen insgesamt 74000 Stimmen.

284 Vgl. Anm. 80.

285 *Falk* war 1918/19 Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands der DDP. Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, S. 773.

286 Rudolf *Breitscheid* (1874–1944), Dr. rer. pol., Nationalökonom, Redakteur, 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, 1908 Mitbegründer und Vorsitzender der Demokratischen Vereinigung, seit 1912 Mitglied der SPD, seit 1917 der USPD, November 1918–Januar 1919 preußischer Innenminister (in Gemeinschaft mit Paul *Hirsch*), 1920–1933 MdR (USPD, seit 1922 wieder SPD), 1928–1933 Mitvorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion.

287 Am 13. Dezember 1918 fand vor dem Hintergrund der rheinischen Absonderungsbestrebungen in Elberfeld, nicht Bielefeld, eine Konferenz von Vertretern der Reichsregierung und des Rheinlands

daß in den Kreisen des Zentrums, ich kann wohl sagen, nur dort, die Neigung zur Lösung von Preußen in bedenklichem Umfang Eingang gefunden hatte. Preußen hatte es leider nicht immer verstanden, moralische Eroberungen am Rhein zu machen. Die Volksfremdheit, nicht selten auch eine gewisse Überheblichkeit mancher Beamten, die aus dem Osten zu uns gekommen und wenig Verständnis für rheinische Art mitbrachten, der starke Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken, die nicht mit Unrecht über politische Zurücksetzung Beschwerde führten, die Erinnerung an den unglückseligen Kulturkampf, wirtschaftliche Eingriffe, die Bevorzugung des Ostens vor dem Westen hatten den Boden für die Bewegung vorbereitet, die als Separatismus eine so unheilvolle Bedeutung gewinnen sollte. Den rheinischen Zentrumsleuten wäre es nicht schwer gefallen, sich mit ihren zur [Sozial]demokratie[288] zählenden rheinischen Landsleuten zu verständigen. Außer landschaftlicher[289] Zuneigung verband sie der demokratische Gedanke, der auch den weit überwiegenden Teil des rheinischen Zentrums beherrschte. Aber die törichten Reden und Anordnungen, die der Zehn-Gebote-*Hoffmann*[290] während seiner kurzen, aber doch allzu langen Tätigkeit als preußischer Kulturminister sich leistete, steigerten in den rheinischen Katholiken die Abneigung gegen Berlin bis zum Übermaß. Die *Kastert*[291] und *Kuckhoff*[292], die sich des gesamten Zentrums zu bemächtigen und damit zu einer kaum noch zu überwindenden Gefahr emporzuwachsen drohte.

Eines Tages war der Name eines bisher in der Öffentlichkeit völlig unbekannten Dr. *Froberger*[293] in aller Munde. Dieser Mann, der aus dem Elsaß stammte und als Redakteur der »Kölnischen Volkszeitung« tätig war, erwies sich bald als gefährlicher Schrittmacher für die Loslösungsbestrebungen. Er behauptete, in nahen Beziehungen zu Schweizer Regierungskreisen zu stehen und von dort aus ausgezeichnet unterrichtet zu werden. Von dort habe er erfahren, daß Frankreich beabsichtige, das linke Rheingebiet vom Austritt des Stroms aus der Schweiz angefangen bis nach Belgien über Holland

---

statt. Die Staatsbehörden waren durch den preußischen Innenminister *Breitscheid* (USPD), den Unterstaatssekretär des Innenministeriums *Freund* und den Kölner Regierungspräsidenten v. *Starck* vertreten. Die rheinischen Gruppen führte der Kölner Oberbürgermeister *Adenauer* an, der sich für die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik im Verband des Reichs aussprach. Das Protokoll der Elberfelder Tagung, in: Gerhard A. RITTER/Susanne MILLER (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, 2. Aufl., Hamburg 1975, S. 425–430; vgl. dazu auch MORSEY, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 126 f.; REIMER, S. 85–88.

288 Im Original: »Selbstdemokratie«.

289 Im Original: »landwirtschaftlicher«.

290 Adolph *Hoffmann* (1858–1930), Maler, Vergolder, 1900 Stadtverordneter in Berlin, November 1918–Januar 1919 preußischer Wissenschaftsminister (in Gemeinschaft mit Konrad *Haenisch*), 1925–1930 Stadtverordneter Berlin, Mitglied der SPD, 1917 USPD, Dezember 1920 VKPD, September 1922 wieder SPD, 1904–1907 MdR, 1908—1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921 MdpLT, 1920–1924 MdR, 1928–1930 MdpLT. – *Hoffmann* wurde wegen seiner 1891 erschienenen Schrift »Die Zehn Gebote und die besitzenden Klassen« »Zehn-Gebote-*Hoffmann*« genannt.

291 Bertram *Kastert* (1868–1935), katholischer Geistlicher, Oberpfarrer in Köln, Vorsitzender des Zentrums in Köln, Mitglied des Vorstands der Rheinischen Zentrumspartei, 1919–1921 MdpLV. Durch Teilnahme an einem Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, General *Mangin*, über die Gründung einer westdeutschen Republik (17. Mai 1919) politisch diskreditiert und von seiner Partei desavouiert.

292 Joseph *Kuckhoff* (1878–1944), Gymnasialoberlehrer in Essen, 1916–1933 in Köln, 1912–1918 MdR, 1919–1921 MdpLV (Z), 1918/19 führend beteiligt an der Bewegung zur Gründung einer Rheinischen Republik.

293 Joseph *Froberger* (1871–1931), gebürtiger Elsässer, Dr. phil., Redakteur für Außenpolitik an der »Kölnischen Volkszeitung«; 1918/19 führend beteiligt an den Bestrebungen zur Gründung einer Rheinischen Republik.

unter Kleinstaaten aufzuteilen, die einen Wall für Frankreich gegenüber deutschen Angriffen bilden sollten. Auch Elsaß solle zu einem selbständigen, allerdings unter französischem Einfluß stehenden Staate gestaltet werden. *Frobergers* Darlegungen wurden stets mit großem Ernst vorgetragen und fanden vielfach Glauben, wie ja jedes Gerücht auf die rheinischen Menschen, die unter der Herrschaft der fremden Bajonette von der Außenwelt abgeschnitten waren, des Eindrucks nicht entbehrte. Seine Persönlichkeit war sehr umstritten. Für die einen war er ein deutscher Patriot, anderen galt er als Spion und französischer Agent. Von ernsthafter Seite ist mir später einmal gesagt worden, daß es sich für ihn allein darum gehandelt habe, seine elsässische Heimat vor der Annexion durch Frankreich zu bewahren und daß seine gesamte Tätigkeit auf dieses Ziel gerichtet gewesen sei. Ob er aber überhaupt Verbindungen in Bern hatte, ob an den Gerüchten, die er als von dort kommend weitertrug, überhaupt etwas Wahres [war], entzieht sich völlig meiner Kenntnis. Ich komme auf *Froberger* und den Separatismus in anderem Zusammenhang zurück.

In der damaligen aufgeregten Zeit wurde alles geglaubt, alles gefürchtet, alles erhofft. Noch waren die Bedingungen des Friedensdiktats nicht bekannt. Die Leute, die alles wissen wollten, die Schwarzseher und Miesmacher behaupteten mit Bestimmtheit, die Einverleibung des Rheinlandes in Frankreich sei jetzt unvermeidlich. Oder es wurde als Ziel Frankreich[s] die Errichtung eines Pufferstaates am Rhein unter französischem Einfluß hingestellt. So wurde die Stimmung unheilvoll beeinflußt. Die Besatzung mit ihren Einquartierungen, Ordonnanzen, Verhaftungen, Ausweisungsbefehlen lastete schwer auf den Gemütern. Der Gedanke der rheinischen Republik zeichnete sich bald in vielen Köpfen als Rettung ab. Hatte doch selbst in Münster i. Westf. Ende 1918 eine große Volksversammlung diesem Gedanken zugestimmt.[294] Eine Verbindung mit Berlin gab es auch noch im Februar 1919 nicht.

Adenauer lud im Anfang des Monats die rheinischen Oberbürgermeister und die im Rheinland zur Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten zu einer Besprechung über die Frage in das Kölner Rathaus.[295] Auf dem Wege dorthin begegnete mir in der Bürgerstraße Robert *Bachem*[296], einer der Verleger der »Kölnischen Volkszeitung«, ein Mann, der über weitreichende Verbindungen und gute Informationen verfügte. Er begrüßte mich mit den Worten: »Aha, Sie sind auf dem Wege zur historischen Sitzung.« Damit wußte ich, woran ich war. Offenbar hatte der Gedanke der rheinischen Republik in den Kreisen des Zentrums schon so weit Boden gefaßt, daß man glauben konnte, jetzt werde die rheinische Republik ausgerufen werden. Ich habe die Warnung im Verlaufe der Sitzung beherzigt. Diese zerfiel in 2 Teile. Zunächst fand eine allgemeine Aussprache statt[297], in der namentlich Karl *Trimborn* das Wort führte, während sich alle Anderen großer Zurückhaltung befleißigten. Dann zogen wir uns in die alten Fraktionszimmer[, in die] bereit gestellten Räume zurück. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Deutsch-Demokraten tagten zu-

294 Am 4. Dezember 1918 fand in Münster i.W. eine Versammlung des Zentrums statt, in der die Gründung einer Republik Rheinland, Westfalen, Niedersachsen gefordert wurde. Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 983, 15.12.1918: »Zur Frage der Rheinisch-Westfälischen Republik. Das Echo des Kölner Selbstbestimmungsrufes in Münster.«

295 Versammlung der linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung sowie der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte in Köln am 1. Februar 1919, Niederschrift o.D., in: ERDMANN, Adenauer in der Rheinlandpolitik, Nr. 1, S. 212–234.

296 Robert *Bachem* (1863–1942), Buchdrucker, Verlagsbuchhändler und Zeitungsverleger.

297 Nach dem Referat *Adenauers*. Vgl. ERDMANN, Adenauer in der Rheinlandpolitik, Nr. 1, S. 212–234, hier 213–227.

sammen und zwar unter meinem Vorsitz, der mir auf *Moldenhauers*[298] Vorschlag einstimmig übertragen wurde. In der Ablehnung der rheinischen Republik waren wir uns von vornherein einig. Über die Form der von uns abzugebenden Erklärung bestanden zunächst geringfügige Meinungsverschiedenheiten, die aber schnell ausgeglichen wurden. In der weiteren Vollversammlung ließ Oberbürgermeister *Farwick*[299] aus Aachen – auch Mitglied der Nationalversammlung – [die] Katze aus dem Sack. Kulturelle, kirchenpolitische und religiöse Gesichtspunkte führten ihn und nach seiner Darstellung auch sehr viele seiner Freunde zu dem Wunsche der Loslösung von Preußen. Der sozialdemokratische Abgeordnete *Meerfeld*[300], Kölner Beigeordnete, trat ihm mit großer Schärfe entgegen. Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns und das Reich. An dieser Erkenntnis habe ich stets und unabwandelbar [sic] festgehalten. Im Laufe der Erörterung nahm Karl *Trimborn* für seine Freunde in Anspruch, daß sie die ureigentlichen Rheinländer nach Geschichte und Tradition seien. Ich sprang ihm in die Parade. Er erwiderte mir: »Sie sind selbstverständlich autoch[ton.] Bei meinen Darlegungen habe ich andere Leute im Auge gehabt.« Schließlich siegte die Stimme der Vernunft. Man erkannte von allen Seiten an, daß wir nicht legitimiert seien, entscheidende Entschlüsse zu fassen, daß auch unsere Kenntnisse über die politische Lage und die politischen Möglichkeiten nicht ausreichten. Man wählte daher aus den Mitgliedern der Nationalversammlung einen Ausschuß, der sich der Reichsregierung in Weimar zur Verfügung stellen sollte. Als ich, von wem weiß ich nicht mehr, als Mitglied dieses Ausschusses vorgeschlagen wurde, rief Professor *Schmittmann*[301], Köln, Mitglied der Preußischen Landesversammlung: »Sollen denn auch Herren gewählt werden, die so scharfe Gegner der rheinischen Republik sind?« Ich wurde aber nicht nur Mitglied, sondern auch stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Den Vorsitz übernahm der Abgeordnete *Trimborn*.[302]

An späterer Stelle (ab Blatt 136) geht Falk erneut auf die Rheinlandbewegung des Jahres 1919 ein und kommt dabei auf die Gespräche der Zentrumsabgeordneten Kastert und Kuckhoff mit dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Rheinland, Mangin, am 17. Mai 1919 zu sprechen. Ein Teil dieses Textes ist unleserlich.[303] *Die zu-*

298 Paul *Moldenhauer* (1876–1947), Professor für Versicherungswesen an der Universität Köln, 1926–1929 Mitglied des Aufsichtsrates der IG-Farben, November 1929 Reichswirtschaftsminister, Dezember 1929–Juni 1930 Reichsfinanzminister, 1919–1921 MdpLV, 1920–1932 MdR (DVP).

299 Wilhelm *Farwick* (1863–1941), Jurist, 1917–1928 Oberbürgermeister von Aachen, 1919/20 MdNV, 1919–1921 MdpLV (Z).

300 Johannes (Jean) *Meerfeld* (1871–1956), Redakteur, seit 1920 Beigeordneter in Köln, 1919/20 MdNV (SPD).

301 Benedikt *Schmittmann* (1872–1939), seit 1919 Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln, 1919–1921 MdpLV, 1921–1922 MdpLT (Z), Mandatsverzicht aus Widerstand gegen die »großpreußische Politik« des Zentrums.

302 Den Vorsitz des Ausschusses übernahm nicht *Trimborn*, sondern *Adenauer*. Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 91, 2.2.1919: »Zur Westdeutschen Republik.«

303 So findet sich im Original unvermittelt folgender teilweise unleserliche Absatz: »er habe bereits einige Zentrumsabgeordnete ins Bild gesetzt und werde unverzüglich zu General *Mangin* nach Hand [sic]. Diese Republik solle im Verbande des deutschen Reiches verbleiben. Zu«. Die dann folgenden Passagen sind teilweise unleserlich: »verderbensschweren Zeit der Friedensverhandlungen suchte *Froberger* den Hauptmann *Schwink*, Generalstabsoffizier im Brückenkopf Köln auf und machte bereit [sic]. Falls eine besondere rheinische Republik aber nicht errichtet werde, ihm zur Weitergabe an die leitenden Stellen, die er von dem Chef der Zensur« – »so solle vor allem an der Ostgrenze des besetzten Gebietes eine Zollgrenze« – »in Aachen, einen französischen Hauptmann ernannt haben

sammenhängenden leserlichen Passagen auf Blatt 136 bis 142 werden aufgrund des Sachzusammenhangs hier folgend in den Text (Blatt 113) eingefügt. Der eingefügte Text endet in der Edition unten auf S. 278.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten ließen den Franzosen freie Hand. Diese Republik solle im Verbande des Deutschen Reiches verbleiben. Zu ihren Gunsten wolle und könne Frankreich auf das Saargebiet, Belgien auf Eupen und Malmedy verzichten, weil ein selbständiger, von Preußen unabhängiger Staat am Rhein den Fremdmächten erhebliche Sicherheiten biete. *Foch*[304] und *Mangin*[305] seien auch zu sonstigen Milderungen der Kriegsbedingungen bereit. Falls eine besondere rheinische Republik aber nicht errichtet werde, so solle vor allem an der Ostgrenze des besetzten Gebietes eine Zollgrenze geschaffen werden, um das Rheinland in das französische Wirtschaftsgebiet einzuschließen. *Froberger* erklärte weiter, er habe bereits einige Zentrumsabgeordnete ins Bild gesetzt und werde unverzüglich zu General *Mangin* nach Mainz reisen, um dort nähere Erkundigungen einzuziehen. Tatsächlich hat sich auch *Froberger* mit den beiden der Zentrumspartei angehörenden Abgeordneten Oberpfarrer *Kastert* und Studienrat *Kuckhoff* sowie mit den Separationsführern *Dorten*[306] aus Wiesbaden und *Dahlen*[307] aus Aachen zu *Mangin* begeben.[308]

Kastert und *Kuckhoff* übergaben ihm eine Denkschrift mit den Vorbedingungen zur Errichtung einer rheinischen Republik.[309] Sie sollte die Rheinprovinz mit Birkenfeld, Rheinhessen, Altnassau und die Rheinpfalz umfassen, ein Gebiet, dessen Bevölkerung nach ihrer Darstellung »eine Trennung von Preußen, Hessen und Bayern und die Vereinigung zu einem einheitlichen Bundesstaat im Rahmen des Reiches«[310] verlange.[311] In Fragen der auswärtigen Politik, namentlich in Angelegenheiten von Krieg und Frieden, sollte die neue Republik besondere Rechte erhalten, Gesandtschaften einrichten können und befugt sein, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen selbständig zu vertreten. Der Zusammenhang mit dem Reich sollte also nur äußerlich und recht locker sein. Ein Zustandekommen des neuen Staates sei nur möglich, wenn im Hinblick auf

---

wollte. Frankreich« – »geschaffen werden, um das Rheinland« – »einzuschließen. *Froberger* erklärte weiter, er habe bereits einige Zentrumsabgeordnete ins Bild gesetzt und werde unverzüglich zu General *Mangin* nach Mainz reisen, um dort nähere Erkundigungen einzuziehen. Tatsächlich hat sich auch *Froberger* mit den beiden der Zentrumspartei angehörenden Abgeordneten, Oberpfarrer *Kastert* und Studienrat *Kuckhoff* sowie mit den Separationsführern *Dorten* aus Wiesbaden und *Dahlen* aus Aachen zu *Mangin* begeben. *Kastert* und«.

304 Ferdinand *Foch* (1851–1929), Mai 1917 Chef des französischen Generalstabs, März 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen, Januar 1920 Präsident der alliierten Militärkommission in Versailles, Marschall von Frankreich.

305 Charles Marie *Mangin* (1866–1925), französischer Offizier, November 1918–Dezember 1919, Kommandeur der Rheinarmee und Oberbefehlshaber im besetzten Rheinland, dann Mitglied des Obersten Kriegsrats.

306 Hans Adam *Dorten* (1880–1963), preußischer Jurist, Staatsanwalt beim Landgericht III in Berlin, nach Verzicht auf sein staatliches Amt seit November 1918 in Verbindung mit französischen Besatzungsbehörden, 1918–1923 Führer des rheinischen Separatismus, seit November 1923 in Frankreich, Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit.

307 Johann *Dahlen*, Oberpostassistent in Aachen, Mitglied des Zentrums.

308 *Kastert*, *Kuckhoff* und *Froberger* hatten am 17. Mai 1919 zusammen mit den Separatisten *Dahlen* und *Dorten* eine Unterredung mit dem Oberbefehshaber der französischen Truppen im Rheinland General *Mangin*. Vgl. ERDMANN, Adenauer in der Rheinlandpolitik, S. 54–56.

309 Vgl. Vorbedingungen zur Errichtung einer Rheinischen Republik (Aufzeichnung. Verfasser vermutlich *Froberger*), in: ebd., Nr. 5 f, S. 288 f.

310 Anführungszeichen nicht im Original.

311 Mit leichten Änderungen, in: ebd., S. 288.

dessen Bildung Milderungen der Friedensbedingungen in wesentlichen Punkten erzielt werden, namentlich in der Frage der Abtretung des Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmedy und der Gebiete im Osten, sowie hinsichtlich der wirtschaftlichen Lebensbedingungen.

Mangin erklärte aber, Frankreich habe an einer rheinischen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches kein Interesse. Es müsse ein selbständiger Pufferstaat entstehen, der vielleicht unter dem Schutze des Völkerbundes gestellt werden könne. Er schloß mit Drohungen, falls die Reichsregierung den Friedensvertrag nicht unterzeichnen und das Rheinland den Franzosen nicht zu Willen sei. Er werde dann den ersten Anlaß benutzen, um im besetzten Gebiet den Kriegszustand zu erklären, denn er könne nicht zulassen, daß das Reich gegen den Willen der rheinischen Bevölkerung, über den er sich allerdings ganz ungerechtfertigten Illusionen hingab, die Neubildung verhindern werde. Unter dem Schutz der Franzosen würden dann in Mainz und Wiesbaden, Koblenz, Aachen und in der Pfalz durch wilde Proklamationen Sonderstaaten ins Leben gerufen. Ob diese Zwerggebilde von Dauer sein sollten, ist nicht klar. Anscheinend sollten sie nur den Übergang zu einem Zusammenschluß unter *Dortens* Führung bilden, den *Mangin* als »Notregierung« bezeichnete.

Es ist schwer verständlich, daß die Franzosen um die Zeit des Mai 1919 die Stimmung im Rheinland so schief beurteilen konnten. Richtig wird diese Stimmung in einer Denkschrift beurteilt, die der französische Gewährsmann Dr. *Frobergers* diesem übergeben hatte. Hier wird geschrieben, in [sic] einem [...][312] früheren Zeitpunkt, im Dezember 1918, im Januar und Februar 1919 sei es möglich gewesen die Bevölkerung in ihrer Mehrheit für die Errichtung eines Rheinstaates zu gewinnen. Da Frankreich es aber unterlassen habe, seine Pläne über die voraussichtliche Zukunft des Rheinlandes aufzudecken, so sei die günstige Gelegenheit verpaßt worden. Infolgedessen sei es den Mittelparteien gelungen, die Bewegung zugunsten der rheinischen Republik zu unterdrücken. Der jetzige Augenblick sei der ungünstigste, den man zu einer Durchführung des Planes wählen könne, denn der von den Alliierten vorgeschlagene Friedensvertrag habe [in] ganz Deutschland und auch in den Rheinlanden eine tiefe Niedergeschlagenheit ausgelöst.

Mangin hatte auf größte Beschleunigung gedrängt. Infolgedessen trafen sich am 27. Mai *Froberger* und *Kuckhoff* in Bonn mit *Dorten* und *Salm*[313], einem der übelsten Separatisten, zu weiterer Beratung. *Dorten* legte einen, wie er erklärte, im Einvernehmen mit *Mangin* verfaßten Aufruf an die Rheinländer vor, den er am 29. in Aachen verkünden wolle. 7 Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung, deren Namen er angab, würden dieser Proklamation beiwohnen und ihr zustimmen.

Hierzu ist es aber nicht gekommen. Die Reichsregierung erhielt rechtzeitig Kenntnis von dem Vorhaben und trat ihm mit größter Entschiedenheit entgegen.[314] In Köln stellte die Arbeiterschaft zum Protest die Arbeit ein.[315] In Köln, Wiesbaden, Höchst, Koblenz und in anderen Städten lehnten gewaltige Massenkundgebungen einmütig den

312 Im Original: »wird gesagt, in einem«.

313 Matthias *Salm*, 1919 Schriftleiter der Aachener Tageszeitung »Volksfreund«, März 1919 Mitglied im »Ausschuß für eine Volksabstimmung zur Errichtung einer Westdeutschen Republik«, für die provisorische Regierung der am 1. Juni 1919 in Wiesbaden ausgerufenen Rheinischen Republik als Landwirtschaftsminister vorgesehen.

314 Die Warnung der Reichsregierung *Scheidemann* vor separatistischen Bestrebungen im Rheinland vom 28. Mai 1919, in: HUBER, Dokumente, Bd. 4, 1991, Nr. 144, S. 137.

315 Am 28. Mai 1919 wurde in zahlreichen Kölner Betrieben die Arbeit niedergelegt. Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 413, 28.5.1919: »Ein Generalstreik infolge eines haltlosen Gerüchts.«

Gedanken einer rheinischen Republik in jeder Form ab. In Wiesbaden kam es zudem zu heftigen Tumulten, bei denen *Dorten*-Anhänger verprügelt wurden. *Kastert* und *Kuckhoff* suchten sich durch eine öffentliche Erklärung reinzuwaschen.[316] Das half ihnen aber wenig, denn die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung rückte von ihnen in einer Erklärung ab, die der Abgeordnete *Herold* in der Sitzung vom 27. Mai 1919 abgab, durch die das Vorgehen der beiden Abgeordneten ausdrücklich auf das Entschiedenste mißbilligt wurde.[317] Soweit ging die Kölner Zentrumspartei allerdings nicht, sie erklärte, daß sie einer Lostrennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich unter keinen Umständen und der Errichtung eines rheinischen Freistaates im Verbande des Reiches nur zustimmen könne, wenn sie den Interessen des ganzen deutschen Reiches diene und die Zustimmung der Vertreter des deutschen Volkes und der Reichsregierung finde.[318] Der Sturm war zunächst abgeschlagen. Aber die Wühlereien dauerten fort. *Kastert* und *Kuckhoff* waren zwar erledigt. Aber *Froberger* gab seine Pläne noch nicht auf. Ich bin ihm und seinen Freunden in der Öffentlichkeit mit großer Schärfe entgegengetreten, beispielsweise in einem Aufsatz: »Verfluchtes Bilsenkraut« im »Kölner Tageblatt« vom 8.[319] Juni 1919.[320] Nach wie vor behauptete er, die Gründung einer rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches sei das Mittel zur Erleichterung der Friedensbedingungen. Es war nicht schwer, ihm, besonders der Öffentlichkeit die innere Unwahrhaftigkeit dieser gefährlichen und verwirrenden Ansicht zu zeigen. Denn *Froberger* selbst hatte ja *Mangins* Erklärung in Empfang genommen und weitergegeben, Frankreich habe an der Errichtung einer rheinischen Republik kein Interesse, wenn sie im Verbande des Reiches bleibe. Mindestens objektiv falsch war seine und der beiden oben genannten Zentrumsabgeordneten Angabe, die Reichsregierung habe von ihren Schritten im voraus Kenntnis gehabt und *Adenauer* und Hauptmann *Schwink*[321] hätten ihre Vorhaben gebilligt. *Adenauer* hat sicherlich diesen Fragenkomplex stets erhebliche Aufmerksamkeit zugewandt, den zu prüfen er sich mit Recht für verpflichtet hielt. Ob und wie weit er ein Anhänger des Gedankens war, ist stets stark umstritten worden. Es ist vielleicht nicht unwahrscheinlich, daß er auf dem Boden der oben mitgeteilten Entschließung der Kölner Zentrumspartei [...][322]

316 Vgl. KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 413, 28.5.1919: »In Sachen der Rheinischen Republik.« »In Sachen der Errichtung einer Rheinischen Republik«, so die Erklärung von *Kastert* und *Kuckhoff*, »standen und stehen wir rückhaltlos auf dem Standpunkte, daß von einer solchen nur im Einverständnis und unter Mitwirkung der Reichsregierung und der gewählten Vertreter des Volkes die Rede sein kann. Über diesen unseren Standpunkt haben wir an keiner Stelle irgend einen Zweifel aufkommen lassen. *Kastert* und *Kuckhoff*.«

317 Rede des Abg. *Herold* (Z) in der 24. Sitzung am 27. Mai 1919, in: SBpLV 1919/21, Bd. 2, Sp. 1850f., hier Sp. 1851: »Die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung«, so *Herold*, »hat keinerlei Kenntnis gehabt von den Besprechungen der Herren *Kuckhoff* und *Kastert* mit französischen Offizieren über eine Rheinische Republik. Die Herren haben selbständig und auf eigene Verantwortung gehandelt, und mit äußerstem Befremden hat die Fraktion von dieser Tätigkeit Kenntnis genommen. Sie mißbilligt das Vorgehen auf das entschiedenste.« – Karl *Herold* (1848–1931), Landesökonomierat, 1898–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1931 MdR, 1890–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1931 MdpLT (Z) (stellvertretender Fraktionsvorsitzender).

318 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 547, 1.7.1919: »Die rheinische Frage. Das Zentrum gegen die Rheinische Republik.«

319 Im Original: »9.«.

320 Bernhard *Falk*: »Verfluchtes Bilsenkraut«, in: KÖLNER TAGEBLATT, 276, 8.6.1919.

321 Otto *Schwink* (1883–1959), Major, Kölner Stadtkommandant, deutscher Brückenkopfoffizier in Köln, 1919 zum Reichsarchiv kommandiert, um 1941 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wendelsteinbahn- und Hotel AG Brannenburg.

322 Einfügung im Original, in der auf S. 139 des Manuskripts verwiesen wird. Gemeint ist die Entschließung des Zentrums vom 4. Dezember 1918.

stand. Weiter ist er aber nach meiner Überzeugung nicht gegangen. Bald kamen neue Sturmzeichen. Am 1. Juni[323] 1919 proklamierte *Dorten* in Wiesbaden die rheinische Republik. Er bildete eine vorläufige Regierung und fuhr unter französischem Schutz in einem Kraftwagen durch die Lande, der die grün-weiße Flagge seiner neuen Republik führte. Sehr bald aber war es mit ihr und ihrer Regierung vorbei. Ein Putschversuch in der Pfalz scheiterte kläglich. Die Loslösungsversuche der Franzosen stießen auch bald auf starken Widerstand bei den Amerikanern und Engländern. Öffentlich und amtlich fand dieser Widerstand zwar keinen Ausdruck. Er war für uns Rheinländer in unserem Abwehrkampf aber eine fühlbare Stütze. Bei den häufigen Besprechungen, die ich mit dem Kapitän *Welton*, dem Leiter der politischen Abteilung der britischen Besatzungsbehörde in Köln, einem loyalen, vornehmen und kultivierten Mann, hatte, habe ich immer volles Verständnis für unsere Haltung gefunden. Wir waren hellhörig geworden.

Das Volk am Rhein wußte, was auf dem Spiele stand und folgte vertrauensvoll seinen Führern. Die politischen Parteien hielten Burgfrieden. In Königswinter, das rechtsrheinisch und außerhalb des Brückenkopfes Köln gelegen ist, also nicht zum besetzten Gebiet gehörte, trafen sich die Führer zur gemeinsamen Abwehr. Diese Veranstaltungen waren der Tätigkeit des damaligen Geschäftsführers Dr. *Paas*[324] der Deutsch-Demokratischen Partei zu verdanken, der auch weiterhin im rheinischen Abwehrkampf eine rühmliche Rolle gespielt hat. Die drei Königswinterer Beschlüsse vom 9. Juni[325] 1921, 12. Dezember 1921 und 27. April 1922 erklärten als innerste Überzeugung und entschlossenen politischen Willen der Rheinländer, daß sie auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich halten und von einer Loslösung rheinischer Gebiete nichts wissen wollten.[326] Diese einhellig gefaßten Beschlüsse lösten im ganzen besetzten Gebiet hellen Jubel aus und festigten den Kampfwillen, der bald auf eine furchtbare Probe gestellt werden sollte. Wichtiger aber noch war der Beschluß der Parteien, daß für die Dauer der Besatzung rheinischen Gebietes eine Abstimmung gemäß Art. 15 der Reichsverfassung[327] in diesem Gebiet nicht stattfinden solle. In Königswinter wurde also das erreicht, um was in Weimar erfolglos gerungen [worden] war. Damit aber war die schwerste Gefahr für die Loslösung gebannt.

Jetzt waren auch die »legalen« Vorkämpfer für den Rheinstaat mattgesetzt. Die Gefahr, die von ihrer Seite drohte, war zeitweise etwa von Mitte 1919 an ernster zu nehmen als Herr Dr. *Dorten* und Genossen. Diesen »Legalisten«, die ausschließlich Zentrumskreisen angehörten, ging es dabei zur [sic] Hauptsache um die Erhaltung der konfessionel-

323 Im Original: »Juli«.

324 Albert *Paas*, Redakteur, Geschäftsführer der DDP in Köln

325 Im Original irrtümlicherweise: »Mai«.

326 Die politischen Parteien der Rheinprovinz, Zentrum, SPD, DVP, DNVP und DDP, hatten sich am 9. Juni, am 12. Dezember 1921 und am 27. April 1922 in Königswinter mit der Lage im Rheinland befaßt und sich scharf gegen die separatistischen Bestrebungen, »gegen Hochverrat und Dummheit«, gewandt und sich gegen eine Neutralisierung der Rheinlande ausgesprochen. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 417, 11.6.1921: »Gegen die Zwangsmaßnahmen im Rheinland«; KÖLNISCHE ZEITUNG, 847, 13.12.1921: »Zum Schutz des Rheinlands« (Zitat); KÖLNISCHE ZEITUNG, 298, 28.4.1922: »Ein Treugelöbnis der Rheinlande.«

327 Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches, in: SBNV 1919/20, Bd. 335, Nr. 59, S. 48–57, hier S. 49 f.: Nach Artikel 15 des Verfassungsentwurfs waren die deutschen Gliedstaaten berechtigt, sich zum Zwecke der Bildung größerer leistungsfähiger Gliedstaaten im Ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen. – Die Neubildung der Länder regelte schließlich Art. 18 der Weimarer Reichsverfassung. Danach sollte die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs durch verfassungsmäßiges Reichsgesetz oder durch einfaches Reichsgesetz erfolgen, wenn der in einer Volksabstimmung zum Ausdruck gekommene Willen der Bevölkerung dies erheischte.

len Schulen, deren Bestand durch die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung ihnen [gefährdet][328] erschien. Schon in der Februarversammlung auf dem Kölner Rathause hatte Oberbürgermeister *Farwick*, Aachen, es deutlich ausgesprochen, daß um der konfessionellen Schule willen ein rheinischer Sonderstaat nötig sei.[329] Die Bestrebungen der Legalisten auf verfassungsmäßigem Wege die Möglichkeit der Bildung eines Sonderstaates zu erreichen, erschienen durch die Gestalt, die Artikel 15 des Verfassungsentwurfes, jetzt Art. 18 der Weimarer Verfassung, in der zweiten Lesung des Ausschusses erhalten hatte, kaum mehr durchführbar. Denn gegen die Stimmen Preußens, die sich aller Voraussicht nach jetzt und in Zukunft jeder Loslösung versagen mußten, war eine Sonderbildung nicht zu erreichen, wenn Artikel 18 des Entwurfes Gesetz werden sollte. Die Erkenntnis dieser Tatsache führte zu starker Erbitterung in den Kreisen des Zentrums. Die Gefahr von Putschen unter geheimer oder offener Zustimmung aus Legalistenkreisen war erheblich gesteigert. Denn in diesen Kreisen waren viele entschlossen, im Dienste ihres Schulideals bis zum Äußersten zu kämpfen. In Erkenntnis dieser Gefahr habe ich in Weimar und in Köln insbesondere auf die Führer des Zentrums einzuwirken versucht.

In Köln fand auf meine Veranlassung am 28.6.19 eine interfraktionelle Besprechung statt, in der den Führern des Zentrums das Gewissen gestärkt wurde.[330] Dabei stellte sich mit erfreulicher Klarheit heraus, daß die Legalisten eine sofortige Durchführung ihrer Ideen nicht verlangten, sondern sich damit zufrieden gaben, wenn ihnen durch die Reichsverfassung der Weg zu ihrem Ziel nicht für alle Zukunft verbaut werde und wenn in der Schulfrage eine Einigung zustande komme, etwa wie sie in der Verfassung des Reichs für Bayern vorgesehen war. Ich konnte mich mit beiden Gedankengängen befreunden. Ich konnte eine Verfassungsbestimmung gutheißen, die eine starke Zentralgewalt des Reiches auf Reichsprovinzen aufba[ute], denen Selbstverwaltungsrechte in weitem Umfang zu gewähren waren. Die Durchführung dieses Gedankens durfte aber nach meiner Äußerung erst in Zukunft erfolgen, wohl erst in einer ferneren Zeit, denn eine baldige Zertrümmerung Preußens mußte eine unübersehbare Gefahr für das Reich herbeiführen. Auch in der Schuldfrage war ein Kompromiß möglich, wie er de[nn] auch in Weimar zustande kam. Trotz der Erledigung der legitimistischen Bewegung gab die französische Politik ihr Ziel, die Loslösung der Rheinlande von Deutschland und ihre Überführung in die Interessensphäre Frankreichs keineswegs auf. Marschall *Foch* hatte dem Rat der Vier am 3. 3. 1919 ein Gutachten erstattet, in dem er sagt: »Wenn Frankreich den Rhein nicht dauernd behält, dann gibt es keine Neutralität, keine Abrüstung, keine schriftliche Klausel, durch die Deutschland verhindert werden könnte, sich des Rheins zu bemächtigen und sich von hier aus vorteilhaft zu entwikkeln.«[331] Das hatte im Friedensvertrag nicht erreicht werden können.[332]

---

328 Im Original: »gefährlich.«

329 Gemeint ist die Kölner Konferenz vom 1. Februar 1919 mit den im besetzten Rheinland gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung aller Parteirichtungen sowie des Vorsitzenden des Provinzialausschusses der Rheinprovinz und der Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte. Das Protokoll der Sitzung vom 1. Februar 1919, in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 1, S. 212–234.

330 Noch am 28. Juni 1919, dem Tag der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, erließ die rheinische Zentrumspartei einen Aufruf, in dem sie ihre »rheinischen Parteifreunde nachdrücklichst« bat, »von einer weitern Werbung für eine sofortige staatliche Verselbständigung der Rheinlande Abstand zu nehmen.« KÖLNISCHE ZEITUNG, 547, 1.7.1919: »Die rheinische Frage. Das Zentrum gegen die Rheinische Republik.« Zitat im Original hervorgehoben.

331 Der französische Marschall *Foch* hatte am 25. Februar 1919 der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht, in der er die Forderung nach dauerhafter Besetzung des linken Rheinufers und der

Für die Reise nach Weimar [zur Deutschen Nationalversammlung] hatte die damals noch preußische Eisenbahnverwaltung [im Februar 1919] einen Sonderzug zur Verfügung gestellt, der überall hielt, wo ein Abgeordneter zusteigen sollte. Der erste, der mich begrüßte, war der Unabhängige *Braß*[333] aus Remscheid, damals einer der wildesten der Wilden, mit dem ich kurz vorher einen scharfen Zusammenstoß, ich glaube in der von *Breitscheid* nach Elberfeld berufenen Versammlung gehabt hatte. Dann kam mein Fraktionsgenosse *Ziegler*[334] und in Münster stieg der Zentrumsführer *Herold* ein, dessen hohe, leicht gebeugte Gestalt unverkennbar war. Schon am folgenden Morgen war unsere erste Fraktionssitzung im Hotel Fürstenhof, in dem wir während der ganzen Weimarer Epoche getagt haben. *Dernburg*[335] war der erste Mann von Namen und Rang, den ich kennenlernte.

In Weimar ist sehr eifrig gearbeitet worden. Heute glaubt man vielfach mit einem Achselzucken darüber hinweggehen zu können. Man gefällt sich darin, die Unvollkommenheiten und die Mängel des Verfassungswerkes meines verewigten Freundes Hugo *Preuß*[336] aufzuzählen, man wühlt geradezu in den politischen Fehlern, die in Weimar unterlaufen sind, man spöttelt über Ungeschicklichkeiten und Menschlichkeiten einzelner Führer. Aber diese Kritiker ahnen nichts von der Fülle und Tiefe der Probleme, die die Nationalversammlung vor sich sah. Kaum war eine dieser Aufgaben mit Ernst und Sachlichkeit in Angriff genommen, da stürmten auch schon neue schicksalsschwere Fragen auf uns ein, deren Lösung nicht hinausgeschoben werden durfte, deren Behandlung aber die ganze Kraft der Nationalversammlung in Anspruch zu nehmen schien. Das Verfassungswerk, zu dem wir einberufen waren, bildete nur einen Teil unserer Arbeit. Der Neuaufbau des deutschen Hauses, dem es dienen sollte, schien unter den Erschütterungen zusammenzubrechen, die durch die Kriegspsychose der Entente ausgelöst w[orden war]. Unsere Reden und Maßnahmen mußten daher auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, welchen Eindruck sie auf das feindliche Ausland machten. Das war eine bittere schwere Aufgabe, die bisweilen ganz unerhörte seelische Anspannungen verlangte.

Im Lande tobte noch der Bürgerkrieg. Sei[ne] Wellen schlugen auch in die Goethestadt Weimar. Drohend sahen die Maschinengewehre von allen Seiten auf das Nationaltheater, in dem wir tagten. Die zu unserem Schutze zusammengezogenen Truppen des Ge-

---

Brückenköpfe rechts des Rheins erhoben hatte. Vgl. SCHULTHESS 1919, S. 97, 473. *Foch* legte seine Position vor dem Viererrat am 31. März 1919 noch einmal dar. Vgl. dazu Gitta STEINMEYER: Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979, S. 99–109; MARSCHALL FOCH. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Niedergeschrieben unter persönlicher Redaktion des Marschalls von Raymond Recouly, Berlin 1938, S. 139–195, bes. S. 160–164.

332 Der Text endet auf Blatt 142 und fährt auf Blatt 113 fort. – Vgl. die Erläuterung oben S. 273 f.

333 Otto *Braß* (1875–1950), Metallarbeiter, dann Krankenkassenangestellter, seit 1915 Verleger der »Bergischen Volksstimme«, Remscheid, SPD, seit 1917 USPD, seit 1922 wieder SPD, 1919/20 MdNV, 1920–1924 MdR.

334 Paul *Ziegler* (geb. 1871), Gewerkschaftssekretär, Bezirksleiter des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker), seit 1910 Stadtverordneter in Siegen, 1919/20 MdNV, 1920–1930 MdR (DDP).

335 Bernhard *Dernburg* (1865–1937), Dr. jur., Kaufmann und Bankier, 1901 Direktor der Darmstädter Bank, 1907–1910 Staatssekretär des Reichskolonialamts, April–Juni 1919 Reichsfinanzminister, 1913–1918 MdpHH, 1919/20 MdNV, 1920–1930 MdR (DDP).

336 Hugo *Preuß* (1860–1925), Dr. jur., Staatsrechtler und Politiker, 1906 Professor für öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin (1918 Rektor), November 1918 Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Verfasser des Entwurfs der Weimarer Reichsverfassung, Februar–Juni 1919 Reichsinnenminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1925 MdpLT (DDP).

nerals *Maercker*[337] standen in unverhülltem Gegensatz zu der thüringischen Landeswe[hr], deren Aufgabe angeblich auch der Schutz der Nationalversammlung bildete. Ein Feldwebel und ein Dutzend Soldaten versuchten eines Nachts *Erzberger* auszuheben, der sich von innen aus dem Schlosse, in dem er wie die meisten anderen Minister wohnte, flüchten mußte. Als wir von einer Sitzung des Friedensausschusses, die in Berlin abgehalten wurde, nach Weimar zurückfuhren, pfiffen bei Halle die Gewehrkugeln links und rechts um unseren Zug. Die Spartakisten, die dort zeitweise die Gewalt an sich gerissen hatten, wollten den Eisenbahnverkehr lahm legen und hatten auch so gut sie konnten, die Eisenbahnsignale zerstört oder entfernt.

Von den besonderen Nöten der Rheinländer wußte man in Weimar sehr wenig. Der in Köln gewählte Ausschuß lud alle Abgeordnete zu einer Besprechung ein. Mir war die Aufgabe zugefallen, Bericht zu erstatten. Den Platz neben mir nahm der damalige Ministerialdirektor *Simons*[338], der Generalsekretär unserer Friedensdelegation, ein. Er machte während meines sehr ausführlichen Vortrages unausgesetzt Aufzeichnungen in ein Notizbuch von ganz kleinem Format. Ich mußte ihm immer wieder zusehen, wie er sich mit diesem kleinen Büchlein zu behelfen wußte. Mein Vortrag war zweifellos s[ehr] aufschlußreich. Das sagte mir *Simons* und auch der Außenminister *Brockdorff-Rantzau*[339], dem ich ein oder zwei Tage später die Sachlage unter vier Augen nochmals vortrug, weil er um einen unmittelbaren Bericht gebeten hatte. *Stresemann* sagte mir, er habe noch nie eine so ausgezeichnete Rede von mir gehört, ich sei der geborene Berichterstatter für den Hauptausschuß. Eine Reihe von Redakteuren auch weit rechtsstehender Blätter baten mich um Aufsätze für ihre Blätter, während der alte Peter *Spahn*[340] zu mir kam und mich ersuchte, doch nichts zu veröffentlichen. Ihm gefiel offenbar die Rolle nicht, die das Zentrum spielte und er fürchtete davon Unheil nicht nur für seine Partei. Damit war die Arbeit des rheinischen Ausschusses nahezu erledigt. Er ist nur noch sehr selten zusammengetreten, wohl infolge [von] Unstimmigkeiten innerhalb der Zentrumspartei. Das schließe ich daraus, daß *Trimborn* mir eines Tages anbot, an seiner Stelle den Vorsitz zu übernehmen. Ich habe das aber abgelehnt.

Die Rheinlandfrage selbst hat nur noch einmal grundsätzliche und bedeutungsvolle Auseinandersetzungen im Schoße der Nationalversammlung hervorgerufen. Die Artikel 18 und ff der Verfassung[341], durch die für die Neubildung von Ländern durch Volksentscheid der Weg freigemacht werden sollte, waren für das Rheinland gefährlich. Sie konnten von den Separationslüstern [sic] mißbraucht werden. Davon abgesehen

337 Georg *Maercker* (1865–1924), Generalmajor, Februar–August 1919 zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar eingesetzt, Oktober 1919 Befehlshaber des Wehrkreises IV (Dresden), April 1920 Abschied.

338 Walter *Simons* (1861–1937), Oktober–Dezember 1918 Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, Dezember 1918–Juli 1919 Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Mai 1919 Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation in Versailles (Juli 1919 Rücktritt mit Graf *Brockdorff-Rantzau*), Juni 1920–Mai 1921 Reichsaußenminister, 1922–1929 Präsident des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofs.

339 Ulrich Graf v. *Brockdorff-Rantzau* (1869–1928), Jurist und Diplomat, Dezember 1918–Februar 1919 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Februar–Juni 1919 Reichsaußenminister, Leiter der deutschen Delegation zur Pariser Friedenskonferenz, 1922–1928 Botschafter in Moskau.

340 Peter *Spahn* (1846–1925), Jurist, 1905 Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, dann in Frankfurt, 1917–1918 preußischer Justizminister, 1882–1888, 1891–1908 MdpAH, 1884–1917 MdR, 1911–1917 Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei, 1912–1917 auch Vorsitzender der Reichstagsfraktion, 1919/20 MdNV, 1920–1925 MdR (Z).

341 Zu Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung vgl. Anm. 327. Artikel 167 bestimmte, dass Grenzänderungen erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung vorgenommen werden konnten.

war auch von meinem Standpunkt [...][342] [gegen diese Artikel nichts] einzuwenden. Es handelte sich also darum, sie wenigstens zeitweise für das besetzte Gebiet auszuschalten. Das war nicht einfach. Nicht nur im Zentrum waren starke Widerstände, sondern ich hatte auch in meiner Fraktion harte Kämpfe mit dem Abgeordneten *Heile*[343] zu bestehen, dessen Unitarismus von einer, lediglich aus der welfischen Atmosphäre, in der er groß geworden war, zu erklärenden Abneigung gegen Preußen unterbaut war. Es gelang schließlich, die bekannten Übergangsbestimmungen in die Verfassung einzufügen, die uns vor unliebsamen Überraschungen schützen konnten und auch wirksam beschützt haben. Ich brauchte es daher später nicht zu bedauern, daß mein Versuch nicht geglückt war, die Anwendung der Bestimmungen ausdrücklich für die ganze Dauer der Besatzungszeit auszuschließen. Allerdings wäre das nicht nur von der grundsätzlichen Seite aus gesehen, sondern auch für den Fortgang der ruhigen Arbeit im besetzten Gebiet viel besser gewesen. Ich habe oft im Laufe der nächsten Jahre die Drohung gehört, die Sperrfrist gehe ja bald vorüber.

Als Mitglied des parlamentarischen Beirats, der dem Reichskommissar von *Starck*[344] für das besetzte Gebiet mit dem Sitz in Koblenz beigegeben war, wurde ich von Amts wegen mit dem Wust von Fragen befaßt, die sich aus dem Dauerzustande der Besatzung zwangsläufig ergaben. Zur Einreise nach Koblenz bedurfte ich eines besonderen Passierscheins, der mir am 27.11.19 auf drei Monate vom Reichskommissar und dem amerikanischen Oberkommissar ausgestellt wurde, denen damals der Koblenzer Bezirk unterstand. Er ist in deutscher, englischer und französischer Sprache [auf]gesetzt[345] und beschränkt die Einreiseerlaubnis auf die Teilnahme an den Sitzungen des Beirats. So sah es damals im Rheinlande aus.

Am 19.2.19[346] sprach ich in der Nationalversammlung als erstes Mitglied des Hauses aus dem besetzten Gebiet.[347] Es war gegeben, daß ich [mich] mit den separatistischen Strömungen auseinandersetzte. Ich mußte zugeben, daß es Menschen gebe, die mit solchen geradezu sündhaften Gedanken spielten. Aber an verantwortlicher Stelle stehe meines Wissens niemand von ihnen. Das besetzte Gebiet verlange vom deutschen Volk und der Regierung kraftvolle Unterstützung in dem ihm aufgezwungenen Freiheitskampf gegen Vergewaltigung und Verwelschung. Werde das linke Rheinufer geraubt, so werde eine Irredenta entstehen in weit größerem Ausmaß als die Irredenta Italiens. Niemals werde das deutsche Volk darüber hinwegkommen. Man könne keinen Frieden schließen, ohne auf die Seelen der Völker Rücksicht zu nehmen. Wenn derselbe Geist beim Friedensschluß sich geltend mache, der die harten Bedingungen des Waffenstillstands trage, so müßten wir uns dagegen stemmen und wehren. Unsere Waffen seien die *Wilson*'schen 14 Punkte[348], die von uns angenommen, einen völkerrechtlichen Vor-

342 Satzteil fehlt.

343 Wilhelm *Heile* (1881–1969), politischer Schriftsteller, 1909 Generalsekretär der »Freisinnigen Vereinigung«, seit 1912 Schriftleiter, 1919–1923 Herausgeber der *Naumannschen* »Hilfe«, 1917–1918 Stadtverordneter in Berlin, 1919/20 MdNV, 1920–1924 MdR (DDP).

344 Karl v. *Starck* (1867–1937), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, 1917–1919 Regierungspräsident in Köln, Juni 1919–Mai 1921 Reichs- und preußischer Staatskommissar für die besetzten Rheinlande.

345 Im Original: »abgesetzt«.

346 Im Original fälschlicherweise: »19.11.19«.

347 Die Rede *Falks* anlässlich der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über einen dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1918 (Nr. 20) in der 11. Sitzung am 19. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 190C–196B.

348 Eine Forderung des 14-Punkte-Programms des US-Präsidenten Woodrow *Wilson* vom 8. Januar 1918 bezog sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. *Wilsons* Kongreßbotschaft (»Die Vier-

vertrag darstellten, von dem die Gegner nicht ohne Rechtsbruch abgehen könnten. Wir brauchten also nicht zu bitten und nicht zu betteln, wir hätten ein Recht darauf, daß *Wilsons* Erklärungen zur Grundlage des Friedensvertrages gemacht würden. Was darüber hinaus etwa verlangt werde, sei Zwang und werde immer Zwang bleiben, der sich an unseren Gegner bitter rächen werde. Das gelte besonders von einer etwaigen Loslösung des Saargebietes, das durch vier völkerrechtliche Verträge als deutsches Gebiet anerkannt sei. Sehr scharf wandte ich mich gegen die furchtbare Behandlung unserer zu Unrecht zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Unsere nächste Aufgabe sei es, im Innern zur Ruhe und zur Arbeit zu kommen. Jeder einzelne Deutsche müsse wissen, daß er in Zukunft nicht für sich und seine Familie allein zu sorgen, sondern daß er bei jedem Schritt an das Gemeinwohl zu denken habe, wenn Deutschland überhaupt einmal wieder zu gesunden Verhältnissen kommen solle.

Der Abdruck meiner Rede wurde den Kölner Zeitungen durch die Zensur untersagt. Ich sah und sehe darin eine besondere Anerkennung. *Erzberger*, der als Vertreter der Reichsregierung mir antwortete, sagte, die Art, wie ich die Wünsche und Beschwerden des besetzten Gebietes vorgetragen habe, erleichtere die Arbeit der Waffenstillstandskommission ganz wesentlich.[349] Auch sonst hatte ich mich uneingeschränkter Zustimmung von allen Seiten, namentlich auch in der Presse der verschiedensten Parteien – abgesehen von den Unabhängigen – zu erfreuen.[350] Im Friedensausschuß, dessen Bedeutung und Tätigkeit gegenüber dem schrankenlosen Diktatwillen der Feindmächte von geringer Bedeutung war, kam ich öfter zu leidenschaftlichen Zusammenstößen mit dem unabhängigen Sozialisten Oskar *Cohn*.[351] Sein Pazifismus und sein internationales Weltbürgertum äußerte sich in flagellantenhafter Selbstzerfleischung, die alles Unrecht auf unserer Seite, alles Recht auf der des Gegners sah. Ich habe an den Gesetzen zur Durchführung des Friedens mitgearbeitet. Das war eine wenig erfreuliche Tätigkeit, abgestellt auf die Notwendigkeit, die Lebensäußerungen des deutschen Volkes der Gewaltpolitik der Entente anzugleichen. Der Weg war uns vorgeschrieben. Nur in sehr seltenen Fällen führte ein Aufbegehren zu kleinen Erfolgen. Auch die Arbeit im Ausschuß, dem die Änderungen der Ehrengerichtsbestimmungen der Offiziere und der Militärgerichtsbarkeit zugewiesen war, kostete Überwindung. Namentlich der Zentrumsführer *Gröber*[352] drängte vom Standpunkt des Duellgegners aus auf restlose Beseitigung dieser Bestimmungen, die gewiß ihre innere Bedeutung zu einem erheblichen Teil verloren hatten. Aber viele Ausschußmitglieder standen der Aufgabe mit einer durch keinerlei Sachkenntnis getrübten Voreingenommenheit gegenüber. Mein Partei-

zehn Punkte«), in: HUBER, Dokumente, Bd. 3, 1990, Nr. 160, S. 222f. – Woodrow *Wilson* (1856–1924), 1913 bis 1921 Präsident der USA.

349 Die Rede von Reichsminister *Erzberger* in der 11. Sitzung am 19. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 196B–198A.

350 Vgl. beispielsweise KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG, 144, 20.2.1919: »Die Rheinländer und die Nationalversammlung.«: »Der Abg. *Falk* hat, als er die Anschauungen und Interessen der Rheinländer vertrat, nicht als Parteimann, sondern als deutscher Rheinländer gesprochen.« Ferner VOSSISCHE ZEITUNG, 95, 21.2.1919: »Sturmszenen in der Nationalversammlung. Außenpolitische Debatten.«

351 Oskar *Cohn* (1869–1934), Jurist, seit 1897 Rechtsanwalt in Berlin, seit 1919 Berliner Stadtverordneter, 1912–1918 MdR, 1919/20 MdNV (SPD/USPD).

352 Adolf *Gröber* (1854–1919), Jurist, 1912 Landgerichtsdirektor in Heilbronn, 1887–1918 MdR, 1889–1918 Md Württembergischen Zweiten Kammer, 1895–1918 Vorsitzender der württembergischen Zentrumspartei, 1917–1918 Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums, 1917–1919 auch Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei, Oktober–November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich im Kabinett Prinz Max von *Baden*, 1919 MdNV.

freund *Meisner*[353] aus Würzburg und ich mußten ständig eingreifen, um annehmbare Beschlüsse durchzusetzen.

Weit angenehmer und erfolgreicher gestaltete sich die Arbeit des Ausschusses, dem der Entwurf des Rayonsteuergesetzes[354] zur Beratung überwiesen war. Nach dem Diktat von Versailles waren die deutschen Grenzfestungen zu schleifen. Infolgedessen sollten die baulichen Beschränkungen des sogenannten Rayongeländes fortfallen. Dieses Gelände erbrachte daher seinen Eigentümern einen gewaltigen unverdienten Wertzuwachs und wurde aus Acker- und Wiesenland von einer Stunde zur anderen ein begehrter Gegenstand für die städtische Bodenspekulation. Das Rayonsteuergesetz wollte diese Spekulationsgewinne steuerlich erfassen, der Ertrag der Steuer sollte zwischen dem Reich und den Festungsstädten geteilt werden, die ihren Anteil zu bodenpolitischen Maßnahmen, besonders zugunsten der Kriegsopfer, verwenden soll[ten.] Der Entwurf war nichts als ein Ergebnis der Arbeit am grünen Tisch. Worauf es wirklich ankam, verkannte er völlig. Die erste Kunde über die Vorlage schnellte die Preise des Rayongeländes sofort in die Höhe. Diese Bewegung mußte unterbunden werden, sonst ging den Festungsstädten eine einzigartige, kaum jemals wiederkehrende Gelegenheit verloren, eine großzügige Boden- und Siedlungspolitik zu treiben. Diesen Städten mußte durch das Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, das ganze Rayongelände zu einem angemessenen Preise freihändig oder durch Enteignung zu erwerben, um dort Siedlungen, Spiel- und Freiplätze anzulegen. Dazu war erforderlich, daß die Rayonbeschränkungen, die nach dem Reichsrayongesetz dauernd sein sollten, wenigstens bis zu dem Zeitpunkt erhalten blieben, in denen die Städte voraussichtlich das gesamte Rayongelände in ihre Hand bringen konnte. Darum drehte sich der Kampf. Das Rayonsteuergesetz mußte in ein »Entfestigungsgesetz« umgewandelt werden. Das gelang nach zäher Arbeit. Dank der ausgezeichneten und lückenlosen Aufklärungen, die ich von Prof. *Schumacher* und [vom] Beigeordneten *Herlet*[355], erhalten hatte, konnte ich dieses Ergebnis maßgeblich beeinflussen und damit nicht nur einer sozialen Bodenpolitik überhaupt, sondern auch ganz besonders der Stadt Köln einen bedeutungsvollen Dienst erweisen. Sonst wäre es *Adenauer* nicht möglich gewesen, seine gigantischen Grüngürtelpläne zu verwirklichen, die auf Menschenalter hinaus der Stadt zum größten Segen gereichen werden. Der Stadt, die so viele Jahrhunderte hindurch von ihrer Befestigung eingeschnürt und hierdurch stets in der Durchführung eines ordentlichen Bebauungsplanes behindert war, drohte jetzt von außen her eine zweite große Gefahr. Die Braunkohlenindustrie des Vorgebirges näherte sich mehr und mehr der Stadt Köln. Ihre Staubentwicklung führte eine Vergiftung der Luft und des Wassers herauf. Diese Gefahr sollte der kilometerbreite Wald- und Wiesengürtel bekämpfen, der auf dem bisherigen Rayongürtel entstehen sollte. Darüber hinaus wurde aber dieser Grüngürtel durch radial[356] verlaufende Spazierwege, Landflächen, Waldstücke, Wiesen und Auen mit dem inneren Grüngürtel in Verbindung gebracht und damit ein Meisterwerk ersten Ranges geschaffen. Durch geschickt und mühevolle Verhandlungen mit dem Reich und mit den Besatzungsbehörden gelang es, die Stadt zur Eigentümerin der zerstörten Befestigungswerke, fast 150 an der Zahl, zu machen, die im Laufe der Jahre zu Sportplätzen,

353 Christian *Meisner* (1868–1944), Rechtsanwalt, Würzburg, 1919/20 MdNV (ab Mai 1919 DDP).

354 Entwurf eines Rayonsteuergesetzes, in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 335, Nr. 377. Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung in der 50. und 52. Sitzung am 8. und 9. Juli sowie in der 80. Sitzung am 15. August 1919 verhandelt und zurückgestellt.

355 Joseph Maria *Herlet* (1876–1951), Landvermesser, 1914 Katasterinspektor bei der Stadt Köln, 1915 Direkor des Vermessungsamtes, 1918 Chef der Kölner Liegenschaftsverwaltung, 1920 Generaldirektor, 1923–1933 Beigeordneter.

356 Im Original: »radikal«.

Volksbad, Gärten, Wasserflächen, Erholungsstätten umgestellt wurden. Dank der Arbeit, die wir seit Jahren in der Grundstücksverwaltung der Stadt geleistet hatten, war es möglich, große Teile des Rayongebietes gegen Grundbesitz der Stadt auszutauschen, der außerhalb ihres Bezirkes liegt. Infolgedessen gelangte das ganz gewaltige Gebiet in einer recht kurzen Spanne Zeit in die Hand der Stadt. Und doch hat man gerade diese Anlagen, die ihresgleichen suchen, ihrem Schöpfer und der Stadt vielfach geradezu als finanzielles Verbrechen angerechnet.

Im vierzehnten Ausschuß, dem der Entwurf des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft[357] überwiesen war, hatte ich das recht schwierige Amt des Berichterstatters.[358] Dieses bedeutungsvolle Gesetzeswerk, Neuland im Bereich unserer zusammengebrochenen Wirtschaft, heiß umkämpft von der sozialisierungslüsternen Sozialdemokratie und ihren Mitläufern wie von den um ihre Selbständigkeit ringenden Industriekapitänen, die sich nach wie vor auf eine große Gefolgschaft stützen konnten, ist in seiner Bedeutung und Zielsetzung vielfach mißverstanden worden. Ich brachte für die Arbeit nicht unerhebliche Erfahrungen mit, die ich mir als Kölner Stadtverordneter erwerben konnte. Im Kampfe mit dem übermächtigen RWE war es der Stadt mit Hilfe der Rheinischen Braunkohle, die damals noch in Gegnerschaft zu der Essener Großmacht stand, gelungen, ihre Selbständigkeit in ihrem Hoheitsbereich zu bewahren. An dem Vertrage mit dem Braunkohlensyndikat hatte ich mitgewirkt, auch mit Vertretern von *Stinnes*[359] verhandelt, die mich aufgesucht hatten, um mich für den Anschluß Kölns an das RWE zu gewinnen. Ich kannte also die Fragen, um die es [sich] handelte und ließ mich auch nicht durch den Titel, Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, beirren, der sich aus den damaligen Zeitläufen mit ihren mißverständlichen Ideen von Planwirtschaft und den parteipolitischen Bedürfnissen der Sozialdemokratie erklärt, aber keineswegs eine restlose oder gar entschädigungslose Enteignung der Unternehmer erstrebte, zu denen in erster Linie Kommunen und Kommunalverbände zählten. Ich habe stets und bis auf den heutigen Tag der Planwirtschaft erhebliches Mißtrauen entgegengebracht, weil ich von ihr eine Ertötung der wirtschaftlichen Initiative und Tatkraft durch Bürokratisierung, Verlangsamung und Erschwerung der Betriebsführung und Verwaltung befürchtete. Mit meinen liberalen Anschauungen läßt sich eine Bevormundung der Wirtschaft nicht vereinbaren, wenn sie rücksichtslos und nur um des Grundsatzes willen, unter Vernachlässigung der eigenen Gesetze der Wirtschaft dem Vater Staat nicht die Kontrolle über sie und die Fürsorge für sie, sondern auch ihre Führung überantwortet, die in die Hand von wirtschaftlich vorgebildeten und denkenden Menschen gehört und nicht von Beamten, die zwar ausgezeichnet verwalten, aber in den verschlungenen Pfaden der Wirtschaft sich nur schwer zurecht finden können, einer [Wi]rtschaft, die auf internationalen Verflechtungen aufgebaut ist, und auch [di]e leisesten Anklänge von kommenden Krisen, die einschneidende Bedeu-

357 Entwurf eines Gesetzes, betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 338, S. 714, S. 486–494.

358 Die Rede *Falks* als Berichterstatter in der 130. Sitzung am 16. Dezember 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 331, S. 4059D–4060C, S. 4065B–4066C, S. 4071D–40764A. Vgl. auch den Bericht des 14. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft (Nr. 714), in: SBNV 1919/20, Bd. 340, Nr. 1749, S. 1760–1778; sowie das Gesetz vom 31.12.1919 (RGBl. 1920, S. 19).

359 Hugo *Stinnes* (1870–1924), Kaufmann in Mülheim/Ruhr, baute aus Unternehmen des Bergbaus, des Kohlenhandels und der Binnenschifffahrt den Stinnes-Konzern auf, dessen Kern die Firma Hugo Stinnes GmbH in Mülheim war. Daneben war er führend in der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, Bochum, tätig, aus der er nach dem Ersten Weltkrieg den großen Elektro-Montan-Konzern Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union entwickelte, der jedoch nach *Stinnes'* frühem Tod aufgelöst werden musste. 1920–Mai 1924 MdR (DVP).

tung [f]ür Methoden und Erfahrungen beobachten muß. Auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft hatte die Entwicklung, aber zu einer Zersplitterung geführt, [durch di]e der Wirtschaft selbst Gefahr drohte. Das Gesetz wollte der Wirtschaftlich[keit] dienen, unter Führung des Reiches und verfolgte daneben auch den Zweck, d[em] Reich auf die Dauer Erträge aus der Elektrizitätswirtschaft zuzuführen. Das darf aber nicht so verstanden werden, als ob durch das Gesetz in erster Linie eine neue Finanzquelle für das Reich geschaffen werden sollte. Vielmehr war der tragende Gedanke der, daß durch Zusammenschluß aller Energiequellen für alle Gebietsteile des Reiches, insbesondere auch für die durch die Natur weniger begünstigten und schwach versorgten Landstriche, die billige und zweckmäßige Versorgung mit elektrischer Kraft sicher gestellt werden sollte. Das Gesetz brachte insbesondere die Möglichkeit, die inkonstanten Wasserkräfte Süddeutschlands durch Verkuppelung untereinander und mit den großen Dampfkraftwerken der Industriegebiete besser ausnutzen zu können. Bayern war beispielsweise die Möglichkeit gegeben, im Sommer den Verbrauch von Kohlen für seine Industrie erheblich einzuschränken und der Norden und Westen Deutschlands wurde trotz der großen Entfernung in den Stand gesetzt, aus den süddeutschen Wasserkräften mit elektrischer Arbeit versorgt zu werden. Die Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft gab die Möglichkeit, elektrische Kraft aufzuspeichern, erbrachte somit die großen Vorteile des Ausgleichs und führte so zu einer Steigerung der Wirtschaftlichkeit, die der Gesamtwirtschaft neuen Antrieb zu geben berufen war. Ob ohne Gesetzeszwang ein solcher Ausgleich immer und restlos herbeizuführen ist, erscheint mir sehr zweifelhaft. Ich fürchte vielmehr, daß dieser Faktor, auf den die Nationalwirtschaft nicht verzichten kann, durch allerhand Sonderinteressen beeinträchtigt wird. Ich hatte sicherlich auch Recht, als ich in einer der Ausschußsitzungen das Gesetz als weiteren Schritt zum festeren Zusammenschluß des Reiches bezeichnete.[360] Bei der Gründung der preußischen Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft (PREAG)[361] und bei meiner jahrelangen Tätigkeit in deren Aufsichtsrat konnte ich auf meiner Arbeit in dem Elektrizitätsausschuß der Nationalversammlung aufbauen.

Dem Verfassungsausschuß gehörte ich nur als stellvertretendes Mitglied an. Bei der Besetzung der Ausschüsse spielte in der Fraktion die parteipolitische Prominenz des Abgeordneten eine nicht unwesentliche Rolle. Man nahm nach Möglichkeit Rücksicht auf die frühere Zugehörigkeit zur nationalliberalen oder zur freisinnigen Partei. Ich persönlich hielt das für durchaus angebracht, die kameradschaftliche Zusammenarbeit in der Fraktion, die immer ganz ausgezeichnet war, und zwar nicht zum wenigsten infolge der ausgleichenden Tätigkeit unseres allseits weit über die Parteikreise hinaus verehrten Vorsitzenden *Payer*, wurde dadurch untermauert. Sie litt wenigstens sichtbar auch nicht unter dem engeren Zusammenschluß der sich unter *Naumann*-Anhängern, den früheren Nationalsozialen, erhalten hatte. Dieser für ma[nche] Entschließungen der Fraktion bedeutsame Zusammenhalt war völlig unsichtbar. Ich habe erst aus einer gelegentlichen Bemerkung in einem Aufsatz Gertrud *Bäumers*[362] aus dem Jahre 1934

360 Vgl. den Bericht des 14. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft (Nr. 714), in: SBNV 1919/20, Bd. 340, Nr. 1749, S. 1760–1778. Die Redner werden im Ausschussbericht nicht namentlich genannt.

361 Das Energieversorgungsunternehmen Preußische Elektrizitäts AG (Preußen Elektra) wurde 1927 mit Sitz in Berlin gegründet.

362 Gertrud *Bäumer* (1873–1954), Sozialpädagogin und Schriftstellerin, 1922–1933 Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern, 1919–Juli 1932 MdR (DDP/DStP), Juli 1919–November 1930 stellvertretende Vorsitzende des Parteiausschusses der DDP. Vgl. Gertrud BÄUMER: Lebensweg durch eine Zeitwende, Tübingen 1933; DIES.: Im Lichte der Erinnerung, Tübingen 1953; ferner Angelika SCHASER: Helene Lange und Gertrud Bäumer: eine politische Lebensgemeinschaft, Köln 2000; Werner HUBER: Gertrud Bäumer. Eine politische Biographie, phil. Diss, München 1970.

überhaupt davon Kenntnis bekommen.[363] Durch die früheren Nationalsozialen, aber auch durch Männer wie *Payer*, *Ha[uß]mann*, *Haas*[364] wurde die Verbindung mit den Sozialdemokraten aufrechterhalten. Das war von besonderer Wichtigkeit, auch nach meiner Auffassung, die doch im Grundsätzlichen so stark von der sozialistischen Doktrin abweicht. Ich hatte daher in der oben erwähnten Rede vom 19. Februar die Einladung des Grafen *Posadowsky*[365], eine bürgerliche Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten zu bilden[366], im Auftrag der Fraktion mit Entschiedenheit abgelehnt. Es kam darauf an, die in der Sozialdemokratie geeinte Arbeiterschaft in der positiven Mitarbeit am Staate zu erhalten, zu der sich ihre Führer entschlossen hatten, und sie vor dem Zusammenschluß mit den Unabhängigen und Spartakisten zu bewahren. Das war eine der wichtigsten und dringlichsten nationalen Aufgaben, wenn wir wieder zur Ruhe und Ordnung kommen und unseren Staat neu aufbauen wollten. Diese Aufgabe war aber auch außerordentlich schwierig, denn sie war nur schwer im Einklang mit den grundsätzlichen sozialistischen Maximen zu bringen. Auf den Sammelruf: »Proletarier aller Länder vereinigt euch« hatten unsere Sozialdemokraten mit ihrem Willen oder gegen ihn verzichten müssen. Jetzt sollten und mußten sie sich entschließen, im Dienste der Nation und zum Wohle des Vaterlands, auch den innerdeutschen Zusammenschluß des Proletariats preiszugeben. Das bedeute[te] die Lossage vom Klassenkampf und den bewußten Übergang zu einer sicherlich radikal eingestellten, aber schöpferischen Mitarbeit in einem Staate, der nicht sozialistisch sein wollte, auch nicht sozialistisch sein konnte, weil eben eine bürgerliche Mehrheit bestand, die nicht zu brechen war. Gleichwohl hat die offizielle Sozialdemokratie bis zum Ende sich von dem Wege, den sie im Jahr 1919 beschritten hatte, nicht abdrängen lassen. Um ihr den Kampf nach links und in den eigenen Reihen zu erleichtern, gaben wir ihnen in manchen Dingen nach, die wir, wenn es auf uns allein angekommen wä[re], sicherlich anders gelöst hätten. Die Denkart der Sozialdemokratie und die Naivität ihrer Freunde im Lande kennzeichnete sich vortrefflich an einem Musterbeispiel. Im alten Reichstag hatten sie bei der berühmten Beratung des Zolltarifs beantragt, Orden und Ehrenzeichen, die von auswärtigen Mächten verliehen wurden, als Kinderspielzeug zu verzollen. In der Sozialdemokratie der Nationalversammlung lebte diese recht urwüchsige Anschauung fort. Sie bestanden darauf, daß die Verfassung Orden und Titel verbot[367], kurzsichtig, wie sie in manchen

363 Gemeint ist vermutlich Getrud BÄUMER: Lebensweg durch eine Zeitenwende, Tübingen 1933, S. 376f. Zur Wahl des Parteivorstands auf dem Parteitag der DDP im Juli 1919, auf dem *Naumann* zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, schrieb *Bäumer*: »Auch die beiden anderen Kandidaten für den Vorsitz, *Petersen* und *Koch-Weser*, waren Nationalsoziale; ich wurde eine der stellvertretenden Vorsitzenden. So schien es uns noch einmal möglich, die nationalsoziale Linie durchzusetzen, die Partei mit *Naumanns* Geist zu füllen.«

364 Ludwig *Haas* (1875–1930), Rechtsanwalt in Karlsruhe, Hauptvorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1912–August 1930 MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP), 1918/19 badischer Innenminister, 1928–1929 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP. Vgl. Ludwig LUCKEMEYER: Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei. Zum 100. Geburtstag des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Republik, in: Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis, hrsg. v. Günter Schulz, Bremen 1971, S. 119–174.

365 Arthur Graf v. *Posadowsky-Wehner* (1845–1932), Jurist, 1893–1897 Staatssekretär des Reichsschatzamts, 1897–1907 Staatssekretär des Reichsamts des Innern, 1882–1885 MdpAH, 1912–1918 MdR (Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei), 1919/20 MdNV (DNVP), 1928–1932 MdpLT (Volksrechtspartei).

366 Die Rede des Grafen v. *Posadowsky-Wehner* (DNVP) in der 7. Sitzung am 14. Februar 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 326, S. 79–88, hier S. 87 f.

367 Vgl. die Rede des Abg. Dr. *Quarck* (SPD) in der 57. Sitzung am 15. Juli 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 328, S. 1565 A–D, hier S. 1565 A.

Dingen nun einmal waren, verkannten sie, welche ganz gewaltige innerpolitische Bedeutung die Ehrenlegion fast ein Jahrhundert lang im republikanischen Frankreich behauptet. Sie waren blind gegen die Vorstellung, daß die Republik sich durch Titel und Ordensverleihungen Freunde schaffen könne und daß freiwillige Arbeit und Leistung auf sozialem, karitativem und kulturellem Gebiet in der Vergangenheit staatliche Auszeichnungen als wertvollen Lohn betrachtet hatten. Ich bin auch heute noch überzeugt davon, daß der Kampf gegen die neuen Reichsfarben mit weniger Gehässigkeit geführt worden wäre, daß wahrscheinlich sogar in weiteren Kreisen eine Aussöhnung mit diesen Farben hätte herbeigeführt werden können, wenn die Republik Orden am schwarz-rot-goldenen Bande verliehen hätte. Ich glaube, daß auch rechtsstehende und grundsätzliche Gegner der Republik diese Orden angenommen und getragen hätten. Die Frage war also keineswegs so einfach und bedeutungslos wie sie vielleicht auf den ersten Blick erscheint. Es handelte sich aber um einen der Fälle, in denen man der Sozialdemokratie nachgeben mußte und ohne Verletzung des Grundsätzlichen auch nachgeben konnte.

Anders stand es freilich um die Flaggenfrage, deren Lösung leider das deutsche Volk in zwei Lager trennen sollte, zwischen denen oft jede Verbindung abgeschnitten zu sein schien. Für die neuen Farben »schwarz-rot-gold« wurden eine Reihe beachtlicher Gründe aufgeführt. Man konnte sich auf die ruhmreiche Vergangenheit dieser Trikolore in den Reihen der Deutschen Burschenschaft und der Lützower Jäger[368] berufen. Mit historisch nicht ganz zweifelsfreier Begründung hob man auch hervor, daß die Reichssturmfahne[369], die der Schwabenherzog dem Heerbann vorausgetragen hatte, diese Farben gezeigt habe. Weiter, der von uns allen sehnlichst erhoffte Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich werde durch die Annahme dieser Farben erleichtert werden, die ja schon einmal vor 70 Jahren die deutschen Farben gewesen und seitdem gerade in Österreich besondere Verehrung genossen. Sie allein könnten als Symbol einem unitarischen Großdeutschland voranleuchten. Endlich lag der Antrag der äußersten Linken vor: »Die Farbe des Deutschen Reiches ist rot«[370], ein Antrag, der, wie behauptet wurde, für manche Abgeordnete der Mehrheits-Sozialdemokratie verführerisch war, sicher wenn es sich nur um die Wahl zwischen rot und schwarz-weiß-rot handelte. Allein unsere Fraktion blieb von einigen Ausnahmen abgesehen, fest in ihrem Eintreten für die *Bismarckschen* Farben, die die Gründung des Reiches begrüßt und 50 Jahre hindurch bis in den letzten Winkel der bewohnten Erde hinein deutschen Gewerbefleiß und deutsche Kultur geschützt und das Ansehen des Reiches gekennzeichnet hatten. Es war mir unfaßlich, daß man in der Stunde der Niederlage die sturmerprobte ruhmvolle Flagge einziehen wollte, für die Tausende und Abertausende Söhne des Volkes gekämpft und geblutet hatten und für die mein eigener Sohn freudig sein junges blühendes Leben hingegeben hatte. Dieser Bruch mit einer glücklichen und glorreichen Vergangenheit konnte keine frohe Zukunft einläuten. In der Fraktion platzten die Geister hart aufeinander. Die glänzenden Darlegungen des [von] hohen Idealen beseelten Konrad *Haußmann* fanden nur bei vereinzelten Freunden Anklang,

368 Das Lützowsche Freikorps war eine Freiwilligeneinheit der preußischen Armee in den Befreiungskriegen 1813, die von Major *Lützow* kommandiert wurde.

369 Die Reichssturmfahne war eine ursprünglich im Krieg als Feldzeichen des Heiligen Römischen Reiches geführte Reiterfahne. Sie zeigte einen schwarzen Adler im quadratischen, goldenen Feld, mit einem oben angebrachten zusätzlichen roten Schwenkel, d. h. einem fest mit dem Banner verbundenen langen Wimpel.

370 Abänderungsantrag der Abg. Frau *Agnes* und Genossen (USPD) zur zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches (Nr. 59, 391), in: SBNV 1919/20, Anlagen, Bd. 337, Nr. 428, S. 287 f., hier S. 287 zu Artikel 3.

wie die namentliche Abstimmung in der Volksversammlung zeigte, in der mein Freund Carl *Petersen*[371], ein kerniger Hanseat von Freiheitssinn und Nationalbewußtsein herrliche Worte für die alte Flagge fand.[372] Wir unterlagen, konnten aber als Erfolg wenigstens die Beibehaltung der alten Farben für die Handelsflagge buchen.

Waren die Auseinandersetzungen in der Flaggenfrage hart und schwer, sie waren ein Kinderspiel gegenüber dem Kampf um den Friedensschluß. Wir lebten in dem kindlich einfältigen Glauben, daß der Friedensschluß aus Verhandlungen hervorgehen werde, bei denen auch Deutschland zu Worte kommen und eine billige Berücksichtigung seiner nationalen Notwendigkeiten erreichen werde. Der Friedensausschuß der Nationalversammlung sollte dabei nach unserer Meinung der Regierung mit seinem Rate zur Seite stehen. Das Vertrauen auf *Wilson* und auf das Recht und [die] Ehre war noch so wenig erschüttert, daß man glaubte, in allen Einzelheiten zu Gehör zu kommen und Erfolge erzielen zu können. Mein Freund *Baerwald*[373] aus Bromberg bat mich an Hand einer Spezialkarte angesichts der polnischen Ansprüche dafür zu sorgen, daß seine Vaterstadt nicht ihr Wasserwerk verliere, dessen Gebiet nach seiner Befürchtung von Polen beansprucht wurde. So dachte man und wie bitter wurden wir enttäuscht.

Im Friedensschluß sah ich zum ersten Mal eine Karte, auf der die neuen Grenzen eingezeichnet waren, die uns die Sieger aufzuzwingen beschlossen hatten. Danach sollte zwar das Rheinland bei Deutschland bleiben. Davon abgesehen überstiegen aber die Forderungen der Entente die schlimmsten Befürchtungen, die sich verzweifelte Pessimisten in unseren Reihen vielleicht gemacht haben konnten. Ich will hier die Territorialverluste, die man uns zumutete, nicht einzeln aufzählen. Wozu alte Wunden aufreißen? Darüber hinaus entsetzte uns der Entwurf des Friedensvertrages[374] mit seinen verzwickten Klauseln, seinem wirtschaftlichen und finanziellen Teufelswerk, seinen Sanktionen, seiner Vernichtung unserer Wehrhoheit, dem Verlangen nach Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher, auf Anerkennung der Alleinschuld am Kriegsausbruch, der Androhung von Maßnahmen gegen den Kaiser, die gegen unsere nationale Ehre gerichtet waren, die uns zugemuteten Leistungen an Reparationen waren so unbestimmt und unbestimmbar, daß sie deutlich den Vernichtungswillen des Feindes offenbarten. Vae victis. Diese Bedingungen waren unannehmbar. Sie hätten es wenigstens sein sollen.

Aber nun setzten die bangen Erwägungen ein. Was wird aus Deutschland, wenn kein Frieden geschlossen wird? Die Gerüchtemacher waren wieder schnell bei der Hand. Sie wußten wieder alles aus erster Hand, von ganz zuverlässiger Seite. Nach ihnen gab es nur eine Wahl, entweder um jeden Preis zu den von der Entente diktierten Bedingungen oder das Ende des Reiches. Französisch-englische Truppen wollten zu einem Mar-

371 Carl *Petersen* (1868–1933), Rechtsanwalt in Hamburg, 1924–1930, 1931–1933 Erster Bürgermeister von Hamburg, 1919–1924 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, 1920/21 Vorsitzender des Vorstands, September 1932–Juni 1933 zusammen mit *Dietrich* und *Maier* Parteivorsitzender der DStP, 1899–1918 Md Hamburger Bürgerschaft (Vereinigte Liberale), 1919–Januar 1924 MdR (DDP), Juni 1921–Januar 1924 Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

372 Die Rede von Carl *Petersen* in der 44. Sitzung der Nationalversammlung am 2. Juli 1919, in: SBNV 1919/20, Bd. 327, S. 1230–1232; die Abstimmung in der 45. Sitzung am 3. Juli 1919, in: ebd., S. 1244–1246, S. 1276–1278.

373 Moritz *Baerwald* (1860–1919), Rechtsanwalt und Notar in Bromberg, 1912–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1919 MdNV (DDP).

374 Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Delegation in Versailles der zwischen den Alliierten ausgehandelte Text des Friedensvertrags überreicht. Vgl. DIE FRIEDENSBEDINGUNGEN VON DEUTSCHLANDS GEGNERN. Auswärtiges Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin 1919.

sche den Main hinauf bereitstehen, um Nord- und Süddeutschland auseinander zu reißen. Die Polen sollten nur auf das Signal warten, um mit ihrer ganzen Macht über uns herzufallen. Dabei werde es nicht so schlimm werden, wie wir Gegner des Diktats annahmen. Die Gegner verlangten zwar zunächst Unterwerfung unter ihr Diktat, würden uns aber dann in allen möglichen wichtigen Punkten Entgegenkommen zeigen. Das wußte man natürlich auch aus zuverlässiger Quelle. Leider wurde diese Argumentation besonders von *Erzberger* nicht nur für richtig gehalten, sondern von ihm auch in seiner Fraktion, im Reichskabinett und auch sonst in verantwortungsschweren Verhandlungen vorgebracht und nachhaltig betont. Er konnte sich hierbei auf die trostlose Wirtschaftslage, auf die jammervolle Knappheit an Lebensmitteln, auf den Bürgerkrieg berufen, den die Spartakusleute über Deutschland gebracht hatten. Eine levée en masse war von dem enttäuschten, zermürbten und verzweifelten deutschen Volke nicht zu erwarten. Zudem erklärten die Generäle militärischen Widerstand für das ganze Gebiet links der Elbe für unmöglich. Vielleicht könne die Elblinie eine gewisse Zeit lang gehalten werden, auch wenn die Polen ein[rüc]kten, mit denen man fertig zu werden hoffen könne. Ähnliche Ausführungen soll *Noske*[375] als Reichswehrminister in der Fraktionssitzung der Zentrumspartei gemacht haben, die sich unter dem Druck seiner Darlegungen entschieden haben soll, für Annahme des Diktats zu stimmen, wie sie es auch getan hat.[376]

Auch wir verkannten das Schwergewicht der Gründe durchaus nicht, die für die Unterwerfung unter das Diktat angeführt wurden. Bange Sorgen durchbebten auch uns bei dem Gedanken, daß unser Nein neues schweres Unheil über unser unglückliches Vaterland bringen könne. Wir waren uns auch der furchtbaren Verantwortung bewußt, die wir auf uns luden, wenn es gelingen sollte, eine Mehrheit für die Ablehnung zu gewinnen, zu der außer uns die Rechte des Hauses von vornherein bereit war. Aber Ehre und Pflicht, der Gedanke an das Richteramt der Geschichte und die Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes zwangen uns das feste unerschütterliche »Nein« in das Herz und auf die Lippen. Sicherlich konnten wir damit für die nächste Zukunft neues schwerstes Unheil für Deutschland heraufbeschwören. Das war möglich, vielleicht sogar nicht unwahrscheinlich. Sicher und für uns unabänderlich feststehend war demgegenüber aber das eine, daß wir die Bedingungen des Diktats nicht erfüllen konnten, weil sie unsere Kraft überstiegen, soweit ihr Ausmaß überhaupt zu erkennen war, und daß wir sie nicht annehmen durften, weil sie die Ehre und Würde der Nation schimpflich verletzten. War uns doch, um nur dies eine hervorzuheben, angesonnen, U-Bootführer und Luftschiffführer wie andere sogenannte Kriegsverbrecher auszuliefern. Auf der langen Liste dieser Kriegsverbrecher stand auch mein Partei-

375 Gustav *Noske* (1868–1946), Chefredakteur der »Chemnitzer Volksstimme«, Dezember 1918–Februar 1919 Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, Februar 1919–März 1920 Reichswehrminister, Juli 1920–März 1933 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1906–1918 MdR, 1919/20 MdNV (SPD).

376 Reichswehrminister *Noske*, der früh für die Annahme des Friedensvertrags eingetreten war, hatte sich allerdings in der Fraktionssitzung des Zentrums am 23. Juni 1919 für die Ablehnung ausgesprochen, da, nach Mitteilungen des für die militärische Scherheit in Weimar zuständigen Generals *Maercker*, die Offiziere der Reichswehr im Falle der Annahme des Friedensvertrags von ihren Posten zurücktreten würden und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dadurch unmöglich würde. *Noske* korrigierte jedoch am folgenden Tage seine Lageeinschätzung, zumal auch der Generalquartiermeister der OHL, General *Groener*, telegraphisch die Auffnahme der Kampfhandlungen als aussichtslos bezeichnet und seiner Zuversicht Ausdruck verliehen hatte, dass die Offiziere bei Unterzeichnung des Vertrags ihrer Pflicht nachkommen würden. Damit waren die Erklärungen General *Maerckers* vom Vortag hinfällig. Vgl. MORSEY, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 188–192; NOSKE, S. 104–109, hier S. 107; ERZBERGER, S. 380 f., insgesamt S. 365–383.

freund *Külz*[377], der spätere Oberbürgermeister von Dresden und Reichsinnenminister, weil er als Vorsitzender eines Kriegsgerichts im Felde für ein angeblich ungerechtes Todesurteil verantwortlich gemacht wurde. Man brauchte uns die Erbitterung des Feindes und das Unheil, das sie uns aus dieser Erbitterung heraus zur Strafe für unser Nein antun würden, nicht auszumalen. Das sagten wir uns selbst. Aber wir sagten uns auch, daß das gleiche, vielleicht noch stärkeres Unheil uns bevorstehen werde, wenn wir uns gegen unser Gewissen und gegen unsere klare Überlegung diesen unmöglichen und nach unserer Auffassung bewußt und gewollt unmöglichen Bedingungen unterwerfen würden. Dann würde uns das schwere Geschick zu einer noch viel unglücklicheren Zeit treffen, nämlich nachdem wir den Rest unserer Schaffenskraft für den Wiederaufbau nutzlos vertan hatten. Um es banal auszudrücken: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Damals schrieb ich: »Wird dieser Friede angenommen, so wird Deutschland der Raub der wildesten Leidenschaften und der niedrigsten Instinkte werden. Dieser Friede kann für uns nicht den Beginn des Völkerbundes bedeuten, er wird uns nicht das Signal und der Ausdruck der Weltgerechtigkeit und der Freiheit des Menschengeschlechtes sein. [Er] wird uns mit Notwendigkeit den Bolschewismus mit all seinen Schrecknissen bringen. Diese Erkenntnis aber gerade ist es, die es uns unmöglich macht, diesen Frieden zu unterzeichnen. ... Für die Gesellschaft der Nationen ist auch ein unglückliches zermürbtes und niedergetretenes Volk ein wertvolles Glied, wenn ihm nur die Möglichkeit zur Erholung und zur Freiheit gelassen wird. Eine niedergetretene Masse von 60 Millionen Sklaven wird aber unter allen Umständen und für alle Zeiten die Ruhe und den Frieden der Welt bedrohen. Wir wollen uns nicht versklaven lassen und wir werden uns nicht versklaven lassen.«[378]

Ich glaube, daß uns die Entwicklung Recht gegeben hat, will aber nicht mit den Andersdenkenden hadern. Ich weiß, welcher Seelenkampf nicht nur von uns, sondern auch von manchen der Ja-Sager bestanden werden mußte. Ich halte es heute noch für eine der erhebendsten Erinnerungen, daß es uns gelang, die Fraktion mit ganz wenigen Ausnahmen für ein offenes festes Nein zu gewinnen.[379] Im Reichskabinett war, wie wir wußten, dessen Führer *Scheidemann* ein entschiedener Gegner der Annahme. Die Fraktion schickte eine Abordnung bestehend aus *Haußmann*, *Koch*[380] und mir zu ihm in das Schloß. Wir ließen ihn aus der Kabinettssitzung herausrufen, um ihn zu bitten, festzubleiben und ihm die Versicherung zu geben, daß unsere Fraktion hinter ihm stehe. Wie wurden wir aber erst in unserer Haltung bestärkt, als die aus Versailles heimkehrenden Mitglieder der Friedensdelegation *Brockdorff-Rantzau*, *Simons* und *Schück-*

377 Wilhelm *Külz* (1875–1948), 1904–1912 Oberbürgermeister von Bückeburg, 1912–1923 Oberbürgermeister von Zittau, 1923–1926 Bürgermeister, 1931–1933 Oberbürgermeister von Dresden, Januar 1926–Januar 1927 Reichsinnenminister, 1904–1912 MdL Schaumburg-Lippe, Januar–Mai 1920 MdNV, 1920–Juli 1932 MdR (Nationalliberale Partei/DDP/DStP). Vgl. Armin BEHRENDT: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden, Berlin (Ost) 1968.

378 Nicht nachgewiesen.

379 Vgl. die Tagebucheintragungen von Erich *Koch-Weser* vom 10. Mai und 23. Juni 1919, in: BA Koblenz, N 1012, NL Erich-Koch-Weser, Nr. 16, Bl. 113–117, 181–191.

380 Erich *Koch*, ab April 1925 nach dem von 1920–1924 von ihm vertretenen Wahlkreis Weser-Ems »*Koch-Weser*« genannt (1875–1944), 1909–1913 Stadtdirektor in Bremerhaven, 1913–1919 Oberbürgermeister in Kassel, Oktober 1919–März 1921 Reichsinnenminister, Juni 1928–April 1929 Reichsjustizminister, Januar 1924–Oktober 1930 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, Oktober 1929–Oktober 1930 Vorsitzender des Vorstands, 1924–1928 Vorsitzender des Vorstands, 1901–1909 MdL Oldenburg (NL), 1909–1913 Md Bremer Bürgerschaft, 1919–Oktober 1930 MdR (DDP/DStP). Vgl. Gerhard PAPKE: Der Liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik, Baden-Baden 1989.

ing[381] sich offen und rückhaltlos gegen die Unterwerfung unter das Diktat aussprachen. Mit den beiden Erstgenannten sprach ich noch am Abend ihrer Rückkehr in Gegenwart meiner Frau, die Zeugin des erschütternden Ringens war, das die Nationalversammlung zu bestehen hatte. Wie ernst es uns mit unserem »Nein« war, beweist die Tatsache, daß wir unsere Minister sofort aus der Regierung [zogen], als die Mehrheit sich zu »Ja« bekannte. Dieser Vorgang kann in seiner vollen Bedeutung erst gewürdigt werden, wenn man bedenkt, daß infolgedessen auch unser Freund *Preuß*, der Vater der Verfassung, aus seinem Amte scheiden mußte, obwohl das Verfassungswerk, neben der Friedensfrage die erste und bedeutungsvolle Aufgabe der Nationalversammlung, noch nicht vollendet war.[382] Übrigens legte auch *Scheidemann*, wie ich zu seiner Ehre anfügen will, sofort sein Amt nieder.[383]

Der *Kapp*-Putsch[384] überraschte mich in Köln, wohin ich am Tage vorher von Berlin, dem dorthin verlegten Sitz der Nationalversammlung, ohne jede Ahnung von dem bevorstehenden Umsturzversuch zurückgekehrt war. Er löste in Köln eine ganz gewaltige Kundgebung der republikanischen Parteien aus.[385] In Riesenzügen marschierte man durch die Stadt nach Deutz, wo in freiem Felde von rasch hergestellten Rednertribünen die Abgeordneten und Führer, auch ich, Ansprachen an die Freunde hielten. Die Züge führten Schilder mit allerhand [tagesereignisgültigen][386] Inschriften mit sich. Dabei kam der unverwüstliche Kölner Humor mehrfach zu seinem Recht. So wurde einer Gruppe Eisenbahner oder Straßenbahner ein Schild mit der Inschrift vorangetragen:

Unsere Räder stehen still,
wenn der *Kapp* regieren will.

Der Sturm, den *Kapp* anzufachen versucht hatte, war bald verrauscht. In Stuttgart war von Erregung oder Besorgnis schon nichts mehr zu spüren. Als sichtbare Folge war kaum mehr festzustellen als die Ersetzung *Noskes* durch *Geßler*, der bald zu einer der umstrittensten Persönlichkeiten der Partei werden sollte, nach meiner Überzeugung aber wegen seiner Tüchtigkeit, Willenskraft und charaktervollen Gesinnung vollen Vertrauens würdig war.[387] Wenn er in entscheidenden Fragen unseres innerpolitischen

381 Walther *Schücking* (1875–1935), 1903–1933 Professor für Völkerrecht an den Universitäten Marburg, Berlin (Handelshochschule) und Kiel, seit 1930 Richter des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag, Vorsitzender der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, 1919–1928 MdR (DDP). Vgl. Detlev ACKER: Walther Schücking (1875–1935), Münster 1970.

382 Hugo *Preuß* (1860–1925) war im November 1918 zum Staatssekretär des Innern ernannt worden und amtierte von Februar bis Juni 1919 als Reichsinnenminister. Nach seinem Rücktritt blieb er als Sonderreichskommissar weiterhin für die Verfassung zuständig. Vgl. FAATZ.

383 Das Reichskabinett unter Philipp *Scheidemann* trat in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni 1919 zurück. Vgl. SCHULTHESS 1919/I, S. 243.

384 Am 13. März 1920 besetzte die Marinebrigade *Ehrhardt* unter General von *Lüttwitz* das Berliner Regierungsviertel. Der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang *Kapp* wurde zum neuen Reichskanzler ausgerufen. Infolge eines Generalstreiks und der Weigerung der Beamten, mit den Putschisten zu kooperieren, brach der Putsch vier Tage später zusammen. Vgl. Johannes ERGER: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967. – Wolfgang *Kapp* (1858–1922), Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, führend im Alldeutschen Verband, 1906–1920 Generallandschaftsdirektor in Königsberg, September 1917 Mitbegründer der Deutschen Vaterlandspartei, Februar–November 1918 MdR (Deutschkonservative Partei).

385 Am 15. März 1920 fand auf dem Exerzierplatz in Köln-Deutz eine von Anhängern der Weimarer Koalitionsparteien, der USPD und den Gewerkschaften organisierte Kundgebung gegen den Kapp-Putsch statt. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 256, 16. März 1920: »Die Kundgebung in Köln.«

386 Im Original: »tageereignisgeltenden«.

387 Am 22. März 1920 trat Gustav *Noske* als Reichswehrminister zurück, am 26. März erklärte schließlich auch das Reichskabinett *Bauer* seinen Rücktritt. Neuer Reichswehrminister im Kabinett *Müller* wurde Otto *Geßler*. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 59, 71 und 73 f. – Otto *Geßler* (1875–1955), 1914–

Lebens von schlauen Untergebenen hinter das Licht geführt [worden] sein sollte, so spricht auch das nicht gegen seine Fähigkeit und seine Zuverlässigkeit. Ich habe es immer bedauert, daß er viel zu früh aus seinem Amte und dem politischen Leben überhaupt ausgeschieden ist. Heute wird mir wohl mancher, der seinen Rücktritt mit offener oder versteckter Freude begrüßt hat, Recht geben, wenn ich sage, vielleicht wäre vieles oder alles ganz anders gekommen, wenn es gelungen wäre, einen so bedeutsamen und integeren Mann wie *Geßler* länger auf seinem Posten zu halten.

In den letzten Monaten der Nationalversammlung wurde ich in immer steigendem Maße durch die anderen Ämter in Anspruch genommen, die ich gleichzeitig bekleidete. Denn ich war nicht nur Stadtverordneter in Köln, sondern auch Mitglied des rheinischen Provinziallandtags und außerdem Mitglied des parlamentarischen Beirats des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und des Vorstandes des Städtetages, um weniger wichtige Aufgaben [zu] verschweigen.

In Köln hielt ich am 12.8.22 bei der ersten Verfassungsfeier die Festrede.[388] Das war deshalb keine einfache Sache, angesichts der so verschiedenartig zusammengesetzten Zuhörerschaft, die übrigens den großen Saal des Gürzenich kaum zur Hälfte füllten. Die Reichsfahne fehlte im Saal, wie man auch an Privathäusern nur sehr vereinzelt die neuen Farben sehen konnte. Meine Rede wurde mit großem Beifall begrüßt, fand aber in der Presse, was ja eigentlich selbstverständlich ist, eine recht verschiedenartige Besprechung. Daraus will ich eine Stelle festhalten, die die »Rheinische Zeitung«, das Blatt der Sozialdemokratie, geschrieben hat.[389] »Der Stadtverordnete Falk hatte keine leichte Aufgabe. Er sollte über den Geist der Verfassung reden, ohne bei dieser so verschiedenartig zusammengesetzten Zuhörerschaft Anstoß zu erregen. So gab er sich dann alle Mühe, zwar eine republikanische Rede zu halten, aber den Freunden der Monarchie den Abschied von der Vergangenheit [nicht gar] so schwer zu machen. An mancher Stelle seiner Rede war uns unbehaglich zumute, denn es schien uns, daß ihm Ansprachen bei früheren monarchistisch-patriotischen Anlässen noch [all]zu sehr im Gedächtnis hafteten. Alles in allem: Es war ein etwas schwarz-weiß-rot drapiertes Bekenntnis zur Republik, aber es war doch eins.«

Ich muß zugeben, daß diese Kritik nicht völlig fehl geht. Nach Beendigung des passiven Widerstandes, am 2.[390] November 24, sprach ich in einer Riesenkundgebung im Sportpalast in Berlin.[391] Die Zeitungen behaupten, daß über 20000 Menschen die Halle gefüllt und daß viele Tausende keinen Eintritt mehr gefunden hätten. Ich sprach über den Abwehrkampf [an] Rhein und Ruhr. Die Kraft, die uns die Rettung brachte, kam allein aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet unter rührender Mitwirkung der deutschen Demokratie, war der Leitsatz meiner Ausführungen. Mit mir sprachen *Koch-*

1919 Oberbürgermeister von Nürnberg, November 1919–März 1920 Reichsminister für Wiederaufbau, März 1920–Januar 1928 Reichswehrminister, 1920–Dezember 1924 MdR (DDP). Vgl. Heiner MÖLLERS: Reichswehrminister Otto Geßler: eine Studie zu »unpolitischer« Militärpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1998; Otto GESSLER: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. v. Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.

388 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 566, 12.8.1922: »Die Feier des Verfassungstages in Köln.«

389 RHEINISCHE ZEITUNG, 188, 12.8.1922: »Der Tag der Deutschen Republik«.

390 Im Original: »3.«

391 Am 1. und 2. November 1924 hielt die DDP einen außerordentlichen Parteitag im Berliner Sportpalast ab. »Der Sprecher der rheinischen Demokraten, Justizrat *Falk*,« so schrieb das »Berliner Tageblatt«, »weist auf die bevorstehende Tausendjahrfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich hin und stellt der Versackungspolitik rechtsstehender Kreise den Willen der Deutschen Demokratie entgegen, daß das Rheinland niemals preisgegeben werden darf.« BERLINER TAGEBLATT, 523, 3.11.1924: »Die demokratische Riesenkundgebung.«

Weser, *Hellpach*[392], Frau *Bäumer* und der General von *Deimling*[393]. Es war wohl die letzte ganz große öffentliche Kundgebung der Partei, die als ein unbestrittener Erfolg angesehen werden muß.

Im rheinischen Provinziallandtag hatten sich, solange ich angehörte, Deutschnationale Volksparteiler und Deutschdemokraten zu einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. *Jarres*[394], Duisburg, zusammengefunden. Unsere Zusammenarbeit, die sich aufbaute auf der gemeinsamen Haltung gegenüber den rheinischen Sonderbestrebungen, wickelte sich in den freundlichsten Formen und reibungslos ab. Ich war bis zu meinem Ausscheiden aus dem Provinziallandtag stellvertretender Vorsitzender des ersten Fachausschusses, der die Finanzfragen vorzubereiten hatte. So lernte ich schnell den Haushaltsplan der Provinz kennen, aber auch das Gegenspiel der örtlichen und wirtschaftlichen Gegensätze, die sich aller gemeinsamen Not zum Trotz zur Geltung zu bringen suchten. Innenpolitische Kämpfe erheblichen Ausmaßes spielten sich im Provinziallandtag kaum ab. Allerdings gefiel sich mancher Redner darin, sich als Parlamentarier zu fühlen und demgemäß den [...][395] Provinziallandtag [als Provinzialparlament] zu bezeichnen, wie ja auch die Stadtverordnetenversammlungen es sich häufig gefallen lassen mußten, als Stadtparlament angesprochen zu werden. Im allgemeinen blieb man sich aber bewußt, daß der Provinziallandtag nichts anderes war, als ein kommunaler Selbstverwaltungskörper. Diese Beschränkung ermöglichte ein sachliches und erfolgreiches Zusammenarbeiten und den Ausbau der weitverzweigten und vielfachen Anstalten und Einrichtungen, der oft ein Wiederaufbau genannt werden muß.

Beispielsweise hatte das Straßennetz der Provinz unter den Lastkraftwagen der Besatzungsarmee gewaltigen Schaden erlitten und der Verlust von Eupen und Malmedy nicht nur eine unglückliche Grenzziehung herbeigeführt, sondern auch das Wegenetz vielfach zerstört. Es waren erhebliche Geldmittel erforderlich, um hier wieder Ordnung zu schaffen. Wichtiger und bedeutungsvoller noch war die Wiederherstellung der Finanzverwaltung, die unter Besatzung, Inflation und Wirtschaftsnot schwere Schäden davongetragen hatte. Krieg und Kriegsfolgen bevölkerten die Provinzanstalten, die den Blinden und Krüppeln, den Geisteskranken und Schwachsinnigen dienten. Die Festsetzung und Verteilung der Provinzialumlage bildete daher eine wichtige und schwierige Aufgabe. Einen sehr erheblichen Anteil davon hatte die Stadt Köln aufzubringen, was aber nicht hinderte, daß sie recht unbeliebt war.

Wie viele Rheinländer eine angeborene Abneigung gegen Berlin als unveräußerliches Erbgut übernommen haben, so bestand auch eine unverhüllte Auflehnung gegen die Metropole Köln bei vielen, die sich von äußerlichen Erscheinungen bestimmen ließen

---

392 Willy *Hellpach* (1877–1955), Arzt, seit 1926 Professor für Psychologie in Heidelberg, 1922–1925 badischer Kultusminister, 1924–1925 badischer Staatspräsident, Dezember 1925–März 1930 Vorsitzender des Parteiausschusses der DDP, 1928–März 1930 MdR (DDP). Vgl. Willy HELLPACH: Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, 2 Bde., Hamburg 1948/49.

393 Berthold (v.) *Deimling* (1853–1944), preußischer Offizier, 1906 Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika, 1913 kommandierender General des XV. Armeekorps (Straßburg), September 1917 zur Disposition gestellt, seit 1918 Republikaner und Pazifist, 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

394 Karl *Jarres* (1874–1951), 1914–1933 Oberbürgermeister von Duisburg, November 1923–Januar 1925 Reichsinnenminister und Vizekanzler. Vgl. Jürgen KRUSE-JARRES: Karl Jarres: ein bewegtes Politikerleben. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006; Paul Heinz DUENNEBACKE: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik, phil. Diss. Münster 1975.

395 Im Original: »als«.

und sich dem Kantönligeist ergaben. Dieser Mißstand wurde nicht zum wenigsten durch persönliches Übelwollen gegen *Adenauer* gesteigert, der ganz zweifellos die wichtigste Persönlichkeit im Rheinland war und als Vorsitzender des Provinzialausschusses im Provinziallandtag eine überragende Stellung einnahm. Verstärkt wurde die Stimmung wohl auch durch die erklärlichen und unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Fünfer-Ausschuß in Köln[396] und manchen Stellen entstanden waren. Die Kämpfe zwischen Versackungspolitik und unserem Standpunkt fanden auch im Provinziallandtag einen gewissen Widerhall. Endlich aber war auch hier der Wettbewerbskampf zwischen den rheinischen Großstädten von nicht geringer Bedeutung. Er hat in einem lesenswerten Schlüsselroman »Das wachsame Hähnchen«[397] eine ergötzliche Wiedergabe gefunden.

Der preußische Staatsrat, dem ich bis zu meiner Wahl in den Preußischen Landtag angehört habe, war kein Parlament im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern nur ein Kontrollorgan für den Landtag. Beschließt dieser Ausgaben über einen von der Regierung vorgeschlagenen oder zugestandenen Betrag hinaus, so ist die Zustimmung des Staatsrates erforderlich, dem au[ßer]dem ein Einspruchsrecht gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze zusteh[t]. Er ist oft als unnötig und hemmend angesehen worden, sehr zu Unrecht. Er war wirklich [aus] ausgesuchten Vertretern des öffentlichen Lebens zusammengesetzt, unter denen sich besonders viele Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker von Rang befanden. In ihm befanden sich auch viele ehemalige Parlamentarier, die kein Mandat erringen konnten. Ein geistreicher und ein bißchen boshafter Freund, der selbst auf viele Jahre des Wirkens als Reichstags- und Landtagsabgeordneter zurückblicken konnte, sagte mir einmal, als ich ihn auf die Tribüne des [Sitzungssaales][398] geleitete: »Es ist doch auffallend, wer alles hier beigesetzt ist.« Dieser Spott war nicht berechtigt. Wenn der Staatsrat auch in der Öffentlichkeit sich mit einer bescheideneren Stellung begnügen mußte, so hat er doch gute und erfolgreiche Arbeit geleistet, die mich in meiner alten und stets festgehaltenen Überzeugung bekräftigt hat, daß das Zweikammersystem dem Monopol des Einzelparlaments vorzuziehen ist. Das ist wohl auch, wenn auch uneingestanden, die herrschende Meinung geblieben. Wir hatten im Reich wie in Preußen ein allerdings kryptogames Zweikammersystem, das sich hinter der Einrichtung des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des preußischen Staatsrates verbarg.

Die folgenden Passagen, in denen Falk erneut auf seine rheinische Heimat eingeht, wurden bereits oben zum Abdruck gebracht.[399] *Eingehend befasst er sich mit den Versuchen der Franzosen, ihren Einfluss im besetzten Gebiet auszubauen.*

Man suchte es nachträglich zu ermöglichen durch den Mißbrauch des Besatzungsrechts, das durch den Friedensvertrag über uns verhängt war und durch eine völlige ungerechtfertigte ausdehnende Auslegung des Rheinlandabkommens über seinen Wortlaut und seinen Sinn hinaus. Demgemäß knebelten die Verordnungen der interalliierten Ober-

396 Nach dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923 wurde in Köln ein aus den Vertretern der einzelnen Parteien bestehender Fünferausschuss gebildet. Der Ausschuss sollte das Gesamtinteresse der britischen Zone gegenüber der Besatzungsmacht, der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium wahren. Ihm gehörten für das Zentrum Hugo *Mönnig*, für die SPD Johann *Meerfeld*, für die DVP Paul *Moldenhauer*, für die DNVP Max Josef *Hommelsheim* und für die DDP Bernhard *Falk* an. Siehe weiter unten.

397 Erike REGER: Das wachsame Hähnchen: polemischer Roman, Berlin 1932.

398 Im Original: »Stimmungssaales«.

399 Vgl. dazu die Erläuterung auf S. 273 f. – Der Text hier endet auf Blatt 135 und fährt auf Blatt 142 fort.

kommission in Koblenz das öffentliche Leben, die Behörden, die Kultur, die Wirtschaft und unterdrückte unbequeme Meinungsäußerungen in Wort und Schrift, in Theater und Film mit unbarmherziger Strenge. Selbst das Deutschlandlied durfte nur unter bestimmten Voraussetzungen gesungen werden, öffentliche Beflaggung war in jedem Einzelfalle von der Erlaubnis der örtlichen Verwaltungsstelle (des Kreisdelegierten) abhängig. Die fremdländischen Militärgerichte übten drakonisches Gericht. Verhaftungen und Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet häuften sich. Neuernannte deutsche Beamte durften ihren Dienst erst nach der Genehmigung durch die Besatzungsbehörde aufnehmen. Deutsche Gesetze und Verordnungen unterlagen dem Zwang der Registrierung. Sie hatten erst Geltung, nachdem sie von der Oberkommission geprüft waren, die sich das Recht zuschrieb, sie zuzulassen, zu verbieten oder außer Kraft zu setzen. Die Haltung der Rheinländer belehrte aber bald die nationalistischen französischen Politiker, daß alle diese Maßnahmen, so hart und drückend sie auch waren, nicht zu einer seelischen Entdeutschung der Bevölkerung führen konnten. Deshalb suchte man diesem Ziele durch wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung näher zu kommen. Eine fein gesponnene Propaganda der Kultur, wie die Franzosen diesen Weg ihrer Loslösungspolitik nennen, setzte ein. Ihr Exponent war Maurice *Barrès*.[400] In einer Schrift: »Der Genius des Rheins«[401] versuchte er einen künstlichen Gegensatz zwischen deutscher und rheinischer Kultur aufzurichten und darzutun, daß sich die Seele des rheinischen Volkes französischem Esprit und französischer Zivilisation zuneige. Die französische Kulturpropaganda stützte sich auf diese Gedankengänge, um die französische Politik, das Rheinland von Deutschland und von Preußen zu trennen, dem Ausland gegenüber mit kulturellen Beweisgründen zu rechtfertigen. Dabei verkannten aber *Barrès* und seine Gefolgschaft die tausendjährige Geschichte und die Gesinnung des Rheinländers. Sie wußten nichts davon, daß die Rheinlande urdeutsche Länder und eine Kraftquelle deutschen Lebens, daß die rheinischen Städte Hochburgen der deutschen Kultur waren und sind. Stattdessen ließen sie sich durch wahrheitswidrige Berichte bezahlter Agenten über die Stimmung im Lande und die Strömungen im öffentlichen Leben gerne und kritiklos täuschen. Der französische Pressedienst gab ein deutsch geschriebenes Nachrichtenblatt heraus, das in einer Auflage von 20000 Stück etwa alle 2 Tage erschien und unentgeltlich verbreitet wurde.[402] Seinen Hauptinhalt bildeten neben deutschfeindlichen Aufsätzen Lobeshymnen auf französische Zivilisation und französische Einrichtungen und Zustände. Daneben verbreitete man Zeitungen, als deren Herausgeber sich Deutsche vorstellten, die aber kaum mehr als Strohmänner waren. Das gilt namentlich von *Smeets*[403] und seiner »Rheinischen Republik«. Dieses Blatt wurde tatsächlich von dem [»]Comité du rhin rive gauche[«] in Paris herausgegeben und finanziert. *Smeets* zeichnete als Verleger, spielte dabei in Wirklichkeit aber lediglich die Rolle eines bezahlten Propaganda-Agenten. Zum Zeitungsverleger fehlte ihm nicht mehr als alles. Er besaß weder volkswirtschaftliche noch politische oder hi-

400 Maurice *Barrès* (1862–1923), französischer Schriftsteller, führender Vertreter des französischen Chauvinismus. Seine Schrift »Le génie du Rhin« (1921) war das Hauptmanifest der französischen Rheinpolitik.

401 Maurice BARRÈS: Le génie du Rhin, Paris 1921.

402 Das vom französischen Pressedienst in deutscher Sprache herausgegebene »Nachrichtenblatt« erschien vom 15.4.1921 bis zum 1.12.1925 in Koblenz. Vgl. WEIN, S. 50; Ingrid VOSS/Jürgen VOSS: Die »Revue Rhénane« als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930), in: Archiv für Kulturgeschichte 64 (1982), S. 403–445, hier S. 410.

403 Joseph *Smeets* (1893–1925), Journalist, Herausgeber des Wochenblatts »Rheinische Republik« (Köln), 1920 Führer der »Rheinischen Republikanischen Volkspartei«, 1922/23 führender Separatist, nach dem Ende der Abfallbewegung nach Metz emigriert.

storische Kenntnisse. Es mangelten ihm aber auch die Voraussetzungen auf dem Gebiet der Grammatik und der Orthographie, ohne die eine Herausgabe einer Zeitung nicht gut denkbar ist. Ich habe ihn gut genug aus der gemeinschaftlichen Tätigkeit im Wohlfahrtsausschuß der Stadt Köln kennengelernt. Das von *Dorten* herausgegebene Blatt »Rheinischer Herold« war gleichfalls nichts anderes als ein geschickt aufgemachtes Organ der französischen Propaganda. Außerdem wurde noch eine Monatsschrift für Kunst und Literatur und Philosophie, die »Revue Rhénane« zur Beeinflussung der gebildeten Kreise herausgegeben und verbreitet.[404] Ähnliche Zwecke verfolgten »Echo du Rhin«[405] und die »Dépèche Belge«. Auch im englisch besetzten Gebiet, in Köln, wurde seit dem Jahre 1919 ein Blatt in englischer Sprache mit Unterstützung der Besatzungsbehörden herausgegeben, das zuerst deutschfeindlich und ausgesprochen franzosenfreundlich war. Im Laufe der Zeit änderte sich aber seine Richtung. Die »Cologne Post« bemühte sich im allgemeinen objektiv zu berichten und eine maßvolle Sprache zu führen.

Zähe Kleinarbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet unterstützte die Propaganda. Diese Arbeit verfolgte den Nebenzweck, unmittelbar wirtschaftliche Vorteile für Frankreich herauszuschlagen. Die Monatshefte der französischen Handelskammer in den rheinischen Provinzen haben im Juni 1921 zur Zeit der wirtschaftlichen Sanktionen an leitender Stelle diese Politik der wirtschaftlichen Durchdringung enthüllt. Der Aufsatz teilt die Besatzungszeit in drei Zeitläufe ein. Dem Waffenstillstand und seiner rein militärischen Herrschaft sei die Zeit des administrativen und militärischen Regimes gefolgt. Dies sei jetzt durch das Zollregime der Sanktionen abgelöst worden, unter dem endlich eine wirkliche französische Wirtschaftspolitik getrieben werden könne. Das durch die Sanktionen eingeführte wirtschaftlich administrative Spezialregime habe eine ganz neue Ordnung der Dinge herbeigeführt. Es handele sich jetzt nicht mehr um eine einfache Besatzungszone, sondern um ein Land, das soweit meine materiellen Interessen in Betracht kommen, als autonomes Land angesehen werden müsse. Noch deutlicher drückte sich »Echo de Paris« aus. In einem Bericht, den sich dieses Blatt im November 1921 aus Wiesbaden schreiben ließ, heißt es: »Die französische Ausbreitung im Rheinland, mit der wir sofort nach dem Waffenstillstand begonnen haben, ist heute fast ausschließlich wirtschaftlicher Art... Viele Kaufleute und Industrielle, die im Kriege und Heer gedient und dadurch ihr Brot verloren hatten, sind in dem Lande geblieben, in das sie der »Sieg des Rechts« geführt hat. Sie haben sich tapfer an die Arbeit gemacht. Mehr durch sie als durch die militärische Besatzung und die Verwaltung hat sich Frankreich am Rhein moralisch festgesetzt... Der Kaufmann und Industrielle weiß, daß jeder Fehler ihn zum Ruin führen kann. Er bemüht sich also mit einer Geschicklichkeit zu handeln, die sich bewährt hat. Denn heute haben wir im Rheinland Handelskammern, Zeitungen, Banken und eine große Anzahl von Instituten, die französische Interessen vertreten.«[406]

---

404 Die deutsch-französische Monatszeitschrift »Revue Rhénane/Rheinische Blätter« erschien vom Oktober 1920 bis August 1930 in Mainz. Vgl. Ingrid VOSS/Jürgen VOSS: Die »Revue Rhénane« als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930), in: Archiv für Kulturgeschichte 64 (1982), S. 403–445; WEIN, S. 50–52.

405 Das nahezu ausschließlich in französischer Sprache redigierte »L'Echo du Rhin« erschien vom 21.9. 1919 bis zum 28.11.1925, zunächst in Mainz, dann seit Juli 1925 als Wochenzeitung in Koblenz. Vgl. WEIN, S. 48–50; Ingrid VOSS/Jürgen VOSS: Die »Revue Rhénane« als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920–1930), in: Archiv für Kulturgeschichte 64 (1982), S. 403–445, hier S. 410.

406 L'ECHO DU RHIN, 631, 26.11.1921, den Artikel des Korrespondenten des »Echo de Paris« zitierend. Der Artikel, in: BA Koblenz, ZSg 105/52, Bd. 1: Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse [Monatshefte] (Als Manuskript gedruckt. Selbstverlag des Herausgebers). Südwest-

Die Niederlassung von Angehörigen der alliierten Staaten wurde im Verwaltungswege erleichtert. Die ausländischen Banken und Kaufleute, die während des Waffenstillstands in das besetzte Gebiet gekommen waren, wurden als Heeresgefolge angesehen und erfreuten sich infolgedessen besonderen Schutzes. Die Zahl wertvoller städtischer Grundstücke, die in die Hand von Ausländern überging, wuchs bedrohlich an. Durch eine im Dezember 1920 erlassene Anordnung wurde auf der anderen Seite eine Bestandsaufnahme von altem Material angeordnet, das sich für militärische Zwecke eigne.[407] Diese Aufnahme sollte sich auf alle Fabriken und alle öffentlichen und privaten Unternehmungen erstrecken, die zur Herstellung oder Ausbesserung militärischen Materials verwendet werden können. Diesem Zweck können aber wohl alle gewerblichen Betriebe ohne jede Ausnahme dienstbar gemacht werden. Das bedeutete also eine restlose Aufsicht über die gesamte Wirtschaft des besetzten Gebietes. Dann kam die Last der Einquartierung und damit eine fast unerträgliche Steigerung der Wohnungsnot, die sich doch als eine der unheilvollsten Folgen des Krieges herausgebildet hatte. Wie es im Rheinland aussah, das hat ein gewiß unverdächtiger Zeuge für das Gedächtnis aller Zeit festgehalten. Pierrepont *Noyes*[408], der 14 Monate der Vertreter der Vereinigten Staaten in der Oberkommission in Koblenz gewesen ist, also genaue Beobachtungen machen konnte, hat in der amerikanischen »Nation« folgendes Urteil veröffentlicht: »Ich glaube, daß man im Rheinland eine [feindliche][409] Okkupation in Reinkultur sehen kann und – das kann ich aus persönlicher Beobachtung sagen – sie ist brutal, herausfordernd, sie ist Fortsetzung des Krieges.«[410]

Moralische Eroberungen vermochten die Franzosen im Rheinland nicht zu buchen, sie hielten aber mit zähem Machtwillen an ihrer Politik der Loslösung fest. Ihre Hoffnungen stützten sich in der Hauptsache auf die separatistischen Bestrebungen der *Dorten*, *Smeets* und Genossen. Sie waren Landesverräter, aber von sonderbarem Format. Bei Licht besehen waren sie nichts anderes als von Großmannssucht befallene Wirrköpfe und Wichtigmacher. Seit dem Ruhrkampf verfügte der rheinische Separatismus, den sie betrieben, nur über ein kleines Häuflein von Anhängern. Ernst zu nehmende Menschen gaben sich zur Förderung ihrer Loslösungsbestrebungen nicht hin. Das war gerade der Kummer und die Sorge der Franzosen, die ständig mit äußerster Anstrengung darauf hingearbeitet haben, angesehene und einflußreiche Männer an der Spitze der Bewegung zu sehen. Innerlich waren die Separatisten gespalten. *Dorten* hielt formell und nach außen an der Zugehörigkeit der rheinischen Republik zum deutschen Reiche fest, während *Smeets* einen selbständigen neutralen Rheinstaat forderte. Beide waren aber völlig einig in dem Ziel der Anlehnung an Frankreich. *Dorten* versuchte die neugegründete Christliche Volkspartei, die sich während ihrer kurzen Lebensdauer in der Hauptsache aus unzufriedenen Zentrumsmännern zusammensetzte, mit der [von] ihm gegründeten Rheinischen Volksvereinigung zu verschmelzen. Dieser Versuch mißlang aber. Die Kölner Gruppe der Christlichen Volkspartei vereinigte [sich] vielmehr mit allen anderen rheinischen Parteien in der [Fo]rderung der Ausschaltung des Art. 18 der Reichs-

deutscher Verlag München (3 Bde.), 1921–1926, hier Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse. Als Manuskript gedruckt. Selbstverlag des Herausgebers. November-Heft 1921.

407 Die Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission wurde am 25. Dezember 1920 erlassen. Sie diente der Vorbereitung einer im Falle der Erklärung des Belagerungszustandes etwa erforderlich werdenden Requisition. Vgl. SCHULTHESS 1920/I, S. 322.

408 Pierrepont B. *Noyes* (1870–1959), amerikanischer Industrieller und Diplomat, 1919–1920 Vertreter der USA in der Rheinlandkommission in Koblenz.

409 Im Original: »friedliche«.

410 Pierrepont B. NOYES: »Justice to Germany and France«, in: The Nation, Bd. 112, 19.1.1921, S. 92–101, hier S. 97.

verfassung für das Rheinland während der Dauer der Besatzung. Das führte zur Sprengung der Christlichen Volkspartei, deren unruhiger Koblenzer Flügel im Februar 1922 die alsbaldige Schaffung eines rheinischen Bundesstaates verlangte.[411] *Smeets* gab seinen Anhängern den prunkvollen Namen »Rheinische Republikanische Volkspartei«. Aber [auc]h in dem Häuflein seiner Genossen wütete eine neue »Partei«, die sich »Rheinische Freiheitspartei« nannte. Nur ein Zusammenhang bestand zwischen die[sen Grup]pen und Grüppchen: Allen floß der Franken aus derselben Kasse zu. Aber ein völliger Zusammenschluß aller dieser Gruppen durfte nach meiner Überzeugung nicht zu einer ernstlichen Gefahr für das Rheinland führen. [So] versuchte man die wirtschaftliche Not, in der sich das Reich wie alle [Schi]chten der Bevölkerung befanden, für die Abtrennungsbestrebungen auszu[schl]achten. Man versprach öffentlich und geheim den Rheinländern goldene Berge, wenn sie sich von Deutschland und Preußen lossagen und sich kulturell und wirtschaftlich in die Abhängigkeit von Frankreich begeben wollten. Das Schicksal des Saargebietes belehrte mich darüber, was aus uns werden würde, wenn die Rheinlande vom Herzen Deutschlands losgerissen würden. Nach meiner Überzeugung wäre eine rheinische Republik zu schnellem wirtschaftlichen Verfall, zu ständiger Unfreiheit, zur Verwelschung verurteilt gewesen. Es erschien mir unwesentlich, ob man die Rheinrepublik im Bestande des Reiches erhalten, also [...][412] zu einem deutschen Bundesstaat gestalten oder ob man sie von Deutschland losreißen und einen neuen Staat aus ihr machen wollte. Denn der rheinische Bundesstaat war für mich nur der erste Schritt zur Trennung vom Reich. Ich kannte ja die Auffassung der französischen Politiker und Militärs, für die ein rheinischer Bundesstaat ohne Interesse war. Frankreich hätte sich mit diesem ersten Schritte nicht zufriedengegeben, sondern ihn nur als eine Erleichterung zur Durchführung seiner Politik betrachtet. Ich habe immer und immer wieder betont, im Kreise meiner Parteifreunde wie in all den Gremien, denen ich in der Zeit der Entscheidung angehörte, daß keine Klammer gelöst werden dürfe, die das linksrheinische Gebiet mit dem Lande rechts des Rheins verbinde. Der Ruf »Los von Berlin«, der in Hannover, in Bayern und anderswo erscholl, durfte in den Ohren der Rheinländer keinen Widerhall finden, wir wären sonst auf die schiefe Ebene gekommen, die zu Frankreich hinüberleitete. Das zermürbende Ringen um die Erhaltung unseres Deutschtums konnte mir den klaren Blick nicht rauben. Niemand hat mir beweisen können, daß mit der Errichtung eines selbständigen rheinischen Bundesstaates Vorteile für diesen selbst oder für das Reich verbunden sein konnten. Die Besatzung wäre nicht abgezogen, die Reparationslasten wären nicht gemindert worden, die Haßpsychose unserer Gegner wäre nicht verschwunden. Aber zu dem immer stärker werdenden Druck des Feindes wäre der seelische Druck untragbar hinzugetreten, den der Verrat an Deutschland zeitigen mußte. Denn so faßte ich die Loslösungsbestrebungen auf, in welcher Spielart sie auch auftraten. Damit glaube ich den Menschen kein Unrecht zu tun, die die Loslösung für unabänderlich hielten und von dieser Auffassung aus dem Reiche zu dienen glaubten, wenn sie sich die Loslösung nicht aufzwingen ließen, sondern sich zu ihr entschlossen um den Preis von Erleichterungen für das Reich. Aber ich habe immer die Überzeugung gehabt und vertreten, daß wir nur

411 Gemeint ist vermutlich die Versammlung der Christlichen Volkspartei in Boppard (Kreis St. Goar) am 5. Februar 1922, an der Delegierte aus der ganzen Rheinprovinz teilnahmen. Koblenz war mit Theodor *Oehmen* vertreten, der 1923/24 in der separatistischen Regierung der »Rheinischen Republik« das Amt des Regierungspräsidenten innehatte. Vgl. Rudolf STEINWAND: Boppard und der Separatismus. Eine chronologische Zusammenstellung der wichtigsten Geschehnisse mit einem kurzen Abriß der gesamten Rheinischen Bewegung. Enthüllungen und Dokumente, Koblenz 1930, S. 28.

412 Satzteil im Original durchgestrichen: »ob man sie von Deutschland losreißen oder ob man sie von Deutschland«.

der deutschen Zukunft und der deutschen Ehre willen uns gegen alle Loslösungsbestrebungen bis zum Äußersten und mit allen Kräften zu stemmen verpflichtet seien. Unterlagen wir, so waren wir von stärkeren Mächten gezwungen worden. Vor unserem Gewissen, vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte konnten wir dann bestehen. Aber freiwillige Unterwerfung, Zustimmung, womöglich in der Form einer Volksabstimmung gab dem Gegner mindestens den Schein des Rechts, den er für die öffentliche Meinung der Welt brauchte. Die beiden angelsächsischen Nationen und ihre Regierungen hatten darauf bestanden, daß das linksrheinische Gebiet Deutschland erhalten blieb. Welch jammervolles Bild hätten wir geboten, wenn wir jetzt Frankreich nachgegeben hätten, was ihm *Wilson* und *Lloyd George*[413] versagt hatten. Die französische Propaganda würde es schon verstanden haben, aller Welt vorzuspielen, daß wir ungezwungen, aus freien Stücken, in der Erkenntnis der Größe westlicher Kultur uns zu der Politik der Grande Nation bekannt und von Deutschland oder, was für mich ja schließlich auf dasselbe hinauskam, von Preußen getrennt hätten. Deshalb blieb für mich immer nur ein starres Nein, an dem ich, wie ich mit Genugtuung sagen darf, auch in den Momenten der größten Gefahr festgehalten habe. Aber es ist uns nicht leicht gemacht worden, fest zu bleiben. Die Jahre 1921 und 1922 brachten allerhand separatistische Putsche, aber doch nur kleineren Ausmaßes. Die Bevölkerung wurde hin und wieder durch Alarmnachrichten erschreckt, daß die Ausrufung der rheinischen Republik bald hier bald dort für die nächsten Tage bevorstehe. Aber zu wirklich bedeutungsvollen Maßnahmen kam es nicht. Dagegen wurde die wirtschaftliche Lage im Rheinland von Tag zu Tag trüber mit dem Fortschreiten der Inflation, die sich bald zu einem unaufhaltsam erscheinenden Währungs[ver]fall [entwickelte][414]. Der deutsche Ausverkauf an das Ausland stieg und stieg. Mit ihm ging das Sach- und Devisenhamstern Hand in Hand. Der Verkehr stockte, die wirtschaftliche Energie erlahmte. Ein Keil trieb so den anderen.

Dann aber kam am 11. Januar 1923 der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Die Briten begleiteten diesen Schritt ihrer Verbündeten mit banger Sorge. Kapitän *Welton* bat mich zu einer Besprechung, wie sich herausstellte, lediglich um meine Ansicht über den Ruhreinbruch zu hören. Ich erklärte einen Mißerfolg für ganz zweifellos und sprach die Hoffnung aus, daß die Franzosen sich blutige Köpfe holen würden. Er wollte wissen, ob wohl in den Bergwerken Waffen und Sprengstoffe verborgen gehalten würden. Ich konnte ihm wahrheitsgemäß erwidern, daß ich davon nichts wisse, daß aber der kernige Westfale keinen Kampf scheue. Gemäß der Anordnung der Reichsregierung setzte alsbald der passive Widerstand ein, dessen Kern- und Glanzstück die Arbeitsverweigerung der Arbeiterschaft bildete, die in diesen Zeiten der furchtbarsten Not Schulter an Schulter mit dem Unternehmertum gestützt durch Beamten- und Bürgerschaft in vorderster Linie zu kämpfen berufen war. Schnell setzte die Auswirkung des passiven Widerstandes, den die französischen Gewalthaber nicht vorausgesehen hatten, auf das altbesetzte Gebiet ein. Die Franzosen und Belgier bemächtigten sich in den beiden von ihnen besetzten Gebieten des gesamten Eisenbahnwesens und brachten es dadurch nahezu zum Erliegen, weil die Bevölkerung [sich] wie ein Mann weigerte, die französisch verwaltete Regiebahn zu benutzen. Massenausweisungen und Massenverhaftungen der leitenden Beamten, aber auch der Eisenbahner, die

413 David *Lloyd George* (1863–1945), Anwalt, 1905–1908 britischer Handelsminister, 1908–1915 Schatzkanzler, 1915–1916 Munitionsminister, 1916 auch Kriegsminister, Dezember 1916–Oktober 1922 Premierminister, Führer der Liberalen bis zur Parteispaltung 1931, 1890–1944 Mitglied des britischen Unterhauses (Liberaler).

414 Im Original: »verteidigte«.

sich gegen die Gewaltmaßnahmen der siegestrunkenen Besatzungsbehörde opferwillig stemmten, führten zur Zerstörung jeder geordneten Verwaltungstätigkeit. Handel und Gewerbe drohten stillzustehen, die Arbeitslosigkeit stieg, der Währungsverfall brachte die Gefahr einer Hungersnot näher. Auch die strengste Durchführung der Rationalisierungsvorschriften konnte die Ernährung der großstädtischen Massen nicht restlos sicherstellen. Es fehlte an allem, an den wichtigsten Nahrungsmitteln, besonders an Kartoffeln, an Kleidungsstücken, an Heizmaterial und, was das Schlimmste war, an Wohnungen.

Die Notenpresse arbeitete unaufhörlich. Neben dem Notgeld des Reiches wurde bald kommunales Notgeld ausgegeben. Auch das genügte nicht für den Bedarf. Infolgedessen druckten auch Unternehmer und Unternehmerverbände. Eine kaum übersehbare Fülle von Geldscheinen lief um. Viele waren nur für einen engeren Bezirk bestimmt. Bald aber entstand ein unübersehbares Gemisch von Notgeld aller Art. Man war froh, wenn man nur Zahlungsmittel zur Hand hatte. Nach der Deckung wurde kaum gefragt. Unglücklich über diese Fülle und Mannigfaltigkeit waren die Schaffner der Kölner Straßenbahnen, auf die der Segen der Milliardenscheine jeglicher Gestalt niederprasselte. Es sollten nur gewisse Sorten angenommen werden. Aber tatsächlich stellte es sich bald als unmöglich heraus, die von den Landkreisen, Kleinstädten, Industriellen in den Verkehr gebrachten Scheine zurückzuweisen. In wenigen Stunden verloren alle diese Scheine einen erheblichen Teil ihrer Kaufkraft. Die Inflationsnot teilte das besetzte Gebiet mit dem übrigen Deutschland. Aber sie wurde übertroffen durch das besondere Leid, das sich über das rheinische Land ergoß.

Um den passiven Widerstand zu brechen und die Standfestigkeit des rheinischen Volkes zu zermürben, wurden Banden von Verbrechern und zusammengelaufenes Gesindel auf das unglückliche Land losgelassen. Diese Rheinsoldaten, Freiheitskämpfer und was sonst für hochtrabende Bezeichnungen sie sich beilegten, standen unter dem Schutz der französischen und belgischen Besatzung. Sie waren mit Waffen und Geld versehen und führten bald hier, bald dort bl[u]tige Putsche durch. Die deutsche Polizei war machtlos dagegen. Wo sie sich gegen die separatistischen Banden stemmten, wurden die Polizeibeamten entwaffnet und gefangengesetzt. Nicht besser ging es den beherzten und patriotischen Männern, die die Rathäuser und Sparkassen verteidigten oder die Separatistenfahne von den öffentlichen Gebäuden herabrissen. Die Franzosen hatten eine besondere Organisation aufgezogen, um alles Reichsgeld zu beschlagnahmen. Gerade das aber war einer der schlimmsten Gefahrenpunkte. Das von Tag zu Tag wachsende Heer der Arbeitslosen, die tausendköpfige Men[ge] der Beamten und Staatsarbeiter mit dem Notdürftigsten [zu] versehen, war eine ganz besonders schwierige Aufgabe, die nur mit Hilfe der an allen Orten mit außerordentlichem Geschick und gefahrverachtendem Opfermut arbeitenden besonderen Organisationen bewältigt werden konnte. Der Hunger pochte an viele Häuser, in denen früher Überfluß geherrscht hatte. Beschwerden bei den Besatzungsbehörden oder den militärischen Stellen hatten kaum jemals Erfolg, selbst wenn sie gegen die schlimmsten Übergriffe und gegen schreiendes Unrecht gerichtet waren. Oft war lachender Hohn die Antwort auf die gerechten Klagen. Nachgeordnete Stellen, wie Ortskommandanten, Kreisleiter ließen es an Lockungen und Versprechungen nicht fehlen für die, die sich den Separatisten anschließen würden.

So war es wohl überall im besetzten Gebiet, mit alleiniger Ausnahme der Kölner Zone, die von England besetzt gehalten wurde. Zwar wurden auch hier die strengen [Maßnahmen] der Interalliierten [Rheinlandkommission] nachdrücklich durchgeführt, Zensur und Überwachung von Versammlungen und Parteien mit Schärfe gehandhabt, jede Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der fremdländischen Behörden mit Strenge

gehandhabt. Es kam auch wohl zu Ausweisungen, Haussuchungen und Beschlagnahmen. Aber all diese Maßnahmen hielten sich frei von Sadismus, wie er den Franzosen nicht mit Unrecht in manchen Fällen nachgesagt wurde und hatten nichts mit der Zermürbungs- und Abwürgungspolitik zu tun. Mir ist kein Fall bekannt geworden, in dem sich Separatisten oder ihr Anhang einer Unterstützung durch die Briten hätten [rühmen][415] können. Im Gegenteil, die britisch besetzte erste Zone blieb endgültig frei von separatistischen Gewaltmaßnahmen. Zwar hatte sich die Lage auch hier dadurch geschärft, daß Franzosen und Belgier gleichzeitig mit dem Ruhreinbruch einen Gürtel um diese Zone gelegt hatten. So waren die Briten vollkommen abgeschnürt. Auch von Köln aus war der Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland nur über französische oder belgische Kontrollstellen möglich, die sich an Schroffheit bei der Prüfung und Durchführung der Reisenden und ihres Gepäcks gegenseitig zu überbieten schienen. Es war schon ein gewisses Wagnis, die Paßkontrolle in Hengstey zu passieren, der [wich]tigsten Sperre auf dem Wege von Köln nach Berlin. Kein anderer Weg führte dorthin, wenn man nicht etwa einen Umweg über Hennef oder ähnliche Stellen machen wollte. Dort war es aber nicht viel besser.

In Köln hatten sich die politischen Parteien zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen. Der von ihnen gebildete fünfköpfige Ausschuß bestand aus Justizrat *Mönnig* als Vorsitzenden (Zentrum), Beigeordneten Dr. *Meerfeld* [(SPD)], Professor Dr. *Moldenhauer* (Volkspartei), Rechtsanwalt *Hommelsheim*[416] ([Deuts]ch Nationale Partei) und mir. Wir versammelten uns jeden Tag im [Sitzungszimmer] des Rathauses, das uns *Adenauer* zur Verfügung gestellt hatte. In [...][417] [ha]t es uns wahrlich nicht gefehlt. Aus dem ganzen besetzten Gebiet, nicht [nur dem] preußischen Anteil, kamen die Klagen und Sorgen und Beschwerden [und wir] waren gezwungen, das Gesamtinteresse zu wahren, die Verbindung [zur Reichs]regierung und den Regierungen der Länder aufrecht zu erhalten, [und von] allen Seiten weiterzugeben, Mangel in der Versorgung zu [beheben und das Nötige] zu beschaffen – aber das waren alles nur Einzelaufgaben, nur [...][418]. Unsere wirkliche große Aufgabe, die wir aus freien [Stücken] übernommen hatten, war die, unsere Landsleute und Mitbürger vor [übereilten] Schritten zu bewahren und ihren moralischen Widerstand zu wecken und aufrechtzuerhalten. Das wurde mit jedem Tag schwerer, denn die Not, die äußere wie die seelische, wuchs fast von Stunde zu Stunde. Aber das Vertrauen zu dem Fünfer-Ausschuß wuchs leider nicht im gleichen Schrittmaß. Im Gegenteil wurden wir geradezu mit Vorwürfen bestimmt. Wir, in der ersten Zone, saßen auf der »Insel der Seligen«, so hieß es immer wieder. Wir seien nicht im Stande, das Leid und die Not unserer Brüder in den beiden anderen Zonen zu würdigen. Unsere Mahnungen, auszuharren, unsere Ratschläge und Maßnahmen wurden daher häufig mit unzureichendem Verständnis aufgenommen. Schlimmer noch war es, daß die alte Gegnerschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, des »Reviers«, gegen Köln sich bald auf unsere Arbeit übertrug, und Mißtrauen gegen uns hervorrief. Selbst der preußische Ministerpräsident *Braun* hat in öffentlicher Sitzung des Landtages am 5. Dezember 1923 sich recht verständnislos über unsere Tätigkeit geäußert.[419] Das war wohl eine Folge von Berichten einiger sozialdemokratischer Führer

415 Im Original: »rühren«.

416 Max Josef *Hommelsheim* (geb. 1885), Dr. jur., 1912 Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Köln, Stadtverordneter in Köln, 1918–1933 Mitglied der DVP, dann DNVP, 1923 Mitglied im Fünfzehnerausschuss (DNVP), 1931 Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer Köln.

417 Satzteil verdeckt.

418 Satzteil verdeckt.

419 Die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Otto *Braun* in der 282. Sitzung am 5. Dezember 1923, in: SBpLT 1921/24, Bd. 14, Sp. 20018–20023.

aus dem Rheinland, die ebenso wenig in alle gefährlichen Einzelheiten unserer Lage eingeweiht werden konnten, wie manche führenden Persönlichkeiten aus anderen Gruppen, die das sehr bitter empfanden. Wir haben diese Schwierigkeiten überwinden können. Mit fester Hand haben wir in die Speichen des Rades, das über die Heimat wegrollen sollte, eingegriffen. Wir dürfen sagen, daß wir es zum Stillstand gebracht haben. Das war aber geradezu nur deshalb möglich, eben[420] weil wir auf der »Insel der Seligen« hausten und dadurch persönlich dem Druck der Franzosen entzogen waren. Ich habe niemals daran geglaubt, daß die Franzosen sich durch Vernunftsgründe von ihren Rheinlandplänen abdrängen lassen würden. Ich habe auch nie einen Zweifel daran gehabt, daß sie kein Mittel scheuen würden, diese Pläne durchzusetzen und daß daher unsere Widerstandskraft dem äußersten Druck ausgesetzt sei. Das konnte mich aber nicht hindern, immer und immer wieder mit dem schärfsten Nachdruck zu betonen, daß die Bevölkerung des besetzten Gebiets keinerlei Schritte tun dürfe, die zu staatsrechtlichen Änderungen führen könnten. Oft ist mir entgegen gehalten worden, ob ich denn an ein Wunder glaube und ob ich wirklich zu hoffen wage. Wie das denn möglich sein könne. Ich habe dann regelmäßig erwidert, ob es möglich sei oder nicht, wisse ich nicht. Solange mir aber nicht der Nachweis der Unmöglichkeit erbracht sei, weigere ich mich, irgendeinen Schritt zuzustimmen, der das Rheinland in die Gefahr der Abtretung bringe, und solange verzweifele ich auch nicht an der Möglichkeit der Rettung. Allerdings hatte ich bessere Gründe. Heute kann ich es ruhig aussprechen, da ich meine Überzeugung auf einem durchaus realen Untergrund aufbaute.

Ich hielt es für sicher, daß im Augenblick der höchsten Not, sich in der Kölner Zone schnell und überwältigend aktiver Widerstand gegen die Lostrennung organisieren lassen werde. Denn Köln und seine Umgebung standen nicht unter dem furchtbaren Druck, der das übrige Rheinland zu knechten begonnen hatte. Alle separatistischen Bestrebungen hatten von Anfang an die schärfste Ablehnung durch die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung[421] der ersten Zone gefunden, so daß nach der Absägung von *Kastert* und *Kuckhoff* kein ernst zu nehmender Politiker oder Wirtschaftler sich öffentlich zu Loslösungsbestrebungen in irgendeiner Form zu bekennen gewagt hatte. Alle politischen Parteien waren in dieser Frage einig. Die Zweifel, die an der Haltung der Zentrumspartei geäußert wurden, waren sicher unberechtigt, soweit sie sich auf die Gesamtpartei bezogen. Den Einfluß und die Bedeutung der Zentrumspolitiker, die dem Gedanken »Los von Berlin« noch nicht aufgegeben hatten, schlug ich nicht hoch an. Sie wären sicher mundtot gemacht worden, durch den gewaltigen Widerhall, den die Stellungnahme aller anderen hervorrufen mußte. Wenn Köln aber nicht mitmachte – und das stand für mich unumstößlich fest – dann hatte nach meiner Überzeugung Frankreich wenig Interesse an einer rheinischen Republik, der das Herz- und Kernstück gefehlt haben würde. Ich wußte ja auch, daß den französischen Machthabern in der ganzen Rheinlandfrage nichts so schmerzlich war als die Tatsache, daß in Köln die Briten und nicht ihre Leute das Kommando führten. Heute kann ich das unbekümmert offen darlegen. Damals durfte ich es nicht sagen, wollte ich nicht die Rettung des Rheinlandes aufs Äußerste gefährden. Die Insel der Seligen war unser Hafen. Gewährte dieser Hafen unserem Schiffleib keine Zuflucht, so war es allen Stürmen preisgegeben.

Längst war die Arbeit des Fünfer-Ausschusses den Franzosen ein Dorn im Auge. Es hatte lange gedauert, bis sie Klarheit darüber hatten, daß der Widerstand gegen ihre

420 Im Original: »ebenso«.

421 Der Passus »Ablehnung ... Bevölkerung« ist im Original hervorgehoben.

Pläne in Köln verankert war und von dort aus geleitet wurde. Die Oberkommission in Koblenz beobachtete seitdem unsere Arbeit mit dem schärfsten Mißtrauen, während die britische Besatzungsbehörde in Köln Verständnis für uns aufbrachte. Von Koblenz wurde wiederholt ein Druck auf die britischen Stellen in Köln ausgeübt, um sie zu einem Verbot des Fünfer-Ausschusses zu veranlassen. Der britische Zivilkommissar Oberstleutnant *Piggott*[422], dem auch sonst hohes Verständnis für die Wünsche um die Lage der Rheinländer nachgesagt werden muß, hat offenbar im Einverständnis mit höheren britischen Stellen diesen Zumutungen stets widersprochen.

Endlich schien aber die scharfe Richtung der Franzosen zu siegen. Eine Haussuchung in der Geschäftsstelle einer politischen Partei in Köln hatte umfangreiches Material zutage gefördert. Der Oberkommissar *Tirard*[423] schloß daraus, daß in den Händen [des] Fünfer-Ausschusses nicht nur die Fäden der Abwehr zusammenliefen, sondern daß er auch an den Dynamitversuchen im Ruhrgebiet beteiligt sei, die übrigens von diesem Ausschuß stets als durchaus unerwünscht und schädlich angesehen wurden. *Tirard* verlangte jetzt von *Piggott* scharfes Zugreifen. Herr *Piggott* lud infolgedessen den Ausschuß vor sich. Während bis dahin alle Verhandlungen mit den Briten in sachlicher, ruhiger Form und im vornehmen Stil geführt waren, so daß wenigstens äußerlich Deutsche und Fremde als gleichberechtigte Verhandlungspartner erschienen, war das Bild jetzt völlig geändert. Vorgeladen waren mit uns der Regierungspräsident[424] und der Oberbürgermeister.[425] Der britische Zivilkommissar saß am Kopfende der langen Tafel, an dessen Längsseiten wir uns aufzustellen hatten. Sitzgelegenheiten waren für uns nicht vorhanden. In der Nähe des Herrn *Piggott* saß ein englischer General, der von Koblenz gekommen war, in einem Klubsessel und paffte ohne Pause Zigarettendampf. Herr *Piggott* eröffnete uns, es sei nachgewiesen, daß wir uns an einer »unfairen« Propaganda beteiligt hätten. Er habe das nicht für möglich gehalten und könne das nicht dulden. Gleichwohl wolle er sich für dieses Mal mit einer Warnung begnügen. Wir versuchten nachdrücklich zu Wort zu kommen. Das Wort wurde uns aber abgeschnitten. Oberstleutnant *Piggott* erklärte uns, wir seien entlassen. Wir mußten uns damit begnügen, nachträglich Protest gegen die Beschuldigungen und gegen die unwürdige Behandlung zu erheben, die uns zu Teil geworden war. Wir wußten aber, woran wir waren. Jeder unüberlegte Schritt, jedes unbedachte Wort konnte alles gefährden.

Ungebrochen waren der Wille und die Kraft zum Widerstand der rheinischen Bevölkerung, die vertrauensvoll hinter ihren Führern stand, als [gleichsam][426] über Nacht der passive Widerstand zum Erliegen kam. Allerdings waren die Schwierigkeiten gewachsen, die sich aus [der] völlig unzureichenden Verbindung mit der Reichsregierung ergaben. Uns fehlte die Kenntnis über den Gang der großen Politik, von der unser Schicksal abhing. Meinungsverschiedenheiten zwischen *Poincaré*[427] und *Baldwin*[428] waren

422 Julian *Piggott* (1888–1965), 1910–1913 Cricket-Spieler, 1920 Major und Leiter der Aufklärungsabteilung im Stab des britischen Hochkommissars im Rheinland, 1920–1924 Bezirksdelegierter der Interalliierten Rheinlandkommission in Köln.

423 Paul *Tirard* (1879–1945), seit 1903 im französischen Verwaltungsdienst, 1912–1914 Generalsekretär des Generals *Lyautey* in Marokko, 1914–1918 Offizier, 14. Oktober 1919–30. Juni 1930 französischer Oberkommissar im besetzten Rheinland, Vorsitzender der Rheinlandkommission (Koblenz). Vgl. auch KÖHLER, Tirard.

424 Kölner Regierungspräsident war von 1922 bis 1926 Dr. Sigmund Graf *Adelmann von Adelmannsfelden*.

425 Kölner Oberbürgermeister war von 1917 bis 1933 Konrad *Adenauer*.

426 Im Original: »gleichen«.

427 Raymond *Poincaré* (1860–1934), Advokat, französischer Politiker, seit 1887 Abgeordneter, seit 1903 Senator (Gemäßigte Republikanische Rechte), 1893 und 1895 Unterrichtsminister, 1894/95 Finanz-

durchgesickert. Ob England aber wirklich bereit war, wie Optimisten zu hoffen sich anschickten, auf Frankreich einen Druck zugunsten Deutschlands im allgemeinen und des besetzten Gebietes im besonderen auszuüben und ob es England gelingen könnte, Frankreich zur Nachgiebigkeit zu bewegen, das konnte niemand beurteilen.

Auf der anderen Seite erging es der Reichsregierung nicht viel besser als ihrer Vorgängerin in Weimar beim Zusammentritt der Nationalversammlung. Über die Stimmungen im Rheinland, über das Spiel der Kräfte, über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die bewältigt und benutzt werden mußten, war man in Berlin nur höchst ungenügend unterrichtet. Deshalb baten wir den Reichskanzler *Stresemann* um eine Unterredung. Die denkwürdigen Besprechungen fanden in der Reichskanzlei in den Tagen vom 4.– 6. September 1923 statt.[429] An ihnen nahmen auch *Adenauer* als Vorsitzender der Vereinigung der Städte im besetzten Gebiet und Louis *Hagen*[430] als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses teil. Wir waren maßlos überrascht, als uns der Kanzler eröffnete, daß der passive Widerstand schleunigst abgebrochen werden müsse. Die Begründung, die uns *Stresemann* dafür gab, war schmerzlich, aber einleuchtend. Die Finanzen des Reiches waren völlig zerrüttet. Es war nicht mehr möglich, die ungeheuren Geldsummen aufzubringen, die das alt- und neubesetzte Gebiet täglich verschlang. Die Fortsetzung des passiven Widerstandes erschien uns daher wenig aussichtsvoll. Umso mehr wehrten wir uns mit aller Kraft gegen das Ansinnen, daß von uns aus dem besetzten Gebiet heraus das Verlangen nach Einstellung des Widerstandes gestellt werden sollte. Dieser Schritt hätte vielleicht der Reichsregierung die Geschäftsführung erleichtert und ihre Stellung der Öffentlichkeit und der Volksvertretung gegenüber gestärkt, das durfte für uns aber nicht entscheidend sein. Denn dieser Möglichkeit stand für uns die Gewißheit gegenüber, daß dadurch der Wille zum Widerstand gegen den Terror und gegen die Loslösungsbestrebungen unermeßlichen Schaden erlitten hätte. Nicht mit Unrecht würde man hüben wie drüben, nicht zum mindesten in den Kreisen der Besatzungsbehörden und in Frankreich darin ein Zeichen von Schwäche gesehen [haben], und ein Nachlassen der Kampffreudigkeit. Wir bestanden daher darauf, daß die Reichsregierung ganz allein und ausschließlich die Verantwortung übernahm und aus eigenem Antrieb den passiven Widerstand aufgab. Wir drangen mit unserer Auffassung nicht [nur] vollkommen durch, sondern konnten auch die Zusicherung mit nach Hause nehmen, daß die Reichsregierung in Verhandlungen mit Frankreich versuchen wolle, für den Verzicht auf den passiven Widerstand Erleichterungen für das besetzte Gebiet einzutauschen. *Stresemann* sagte uns zu, uns [vor] der Entscheidung der Reichsregierung nochmals zu hören, wenn das etw[a] nicht gelingen werde. Es gelang bekanntlich nicht.

---

minister, 1912/13 Ministerpräsident, 1913–1920 Präsident der Republik, 1922–1924 und 1926–1929 Ministerpräsident.

428 Stanley *Baldwin* (1867–1947), Leiter eines Stahl- und Eisenbahnkonzerns, britischer Politiker, 1921 Handelsminister, 1922 Schatzkanzler, seit 1923 Führer der konservativen Partei, Mai 1923–Januar 1924, November 1924–Juni 1929 und Juni 1935–Mai 1937 Premierminister, seit 1908 Mitglied des britischen Unterhauses (konservativ), seit 1937 Mitglied des Oberhauses.

429 Vgl. die Besprechung mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden über die Lage in den besetzten Gebieten im Reichsarbeitsministerium vom 4. September 1923, 14.30 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 39, S. 181–183; die Besprechung des Reichskabinetts mit rheinischen Abgeordneten vom 6. September 1923, 11 Uhr, in: ebd., Nr. 43, S. 197.

430 Louis *Hagen* (1855–1932), Bankier in Köln (Inhaber des Bankhauses A. Levy), seit 1915 Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer, 1909–1929 Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung (Nationalliberale Partei/seit 1919 Zentrum), 1912–1918, 1920–1932 Md Rheinischen Provinziallandtags, 1921–1930 Md Preußischen Staatsrats.

Auf den 24. September wurden wir deshalb nochmals nach Berlin gerufen, um aus dem Munde des Reichskanzlers die ernste und traurige Erklärung zu hören, daß die Weiterzahlung der Ruhrkredite unmöglich sei, ohne aller Voraussicht nach Folgen nach sich ziehen würde, die vom Volke und von der Regierung nicht getragen werden könnten.[431] Es war für das Reichskabinett nicht schwerer, u[ns] diese Auffassung zu verkünden, als für die Parteiführer zuzugeben, daß [sie] dem Entschluß, den Ruhrkampf aufzugeben, nicht zu widersprechen vermochten, [und] uns damit zu einer neuen Niederlage zu bekennen. Übrigens hatten in weiteren Besprechungen, die in diesen Tagen stattfanden, sowohl die Vertreter der Länder als auch die Führer der Wirtschaft aus dem besetzten Gebiet ohne jeden Widerspruch dem Standpunkt der Reichsregierung zugestimmt. Von den Parteiführern hatte nur der Vertreter der Deutschnationalen widersprochen, ohne aber einen Weg anzeigen zu können, der zur Fortsetzung des Widerstandes geführt hätte.

Die Hoffnungen, die das deutsche Volk, die die Rheinländer an die Einstellung des Widerstandes geknüpft hatten, blieben viele Monate lang völlig unerfüllt. Ich habe zwar niemals an den eh[r]lichen Verständigungswillen[432] *Poincarés* geglaubt trotz seiner Erklärung, die Welt werde sich über den Großmut Frankreichs wundern, wenn der passive Widerstand aufgegeben sei.[433] Der Lauf der Dinge seit Kriegsende hatte vielmehr mein Mißtrauen gegen die Politik Frankreichs auf das Äußerste gesteigert. Aber ich hatte mir doch eine höchst unvollkommene Vorstellung von dem Sadismus gemacht, dessen sich die französische Regierung jetzt befleißigte. Sie lehnte alle Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse am Rhein rundweg ab und erklärte [sich] schließlich nur zu örtlichen Verhandlungen mit nachgeordneten Stellen über die Regelung örtlicher Zustände bereit. Dazu gehörte in erster Linie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch geregelte Wiederaufnahme der gewerblichen Arbeit im besetzten Gebiet, die an manchen Orten vollkommen zum Erliegen gekommen war. Die zur Verhandlung von deutscher Seite vorgeschlagenen Persönlichkeiten wurden ohne Begründung abgelehnt. Verhandlungen kamen [infolge]dessen überhaupt nicht zustande. Infolgedessen ging die Zerrüttung der deutschen Währung unaufhaltsam weiter und wurde durch Maßnahmen der Besatzungsbehörden noch verstärkt. Die Regiebahn bestand fort, der Verk[ehr] blieb gelähmt. Ausweisungen und Gewaltmaßnahmen gingen ungemindert weiter, der wirtschaftliche Zusammenbruch stand vor der Tür und konnte nur durch Zuwendung von ungezählten Millionen aus den Mitteln des Reiches aufgehalten werden.

So war der Nährboden für die Versackungspolitik vorbereitet, in der ich [die] größte Gefahr für unser Rheinland erblicken mußte. Sie zu bekämpfen betrachtete ich daher als [eine] meiner wichtigsten Aufgaben. Diese Versackungspolitik war aus vaterländischen Motiven und aus ernster und ehrlicher Sorge für das Reich erwachsen. Für ihre Befürworter schrumpfte die Hoffnung, das Rheinland beim Reich zu behalten, wenig-

431 Die Besprechung mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets am 24. September 1923, 12 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 76, S. 334–338.

432 Im Original: »Verständniswillen«.

433 Der französische Ministerpräsident *Poincaré* hatte nach dem Ruhreinmarsch wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die französische Regierung an dem Tage, an dem Deutschland »seine Lage begreifen werde«, bereit sein werde, »die deutsche Regierung anzuhören und alle offiziellen Vorschläge, die ihr gemacht werden, zu prüfen.« Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 117, 10.3.1923, über eine Rede *Poincarés* vor dem Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten am 9. März 1923. Wenn Deutschland, so *Poincaré* am 15. April 1923, seine Verpflichtungen erfülle, werde Frankreich das Ruhrgebiet nach Maßgabe der deutschen Leistungen räumen. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 178, 16.4.1923.

stens für den Augenblick immer mehr. Dagegen sahen sie die von Tag zu Tag drückender werdende Belastung für das Reich und seine Finanzen, die aus den Zuständen im besetzten Gebiet erwuchsen. Deshalb wollten sie die rheinische Frage so schnell als möglich gelöst und beendet sehen. Die Verantwortung für das besetzte Gebiet müsse den Franzosen und Belgiern, ihren Trabanten zugeschoben und das Reich von seinen Verpflichtungen gegen das besetzte Gebiet befreit werden. Durch einen feierlichen Akt solle die Reichsregierung [dies] erklären. Wenn infolgedessen eine Trennung des besetzten Gebietes vom Reiche eintreten werde, so werde das nur eine vorübergehende Loslösung sein. Denn am Rhein würde eine Irredenta von unbezwinglicher Kraft entstehen, die mit Gewißheit zu einer Wiedervereinigung führen werde.

Diese Gedankengänge fanden starken Widerhall im Reichskabinett, das aus seinen finanziellen und wirtschaftlichen Nöten kaum noch einen Ausweg sah und die Frage der Stabilisierung der Währung als Vorbedingung für den Wiederaufbau fast allen anderen Aufgaben voranstellte. Nicht nur *Jarres*, sondern auch *Luther*, *Geßler* und *Brauns*[434] wurden als Vertreter dieser Auffassung und wohl nicht mit Unrecht genannt. *Jarres*, mit dem ich bis dahin in voller Übereinstimmung Schulter an Schulter gekämpft hatte, hat schon in der entscheidenden Sitzung in der Reichskanzlei im September 1923[435], wie er selbst in einem Aufsatz in der »Kölnischen Zeitung« ein Jahr später ausführt[436], erklärt, die Ehre und die Interessen des deutschen Volkes verlangten eine Erklärung vor der Welt, daß wir im Widerstande am Ende unserer Kraft seien, daß wir aber uns angesichts der Rechtslage bis zur Wiederherstellung vertrags- und völkerrechtsmäßiger Zustände Frankreich und Belgien gegenüber nicht an den Friedensvertrag gebunden halten könnten. Wie der »Vorwärts«, ohne bei *Jarres* Widerspruch zu finden, aber feststellte, hat er damals aber noch hinzugefügt, daß Frankreich und Belgien die Sorge für die Bevölkerung im Rheinland und im Ruhrgebiet übernehmen müßten.[437] Das war Katastrophenpolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen. Ihre Durchführung bedeutete die Preisgabe des besetzten Gebietes, während [es] doch gerade die Aufgabe war, dieses Gebiet in diesen schwersten Zeiten bei Deutschland zu behalten. Ich trat dieser Versackungspolitik bei jeder Gelegenheit mit Entschiedenheit entgegen, so bei den Verhandlungen im Reichskabinett[438], bei den bedeutsamen Besprechungen am 24. Oktober in Barmen, am 25. Oktober in Hagen, am 6. November in der Fraktionssitzung der Arbeits[gemein]schaft des rheinischen Provinziallandtages, in den Verhandlungen des Fünfer-Ausschusses.[439] Ich habe auch Gelegenheit gefunden,

434 Heinrich *Brauns* (1868–1939), katholischer Geistlicher, Dr. rer. pol., seit 1903 Direktor des »Volksvereins für das katholische Deutschland« in München-Gladbach, führender Sozialpolitiker des Zentrums, 1920–1928 Reichsarbeitsminister, 1919/20 MdNV, 1920–1933 MdR.

435 Im Original: »1933«.

436 Karl *Jarres*: »Zum Schlagwort ›Versackungspolitik‹. In eigener Sache.«, in: KÖLNISCHE ZEITUNG, 822, 21.11.1924.

437 VORWÄRTS, 531, 13.11.1923: »*Stresemanns* neuer Minister.«

438 Vgl. die Sitzungen von Reichskabinett, beteiligten Ländern und Fünfzehnerausschuss über Fragen des besetzten Gebietes vom 13. November 1923, 11 Uhr und 20.30 Uhr, sowie vom 17. November 1923, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 245, S. 1942–1049, Nr. 249, S. 1057–1060, Nr. 267, S. 1110–1124. Vgl. auch die Besprechungen mit rheinischen Abgeordneten vom 6. September 1923 sowie mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets vom 24. September 1923, in: ebd., Bd. 1, Nr. 43, S. 197, Nr. 76, S. 334–338.

439 Am 24. Oktober 1923 trafen sich 52 Vertreter von Politik und Wirtschaft aus dem »altbesetzten Gebiet«, dem Rheinland, und dem »Einbruchsgebiet«, dem rheinisch-westfälischen Industrierevier auf dem Rathaus in Barmen. Vgl. den Bericht des Duisburger Oberbürgermeister *Jarres* in Hagen am 25. Oktober 1923, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 762–769. Am 25. Oktober 1923 traf Reichskanzler *Stresemann* in Hagen

bei einer von *Jarres* einberufenen, überaus zahlreich besuchten Versammlung in Berlin, an der viele hervorragende Staatsmänner und Politiker aus verschiedenen Lagern und anerkannte Wirtschaftsführer teilnahmen, meinen Standpunkt zu [ver]treten und hatte hier die Freude, weitgehende Zustimmung zu finden. Viele der dort Versammelten haben erst durch meine Ausführungen ein zutreffendes Bild vom Wollen und Kämpfen, von der Not und den Leiden, von den Hoffnungen und Möglichkeiten der Rheinländer gewonnen. Das allein Wesentliche ist aber, daß mir die Entwicklung recht gegeben hat. Fortes fortuna adiuvat. Heute dürfen wir uns darüber freuen, daß weder der [Vorschlag][440] des Herrn Dr. *Jarres* noch der des Herrn Prof. Dr. *Moldenhauer* zur Durchführung gelangt ist. Ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß beide Herren schon sehr bald froh darüber waren, daß die Entwicklung einen anderen Weg genommen hat, als sie vorgeschlagen hatten. Es ist so gekommen, wie wir gehofft und gewollt haben. Wir haben jeden gewaltsamen Schritt abgelehnt, weil wir ihn für aussichtslos hielten. Wir haben uns aber auch gegen jedes Entgegenkommen auf staatsrechtlichem Gebiete mit gleicher Entschiedenheit gewehrt.

Die große Geste des Heldenhaften konnte uns ebenso wenig retten, wie schrittweises Zurückweichen. Fester Wille und der unerschütterliche Glaube an Deutschlands Recht und Deutschlands Zukunft waren die Kampfmittel, die nach unserem Wollen angewandt werden mußten. Es kam darauf an, Zeit zu gewinnen bis wirtschaftliche Vernunft und ruhige Überlegung in den gegnerischen Ländern den Sieg über den Vernichtungswillen davon trugen. Unser Weg hat zum Ziel geführt. Wohin wären wir aber gekommen, wenn der Vorschlag des Herrn Dr. *Jarres* oder der des Herrn Dr. *Moldenhauer* angenommen worden wäre? Ich wage nicht das auszudenken. Ich habe niemals behauptet, daß [die] deutsche Demokratie sich als Retter des Rheinlandes bezeichnen dürfe, aber behaupte ich [sic], daß unsere Politik richtig gewesen ist, Rettung gebracht hat und allein Rettung bringen konnte. An dieser Rettung waren [nicht] nur wir, sondern auch weite Kreise anderer Parteien beteiligt. Eine größere Geschlossenheit auf dem Boden dieser Politik war aber nirgends vorhanden als in der Deutsch-Demokratischen Partei. Als Verdienst für die Partei nehme ich allerdings in Anspruch, daß sie die Versackungspolitik stets vom ersten Augenblick bis zur letzten Stunde mit vaterländischer Leidenschaft bekämpft hat. In den großen nationalen Fragen muß man feste stehen und auf alle taktischen Erwägungen verzichten. Eine solche große Frage, die größte von allen, ist die geschlossene Einheit des Deutschen Reiches.

Aber es waren nicht nur Widerstände bei der Reichsregierung und Strömungen wie die Versackungspolitik zu überwinden. Vielmehr zeigte sich bald, daß der Druck, der auf der Bevölkerung des Rheinlandes lastete an manchen Stellen doch nicht ohne Wirkung blieb. Um das zu verstehen, muß man sich die unmenschlichen Methoden vor Augen halten, die die Franzosen anwandten, um doch noch zum Ziele zu gelangen. Unter diesem Druck stieg die Zahl der Anhänger der rheinischen Bewegung. *Dorten* hielt Versammlungen in Wiesbaden und Düsseldorf ab. Hier kam es zu blutigen Straßenkämpfen, in denen die Horde der Separatisten in die Flucht geschlagen wurde. In Düren wurde das Stadttheater [re]quiriert und *Dorten* zu einer Versammlung zur Verfügung gestellt. Während dieser Versammlung, die in der Hauptsache von Ortsfremden be-

mit Vertretern des besetzten Gebiets zusammen. Vgl. ebd., Nr. 179, S. 761–836. Zur außerordentlichen Sitzung des Rheinischen Provinziallandtags vom 6. November 1923 vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 768, 7.11.1923: »Die Not des Rheinlands. Ein außerordentlicher Rheinischer Provinziallandtag.«

440 Im Original: »Vorstand«.

sucht war, wurde der Platz vor dem Theater und die umliegenden Straßen von Marokkanern besetzt gehalten. Nach Schluß der Versammlung wurden die auswärtigen Teilnehmer von französischen Gendarmen zum Bahnhof geleitet. In der Nacht zum 21. Oktober besetzten Separatisten unter Führung von *Deckers*[441] das Rathaus in Aachen und riefen dort die rheinische Republik aus. Das gleiche geschah ein oder zwei Tage später in Düren, auch dort wehte die Sonderbündlerflagge auf dem Rathaus. In Aachen, München-Gladbach[442] und Krefeld verhielt sich die belgische Besatzung zunächst neutral. Es gelang daher, die Separatisten aus den Rathäusern zunächst herauszuwerfen. Auf französischem Druck hin nahmen aber die belgischen Militärs bald Partei für sie. Nach heftigen Kämpfen wurden die deutschen Polizeibeamten entwaffnet und gefangengesetzt. Die Separatisten erhielten so wieder die Oberhand. Vielleicht noch schlimmer sah es im Süden der Rheinprovinz in Koblenz, Trier und Kreuznach und in der Pfalz aus, wo der von den Separatisten mit Hilfe des fremden Generalstabes ausgeübte Terror immer drückender wurde. Auch ernste und ihrer Verantwortlichkeit bewußte Männer, erprobte Politiker drohten zu wanken. Es gab wenige Orte im besetzten Gebiet, in denen man nicht in der Bildung eines Rheinstaates die einzige Rettung aus der fast unerträglichen Not gesehen hätte. Mancherorts mag man sich kaum noch eine Vorstellung darüber gemacht haben, ob dieser Staat im Verband des Deutschen Reiches bleiben werde oder nicht.

Parteifreunde aus Kreuznach, durchaus zuverlässige und gesinnungstreue Männer kamen in aller Heimlichkeit zu mir, um mir zu berichten, daß der französische Kommandant nur noch eine Frist von wenigen Tagen lasse [fu]er das Bekenntnis zu dem rheinischen Sondergebilde. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist werde die rheinische Republik auch gegen den Willen der Bevölkerung ausgerufen werden. Harte Strafen für die Widerstrebenden wu[erden] aber dann nicht ausbleiben. Es gelang mir, die Kreuznacher Freunde zu beruhigen und bei ihrer Pflicht zu halten. Sie hatten Vertrauen zu meiner Erklärung, daß die Franzosen gar nicht die Macht hätten, eine rheinische Republik gegen den Willen der Bevölkerung auszurufen. Das werde England niemals dulden. Ein anderes Mal erschien der Dürener Oberbürgermeister *Overhues*[443] bei uns im Zimmer 29. Er war auf der Flucht vor den Franzosen, war in der vergangenen Nacht nur durch einen besonderen Glückszufall einem Mordanschlag entronnen und verlangte von uns Schutz für seine Stadt, die der furchtbarsten seelischen und wirtschaftlichen Not ausgesetzt sei. Der Oberbürgermeister *Johansen*[444] aus Krefeld bestürmte uns mit leidenschaftlichen Klagen über das Geschick seiner Stadt. Ihm war ganz besonders übel mitgespielt worden, als er sein Rathaus gegen die Separatisten verteidigte. Selbst vor Mißhandlungen und Beschimpfungen seiner Gattin und seiner Tochter hatte die Roheit der Separatisten nicht Halt gemacht. Oberbürgermeister *Gielen*[445] aus München-Gladbach, der, wie die meisten rheinischen Bürgermeister aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen war, schilderte uns das unendliche Leid, das seine Stadt getroffen hatte.

441 Leo *Deckers* (1875–1933), Fabrikant in Aachen, Separatist zunächst in der »Rheinisch-Republikanischen Volkspartei«, im Sommer 1923 an der Ausschaltung von *Smeets* beteiligt, seitdem führend in der von ihm mitbegründeten »Frei-Rheinland«-Partei. Nach dem Ende der Separatistenherrschaft nach Luxemburg emigriert.

442 Seit 1950 Mönchengladbach.

443 Ernst *Overhues* (1877–1972), 1922–1933 Oberbürgermeister von Düren.

444 Johannes *Johansen* (1870–1945), 1911–1930 Oberbürgermeister von Krefeld.

445 Franz *Gielen* (1867–1947), seit 1902 Bürgermeister, dann Oberbürgermeister von Neuss, 1921–1930 Oberbürgermeister von München-Gladbach, 1929/30 kommissarischer Oberbürgermeister von Gladbach-Rheydt.

Überall mußten wir stärken und zu vertrauensvollem Ausharren auffordern. Das war besonders schwer gegenüber den Koblenzern. Der Zentrumsabgeordnete v. *Guérard*[446] und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete *Kleinmeyer*[447] schilderten uns die Lage, v. *Guérard* als Bevollmächtigter sämtlicher bürgerlichen Parteien. Nach ihrer Darstellung trieben die Dinge zur Katastrophe. Der Kreisdelegierte nahm offen Stellung für die Separatisten. *Matthes*[448], der Minister der von ihm ausgerufenen rheinischen Republik und der von den Separatisten in Koblenz eingesetzte Oberbürgermeister[449] hätten von den Gewerkschaften die Übernahme der Erwerbslosenfürsorge verlangt. Das sei abgelehnt worden. Infolgedessen habe *Matthes* im Beisein des Kreisdelegierten die Ausweisung sämtlicher Gewerkschaftsführer angedroht. Dieser habe für die Erwerbslosen französisches Geld in Aussicht gestellt, ebenso für die Wohlfahrtspflege. Nahrungsmittel würden an die Bedürftigen in der französischen Kantine gegen Gutscheine ausgegeben. Die »Koblenzer Zeitung« hätte, dem Zwang gehorchend, die Proklamation *Matthes* veröffentlicht. Gleichwohl sei sie verboten worden. Alles Notgeld bis auf das Dürener Separatistengeld sei für ungültig erklärt worden. Die vollständige Verkehrssperre stehe vor der Tür. Die Bevölkerung sei verzweifelt und verlange zu ihrer Rettung einstimmig von uns die Ausrufung der rheinischen Republik als deutschen Bundesstaat, und zwar sofort. Im ganzen Koblenzer Bezirk herrsche eine Siedehitze – gegen den Fünfer-Ausschuß auf der [»]Insel der Seligen[«], zu dem man kein Vertrauen mehr habe. In 48 [Stunden] könne der ganze Bezirk dem Deutschtum verloren sein, wenn wir nicht sofort handelten. Bei den Franzosen kämpften noch 2 Strömungen miteinander. Der Oberkommissar *Tirard* gehöre der schärferen Richtung an. Die mildere Richtung müsse gestützt werden. Das sei aber nur möglich, wenn wir unter Duldung des Reiches und [der] Staatsregierung einen Bundesstaat proklamierten. Dafür werde uns die Beseitigung der Separatistenhorden [sowie][450] Ruhe und Ordnung zugesichert werden. Mit der amtlichen Anerkennung der Separatisten warte man nur, um uns Gelegenheit zu geben, unter deren Ausschaltung die Rheinrepublik auszurufen. Man habe von ihnen verlangt, selbst vorzugehen, das wollten sie aber nicht. Das war einige Tage vor dem 15. November. Damals war die Not und mit ihr die Gefahr der Unterwerfung allerdings auf das Höchste gestiegen. Ich erinnere mich noch an fast jedes Wort, das ich den Herren von *Guérard* und *Kleinmeyer* in voller Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern des Fünfer-Ausschusses zur Antwort gab. Sie schieden von uns, bestärkt im Willen auszuharren.

---

446 Karl Theodor v. *Guérard* (1863–1943), Juni 1928–Februar 1929 Reichsverkehrsminister und Minister für die besetzten Gebiete, April 1929–März 1930 Reichsjustizminister und März 1930–Oktober 1931 Reichsverkehrsminister, 1901–1906 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages, 1920–1930 MdR (Zentrum, 1927 Fraktionsvorsitzender).

447 Im Original: Kleinwege. – Joseph *Kleinmeyer* (geb. 1874), Regierungs-Kanzleiassistent, Kanzleisekretär, 1929 Regierungsrat, Pfaffendorf bei Koblenz, 1921–1932 MdpLT (SPD).

448 Joseph Friedrich *Matthes* (1886–1943), Journalist, 1918 Mitglied der SPD, 1920 ausgeschlossen, in Düsseldorf Führer der »Rheinischen Unabhängigkeitspartei« (1923 in »Frei-Rheinland-Bewegung« umbenannt), Herausgeber des Wochenblatts »Das freie Rheinland«, Anfang 1923 Anführer der separatistischen Unruhen in Düsseldorf, im Oktober 1923 »Präsident« der in Koblenz ausgerufenen »Rheinischen Republik«, nach deren Scheitern 1924 nach Frankreich emigriert, 1941 ausgeliefert, 1943 im KZ Dachau gestorben.

449 Der Koblenzer Oberbürgermeister Dr. Karl *Russell* wurde am 24. Oktober 1923 ausgewiesen und kehrte erst am 21. Juli 1924 wieder zurück. Während der Zeit seiner Ausweisung führte der Erste Beigeordnete Gisbert *Binhold* unter Aufsicht der französischen Kreisdelegierten die Amtsgeschäfte. Ein von den Separatisten eingesetzter Bürgermeister ist nicht überliefert.

450 Im Original: »der«.

Wie die rheinische Geldnotenbank uns das Ausharren erleichtern könnte, ist mir immer zweifelhaft geblieben. Sicher wäre das besetzte Gebiet durch sie früher in den Besitz einer festen Währung gekommen und dadurch von der Inflationsnot befreit worden. Damit wäre eine der schwersten und gefährlichsten Druckmittel von uns genommen worden. Eine solche einschneidende Sonderregelung im besetzten Gebiet war aber gefährlich, weil dadurch ein scharfer Schnitt zwischen uns und dem übrigen Deutschland gemacht worden wäre. Ich konnte mich der Darlegung nicht entziehen, daß die Befestigung der Währung an sich einen schnelleren und dauernden Aufschwung der rheinischen Wirtschaft zeitigen und sie wahrscheinlich in aller Kürze zu ihrer früheren Blüte wieder emporführen werde. Aber das bedeutete doch eine Loslösung von dem Geschick des Reiches, wenn es diesem nicht gleichzeitig gelang, zu festem Gelde zu kommen. Die Bestrebungen auf Verselbständigung konnten nach meiner Überzeugung auch dadurch neue Nahrung erhalten, wenn man gutes rheinisches Geld der traurigen deutschen Währung gegenüberstellen konnte. Ich habe daher dem Plane der Gründung der Goldnotenbank sehr kühl gegenübergestanden, obwohl Louis *Hagen* mir versicherte, daß die gesamte Bankwelt im unbesetzten Deutschland dafür einzutreten bereit sei. Es bedurfte daher nicht erst der Mahnung *Schachts*, die dieser gelegentlich einer der Konferenzen in der Reichskanzlei an mich richtete, meine Zweifel wach zu halten. Übrigens trifft es nicht zu, [...][451] Verfechter des Gedankens hinstellt. Allerdings sollte er der Vorsitzende [des] Aufsichtsrats der Bank werden. Als Vizepräsidenten aber waren vorgesehen v. *Waldthausen*[452], Essen, der deutschnationale Landtagsabgeordnete, und der Bankier *Pferdmenges*[453], der damals der Leitung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins angehörte. Ganz besonders aber haben sich um das Zustandekommen der Bank die Kölner Bankhäuser J. H. Stein und Delbrück, v.d. Heydt & Co. bemüht, die deswegen sogar Sonderverhandlungen mit der interalliierten Oberkommission in Koblenz geführt haben.

Wie die Geldverhältnisse im besetzten Gebiet in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 waren, mögen zwei Beispiele belegen. Von einer Berliner Stelle bekam ich drei englische Pfunde für die Deutsch-Demokratische Partei mit der Auflage, davon ein Pfund nach Mainz an unsere dortigen Parteifreunde weiterzuleiten. Es hat mehrere Tage gedauert bis ich eine Persönlichkeit ausfindig gemacht hatte, die vertrauenswürdig genug schien, diesen Schatz, den ich der Post nicht anvertrauen mochte, an seinen Bestimmungsort zu bringen. Etwa um dieselbe Zeit übergab mir Dr. Marie Elisabeth *Lüders*[454], M.d.R., die auf der Heimreise aus der Schweiz in Köln Halt machte, 15 Schweizer Franken für die Parteikasse, die damit ihre drückendsten Schulden tilgen konnte.

Am 26. September 1923 hatte der Reichspräsident seine zur Stützung des passiven Widerstands erlassenen Anordnungen aufgehoben.[455] Wie zum Hohn setzten als Antwort auf die deutschen Bemühungen, wieder zu geordneten Zuständen zu kommen, etwa

---

451 Satzteil fehlt.

452 Wilhelm von *Waldthausen* (geb. 1873), Bankdirektor, 1921/33 MdpLT (DNVP).

453 Robert *Pferdmenges* (1880–1962), Bankier, 1919–1929 Mitglied des Vorstands des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, Köln, 1931–1954 Teilhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim & Cie, ebenda, 1949–1962 MdB (CDU).

454 Marie Elisabeth *Lüders* (1878–1966), Sozialpädagogin, 1918–1923 Studiendirektorin an der Niederrheinischen Frauenakademie, Vorsitzende des Deutschen Akademikerinnenbundes, September 1919–Februar 1921, März 1921–1930 MdR (DDP).

455 Vgl. die Verordnung des Reichspräsidenten *Ebert* betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen und den Aufruf der Reichsregierung *Cuno* zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923, in: HUBER, Dokumente, Bd. 4, Nr. 263, S. 315 f., Nr. 268, S. 322 f.

drei Wochen später die separatistischen Putsche ein, erst in Aachen, dann im ganzen von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebiet, wohl am bedrohlichsten in der Pfalz, wo die Separatisten ihre sogenannte autonome Regierung errichtet hatten. Was sich bisher unter hochklingenden Namen als Rheinsoldaten usw. zusammengefunden hatte, führte bald [das][456] Leben von Räuberbanden, deren Schreckensregiment nur durch den Schutz ermöglicht wurde, den ihnen Franzosen und Belgier angedeihen ließen. In der Gegend von Mayen trieb eine Bande ihr Unwesen, die, 3000 Mann stark, Städter und Landbewohner grauenvoll terrorisierte. Wir riefen um Hilfe nach Berlin. Es wurde uns zugesagt, daß *Stresemann* die Vertreter des besetzten Gebietes am 25. Oktober in Hagen, am Rande des freien Deutschlands, empfangen und ihnen die Absichten und Auffassungen der Reichsregierung bekannt geben werde.[457]

Am Tage vorher kamen wir in Barmen zusammen, das gleichfalls nicht besetzt war.[458] Die Stimmung, die hier herrschte, war sehr gedrückt. Allgemein fürchtete man, das Reich sei genötigt und gewillt, das Rheinland aufzugeben. *Moldenhauer*, der von Berlin kam, berichtete uns, daß *Stresemann* krank zu Bett liege, aber doch kommen werde. Er habe dem Reichskanzler Vortrag gehalten, der seine Stellungnahme vorbehalten habe. *Moldenhauer* sah trüb. Er ging off[ensicht]lich davon aus, daß das Reich keine Geldmittel für das Rheinland zur Verfügung stellen könne und daß die Franzosen dieses Unheil zur Durchführung ihrer Trennungspläne auszunützen fest entschlossen seien, denn [für sie gab] es kein Halten mehr. Um wenigstens die Bildung eines staatsrechtlich fundierten Rheinstaates zu verhindern, schlug er eine Lösung de facto vor, wie er das nannte. Unter Zustimmung der Reichsregierung solle ein mehrköpfiges Direktorium aus Vertretern des besetzten Gebietes gebildet werden, dem alle Hoheitsrechte des Reiches und des Landes Preußen zu übertragen seien, die von den Hoheitsträgern doch nicht mehr ausgeübt werden könnten. Das Direktorium solle eine eigene Währung schaffen. Der Wirtschaft solle das Recht gegeben werden, unmittelbar mit der Oberkommission über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet zu verhandeln, da ja *Poincaré* nach wie vor abgelehnt hatte, darüber mit dem Reich zu verhandeln. Die Bildung des Direktoriums werde und dürfe keineswegs eine staatsrechtliche Abtrennung des besetzten Deutschlands vom übrigen Reich in sich schließen. Ich machte auf die außerordentliche Gefahr dieses Vorschlags, den wohl nur die Not der Stunde hat entstehen lassen können, aufmerksam. Seine Verwirklichung bedeutete den Anfang des Endes. Dem De-facto-Zustand könnte der Zustand de jure bald oder später folgen. Die Loslösung sei doch erheblich erleichtert, wenn es sich noch darum handele, einem tatsächlichen Zustand ein völker- oder staatsrechtliches Mäntelchen umzuhängen. Ich verblieb daher bei meinem Standpunkt auch den Ausführungen gegenüber, die *Jarres* machte, der seinen bereits oben mitgeteilten Gedankengang entwickelte und es auf eine nach seiner Auffassung vorübergehende Trennung des Rheinlandes vom Reiche ankommen lassen wollte, ein Gedanke, der für mich unfaßbar war. Ebenso wandte ich mich gegen die Ausführungen *Adenauers*, der für den Fall, daß die Loslösung unvermeidlich sei, vorschlug, in Verhandlungen mit der Oberkommission einzutreten, um möglichst günstige Bedingungen für das Reich und das besetzte Gebiet herauszuschla-

456 Im Original: »als«.

457 Zur Hagener Konferenz vom 25. Oktober 1923 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836; ERDMANN, Adenauer, S. 87–106; KÖHLER, Adenauer, S. 184–195.

458 Zur Konferenz in Barmen vgl. den Bericht des Duisburger Oberbürgermeister *Jarres* in Hagen am 25. Oktober 1923, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 762–769.

gen. Dann müsse das geschehen, was für beide am vorteilhaftesten sei. Ich hielt eben auch jetzt noch die Loslösung keineswegs für unvermeidlich. Daher war mir die Anbahnung von Verhandlungen über die Bedingungen und Folgen eines solchen Schrittes nichts anderes als ein durchaus verfehltes Entgegenkommen gegen die französischen Pläne, denen wir bisher mit Erfolg widerstanden hatten. Besc[hlüsse] wurden in Barmen nicht gefaßt, waren auch nicht vorgesehen.

Mit schwerem [Her]zen begab ich mich am nächsten Tag nach Hagen, weil ich fürchten mußte, [aus] *Stresemanns* Munde eine Schamade zu hören. Wie freudig überrascht war ich, als der Reichskanzler seine Ausführungen mit der nachdrücklichen Erklärung eröffnete, daß niemand in diesem Saale in Gegenwart des deutschen Reichskanzlers eine Trennung der besetzten Gebiete von Deutschland vorzuschlagen wagen dürfe. Damit war die Klärung gegeben, um die ich gebangt hatte. Alle anderen Fragen erledigten sich danach glatt und einfach. *Stresemann* erklärte namens der Reichsregierung, die für die Erwerbslosen erforderlichen Mittel würden von der Reichsregierung weiter zur Verfügung gestellt werden. So war uns die Möglichkeit zu weiterem Widerstand gegeben. Wir berieten uns, getrennt nach Fraktionen, um dann gemeinschaftlich mit *Stresemann* weiter zu beraten. Offensichtlich blieben die Ausführungen, die ich mit voller Zustimmung meiner Parteifreunde *Erkelenz*[459], *Höpker Aschoff*[460] u. a. machte und durch die ich jedes Entgegenkommen den Loslösungsbestrebungen gegenüber mit äußerster Bestimmtheit ablehnte, nicht ohne Eindruck auf den Reichskanzler. Er hat mir später einmal gesagt, daß er daraus eine erfreuliche Stärkung für seine Haltung gewonnen habe. Wie ich, so lehnte auch der Vertreter der Sozialdemokratie jedes Eingehen auf die Wünsche der französischen Politik ab. Wir waren uns schließlich wohl alle in der Auffassung einig, daß deren Bekämpfung die stets und kräftige Unterstützung der Reichsregierung verlange, die *Stresemann* zusagte. Einen breiten Raum in der Erörterung nahm die Frage ein, ob die Vertreter des besetzten Gebietes in Verhandlungen mit *Tirard* eintreten sollten. Das wurde von vielen, insbesondere deshalb für nötig erachtet, weil in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, berufene und unberufene, es verstanden hatten, sich Zugang zu dem Oberkommissar zu verschaffen, um mit ihm zu verhandeln. Darin lag eine besonders große Gefahr. Diese Politiker ad hoc, die im günstigsten Falle über die Nöte ihrer Heimat und der eigenen wirtschaftlichen Betätigung unterrichtet waren, dazu aber nicht selten auch noch unter dem Druck der örtlichen Besatzungsstellen standen, unterlagen leicht den Versprechungen und Lokkungen der geschickten französischen Propaganda, die auf den Fünfer-Ausschuß in Köln keinen nachhaltigen Eindruck auszuüben vermochte.

Ihn auszuschalten, war längst das Bestreben *Tirards*. Ihm paßte es durchaus, wenn die durch den Ausschuß bisher einheitlich geleitete Abwehrpolitik im Rheinland atomisiert wurde. Durch Zersplitterung der Kräfte und durch die Kannegießerei ungenügend unterrichteter, aufgeregter und von allen Schrecken des separatistischen Terrors bedrohter Menschen mußte die deutsche Sache schwersten Schaden erleiden. Nach unserer Meinung konnte dem in Zukunft nur vorgebeugt werden, wenn wir selbst in Verhandlungen mit *Tirard* eintraten. Das wollten wir aber nur mit ausdrücklicher Zustimmung der

459 Anton *Erkelenz* (1878–1945), Schlosser, seit 1902 Arbeitersekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Düsseldorf, 1923–1930 Herausgeber der »Hilfe«, November 1921–August 1929 Vorsitzender des Vorstands der DDP, Oktober 1929–Juli 1930 stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses, 1919–1930 MdR (DDP).

460 Hermann *Höpker Aschoff* (1883–1954), Richter in Bochum, dann in Hamm, Februar 1925–Oktober 1931 preußischer Finanzminister, 1921–1932 MdpLT, 1930–Juli 1932 MdR (DDP/DStP). Vgl. ADERS.

Reichsregierung unternehmen. Denn auch dieser Schritt konnte Gefahren heraufbeschwören. Nicht, als ob er uns zum Abgleiten von unserer festen Haltung und zur Gefügigkeit gegen *Tirard* hätte führen können. Aber er war doch argen Mißdeutungen ausgesetzt, die in der Tat auch nicht ausgeblieben sind, und konnte deshalb den Widerstandsgeist im Rheinland schädigen, die öffentliche Meinung im unbesetzten Gebiet trüben, und dadurch die Versackungspolitik stärken [und] – was am Stärksten ins Gewicht fiel – bei den Franzosen die Hoffnung [...][461] erwecken, daß jetzt auch der letzte Kern des Widerstands gegen ihre Rheinlandpläne zerbröckelte, die sie dann sicherlich mit umso stärkerem Nachdruck [v]erfolgen würden. Immerhin erschienen dem Ausschuß eigene Verhandlungen mit *Tirard* als geringeres Übel gegenüber den unkontrollierbaren, überaus gefährlichen Einzelverhandlungen, die von den Franzosen weidlich ausgeschlachtet wurden. In Hagen erweiterte sich der Fünfer-Ausschuß auf 15 Mitglieder. In ihm [waren] jetzt fast alle Teile des besetzten Gebietes vertreten. An der Arbeit des Ausschusses änderte sich dadurch wenig. Denn die bisherigen Mitglieder [des] Fünfer-Ausschusses [fungierten][462] gleichzeitig als Unterausschuß, der der eigentliche Träger der Arbeit blieb. *Stresemann* und die Versammlung in Hagen stimmten zu, daß der Fünfzehner Ausschuß versuchen solle, mit *Tirard* in Besprechungen zu treten mit der Maßgabe, daß sich diese Verhandlungen auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken hätten. Der Ausschuß selbst hat dann folgende Richtlinien für die Abordnung aufgestellt, der er den peinlichen Auftrag erteilte, in seinem Namen mit *Tirard* zu verhandeln:

Richtlinien für die Abordnung.

1. In der Überzeugung, daß die angeknüpften Fäden nicht abgerissen werden dürfen, beschließt der 15er-Ausschuß, eine Abordnung zu Herrn *Tirard* zu schicken.

2. Aufgabe dieser Abordnung ist es nicht, die Gründung eines neuen Staatswesens auch nicht innerhalb des Deutschen Reiches anzutreten [sic]. Ihr Ziel ist vielmehr Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und den Interalliierten nicht über die von Frankreich verlangten Sicherheiten, also nicht nur über das Geschick der Rheinländer, sondern [über][463] alle sich aus dem Versaillesvertrag ergebenden Fragen auf einer internationalen Konferenz herbeizuführen.

3. Da aber mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß Herr *Tirard* gerade die staatliche Umgestaltung des besetzten Gebietes in den Vordergrund der Erörterung rücken wird, so wird die Abordnung zu einem Doppelten verpflichtet:

a) Sie soll festzustellen versuchen, welche Absichten die französische Regierung im einzelnen hat.

b) Sie soll mit allen Kräften versuchen, darzutun, daß die Gründung eines neuen Bundesstaates weder im Interesse Deutschlands noch Frankreichs liegt.

Die von Frankreich verlangten weiteren Sicherheiten im besetzten Gebiet können durch eine dauernde oder zeitliche beschränkte Provinzial-Autonomie oder durch Kontrollrechte oder durch eine Verbindung beider begründet werden. Besteht Herr *Tirard* auf der Schaffung eines neuen Bundesstaates, so ist zu erklären, daß die Abordnung keine Legitimation zu Vereinbarungen besitzt. Es ist auf Verhandlungen mit der Reichsregierung zu drängen, da eine Neugliederung nur auf verfassungsmäßigem Wege möglich ist. Die Erklärungen des Herrn *Tirard* sind in allen Fällen zur Berichterstattung entge-

461 Im Original: »zu«.

462 Im Original: »wurden«.

463 Im Original: »um«.

genzunehmen. Die Berichterstattung an den 15er-Ausschuß hat so schnell wie möglich zu erfolgen, der sich vorbehält, weitere Anweisungen zu geben.

Diese Richtlinien zeigen, welche Möglichkeiten für die Entwicklung gegeben erschienen. Man nahm an, das Frankreich schließlich auf die Bildung eines Rheinstaates außerhalb des Deutschen Reiches verzichten, aber jedenfalls zunächst noch auf Schaffung eines neuen Bundesstaates bestehen werde. Diesem Verlangen glaubte man mit Erfolg durch den Vorschlag begegnen zu können, dem besetzten Gebiet eine zeitlich begrenzte oder dauernde Provinzial-Autonomie einzuräumen.

Tirard empfing zuerst die Herren *Mönnig* und *Meerfeld* als Vertreter der beiden größten Parteien, die mit größter Vorsicht verhandelten und nachdrück[lich betonten,] daß sämtliche Parteien des besetzten Gebietes von einer staatsrechtlichen Änderung nichts wissen wollten. Dann am 3.11.1923 war Louis *Hagen* bei *Tirard*, um mit ihm über die Gründung der rheinischen Goldnotenbank zu verhandeln, die in diesen Tagen in den Vordergrund gerückt war.[464] Auch der rheinische Provinziallandtag hatte Stellung zur Frage genommen. In einer Entschließung hielt der Landtag die Errichtung dieser Bank für notwendig, da er keinen anderen Weg sieht, die durch das Verhalten der Besatzungsbehörden in der Rheinprovinz noch wesentlich verschärfte Zahlungsmittelnot zu heben.[465] Er erwartet daher von der Reichsregierung schleunige Entschließung über den z.Zt. in Berlin vorgelegten Gründungsplan, mit dem er grundsätzlich einverstanden ist. Die Besprechung ging aber bald über das Thema Goldnotenbank weit hinaus. *Tirard* äußerte, er sei von seiner Regierung ermächtigt, mit einer kleinen Organisation über die endgültige Regelung eines neuen Staatswesens am Rhein zu verhandeln. Diese Organisation dürfe aber nicht nu[r] aus Kölnern bestehen, besonders müsse die Pfalz dabei berücksichtigt werden. Täglich kämen Deputationen aus allen Teilen des besetzten Gebietes zu ihm, um mit ihm über diesen Gegenstand zu [ver]handeln. Vielleicht könnten mehrere Staaten gebildet werden. Es sei auch denkbar, daß der neue Staat im Rahmen verbleibe, allerdings müsse er dann anders stehen, als die anderen Länder, er müsse selbständiger sein, eigene Währung und eigene Zollgrenzen erhalten, auch eigene diplomatische Vertretung und eine eigene Flagge besitzen. *Hagen* berichtete über diese Besprechung dem Fünfer-Ausschuß in Köln und dem Provinziallandtag, der jetzt beschloß, sich in die Verhandlungen einzuschalten. Er bestellte hierfür einen besonderen Ausschuß aus 21 Mitgliedern, der am 13. November 1923 Rücksprache mit *Tirard* hielt, die aber keinerlei weitere Aufklärung brachte.[466] Die endgültige Verantwortung blieb demnach bei dem interparteiischen Ausschuß.

---

464 Vgl. die Niederschrift Louis *Hagens* über eine Besprechung mit dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission *Tirard* in Koblenz am 3. November 1923, o.D., in: ERDMANN, Adenauer in der Rheinlandpolitik, Nr. 11, S. 305–308.

465 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des 67. Rheinischen Provinziallandtages, 3. Sitzung vom 8. November 1923, S. 28 f.

466 Die Besprechung fand am 14. November 1923 statt. Vgl. das von der französischen Seite abgefasste Protokoll, in: Archives Nationales Paris/Frankreich, Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds Tirard, AJ 9/3777, S. 1–4. Zur Besprechung vom 14. November 1923 vgl. auch ERDMANN, Adenauer in der Rheinlandpolitik, Nr. 12, S. 308 f.; sowie die Sitzung des Reichskabinetts, der Ministerpräsidenten der an der Besetzung beteiligten Länder und des Fünfzehner-Ausschusses, 17. November 1923, 15.15 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 267, S. 1110–1124. In der Unterredung vom 14. November beteuerte *Tirard* zwar, dass die französische Regierung die Rheinlande nicht annektieren wolle, jedoch einen neutralen Status der Rheinlande begrüßen würde. Dagegen bezog *Falk* Position. »Monsieur *FALK* objecte que le mot de »neutralité«, prononcé par Monsieur *TIRARD* laisserait supposer une séparation de l'Allemagne, ce que personne ne veut.« Vgl. das Protokoll, in: Archives Nationales Paris/Frankreich, Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds

Moldenhauer hatte, wie ich annehmen muß, im Einverständnis mit der Regierung, seinen Vorschlag weiter ausgearbeitet.[467] Er und seine Freunde setzten sich dafür ein, daß sein Plan bei der Verhandlung mit *Tirard* mit zur Besprechung gelangte. Ich und andere, die mit mir Gegner des Planes waren, konnten schließlich damit einverstanden sein, weil es immerhin wünschenswert war, die Auffassung *Tirards* über diesen Gedanken kennenzulernen. Die Besprechung fand am 23. November 1923 in Koblenz statt.[468] Sie stand insofern von Anfang an unter einem ungünstigen Stern, als wir infolge einiger Auto[pan]nen erst mit einer mehrstündigen Verspätung dort eintrafen. Wir wurden [in höf]licher Form empfangen. Die Verhandlung wurde von *Tirard* französisch, [von den] meisten von uns in deutscher Sprache geführt. Die Hilfe eines [Dolmetschers] war also erforderlich. Ein französischer Stabsoffizier fertigte [eine offen]sichtlich stenographische Niederschrift an, die aber nur für [den internen Gebrauch] bestimmt war.[469] Wir erhielten keine Kenntnis von ihr. Ich weiß da[her nicht,] ob und wieweit die Verhandlungen richtig wiedergegeben [wurden]. Das ist übrigens auch gleichgültig, da deren Ergebnis keine übergroße Bedeutung beanspruchen kann. Die Bitte, die unhaltbaren Verhältnisse am Rhein zu bessern, insbesondere dem Treiben der separatistischen Räuberbanden Einhalt zu tun, beantwortete *Tirard* mit der Frage, wie man sich das denke und was für Vorschläge dazu gemacht werden könnten. Er ging also sofort auf das Ziel los, das er sich gesteckt hatte. *Mönnig* trug im Sinne des *Moldenhauer*'schen Planes vor, man könne vielleicht der[470] Rheinprovinz, ohne sich gerade auf die bisherigen [Gr]enzen der Provinz festzulegen, eine Verwaltungsautonomie mit eigenem Budget, eigenem Steuerrecht und eigener Währung [gewähren][471]. *Tirard* erwiderte, vor allen [Din]gen müßte dann aber auch die Eisenbahn in andere Verwaltung übergehen. [Er] fragte weiter, ob nach *Mönnigs* Auffassung sich diese Regelung innerhalb [des] Deutschen Reiches vollziehen sollte. Dieser gab zur Antwort, die über[wiegende] Mehrheit der Bevölkerung lehne es ab, aus Preußen auszuscheiden, aus [dem] Deutschen Reich aber wolle niemand. *Tirard* meinte, Beziehungen zu Deutschland könnten unter allen Umständen erhalten bleiben, worauf ich ihm entgegnete, das Gebilde, das er schildere, sei doch tatsächlich ein vom Reich unabhängiger, selbständiger Staat. Das wollte er nicht gelten lassen. Er sprach dann von Erleichterungen, die sofort eintreten könnten. Auf meine Frage, worin denn diese Erleichterungen bestehen sollten, meinte er, man könne die Besatzungsarmee um eine Division oder zwei verkleinern. Andere Zusagen positiver Natur gab er aber nicht. Er schien seiner Sache ganz sicher zu sein, wenigstens tat er so. Daß es ihm darauf ankomme, die Zustimmung der Bevölkerung zu seinen Plänen

Tirard, AJ 9/3777, S. 1–4, hier S. 3. Dem Protokoll beigefügt ist eine Charakterisierung der an der Unterredung teilnehmenden deutschen Politiker. *Falk* wurde beschrieben als »Justizrat de Cologne. Démocrats. Avocat. Député à la Diète Provinciale de Rhénanie. Adversaire de l´idée rhénane. Hostile à notre influence.« Auf einer von den Franzosen bereits 1921 angelegten Karteikarte finden sich zu *Falk* folgende Bemerkungen: »Chef des democrates à Prov. Land. Rheinprovinz«,»peu aimé dans son parti«,»grand orateur«,»adversaire acharné de l´idée rhénane.« Ebd., AJ 9/5679.

467 Der *Moldenhauer*plan (November 1923), in: ERDMANN, Adenauer, Nr. 14, S. 310–313.

468 Das Protokoll des Treffens zwischen Paul *Tirard* und der Delegation deutscher Politiker am 23. November 1923, in: Archives Nationales Paris/Frankreich: Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds Tirard, AJ 9/3777. An der deutschen Delegation nahm *Falk* nicht teil, so dass sich die folgenden Ausführungen auf die Besprechung vom 14. November 1923 beziehen dürften.

469 Gemeint ist das Protokoll des Treffens zwischen Paul *Tirard* und deutschen Politikern, unter ihnen Bernhard *Falk*, am 14. November 1923, in: Archives Nationales Paris/Frankreich: Archives de la Haute Commission Interalliée des territoires rhénans: Fonds Tirard, AJ 9/3777.

470 Im Original: »die«.

471 Im Original: »ausbauen«.

zu gewinnen, ließ er mit keinem Wort durchblicken. Offenbar hatte er mit unserer Bereitwilligkeit gerechnet, an Stelle der Separatisten zu treten und ihm das Rheinland auszuliefern. Innerlich war ich davon überzeugt, daß er durch unsere kühle Haltung unangenehm überrascht war. Er versprach allerdings, die ärgsten Treibereien der Separatistenbanden sofort abzustellen, ein Versprechen, das er auch in gewissem Umfang gehalten hat. Er bedauerte, daß unter den Separatisten schlechte Elemente seien. [Die] Leute seien aber nun einmal da. Er sei allen Rheinländern gegenüber wie [ein Vater]. Er habe den einen Sohn – die Separatisten – und den anderen Sohn. [Er will] beiden gerecht werden. Er entließ uns mit der Aufforderung zu [überlegen], ob nicht aus der Pfalz, Hessen und dem Rheinland drei besondere [Staaten] geschaffen werden könnten.

Diese Überlegung brauchten wir erf[reulicherweise] nicht mehr anzustellen, denn der Umschwung setzte sehr schnell [im besetzten Gebiet] ein. Was viele in das Gebiet des Unmöglichen verwiesen hatten, wurde in diesen Novembertagen zur beglückenden Wirklichkeit. Die Rentenmark hielt sich. Unsere Währung war stabil und damit war eine neue Grundlage für das Wirtschaftsleben gewonnen. Das kam auch dem besetzten Gebiet sehr bald zugute, obwohl dort die Einführung der Rentenmark vorerst verboten blieb.[472] Bald folgte das Eisenbahnabkommen in Mainz, das annähernd ausreichende Verkehrsmöglichkeiten bot.[473]

Ohne den Umschwung der öffentlichen Meinung im Auslande zumal in Großbritannien wäre das alles wohl nicht möglich gewesen. Während England sich bis dahin begnügt hatte, den Separatisten jegliche Unterstützung zu versagen, unternahm es jetzt diplomatische Schritte in Paris gegen deren wüstes Treiben, beschränkte sich [aber] nicht darauf, sondern ließ durch *Clive*[474], den britischen Generalkonsul [in] München, eine Untersuchung über die Zustände in der Pfalz an Ort und Stelle durchführen. *Clive* stellte fest, daß 90% der Bevölkerung den Ablösungsbestrebungen feindlich gegenüberstehe und daß der separatistische Terror mit seiner sogenannten autonomen Regierung ohne französische Unterstützung überhaupt nicht habe in Erscheinung treten können und sofort verschwinden werde, sobald die Unterstützung durch die Franzosen aufhöre. An dieser Feststellung war trotz vielfacher Machenschaften des französischen Generals *de Metz*[475] und seiner Helfer nicht zu rütteln. Die Auswirkung dieses entscheidungsvollen Schrittes der Briten zeigte sich zunächst in Aachen, wo die separatistische Regierung blutig niedergeschlagen wurde, als ihr jetzt der Schutz der Belgier entzogen wurde. Ähnlich ging es in anderen Orten zu, bis schließlich der Kampf bei Aegidienberg, der mit der Zerschmetterung der letzten größeren Separatistenbanden endigte, das Rheinland von der fürchterlichen Not befreite.[476] Damit wurde auch der

472 Die Rentenmark wurde im April 1924 in den besetzten Gebieten eingeführt. Bis dahin blieb das örtliche Notgeld im Umlauf. Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, S. 313, Anm. 4.

473 Das zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz abgeschlossene Eisenbahnabkommen vom 1. Dezember 1923 sah die Wiederaufnahme des seit dem Ruhreinmarsch unterbrochenen Eisenbahnverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet vor. Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, S. 48, Anm. 9.

474 Robert Henry *Clive* (1877–1948), englischer Diplomat, 1921 Konsul in Peking, 1923/24 Generalkonsul in München, 1924 in Tanger, 1926 Gesandter in Teheran, 1934 Botschafter in Tokio, 1937–1939 in Brüssel.

475 Adalbert Francois Alexandre *de Metz* (1867–1946), französischer Offizier, 1917 Oberst, 1920 General, 1918/19 in der französischen Besatzungsarmee der Pfalz, 1920–1924 Delegierter der Interalliierten Rheinlandkommission für die Pfalz (Sitz: Speyer), seit November 1924 im französischen Kriegsministerium, 1927 zur Disposition gestellt.

476 In der Schlacht am Aegidienberg im Siebengebirge errangen am 16. November 1923 nationale Bürgerwehren den entscheidenden Sieg über die rheinischen Separatisten.

seelische Druck von der Bevölkerung genommen. Der Fünfer-Ausschuß hatte seine Aufgabe zunächst gelöst, hatte aber doch noch Gelegenheit zu weiterer Betätigung.

Nach dem Sturz des Kabinetts *Stresemann* machten sich im Kabinett *Marx*[477] erneut Bestrebungen geltend, die Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung[478] im besetzten Gebiet einzustellen oder doch auf eine nur kurze Zeit zu beschränken. Desweg[en] kam es zu recht ärgerlichen Auseinandersetzungen zwischen uns und dem Kabinett, das uns nach Berlin berufen hatte.[479] Der damalige Finanzminister *Luther* erklärte, Mittel zur Weiterführung dieser Zahlungen seien nicht vorhanden. Ich bestritt diese Behauptung. Er entgegnete, mit einer Reihe hervorragender Wirtschaftler müsse er den Standpunkt vertreten, daß die Rentenmark durch weiteren Abfluß größerer Mittel in das besetzte Gebiet gefährdet werde. In der Erörterung forderte *Luther* mich auf, ich solle doch seine Bücher einsehen, dann werde ich mich schnell zu seiner Auffassung bekennen. Diese Aufforderung war hochwahrscheinlich nur ein rhetorisches Kampfmittel. Ich behandelte sie aber ernst und nahm sie an. Tatsächlich fand am folgenden Morgen eine Besprechung zwischen *Luther* und seinen Räten und mir im Reichsfinanzministerium statt. Dabei war noch *Adenauer* oder *Hagen* zugegen. Ich kann das nicht mehr feststellen. Das Ergebnis war, daß sich *Luther* zur [W]eiterführung dieser Zahlungen bereit fand. Das Kabinett stimmte auf seinen [Vo]rschlag zu.[480] Es war schlimm genug, daß es erst unseres Eingreifens bedurfte, [um] das Kabinett von seinem ursprünglichen Entschluß abzubringen. Was seine Durchführung bedeutete, kann nur der beurteilen, der das kaum zu erfassende [Ma]ß von Erbitterung kennt, das sich damals der Besten am Rhein gegenüber dem »Berliner Separatismus«, wie wir spottend sagten, bemächtigt hatte. Mit [Da]nk und Anerkennung hatte man wohl nicht gerechnet, aber auf einen ganz so schnöden Undank [und auf][481] eine so naive Verkennung der bedeutungsvollen politischen Notwendigkeiten war man doch nicht gefaßt. Ich habe damals voll Erbitterung in einer Rede ausgeführt, daß man in Berlin bereit sei »bis zum letzten Rheinländer« zu kämpfen, ohne aber diesem Kampf der Rheinländer um Ehre und Freiheit dem Vaterland und Deutschland zum Siege zu verhelfen.[482] So einfach lagen die Dinge doch nicht, wie man sich das in Berliner Regierungskreisen vorstellte. Noch am 23.11.1923 hat Hugo *Stinnes* in Übereinstimmung mit einigen seiner Freunde es für angezeigt gehalten, die Möglichkeit zu prüfen, einen rheinischen Bun-

477 Nach dem Sturz der Regierung *Stresemann* bildete Wilhelm *Marx* (Z) am 30. November 1923 ein Minderheitskabinett aus Zentrum, BVP, DVP und DDP. Vgl. SCHULTHESS 1923, S. 218–223.

478 Es ging nicht um die Fortzahlung der Erwerbslosenfürsorge, sondern um die der Besatzungslasten.

479 Gemeint ist offenbar die Besprechung des Kabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets, 21. November 1923, 11 Uhr, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 34, S. 143–146, hier S. 143–145. An dieser Besprechung nahm Finanzminister *Luther* allerdings nicht teil. Vgl. auch die Besprechung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des Reichskabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets und der Landesregierungen am 6. Dezember 1923 im Reichstagsgebäude, sowie die Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern des besetzten Gebiets und der besatzungsbetroffenen Landesregierungen am 7. Dezember 1923, 10 Uhr, in: ebd., Nr. 11 und 12, S. 50–65.

480 Vgl. die gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums. 29. Dezember 1923, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 40, S. 165–173, hier S. 168–171. Das Kabinett erklärte sich zur vorläufigen Weiterzahlung der Besatzungslasten bereit.

481 Im Original: »in«.

482 Es handelt sich vermutlich um eine Rede, die *Falk* im Sechziger-Ausschuss für die besetzten Gebiete im Dezember 1923 gehalten hat. Zur Bildung des Sechziger-Ausschusses, dem für die DDP neben *Falk* die Reichstagsabgeordneten Anton *Erkelenz* und Adolf *Korell* angehörten vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 832, 8.12.1923.

desstaat im Deutschen Reich zu schaffen, um den drohenden Verfall des Reiches zu verhindern, vorausgesetzt, daß Frankreich dafür ausreichende Gegenleistungen biete.

Als *Luther* und *Stresemann* von Locarno[483] zurückkehrten, wurden eine Reihe rheinischer Persönlichkeiten zu einer Besprechung der neu geschaffenen Lage hinzugezogen.[484] Reichskanzler und Außenminister waren durch das Ergebnis offensichtlich befriedigt. Wie *Luther* ausführte, bezweckte die Zusammenkunft, uns Verständnis hierfür zu vermitteln. Die Interessen des Reiches seien nach aller Möglichkeit gewahrt und ein bedeutsamer Schritt zur Reinigung der europäischen Atmosphäre getan. Vor allem seien die Rheinlandfragen ihrer Lösung wesentlich näher gebracht worden. Das sei gelungen, ohne Opfer in der allgemeinen Politik zu bringen. *Stresemann* verbreitete sich über die Einzelheiten des Abkommens. Die Besatzungsfrist würde abgekürzt werden. Das sei zwar nicht im Vertrag selbst zum Ausdruck gekommen. Man sei sich aber völlig einig darüber. *Briand*[485] habe sich als Gegner jeder militärischen Organisation bezeichnet. Er werde in der Deputiertenkammer diesen Standpunkt vertreten.[486] *Chamberlain*[487] werde im gleichen Sinne im Unterhause reden.[488] Die 1. Zone werde sehr schnell geräumt werden. Das dürfe aber nicht etwa [als] eine Rückwirkung des Vertrages von Locarno betrachtet werden. Deutschland habe das vielmehr als sein Recht auf Grund des Diktats von Versailles verlangt und darauf hingewiesen, daß ohne die alsbaldige Räumung von einem wirklichen Frieden und von einer internationalen Annäherung keine Rede sein könne. In etwa 14 Tagen sei eine Note der Interalliierten zu erwarten, die den Tag der Räumung festsetzen werde. Zugesagt sei, daß sie so schnell erfolgen werde, als es technisch möglich sei. Zugesagt sei von Frankreich, England und Belgien weiter, eine Verminderung der Garnisonen in den noch vorab besetzt bleibenden beiden Zonen, ohne daß allerdings das Maß dieser Verminderung angegeben sei. Das Abkommen sei noch nicht unterzeichnet. Erst nachdem diese Schritte der Alliierten erfolgt seien, we[rde] Deutschland sich zu entschließen haben, ob es unterzeichnen wolle oder nicht. Man könne nur annehmen oder ablehnen. Eine Möglichkeit, Ände-

483 Gemeint ist die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925. In den in Locarno paraphierten Verträgen verzichteten Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen, für die England und Italien die Garantie übernahmen. Ergänzt wurde dieser Garantiepakt durch Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei sowie Verträgen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei. Nach der Unterzeichnung der Locarno-Verträge begannen die Alliierten mit der Räumung der ersten Zone des Rheinlands (Köln), die Ende Januar 1926 abgeschlossen werden konnte. Vgl. KRÜGER, S. 295–301, sowie den Forschungsüberblick, in: KOLB, Die Weimarer Republik, S. 223–228, bes. S. 226 f.

484 Am 20. Oktober 1925 fand in der Reichskanzlei eine Besprechung mit Vertretern des Rheinlands über die Auswirkungen des Abkommens von Locarno auf die Rheinlandfragen statt. Vgl. das Schreiben des Reichsministers für die besetzten Gebiete an das Auswärtige Amt, 30. Oktober 1925, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Luther I und II, Bd. 2, Nr. 212, S. 819–824.

485 Aristide *Briand* (1862–1932), seit 1891 Advokat in Paris, 1902–1932 Mitglied der französischen Kammer der Abgeordneten (zunächst Sozialistische Partei, seit 1910 Sozialrepublikanische Partei), seit 1906 Minister, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1932 Außenminister, 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1926 Ministerpräsident.

486 Zur Rede des französischen Außenministers *Briand* in der französischen Deputiertenkammer am 2. Dezember 1925 vgl. SCHULTHESS 1925, S. 292 f.

487 Austen *Chamberlain* (1863–1937), ältester Sohn von Joseph *Chamberlain*, seit 1892 Mitglied des britischen Unterhauses (zunächst Unionist, seit 1912 konservativ), 1903–1905 Schatzkanzler, 1915–1917 Staatssekretär für Indien, 1919–1921 erneut Schatzkanzler, 1924–1929 Staatssekretär des Auswärtigen.

488 Zur Rede des britischen Außenministers *Chamberlain* im britischen Unterhaus am 18. November 1925 vgl. SCHULTHESS 1925, S. 261 f.

rungen an den Bestimmungen des Vertrages zu treffen, sei nicht gegeben. Als Tag der Unterzeichnung war der 1. Dezember vorgesehen. Die nächste Folge werde sein, daß auch das Rheinlandabkommen unter Schiedsspruch stehe, i[nsbe]sondere seien ihm die Ordonnanzen der Besatzungsbehörde, auch die bereits in Kraft getretenen unterworfen. Die völlige Rechtlosigkeit gegenüber den feindlichen Behörden sei damit zu Ende. Kontumazialurteile seitens der Kriegsgerichte würden nicht mehr ergehen, wie *Briand* und *Vandervelde*[489] ausdrücklich zugesichert hatten. England wolle in Zukunft mit Deutschland auf demselben Fuße stehen, wie mit Frankreich. Das war allerdings vielversprechend und befreite uns von großen Sorgen. Besonders begrüßte ich die Tatsache, daß nur Gesamtinteressen des Deutschen Reiches für unsere Locarnobesprechung bestimmend und neue Lasten um das Rheinland willen nicht übernommen [worden] waren. Hatten wir bisher ausgehalten, so konnten wir das auch noch weiterhin. Gleichwohl machten viele von uns, auch ich lebhafte Einwendungen gegen den Abschluß des Locarno-Vertrages.[490] Ich sah in den Abmachungen eine Anerkennung der uns aufgezwungenen Ostgrenze und ein Hinübergleiten in eine internationale Kombination, in der, wie [die] Erfahrung zeigte, das Zusammenspiel der Interalliierten uns regelmäßig eine demütigende und gefahrdrohende Rolle aufdrängen werde, und [ich] war auch enttä[uscht] über die Rückwirkungen auf das Rheinland selbst, von denen ich mehr erhofft hatte. *Luther* erwiderte, das Gefühl der Unsicherheit im Rheinland könne er verstehen. Er habe auch in Locarno wiederholt hervorgehoben, daß die Rheinländer der zweiten und dritten Zone bitter enttäuscht sein werden. Das unmittelbare Erlebnis der Bevölkerung, weiter unter der Botmäßigkeit der fremden Besatzung zu stehen, überschattete alles, was erreicht werden konnte. Auch er verlange, daß die Gegner den tatsächlichen Beweis führten, daß das, was als Geist von Locarno hervorgetreten sei, sich nicht in schönen Redensarten erschöpfe, sondern in die Tat umgesetzt werde. *Stresemann* nahm mich beiseite, um mir zu sagen, er dürfe mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Rückgabe von Eupen und Malmedy rechnen. Alle Redner, auch ich, haben anerkannt, daß in Locarno die Ehre und Würde des Reiches durchaus gewahrt worden sei, einige haben auch restlos zugestimmt. Eine für die Jetztzeit interessante Mitteilung *Stresemanns* war die, daß die interalliierten Mächte einen von Deutschland angeregten Zusammenschluß Europas gegen Sowjet-Rußland völlig von der Hand gewiesen haben.

Ein kleiner Ausschuß, etwa 6 oder 7 Herren, wurde dann in das Reichspräsidentenpalais geführt, um *Hindenburg* ihre Stellungnahme zu unterbreiten. Der Reichspräsident war sehr wenig angetan von dem, was die meisten von uns zu sagen hatten. Er hielt Locarno offenbar für einen besonders großen Erfolg. Als zum Schluß einer der Redner sich in lobenden Worten über *Luther* und *Stresemann* erging, machte der Reichspräsident seinem Herzen Luft mit den Worten: »Endlich einmal eine verdiente Anerkennung für meine Her[ren].« Diese Redewendung hat der Generalfeldmarschall wohl aus der Militärsprache übernommen.

Dann schlug am 31. Januar 1926 für uns endlich die Stunde der Freiheit. Die diplomatischen Verhandlungen, das Gegeneinanderspiel der Krä[fte], das Ringen zwischen wirtschaftlicher Vernunft und ernstem Aufbauwillen auf [der] einen und der Kriegspsychose und der Unnachgiebigkeit auf der anderen Seite, die Konferenzen und Demarchen,

489 Emile *Vandervelde* (1866–1938), belgischer Rechtsanwalt, seit 1894 Mitglied der Kammer, Führer der belgischen Sozialisten (auch in der II. Internationale), 1916–1921 Minister in verschiedenen Ressorts, dann Universitätsprofessor in Brüssel, 1925–1927 Außenminister.

490 Auf Blatt 173 findet sich – nicht in den Kontext einfügbar – das folgende Satzfragment:: »keit der fremden Besatzung zu stehen, überschattete alles war er... werden konnte. Auch er verlange, daß die Gegner den tatsächlichen Beweis führten, daß das, was«.

die endlich zu dem ersehnten Ziele führten, können in ihrer welthistorischen Bedeutung nur von dem Geschichtsschreiber und Völkerpsychologen erfaßt werden. Es war ein weiter Weg von *Fehrenbach*[491] und *Simons*, von *Wirth*[492] und *Rathenau* bis zu *Stresemann*, auf dem die Anerkennung von Deutschlands Gleichberechtigung und damit das Recht der Verhandlung auf gleichem Fuß, anstelle des bisherigen rücksichtslosen Diktates, den Franzosen und ihren Mitläufern abgerungen werden mußte. Im Kampfe um das Rheinland mußte der Separatismus in allen seinen Spielarten, neben ihm aber als gefährliche Begleiterscheinung die Versackungspolitik überwunden werden, die [durch] ihre heroischen Gesten die Gemüter einfangen und den Wirklichkeitssinn und die klare, nüchterne, reale Überlegung zu töten drohte. Die moralische Kraft, die unser unbeugsamer Wille uns verlieh, uns zu wahren und zu behaupten, hat uns befähigt, bis zum Ende auszuharren. Als die britische Fahne von dem britischen Hauptquartier niedergeholt wurde, als dann in mitternächtlicher Weihestunde Tausende und Abertausende auf dem Domplatz die Hände emporstreckten zum vaterländischen Gelöbnis, da überkam mich die Erinnerung an die furchtbare Tragik des Erlebten, da erfüllten mich Stolz und Befriedigung, vaterländisches Hochgefühl und nationale Begeisterung. Nie, auch nicht in den Höhepunkten der unvergeßlichen Jahrtausendfeiern und der durch den Brücken[ein]sturz leider in so tieftrauriger [Erinnerung gebliebenen,] gestörten Befreiungsfeier in Koblenz[493], haben mich gleiche oder ähnliche Gefühle erhoben. Wie hätte ich damals auch nur daran denken können, daß das Dritte Reich mir und den Meinen das Recht rauben könnte, uns alle als Deutsche zu fühlen und zu bekennen.

Am 1. April 1926 sagte mir die preußische Staatsregierung durch den damaligen Innenminister *Severing*[494] den Dank für meine Tätigkeit. Ich lasse den Wortlaut [des] Schreibens hier folgen, nicht wegen der hohen Anerkennung, die mir darin zuteil wird, sondern wegen der staatsmännischen klaren Erkenntnis der [Erleb]nisse.

Der preußische Minister des Innern. Berlin, den 1. April 1926.

W.I.688

Sehr verehrter Herr Justizrat.

In der Geschichte der Besetzung des linken Rheinufers bilden die Räumung der ersten Zone und die erhebenden Räumungsanstalten in Köln, Bo[nn] und Krefeld einen mar-

491 Konstantin *Fehrenbach* (1852–1926), Jurist, 1882 Rechtsanwalt in Freiburg i. Br., Juni 1920–Mai 1921 Reichskanzler, 1885–1887, 1901–1913 Mitglied der Badischen Zweiten Kammer, 1903–1918 MdR (seit Juni 1918 Präsident des Reichstags), 1919/20 MdNV (Präsident), 1920–1926 MdR (Z), 1923–1926 Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

492 Joseph *Wirth* (1879–1956), Gymnasiallehrer, März 1920–Mai 1921 Reichsfinanzminister, Mai 1921–November 1922 Reichskanzler, April 1929–März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930–Oktober 1931 Reichsinnenminister, seit 1913 Mitglied der Badischen Zweiten Kammer, 1914–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1933 MdR (Z), Vertreter des linken Flügels der Zentrumspartei.

493 In Koblenz kamen anlässlich der Befreiungsfeiern am 22. Juli 1930 38 Menschen bei einem Brückeneinsturz ums Leben.

494 Carl *Severing* (1875–1952), Schlosser und sozialdemokratischer Politiker, 1905–1924 Stadtverordneter in Bielefeld, 1912–1919 Redakteur der »Volkswacht« in Bielefeld, April 1919 Reichs- und Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, März 1920–April 1921, November 1921–Oktober 1926 und Oktober 1930–März 1933 preußischer Innenminister, Juni 1928–März 1930 Reichsminister des Innern, 1907–1911 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1933 MdR, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT.

kanten Abschnitt. Bei meiner Rede in der Festversammlung in Köln[495] habe ich bereits öffentlich darauf hingewiesen, wie [in] der schlimmsten Zeit gerade die Kölner die engste Verbindung mit Reich [und] Staat gesichert haben. Ein bleibendes geschichtliches Verdienst der fünf Kölner Parteiführer ist es, daß die im Rheinland maßgebenden Parteien und die Gewerkschaften in besatzungspolitischen Angelegenheiten gegenüber scharfen Drohungen und Lockungen der Bes[atzung] eine einheitliche Abwehrfront gebildet haben und keine Bevölkerun[gsschicht] einen Sonderschritt für sich allein unternommen hat. Darüber hinaus haben die Kölner Parteiführer es verstanden, bei ihren Freunden im übrigen besetzten Gebiet, die angesichts des damaligen Besatzungs- und Separatistenterrors, der Sorge um Leben, Freiheit und das tägliche Brot in einer fast unerträglichen Lage sich befanden, das Vertrauen auf die Hilfe, die Kraft und den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu stä[rken], [und] mit Land und Reich haben die Parteiführer gemeinsam mit der Reichs- [und] Staatsregierung den schmalen Weg gefunden, der zur Rettung der rheinischen Heimat geführt [hat], und die Einheit von Reich und Staat gesichert, indem sie mit ihrem wertvollen Wort nie zurückhielten.

In dem historischen Augenblick, in dem mit der Räumung der ersten Zone des altbesetzten Gebiets gewisse ausländische machtpolitische Pläne auf deutschem Boden zurückgedämmt erscheinen, ist es mir ein Bedürfnis und eine Freude Ihnen, sehr verehrter Herr Justizrat, namens der preußischen Staatsregierung herzlichen Dank für alles das zu sagen, was Sie in schwerster Zeit für Ihre rheinische Heimat, für Reich, Staat und Volk durch Rat und Tat geleistet haben. Die preußische Staatsregierung ist überzeugt, daß sie auch künftighin in engem, vertrauensvollem Zusammenwirken auf Ihre und der übrigen rheinischen Parteiführer Mitarbeit wie überhaupt auf die des rheinischen Volkes zuversichtlich rechnen darf.

Gz. *Severing*.

Bei den Neuwahlen des Jahres 1924 wurde ich auf der Landesliste in den Preußischen Landtag gewählt. Damit schied ich zufolge gesetzlicher Bestimmungen aus dem Staatsrat aus. Ich legte aber auch mein Mandat als Mitglied des rheinischen Provinziallandtags nieder. Bisher hatte ich regelmäßig, so auch jetzt auf der Reichsliste gestanden, aber stets ohne Erfolg. Die Besetzung der Reichs- und Landesliste war eine der unangenehmsten Aufgaben, die an die leitenden Parteistellen herantraten. Ich brauche das wohl nicht erst zu begründen und will nur sagen, daß ich heilfroh war, wenn diese Arbeit einmal wieder getan war. Ein Wust von sachlichen, persönlichen, landschaftlichen und berufständischen Ansprüchen und Berechtigungen mußte bewältigt werden, der Widerstreit zwischen Mann und Frau, zwischen Alt und Jung, zwischen rechts und links innerhalb der Partei zwischen Pazifismus und ihren Gegenspielern war zu überwinden. Ich habe niemals den hohen ethischen Wert eines auf nationalem Empfinden aufgebauten Willens verkannt, der die Grundsätze des Rechtes auch im Leben der Völker an die Stelle des Krieges, der Gewalt und der Vernich[tung] durchzuführen sich bemüht. Aber ebenso haben mich jemals ernste Zweif[el] verlassen an der Durchführbarkeit dieser Bestrebungen und an ihrer Heilkraft für Deutschlands Not und Demütigung. Der lauttönende Pazifismus, der aus der Presse und den Parlamentsreden Frankreichs und anderer Länder zu uns herübertönte, mit seiner so überaus eindringlich betonten Liebe zu voller Freundschaft und Völkerversöhnung erschien mir doch als geschicktes Mittel zur Aufrechterhaltung des Status quo, den das Versailler Diktat ge-

495 Gemeint ist die Rede des preußischen Innenministers *Severing* anlässlich der Befreiungsfeier in Köln am 21. März 1926. Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 16, 22.3.1926: »Der Reichspräsident v. *Hindenburg* bei der Befreiungsfeier in Köln. Eine Ansprache *Severings*.«

schaffen hatte. Weil ich mich niemals scheute, mich zu diesen Gedankengängen offen zu bekennen und danach zu handeln, trat ich in der Partei ständig auf lebhafte Gegnerschaft, namentlich bei leidenschaftlichen Frauen, die eingeschworene Pazifistinnen waren, ohne sich über die Möglichkeiten und Auswirkungen ihrer Ideen Rechenschaft zu geben. Mit den Führern des Pazifismus dagegen, mit *Quidde*[496] und *Schücking*[497], echten, kernigen, vaterlandsliebenden Männern, habe ich stets in ausgezeichneten Beziehungen gestanden. Sie brachten mir volles Verständnis entgegen, wie ich sie verstand und zu würdigen wußte. Eine meiner liebsten Erinnerungen aus jüngster Zeit ist ein Besuch, den ich mit meiner Frau *Schücking* in seinem prächtigen Heim [in Den] Haag kurz vor seinem allzu frühen Tode abstattete.

[Bi]s zu den Wahlen im Dezember 1924 hatte die große Koalition – Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsch-Demokratische Partei und Sozialdemokraten – die Geschicke Preußens geleitet, und zwar mit großem Erfolg. Ein innerer, [aus] der politischen Lage Preußens herausgewachsener Grund, diese große Koalition zu brechen, war nicht erkennbar. Noch in den letzten Sitzungen des [alt]en Landtages hatten die Führer der Deutschen Volkspartei *Boelitz*[498], v. *Campe*[499] [und] v. *Richter* die Leistungen und Erfolge dieser Arbeitsgemeinschaft in beredten Worten anerkannt und dabei betont, daß das Zusammenarbeiten mit *Braun*[500] [und] *Severing* für die Deutsche Volkspartei nicht nur erträglich, sondern auch [von] hohem Wert für das Land gewesen sei.[501] Die Sprengung der großen Koalition [wurde] von außen her herbeigeführt. Sie war die Vorbereitung zu der Annäherung der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen im Reichstag. Man war [gewi]llt mit einem Schlage das Steuer von links nach rechts herumzuwerfen. [Den] Mitgliedern der volksparteilichen Fraktion im Landtage war es in ihrer [Mehr]zahl sicher nicht willkommen, aus positiver bedeutungsvoller Arbeit heraus[geho]lt und jetzt zu einer dürren und erfolglosen Opposition verurteilt zu werden, die allerdings eine kaum zu übertreffende Geschäftigkeit [bewi]es, aber jeder Schaffenskraft bar war.

Die Weimarer Koalition verfügte über keine feste Mehrheit. Von den 450 Abgeordneten gehörten zur Sozialdemokratie 114[502], zum Zentrum 81 und zur Deutsch-Demo-

---

496 Ludwig *Quidde* (1858–1941), Historiker in München, Verfasser der gegen *Wilhelm II.* gerichteten Schrift »Caligula«, 1914–1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, 1920–1929 zugleich Vorsitzender des Deutschen Friedens-Kartells, 1927 Friedensnobelpreis, 1907–1918 Md Bayerischen Landtags (linksliberale Deutsche Volkspartei), 1919–1920 MdNV (DDP).

497 Walther *Schücking* (1875–1935), Staats- und Völkerrechtslehrer, 1900 Professor in Breslau, 1903 in Marburg, 1921 an der Handelshochschule Berlin, 1926–1933 in Kiel, 1932–1935 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, 1919/20 MdNV, 1920–1928 MdR (DDP).

498 Otto *Boelitz* (1867–1951), Dr. phil., 1904 Oberlehrer Oberrealschule Bochum, 1905 Deutsches Realgymnasium Brüssel, 1909 Direktor der Deutschen militärberechtigten Realschule Barcelona, 1915 Direktor des staatlichen Gymnasiums Soest, kulturpolitischer Sprecher der DVP-Landtagsfraktion, von November 1921 bis Januar 1925 preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (DVP), nach 1945 Mitglied der CDU.

499 Rudolf v. *Campe* (1860–1939), 1917–1920 Regierungspräsident in Minden, 1920–1932 Mitglied des DVP-Zentralvorstandes, 1904–1917 MdpAH (Nationalliberale Partei), 1921–1932 MdpLT (DVP), 1924–1928 Fraktionsvorsitzender.

500 Otto *Braun* (1872–1955), November 1918–April 1921 preußischer Landwirtschaftsminister, März 1920–April 1921 preußischer Ministerpräsident, November 1921–Februar 1925, April 1925–März 1933, 1913–1918 MdpAH, 1921–1933 MdpLT, 1919/20 MdNV, 1920–1933 MdR (SPD).

501 Vgl. die Rede des Fraktionsvorsitzenden der DVP, v. *Campe*, in der 359. Sitzung am 23.10.1924, in: SBpAH 1921/24, Bd. 17, Sp. 25071–25079.

502 Im Original fälschlicherweise: »150«.

kratischen Partei 27, insgesamt 222. Aber es erwies sich bald als unmöglich, die Gegner der Regierung [zu] geschlossenem Zusammengehen zu vereinigen. Die namentlich in den ersten [Jahr]en der Landtagsperiode häufig wiederholten Versuche der Regierungsstü[rzer] waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die »nationalen« Parteien, wie sie sich zu nennen beliebten, ließen sich die Unterst[ützung] der Kommunisten, der »Umsturzpartei« gerne gefallen, sie stimmten a[uch] ohne jedes sichtbare Bedenken für die Mißtrauensvoten der Kommunisten, obwohl die Begründung[en] regelmäßig geradezu Hohn für die Prinzipien der Rechtsparteien waren, aber es langte nie. Die Kraft der Opposition war vollends gebrochen, als die Kommunisten unter ihrem Führer *Pieck*[503] nicht mehr willig Heeresfolge leistete, als der »Pickbube« nicht mehr stach, wie sich der witzige Zentrumsführer *Heß*[504] einmal ausdrückte. In einem Fall eines Mißtrauensvotums, der eine gewisse Besorgnis hervorzurufen geeignet schien, genügte die Anwesenheit *Adenauers* im Hause, um die Volkspartei zu schrecken und einen Teil ihrer Mitglieder von der Zustimmung abzuhalten. Nach der preußischen Verfassung konnte das Dreimännerkollegium, das sich aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtags und des Staatsrates zusammensetzte, den Landtag auflösen.[505] Der Ministerpräsident und der Präsident des Landtags gehörten der Sozialdemokratie an, *Adenauer* war Präsident des Staatsrates. Die Volkspartei mußte von Neuwahlen sehr erhebliche Einbußen befürchten.

Unter den Mitgliedern der deutsch-demokratischen Fraktion war der bedeutendste und bekannteste Hugo *Preuß*. Er trat aber kaum noch hervor. Sein früher, jäher Tod zeigte bald, daß seine Kraft im Dienste des Vaterlandes verzehrt war. Ich habe ihm im Landtag die Leichenrede gehalten und ihn als deutschen Mann gefeiert.[506] Das war er, mag man es auch heute nicht mehr gelten lassen. Der Zusammenbruch der großen Koalition erforderte eine Neubildung des Ministeriums, die erst nach langen wechselvollen Kämpfen zustande kam. Eine kleine Opposition im Zentrum, v. *Papen*[507], der spätere Reichskanzler, *Roeingh*[508], ein westfälischer Landwirtschaftsvertreter, und der Landrat *Loenartz*[509] lehnten es ab, den Sozialdemokraten *Braun* zu wählen, für den infolgedessen

503 Wilhelm *Pieck* (1876–1960), Tischler, seit 1895 Mitglied der SPD, 1905 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, seit 1919 Mitglied der KPD, 1922–1933 MdpLT, 1928–1933 MdR, 1946 Vorsitzender der SED, 1949–1960 Präsident der DDR.

504 Josef *Heß* (1878–1932), Oberlehrer, 1906 Kreisschulinspektor in Wipperfürth, 1911 in Ahrweiler, 1920 Oberregierungsrat bei der Regierung in Koblenz, 1908–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (Z).

505 Artikel 14 der Preußischen Verfassung.

506 Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 246, 14.10.1925: »Dank der Reichsregierung für Hugo *Preuß*«. »Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abgeordneter *Falk*, sprach für die engeren Kollegen. Hugo *Preuß* war ein kerndeutscher Mann. Sein Vorbild war *Freiherr von Stein*. *Steins* Werk auszubauen, hatte er sich zur Lebensaufgabe gestellt. Er wollte Preußen nicht zertrümmern. Er wollte nur ein großes deutsches Vaterland schaffen. Die Wacht an der Donau war ihm ebenso wertvoll wie die Wacht am Pregel und die Wacht am Rhein.«

507 Franz v. *Papen* (1879–1969), seit 1898 preußischer Offizier, seit 1911 im Großen Generalstab, 1918/19 Oberstleutnant und Chef des Generalstabs der 4. türkischen Armee in Palästina, Anteilseigner und Vorsitzender des Aufsichtsrats des Verlags des Zentrumsblatts »Germania« (Berlin), Juni–Dezember 1932 Reichskanzler, seit 20. Juli 1932 auch Reichskommissar in Preußen, Januar 1933–August 1934 Vizekanzler, 1921–1932 MdpLT (Z), Vertreter des konservativen Flügels der Zentrumspartei.

508 Theodor *Roeingh* (geb. 1882), Landwirt und Gutsbesitzer, Beverungen (Westfalen), Mitglied des engeren Vorstands des Westfälischen Bauernvereins, 1921–1932 MdpLT (Z).

509 Friedrich *Loenartz* (1887–1929), Rechtsanwalt, 1919 kommissaraischer Landrat, 1920–1927 Landrat in Bitburg, 1921–1929 MdpLT (Z).

keine Mehrheit vorhanden war. Gewählt wurde deshalb Wilhelm *Marx*[510] zum Ministerpräsidenten.[511] Er nahm die Wahl an, legte das Amt aber nach kurzer Zeit nieder, weil er inzwischen infolge des Zusammenbruchs der Rechtsregierung im Reich zum Reichskanzler ernannt worden war.[512] Es gelang jetzt, die Frondeure des Zentrums zur Ordnung zu rufen. *Braun* konnte jetzt zum Ministerpräsidenten gewählt werden.[513] Hätte damals die Zentrumsfraktion die Entschlußkraft aufgebracht, *Papen* abzuschütteln, so wäre vielleicht später alles anders gekommen.

In dem neuen Ministerium *Braun* wurden uns zwei Ministerien angeboten. Bisher hatte unser Parteifreund Dr. *Wendorff*[514] das Landwirtschaftsministerium geführt. Er war 1924 nicht wieder als Abgeordneter gewählt worden, hatte auch in der Fraktion eine starke Gegnerschaft, deren Meinung er auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung [gegen sich] hatte. Er schied demnach als Ministerkandidat aus, ebenso *Preuß*, der [von] mancher Seite als Innenminister gewünscht wurde. Man konnte aber *Se[vering]* kaum als Innenminister entbehren. Die Fraktion stellte zwei vortreffliche Minister, ihren Vorsitzenden, den klugen, grundsatztreuen, sozial empfindenden, beredten und fleißigen Dr. *Schreiber*[515] als Handelsminister und den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Höpker Aschoff*[516] als Finanzminister. Beide haben in ihrem Amte hohe Anerkennung bei Freund und Gegner gefunden. *Schreiber* hat die großen wirtschaftlichen Aufgaben, die dem Lande Preußen gestellt waren, richtig und rechtzeitig erkannt und mit großer Energie und bedeutendem Erfolge ihrer Lösung entgegengeführt. *Höpker Aschoff* erinnert in seiner Amtsführung an den großen Finanzminister *Miquel*[517], mit

510 Wilhelm *Marx* (1863–1946), 1907–1921 Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf, Januar 1921 Landgerichtspräsident in Limburg/Lahn, September 1912 Senatspräsident beim Berliner Kammergericht, November 1923–Januar 1925, Mai 1926–Juni 1928 Reichskanzler, Januar–Mai 1926 Reichsjustizminister und Reichsminister für die besetzten Gebiete, Februar–April 1925 preußischer Ministerpräsident, 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten, 1899–1918 MdpAH, 1910–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1932 MdR (Z) (1921–1923 Fraktionsvorsitzender, 1922–1928 Parteivorsitzender).

511 Am 10. Februar 1925 wählte der Preußische Landtag den Zentrumspolitiker Wilhelm *Marx* im zweiten Wahlgang zum Ministerpräsidenten. Vgl. SBpLT 1925/28, Bd. 1, Sp. 488 f.

512 Am 19. März 1925 trat *Marx* als preußischer Ministerpräsident zurück, da an seiner Doppeleigenschaft als Ministerpräsident und Kandidat für das Reichspräsidentenamt Anstoß genommen wurde. Vgl. SCHULTHESS 1925, S. 46 f. Reichskanzler war *Marx* von November 1923 bis Januar 1925 und erneut von Mai 1926 bis Juni 1928.

513 Am 3. April 1925 wurde der Sozialdemokrat Otto *Braun* zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Vgl. SBpLT 1925/28, Bd. 1, Sp. 1380.

514 Hugo *Wendorff* (1864–1945), Dr. phil., 1892 Gutsvorsteher in Toitz, November 1918–Juli 1920 Ministerpräsident von Mecklenburg–Schwerin, zeitweilig auch Arbeits-, Innen- und Landwirtschaftsminister, November 1921–Februar 1925 preußischer Landwirtschaftsminister, Mai 1922 Staatskommissar für Volksernährung, 1912–1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1919/20 MdNV, 1919–1921 Md Landtags von Mecklenburg-Schwerin, 1919–1921 MdpLV, 1921–1924 MdpLT (DDP).

515 Walther *Schreiber* (1884–1958), Dr. jur., Rechtsanwalt in Halle, Februar 1925–März 1933 preußischer Handelsminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (DDP, DStP), 1947 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der CDU, 1946–1958 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses Berlin (bis 1951 Fraktionsvorsitzender), 1953–1955 Regierender Bürgermeister von Berlin.

516 Hermann *Höpker Aschoff* (1883–1954), Dr. jur., 1912 Landrichter in Bochum, 1921 Oberlandesgerichtsrat in Hamm, 1922 Mitglied des Großen Disziplinarsenats für richterliche Beamte, Februar 1925–Oktober 1931 preußischer Finanzminister, 1921–1932 MdpLT (DDP, DStP), September 1930–Juli 1932 MdR (DStP), 1949–1951 MdB (FDP), 1951–1954 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

517 Johannes v. *Miquel* (1828–1901), Jurist, 1865–1869 Bürgermeister von Osnabrück, 1870–1876 Leiter der Berliner Diskontogesellschaft, 1876–1880 Oberbürgermeister von Osnabrück, 1880–1890 Ober-

dem er verglichen werden darf. Sein strenges Pflichtgefühl und seine ungewöhnliche Tatkraft haben die Finanzen Preußens vor Erschütterungen bewahrt und dem Lande die finanzielle Möglichkeit gegeben, seine hohen Aufgaben zu erfüllen.

Ich wurde an *Schreibers* Stelle – ich glaube einstimmig und ohne Abstimmung – zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt und habe dieses Amt im Jahre [1928] bis zu meinem Ausscheiden aus dem Landtag im Jahre 1932 beibehalten.[518] Dieses Amt stellt an seinen Träger mannigfaltige Ansprüche, unter denen die Leitung der Fraktionssitzungen und die Wortführung in der Vollversammlung so bedeutungsvoll sie auch sein mögen, keineswegs die größten Schwierigkeiten in sich bergen. Diese Aufgaben sind allerdings besonders augenfällig und erscheinen als die wichtigsten und wertvollsten. Viel schwieriger aber ist es, den inneren Zusammenschluß und die bewußte Zusammenarbeit der Fraktionsfreunde herbeizuführen und zu erhalten. Jeder Abgeordnete ist in seinem Kreise eine führende Persönlichkeit von Verdienst und Erfolg, erwählt von Vielen und aus Vielen. Er bringt eine große Summe von Kenntnissen und Erfahrungen mit, aber auch Selbstbewußtsein, Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso ergibt sich aber auch aus sich selbst, daß den persönlichen Ansprüchen und Wünschen des einzelnen nicht immer entsprochen werden kann. Daraus erwächst leicht Verstimmung und Passivität. Noch größer ist die Gefahr der Gruppenbildung, die zur Zersplitterung führen kann.

Alle diese Schwierigkeiten zu erkennen und ihnen nach Möglichkeit a[uszuweichen] ist die schwere Aufgabe des Vorsitzenden, dem es hin und wieder auch [nicht] erspart bleiben mag, zu ernstlichen Mahnungen seine Zuflucht zu nehmen. [Die Zu]sammensetzung des Fraktionsvorstandes ist nicht einfach. Zu den Ausschüssen des Landtages kommen weit mehr Anmeldungen als Sitze zu vergeben [sind]. Es müssen daher auch Wünsche unberücksichtigt bleiben, denen die Berechtigung an sich nicht abgesprochen werden kann. Verstimmungen sind die unausbleibliche Folge. Zur Wahl in die Ausschüsse drängen sich alle. In der Ausschußarbeit versagt aber mancher. Die eigentliche Arbeit in der Fraktion ist die Sache des Geschäftsführers. In unserem Freunde *Riedel*[519] hatten wie einen Mann gefunden, der sich dieser bedeutungsvollen und schwierigen Aufgabe mit großer Hingabe und mit vorbildlichem Fleiß und Erfolg widmete. Er brauste zwar bisweilen auf, wenn er mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden war, ließ sich aber leicht begütigen. Er ist mir immer ein treuer Freund geblieben.

Die Arbeit innerhalb der Koalition stellte ständig besonders hohe Anforderungen an den Vorsitzenden der deutsch-demokratischen Fraktion. Im interfraktionellen Ausschuß, der von den Koalitionsparteien beschickt wurde und in dem mit der Regierung alle bedeutungsvollen parlamentarischen Fragen beraten werden, mußten heftige Zusammenstöße nach Möglichkeit vermieden werden. Wir waren nur 27 unter 223 Koalitionsmitgliedern. Was uns an Zahl fehlte, mußte durch feste Geschlossenheit und Grund-

---

bürgermeister von Frankfurt a.M., 1890–1901 preußischer Finanzminister, 1857–1866 Md Hannoverschen Zweiten Kammer, 1867–1877 und 1887–1890 MdR (Nationalliberale Partei).

518 Dem Sitzungsprotokoll der preußischen Landtagsfraktion zufolge wurde *Falk* am 18. Februar 1925 zum dritten Fraktionsvorsitzenden gewählt. De facto nahm Falk nach der Ernennung *Schreibers* und *Höpker Aschoffs* zu Ministern aber die Stellung eines ersten Fraktionsvorsitzenden ein. Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 466, S. 782 f., hier S. 782. Am 8. Juni 1928 wurde *Falk* offiziell zum ersten Fraktionsvorsitzenden gewählt. Vgl. ebd., Nr. 664, S. 1000–1002, hier S. 1000.

519 Oswald *Riedel* (geb. 1887), Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, 1919/21 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (DDP, DStP), 1925–1932 Fraktionsgeschäftsführer, 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

satztreue ersetzt werden. Es durfte nichts von dem aufgegeben werden, was Ideengehalt und Grundgesetz unserer Partei war. Alle Meinungsverschiedenheiten, die hieraus bisweilen erwuchsen, waren durch Verständnis für die politischen Notwendigkeiten der beiden anderen Koalitionsparteien zu überbrücken. Sollte Preußen das festeste Bollwerk für Demokratie und Republik gegen Umsturz von rechts und links bleiben, so mußten die Regierungsparteien nach außen das ungetrübte Bild fester Geschlossenheit bieten. Es ist nicht zu leugnen, daß man hierbei auch einmal fünf gerade sein lassen mußte. Die Arbeit innerhalb der Koalition konnte sich auf die enge und feste Geschlossenheit, die treue Waffenbrüderschaft [stützen], die sich in unserer Fraktion herausgebildet hatte, die allen Meinungsverschiedenheiten gegenüber standhielt und es insbesondere verhinderte, daß von einigen wenigen Einzelfällen abgesehen die Fraktion bei Abstimmungen in der Vollversammlung auseinanderfiel oder Meinungsverschiedenheiten ihrer Vertreter in den Ausschüssen mißbilligen [mus]ste.

In den Verhandlungen mit den Ministern bildete die Stellenbesetzung [ein]e bedeutende Rolle. Das Geschrei von der Futterkrippe und dem Parteibeamtentum, das in den Blättern des Herrn *Hugenberg*[520] einen gewaltigen [Wid]erhall gefunden hatte, bedeutete, soweit wenigstens Preußen in Betracht [komm]t, eine ungeheure Übertreibung. Freilich sind manche Mißgriffe unter[gekomm]en, sicher hat das Bestreben der Sozialdemokratie und der christlichen Gewerkschaften, hohe und einflußreiche Stellen aus ihren Kreisen zu be[setzen], bisweilen beim Mangel geeigneter Beamten zu Fehlern geführt, die sich an uns allen, an Schuldigen und Mitschuldigen, bitter gerächt haben. Auch [der] alte Grundsatz der mechanischen Parität, von dem sich das Zentrum nach [wie] vor gerne leiten ließ, hat sich, wie das unausbleiblich war, [als] unglücklich erwiesen. Aber es ist nicht wahr, daß *Braun* und *Severing* sich gefunden hätten, auf hohe Verwaltungsposten Parteigenossen zu berufen, obwohl [sie von] deren Unbrauchbarkeit überzeugt gewesen seien. Auswüchsen auf dem G[ebiet] der Personalpolitik, die sich innerhalb der Koalition zeigten, sind wir [mit] Entschiedenheit entgegengetreten, und zwar um des Staates willen, des[sen An]sehen und Festigkeit darunter hätte leiden müssen. Zeitweilig wuchs [sich] diese Frage geradezu zu einem Angelpunkte in den interfraktionellen Verhandlungen aus. In einem Falle als D[r]. *Waentig*[521] Minister des Innern war, habe ich unzweideutig erklären müssen, daß daraus für uns eine Ge[fähr]dung der Koalition selbst erwachsen könnte.

Ich will auf die Beamtenp[olitik] noch etwas weiter eingehen, ohne daß dadurch, wie ich hoffe, der Zusammenhang gestört wird. Die alten Beamten, die nach wie vor ihres Amtes wa[lte]ten, taten pflichtgetreu ihren Dienst. Auch unter den Ministerialdirektoren, Regierungspräsidenten und Landräten waren nicht wenige, die sich offen und ohne Scheu als Angehörige von Oppositionsparteien bekannten. Sie br[auch]ten unter der Herrschaft des »Systems« ihre Gesinnung nicht zu verleugnen, wenn sie nur ihrer Pflicht dem Staate gegenüber ehrlich und gewissenhaft nachkamen. Diese hohe Pflichterfüllung darf man fast allen der alten Beamten nachrühmen.

520 Alfred *Hugenberg* (1865–1951), Jurist, 1909–1918 Vorsitzender des Direktoriums der Firma Friedrich Krupp, Essen, seit 1916 Leiter des Hugenberg-Konzerns (Zeitungen, Nachrichtenbüros, Anzeigenbüros, Film-Unternehmen), 1928–1933 Parteivorsitzender der DNVP, Januar–Juni 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister, 1919/20 MdNV, 1920–1945 MdR (DNVP, NSDAP).

521 Heinrich *Waentig* (1870–1943), Nationalökonom, 1895 Privatdozent in Marburg, 1897 ao. Prof. daselbst; 1899 o. Prof. in Greifswald; 1902 in Münster, 1904 in Halle, 1909–1914 in Tokio, 1914–1927 wieder in Halle, 1927–1930 Oberpräsident der Provinz Sachsen, Februar bis Oktober 1930 preußischer Innenminister, 1921–1928 MdpLT (SPD), 1931 Austritt aus der SPD.

Allerdings liefen auch sehr üble Entgleisungen unter. Ein aktiver Landrat v. *Bismarck*[522] glaubte sich in einer Versammlung die Äußerung leisten zu können, »die Übelstände im innerpolitischen Zustand Preußens sind allein durch die sozialdemokratische Regierung herbeigeführt.« Das konnte nicht geduldet werden und ist auch nicht geduldet worden. Der Staat bedarf, wie ich am 12. Juni 1928 im Landtage in einer Rede zur Bes[ol]dungsreform ausführte, verfassungstreuer, auf den Staat eingestellter B[eamter], die nicht nur um des Brotes willen, sondern aus höchster Pflichterfüllung diesem Staat dienen.[523] Deshalb ist und bleibt das Berufsbeamtentum für uns eine der festesten Stützen des Staates. Am 9. Mai 1930 bekannte ich mich namens der Fraktion in der Frage der politischen Beamten zu folgender Auffassung. »Die Regierung muß von diesen Beamten verlangen, daß die Beamten nicht ihre Politik durchkreuzen. Ein politischer Beamter darf in keiner Lage des Lebens Schritte tun, die die Politik seiner Regierung zunichte zu machen drohen.«[524]

Das sind freilich Binsenwahrheiten. Die Notwendigkeit, die noch besonders [hervor-] zuheben [ist], kennzeichnet die beispiellosen Schwierigkeiten, die sich der [preußischen] Regierung ständig entgegenstellten. Die Opposition gefiel [sich darin], die verfassungsmäßigen Beamten zu betreuen, als ob sie eines Schutzes der Regierung gegenüber dringend bedürften. Das Treueverhältnis der Beamten dem Staate gegenüber fand dabei aber nur selten Berücksichtigung. Lockerung des Verhältnisses der Beamten zum Staat erschien den Rednern der Opposition vielfach als erwünschte Lockerung des Staatsgefüges und wäre es auch gewesen.

Wir wollten aber Preußen stark und gefestigt sehen, um seiner selbst willen und als kräftiges Bollwerk für die freiheitliche und nationale Entwicklung Gesamtdeutschlands. Darin erblickten wir die Mission Preußens, die noch nicht erfüllt war. Noch war der Tag nicht gekommen, an dem Preußen in Deutschland aufgehen konnte. Aber auf der Bahn zum einigen und einheitlichen Deutschland als Einheitsstaat war Preußen berufen, den anderen Ländern voranzuschreiten. Die preußische Landtagsfraktion war daher von der Überzeugung beseelt, daß sie nur ein dienendes Glied im Ganzen der Deutsch-Demokratischen Partei sein konnte. Deswegen legte sie auch besonderen Wert darauf, im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand zu arbeiten. Ich habe wohl kaum in einer Sitzung des Parteivorstandes oder des Parteiausschusses gefehlt, auch den Sitzungen der Reichstagsfraktion regelmäßig beigewohnt, oder falls das nicht möglich war, einen Vertreter dorthin abgeordnet. Übrigens ist unserer Fraktion stets eingehend Bericht erstattet worden. Freilich sind trotz allen guten Will[ens] zu einmütigem Zusammenstehen Zweifel und Streitfragen übrig geblieben. Die Lehre, die sich aus dem bestehenden Dualismus ergab, lag auf der Hand. Das Nebeneinanderarbeiten von Reich und Ländern konnte auf die Dauer nur [zum] Nachteil für das deutsche Volk ausschlagen. Dieses Nebeneinanderarbeiten barg die bittere Frucht des Gegeneinanderarbeitens in sich.

Von den Aufgaben, die dem am 7.12.1924 gewählten Landtag vorbehalten waren, hat keine das Volk im Innersten so erregt und erschüttert und mehr zu Mißdeutungen und

522 Herbert v. *Bismarck* (1884–1955), Großneffe des Reichskanzlers, Rittergutsbesitzer, 1918–1931 Landrat des Kreises Regenwalde (Pommern), 1932–1933 Reichsführer der Deutschnationalen Jugend, September 1930–Februar 1933 MdR (DNVP), Januar–April 1933 Staatssekretär im preußischen Innenministerium.

523 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 9. Juni 1928 in der 4. Sitzung am 12. Juni 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 1, Sp. 135–147, hier Sp. 141.

524 Die Rede des Abg. *Falk* zur zweiten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten für das Rechnungsjahr 1930 in der 162. Sitzung am 9. Mai 1930, in: ebd., Bd. 10, Sp. 13767–13775, hier Sp. 13772. Im Original mit leichten Änderungen.

übelwollender Kritikkasterei Anlaß gegeben als die Frage der [Fürstenabfindung][525]. Vor der Verabschiedung der Weimarer Verfassung hätte die Auseinandersetzung mit dem preußischen Königshaus durch preußisches Gesetz erfolgen können. Das ist versäumt worden. Nach Verabschiedung der Reichsverfassung war eine gesetzliche Regelung nur noch durch Reichsgesetz möglich. Wiederholte gesetzgeberische Versuche im Reichstag scheiterten, ebenso ein von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteiltes Volksbegehren, das die SPD im Schlepptau der Kommunisten vornehme[n] ließ.[526] Damit war die Gefahr nahegerückt, daß der Spruch der ordentlichen Gerichte zu entscheiden hatte zwischen den Ansprüchen des Hohenzollernhauses, die leider die Billigkeit und die gegebenen Verhältnisse weit hinter sich zurückließen, und der Leistungsmöglichkeit des verarmten deutschen Volkes, in dem die große Zahl der Klein- und Mittelrentner, der durch die Inflation Enterbten, der Vertriebenen und Kriegsopfer einen schweren und entsagungsvollen Lebenskampf [führte.] [Die rechtliche Position] war [für] das frühere Königshaus deshalb sehr günstig, weil es in hundertjähriger Arbeit etwa seit 1820 in Ausnutzung seiner staatsrechtlichen Stellung durch Rechts- und Verwaltungsakte seine vermögensrechtliche Stellung dem Staat gegenüber auf eine sehr breite Grundlage gestellt hat. Als einzige Lösung blieb ein Vergleich übrig, den die Geschicklichkeit des Finanzministers *Höpker Aschoff* annehmbar gemacht hatte.[527] Eine Wahl gab es nach ernster und ehrlicher Gewissensprüfung nicht. Wollte man nicht Gefahr laufen von den ordentlichen Gerichten zu weit größeren Opfern herangezogen zu werden, so mußte man diesen Vergleich annehmen, der einen volksaufwühlenden und volkszersetzenden Streitpunkt endgültig beseitigen sollte. Ich war Berichterstatter des Ausschusses.[528] Unter dem unausgesetzten Toben der Kommunisten, die mich mit groben Zwischenrufen überhäuften, konnte ich meinen Bericht nur mit Mühe vortra-

525 Im Original: »Fürsorgeabfindung«.

526 Im Dezember 1925 hatte die KPD im Reichstag einen Antrag auf entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser eingebracht. Zuvor hatte die DDP ein Reichsermächtigungsgesetz beantragt, das die Länder in die Lage setzen sollte, die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern durch Gesetze über die Fürstenabfindung unter Ausschluss des Rechtsweges zu regeln. Vgl. SBR III. WP 1924/28, Nr. 1527 vom 23. November 1925 und Nr. 1539 vom 25. November 1925. Da der Antrag der Kommunisten im Reichstag keine Mehrheit finden konnte, wurde Mitte Januar beim Reichsinnenminister ein Zulassungsantrag auf ein Volksbegehren eingereicht, der auch die Zustimmung der SPD fand. Nachdem die Reichsregierung dem beantragten Volksbegehren stattgab, wurde das Eintragungsverfahren auf die Zeit vom 4. bis 17. März 1926 angesetzt. Insgesamt trugen sich 12,5 Millionen Stimmberechtigte in die Listen ein. Das entsprach über 30 Prozent der Stimmberechtigten, womit der erforderliche Ein-Zehntel-Anteil deutlich übertroffen wurde. Beim Volksentscheid am 20. Juni 1926 gewann der Gesetzentwurf des Volksbegehrens jedoch nicht die verfassungsrechtlich erforderliche Zustimmung der Mehrheit der knapp 40 Millionen Wahlberechtigten. Nur etwa 14,5 Millionen Wähler stimmten mit »Ja«. Preußen trat daraufhin in Vergleichsverhandlungen mit dem Haus Hohenzollern, die am 6. Oktober 1926 mit einem Abfindungsabkommen abgeschlossen werden konnten. Vgl. SCHÜREN, S. 47–241; ADERS, S. 86–92. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 2. Juni 1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 551, S. 883 f.

527 Nach dem Vergleichsabkommen zwischen Preußen und dem Haus Hohenzollern vom 6. Oktober 1926 sollte das Haus Hohenzollern 383 000 Morgen Land und eine Barsumme von 15 Millionen Reichsmark erhalten. Der Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses wurde am 11., 12. und 15. Oktober 1926 im Preußischen Landtag verhandelt und angenommen. Vgl. SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 10, Nr. 4160, S. 5379–5405, Nr. 4173, S. 5511–5519, Nr. 4187, S. 5520; SCHULTHESS 1926, S. 152; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1926/II, S. 111 f. Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 6., 11. und 12. Oktober 1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 563, 566 und 567, S. 896 f., 900–902. Ferner SCHÜREN, S. 252–260.

528 Die Rede *Falks* in der 207. Sitzung am 12. 10. 1926, in: SBpLT 1925/28, Bd. 10, Sp. 14343–14350.

gen. Die Unentwegten in der eigenen Partei konnten sich nicht genug tun in üblen Angriffen gegen uns. Ich blieb ihnen die Antwort nicht schuldig und erklärte, die Fraktion würde, wenn sie sich noch einmal zu entscheiden hätte, gerade so handeln wie sie gehandelt hatte.

Die Politik der Länder wurde dadurch ganz außerordentlich erschwert, daß ihre Souveränität, aus der sich ihre oft so unerfreuliche Haltung dem Reich gegenüber erklärte, nicht vollkommen richtig gesehen [wurde und] nur eine Scheinsouveränität war. Auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung, auf dem sich die Staatshoheit wohl am deutlichsten und fühlbarsten auswirkt, bestand diese Souveränität nur noch in höchst bescheidenem Maße. Sie war gebro[chen] durch die *Erzbergersche* Finanzreform.[529] Durch sie wurden die Länderfinanzen abhängig von den Überweisungen des Reiches aus den wesentlichsten Steuern – Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer u.s.w. Das Reich war nicht mehr der lästige Kostgänger der Bundesstaaten, wie das *Bismarck* einst in bitterer Klage hatte feststellen müssen. Jetzt waren die Länder finanziell vom Reich abhängig und mußten Jahr für Jahr um ihren Anteil an den Reichssteuern kämpfen. Ihre Leidensgenossen waren die Gemeinden, die den gleichen Kampf gegen die Länder führen mußten, um leben zu können. Die Gemeinden liefen Sturm gegen die preußische Gesetzgebung. Die politischen Parteien sparten nicht an scharfen Vorwürfen, weil durch die preußische Hauszinssteuer[530] ein unerhörter Druck auf die Hausbesitzer gelegt wurde, und weil die preußischen Realsteuern die Wirtschaft über Gebühr belasteten. Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern und i[hren] Gemeinden waren die Sorgenkinder [sic] der Regierung und Abgeordneten, der Gem[einden] und ihrer Vertreter. Nur richteten sich die Angriffe meist an die falsche Stelle.

Hauszinssteuer und Realsteuern waren allerdings Landessteuern. Aber die Erhebung der Hauszinssteuer war den Ländern durch Reichsgesetz vorgeschrieben. Danach waren 20–30 % der Friedensmiete [für] den allgemeinen Finanzbedarf und 15–20 % der Friedensmiete für den gemeinnützigen Wohnungsbau vom Altbesitz zu erheben. Wir hielten die Hauszinssteuerverordnung aus dem Gesichtspunkt der Werterhaltung und der Hypothekenabschüttelung im Grundsatz für berechtigt und stimmten ihrer Erhebung einstimmig zu, nachdem wir mit Erfolg zu der Regierungsvorlage Besserungsanträge gestellt hatten, die die persönlichen Verhältnisse der steuerpflichtigen Hauseigentümer berücksichtigten. Die Mieter waren nicht hauszinssteuerpflichtig, wie man oft irrig annahm. Sie hatten lediglich Miete zu zahlen, deren Höhe sich nach reichsgesetzli-

529 Die 1919 von Reichsfinanzminister Matthias *Erzberger* (Z) durchgeführte Finanzreform übertrug dem Reich die Steuerhoheit auf dem Gebiet der Steuerrechtssetzung, schuf eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung und eine Reform des Finanzausgleichs.

530 Die 1924 eingeführte Hauszinssteuer wurde zum Ausgleich der Entlastung, die Hausbesitzer und die durch die Mietgesetzgebung geschützten Inhaber von Mietwohnungen durch die Entwertung der sie belastenden Geldschulden infolge der Inflation erfahren hatten, eingeführt. Mit der Hauszinssteuer sollte der Wohnungsbau, der durch Krieg und Revolution zum Erliegen gekommen war, angekurbelt werden. Die Steuer wurde als Zuschlag zur bestehenden Grundsteuer erhoben. Bemessungsgrundlage war die sog. gesetzliche Miete, die in Preußen seit 1919 festgesetzt wurde und von 1924 bis 1926 von 30 auf 100 Prozent, bis 1931 auf 133 Prozent der Friedensmiete angehoben wurde. Das Reich schrieb Unter- und Obergrenzen der Anteile des Hauszinssteuerertrages vor, die für den Wohnungsbau (Mindestanteil 1925: 10, 1926/27: 15, ab 1927: 20 Prozent) und den allgemeinen Finanzbedarf herangezogen werden konnten. Innerhalb dieser Grenzen konnten die Länder die Anteile selbst bestimmen. Vgl. MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 493–497; ADERS, S. 99–103; allgemein zum Problem des öffentlichen Wohnungsbaus vgl. WITT, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer; Michael RUCK: Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. Zielsetzungen, Ergebnisse, Probleme, in: Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Frankfurt/M., New York 1988, S. 150–200.

chen Bestimmungen richtete. Es war vielleicht systemwidrig in einer Sachsteuer persönliche Momente zur Geltung kommen zu lassen. Es war aber sachentsprechend und daher richtig. Die Hauszinssteuer abzulehnen wäre verantwortungslos gewesen, denn ohne sie konnte das Land nicht leben.

Damit war aber die Aufgabe in dieser heiklen Frage keineswegs erschöpft. Wir durften uns den schweren Sorgen des inneren Finanzausgleichs nicht entziehen. Wir hatten abzugrenzen zwischen dem Lande und den Gemeinden in ihrer Gesamtheit. Hinzu trat die Unterverteilung unter die einzelnen Gemeinden, die Schlüsselung, nach der der Anteil der einzelnen Gemeinden zuzuführen war. Gewisse Leute bemühten sich hieraus einen Konflikt zwischen meinen beiden Ämtern als Abgeordneter und als Stadtverordneter herauszudestillieren. Ich habe einen solchen Konflikt keinen Augenblick empfunden. Vielmehr erleichterten mir die Erfahrungen als Kommunalpolitiker hier, wie so oft, die parlamentarische Arbeit. Entscheidend war das Grundsätzliche. Wie das Reich bei der Steuergesetzgebung das Primat gegenüber den Ländern zu beanspruchen hat, so müssen beim inneren Finanzausgleich zunächst die Lebensnotwendigkeiten des Landes Berücksichtigung finden, dann erst kommen die Ansprüche und Bedürfnisse der Gemeinden. Aber gerade mit Rücksicht auf diese Bedürfnisse, die immer weiter stiegen und kaum zu befriedigen waren, hatte sich das Land der äußersten Sparsamkeit in seinem eigenen Leben zu befleißigen. Noch bedeutungsvoller war die Aufstellung fester Grundsätze für die Schlüsselung für die einzelnen Gemeinden, bei der das örtliche Aufkommen und die örtlichen Bedürfnisse einer überaus sorgfältigen Prü[fung] zu unterziehen waren. Ich habe mich daher stets in oft mühevoller Arbeit dafür eingesetzt, daß die Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände gebührende Berücksichtigung fanden, eine Aufgabe die dadurch erschwert wurde, daß die Auffassungen und Wünsche der einzelnen Spitzenverbände in aller Regel geradezu unvereinbar miteinander waren.

Wohl ebenso drückend wie die Hauszinssteuer wurde die Gewerbesteuer empfunden. Eine Realsteuer, die die Gegenleistung für die besonderen Aufwendungen sein soll, die die Gemeinde für die gewerbesteuerpflichtigen Gemeindebürger zu [t]ragen hat. Die Gewerbesteuer wirkte tatsächlich namentlich für die kleineren und mittleren Betriebe wie eine zweite Reichseinkommenssteuer, leider mit der Erschwerung, daß die reichsgesetzlichen Erleichterungsbestimmungen [k]aum in die Gewerbesteuerverordnungen hereingearbeitet werden konnten.

Man glaubte der schweren und oft auch ungerechten Steuerbelastung Abhilfe durch ein Steuervereinheitlichungsgesetz bringen zu können.[531] Man hat mich zu dessen Gegner stempeln wollen, aber mit Unrecht. Ich habe vielmehr den Gedanken eines Steuervereinheitlichungsgesetzes aus außen- und innenpolitischen Gründen begrüßt. Nur so konnte dem Ausland in seinem Übelwollen und in seiner Unkenntnis unserer schweren Not klargestellt werden, welche ungeheuren Steuern auf jedem deutschen Bürger lasteten. Eine Angleichung, eine Vereinheitlichung der Steuern führte zwangsläufig auf den Weg zur Vereinheitlichung des Reichs. Gegen den Entwurf selbst habe ich mich nicht gewehrt, wohl aber mit großer Entschiedenheit gegen seine Mängel. Der Entwurf griff mit recht unglücklicher Hand ohne genügende Sachkenntnis und mit mangelhaftem Durchdenken in das Leben und die Finanzen der Gemeinden ein. Das vielseitige Leben der Gemeinden, ihre weitverzweigten finanziellen Belange lassen sich nicht ohne weiteres ergründen und erfassen. Der Entwurf verriet gewisse erfreuliche Eigenschaften der Ministerialbürokratie, die [auf] Grund ihrer theoretischen Kenntnisse und ihrer verwaltungsmäßigen Schulung mit gutem Willen, Fleiß und Hingabe in der Lage zu sein

531 Das Steuervereinheitlichungsgesetz wurde im Reichstag am 25. und 31. Januar 1929 in erster Lesung beraten und dem Steuerausschuss überwiesen. Vgl. SCHULTHESS 1929, S. 11, 15.

glaubte, neben ihren eigentlichen Pflichten für alle möglichen Kreise und Gemeinschaften bindende Regeln aufstellen zu können. Der Entwurf verlangte eine überaus starke Einengung der kommunalen Selbstverwaltung. Sie aber war der feste Boden unter unseren Füßen, den wir nicht verlassen durften. Ihre Erschüt[ter]ung muß sich bitter am demokratischen Staate rächen.

Auch der Entwurf des Städtebaugesetzes[532] krankte an dem Mangel, daß die Kommunen in ihrer freien Bewegung eingeschränkt und unter eine unnötige lästige und undurchführbare Bevormundung durch die Organe des Staates gestellt werden sollten. Ich habe an der Beratung dieses Gesetzentwurfes mit besonderem Eifer mitgearbeitet. Die Gedanken, die ihn trugen, waren [...][533] mir seit langen Jahren vertraut. Die Bestimmungen, die er einführen wollte, waren zu einem großen Teil in Köln ohne gesetzlichen Zwang durchgeführt worden. Das Problem war die wirtschaftliche und kulturelle Gesundung des Volkes durch zweckmäßige Gestaltung des Wohnungswesens. Die Menschenansammlungen in den Großstädten drohten zu einer Gefahr für die Volkskraft zu werden, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit verschaffte, gesund zu wohnen. Zu diesem Zweck brachte der Entwurf den neuen Begriff des Flächenaufteilungsplanes im grundsätzlichen Gegensatz zum überkommenen Fluchtlinienplan. Dieser gibt die Möglichkeit der Bebauung, jener schreibt im Gegensatz hierzu vor, wo nicht oder nur unter Einschränkungen gebaut [werden] darf. Die Flächenaufteilungspläne der Gemeinden sollen insbesondere ermöglichen, innerhalb des Stadtbezirks Grünflächen zur Benutzung und zur Erholung und Kleingartenflächen dauernd zu erhalten. Mir waren [diese] Gedanken wertvolles Gut geworden durch die Anregungen Fritz *Schumachers*, [der fast vier] Jahre lang das Kölner Städtebauamt geleitet und unter Überwindung unsäglicher Schwierigkeiten in seiner stillen abgeklärten Wesensart und durch sein überragendes Können die Entwicklung der Stadt in eine neue glückliche Bahn gelenkt hatte.[534] Dieselben Widerstände, die sich seinen und *Adenauers* großartigen städtebaulichen Plänen in unserer Stadt entgegengestellt hatten, wurden jetzt im ganzen Land gegen den Entwurf des Städtebaugesetzes erhoben. Die Organisationen des städtischen Haus- und Grundbesitzes liefen Sturm gegen die Neuerung, in der sie eine unerträgliche Beschränkung des Eigentums sahen. Ihnen schlossen sich die Vertreter der Landwirtschaft an, weil der Entwurf nicht am Gebiet der Stadtgemeinde Halt machte, sondern auch zwischengemeindliche Regelungen vorsah. Ohne die Möglichkeit einer sol-

532 Der Entwurf eines Städtebaugesetzes nebst einer Übersicht über die städtebaulichen Vorschriften der Länder und einer Zusammenstellung des Entwurfs mit dem geltenden Recht, SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 11, Nr. 4360, S. 5606–5655, wurde am 11. November 1926 dem Landtag vorgelegt und einem Sonderausschuss überwiesen. Die Vorlage wurde in der Legislaturperiode nicht mehr erledigt. Mit dem Städtebaugesetz sollte ein modernes und für Preußen einheitliches Baurecht geschaffen werden. Die Vorlage sah ein zweistufiges Planungsverfahren mit Flächenaufteilungsplänen zur Festsetzung von Grün-, Verkehrs-, Industrie- und Wohnflächen und Fluchtlinienplänen zur Festlegung von öffentlichen Straßen und Plätzen vor. Der Entwurf schrieb zudem im Bereich der Bauordnung Richtlinien über die bauliche Ausnutzbarkeit von Grundstücken vor. Der Gesetzentwurf blieb in der laufenden Legislaturperiode unerledigt. Vgl. Wilfried BERG: Wirtschaftsverwaltung einschließlich Bauwesen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. v. Kurt G. A. Jeserich, Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 421–434, hier S. 432 f. Im November 1929 wurde der Entwurf eines Städtebaugesetzes, SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 4, Nr. 3015, S. 2573–2621, erneut dem Landtag überwiesen und am 27. November an einen Ausschuss überwiesen. Die Vorlage blieb unerledigt. Vgl. auch die Rede des Abg. *Falk* in der 106. Sitzung am 27. November 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 7, Sp. 9005–9011. Ferner auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP am 4., 11., 12. und 30. November 1926, am 21. März 1928 und am 15. Oktober 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 570, 574–576, 659, 729, S. 903–905, 909–912, 997, 1075–1077.

533 Im Original: »mit«.

534 Fritz *Schumacher* leitete das Kölner Stadtbauamt von 1920 bis 1923.

chen Regelung läßt sich aber das gesteckte Ziel nicht erreichen. Die städtebauliche Tätigkeit der Stadtverwaltungen auf [dem] Gebiet verliert ihre Wirksamkeit, wenn in ihrer nächsten Nachbarschaft d[ie] städtebaulichen Grundsätze mißachtet werden. Es ist nicht genug geschehen, daß die Großstadt nach weit ausschauenden Gesichtspunkten ihr Ge[biet] aufteilt, nicht nur für die Gegenwart, sondern für die kommenden Generationen, auf weiträumige Zeiten hinaus. Daß man Wohnstätten von Gewerbevierteln und Erholungsstätten trennt, genügt nicht, wenn die nächste Nachbarschaft, die Mittel- oder Kleinstadt oder der Landkreis aus Mißverständnis oder aus eigennützigen Beweggründen heraus das wohldurchdachte Ziel durchkreuzt, die Stadt aufzulockern und mit Luft und Licht zu durchfluten. Das beeinträchtigt die Entwicklung der Zukunft, auf die alles ankommt. Freilich läßt es sich nicht leugnen, daß der Entwurf bewußt in Privatrechte eingriff. Er sah Zwangslagen, Zwangsabtretungen und außerdem Beschränkungen in der Grundstücksbenutzung vor. Die Stellungnahme zu dem Entwurf war letzten Endes durch die Frage bedingt, ob man beim Widerstreit von öffentlichen Belangen und Einzelinteressen ersteren den Vorzug geben muß oder nicht. Es handelte sich um Lebensinteressen des Volkes. Der einzelne kann ihnen gegenüber nur beanspruchen, daß man mit möglichst [großer] Schonung gegen ihn vorgeht und daß man ihn angemessen entschädigt, falls ein Eingriff in seine Rechtssphäre stattfinden muß. Besonders schwierig gestaltete sich diese Frage, soweit es sich um Bodenvorratswirtschaft handelt, ohne die die Aufgabe, die das Städtebaugesetz stellt, nicht gelöst werden kann. So bedeutungsvoll eine gute Bodenvorratswirtschaft, etwa nach dem Vorbilde der Stadt Köln, sich [für] die Großzahl der Städte erweist, ebenso falsch wäre es, wenn eine jede Landgemeinde oder jede Landbürgermeisterei zu diesen Maßnahmen übergehen wollte, die sich hier sehr häufig als unwirtschaftlich und deshalb auch als unsozial erweisen können. Der Ausschuß des Landtages für das Städtebaugesetz hat seine Aufgabe [nicht] zu Ende [zu] führen vermocht. Die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien in der Entschädigungsfrage waren nicht zu überbrücken, die Vertreter der Landwirtschaft in der Zentrumsfraktion unter Führung des listenreichen Abgeordneten *Herold*[535] verstanden es, Minen zu legen, die die mühsame und langwierige Arbeit des Ausschusses vernichteten. Hier zeigte es sich mit aller Deutlichkeit, daß zwar in den Fragen der großen Politik die [preus]sische Koalition die Opposition niederhalten konnte, daß sie aber innerlich nicht stark genug war, um auch der Opposition zum Trotz die immer dringender werdenden Aufgaben der Verwaltungsreform zu meistern. Wir [haben] weder die Städteordnung noch die Landgemeindeordnung verabschieden können. Es gelang lediglich die 1100 [sic] Gutsbezirke in Preußen zu beseitigen.[536] Eine für den Landtag höchst unerfreuliche Aufgabe bildete die immer wiederkehrende Frage der Eingemeindungen.

Ich war in der glücklichen Lage, dem Gemeindeausschuß nicht anzugehören, gleichwohl konnte ich mich kaum all der Vorstellungen, Wünsche, Beschwerden und Beleh-

535 Karl *Herold* (1848–1931), Landwirt und Gutsbesitzer, Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei, 1898–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–1931 MdR, 1890–1918 MdpAH, 1919–1921 MdpLV, 1921–1931 MdpLT (Z) (stellvertretender Fraktionsvorsitzender).

536 Am 6. Dezember 1927 wurde der von den Regierungsparteien eingebrachte Urantrag der Abg. *Haas* (Köln), *Schüling*, *Schmiljan* und Genossen (SPD, Z, DDP) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 14, Nr. 7307, S. 8199–8201, in erster Lesung beraten und an einen Ausschuss überwiesen. Kern der Vorlage war die Auflösung der Gutsbezirke (§ 11). Der Antrag wurde am 12. Dezember 1927 in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 2. Dezember 1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 631, S. 970 f. Das Gesetz betraf nicht 1100, sondern etwa 12000 Gutsbezirke. Vgl. auch MÖLLER, Parlamentarismus in Preußen, S. 473–493.

rungen entziehen, mit denen die Abgesandten der eingemeindung[swilli]gen Großstädte aus dem Westen mich bestürmten. Tage- und wochenlang bl[ieben] diese Herren in Berlin, um die Abgeordneten zu bearbeiten. Besonders die Vertreter Bochums taten sich hierin hervor. Es galt wie in der Privatwirtschaft so auch in der Kommunalwirtschaft und in der Kommunalverfassung zu rationalisieren und [auf] kulturellen Grundlagen aufgebaute Bezirke unter gemeinsamer Verwaltung zur Gemeinschaftsarbeit zusammenzufassen[537]. Wo sich die Grenzen zwischen den Gemeinden als veraltet erwiesen, sollten sie berichtigt[538] oder durch Verschmelzung der Gemeinden miteinander beseitigt werden, um Höchstleistungen zu ermöglichen. Diese Gesichtspunkte und [nicht nur] sie beherrschten für uns das Unterelbeproblem, das sich in den Augen der Freunde, denen die Verwirklichung ihrer unitarischen Hoffnungen und Bestrebungen zu lange auf sich warten ließ, zu einer lauten und ungerechten Klage gegen die preußische Landtagsfraktion, zu einer einseitigen Stellungnahme für Hamburg und gegen Preußen auswuchs. Das ging so weit, daß die »Frankfurter Zeitung« die Veröffentlichung eines von mir inspirierten Aufs[atzes] meines Kollegen *Hoff*[539] aus Kiel, eines hervorragenden Sachkenners, in dem der Standpunkt rein sachlich niedergelegt war, ablehnte, weil dieser Standpunkt sich nicht mit der Auffassung der Redaktion vereinbaren lasse. Die öffentliche Meinung war von anderer Seite her mit Erfolg bearbeitet und infolgedessen stark gegen uns eingenommen, sehr zu Unrecht, wie später selbst *Koch-Weser* öffentlich zugestand, dessen Autorität anfänglich gegen uns ins Feld geführt worden war.[540]

Das Unterelbeproblem setzte sich aus einer ganzen Reihe von Einzelfragen zusammen, die in sich zusammenflossen. Zwischen Hamburg und Preußen [waren] Verhandlungen in Gang gekommen über [einen] gegenseitigen Austausch von Gebieten. [Ham]burg verlangte die Abtretung preußischen Gebiets mit der Begründung, [sie sei] nötig, um einen einzig in der Welt dastehenden Hafen leistungsfähig [zu] erhalten und weiter auszubauen. Man suchte dann auf anderem Wege sch[iedlich] friedlich zu einem dem gesamtdeutschen Interesse dienenden Ergebnis zu kommen. Das wurde aber sehr erschwert durch die ungünstigen Verhä[lt]nisse, in die die preußischen Nachbarstädte und Nachbargemeinden Hamburgs, Altona, Harburg, Wilhelmsburg, Wandsbek und die angrenzenden Landkreise, geraten waren. Diese Entwicklung war zwangsläufig. Eine große, gewer[befleis]sige und reiche Stadt zieht immer weitere wohlhabende Schichten an und entwickelt mit deren Hilfe Handel und Industrie zur größeren Blüte. [In] ihrem Umkreis bilden sich Trabantenstädte, die die Masse der Arbeiter aufnehmen müssen, für die sich in der Großstadt Arbeitsgelegenheit, [aber] nur sehr beschränkt die Möglichkeit zu wohnen findet. Die Trabantens[tädte] müssen für die ihnen zufluteden Arbeitermassen die Polizeilasten, die Schullasten, die Wegebaulasten und, was sonst dazu kommt, tragen. Innerhalb Preußens sorgten bewährte gesetzliche Bestimmungen für den Ausgleich, der sich hieraus ergebenden finanziellen Beschwerungen. Im Verhältnis zwischen Hamburg und Preußen war mangels entsprechender Gesetzverschr[änkungen] eine solche Regelung nicht möglich. In Hamburg hat man vor dem Krieg [eine] G[ewerbe]steuer überhaupt nicht erhoben, zu einer Zeit, zu der diese Steu-

537 Im Original: »zusammenfassen«.

538 Im Original: »berichtet«.

539 Ferdinand *Hoff* (1867–1942), Konrektor in Kiel, 1906–1919 Stadtverordneter in Kiel, 1907–1918 MdpAH, 1912–1918 MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1921–1932 MdpLT (DDP, DStP), 1919–1922, 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP.

540 Vgl. auch die Sitzung des Vorstands der DDP am 21. Juni 1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 139, S. 429–431, hier S. 429.

er in den meisten preußischen Städten schon als außerordentlich unbequem empfunden wurde. Jetzt konnte Hamburg mit den reichen Beträgen, die [es] aus den Überweisungssteuern vom Reich erhielt, viel besser bewirtschaften [sic] als Preußen und alle übrigen Länder. Während diese die Steuerüberweisungen mit ihren Gemeinden teilen mußten, kann Hamburg sie fast ganz [für] sich behalten, weil es nahezu kein Hinterland besitzt, das anteilsberechtigt ist. Wie sich das auswirkt, liegt auf der Hand. Wenn Berlin, K[öln], Frankfurt a.M. und Breslau aus dem Gebiete des preußischen Staates ausgeschieden und freie Reichsstädte geworden wären, wie Hamburg, und nun den auf sie entfallenden Anteil an Reichssteuerüberweisung[en] ganz für sich hätten behalten können, wie Hamburg, ohne also den größten Teil dem Lande Preußen überlassen zu müssen, so wäre das Land Preußen kaum noch lebensfähig gewesen. Ein hervorragender Fabrikbesitzer, der in Altona wohnte und dort seinen Betrieb unterhielt, hätte jährlich 80000 Mk weniger Steuern aufzubringen gehabt, wenn nicht Altona, sondern Hamburg sein Wohnsitz und der Sitz seiner gewerblichen Niederlassung gewesen wäre. Diese Ziffer steht fest. [Niemand][541] hat sie je bestritten. Wie wir auf einer mehrtägigen Besichtigungsreise feststellen mußten, dr[oh]ten die preußischen Nachbarstädte Hamburgs zu verkümmern. Die vierstöckigen Häuser Hamburgs rückten an diejenigen Gebiete der preußischen Städte heran, die für Erholungszwecke oder für andere Zwecke bestimmt waren, die nur Flachbau vertrugen. Die Hamburger Verkehrsmittel, insbesondere die Hochbahn, waren lediglich auf die Bedürfnisse der freien Hansestädte zugeschnitten, ohne auf ihre Nachbarstadt Rücksicht zu nehmen. Die Masse der Arbeiter flutete herüber, insbesondere nach Altona. Harburg und Wilhelmsburg drohten völlig zu verkümmern, wenn sie nicht [eine] äußerliche und innerliche Verbindung miteinander fanden. Ohne Eingriff des Gesetzgebers erschien der Hamburger Hafen nicht mehr lebensfähig. Der Landtag verabschiedete deshalb besondere Eingemeindungsgesetze für das preußische Gebiet an der Unterelbe und bewilligte aus dem Aufkommen aus den Überweisungssteuern den Unterelbe-Kommunen einen bestimmten Voraus zu Lasten der übrigen preußischen Gemeinden.[542] Diese Gesetze wurden von einzelnen Stellen in Hamburg, mehr aber noch von manchen Lautsprechern in unserer Partei als Feindseligkeiten gegen Hamburg dargestellt. Sie richteten sich aber in keiner Weise gegen Hamburg, insbesondere nicht gegen seinen Welthafen, verhinderten keineswegs eine vernünftige Verständigung mit Hamburg, sondern waren lediglich dazu bestimmt, einen preußischen Notstand von Preußen aus zu beheben. Alles weitere blieb unberührt. Noch weniger wurde der Weg zum unitarischen Reich durch diese Gesetze erschwert, die nur die Verhältnisse an der unteren Elbe verbessern sollten. Auch die Weigerung Preußens, Gebiete in größerem Ausmaße abzutreten, konnte den unitarischen Gedanken nicht schädigen, der sicher nicht schneller oder besser verwirklicht werden konnte, wenn sich im Reich neue lebenskräftige und lebenswillige Mittelstaaten bildeten. Ein solches Gebilde schwebte aber vielen vor, die das Unterelbe-Problem in eine »Groß-Hamburg-Frage« umwandeln wollten. Die Schwierigkeiten, die sich der Lösung dieser

541 Im Original: »Niemals«.

542 Die Gesetzentwürfe a) über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im preußischen Unterelbegebiet, SBpLT 1925/28, Anlagen, Bd. 12, Nr. 5334, S. 6517–6525, und b) über einen Sonderfinanzausgleich zugunsten preußischer Randgemeinden (-kreise) in der Nachbarschaft von Stadtstaaten, ebd., Nr. 5335, S. 6525–6528, wurden in der 252. Sitzung am 23. Februar 1927 in erster Lesung verhandelt und dem auf 29 Mitglieder verstärkten 27. (Groß-Hamburg-) Ausschuss überwiesen. Die zweite Beratung begann in der 292. Sitzung am 20. Juni 1927. Vgl. die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 10., 14. Dezember 1926 und vom 23. Februar 1927, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 582, 583, 593, S. 916–918, 919f., hier S. 919, S. 929f., hier S. 929.

Frage entgegenstellten, führten zu einer starken Verstimmung zwischen den beiden Verhandlungspartnern, die die Verständigung erst recht erschwerte.

Im Auftrag der Fraktion bahnte ich daher eine Aussprache mit den Freu[nden] aus Hamburg und Bremen an, um vorhandene Einigungsmöglichkeiten zu verstärken und neue Einigungsmöglichkeiten zu schaffen. Besonders *Pete[rsen]* griff den Gedanken willig auf, was mich umso mehr erfreute, weil er noch vorher sich mir gegenüber wenig bereitwillig zu einem Entgegenkommen gegen Preußen gezeigt hatte. Damals war die Erhaltung der Landeshoheit und der Polizeigewalt über das Hafengebiet für ihn der ausschlaggebende Gesichtspunkt, über den er eine Verständigung mit Preußen für nicht angängig hielt. Die Aussprache fand am 13. Dezember 1926 in Hannover statt.[543] Unter Führung *Petersens* [beziehungsweise][544] des Bürgermeisters *Spitta*[545] von Bremen waren sämtliche deutsch-demokratischen Mitglieder des Senats von Hamburg und Bremen und sehr zahlreiche Mitglieder der beiden Bürgerschaftsfraktionen anwesend, die sich mit vielen Mitgliedern des Preußischen Landtags und einigen Freunden aus dem Staatsrat zu gemeinschaftlicher Arbeit unter meinem Vorsitz zusammenfanden. Das Ergebnis war die einmütige angenommene Entschließung, die zwischen Hamburg und Preußen strittigen Fragen sollen durch eine Hafengemeinschaft und die Aufstellung eines gemeinsamen Generalbebauungsplanes und Siedlungsplanes gelöst werden, unter der Voraussetzung, daß Preußen an Hamburg das Gebiet überläßt, dessen es zur Aufrechterhaltung und zur organischen Entwicklung seines Welthafens bedarf. Weiter wurde festgestellt, daß die preußischen Eingemeindungspläne an der Unterelbe eine rein preußische Angelegenheit seien, daß über die Einigung zwischen den beiden Parteien auch ein Lastenausgleich zwischen Hamburg und den benachbarten Gemeinden einschließen solle. Das gleiche wurde vorgesehen für die zwischen Preußen und Bremen schwebenden Fragen über die Entwicklung der bremischen und preußischen Unterweser-Orte.[546]

Die Tagung [in] Hannover hat die Verhandlungen zwischen Preußen und den beiden Hansestädten aus der Sphäre der Verärgerung und Verstimmung gerettet. Was aber [fü]r uns vielleicht noch mehr bedeutete, wir durften mit großer Genugtuung feststellen, daß die nach langen Kämpfen endlich im Jahre 1928 zuge[stan]dene Einigung zwischen Preußen und Hamburg sich im wesentlichen mit dem [Inha]lt der Entschließung deckt, die wir in Hannover gefaßt hatten.[547]

---

543 Am 12.(!) Dezember 1926 fand im alten Rathaus in Hannover eine Tagung der demokratischen Fraktion des Preußischen Landtages mit den demokratischen Fraktionsmitgliedern der Hansestädte Hamburg und Bremen über die Groß-Hamburg-Frage statt. In ihrer Entschließung machte die Versammlung deutlich, »daß die zwischen Hamburg und Preußen strittigen Fragen durch eine Hafengemeinschaft und die Aufstellung eines gemeinsamen Generalbebauungs- und Siedlungsplanes ihre Lösung finden« sollten. »Voraussetzung dafür ist, daß Hamburg von Preußen das Gebiet erhält, dessen es zur Aufrechterhaltung und zur organischen Entwicklung seines Welthafens bedarf.« BERLINER TAGEBLATT, 587, 13.12.1926: »Die Demokraten zur Unterelbefrage«; DER DEMOKRAT, 23, 9.12.1926, S. 417f. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 10. Dezember 1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 582, S. 916–918.

544 Im Original: »beziehentlich«.

545 Theodor *Spitta* (1873–1969), Rechtsanwalt, 1919/20 Mitglied der vorläufigen Bremer Regierung, 1920–1928 Bürgermeister von Bremen, 1945–1955 2. Bürgermeister, seit 1905 Md Bremer Bürgerschaft, seit 1911 Md Bremer Senats, Mitglied der DDP/DStP.

546 Die Entschließung, in: BERLINER TAGEBLATT, 587, 13.12.1926: »Die Demokraten zur Unterelbefrage«; DER DEMOKRAT, 23, 9.12.1926, S. 417 f., hier S. 418.

547 Am 5. Dezember 1928 wurde ein Abkommen zwischen Hamburg und Preußen geschlossen, in dem der Wunsch nach einheitlicher Entwicklung des hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebiets an der unteren Elbe mit der Gründung einer Hafengemeinschaft zum Ausdruck gebracht wurde. Der Ge-

Wir [hab]en Preußen gedient, ohne auch nur im geringsten die deutsche [Einhei]tsidee zu gefährden. Das war nicht leicht. Der Antagonismus zwischen Preußen und dem Reich wuchs zusehends, seit im Reich das Kabinett *Luther-[Schl]ieben*[548] regierte, in dem 4 deutschnationale Minister saßen.[549] Es führte [eine] bewußt und ausgesprochene rechts gerichtete Politik, die ihren sichtbaren Ausdruck gleich von Anfang darin fand, daß hochverdiente Beamte aus dem Reichsministerium entfernt wurden, weil sie Demokraten waren. Die [parla]mentarische Gefolgschaft dieses Kabinetts war buntscheckig und konnte daher auch durch Einheitlichkeit des Denkens und Wollens nicht wettmachen, was ihm zahlenmäßig an Anhängern fehlte. Die Bayerische Volkspartei bildete das Zünglein an der Waage. Sie ließ sich ihre Heeresfolge gut bezahlen. Wiederholte Sonderzuweisungen an Bayern trotz der Finanzschwierigkeiten des Reiches erregten den höchsten Unwillen der anderen Länder.

Gleichwohl blieb die preußische Landtagsfraktion ihrer großen Aufgabe bewußt, Bannerträger der deutschen Staatsidee zu sein. Dieser Gedanke beherrschte alle unsere Schritte. Wir wußten uns darin eins mit der preußischen Regierung, die die stärkste Stütze für *Stresemanns* Außenpolitik bildete. Dieser Staatsgedanke beherrschte insbesondere den Preußentag, diese glänzende Veranstaltung, den Höhepunkt unserer Tätigkeit während dieser Wahlperiode.[550] Auf dieser Tagung führte ich den Vorsitz und berichtete über die demokratische Politik in Preußen seit den letzen Wahlen. *Schreiber* sprach über politische und wirtschaftliche Entwicklungen [und] *Höpker Aschoff* über finanzpolitische Rückblicke und Ausblicke. Eine wirkungsvolle tiefgreifende, von großer Sachkenntnis und erhebender Grundsatzfestigkeit zeugende Erörterung begeisterte die Zuhörer, die der Sitzungssaal des Landtages kaum zu fassen vermochte. Frühere Minister, hohe Staatsbeamte, Oberbürgermeister und Wirtschaftsführer vereinigten sich mit Beamten, Lehrern und Angestellten, Gewerbetreibenden und Handwerkern, Landwirten und Städtern, Schriftstellern und Intellektuellen zu der einstimmig durch Zuruf angenommenen Entschließung: »Der Preußentag der Deutsch-Demokratischen Partei bekennt sich einmütig zu der wahrhaft vaterländischen [Id]ee des großdeutschen Einheitsreiches. Er fordert die Parteifreunde im Lande auf, in diesem Zeichen den nächstjährigen Wahlkampf zu führen und [da]bei zu streiten für ein freiheitliches Preußen, für das eine große deutsche Vaterland, für die demokratische Republik.«

In meinem Schlußwort [fü]hrte ich aus: »[Es] ist gleichgültig, ob andere uns das nationale Bewußtsein absprechen, [ode]r nicht, der Richter wohnt in unserer eigenen Brust. Der Richter in un[serer] eigenen Brust sagt uns, wir haben dem Vaterlande erst recht zu dienen, [we]nn die Zeiten über uns gekommen sind, die schwer sind. Je mehr das Vaterland leidet, desto inniger, desto herzlicher, desto opferfreudiger haben wir uns in seinen Dienst zu stellen. Mögen andere an Zahl größer geworden [sein] als die Deutsche

---

danke an einen gegenseitigen Gebietstausch wurde aufgegeben. Vgl. SCHULTHESS 1928, S. 395–398. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 11. Dezember 1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 680, S. 1020 f.

548 Otto v. *Schlieben* (1875–1932), Jurist, 1920 Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium (Leiter der Haushaltsabteilung), Januar–Oktober 1925 Reichsfinanzminister (DNVP), 1926–1919 Präsident des Landesfinanzamtes Magdeburg.

549 Das erste Reichskabinett *Luther* amtierte vom 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926. Es wurde getragen von einer bürgerlich-konservativen Mehrheit aus Zentrum, BVP, DVP und DNVP. Im Kabinett war die DNVP durch Reichsfinanzminister v. *Schlieben*, Reichsinnenminister *Schiele* und Reichswirtschaftsminister *Neuhaus* vertreten. Reichsernährungsminister Graf *Kanitz* stand ihr als früheres Parteimitglied nahe.

550 Gemeint ist der Preußentag der DDP vom 22. und 23. Oktober 1927 in Berlin, in: DER DEMOKRAT, 20, 27.10.1927, S. 437–445.

Demokratische Partei, das eine wissen wir: in keiner [Part]ei lebt heißer, lebt glühender als in der unsrigen der Wunsch, daß unser [Vater]land aufsteigen möge zu der Höhe, daß auch der letzte Bürger der [...][551]sen deutschen Republik in Einigkeit, in Recht und Freiheit auf deutschem [Boden] sein Leben führen kann.«[552]

Wenige Tage vorher hatte *Stresemann* gesagt, die Partei habe das grö[ßte] Verdienst um das Vaterland, die in verantwortlicher Mitarbeit die grö[ß]ten [O]pfer für das Volk gebracht habe. Als ich diesen Ausspruch las, mus[ste ich] an das Wort denken, das ein verdienstvoller und einsichtiger Führer der Volkspartei in Preußen mir einmal gesagt hat. »Sie und Ihre Freunde haben gewiß in sehr vielem Recht. Sie müssen uns aber Zeit lassen, damit wir mitkönnen.[«] Sollte sich die Volkspartei nicht zu viel Zeit genommen haben?

Die Wahlen vom 28. Mai 1928 brachten eine Schwächung für die Deutsch-Demokratische Partei, die im Landtag von 27 Mitgliedern auf 21 Mandate sank. Auch das Zentrum hatte eine starke Einbuße zu verzeichnen, es verlor 10 von seinen bisherigen 81 Sitzen. Da aber die Sozialdemokratie zu ihren bisherigen 114 Mandate 23 hinzu eroberte, so hatte die preußische Regierungskoalition nunmehr die Mehrheit im Landtage.[553] Infolgedessen waren alle Mißtrauensanträge, die bald gegen das Gesamtministerium, bald gegen einzelne Minister gestellt wurden, zur Erfolglosigkeit verurteilt. Die Arbeit im Landtage war aber jetzt angesichts der Buntscheckigkeit seiner Fraktionen, Gruppen und Grüppchen sehr erschwert. Im Reichstage betrieb der neue Reichskanzler Hermann *Müller*[554], da dort die Weimarer Koalition nicht über die Mehrheit verfügte[555], die Bildung der großen Koalition (die drei Weimarer Parteien, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei.)[556] Die Deutsche Volkspartei machte ihren Eintritt in die große Koalition im Reich davon abhängig, daß diese auch in Preußen wieder gebildet werde. Sie hatte es längst bitter bereut, daß sie im Januar 1925 diese Koalition zerschlagen hatte. Die Verhandlungen scheiterten zunächst an dem heftigen Widerstand der Zentrumspartei, der wohl auch durch Einflüsterung[en] aus dem sozialdemokratischen Lager verschärft wurde. Man mußte aber auf [dies]e Verhandlungen zurückgreifen, als auch noch im Februar 1929 die große Koalition im Reich ohne gleichzeitige Umbildung der Regierung in Preußen [zu] scheitern drohte. Die Volkspartei hatte ihre Zeit gut gewählt. Die Verabschiedung des preußischen Konkordates war zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden.[557] In der Unterstellung, daß hierzu die Mitar-

551 Wortteil unleserlich.

552 Vgl. »Der demokratische Preußentag in Berlin am 22. und 23. Oktober 1927«, in: DER DEMOKRAT, 8. Jg., Nr. 20, 27. 10. 1927, S. 437–445, die Entschließung S. 443, die Rede *Falks* ohne das Zitat S. 438 f.; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, 502 und 503, 23. und 24. 10. 1927.

553 Die SPD gewann nicht 23, sondern 22 Mandate hinzu und stellte 136 Landtagsabgeordnete. Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum Preußischen Landtag vom 20. Mai 1928, in: HANDBUCH FÜR DEN PREUSSISCHEN LANDTAG 1928, S. 470–477 und 488.

554 Hermann *Müller* (1876–1931), kaufmännischer Angestellter, seit 1899 Redakteur der »Görlitzer Volkszeitung«, seit 1906 Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, 1919–1929 Parteivorsitzender, Juni 1919–März 1920 Reichsaußenminister, März 1920–Juni 1920, Mai 1928–März 1930 Reichskanzler, 1916–1918 MdR (Mehrheitssozialist), 1919/20 MdNV, 1920–1931 MdR (SPD).

555 Die sog. Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP verfügte nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 nur über 240 der 491 Reichstagsmandate.

556 Die DVP gewann im Mai 1928 45, die BVP 16 Reichstagsmandate.

557 Der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Preußen wurde am 14. Juni 1929 unterzeichnet. Das preußische Konkordat regelte u. a. die Diözesanorganisationen, die Höhe der staatlichen Dotation, die Bischofswahl und die Frage der Vor- und Ausbildung der Geistlichen. Vgl. SCHULTHESS 1929, S. 105–110; GOLOMBEK. Vgl. auch PREUSSENKONKORDAT UND DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI, Berlin 1929.

beit der Deutschen Volkspartei unentbehrlich sei, war die Zentrumspartei jetzt entgegen [früheren Äußerungen für eine Regierungsbeteiligung der DVP][558]. Zwischen Volksparteilern, Sozialdemokraten und Zentrumsleuten kam [es zu] mehrfachen Besprechungen mit dem Ergebnis, daß die Volkspartei die Stelle eines Ministers und eines Staatssekretärs erhalten [sollte]. Die Sozialdemokratie verlangte zum Ausgleich ein weiteres Ministe[rium. Das] Zentrum sollte seinen bisherigen Besitzstand wahren.

Mit uns ist da[rüber] nicht gesprochen worden. Man wollte uns, ohne uns zu fragen, die gesamten Kosten des Kuhhandels auferlegen, im Gegensatz [zu] der Erklärung, die ich kurz vorher namens der Fraktion abgegeben hatte, wir seien bereit, um die Bildung der großen Koalition zu ermöglichen, Opfer zu bringen, vorausgesetzt, daß man Opfer nicht von uns allein verlange.[559] Wir standen Gewehr bei Fuß. Die große Koalition war nach meiner Überzeugung in dem Augenblick gescheitert, als der Volksparteiler Dr. *Stendel*[560] das Kultusministerium für seine Partei verlangte, das die Sozialdemokratie wie allgemein bekannt war, längst für ihren Parteifreund den Abgeordneten *König*[561], einem aus der katholischen Kirche ausgetretenen Dissidenten, beanspruchte. Da die Volkspartei in diesem Punkt nicht nachgeben wollte, scheiterte die Bildung der großen Koalition. Die Wochen und Monate, die bis dahin verliefen, trugen aber eine bisher unbekannte Unruhe und Aufregung in unsere Fraktionssitzungen. Ich habe es nur mit größter Anstrengung verhindern können, daß man sich darüber unterhielt, welchen von beiden Ministern wir opfern sollten. Die Erregung unter unseren Freunden war so groß, daß man sich nur schwer von der Unmöglichkeit solcher Erörterungen überzeugen ließ, die uns unter Umständen den Verlust beider Minister hätte kosten können. Leider wurde auch das Fraktionsgeheimnis nicht völlig gewahrt.[562] Infolgedessen drangen allerhand Gerüchte über Unstimmigkeiten in der Fraktion in die Öffentlichkeit, die dann schnell vergröbert und vertieft wurden. Es war wirklich nicht leicht, die Fraktion von ihrer Gespensterfurcht zu befreien und die persönlichen Gegensätzlichkeiten, die sich zwischen unseren beiden Ministern im Anschluß daran gebildet hatten, erträglich zu gestalten. Unsere Lage wurde noch erschwert durch dauernde und bedeutsame Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen dem einen oder anderen unserer Minister und hohen Ministerialbeamten herausgebildet hatten, die unserer Partei angehörten. Schließlich sind wir aber mit all diesen Unannehmlichkeiten fertig geworden[, v]ielleicht nicht, ohne daß hier und dort ein Rest zu tragen peinlich übrig geblieben wäre [sic].

---

558 Satzteil nur teilweise leserlich.

559 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 27. Januar 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 740, S. 1092 f. Bezug nehmend auf die mit der DVP geführten Koalitionsverhandlungen in Preußen war die demokratische Landtagsfraktion bereits am 12. Juni 1929 mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit getreten: »Ein innerer Zusammenhang zwischen solchen Koalitionsverhandlungen und der sachlichen Entscheidung über den Vertrag zwischen Preußen und der Kurie wird von der demokratischen Landtagsfraktion nicht anerkannt. Der Wiederherstellung einer Großen Koalition in Preußen hat die demokratische Landtagsfraktion stets zugestimmt. Sie hat insbesondere bei den maßgeblichen Verhandlungen ausdrücklich erklärt, zu den hierzu notwendigen Opfern beitragen zu wollen. Die Vorgänge, die sich im Reich bei der Bildung der Großen Koalition ereignet haben, dürfen sich jedoch in Preußen nicht wiederholen.« VOSSISCHE ZEITUNG, 139, 12.6.1929: »Koalition und Konkordat«.

560 Ernst *Stendel* (geb. 1879), Dr. jur., Amtsgerichtsrat, später Landgerichtsdirektor in Leer, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (DVP), seit 1925 Mitvorsitzender der Fraktion.

561 Christoph *König* (geb. 1882), Oberregierungs- und -schulrat beim Provinzialschulkollegium in Berlin, 1919–1921 MdpLV, 1921–1932 MdpLT (SPD).

562 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 24. Januar 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 739, S. 1091 f., hier S. 1091.

Ihr Mißerfolg bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung trieb die Deutsche Volkspartei in die schärfste Opposition, die von ihr bisweilen rücksichtsloser geführt wurde [als] von den anderen Rechtsparteien. Das zeigte sich zunächst bei den Verhandlungen über das Konkordat. Der Entwurf des Staatsvertrages mit [dem] päpstlichen Stuhl war schon lange bekannt und Gegenstand eifrigster Erörterung in den Fraktionen.[563] In dieser Frage konnten grundsätzliche Unterschiede der Deutschen Volkspartei und uns nicht bestehen. Unsere Weltanschauung und unser Eintreten für die Freiheit des Geistes, für Selbstverantwortlichkeit und für Selbstbestimmung machte uns zu natürlichen Verbündeten diesem Problem gegenüber, das für die Milderung der konfessionellen Gegensätze und Kämpfe von der größten Bedeutung werden mußte. Infolgedessen hatten zwischen von *Campe* und *Kriege*[564] von der Deutschen Volkspartei mit *Höpker Aschoff* und mir zahlreiche Besprechungen stattgefunden, die eine einheitliche Zustimmung der beiden Parteien herbeiführen sollten. Wir arbeiteten viele Anträge zur Änderung besserungsbedürftiger Bestimmungen aus. Diese Besprechungen wurden in sehr freundschaftlicher Form geführt. Allerdings waren manche Bedenken *Krieges* von solcher Tragweite, daß mir bald Zweifel darüber aufstiegen, ob mit einer Zustimmung der Volkspartei wirklich zu rechnen sei. *Höpker Aschoff* teilte die Zweifel nicht, er war davon überzeugt, daß die Volkspartei die Vorlage genehmigen würde. Das wäre freilich ein großer Erfolg gewesen weit über diese Einigung hinaus [für] die ganze parlamentarische Arbeit in Preußen, für die Festigkeit seiner Regierung und hätte auch uns unsere Stellungnahme unseren eigenen Freunden gegenüber erleichtert. Kaum waren aber die Verhandlungen über die Regierungsumbildung gescheitert, da versteifte sich der Widerstand der Herren von der Volkspartei. Ihre Bedenken wurden nachhaltiger und schroffer betont und der konfessionelle Standpunkt wurde stärker hervorgekehrt. Schließlich kam es zum Abbruch der Besprechungen, in die zuletzt auch *Koch-Weser* und *Scholz*[565], der Nachfolger *Stresemanns* in der Führung der Deutschen Volkspartei, eingegriffen hatten. Damit war eine ersprießliche Zusammenarbeit der beiden liberalen Gruppen, die einen erfreulichen Ausblick in die Zukunft hätten zeigen können, zunichte geworden.

In unseren eigenen [Rei]hen machten sich namentlich von evangelischer Seite starke Bedenken [geg]en die Annahme der Vorlage geltend. Deshalb beriefen wir einen aus[erl]esenen Kreis namhafter evangelischer Theologen, Professoren, Geistlicher [und] Lehrer zur Beratung der Vorlage zusammen.[566] Es war eine ganz besonders [ange]regte und vertiefte Auseinandersetzung[, die] zu dem Beschluß der Fraktion führte, an der Verabschiedung einer Vereinbarung mit [der] Kurie mitarbeiten zu wollen unter der

---

563 Vgl. die Vorlage des preußischen Kultusministers *Becker* vom 14. Mai 1929, in: GSTA PK Berlin, Rep. 90, Nr. 2385, Bl. 306–324; dazu auch GOLOMBEK, S. 96; HÖMIG, Das preußische Zentrum, S. 191, 198. Vgl. auch den Gesetzentwurf zu dem Vertrag mit dem Heiligen Stuhle, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2732, S. 2133–2145. Ferner die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 13. Juni 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 718, S. 1060–1066.

564 Johannes *Kriege* (1859–1937), Dr. jur., Jurist, 1906–1937 Mitglied des Ständigen Gerichtshofes in Den Haag, 1911–1918 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt (Leiter der Rechtsabteilung), 1921–1932 MdpLT (DVP).

565 Ernst *Scholz* (1874–1932), Dr. jur., Jurist im preußischen Verwaltungsdienst, 1902–1909 Beigeordneter und Kämmerer in Wiesbaden, 1909–1912 in Düsseldorf, 1912 Oberbürgermeister in Kassel, 1913–1920 von Charlottenburg, 1920–1921 Reichswirtschaftsminister, 1912–1919 MdpHH, 1921–1932 MdR (DVP), Dezember 1929–November 1930 Parteivorsitzender.

566 Vgl. die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 13. Juni 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 718, S. 1060–1066.

Voraussetzung, daß dem Landt[ag die Gelegen]heit gegeben werde, in Ausschußberatungen zu den Einzelheiten des Vertrags Stellung zu nehmen und weiter, daß mit Rücksicht auf [den] konfessionellen Frieden ohne Verzug Verhandlungen auch mit den evangelischen Kirchen eingeleitet werden, deren Zustandekommen gesichert sein müsse. In einer Reihe von Anträgen legte die Fraktion die Grundlage zu diesen Vereinbarungen.[567] Diese Anträge sind mit unwesentlichen Änderungen vom Landtage angenommen worden, vor dem sie von meinen Freunden *Bohner*[568] und *Graue*[569] in wirkungsvoller Weise vertreten wurden.[570]

Damit hatte sich die Fraktion ein hohes Verdienst um den konfessionellen Frieden erworben, wie es wohl auch auf unseren mit größter Entschiedenheit betonten und festgehaltenen Willen wesentlich zurück[zuführen][571] ist, daß mit dem Konkordat in der Form, in dem es dem Landtag vorgelegt wurde, auch nicht andeutungsweise Bestimmungen über die Schule mehr verbunden waren. In diesem Punkte waren wir – ebenso auch in der Sicherung der Kirchenhoheit des Staates – von vornherein völlig [un]nachgiebig. Das habe ich dem Nuntius *Pacelli*[572] gelegentlich einer Abendgesellschaft beim Ministerpräsidenten *Braun* rückhaltlos gesagt. Die Kurie hatte allerdings bis in die letzten Phasen der Verhandlungen an ihrem Verlangen festgehalten, daß ihr Standpunkt in der Schulfrage wenigstens in einem Begleitschreiben der Regierung oder doch in einer Erklärung des Heiligen Stuhles angedeutet werden müsse. Der Zentrumsführer *Heß* war sehr betreten, als ich ihm in einer Unterredung über diesen Punkt, zu der er mich gebeten hatte, ohne jede Einschränkung erklärte, daß dann auf unsere Zustimmung nicht gerechnet werden könne, das Konkordat also zum Scheitern verurteilt sei. Das Zentrum hatte bis zuletzt auf Nachgeben gehofft, anscheinend weil der eine oder andere Unterhändler des preußischen Kultusministeriums es an der nötigen Festigkeit und Klarheit in der Zurückweisung der kirchlichen Ansprüche hatte fehlen lassen, die die Kurie im bayerischen Konkordat[573] im Widerspruch zur Reichsverfassung hatte

567 Auf Initiative der Regierungsparteien forderte der Hauptausschuss am 3. Juli 1929, SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 4, Nr. 2774, S. 2339, das Staatsministerium auf, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen über Verträge einzutreten, die auf dem Gebiet der Religionsausübung, des kirchlichen Eigentums, der Dotationen und der Besetzung der leitenden Ämter die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherstellen sollten. Der Preußische Landtag nahm den Entschließungsantrag des Hauptausschusses in der dritten Lesung des preußischen Konkordats in der 96. Sitzung am 9. Juli 1929 an. Vgl. ebd., Bd. 6, Sp. 7988f. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 26. Juni 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 722, S. 1070. Ferner »Preußenkonkordat und evangelische Kirche«, in: DER DEMOKRAT, 13/14, 15.7.1929, S. 359–361.

568 Theodor *Bohner* (1882–1963), 1908–1915 Leiter der Deutschen Schule in Rom, 1917–1929 Oberstudiendirektor in Magdeburg, 1929–1933 Oberschulrat in Berlin, Stadtverordneter in Magdeburg, 1925–1932 MdpLT (DDP/DStP), kulturpolitischer Sprecher der Fraktion.

569 Dietrich *Graue* (geb. 1866), seit 1910 Pfarrer an der Marienkirche in Berlin, 1913–1918 MdpAH (Fortschrittliche Volkspartei), 1925–1932 MdpLT (DDP/DStP).

570 Vgl. die Rede des Abg. *Graue* in der 92. Sitzung am 1. Juli 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 6, Sp. 7604–7609, und Rede des Abg. Dr. *Bohner* in der 93. Sitzung am 5. Juli 1929, in: ebd., Sp. 7673–7686.

571 Im Original: »gerufen«.

572 Eugenio *Pacelli* (1876–1958), Priester, 1899 Eintritt in den Dienst der Kurie, 1917–1925 Titularerzbischof und Nuntius für Bayern, 1920–1929 Nuntius für das Deutsche Reich, 1929 Kardinal, 1930 Kardinalstaatssekretär, 1939–1958 Papst Pius XII.

573 Das bayerische Konkordat von 1924/25 räumte der katholischen Kirche weitgehende Rechte ein. So verzichtete der bayerische Staat gegenüber der Kurie auf das frühere Nominationsrecht des Königs bei der Benennung der Erzbischöfe und Bischöfe. Auch wurde der Fortbestand der Bekenntnisschulen garantiert. Um eine paritätische Behandlung der großen christlichen Konfessionen zu ge-

durchsetzen können. Der Geisteskampf um Freiheit der Wissenschaft, um Versachlichung des Unterrichts, um die Gleichberechtigung aller religiösen Anschauungen, um die staatliche Schulaufsicht und die Beseitigung der Abhängigkeit der Volksschullehrer von der niederen Geistlichkeit wären vergeblich gewesen, wenn das Konkordat sich nicht auf die Regelung der Grenz[setzun]gen zwischen Kirche und Staat im Sinne einer freiheitlichen und paritätischen Schulauffassung beschränkt hätte. Das Gesetzeswerk, das nach so schweren Kämpfen zustande kam, wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Deutschen-Demokratischen Partei bleiben in ihrem Kampf um Freiheit und Kultur, um Stärke und Geschlossenheit des Staates. Diese und ähnliche Fragen wurden immer wieder als Sturmblock gegen [die] preußische Regierung *Braun – Severing* benutzt. Immer wieder erwies es sich als eine geradezu nationale Notwendigkeit, für sie in die Schranken zu treten. Ich habe das wiederholt getan. Am 24. März 1931 sagte ich:

»Immer wieder kommen Hetzer, Volksverderber und Volksvergifter, die für [sich] allein in Anspruch nehmen, national zu sein, und die es als ihre Aufgabe auffassen, dem politischen Gegner den vergifteten Dolch in den Rücken zu stoßen mit der Begründung, er sei nicht national. Das wäre in keinem Kulturvolk der Welt sonst möglich. National ist der, der das Beste für das Volk hergibt. National ist der, der mit allen Kräften am Aufbau [des] Staates und des Volkes mitwirkt. Aber nicht national ist der, der hinter tönenden Phrasen und hinter Beschimpfungen des Gegners das traurige Bestr[e]ben zu verdecken sucht, sein Parteisüppchen zu kochen. Was ist denn der Sinn des Kampfes, den wir seit 12 Jahren im Deutschen Reich führen? Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Bestand des Reiches selbst. Der Preis, um den wir kämpfen, dem unsere Arbeit gelten muß.«[574]

Am 12. Juni 1928:

»In allen Fragen der Republik und der Demokratie, in den Fragen der Staatsnotwendigkeiten und der Staatsform stellen die drei Koalitionsparteien eine geschlossene, festgefügte Front dar. Unitas. In den Fragen [der] Weltanschauung erkennen wir von dem Gesichtspunkt der Toleranz aus, der uns beseelt, die Auffassung des anderen an. Libertas. Alles aber, das System wie alle Einzelfragen, wird beherrscht von der Karitas, d.h. in diesem Falle von dem Bewußtsein, daß wir freudigen und opferwilligen Dienst am Volke zu leisten haben. Das Wohl des Volkes verlangt in erster Linie einen starken Staat. Wir wollen diesen Staat, dieses Preußen fest gründen und sicherstellen gegen alle Minierarbeit, mag sie von rechts, mag sie von links kommen.«[575]

Am 14. Oktober 1930:

»Die preußische Staatsregierung hat sich um das deutsche Volk große und [da]uernde Verdienste erworben. Preußen hat sich als festes Bollwerk der deutschen Republik und als Hort für Ordnung und Sicherheit erwiesen. Die unermeßlich verschärfte Not des Volkes, die nicht zuletzt eine Aus[wi]rkung der Weltwirtschaftskrise und des verlorenen Krieges ist, macht es [jed]em verantwortungsvollem Freunde des Volkes und des

---

währleisten, schloss die bayerische Regierung 1924 zugleich Verträge mit den beiden protestantischen Landeskirchen. Vgl. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 912–918.

574 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1931 in der 224. Sitzung am 24. März 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 14, Sp. 19454–19461, hier Sp. 19454f. Im Original mit leichten Änderungen.

575 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 9. Juni 1928 in der 4. Sitzung am 12. Juni 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 1, Sp. 135–147, hier Sp. 139. Im Original mit leichten Änderungen.

Vaterlandes nach [uns]erer Überzeugung zur dringenden Pflicht zu verhindern, daß parteipo[litisches] Agitationsbedürfnis zu gefährlichen Krisen führt.«[576]

Die schwerste Belastung unserer Finanzpolitik waren die Reparatio[nsleis]tungen. Ich habe hierüber am 14. Dezember 1928 gesagt:

»Wir werden nicht zu gesunden finanziellen Verhältnissen in Preußen [und] im Reich kommen, wenn es nicht möglich ist, die Reparationslasten so [zu] regeln, daß wir unter Aufbietung aller Kraft das leisten, was nun ein[mal] geleistet werden muß, daß uns aber nichts auferlegt wird, das uns zu Boden schleudern müßte.«[577]

In einer Rede zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung am 8. Mai 1931 b[ekannte] ich mich zu folgender politischen Zielsetzung:

»Dieser Zustand ist eine Folge des verlorenen Krieges und der unerträglichen Lasten, die der sogenannte Friedensvertrag auf unsere Schultern legt. Auch hierin werden wir keinen Wandel erleben, wenn nicht unsere berechtigte Forderung erfüllt wird, die Reparationslasten unserer Leistungsfähigkeit anzupassen. Wir können auch nicht warten bis die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten[578] vollzogen ist, soviel Zeit haben wir nicht mehr, der Zeiger der Uhr ist weit vorgerückt. Erkennt man an, daß wir ein Recht haben zu leben wie die anderen Völker, erkennt man an, daß wir dasselbe Recht auf nationale Würde und Ehre haben, wie die anderen Völker, dann wird auch unser innerpolitisches Leben langsam, aber hoffentlich stet[ig] zu der Gesundung kommen, die wir nötig haben, damit Reich und Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können und damit das deutsche Volk eine bessere Zukunft sieht, als es die Gegenwart leider ist.«[579]

Bisweilen erwies es sich noch als nötig, für die engere Heimat einzutreten, die nicht wie ganz Deutschland nur unter den allgemeinen Folgen des Krieges, sondern darüber hinaus unter den Nachwehen der Besatzungszeit zu leiden [hatte]. So sprach ich am 24.10. 1929[580] über die Notlage in der Aachener Grenzmark:

»Wenn einer der Herren Vorredner die Behauptung aufgestellt hat, es gäbe keine besondere Aachener Grenznot, so beweist er damit nur, daß ihm die Verhältnisse vollkommen unbekannt sind. So traurig die Verhältnisse im besetzten Gebiet im allgemeinen sind, im Aachener Gebiet, in einem großen Te[il] [d]er Eifel, in einem großen Teil des Gebietes in Trier und insbesondere im Saargebiet sind die Verhältnisse noch trauriger, deshalb ist es [die] zwingende und dringende Aufgabe dieses Hauses, gerade für das Aachener Gebiet alles zu tun, was in seinen Kräften steht. Ich hoffe von der Entwicklung, die [...][581] die Großwirtschaft zu nehmen scheint, erhebliche Erleichterungen für das Aachener Gebiet. Sowohl die immer dringender und [ern]ster werdende Frage der Gasversorgung wie auch die ebenso zwingende Frage [der] Konzentration auf dem

576 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der Beratung eines kommunistischen Misstrauensantrages (Nr. 5252) in der 175. Sitzung am 14. Oktober 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 11, Sp. 14876f., hier Sp. 14877. Im Original mit leichten Änderungen.

577 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung des Haushaltsplans für 1929 (Nr. 476) in der 24. Sitzung am 14. Dezember 1928, in: SBpLT 1928/32, Bd. 2, Sp. 1484–1495, hier Sp. 1487. Im Original mit leichten Änderungen.

578 Bei den US-Präsidentschaftswahlen im November 1932 unterlag Präsident Herbert C. *Hoover* (Republikaner) dem demokratischen Herausforderer Franklin D. *Roosevelt*.

579 Die Rede *Falks* zur zweiten Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für 1931 in der 235. Sitzung am 8. Mai 1931, in: SBpLT 1928/32, Bd. 14, Sp. 20479–20483, hier Sp. 20483. Im Original mit leichten Änderungen.

580 Im Original: »20.10.1899«.

581 Im Original: »für«.

Elektro-Energie Gebiet werden, wenn die wirtschaftlichen Möglichkeiten richtig zur Anwendung kommen wie der Saar [so auch] dem Aachener Gebiet ganz besonders zugute kommen. Ich freue mich [au]ch einen kleinen Beitrag zu diesem letzten Satz zu liefern. Als die Stadt [Kö]ln mit der Ruhr den bekannten Vertrag über die Gasversorgung abgeschlossen hat, hat sie insbesondere Vorsorge getroffen, daß Aachener Kohle in reichem Maße bei der Gasfernversorgung mitberücksichtigt werden würde. Wenn die Solidarität nicht nur dieses Hauses, sondern der Volksgenossen überhaupt, wie sie in diesem Kölner Fall möglich ge[wesen] ist, immer dem Aachener Grenzbezirk zur Seite steht, dann werden wir heute nicht morgen, aber doch in kurzer Zeit in der Lage sein, seine N[ot] zu helfen.«[582]

Aus verwandten Gesichtspunkten erwuchsen meine Ausführungen am 19.11.29 u[eber] das Schicksal der Saargruben.[583]

[»D]ie Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland und Preußen kann für keinen Deutschen ein Problem darstellen. Das Ob und das Wie müssen jeder Erörterung in Deutschland entzogen sein. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, zu verlangen, daß so schnell wie möglich das Saargebiet, ungeschmälert in seinen Rechten, unbeeinträchtigt in seinem wirtschaftlichen und sozialen Leben, unverkümmert in seiner deutschen Kultur zu Preußen und Deutschland zurückkehrt. Darüber besteht in Deutschland ein Zweifel überhaupt nicht. Wenn man sich jenseits der Vogesen auch in einem Traum wiegt, als ob es möglich wäre, wirtschaftlich wertvolle Teile des Saargebietes abzuteilen und für Frankreich zu erhalten, so wird man sich bald davon überzeugen müssen, daß man auf den einmütigen Widerstand des gesamten deutschen Volkes stoßen würde wie auf einen rocher de bronce, falls man ernstlich versuchen wollte, bei den Verhandlungen diesen Traum der Wirklichkeit entgegenzuführen. Für uns ist kein Fußbreit der Saar veräußerlich.[«]

[»]Wer wie ich am Rhein wohnt und jeden Tag die französischen Schleppzüge unter der Trikolore über unseren Strom – denn unser Strom ist und bleibt er – da[hinfa]hren sieht, und wer außerdem weiß, daß die französische Schiffahrt rein wirtschaftlich gesehen ein Schmerzenskind für Frankreich ist, daß weder der Straßburger Hafen noch die französischen Reedereien den Franzosen die Erträgnisse bringen, von denen sie geträumt haben, der muß sich darüber [kla]r sein, daß dieses Eindringen in die Rheinschiffahrt, daß dieses Fest[hal]ten an dem Verlustgeschäft nicht durch wirtschaftliche Gründe diktiert [wir]d, sondern durch politisches Machtverlangen, dem wir entgegenzutreten haben[. Gera]de so liegt die Frage bei den Saargruben. Auch dort handelt es sich um politische Fragen. Es ist letzten Endes vielleicht nur ein Rückzugsgefecht, [aber] es ist ein Gefecht. Es ist ein Kampf um die letzten Bastionen. Es ist [ein] Kampf um das Festhalten an dem, was der Krieg gebracht hat. Wenn von französischer Seite aus der Versuch gemacht wird, in irgendeiner Weise am Ei[gentu]m und am Ertrag der Saargruben beteiligt zu bleiben oder beteiligt [zu we]rden, so kann man dem nur dadurch wirkungsvoll und entschieden und [ganz] unmißverständlich entgegentreten, daß man verlangt, daß die [Saarg]ruben wieder in die Hand ihres alten Besitzers zurückkeh-

582 Die Rede *Falks* anlässlich der Beratung des mündlichen Berichts des Ausschusses für die Grenzgebiete (Nr. 3101) über den Urantrag der Abg. *Stendel*, *Farwick* und Genossen (DVP, Z) betr. die Notlage der Wirtschaft in der Aachener Grenzmark (Nr. 2655) in der 104. Sitzung am 24. Oktober 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 6, Sp. 8715–8718, hier Sp. 8718. Im Original mit leichten Änderungen.

583 Die Rede des Abg. *Falk* anlässlich der Beratung der Großen Anfrage der Abg. *Haas* (Köln), Dr. Dr. *Porsch*, *Falk* und Genossen (SPD, Z, DDP) über das Schicksal des Besitzes der Saargruben (Nr. 3223) in der 108. Sitzung am 29. November 1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 7, Sp. 9128–9130, hier Sp. 9128f. Im Original mit leichten Änderungen.

ren.[«] [»Gehen] die Saargruben in Privathand über, so ist zu befürchten, daß fleißige Bergleute, die jetzt im Kampf für deutsches Recht und für deutschen Namen ihre Pflicht und mehr als ihre Pflicht getan haben, [auf die] Straße geworfen werden. Ehrenpflicht des preußischen Staates muß [es sein], diese Menschen in der Arbeit zu erhalten, auch wenn die Arbeit [zunäch]st für den Staat selbst nicht wirtschaftlich ist. Treue um Treue. Was diese Bergleute, was diese Arbeiter, was die ganze Saarbevölkerung [im] Abwehrkampf gegen Frankreich geleistet haben, verpflichtet uns zu j[edem] Opfer, um unseren Dank auszusprechen.[«]

Die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit, der die breiten Schichten des gewerblichen Mittelstandes in erschreckendem Umfange verfallen waren, hatte den politischen Radikalismus zur Siedeh[itze] gebracht. Am Ende der Inflation standen wir vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das flüssige Betriebskapital war in nichts zerronnen, ab[er] der Produktionsapparat war weit über die Absatzmöglichkeit hinaus aufgebläht. Das führte zum Zusammenbruch einer großen Anzahl von Unternehmungen und in fast zwangsläufiger Folge hiervon zu einer Zusammenfassung [der] Produktion, zu den gewaltigen Rationalisierungen in der Industrie, hier brauchen nur I.G. Farben und Vereinigte Stahlwerke genannt zu werden, und auch im Großhandel.

Die Erschütterung, die der Arbeitsmarkt hierdurch erfuhr, zeigte sich bald in der fast unaufhaltsamen und ununterbrochenen Steigerung der Erwerbslosenoffiziere [sic]. Nur einmal im Jahre 1926 in Verfol[g] des englischen Bergarbeiterstreiks[584] war vorübergehend eine erhebliche Senkung dieser traurigen Zahl zu verzeichnen. Die Hoffnungen, die daran geknüpft wurden, haben sich leider nicht erfüllt. Das Problem der Erwerbslosigkeit führte zu einer Erschütterung des Gewerkschaftsgedankens, der bedeutende[n] Schöpfung der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft verfiel den Versprechungen und Lockungen der Radikalen links und rechts und ging in Scharen zu ihnen über. Im Kampfe um ihre Gefolgschaft suchten nicht wenige Gewerkschaftsführer, diese Radikalen noch [zu] überbieten. Das Unternehmertum glaubte sich hiergegen am besten dadurch zu s[chüt]zen, daß es die Nationalsozialisten, die als Gegner des gewerkschaftlichen Gedankens angesprochen wurden, mit reichen Geldmitteln unterstützte. Ohne diese Zuwendungen in Höhe von vielen Millionen wäre der Nationalsozialismus wohl niemals zur Macht gelangt. Dabei soll das Verschulden aller Regierungen, die bis zum Umbruch am Ruder waren, nicht geleugnet werden. Keine einzige hat die Kraft und die Entschlossenheit zu wirksamer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgebracht. Das Problem, die Arbeitslosen von der Straße zu bringen, war nicht ohne Einführung einer lückenlosen Arbeitsdienstpflicht zu lösen. Das wurde allgemein anerkannt. Aber die Ideologie der Sozialdemokraten und der christlichen Gewerkschaften, das Prinzip des Tariflohnes, hinderte die Durchführung dieses Gedankens. Die Entlohnung der Arbeitsdienstpflichtigen konnte aber nur sehr niedrig sein. Beträge, die die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung wesentlich überstiegen hätten, waren weder vom Reich noch von den Ländern oder den Gemeinden aufzubringen, wenn nicht eine gewaltige Steuererhöhung Platz greifen sollte, die aber aus wirtschaftlichen und innerpolitischen Gründen untragbar erschien. Zu einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist es daher nie gekommen. Das Heer der Arbeitslosen bildete bald die stärkste Reserve für Kommunisten und Nationalsozialisten.

584 Am 1. Mai 1926 brach in Großbritannien ein Bergarbeiterstreik aus, der am 4. Mai in einen Generalstreik mündete. Obwohl dieser am 12. Mai beendet werden konnte, dauerte der Ausstand der Bergarbeiter noch ein knappes halbes Jahr, ohne dass die Gewerkschaften ihre Ziele erreicht hätten. Vgl. SCHULTHESS 1926, S. 231–234.

Die preußische Landtagsfraktion ist an der Bedeutung dieses verhängnisvollen Fragenkomplexes nicht mit geschlossenen Augen vorbeigegangen. Wir suchten dem Unheil nach Kräften zu steuern. In einer arbeits- und inhaltsreichen mehrtägigen Fraktionssitzung, die wir im Herbst 1930 in Frankfurt a.M abhielten, arbeiteten wir einen grundsätzlichen Antrag (No. 5303 der Drucksachen) aus, der folgende Forderungen aufstellte:

1. Möglichkeit der Vierzigstundenwoche,
2. Einführung eines neunten Schuljahres,
3. Verbot der Zulassung ausländischer Landarbeiter,
4. Arbeitsdienstpflicht für arbeitslose Jugendliche ohne Entgelt.[585]

Wir richtig wir gesehen hatten, ergibt sich daraus, daß sich das Wesentliche dieses Antrages später in den Notverordnungen der Reichsregierung wiederfand.[586]

Die Arbeitslosigkeit führte zur Kapitalflucht. Und die Kapitalflucht steigerte die Arbeitslosigkeit. Ich habe sie bei wiederholten Malen scharf verurteilt. Am 16. Juni[587] 1930 sagte ich:

»Wir sind der Auffassung, daß eine ehrlosere volksfeindlichere, unnationale[re] Handlung nicht gedacht werden kann, als es die ist, in den Zeiten der furchtbaren Not, die über ein Volk kommen konnte, dem Volke das zu nehmen, was ihm in erster Linie mit aus dieser Not heraushelfen kann.«[588]

Durch den vorläufigen Finanzausgleich des Reiches aus dem Jahre 1925 wurde die preußische Steuergesetzgebung außerordentlich erschwert.[589] Der Unwille der Steuerpflichtigen, die unter dem Druck der Hauszinssteuer und der Gewerbesteuer zu klagen hatten, richtete sich sehr zu Unrecht gegen den Landtag. Zwar hatte diese Körperschaft diese Steuerverordnungen zu beschließen. Aber auch seine Beschlüsse waren ihm in Grundsatz und im Ausmaß durch die Reichsgesetzgebung unter einer Rechtsregierung vorgeschrieben. Daran ging die Kurzsichtigkeit der Wähler, auch unserer Partei oft achtlos vorbei. Die Vorwürfe, die uns gemacht wurden, waren durchaus ungerecht. Meine Freunde und ich haben mit großem Eifer den Kampf für steuerliche Gerechtigkeit, für Beseitigung von Härten und Schikanen und gegen Einseitigkeit und volksschädigende Interessenpolitik geführt. Diese oft sehr harten Kämpfe spielten sich allerdings weniger in der Öffentlichkeit, sondern in der Hauptsache in den Besprechungen

585 Urantrag der Abg. *Falk* und Genossen (DDP) über das Arbeitslosenproblem, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 8, Nr. 5303, S. 5091. Vgl. auch die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion der DStP vom 15. Oktober 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 729, S. 1075–1077.

586 In der Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 beschloss die Regierung *Brüning* die Gründung eines Freiwilligen Arbeitsdienstes und die Einführung der Vierzigstundenwoche. Vgl. DIE AKTEN DER REICHSKANZLEI. Die Kabinette Brüning I und II, Bd. 1, S. XXXVIII–XXXIX.

587 Im Original: »Juli«.

588 Die Rede des Abg. *Falk* in der 169. Sitzung am 16. Juni 1930, in: SBpLT 1928/30, Bd. 10, Sp. 14472–14477.

589 Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden von 1925 nahm eine Neuverteilung der Steueranteile vor. Danach wurde der Länderanteil an der Einkommens- und Körperschaftssteuer von 90 auf 75 Prozent gesenkt, der Länderanteil an der Umsatzsteuer von 20 auf 35 Prozent (ab Oktober 1926 auf 30 Prozent) heraufgesetzt. Um die frühere Benachteiligung strukturschwacher Länder auszuschließen, wurde der Verteilungsschlüssel bei der Umsatzsteuer dahingehend geändert, dass der Länderanteil zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl und zu zwei Dritteln nach dem örtlichen Aufkommen verteilt werden sollte. Gleichzeitig gab das Reich den Ländern eine Einnahmegarantie am Aufkommen der Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Vgl. RGBl. 1925 I, S. 254 ff.; ADERS, S. 78–83; Hans THIERAUF: Der Finanzausgleich in der Weimarer Republik, Diss. phil. Würzburg 1961, S. 126–148.

des interfraktionellen Ausschusses ab. Hier waren namentlich Interessenpolitiker aus der Zentrumspartei zu bekämpfen. In dieser Fraktion hatte der alte, straffe, einheitliche Willen, der die Partei einst groß gemacht hatte, einem Konglomerat von berufsständisch und wirtschaftlich aufgebauten Grüppchen Platz machen müssen. Arbeitervertreter, Mittelständler, Landwirte, Beamte, Angestellte u.s.f. schlossen sich eng zusammen und feilschten miteinander um die Stellungnahme zu den Tagesfragen. Bisweilen war die Frage, wie sich die Fraktion entscheiden werde, ein richtiges Rätselraten. Nach außen hin wußte man diese recht üblen Unzuträglichkeiten geschickt zu verkleiden. Gerade der Mann, der der Träger des ausgemachten Interessenklüngels war, verstand es, durch gut gewählte Redewendungen zu blenden. In der Sozialdemokratie hatten Staatsbejahung und der entschlossene Wille, dem Staate zu dienen und ihn zu stützen, immer noch mit dem Klassenkampfgedanken und Sozialisierungsfimmel zu ringen. Die einsichtsvolle Fraktionsführung sah sich zu ihrem eigenen Leidwesen genötigt, diesen Rückfällen Rechnung zu tragen.

Die Tätigkeit der Koalitionsgenossen fand ihre Opfer bei den Schwarmgeistern in unserer Fraktion. Gleichwohl haben wir gute Arbeit an der Gestaltung der Steuergesetze bieten können. Ich darf überhaupt aussprechen, daß unser Einfluß in den Beratungen des interfraktionellen Ausschusses wie in der Gesetzgebung weit größer war, als es unserer Zahl entsprach. Vielleicht trug hierzu der Umstand bei, daß ich mir stets [der] Grenzen zwischen Gesetzgebung und Verwaltung bewußt blieb, während manche Führer der beiden anderen Fraktionen sich mehr als nötig, vielleicht auch mehr als gut war, in die Regierungsgeschäfte einzuschalten versuchten.

Die Kliquenbildung im Zentrum konnte triumphieren, als ihr die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer gelang.[590] Ich hatte als Redner der Fraktion im März 1929 dieses Vorhaben sehr energisch bekämpft, in dem ich eine höchst unüberlegte Gelegenheitsgesetzmacherei erblickte.[591] Die von den Antragstellern ins Feld geführte Behauptung, die Ausdehnung der Steuer werde zu einer Senkung des Steuertarifs führen[592], konnte ich an Hand umfangreichen Zahlenmaterials widerlegen. Ich habe auch klar gezeigt, daß der gewerbliche Mittelstand, der in der Gewerbesteuer eine ungerechte Vorbelastung für sich erblickte, doch so [das] ihm zugefügte Unrecht nicht meistere und auch nicht mildere, wenn man es jetzt auch anderen Schichten bereite. Viel schwerer als die materielle Seite waren aber für sich die ideellen Gesichtspunkte, die ich durch den Antrag als gefährdet ansah. Der Gewerbetreibende behauptet sich im Lebenskampf durch die Mittel des Wettbewerbs. Die Berufsehre der Angehörigen der freien Berufe, insbesondere der Rechtsanwälte verbietet ihnen jede Tätigkeit in den Formen des Wettbewerbes. Für Staat und Volk ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die beiden bedeutsamsten freien Berufe, Ärzte und Rechtsanwälte, integer bleiben. Der Anwalt muß sich nach wie vor als ein gleichberechtigtes Organ der Rechtspflege fühlen und von der Umwelt als solches angesehen werden. Der Arzt muß nach wie vor würdig und bereit sein, Kenner der tiefsten und verborgensten Geheimnisse

590 Das am 28. März 1930 vom Preußischen Landtag verabschiedete Gewerbesteuergesetz sah die Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf die freien Berufe vor. Vgl. SCHULTHESS 1930, S. 93. Vgl. auch die Sitzungen der preußischen Landtagsfraktion der DDP vom 13., 25. und 26. März 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN, Bd. 2, Nr. 754, 756, 757, S. 1116 f.,1118–1121.

591 *Falk* hatte sich in seiner Rede in der 61. Sitzung am 19. März 1929 gegen die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe ausgesprochen. Vgl. SBpLT 1928/32, Bd. 4, Sp. 4973–4979, hier Sp. 4975–4979.

592 Vgl. die Reden des Abg. *Kölges* (Z) in der 50. und 61. Sitzung am 23.2. und 19.3.1929, in: SBpLT 1928/32, Bd. 3, Sp. 3883–3893, Bd. 4, Sp. 4950–4954.

jeder Familie zu sein. Die hohe Auffassung des Standes und des Berufes wird erschüttert, wenn man diese Stände in ihrer Berufsauffassung gleichstellt mit den wirtschaftlichen Berufen. Die berufsethischen Gesichtspunkte kommen zu Schaden, wenn man die freien Berufe zur Gewerbesteuer heranzieht und ihnen damit nahe legt, ihre Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt einer gewerblichen und nicht einer freischaffenden zu betrachten.

Während die Fraktion mir zunächst Gefolgschaft leistete, entschied sie sich im Verlauf des Kampfes, nachdem die Sozialdemokratie plötzlich umgefallen war, in ihrer Mehrzahl für Zustimmung zu dem zwischenzeitlich allerdings verbesserten Entwurf, der schließlich in namentlicher Abstimmung zur Annahme gelangte.[593] Dabei zeigte es sich, daß in dieser Frage ein Riß durch alle Parteien ging. In Köln verursachte der tendenziöse Bericht einer Korrespondenz, die von mehreren Zeitungen aufgenommen war, daß gegen den Gesetzentwurf in der Hauptsache nur Demokraten und Kommunisten gestimmt hätten, einen Sturm der Entrüstung in der Partei, der von einer betriebsamen und übelwollenden Clique angefacht worden war.[594] Der Hauptvorstand der Deutsch-Demokratischen Partei hatte sich zwar nachträglich gegen die Einbeziehung der freien Berufe ausgesprochen, aber die Kritikaster hatten eine herrliche Gelegenheit zur Nörgelei gefunden, die sie sich nicht entgehen lassen konnten.[595] Auch unsere Wirtschaftspolitik war vielfachen Angriffen ausgesetzt. Man tat gerade so, als ob die preußische Regierung und die Koalitionsparteien, das System, die Schuld an den schweren Erschütterungen unserer Wirtschaft trügen, die sich doch aus der Weltwirtschaftskrise herleiteten und darüber hinaus durch Krieg und Kriegsfolgen, Versailler-Diktat, Besatzung und Ruhreinbruch, Reparationslasten und Währungsverfall verschuldet worden waren.

Mit Dr. *Schreiber*, dem verantwortlichen Betreuer der wirtschaftlichen Aufgaben des Staates, befand ich mich zu meiner großen Befriedigung stets in grundsätzlicher Übereinstimmung, und konnte ihm nahezu ausnahmslos auch in den Einzelfragen beipflichten. Er konnte sich in seiner vorbildlichen Arbeit gleichmäßig der Zustimmung der Unternehmer und der Arbeitnehmer erfreuen. Es handelte sich vor allem darum, die Wirtschaftsbetriebe des Staates mehr als bisher zuverlässig und rationell zu gestalten. Deshalb wurden die staatlichen Bergwerke restlos in Aktiengesellschaften überführt, deren Aktien ausschließlich in der Hand des Landes blieben.[596] Die Stickstofferzeugung wurde ausgebaut, Gasfernversorgung und einheitliche Gaswirtschaft gefördert. Die preußischen Seehäfen wurden in vorbildlicher Weise ausgebaut, nicht ohne Wettbewerbsschmerzen bei Bremen auszulösen, die den eingefleischten, als Unitarier getarnten Preußenhassern Wasser auf die Mühle trieben.

---

593 Vgl. den Gesetzentwurf über die Regelung der Gewerbesteuer für 1929, in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 2, Nr. 1302, S. 985 f., Nr. 1771, S. 1222f (Ausschussantrag), Nr. 2022, S. 1284–1286 (Zusammenstellung des Gesetzentwurfs mit den Beschlüssen des Landtags in der III. Beratung).

594 Vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, 156 b, 20.3.1929: »Weittragende Steuerbeschlüsse des Landtags. Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe«.

595 Der Parteivorstand hatte sich am 23. März 1929 in einer Resolution für eine radikale Umgestaltung der Gewerbesteuer ausgesprochen, sich gleichzeitig jedoch gegen die Einbeziehung der freien Berufe gewandt. Vgl. die Sitzung des Parteivorstands vom 23. März 1929, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, Nr. 151, S. 485–494, hier S. 494. – Dem Gesetz zur Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer stimmte am 28. März 1930 schließlich auch die DDP zu. Der Abg. *Riedel* bedauerte zwar die Einbeziehung der freien Berufe, verteidigte sie letztlich mit Verweis auf die in der Vorlage enthaltene Freigrenze von 6000 M, die die DDP bereits im letzten Jahr in einem Antrag gefordert habe. Vgl. die Rede des Abg. *Riedel* (Charlottenburg) in der 148. Sitzung am 25. März 1930, in: SBpLT 1928/32, Bd. 9, Sp. 12594f.

596 1923 wurde die Preussag AG als Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft gegründet.

Der größte Erfolg aber war die Gründung der Preußischen Elektrizitäts-Gesellschaft.[597] Ich habe hierbei tatkräftig mitgearbeitet, manche Schwierigkeiten, die entgegenstanden beseitigt und auch auf die endgültige Gestaltung der Gesellschaft nicht unerheblichen Einfluß ausgeübt. Leider gelang es mir nicht, die Gesellschaft »Zukunft« bei Düren dem Staat zu erhalten. *Schreiber* ließ sich durch keineswegs uneigennützige Ratgeber davon überzeugen, daß die Übertragung dieses vorzüglichen Werkes an das RWE von Vorteil sei. Er hat meinen Gegenvorstellungen nicht nachgegeben. So verlor der Staat einen außerordentlich starken Stützpunkt im Westen, der zu einer beherrschenden Stellung auch im Kampfe mit dem RWE hätte werden können. *Schreiber* sah in der Konzentrierung des Großkapitals vielleicht eine geringere Gefahr für den Staat als ich. Für mich war damit die Proletarisierung des Mittelstandes und die Abhängigkeit der Gemeinden von der Großindustrie in gefahrdrohende Nähe gerückt. Ich begrüßte gerade deshalb die Übernahme dieser bedeutungsvollen wirtschaftlichen Aufgaben durch das Land Preußen, weil ich fürchtete, daß sich sonst auf den wichtigsten Erzeugungsgebieten übermächtige Privatmonopole bilden würden. Die Überführung der Elektrowirtschaft in die öffentliche Hand war doch im Grundsatz nichts anderes als die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die der große *Bismarck* gegen die heftigsten Widerstände in Preußen durchgesetzt hatte. Hier wie dort wirkt sich der Gegensatz zwischen Reich und Preußen aus. Es war recht schwierig eine gedeihliche Zusammenarbeit aufzubauen zwischen der Preußen[-Elektra][598] und der Reichselektrizitätsgesellschaft, an deren Grundlage ich in der Nationalversammlung mitgearbeitet hatte. Es gelang aber, einen gewissen eifersüchtigen Konkurrenzneid aus dem Felde zu schlagen, der zeitweise zu allerhand unnatürlichen Bundesgenossenschaften geführt hatte. Die Pre[uss]ag ist sich ihrer Aufgabe zur Förderung der weniger begünstigten Gebiete und zur Versorgung des flachen Landes und wirtschaftlich zurückgebliebener Landesteile stets bewußt geblieben. Sie hat zeitweise wohl dem Expansionsdrange, der gleichsam zu einer Krankheit der Zeit geworden war, nicht ganz widerstehen können, aber hiervon abgesehen Großes geleistet.

Ich habe ihrem Aufsichtsrat und seinem Bilanzausschuß, ebenso [dem][599] Aufsichtsrat der Preussag bis zum Ende meiner Abgeordnetentätigkeit angehört. Dabei zeigte es sich, wie glücklich sich die Erfahrungen und Kenntnisse, die ich als Stadtverordneter erworben hatte, auswirkten. Ich habe die Tätigkeit in der Kommune immer als die beste Schule für den Parlamentarier angesehen. Die Verbindung beider Arbeitsgebiete erwies sich für mich als außerordentlich fruchtbar. Von beiden Seiten kamen mir Anregungen. Die Streitfragen zwischen Staat und Gemeinden zeigten sich in der Beleuchtung, die sie von beiden Seiten erfuhren. So gelangte ich zu einer objektiven Betrachtung, die vielfach eine Vermittlung zwischen den Gegensätzen ermöglichte.

Aus meiner Überzeugung heraus, daß der Staat ebenso wie die Gemeinden das Monopolrecht auf dem Gebiete der Versorgungsbetriebe und des Großverkehrswesens beanspruchen müssen, ist es mir sowohl in der Kommunalpolitik wie in meiner parlamentarischen Arbeit nicht leicht geworden, mich mit dem Gedanken der Gasfernversorgung zu befreunden. Die Fernversorgung mit Gas schaffte dem Kohlenbergbau neue Verwertungsmöglichkeiten und stärkte dadurch die deutsche Wirtschaft. Sie verbilligt den Bezug auch für den letzten und kleinsten Verbraucher. Aber im Verlauf von sechs oder sieben Jahrzehnten hat sich in Deutschland bei den Kommunalpolitikern überall

[597] Das Energieversorgungsunternehmen Preußische Elektrizitäts AG oder Preußen-Elektra wurde 1927 durch den preußischen Staat gegründet.

[598] Preußische Elektrizitäts AG.

[599] Im Original: »im«.

der Grundsatz befestigt, daß die Betriebe mit monopolartigem Charakter in die öffentliche Hand gehören und daß die Versorgung der Bevölkerung auf dem lebenswichtigen Gebiete der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft Aufgaben der Gemeinden seien. Die Entwicklung hat gelehrt, daß die Gemeinden hierbei besser fahren, als bei den sogenannten gemischt-wirtschaftlichen Betrieben. Aber ich mußte doch erkennen, daß kommunaler Eigenbetrieb der Gasfernversorgung Opfer bringen müsse. Den Gemeinden fehlte es an der Kohlenbasis und an der Möglichkeit die Kapitalien zu beschaffen, die die Umstellung der öffentlichen Gaserzeugung in Gasfernversorgung erfordert. Um deren wirtschaftliche und technische Vorteile der Bevölkerung nutzbar zu machen, bleibt nichts übrig als [der] Zusammenschluß der Gemeinden mit dem Kohlenbergbau. Das bedeutet die Aufgabe der kommunalen Selbständigkeit auf dem Gebiete der Gaserzeugung. Aber die Gesichtspunkte wirtschaftlicher Vernunft nötigen zu diesem harten Schritt. Die Gefahr, die Herrschaft über die Gasversorgung auf eigenem Gebiet zu verlieren, kann und muß die Gemeinde durch den Vertrag auf ein erträgliches Maß herabsenken, den sie mit der Industrie schließt. Das ist beispielsweise der Stadt Köln, die sich sehr früh zur Gasfernversorgung entschloss[en hatte], gelungen. Allerdings sind [dem][600] Abschluß des Vertrages sehr schwierige und langwierige Verhandlungen vorausgegangen, die wiederholt zu scheitern drohten.

Auch den großen Kreditaktionen, zu denen sich der preußische Staat gezwungen sah, konnte ich nur unter Überwindung grundsätzlicher Bedenken zustimmen. In dem Tohuwabohu der Wirtschaftskrise konnte die Stillegung großer Wirtschaftsunternehmungen, wie der Schichauwerft, der Mansfelder [Bergbau]gesellschaft, des Niederschlesischen Kohlenbergwerks, des Mechernicher Bleibergwerks nur dadurch verhindert werden, daß ihnen erhebliche Staatsmittel darlehensweise zugeführt wurden. Diese Maßnahmen erregten in der Öffentlichkeit außergewöhnliches Aufsehen und lebhafte Ablehnung. Die öffentliche Meinung sah nur die großen Gehälter der Werkführer, die schon seit Jahren in Zeitungen und Versammlungen angeprangerten Bezüge der Aufsichtsräte und argwöhnte, daß diese Unterstützungen lediglich zugunsten der Aktionäre gewährt werden, die sonst [durch] den Verlust ihres Kapitals bedroht würden. Andere Stimmen glaubten auch in diesen wirtschaftlichen Maßnahmen Korruptionserscheinungen des verhaßten »Systems« brandmarken zu können. Sie wußten nicht oder wollten nicht wissen, daß die Reichsdampfersubventionen des Herrn v. *Bismarck* als Vorbild gedient hatten.[601] Man mußte die in Bedrängnis geratenen Großunternehmungen aber nicht um des Heeres ihrer Arbeiter und Angestellten willen in ihrer Tätigkeit erhalten. Die Folgen der Stillegung hätten auch zahlreiche Angehörige des Mittelstandes, Ladenbesitzer, Handwerker und sonstige Gewerbetreibende getroffen, die auf die Kundschaft der Belegschaften und deren Zahlungsfähigkeit angewiesen waren. Stillegungen von Zechen in Westfalen hatten schon Zahlungseinstellungen zur Folge gehabt und in erschreckender Weise [auf] den Grundstücksmarkt eingewirkt.

Man mußte also diesen wirtschaftlich [und] innenpolitisch unabweisbaren Maßnahmen zustimmen, die freilich recht wenig populär waren. »Und was bekommen wir«, rief mir ein mittelständlerischer Parteigenosse in einer Versammlung zu, in der ich über diese Kreditaktionen berichtete. Solche Mätzchen verdarben die Stimmung und förderten die Zersetzung. Dabei habe ich mich meiner Freunde aus dem Mittelstande besonders angenommen. Ich kann mich hierfür auch auf unsere Stellungnahme zu den Vorlagen berufen, die den Einzelhandel, das Handwerk, die gewerblichen Betriebe betrafen. Wir

600 Im Original: »im«.

601 1885 wurde der von Reichskanzler Fürst *Bismarck* dem Reichstag zugeleitete Gesetzentwurf über die Subventionierung der Dampferlinien in überseeischen Kolonialgebieten verabschiedet.

suchten die Schwarzarbeit zu bekämpfen, traten für den Ausbau der Berufsschulen ein, verfochten das Recht der Klein- und Mittelrentner und der Inflationsopfer, denen trotz aller Bemühungen leider eine gerechte Aufwertung versagt blieb. Wenn die Preußische Gewerbesteuer in ihrer Staffelung derart verbessert wurde, daß die niedrigsten Einkommen überhaupt steuerfrei blieben, die [...][602] belastet waren, so war das in der Hauptsache der Deutsch-Demokratischen Partei zu verdanken.

Nicht in der Fraktion, aber in der Partei erfuhr die Bedeutung des Liberalismus als Grundlage für das städtische Leben starke Angriffe. Die Nachkriegsgeneration kam langsam darauf. Ihre Wortführer ließen sich von persönlichen Ansprüchen tragen, denen ihre Kenntnisse und Qualitäten in sehr vielen Fällen nicht entsprachen. Diese demokratische Jugend nahm die Errungenschaften des Liberalismus, die doch Menschenalter hindurch in hartem Ringen erkämpft werden mußten, als Selbstverständlichkeiten hin. Daß diese Errungenschaften einmal in Frage gestellt werden, daß sie zertrümmert und ausgelöscht werden könnten, wie es doch in so hohem Maße in einer so kurzen Zeitspanne geschah, daran glaubte und dachte niemand. Es gab Wirrköpfe genug bei uns, die es als langweilig und unnötig ansahen, sich mit den Prinzipien des Liberalismus zu beschäftigen. Es war nicht einfach, in den Parteiversammlungen für den liberalen Gedanken als Grundlage unserer Arbeit zu werben. Was man forderte war »Wirtschaftsdemokratie« ein Schlagwort, unter dem sich die meisten so gut wie nichts vorstellen [konnten], daß aber als Allheilmittel für die drückende Not angepriesen wurde. Verschwommene Gedanken über Planwirtschaft beherrschten die Gemüter. Die Partei stellte unter *Stolpers*[603] Führung ein Wirtschaftsprogramm auf, ein glänzendes volkswirtschaftliches Dokument, das aber nicht gewürdigt wurde, weil es ja auch die Not nicht von Stunde zu Stunde meistern konnte.[604] Die Zeit der Abenteurer und Konjunkturritter war gekommen. Kenntnisse, Erfahrungen, Verdienste, Leistungen galten nichts den Phrasen und Betörungen gegenüber, die die Öffentlichkeit beherrschten. Das war nicht nur bei uns so, sondern machte sich rechts und links von uns deutlich geltend. Vielleicht war es bei uns aber deshalb fühlbar, weil die Deutsch-Demokratische Partei ein Konglomerat geblieben war, das die Not der Stunde zusammengeführt hatte, dem aber organisch innere Festigung nicht beschieden war. Die Gegensätze innerhalb der Partei waren vielleicht nicht schärfer als in den anderen Parteien, aber sie wirkten sich deshalb stärker aus, weil man bei uns verschiedene Sprachen sprach und deshalb aneinander vorbeiredete. Die Parteitage brachten immer nur ein Zurückdrängen oder eine Überbrückung der Gegensätze, eine wirkliche gefestigte innere Einigung brachten sie nicht. Der große vaterländische Gedanke lebte zwar in ungebrochener Kraft und baute Brücken von rechts und links. Aber nach wie vor fehlte es nicht an

602 Satzteil fehlt.

603 Gustav *Stolper* (1888–1947), 1913–1925 Herausgeber des »Österreichischen Volkswirt«, 1925–1926 Chefredakteur des »Berliner Börsen-Courier«, 1926–1933 Chefredakteur des »Deutschen Volkswirt«, 1930–November 1932 MdR (DStP). Vgl. auch Toni STOLPER: Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 1960.

604 Im Juni 1928 hatte die DDP einen Parteiausschuss mit der Ausarbeitung eines Sozial- und Wirtschaftsprogramms beauftragt, das die entsprechenden Forderungen des Parteiprogramms von 1919 aktualisieren sollte. Vgl. die Sitzung des Parteivorstandes der DDP vom 15. Juni 1928, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Nr. 146b, S. 464–469, hier S. 469. Die vom Ausschussvorsitzenden Gustav *Stolper* auf dem Parteitag der DDP in Mannheim im Oktober 1929 vorgelegten Leitsätze trafen bei den Delegierten zwar auf Zustimmung, wurden jedoch nicht als offizielle Richtlinien angenommen. Vgl. Gustav STOLPER: Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie: Programmrede ... auf dem Mannheimer Parteitag der DDP am 5. Oktober 1929, Berlin 1930.

Schwarmgeistern, die sich an unverstandenen und unvergoren[en] Gedanken über Weltmoral und Weltgewissen berauschten.

Die Partei war nicht nur ziffernmäßig zurückgegangen, sondern es machten sich auch Zersetzungserscheinungen deutlich bemerkbar. Der Terror der Straße, die immer bedrohlicher werdenden Kampfmethoden der Kommunisten und Nationalsozialisten schreckten die Spießer, riefen sie aber nicht zu Widerstand und Kampf auf. Man erschöpfte sich in Anklagen gegen die Regierungen und Parteien, die nicht stark genug seien, dem Andrang von links und rechts her Widerstand zu leisten. Diese Anklagen waren gewiß nicht ungerechtfertigt. Das Parteiwesen war bei der politischen Zerklüftung unseres Volkes zu einem Zerrbild geworden. Der Republik und der Demokratie fehlte nicht der hohe Schwung der Gedanken und die helle Begeisterung der Ideale, aber die starke Hand und der eiserne Wille. Die neue Staatsform war dem deutschen Volke über Nacht gekommen, nicht als Ergebnis evolutionären Wachsens und Geschehens. Die Festigkeit, die ihr deshalb fehlte, war noch keineswegs errungen. Hart und unbeugsam im Willen zur Selbstbehauptung, zielklar und unerbittlich im Kampf gegen Unterhöhlung und Umsturz ist das zweite Reich niemals gewesen.

Kurz vor den Reichstagswahlen 1930 unternahm *Koch-Weser* den kühnen Versuch, der Demokratie neue Kräfte zuzuführen durch die Verschmelzung mit dem Jungdeutschen Orden.[605] Hinzu traten vorwärtsstrebende meist jüngere Angehörige der Deutschen Volkspartei, die sich aus ähnlichen Gedankengängen und Anschauungen dort vereinsamt fühlten, wie wir, als wir den Jungliberalismus ins Leben riefen. Leider brachte dieser Versuch [der] neuen »Staatspartei« nicht den erhofften Erfolg. Die neuen Freunde erwiesen sich durchweg als unzuverlässig und verschwanden zum großen Teil ebenso schnell, als sie gekommen waren. Es verblieben nur die wenigen aus der Deutschen Volkspartei Herübergewanderten, die aber [den] ziffernmäßigen Verlust nicht ausgleichen konnten, die die Abwanderung alter Parteifreunde aus unseren Reihen brachte. Bei den Demokraten hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein.[606] Schon damals erfolgten beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten. *Koch-Weser* wurde zur Niederlegung seines Reichstagsmandats und des Parteivorsitzes gezwungen, der Vorsitz der Reichstagsfraktion ging auf Dr. August *Weber* über. Die Staatspartei hatte einen Führer von großem Format verloren, einen Mann von hohen Qualitäten, dem allerdings eine Eigenschaft fehlte, die der Parteiführer nicht entbehren kann, die Wärme des Herzens. Er

605 Der Jungdeutsche Orden war ein 1920 von Artur *Mahraun* gegründeter, dem Deutschen Orden organisatorisch nachgebildeter nationaler Kampfbund, dessen politische Vorstellungen maßgeblich durch das Kriegserlebnis und die Jugendbewegung geprägt waren. Innenpolitisch setzte sich der Orden für eine autoritäre Umformung der Weimarer Verfassung ein, außenpolitisch für eine Aussöhnung mit Frankreich. 1930 schloss sich der Jungdeutsche Orden und sein parlamentarischer Arm, die »Volksnationale Reichsvereinigung« mit der DDP zur Deutschen Staatspartei zusammen, ging jedoch nach den für die neue Partei enttäuschend verlaufenden Reichstagswahlen vom September 1930 wieder eigene Wege. Vgl. Klaus HORNUNG: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958; Alexander KESSLER: Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, München 1980; DERS.: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., München 1975/76.

606 Vgl. das Protokoll des Dritten außerordentlichen (Auflösungs-) Parteitags der DDP am 8. November und Gründungs-Parteitags der Deutschen Staatspartei am 9. November 1930 in Hannover, in: BA Koblenz, R 45 III, Nr. 8.

war ein kühler Rechner und hatte sich leider bei der wichtigsten Entscheidung verrechnet. Die Fraktion des Landtags nahm den neuen Namen an, führte aber die alte Bezeichnung zusätzlich weiter.

Parteivorsitzender wurde jetzt – durchaus nach Verdienst – *Dietrich*[607]. Er war aus der nationalliberalen Partei Badens hervorgegangen, im Revolutionsjahr badischer Minister geworden und als Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags ein hervorragendes Mitglied des Hauptausschusses, indem er sich den Finanzfragen mit Erfolg widmete. Jetzt mühte er sich im Kabinett *Brüning*[608] als Finanzminister und Vizekanzler. Seine großen Erfolge als Finanzminister waren, so paradox das auch klingen mag, ebenso große oder noch größere Belastungen für die Partei. Man hatte in der Öffentlichkeit längst verlernt, Ursache und Wirkung voneinander zu trennen, man fühlte nur den Druck der Steuern und die in ihrem Gefolge unausbleibliche Preissteigerung. An aller Not sollte die Demokratie, die Republik, das System Schuld tragen und die verantwortlichen Lenker des Staates, insbesondere die Betreuer der Finanzen. Unsere Partei hat [angesichts] der skrupellosen Agitation der Gegner es schwer büßen müssen, daß nicht nur der Reichsfinanzminister, sondern auch der preußische Minister der Finanzen aus ihren Reihen hervorgegangen war.

Höpker Aschoff, der sein Amt vorbildlich verwaltete und deshalb auch in den Reihen der Opposition hohes Ansehen und bedeutende Wertschätzung genoß, hatte mit starken Widerständen in der Partei, insbesondere aber in seinem eigenen Wahlkreise wegen der drückenden Steuern, die er unbekümmert um Popularität pflichtgetreu vorschlagen mußte, [zu kämpfen]. Im Kabinett hatte er eine starke Stellung, besonders der Ministerpräsident war ihm in hohem Vertrauen zugetan. In der Fraktion hatte sich eine starke Gegnerschaft gegen ihn herausgebildet. Zwar verkannte niemand seine hohen Fähigkeiten, seine bedeutungsvollen Leistungen und seine unbeugsame Festigkeit. Aber gerade diese Tugend wurde in seinem Verhalten der Fraktion gegenüber zu einem Fehler. Wie ich glaube, hatte sich im Laufe der Zeit die Auffassung bei ihm festgesetzt, daß die Fraktion ihm schlechterdings durch dick und dünn zu folgen, insbesondere seinen Vorlagen ohne weitere Prüfung zuzustimmen habe. Dagegen wandte sich der Unwille vieler Parteifreunde, die sachlich keineswegs immer in allen Punkten mit seinen Vorschlägen einverstanden waren. Ich habe, was ich [als] meine selbstverständliche Pflicht ansah, immer wieder auszugleichen versucht, konnte aber nicht stets ihm Recht geben. Unser ursprünglich recht enges freundschaftliches Verhältnis wurde hierdurch ernstlich getrübt. Auch zwischen *Schreiber* und ihm waren erhebliche Gegensätze entstanden. Die Sozialdemokraten kannten *Höpker Aschoffs* Bedeutung an, fühlten sich aber durch seine kühle Zurückhaltung verletzt. Das alles wäre zu überbrücken gewesen, wenn sich nicht in der Zentrumsfraktion, wo man ihn als Katholikenfresser betrachtete, eine starke Feindseligkeit gegen ihn herausgebildet hätte, die die klugen Führer *Herold* und *Heß* zu bemänteln verstanden hatten, die aber deutlicher wurde, als

607 Hermann *Dietrich* (1879–1954), 1908–1914 Bürgermeister in Kehl, 1914–1919 Oberbürgermeister von Konstanz, Juni 1928–März 1930 Reichsernährungsminister, April – Juni 1930 Wirtschaftsminister und Vizekanzler, Juni 1930–Mai 1932 Reichsfinanzminister und Vizekanzler, November 1930–September 1932 Vorsitzender der DStP, zusammen mit *Maier* und *Petersen* Parteivorsitzender der DStP, 1911–1918 Mitglied der Badischen II. Kammer, 1919 Mitglied der Badischen Landesversammlung (Nationalliberale Partei/DDP), Januar–April 1919, 1920–Juli 1933 MdR (DDP/DStP). Vgl. Adelheid von SALDERN: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard am Rhein 1966.

608 Der Zentrumspolitiker Heinrich *Brüning* stand als Reichskanzler vom 30. März 1930 bis 7. Oktober 1931 (Kabinett I) und vom 9. Oktober 1931 bis 30. Mai 1932 (Kabinett II) der Reichsregierung vor.

beide gestorben waren.[609] *Höpker Aschoff* war der Zentrumspartei ein Dorn im Auge. Sicherlich ist in ihrem Kreise sein Sturz schon lange gewünscht und vielleicht auch von langer Hand vorbereitet worden. Die persönliche Abneigung gegen den Finanzminister beeinflußte die sachliche Stellungnahme zu seinen Vorschlägen. Die Temperatur im interfraktionellen Ausschuß war infolgedessen bisweilen recht unbehaglich. Nicht einmal die Form zu wahren hielt man für nötig. Die Folge blieb nicht aus. Ein heftiger Vorstoß, den der interimistische Vorsitzende der Zentrumsfraktion im interfraktionellen Ausschuß unternahm, führte den Entschluß zur Ausführung, den *Höpker Aschoff* wohl schon lange erwogen hatte, ohne daß wir das auch nur ahnten. Nach Beendigung der Sitzung ersuchte er mich um eine Unterredung, in der er mir mitteilte, daß er sein Amt unverzüglich niederlegen werde. Mündliche und auch briefliche Gegenvorstellungen waren erfolglos. Auch durch den Ministerpräsidenten ließ sich *Höpker Aschoff* nicht umstimmen, er legte sein Amt nieder und begab sich auf Reisen.

Das Intrigenspiel, das jetzt um seinen Nachfolger einsetzte, ist mir erst nach Jahren klargeworden. Der Ministerpräsident war, wie sich allerdings erst später herausstellte, entschlossen, *Höpker Aschoff* zur Wiederaufnahme des Amtes zu bewegen. Er verzögerte deshalb die Besetzung des Ministeriums, verhandelte zwar nach verschiedenen Seiten und ließ sich Vorschläge unterbreiten, wollte aber lediglich *Höpker Aschoff* Zeit zur Besinnung lassen [und] rechnete mit seiner Rückkehr ins Amt. Das wäre wohl auch geglückt, wenn sich nicht der Minister *Hirtsiefer*[610] eingeschaltet hätte, einer der schärfsten Widersacher *Höpker Aschoffs* und einer der gefährlichsten und rücksichtslosesten Klüngler. *Braun* wartete in Schorfheide, seinem Jagdgebiet, auf die drahtliche Zusage *Höpker Aschoffs*, die dieser aus mir unfaßlichen Gründen verzögerte. Er hatte in Berlin seine Blankounterschrift für die neue Ernennungsurkunde zurückgelassen. Das hatte *Hirtsiefer* wohl in Erfahrung gebracht. Er rief *Braun* durch den Fernsprecher an und soll in diesem Gespräch die Rückkehr *Höpker Aschoffs* in das Finanzministerium als untragbar für seine Partei erklärt haben. Jedenfalls wurde in unmittelbarem Anschluß an diese Unterredung Dr. *Klepper*[611], der Präsident der Preußenkasse, zum Finanzminister ernannt. *Klepper* ist der Kandidat des Zentrums gewesen. Er ist zwar selbst Protestant, »ein gläubiger evangelischer Christ«, wie sich *Hirtsiefer* ausdrückte. Die Art der Zusammenarbeit zwischen *Klepper* und *Hirtsiefer* wurde ein paar Jahre später im Verlauf des Strafverfahrens gegen den Bankdirektor *Brüning*[612] und die Verleger der »Kölnischen Volkszeitung« klargestellt. Die Preußenkasse erschien hier als einer der bedeutendsten Gläubiger des Verlages, dem sie weit über 1 Million Reichsmark vorgeschossen hatte.[613] Es ist mir bekannt, daß [mit][614] *Hirtsiefers* Billigung,

---

609 Der stellvertretende Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums, Carl *Herold*, starb im Januar 1931, Joseph *Heß*, Fraktionsvorsitzender seit 1930, starb im Februar 1932.

610 Heinrich *Hirtsiefer* (1876–1941), Schlosser, 1907 Stadtverordneter in Essen, November 1921–März 1932 preußischer Wohlfahrtsminister, 1919–1921 MdpLV, 1921–1933 MdpLT (Z).

611 Otto *Klepper* (1888–1957), Jurist, 1928 Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (»Preußenkasse«), November 1931–Juli 1932/März 1933 preußischer Finanzminister.

612 Anton Paul *Brüning* (geb. 1881), 1910 Direktor der Deutschen Bank Trier, 1921 Direktor der Deutschen Bank in Frankfurt a.M., seit 1924 Direktor der Kölner Filiale der Deutschen Bank, 1932 Aufsichtsrat in der Kölner Görreshaus AG, Köln, sowie Aufsichtsratsmitglied weiterer Unternehmen.

613 Der Preußische Landtag setzte auf Initiative der DNVP im Juli 1932 einen Untersuchungsausschuss ein, der der Frage nach dem »Geschäftsgebaren« der Preußenkasse unter Leitung *Kleppers* nachgehen sollte. *Klepper* wurde vorgeworfen, für mindestens 2 Millionen RM Aktien des Kölner Verlagshauses Görres gekauft zu haben, um damit die »Kölnische Volkszeitung« zu stützen. Ein Abschlussbericht wurde nicht mehr erstellt. Vgl. PUFENDORF, S. 140–152; STEFFANI, S. 270–275. In dem im August 1933 beginnenden Prozess um den Bankrott der Görreshaus AG wurde *Brüning* als Aufsichtsratsmitglied im Dezember 1934 wegen Untreue, Betrugs und Konkursvergehens zu acht

vielleicht auch unter seiner Mitwirkung, nach *Kleppers* Ernennung Verhandlungen über weitere Kreditgewährung[en] an den Verlag geschwebt haben.

Von irgendeiner Seite ist *Höpker Aschoff* zugetragen worden, ich hätte seine Rückkehr in das Finanzministerium verhindert. Das ist nichts als eine Erfindung, die auf müßigen Kombinationen beruht. Ich hatte es abgelehnt, mit dem einen oder anderen Reichstagsabgeordneten über diese Frage zu verhandeln, weil ich die Herren hierzu nicht als befugt ansah und wußte, daß solche Kannegießereien wertlos sind. Offensichtlich sind dabei Empfindlichkeiten verletzt worden. Kleine Ursachen, große Wirkungen. Seitdem bestand zwischen *Höpker Aschoff* und mir keine innerliche Beziehung mehr.

Einen Höhepunkt in der letzten Periode meiner parlamentarischen Arbeit bildete die kommunalpolitische Tagung für Preußen im April 1931.[615] Im Brennpunkt der Erörterung stand die Frage der Verwaltungsreform, die Reichsstädteordnung, die das buntscheckige Gemisch der vielgestaltigen Bestimmungen der Länder ersetzen sollten. Ich war Vorsitzender des kommunalpolitischen Ausschusses der Partei, der nach Überwindung vieler Widerstände gegründet worden war. Wie überall, so war bei uns die »Wirtschaft« gegen die gemeindliche Selbstverwaltung eingestellt, und zwar nicht so sehr aus steuerlichen Gesichtspunkten, als vielmehr wegen der Betätigung der Gemeinden auf dem Gebiet der Wirtschaft, die man grundsätzlich mißbilligte, weil sich vielerorts arge Mißstände herausgebildet hatten. Ich habe hiergegen mit aller Kraft angekämpft, insbesondere in der von mir für den Ausschuß herausgegebenen Zeitschrift »Demokratie und Selbstverwaltung«, der meine Tätigkeit im Vorstande des Städtetages zugute kam. Dieses Amt mußte ich satzungsgemäß mit meinem Ausscheiden aus der Kölner Stadtverordneten-Versammlung aufgeben. Die Kölner Partei hatte mit einer geringen Zufallsmehrheit einen Beschluß gegen Doppelmandate gefaßt. Man versuchte diesen Beschluß ein grundsätzliches Mäntelchen umzuhängen, er richtete sich aber tatsächlich und auch gewollt nur gegen mich. »Ôte toi, que je m'y jette« war der Hintergrund des ganzen Treibens. Jüngere ehrgeizige Leute suchten mit dem Kampfruf: Frische Luft ins Rathaus, Mandate zu bekommen, für die sie allerdings nichts mitbrachten, als skrupellose Vielrednerei und nervenzerrüttende Betriebsamkeit. Die demokratische Gruppe im Rathaus hatte zuletzt nur noch aus drei Mitgliedern bestanden, Justizrat *Fuchs*[616], dem früheren Beigeordneten der Stadt, einem anerkannten Führer im Genossenschaftswesen, der hochverdienten, kenntnisreichen und kämpferischen Frau *Pohlschröder Hahn*[617] und mir. Trotz unserer geringen Zahl konnten wir uns einer großen Geltung und einer sehr erheblichen Einwirkung auf die Entwicklung der städtischen Angelegenheiten erfreuen. Herr *Fuchs* und Frau *Pohlschröder* schieden mit mir aus. Unsere Nachfolger spielten, wie mir bis in die letzten Tage hinein von früheren Beige-

---

Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. SCHWARZ, Adenauer, Bd. 1, S. 340; MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus, S. 216, S. 271 f., Anm. 5, S. 272, Anm. 7, KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 566, 8.11.1934, Nr. 574, 12.11.1934, Nr. 614, 4.11.1934.

614 Im Original: »unter«.

615 Am Samstag und Sonntag, den 25. und 26. April 1931, fand im Preußischen Landtag eine kommunalpolitische Tagung der Deutschen Staatspartei statt, auf der der Dresdner Oberbürgermeister und Reichsminister a.D. *Külz*, der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion *Falk* und der Vorsitzende der Berliner staatsparteilichen Stadtverordnetenfraktion Richard *Schubert* Referate zum Verhältnis der Gemeinden zum Staat und zur Wirtschaft hielten. Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, 101, 28.4.1931: »Die Aufgaben der Gemeinden. Kommunalpolitische Tagung der Staatspartei«. BLÄTTER DER STAATSPARTEI, 1. Jg., Nr. 8, 20.4.1931, S. 189, Nr. 9, 5.5.1931, S. 214.

616 Georg *Fuchs* (1868–1932), 1900–1912 Beigeordneter der Stadt Köln, 1924–1929 Stadtverordneter, liberal, nach 1918 DDP.

617 Hedwig *Hahn-Pohlschröder* (1884–1948), Studienrätin, 1919–1933 Kölner Stadtverordnete.

ordneten, Beamten und Stadtverordneten gesagt wird, überhaupt keine Rolle, wurden aber in den kläglich besuchten Parteiversammlungen von ihren stimmengewaltigen Anhängern geräuschvoll gefeiert. Diese Vorgänge sind nicht verständlich, wenn man sie für sich allein betrachten wollte. Sie müssen vielmehr als ein Zeichen für die Zersetzung gewertet werden, die sich der zahllosen bürgerlichen Parteien bemächtigt hatte. Die nationalsozialistische Bewegung zog immer weitere Kreise.

Erst nach der Umwälzung im Jahre 1933 hat sich herausgestellt, daß sich viele Menschen zu ihr bekannten und ihr Parteibuch empfangen hatten, während sie noch eingeschriebene Mitglieder anderer Parteien waren. Zu durchgreifenden Maßnahmen konnten sich die Regierungen weder gegen den Nationalsozialismus noch gegen den Kommunismus aufraffen. Sie duldeten es, daß sich ein Staat im Staate bildete und daß parteigebundene Privatarmeen das Recht auf [der][618] Straße verlangten und sich in blutigen Saalschlachten bekämpften. Diese schmähliche Haltung entfremdete der Republik und der Demokratie bis dahin treu ergebene Anhänger. Die Furcht vor dem Bolschewismus, gesteigert durch blutrünstiges Gefasel kommunistischer Agitatoren zeitigte bei vielen die Überzeugung, man müsse durch den Nationalsozialismus hindurchgehen, um zu Sicherheit und Ordnung zu kommen. Die so dachten und redeten waren keineswegs Anhänger des Nationalsozialismus. Sie waren und blieben seine Gegner, sahen aber die einzige Möglichkeit, sich seiner zu erwehren, darin, daß er sich in verantwortlicher Regierungstätigkeit abkämpfe und erledige. Ich habe diese Mentalität nie verstanden und habe deshalb laut und vernehmlich gewarnt. Es ging mir aber wie dem Prediger in der Wüste. Was in der Not der Zeit und des Dranges sich an Mißgriffen in der Verfassung eingeschlichen hatte, was die Gesetzgebung tastend und suchen[d] an Irrtümern hervorgebracht hatte, das wirkte sich jetzt aus und verstärkte die Mißstimmung und Zerfahrenheit. Die Weimarer Verfassung war sehr stark durch den Druck der Tagesfragen beeinflußt worden. Ohne daß man daraus einen nachhaltigen Vorwurf herleiten kann, hatte sie in Einzelheiten die Gelegenheit des Augenblicks als Norm und Regel betrachtet und sie demgemäß als Grundlage für ihre Bestimmungen gelten lassen. Es ließ sich durchaus vertreten, daß man den Zwanzigjährigen, die im Schützengraben ihren Mann gestanden, das aktive Wahlrecht zubilligte, das dann zwangsläufig auch den weiblichen Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, zu gewähren war. Ein schwerwiegender Fehler aber war es, daß man die Wahlberechtigung für alle Dauer an diese Altersstufe anknüpfte und den Minderjährigen das Recht anvertraute über die Geschicke des Volkes mitzubestimmen, denen das Gesetz aus guten Gründen nicht einmal die Befugnis eingeräumt hatte, über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden. Das hatte sich bitter gerächt. Unter den etwa 5 Millionen zählenden Wahlberechtigten im Alter von 20–25 Jahren waren nicht viele, die anders als kommunistisch oder nationalsozialistisch wählten.

Die Wirtschaftspartei hatte im Preußischen Landtag einen Antrag gestellt, das Wahlalter auf 25 Jahre heraufzusetzen.[619] Dieser Antrag war dem Ausschuß überwiesen, aber dort nicht erledigt worden. Kurz vor Beendigung der Wahlperiode 1932 besann man sich auf diesen Antrag, der einen Schutzwall gegen Kommunismus und Nationalsozialismus errichten konnte. Er hatte nur Aussicht auf Annahme, wenn die Fraktionen von

618 Im Original: »die«.

619 Urantrag der Abg. *Ladendorff* und Genossen (WP) auf A. Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung der Preußischen Verfassung, B. Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen zum Preußischen Landtag (Landeswahlgesetz vom 28. Oktober 1924, Gesetzsammlung S. 671), in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 9, Nr. 5621, S. 5720. Der Antrag wurde am 12. Dezember 1930 eingebracht.

der Deutschnationalen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten sich entschließen konnten, für ihn einzutreten, denn ohne Zustimmung [von] eine[r] der beiden großen Flügelparteien war eine Mehrheit nicht zu finden. Jede von ihnen sah sich aber genötigt, ihre Zustimmung [von] der Bejahung der anderen abhängig zu machen. Im interfraktionellen Ausschuß und in Besprechungen mit den in Betracht kommenden Oppositionsparteien setzten [...][620] nachdrückliche Verhandlungen ein. Sie erschienen zunächst durchaus aussichtsvoll. Bedenken waren zwar bei den Deutschnationalen, wie bei den Sozialdemokraten vorhanden, waren aber anscheinend zu überwinden. Eine besondere Schwierigkeit zeigte sich darin, daß keine von den beiden Fraktionen den ersten Schritt tun wollte. Das verbot die Parteitaktik. Dieser Schwierigkeit konnte man aber Herr werden. Man einigte sich dahin, daß ein Vertrauensmann zu beiden Fraktionen gehen und sie fragen solle, ob sie dem Antrag zustimmen wolle, wenn die andere Fraktion ihre Zustimmung gebe. Man einigte sich auch über die Person des Vertrauensmannes, der den Auftrag annahm. Die Annahme des Antrages schien danach außer Zweifel zu stehen, er stand auf der Tagesordnung der vorletzten Sitzung, die dadurch berufen erschien, einen Markstein in der innerpolitischen Entwicklung Preußens und darüber hinaus des ganzen Reiches werden zu sollen. Denn Verhandlungen mit den Parteien des bayrischen Landtages hatten zu der Vereinbarung geführt, daß dort der gleiche Antrag sofort gestellt werden sollte, wenn er in Preußen Erfolg gehabt habe. Die Sozialdemokraten hatten den Vorbehalt gemacht mit ihrem Parteivorstand noch eine Rücksprache nehmen zu wollen. Sie selbst bezeichneten diesen Vorbehalt als lediglich formal. Aber es kam anders. Der Parteivorsitzende *Wels*[621] hielt die Zustimmung der Partei mit Rücksicht auf die Stimmung in der Jungmannschaft der SPD und die Gefahr der Abwanderung zu den Kommunisten für nicht zulässig. Diese Darlegung verfehlte nicht ihre Wirkung. Im letzten Augenblick lehnte die SPD ihre Zustimmung ab. Damit war die letzte Möglichkeit der Rettung zerschlagen. Der von der SPD gestellte Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung, der der Regierung *Braun* die Möglichkeit gewährleisten sollte, weiter zu regieren, auch wenn die Wahlen gegen sie ausfallen würden, wurde angenommen.[622] Etwa ein Jahr lang hatte er die von den Antragstellern erhoffte Wirkung, bis der Gewaltstreich *Papen-Bracht*[623] der Herrschaft des »Systems« in Preußen ein ruhmloses Ende bereitete.[624]

Das Ergebnis der Wahlen des Jahres 1932 ist bekannt.[625] Unsere Partei konnte nur in einem einzigen Wahlkreis ein Mandat erringen, erhielt daher auch nur einen Sitz auf

620 Im Original: »sich«.

621 Otto *Wels* (1873–1939), Tapezierer, 1912–1918 MdR, 1919/20 MdNV, 1920–Juni 1933 MdR (SPD), seit 1919 einer der Vorsitzenden der SPD.

622 Der Urantrag der Abg. *Winzer, Steger, Falk* und Genossen (SPD, Z, DStP) auf Änderung des § 20 der Geschäftsordnung (Wahl des Ministerpräsidenten), in: SBpLT 1928/32, Anlagen, Bd. 16, Nr. 8420, S. 8350, wurde in der 285. Sitzung am 12. April 1932 im Landtag angenommen. Vgl. auch die Rede des Abg. *Nuschke* (DStP), in: ebd., Bd. 17, Sp. 24898 f.

623 Franz *Bracht* (1877–1933), Jurist, 1919–1923 Ministerialdirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium, 1923–1924 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dezember 1924–Juli 1932 Oberbürgermeister von Essen, Juli–Oktober 1932 stellvertretender Reichskommissar für Preußen, Oktober–Dezember 1932 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Dezember 1932–Januar 1933 Reichsinnenminister, Mitglied der Zentrumspartei (bis 1932).

624 Aufgrund der Notverordnung vom 20. Juli 1932 wurde die preußische Minderheitsregierung unter Otto *Braun* durch Reichskanzler v. *Papen* abgesetzt. *Papen* übernahm als Reichskommissar die Leitung der preußischen Regierungsgeschäfte.

625 Bei den preußischen Landtagswahlen vom 24. April 1932 erhielt die SPD 21,2 % der abgegebenen Stimmen (94 Mandate), das Zentrum 15,3% (67), die DStP 1,5% (2), die DVP 1,5% (7), die DNVP 6,9% (31). Die KPD gewann 12,8% (57). Eindeutiger Wahlsieger war die NSDAP, die ihren Stim-

der Landesliste, deren Stimmenzahl für weitere 6 Mandate ausgereicht hätte.[626] Die Furcht vor den Nationalsozialisten hatte unsere Wähler überall auseinander gesprengt. Man hielt unsere Lage für hoffnungslos und die Stimmen, die für uns abgegeben wurden, für verloren. Die überwiegende Mehrzahl unserer Freunde gab infolgedessen ihre Stimme anderen Parteien. So wurde dieses betrübliche Ergebnis gezeitigt. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei in Preußen, die Großes gewollt und Großes geleistet hatte, verschwand. Eine letzte Sitzung der Fraktion in Pyrmont vereinigte die Mitglieder zum Abschluß treuer gemeinschaftlicher Arbeit und mancher gemeinschaftlichen Kämpfe. Mit Stolz und Genugtuung blickten wir auf die Jahre des Schaffens, auf unsere Leistung und [unseren] Erfolg zurück. Aufrecht sahen wir der Zukunft entgegen, in Hoffnung und Glauben an Deutschland und sein Volk. Und diese Hoffnung ist mir geblieben. Ich lasse sie mir nicht nehmen.

menanteil von 2,9 auf 36,3% (8 bzw. 162 Mandate) erhöhen konnte. Die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Z, DStP) stellten im neuen Landtag nur 163 von 423 Mandaten. Demgegenüber besaßen die verfassungsfeindlichen Parteien KPD und NSDAP mit 219 Mandaten die Mehrheit im Parlament.

626 Die DStP errang bei den preußischen Landtagswahlen 1932 ein Mandat im Wahlkreisverband Brandenburg I für den Wahlkreis Potsdam II und ein Mandat über die preußische Landesliste. Vgl. STANG, S. 94.

Bernhard Falk (1867–1944)
Erinnerungen eines liberalen Politikers

Personenregister

Hinweis:
Ausführliche biographische Angaben zu den im Register aufgeführten Personen finden sich in den Anmerkungen zum Editionsteil. Die betreffende Seitenzahl zur jeweiligen biographischen Anmerkung wird durch *Kursivierung* hervorgehoben.

Adelmann von Adelmannsfelden, Sigmund Graf 303
Adenauer, Johann Konrad *229*
Adenauer, Konrad 34–36, 38f., 45–49, 52–56, 59, 61, 63–66, 68–70, 87, 96–98, 103, 107–109, 111–114, 120f., *229*–232, 243, 261f., 270, 272f., 276, 283, 294, 301, 303f., 311, 317, 323, 331
Agnes, Lore 287
Ahn 66
Alexander I., Zar von Rußland 239
Antonetty, Rudolf Wilhelm *207*
Arendt, Hannah 129
Aschkenasy, Josef Isaac 13, *201*
Aufschläger, Philipp Albert 43, *236*
Augusta, Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin, geb. Prinzessin von Sachsen-Weimar *206*

Baaser 125, 179, 181
Bachem, Robert 64, *272*
Baden, Prinz Max von 51, 78, *257*, 263, 265f., 282
Baerwald, Moritz *288*
Baldwin, Stanley *303*
Barrès, Maurice *295*
Barteld, Adam 170
Barth, Theodor 62, *264*
Bassermann, Ernst 18, 20–22, 25–27, 29, *213*f., 245–247, 254
Bau, Emil 20, *212*, 220
Bauer, Gustav 85, 86, 90, 91, 92, 93, 291
Bäumer, Gertrud 80, 144, 160, *285*f., 293
Bebel, August 20, 246
Becker, Carl Heinrich 136f., 141, 148, 339
Becker, Hans von 69, 339
Becker, Hermann *221*
Becker, Jakob 55, *220*f., 261
Becker, Wilhelm 31, 33, *221*, 230
Bennigsen, Rudolf von, jun. *248*
Bennigsen, Rudolf von, sen. 18, *248*
Berend, Rosa 13
Bergsträsser, Ludwig 145
Bernhard, Georg 145
Bethmann-Hollweg, Theobald von 46, *246*, 249
Bigge, Heinrich *205*
Binhold 309
Bismarck, Fürst Otto von 18f., *204*, 209f., 214, 244, 247, 249f., 258, 287, 329, 348f.
Bismarck, Herbert von *327*
Blunck, Andreas 92, 94
Bock, Eugen 32, *220*
Boelitz, Otto 137, *322*
Bohner, Theodor 137, *340*
Bollig, Fritz 49
Borchardt, Knut 168
Bornemann, Otto 144
Boss, Wilhelm *212*
Böß, Gustav 242
Bracht, Franz *356*
Braß, Otto 76, *279*
Braun, Otto 105, 109, 135–139, 141, 143, 154, 156, 301, *322*–324, 326, 340f., 353, 356
Brauns, Heinrich 106, *306*
Brecht, Arnold 50
Breitscheid, Rudolf 62f., 76, 264, *270*, 279
Briand, Aristide *318*f.
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf 69f., 79, 81, 85, *280*, 290
Brües, Ernst 25, *212*
Brügelmann, Dietrich *220*
Brüggemann, Gustav 248
Brüning, Anton Paul *353*
Brüning, Heinrich 143, 147, 166f., 169f., 175, 178, 352
Bülow, Fürst Bernhard von 19, 62, 215, *245*, 264

Callmann, Max 32, *220*
Campe, Rudolf von 156, 159, *269*, 322, 339
Chamberlain, Austen *318*
Christmann, Pauline *215*
Clemenceau, Georges *265*
Clive, Robert Henry *316*
Cohn, Oskar *282*
Cohnstaedt, Wilhelm 132, 147
Cuno, Wilhelm 105f., 310

Dahlen, Johann 68, *273*f.
David, Eduard 84
Dawes, Charles 114
Deckers, Leo *308*
Deimling, Berthold von *293*

Dernburg, Bernhard 169, *279*
Dietrich, Hermann 143, 145, 166f., 169, 288, *352*
Dirr, Pius *212*
Döblin, Alfred 127
Dohna-Schlodien, Alexander Graf zu 94, *269*
Dominicus, Alexander 139, 148, 177
Dönhoff, Martha 133, 176
Dorten, Hans Adam 59, 66, 68, 70f., 109, *273–277*, 296f., 307
Düringer, Adelbert *269*

Ebert, Friedrich 78, 106, 120, 310
Eckert, Christian *261*
Ehrhardt, Hermann 90
Einstein, Albert 127
Eliel, Louis 32, *220*
Engels, Otto *212*
Erkelenz, Anton 116f., 120, 145, 169, *312*, 317
Erkes, Heinrich 50
Erzberger, Matthias 81, 84, 90, 163, *265*, 280, 282, 289, 329

Falk, Alfred 125, *233*, 235, 238f., 256
Falk, Else 17, 28f., 124f., 179–181, 251, 254
Falk, Ernst 125, *217*
Falk, Fritz 43, 125, *237*f., 256
Falk, Hermann 125, 179, 181
Falk, Rosa geb. Behrend 13, 17, *201*
Falk, Salomon 12f., 15, *201*
Falk, Samuel 13
Falk, Seligmann/Sigismund 13, *201*
Falk-Oevel, Grete 43, *237*
Farwick, Wilhelm 33, 36, 47, 65, *273*, 278, 343
Feder, Ernst 98, 137
Fehrenbach, Konstantin *320*
Fergusson, Charles 56
Fischbeck, Otto *77*, 138, 148, *266*
Fischer, Hermann 20, 21, *211–213*, 246
Foch, Ferdinand *274*, 278
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 42, *232*
Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn 232

Freund, Friedrich 63, 270
Frey, Wilhelm *212*
Friedberg, Robert 21–25, 61, 157, 177, *213*f., 245, 266
Friedmann 234
Friedrich I., Großherzog von Baden *205*
Friedrich Leopold, Prinz von Preußen 149
Frisch, Otto *212*, 220
Fritsch, Karl 130,
Froberger, Joseph 59, 63, 67–69, 71, *271–276*
Fuchs, Fritz 41, 119, 121f., 180f., *217*, 354
Fuchs, Georg *354*
Fuchs, Johannes 109, 117, 354
Fuhrmann, Paul *27*

Gerlach, Hellmut von 62, 264
Geßler, Otto 92, 106, 120, 291f., 306
Gielen, Franz *308*
Goebbels, Joseph 130
Goldschmit, Friedrich *212*
Goßler, Gustav von 257
Gothein, Georg *79*, *266*
Gräf, Eduard 157
Graf, Fritz *212*
Graue, Dietrich *340*
Greßler, Julius 151
Grimme, Adolf 137, 141
Gröber, Adolf 89, *282*
Groener, Wilhelm 289
Grzesinski, Albert 153, 171, 174
Guérard, Karl Theodor von *309*
Guillaume, Max von *266*

Haas, August 50, 96, *260*f., 332, 343
Haas, Ludwig 80, *286*
Haase, Hugo 127
Haenisch, Konrad 271
Hagen, Louis 32, 47–49, 111, 113, *220*, 265, 304, 310, 314, 317
Hahn-Pohlschröder, Hedwig *354*
Hamm, Oskar *250*
Hammacher, Friedrich 19
Hardenberg, Karl August von 239
Hauff, Bruno 147
Haußmann, Julius 266

Haußmann, Konrad 80, 82–84, *266*, 286f., 290
Heile, Wilhelm *281*
Heine, Wolfgang 91
Helfferich, Karl 90
Hellpach, Willy *293*
Hellwig, von *206*
Herlet, Joseph Maria 87, *283*
Hermann III., Graf von Hochstaden, Erzbischof von Köln *201*
Herold, Karl 76, *276*, 279, 332, 352
Hertling 22, 34
Hertz 181
Heß, Josef *323*, 340, 352f.
Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wilhelm Freiherr von *247*
Hieber, Johannes *266*
Hindenburg, Paul von 172f., 319, 321
Hirsch, Paul 68, 127
Hirtsiefer, Heinrich 137, 139, *353*
Hitler, Adolf 117, 172–175, 179
Hochgürtel, Johann *206*
Hoeber, Karl 59f., 67
Hoff, Ferdinand 141, *333*
Hoffmann, Adolph 57, 60, 63, 71, *271*
Hoffmann, Paul 260
Hofstadt, Wilhelm *207*
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig zu 172
Holländer, Ludwig 130
Hommelsheim, Max Josef 103, 294, *301*
Hoover, Herbert C. 342
Höpker Aschoff, Hermann 134, 136–138, 143, 148–150, 152, 161–163, 166, *312*, 324f., 328, 336, 339, 352–354
Hübsch, Karl *212*
Hugenberg, Alfred 153, 172, *326*
Humboldt, Alexander *203*
Humboldt, Wilhelm *203*

Jäger, Oskar 22, *213*f.
Jarres, Karl 99, 105–112, 115–122, *293*, 306f., 311
Jaurès, Jean *246*
Jérome Bonaparte *202*
Johansen, Johannes *308*
Joos, Barbara 179
Jung, Arthur *212*, 220

Kaas, Ludwig 70
Kahl, Wilhelm 94
Kaiser, Jakob 55, *261*
Kaiser, Johann 244
Kanitz, Hans Wilhelm Alexander Graf von *245*, 336
Kapp, Wolfgang 90, 91, 93f., 139, 153, 291
Karl der Große *232*
Karl Ludwig, Erzherzog von Österreich 235
Kasper, Wilhelm *260*
Kastert, Bertram 59, 67–69, 71, *271*, 273f., 276, 302
Kauffmann 201
Kauffmann 212
Kausen, Hermann 35f., 39, *217*f., 229
Keil, Ernst *202*
Kelsen, Hans 98
Kerkhoff, Johannes van den 104f.
Kirchheimer, Otto 82
Kleefeld, Käthe 22
Kleinmeyer, Joseph *309*
Klepper, Otto 143, *353*f.
Kloth, Hans 244
Kobell, Friedrich von *206*
Koch-Weser, Erich 77, 79f., 82–84, 92, 128, 140, 144–147, 149, 161, 286, 290, 292, 333, 339, 351
Kölges, Max 346
Koll, Wilhelm, jun. 41, 125, *217*
Koll, Wilhelm, sen. 41, *217*
König, Christoph 141, *338*
Korell, Adolf 317
Krause, Paul 23f., *214*, 269
Kreutzer, Johannes Peter *228*
Kriege, Johannes *339*
Kruge, von 53, 256
Kuckhoff, Joseph 68f., 71, *271*, 273–276, 302
Külz, Wilhelm *290*, 354
Kyll, Theodor 31, 44, *219*f., *227*

Ladendorff, Carl 355
Landsberg, Otto 127
Lang, Fritz 127
Lange, Helene 40
Langen, Gottlieb von *265*

Lehmann, Paul Emil *247*
Lengefeld, Selma von 254
Lent, Eduard 31, *219*
Leo III., Papst 235
Levi, Paul 128
Lichtwark, Alfred *249*
Liebermann, Max 127
Liebknecht, Karl *263*
Lippmann, Julius 142
Lloyd George, David *299*
Loenartz, Friedrich 70, *323*
Ludendorff, Erich 51, 121
Lüders, Marie Elisabeth *310*
Ludwig III., König von Bayern *237*
Luise, Großherzogin von Baden, geb. von Preußen 205
Lüth 145
Luther, Hans 106f., *227*, 306, 317–319, 336
Lüttwitz, Walter Fhr. v. 90, 94, 291
Lützow, Hans von 287
Luxemburg, Rosa 128
Lyautey, Hubert 303

Maercker, Georg 76, *280*, 289
Mahraun, Artur 144–146, 351
Maier, Reinhold 288, 352
Mallinckrodt, Gustav von 36, *220*, 265
Mangin, Charles Marie 68, 70f., 271, *273–276*
Marwitz, Bruno *212*
Marx, Wilhelm 30, 50, 60, 113, 136f., 216, 246, 264, 317, *324*
Matthes, Joseph Friedrich 109, *309*
Matzerath, Bruno 49, *231*
May 248
Meerfeld, Johannes (Jean) 63, 65, 67, 96, 103, *273*, 294, 301, 314
Meisner, Christian *283*
Melchior, Carl 81
Mendelssohn, Moses 127, *203*
Mesnil, Herbert du 134
Metz, Adalbert Francois Alexandre de *316*
Mevissen, Gustav von 40
Mevissen, Mathilde von 40, *228*
Meyer, Oscar 93, 153, 167, 170
Michaelis, Georg 28, 46, *253*
Miquel, Johannes von 134, *324*
Mog, von 206
Moldenhauer, Franz 22, 44, *213*, 216, 250
Moldenhauer, Paul 65, 103, 108f., 113, 117–119, *273*, 294, 301, 307, 311, 315
Moltke, Kuno Graf 248
Mönnig, Hugo 35, 39, 49, 63, 103f., 113, 120, *218*, 230, 262, 294, 301, 314f.
Moy, Carl Graf von *206*
Müller, Hermann 92–94, 139, 291, *337*
Müller, Joseph *205*

Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen 58, *202*
Naumann, Friedrich 77, 79f., 82, 177, *266*, 281, 285f.
Nesselrode-Ehreshoven, Franz Graf von *206*
Nesselrode-Ehreshoven, Maximilian Graf von *206*
Neubauer, Theodor 150
Neuhaus, Albert 336
Neven DuMont, Alfred *266*
Neven DuMont, Alice 125
Neven DuMont, Josef 22, 31, *213*f., 219
Nockher, Ludger *220*
Noske, Gustav 84, 89, 91, *289*, 291
Noyes, Pierrepont B. *297*
Nuschke, Otto 78, 132, 175f., 356

Oehmen, Theodor 298
Oeser, Rudolf 148, 177
Oevel siehe Falk-Oevel
Oriola, Waldemar Graf von *247*
Overhues, Ernst *308*

Paas, Albert *277*
Pacelli, Eugenio (Papst Pius XII.) *340*
Papen, Franz von 133, *323*f., 356
Pauli, Joseph 33, *221*
Payer, Friedrich 77, 80, *266*, 285f.
Peters, Carl *248*f.
Petersen, Carl 77f., 80, 128, 156, 286, *288*, 335, 352
Pferdmenges, Robert *310*
Philippson, Ludwig *202*
Pieck, Wilhelm *323*
Piggott, Julian 103, *303*
Poensgen, Oskar *212*

Pohlschröder, Ludwig 62, *267*, 269, 354
Poincaré, Raymond 104, 106, 117, *303*, 305, 311
Porsch, Felix 157, 343
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von *286*
Preuß, Hugo 57f., 64, 79, 82, 86, 128, *279*, 291, 323f.
Princip, Gavrilo *232*

Quarck, Max 286
Quidde, Ludwig 81, 84, 145, *322*

Ranke, Leopold von 251
Rath, Emil von *220*
Rathenau, Emil 92, 249
Rathenau, Walther 92, *249*, 257, 263, 320
Reinhardt, Max 127
Reuter, Fritz *201*
Rheinbaben, Georg Freiherr von 43, *235*, 249
Richter, Ernst von *269*, 322
Riedel, Oswald 135, 142, 147, 152, 165, *325*, 347
Riesser, Gabriel *203*, 269
Riesser, Jakob 128, *269*
Rings, Johann 35, 49, *217*, 230, 244
Roeingh, Theodor *323*
Roosevelt, Franklin D. 342
Rosenfeld, Kurt 128
Rothschild, Ephraim 16, *201*, 203
Rothschild, Paul *218*
Rudolf, Erzherzog, Kronprinz von Österreich 232
Russell, Karl 309

Salm, Matthias *275*
Schacht, Hjalmar 151, 266, 310
Schäfer, Heinrich 55
Scheidemann, Philipp 27, 58, 67f., 70, 78–80, 84f., 89, 138, *263*, 275, 290f.
Scherer, Johannes *270*
Schiele, Martin 336
Schiffer, Eugen 79f., 87, 90, 92, *266*
Schleicher, Kurt von 138
Schlieben, Otto von *336*
Schloßmann, Arthur 134
Schmalbein, Friedrich *220*
Schmidt, Hermann 139
Schmiljan, Alfred 332
Schmittmann, Benedikt 66, *273*
Schmitz, Emil 32, *220*
Schneider, Gustav 169
Schnitzler, Viktor *220*
Schoch, Karl Ritter von *205*f.
Scholem, Gerschom 129
Scholz, Ernst 144, *339*
Schönaich-Carolath, Heinrich Prinz zu *266*
Schönberg, Arnold 127
Schorlemer-Lieser, Clemens Freiherr von *222*
Schreiber, Walther 133f., 136, 148, 169, 176f., *324*f., 336, 347f., 352
Schubert, Richard 354
Schücking, Walther 81, 85, *290*f., 322
Schüling, Hermann 332
Schulz, Karl 174
Schulze 251
Schumacher, Fritz 87, 97, *249*, 283, 331
Schwander, Rudolf 142
Schwink, Otto 68, 273, *276*
Sello, Erich *248*
Severing, Carl 116, 137, 139, 153f., 171, *320–322*, 324, 326, 341
Simons, Walter 85, *280*, 290, 320
Sklarek, Max 242
Sklarek, Willy 242
Smeets, Joseph 109, *295*, 297f., 308
Sollmann, Friedrich Wilhelm 50, 52–55, 63, 66f., 69f., 87, 96, 109, 117, *256*, 259
Spahn, Peter *280*
Spartacus 263
Spiritus, Wilhelm 33
Spitta, Theodor 156, *335*
Stanislaus I. Leszczynski, König von Polen *208*
Starck, Karl von 63, 70, *239*, 270, 281
Steger, Christian 175, 356
Stegerwald, Adam 137
Steiger, Heinrich 139
Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum *239*, 258, 323
Steinmann, Adelheid 254
Stendel, Ernst *338*, 343
Stephan, Werner 77, 92, 95, 142

Stier-Somlo, Fritz 98
Stinnes, Hugo *284*, 317
Stoecker, Walter 150
Stolper, Gustav *350*
Stölzel, Adolf *207*
Strack, Otto *212*
Strasser, Gregor 130
Stresemann, Gustav 21f., 27, 50, 61f., 103f., 109–111, 113, 119f., 122, 144, *213*f., 263, 265, 267, 269, 280, 304, 306, 311–313, 317–320, 336f., 339
Stübben, Hermann Joseph 33

Thälmann, Ernst 173
Thedieck, Franz 180f.
Tirard, Paul 103, 110–114, *303*, 309, 312–315
Toury, Jacob 15
Traumann 212
Treitschke, Heinrich von 28, *251*f.
Trimborn, Karl 30, 35, 60, 63, 69, *215*–218, 239, 264, 272f., 280
Troeltsch, Ernst 83, 95
Tucholsky, Kurt 127

Uhland, Ludwig *247*

Vandervelde, Emile *319*

Wachhorst de Wente, Friedrich 140, *213*
Waentig, Heinrich *326*
Wahl, Else, siehe Falk, Else
Wahl, Fritz 179, 181
Wahl, Hermann *208*
Wahl, Saul *208*
Waldthausen, Wilhelm von *310*
Wallraf, Max 33–36, 39, 44–48, *221*, 229f., 239
Weber, August *213*, 351
Wels, Otto *356*
Welton 277, 299
Wendorff, Hugo 136, 148, *324*
Werfel, Franz 127
Wesenfeld, Paul 118f., 121f.
Westarp, Kuno Graf 93
Weyer, Emilie 34
Weyer, Emma 34
Wiethoff, Josef *220*
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen *205*f.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen 42, 86, 137, 234, *247*, 257, 322
Wilson, Woodrow 58, 80f., 83, 281f., 288, 299
Winschuh, Josef 169
Winzer, Wilhelm 175, 356
Wirtgen, Julius *220*
Wirth, Joseph 257, *320*
Wolff, Theodor 52

Zehnhoff, Hugo am 139
Ziegler, Paul 76, *279*
Zimmermann 212
Zöphel, Georg 24, *212*
Zörner, Richard *220*

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

EX OFFICINA
2012

Satz
Linotype Stempel Garamond
KGParl Berlin

Schutzumschlag
SatzWeise Föhren

Druck und Herstellung
VDS VERLAGSDRUCKEREI SCHMIDT
91413 Neustadt an der Aisch

Printed in Germany